Zeitschrift: Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau
Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau
Band: 85 (1973)

Artikel: Die überseeische Auswanderung aus dem Kanton Aargau im 19. Jahrhundert
Autor: Wessendorf, Berthold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-71772>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**Die überseeische Auswanderung
aus dem Kanton Aargau
im 19. Jahrhundert**

Cat.

Von Berthold Wessendorf

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
Die Auswanderung bis 1816	13
I. Kapitel: Die Auswanderungswelle von 1816/17	17
1. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen	17
Die Wirtschaftsstruktur des Aargau zu Beginn der Restauration	17
Die Notjahre 1816/17	22
2. Die Information über die Vereinigten Staaten.....	29
3. Das Transportwesen	38
4. Die Auswanderung 1816/17	43
Die Vorhut: Frühjahr und Sommer 1816	43
Der Höhepunkt der Welle: Die Auswanderungsvereine	48
Die Zusammensetzung der Vereine	50
Die Auswanderungsförderung durch Staat und Gemeinden	58
Das Versagen des Transportwesens	61
Das Ende der Auswanderungswelle	66
5. Das Schicksal der Auswanderer von 1816/17	68
II. Kapitel: Die Brasilienauswanderung von 1819:	
Ein Versuch zur Lösung der Heimatlosenfrage	74
III. Kapitel: Die ruhigen Jahre: 1820–1845	84
Die kleine Welle der frühen dreißiger Jahre	86
Die Algerienauswanderung	92
Die Amerikaauswanderung 1840–1845	95
IV. Kapitel: Die Auswanderungswelle der Jahrhundertmitte	99
1. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen	99
Die Lage um 1845: Bevölkerung	100
Wirtschaftsstruktur	100
Die Entwicklung 1845 bis 1860	108
Die Armenfrage	113
× 2. Die Lage in Amerika	119
× 3. Der Stand der Information: Die Auswanderungsliteratur	122
× 4. Die Diskussion um Auswanderung und Auswanderungsförderung; die Kolonieprojekte	137
✓ 5. Die Haltung der Kantonsbehörden	153
6. Die Reise nach Nordamerika	168

Aargau

X

7. Das Agenturwesen	183
Entwicklung und Funktion	184
Staatliche Maßnahmen zur Kontrolle des Agenturwesens	197
8. Der Verlauf der Auswanderungswelle	213
Die Vorläufer der Welle, 1845–1850	214
Der Höhepunkt der Welle, 1851–1855	216
Das Ende der Auswanderungswelle	218
9. Charakteristiken und Hintergründe der Massenauswanderung	220
Das statistische Material	220
Die regionale Herkunft der Auswanderer, Familienverhältnisse, Berufsstruktur, Vermögensverhältnisse.	
Das Bild der Auswanderer	229
Die Armenschübe	233
Gründe der regionalen Unterschiede	254
Die Beurteilung der Auswanderungsförderung	258
Die Abschiebungen	265
10. Die Auswanderer der Jahrhundertmitte in Amerika	273
 V. Kapitel: Die Auswanderung nach Südamerika	 284
Brasilien	
Argentinien und Uruguay	
Chile	
 VI. Kapitel: Die letzte Auswanderungswelle, 1880–1885	 304
Die Bewegung der sechziger und siebziger Jahre	304
Der Verlauf der Welle von 1880 bis 1884	306
Die Information über die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten	307
Das Transportwesen	310
Wirtschaftliche Voraussetzungen	314
Statistisches Material	317
Die Umfrage über die Ursachen der Auswanderung	319
 Ausblick und Schlußbemerkungen	 329
Tabellen	333
Quellen und Literatur	355

Verzeichnis der Tabellen

1. Bevölkerung nach Bezirken, 1803–1900	335
2. Bevölkerungsdichte der Bezirke	336
3. Bevölkerungszuwachs 1803–1850, nach Bezirken	337
4. Auswanderung nach Bezirken, 1841–1900	338
5. Auswanderung über längere Perioden	340

6. Vermögen der Auswanderer; Unterstützungen der Gemeinden und des Staates	342
7. Zahl der von den Gemeinden Unterstützten	344
8. Von Gemeinden Unterstützte in Prozenten der Bevölkerung	346
9. Armenunterstützungen der Gemeinden	348
10. Von den Gemeinden erhobene Armensteuern	350
11. Armenstatistik 1852–1861	352
12. Preise wichtiger Lebensmittel auf dem Aarauer Markt, 1816/17	353

Einleitung

Vor 50 Jahren hat Hans Mötteli als erster versucht, einen geschichtlichen Überblick über die schweizerische Auswanderung nach Nordamerika zu geben; seiner Dissertation folgten die Studien von Albert Gertsch über die Schweizer in Brasilien und von Karl Zbinden über die Auswanderung nach andern Ländern Südamerikas¹. Alle diese Arbeiten konnten bei der Breite der Themenstellung nicht mehr als Skizzen sein; keine ist aber bis heute durch eine gültigere Gesamtdarstellung ersetzt worden, und noch immer erlaubt der Stand der Detailforschung keine zusammenfassende Synthese.

Etwas erweitert wurden inzwischen vor allem unsere Kenntnisse von den schweizerischen Ansiedlungen in Übersee; erwähnt seien nur die Beiträge von Gruening, Meier und Metraux über die Schweizer in den Vereinigten Staaten sowie die gründliche Studie von Schobinger über schweizerische Kolonien in Argentinien².

Demgegenüber ist die Zahl der Untersuchungen über die schweizerischen Hintergründe der Auswanderung erstaunlich klein geblieben. Die Verhältnisse in Schaffhausen hat Ernst Steinemann in einem längern Aufsatz behandelt; die Dissertation von Rudolf A. Natsch gibt Auskunft über die Haltung der eidgenössischen und der bernischen Behörden, und schließlich darf man in Kürze nähere Aufklärung über die Brasilienkolonisation von 1819 erwarten³.

Das Gesamtbild der schweizerischen Auswanderung bleibt weiterhin sehr lückenhaft, während die Fragestellungen der Wanderungsgeschichte eine wesentliche Erweiterung und Verfeinerung erfahren haben⁴. Wir

¹ Titel der Werke siehe Literaturverzeichnis.

² Titel a. a. O., ebenso einige Spezialuntersuchungen über kleinere Bereiche.

³ Die Dissertation von MARTIN NICOLIN, *La genèse de Nova Friburgo*, Emigration et colonisation suisse au Brésil 1817–1827, ist inzwischen (1973) in den Editions Universitaires in Fribourg erschienen,

⁴ Vgl. vor allem das wegweisende Referat von FRANK THISTLETHWAITE, *Migration from Europe Overseas in the Nineteenth and Twentieth Centuries*, in *XI^e Congrès International des Sciences Historiques*, Rapports vol. V, Stockholm 1960; ferner in bezug auf die Schweiz: LEO SCHELBERT, *Die Wanderungen der Schweizer*, Ein historischer Überblick, in *Saeculum 18* (1967).

sehen heute, daß wir nicht nur die überseeische Auswanderung, sondern alle größeren Bevölkerungsbewegungen eingehend untersuchen müßten, um das Phänomen der Wanderung wirklich verstehen und sinnvoll in die Geschichte einordnen zu können. Angesichts des großen Katalogs noch unbeantworteter Fragen ist es weniger ein Gebot der Bescheidenheit als der sachlichen Klarheit, vorab die engen Grenzen zu umreißen, in denen sich der Beitrag der vorliegenden Arbeit halten muß.

Die Beschränkung auf einen gegenüber den früheren Übersichten kleineren geographischen Raum war unvermeidlich, wenn nicht im voraus auf ein Mindestmaß an Gründlichkeit verzichtet werden sollte. In mancher Hinsicht ist der gesteckte Rahmen immer noch zu weit; vor allem für die Abklärung der sozio-ökonomischen Voraussetzungen der Auswanderung müßte der einzelnen Gemeinde und selbst dem einzelnen Auswanderer mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Andererseits ergibt sich bei starker Konzentration auf Einzelfälle leicht ein verzerrtes Bild von der «Technik» der Auswanderung, der Organisation des Transport- und Agenturwesens, den Informationsmöglichkeiten usw. Eine Übersicht über die Verhältnisse in einem ganzen Kanton, zu der sich überdies die Quellen geradezu anbieten, gestattet die Prüfung solcher allgemeiner Fragen anhand eines vielfältigeren Materials.

Die Wahl einer politisch-administrativen Einheit, des Kantons, als Untersuchungsbereich mag befremden. Es hält jedoch sehr schwer, für sozio-ökonomisch zwar ähnliche, jedoch im Bereich verschiedener Regierungen und Verwaltungen liegende Gebiete einigermaßen vergleichbare Daten zu beschaffen, abgesehen davon, daß die Unterschiede der Auswanderungspolitik, eines recht wesentlichen Faktors, die Einheitlichkeit wieder zerstören würden.

Von der Quellenlage erzwungen wurde die erneute Beschränkung auf die überseeische Auswanderung, die an sich kaum zu rechtfertigen ist. Wir müssen uns mit wiederholten Hinweisen darauf bescheiden, daß unser Gegenstand keineswegs unabhängig von den andern Formen der Wanderung zu begreifen ist.

Die Wahl eines relativ weiten räumlichen und zeitlichen Untersuchungsbereiches bedingte sodann die Konzentration auf die auffallendsten Episoden, die eigentlichen Auswanderungswellen. In kürzeren Abschnitten wird zwar auch von der stetig andauernden, zahlenmäßig weniger bedeutenden Auswanderung einzelner und kleinerer Gruppen

die Rede sein, vor allem gilt unsere Aufmerksamkeit aber der eigentlichen Massenauswanderung.

Dies wiederum bringt es mit sich, daß die Untersuchung der Hintergründe hauptsächlich den sozio-ökonomischen Verhältnissen gelten muß, denn die Auswanderungswellen sind zweifellos aus wirtschaftlichen Ausnahmesituationen zu erklären. Darüber ist nicht zu vergessen, daß auch unter «normalen» Bedingungen die Auswanderung weiterging und weitergeht; wir werden bei der Behandlung der Wellen also nicht die grundlegende Frage klären, warum Menschen überhaupt auswandern. Aber auch die kaum weniger komplexe Frage, warum etwa ein bestimmter Aargauer Bauer in einem bestimmten Jahr nach Amerika auswanderte, werden wir nicht beantworten können. Jeder einzelne Entschluß zur Auswanderung resultiert ja nicht nur aus der wirtschaftlichen und sozialen Situation einer ganzen Bevölkerungsschicht, sondern auch aus vielfältigen persönlichen Beweggründen. Diese individuellen Faktoren, seien es die finanziellen Verhältnisse des einzelnen, seine Beziehungen zu den Mitbürgern und zu bereits Ausgewanderten oder auch seine Charaktereigenschaften, mußten bei der Untersuchung der Massenauswanderung weitgehend ausgeklammert werden. Zur Kenntnis der «Psychologie» der Auswanderung, sowohl des Entscheidungsprozesses wie auch des Erlebnisgehalts der Übersiedlung selbst, können wir höchstens einige Andeutungen beitragen.

Unser Ziel ist es zunächst, den Verlauf und das Ausmaß der Auswanderungswellen zu erfassen, die der Aargau im Laufe des letzten Jahrhunderts erlebte. Ferner soll wenigstens in großen Zügen festgestellt werden, wer die Auswanderer waren, aus welchen Gegenden sie stammten, womit sie sich beschäftigt hatten, wie ihre soziale Stellung und ihre finanzielle Ausstattung einzuschätzen sind.

Die Aufstellung namentlicher Listen der einzeln erfaßbaren Auswanderer mußte in dieser Studie, die drei große Wellen mit mehreren tausend Teilnehmern umfaßt, unterbleiben. Eine Publikation nur der am leichtesten zugänglichen staatlichen Statistiken wäre ein unbefriedigendes Fragment geblieben; ihre Ergänzung aus allen in Frage kommenden weiteren Quellen war in der verfügbaren Zeit nicht möglich.

Neben der reinen Bestandesaufnahme soll versucht werden, die Hintergründe der Wellen in der wirtschaftlichen Lage der aargauischen Bevölkerung zu erkennen. Diesem Versuch sind allerdings wieder allzu enge Grenzen gesetzt durch den Stand der sozialgeschichtlichen For-

schung. Eine umfassende Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Aargaus im 19. Jahrhundert gibt es nicht, und sie konnte natürlich auch nicht als Vorarbeit zu dieser Studie geschaffen werden. Immerhin wurde versucht, die gerade in den letzten Jahren durch die lokalgeschichtliche Forschung erbrachten Ergebnisse zu berücksichtigen und gelegentlich durch Beiziehung ausgewählter, zum Teil auch zufällig erfaßter Quellen zu ergänzen.

Zu den geistigen Voraussetzungen der Auswanderung gehört die Kenntnis möglicher Ziele und Wege; besonders die publizierten und damit allgemein zugänglichen Informationsquellen sind auch als Bedingungen der Massenauswanderung zu würdigen.

Ebenso ist die öffentliche Diskussion über Vor- und Nachteile der Auswanderung und die damit eng zusammenhängende Haltung der Behörden von beträchtlicher Bedeutung. Nachdem die eidgenössische Auswanderungspolitik schon verschiedentlich behandelt worden ist, sind vor allem die Maßnahmen der aargauischen Regierung und der Gemeinden genauer zu betrachten. Die in der bisherigen Literatur anzutreffenden Ungenauigkeiten in der Darstellung des Transportwesens legten es nahe, in dieser Frage über den engeren geographischen Rahmen der Studie hinauszugehen, um von den technischen und organisatorischen Voraussetzungen der Auswanderung, vor allem von der Entwicklung und Funktion des Agenturwesens, ein ausgewogeneres Bild zu erhalten. Für eine weiterführende Behandlung dieses Themas wäre eine gründliche Auswertung der Konsulatsakten aus den wichtigsten Auswanderungshäfen nötig.

Nur andeutungsweise konnte schließlich vom Schicksal der aargauischen Auswanderer im Bestimmungslande die Rede sein, da ungedruckte amerikanische Quellen nicht zur Verfügung standen.

Die Liste der Einschränkungen läßt erkennen, daß von der vorliegenden Arbeit nur auf wenige Fragen eine Antwort erwartet werden darf. Der Verfasser kann nur hoffen, daß sie trotzdem als Ausgangspunkt für tiefergehende Studien in einem engeren Rahmen einerseits, als Baustein für die gesamtschweizerische Auswanderungs- und Sozialgeschichte andererseits von einigem Nutzen sein möge.

Ein Wort noch zur Wahl des Untersuchungsbereichs. Sie ergab sich nicht etwa aus persönlichen Beziehungen des Verfassers zum Kanton Aargau, sondern aus rein sachlichen Überlegungen. Der Aargau hatte durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch eine überdurchschnittliche

Auswanderung zu verzeichnen, und das Interesse der Behörden dafür war hier ungewöhnlich rege. Deshalb ist uns ein verhältnismäßig reiches Quellenmaterial und vor allem eine in der Schweiz einzigartige Statistik überliefert.

Der Mangel des Verfassers an langjähriger Vertrautheit mit dem Kanton und seiner Geschichte wird dem enger damit verbundenen Leser gelegentlich spürbar werden. Besonders das Gefühl für die feineren Schattierungen der regionalen Mentalitäten und Traditionen, welche das Verhalten maßgeblich beeinflussen können, erwirbt sich der Außenstehende nicht leicht. Er kann nur hoffen, daß die Distanz hin und wieder auch ihre Vorzüge haben möge.

Herr Prof. Dr. Marc Sieber von der Universität Basel hat diese Dissertation angeregt und ihre Entstehung beratend gefördert; ihm möchte ich hier vor allem danken. Mein Dank gilt ferner meinen andern akademischen Lehrern, vor allem den Herren Professoren Edgar Bonjour und Werner Kaegi sowie Herrn Professor Markus Mattmüller, in dessen sozialgeschichtlicher Arbeitsgemeinschaft ich viele Anregungen empfang. Wichtige grundsätzliche Hinweise verdanke ich auch Herrn Professor Leo Schelbert von der University of Illinois. Die Herren Dr. Georg Boner und Hans Haudenschild vom Staatsarchiv in Aarau haben mir durch ihre gründlichen Archivkenntnisse erst den Weg zu den Quellen erschlossen; ebenso unentbehrlich war die freundliche Hilfe der Angestellten des Staatsarchivs und der Universitätsbibliothek in Basel und der Gemeindeschreiber vieler aargauischer Gemeinden, die mir ihre Archive öffneten.

Dem Vorstand der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau danke ich für die besondere Genugtuung, daß diese Studie einem weiteren Publikum zugänglich wird.

Mein größter Dank schließlich gilt meiner lieben Frau; sie hat die Atmosphäre geschaffen, in der die Arbeit ruhig reifen konnte.

Die Auswanderung bis 1816

Bei der geschilderten Zielsetzung kann das erste Hauptkapitel unserer Studie nur mit dem Jahre 1816 einsetzen, denn bis dahin spielte die Auswanderung keine wesentliche Rolle im sozialen Leben des Kantons.

Allerdings ist zu vermuten, daß sich Aargauer, d.h. Leute aus den später aargauischen Gebieten, gelegentlich an den Auswandererzügen des 18. Jahrhunderts beteiligt hatten, jedoch kaum in größerer Anzahl.

Ernst Lerch berührt in seiner Schrift über die bernische Auswanderung im 18. Jahrhundert die Frage der regionalen Herkunft nur am Rande⁵; immerhin gewinnt man dabei den Eindruck, daß die größten Kontingente jeweils aus dem Oberland und den Voralpen stammten. Unter den in Auswanderergruppen stark vertretenen Ämtern werden die aargauischen nie genannt, nur Lenzburg findet einmal im Zusammenhang mit der Werbetätigkeit eines Agenten Erwähnung⁶.

Erstaunlich ist dies angesichts der relativ günstigen Wirtschaftslage nicht. Während anderwärts die Bevölkerungszunahme zu einem Überschuß an Arbeitskräften und einer Verknappung des Nahrungsspielraums führte, konnte im Berner Aargau die rasch expandierende Baumwollindustrie die wachsende Bevölkerung mühelos beschäftigen. In einem Gutachten über die ökonomische Lage in den bernischen Gebieten wird denn auch als vorbildlich bezeichnet, wie die Armen im Aargau durch industrielle Tätigkeit, Tagelöhneri usw. sich auch ohne Bettel erhalten könnten⁷.

Noch weniger wissen wir über die andern Teile des Kantons. In den Freien Ämtern und in der Grafschaft Baden stieß die 1767 einsetzende Werbung für Ansiedlungen in der Sierra Morena in Spanien auf außerordentliches Interesse; nicht zuletzt wohl deshalb, weil die Kolonisation in einem katholischen Lande vielfach von der Geistlichkeit begünstigt wurde⁸. Die regierenden Orte allerdings suchten die Auswanderung und besonders die Werbung nach Kräften zu behindern. Von Auswanderungen nach Übersee aus dem Freiamt ist nichts bekannt.

Dasselbe gilt für das österreichische Fricktal. Die konsultierte Literatur belegt einige Auswanderungen nach den dünn besiedelten Ostgebieten der Donaumonarchie, jedoch keine nach Amerika. Eine wirklich umfangreiche Bewegung hätte jedenfalls deutlichere Spuren hinterlassen müssen⁹.

⁵ ERNST LERCH, Die bernische Auswanderung nach Amerika im 18. Jahrhundert, in *Blätter für bernische Geschichte, Kunst und Altertumskunde* 5 (1909).

⁶ a. a. O., S. 310 f.

⁷ a. a. O., S. 316.

⁸ Vgl. KARL ZBINDEN, Die schweizerische koloniasatorische Auswanderung von 1767/69 nach der Sierra Morena in Spanien, in *ZSG* 26 (1946).

Von 1803 an finden wir unser Quellenmaterial vor allem in den Akten des neuen Kantons. Es läßt den Schluß zu, daß die Auswanderung zunächst recht gering blieb. Eine etwas lebhaftere Bewegung scheint sich 1803 aus dem Baselbiet auf das Fricktal übertragen zu haben. Bei den Basler Behörden hatten zu Anfang dieses Jahres über 270 Personen um Pässe zur Reise nach Amerika ersucht, und auch in den folgenden zwei bis drei Jahren wurden zahlreiche Auswanderungen gemeldet¹⁰. Wenigstens im benachbarten Bezirk Rheinfelden fand das Vorbild wohl einige Nachahmer; im August 1803 sandte der dortige Oberamtmann ebenfalls eine Liste von ausgewanderten Personen ein¹¹. Auffallend ist aber, daß hier von zwölf Gemeldeten nur zwei Brüder Amerika als Reiseziel angegeben hatten, während die andern ins Elsaß oder in das Banat zogen¹². Günstige Nachrichten von den Basler Auswanderern haben wahrscheinlich auch das Unternehmen veranlaßt, das der *Schweizerbote* im Mai 1805 ankündigte:

«Wanderer nach Amerika.

Schon seit geraumer Zeit rüstete man eine ansehnliche Auswanderung nach Amerika vor. Aus den Kantonen Bern, Basel und Aargau vereinigten sich zur Anlegung der neuen Schweizercolonie an den Ufern des Ohio mehrere Familien. Selbst einige junge talentvolle Bürger der Stadt Bern waren unter denen, die das neue Vaterland unter fremdem Himmel suchen und bauen wollen. – An der Spitze dieser wohldurchdachten und hinlänglich vorbereiteten Unternehmung steht Hr. Ferd. Rud. Hasler von Aarau, ein Mann von großen Kenntnissen und großer Rechtschaffenheit. Er reisete am 16. May ab, nach Amsterdam. Gleichzeitig brachen die übrigen Auswanderer mit ihm auf, deren die meisten Leute von einigem Vermögen und gutem Ansehn sind.

Begleite sie Gottes Schutz auf ihrer Reise, und Gottes Segen bey ihrem Unternehmen!»¹³.

⁹ Benützt wurden u. a.: WALTER GRAF, Die Selbstverwaltung der fricktalischen Gemeinden im 18. Jahrhundert, in *Vom Jura zum Schwarzwald*, NF, 1964/65; PAUL STALDER, *Vorderösterreichisches Schicksal und Ende: Das Fricktal in den diplomatischen Verhandlungen von 1797 bis 1803*, Rheinfelden 1932; MARKUS LUTZ, *Das Vorderösterreichische Fricktal in historisch-topographischer Hinsicht*, Basel 1801; KARL SCHIB, *Geschichte des Dorfes Möhlin*, Thayngen 1959.

¹⁰ StABS, Auswanderung A, 1801–1818.

¹¹ StAAG, IA Nr. 5, 1803–1813, Faszikel 4.

¹² Die Liste zeigt leider nicht, welche der 12 genannten Frauen und Männer Familien mitnahmen und wie groß diese waren; die Gesamtzahl der Personen ist deshalb nicht zu ermitteln. Im Falle eines Bürgers von Wegenstetten, als dessen Ziel zunächst das Banat genannt wurde, belegen die Basler Akten, daß er schließlich mit seiner Familie doch nach Amerika zog.

¹³ *Schweizerbote*, Nr. 21, 24. 5. 1805.

Außer einem Brief aus Amsterdam, der drei Monate später publiziert wurde¹⁴, erhalten wir keine genaueren Nachrichten über diese Gruppe; wir wissen nicht, wieviele Aargauer tatsächlich daran beteiligt waren. Unsere Kenntnisse vom Schicksal zweier Mitglieder lassen daran zweifeln, daß es wirklich zur Gründung einer «Schweizercolonie» kam¹⁵.

Wenn diese Auswanderungen zahlenmäßig noch kaum ins Gewicht fielen, so ist ihre Bedeutung für die spätere Welle doch sehr hoch einzuschätzen. Besonders ihre Behandlung in der Presse trug wesentlich dazu bei, Informationen über Amerika und die Aussichten des Einwanderers, aber auch über die Organisation der Reise, ihre Kosten und Gefahren in einer weitem Öffentlichkeit zu verbreiten¹⁶.

Während der nächsten zehn Jahre allerdings konnte es zu einer massiven Zunahme der Auswanderung nicht kommen, da die Napoleonischen Kriege und erst recht dann der englisch-amerikanische Konflikt die Reise außerordentlich erschwerten¹⁷.

Von einer eigentlichen Tradition der überseeischen Auswanderung kann im Aargau somit vor 1816 kaum gesprochen werden, viel weniger von einem periodisch wiederkehrenden «Auswanderungsfieber», wie es im Baselbiet erwähnt wurde¹⁸.

¹⁴ a. a. O., Nr. 34, 23. 8.

¹⁵ Nach ADELRIK STEINACH, *Geschichte und Leben der Schweizer Kolonien in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika*, New York 1889, war Ferdinand Rudolf Hasler 1770 in Aarau als Sohn eines wohlhabenden Uhrmachers geboren. Er hatte Mathematik studiert und sich schon in der Schweiz mit Vermessungsaufgaben beschäftigt. Nach Studienreisen und einigen Jahren in bernischem und aargauischem Staatsdienst hatte er den Plan gefaßt, in South Carolina eine Kolonie anzulegen und dazu eine Gesellschaft von etwa 1000 Personen zusammengebracht. Sachlicher Schwierigkeiten wegen mußte Hasler aber auf die Koloniegründung verzichten; er wurde darauf Leiter der amerikanischen Küstenvermessung und nach Steinach einer der prominentesten Schweizer in amerikanischen Staatsdiensten. Zu Haslers Gruppe gehörte vermutlich ein gewisser Schmid von Aarau, von dem wir indirekt durch Berichte über das Schicksal seines Sohnes hören; siehe unten S. 70.

¹⁶ Vgl. unten S. 31 ff.

¹⁷ Die erwähnten Fälle sprechen immerhin gegen die z. B. bei MALDWYN ALLEN JONES, *American Immigration*, Chicago 1960, S. 75, geäußerte Ansicht: «With the resumption of war in 1803, transatlantic trade was again disrupted, and until the downfall of Napoleon departure from continental Europe became virtually impossible.»

¹⁸ Vgl. MARKUS LUTZ, *Über das Auswandern nach Amerika aus dem Kanton Basel*, Basel 1816. Der Pfarrer von Rothenfluh sprach in seiner Antwort auf eine Umfrage der Basler Regierung von einer Wiederkehr der Auswanderungslust in zehnjährigen Zyklen, StABS, a. a. O., 21. 1. 1816.

Die Auswanderungswelle von 1816/17

1. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen

Die Wirtschaftsstruktur des Aargaus zu Beginn der Restauration

Für die Prosperität des Berner Aargaus im 18. Jahrhundert wurde oben bereits ein Zeugnis angeführt; andere Berichte preisen die Fruchtbarkeit auch der anderen aargauischen Gebiete¹, und wir dürfen annehmen, daß der junge Kanton im zweiten Jahrzehnt seines Bestehens zu den reicheren Gebieten der Eidgenossenschaft gehörte. Konsultieren wir die statistischen Werke der Zeit von Picot oder Franscini, so finden wir auch hier den Aargau in der Gegenüberstellung der Kantone immer in den vorderen Rängen, ob es nun um Getreide- oder Weinbau, Wiesen- oder Waldreichtum, Handel oder Industrie geht².

Schon aus der verschiedenen politischen Vergangenheit ergaben sich allerdings auch deutliche Unterschiede der wirtschaftlichen Struktur und des Wohlstandes zwischen den einzelnen Kantonsteilen.

Das erfreulichste Bild boten wohl die Mittellandsregionen des alten Berner Aargaus, wo sich Landwirtschaft und Industrie glücklich ergänzten. Die Gegend um Lenzburg galt als eines der besten Getreidebaugebiete der Schweiz, und auch in den Bezirken Aarau und Zofingen, in etwas geringerem Maße in Kulm, fand der Ackerbau günstige Bedingungen³. Außer in Zofingen, wo bereits das Gebiet der Einzelhofwirtschaft begann, war die Parzellierung des Kulturlandes wohl ziemlich

¹ Siehe z. B. JOHANN CONRAD FAESI, *Genaue und vollständige Staats- und Erdbeschreibung der ganzen Helvetischen Eidgenossenschaft, derselben gemeinen Herrschaften und zugewandten Orten*, Zürich 1765.

² STEFANO FRANSCINI, *Statistik der Schweiz*, Aarau 1829; JEAN PICOT, *Statistique de la Suisse*, Genf/Paris 1819.

³ Zum Stand der aargauischen Landwirtschaft siehe vor allem: FRANZ XAVER BRONNER, *Der Canton Aargau*, Band I, S. 452 ff.; OSCAR HOWALD, *Die Dreifelderwirtschaft im Kanton Aargau*, Diss. ETH, Bern 1927.

weit fortgeschritten, doch wo die Güter für den Unterhalt der Familien nicht mehr ausreichten, brachte die Heimindustrie ergänzendes Einkommen. Bis gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts war die Leinwandweberei am meisten betrieben worden, dann trat die Baumwollverarbeitung in den Vordergrund⁴.

Ihr wichtigster Zweig war im Aargau die Fabrikation einfacher weißer Tücher, vor allem als Material für den einheimischen Indiennedruck; daneben hatten die Verleger von Zofingen und Aarau schon vor der Jahrhundertwende die Buntweberei eingeführt. Sehr wichtig war im 18. Jahrhundert die Spinnerei; da sie weniger qualifizierte Arbeitskräfte erforderte, drang sie am weitesten an die Peripherie der eigentlichen Industriegebiete vor, sie beschäftigte Heimarbeiter auch im Freiamt, im Fricktal und besonders im Schwarzwald⁵.

Zunächst hatte die Industrie ganz in den Händen der städtischen Verleger von Aarau, Lenzburg und Zofingen gelegen. Mit der Zeit machten sich aber manche der ländlichen Weber selbständig, teils auf eigene Rechnung, häufiger als Zwischenträger größerer Unternehmen in Genf, Zürich, Basel oder Schaffhausen⁶.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren Indiennedruck, Handspinnerei und Weißweberei allerdings bereits im Rückgang begriffen. Das französische Einfuhrverbot von 1785 verschloß ihnen den wichtigsten Absatzmarkt⁷, zudem bekam vor allem die Spinnerei den Druck der technisch besser gerüsteten englischen Konkurrenz zu spüren. Während der Napoleonischen Kriege und der Kontinentalsperre litt die Industrie unter den Einschränkungen des Handels, dafür blieb ihr die ernsthafte Konfrontation mit der Konkurrenz für weitere anderthalb Jahrzehnte erspart. Inzwischen hatte die Mechanisierung, wenigstens der Spinnerei, auch im Aargau begonnen. Bei den ersten «Spinnmaschinen», wie man die Fabriken damals nannte, handelte es sich allerdings meist um sehr kleine Unternehmen; zum Teil setzten sogar Heimarbeiter anstelle der

⁴ Über die Entwicklung der aargauischen Textilindustrie: WERNER FETSCHERIN, *Beitrag zur Geschichte der Baumwollindustrie im alten Bern*, Diss. Bern, Weinfelden 1924; ADOLF REY, *Die Entwicklung der Industrie im Kanton Aargau*, Diss. Basel, Aarau 1937; WALTER BODMER, *Die Entwicklung der schweizerischen Textilwirtschaft im Rahmen der übrigen Industrien und Wirtschaftszweige*, Zürich 1960.

⁵ Fetscherin, S. 126.

⁶ Nach Fetscherin, S. 103, sind die meisten dieser Versuche gescheitert.

⁷ Um 1780 wurden aus einer Jahresproduktion von etwa 160 000 Stück weißen Baumwolltuchs rund 70 000 Stück nach Frankreich exportiert, a. a. O., S. 136 f.

Spinnräder mehrspindlige «mules» im Handbetrieb ein. Die größte Fabrik war in den 1810er Jahren die des Regierungsrates Johann Herzog von Effingen in Aarau; 1810 gegründet, beschäftigte sie 1812 etwa 600 bis 700 Arbeiter. 1811 gliederte Gottlieb Heinrich Hünérwadel seiner Zeugdruckerei in Niederlenz eine mechanische Spinnerei an, und in den folgenden Jahren entstanden einige Klein- und Kleinstbetriebe im Bezirk Kulm⁸.

Die einzige eigenständige Industrie außerhalb des alten Berner Aargaus war die Strohflechterei, die sich etwa seit Beginn des Jahrhunderts rasch ausbreitete. Schon im 18. Jahrhundert waren in Wohlen und Umgebung Hutgeflechte hergestellt worden, und wenn die Produktion auch noch vorwiegend für den Inlandmarkt bestimmt war, beschäftigte sie doch zeitweise einige hundert Arbeitskräfte⁹.

Mit der Einführung einer neuen Flechttechnik um die Jahrhundertwende begann eine weitere starke Expansion. Um 1815 war die Strohflechterei im ganzen Bezirk Bremgarten verbreitet und hatte auch schon im oberen Freiamt Eingang gefunden, nicht zuletzt durch die Bemühungen aufgeschlossener Geistlicher, die in verschiedenen Gemeinden Flechtschulen eingerichtet hatten. Immerhin war der Bezirk Muri wohl doch noch als Randgebiet der Industrie zu betrachten, wie auch Brugg, wo vor allem Spinnerei und Strumpfweberei betrieben wurden. In Krisen waren die peripheren Einzugsgebiete der Industrie natürlich am schnellsten von Arbeitslosigkeit bedroht.

Fast reine Agrargebiete waren die alte Grafschaft Baden (die jetzigen Bezirke Baden und Zurzach) und das Fricktal. Bei guter Konjunktur erhielt ein geringer Teil der Bevölkerung auch hier Hausarbeit; im Bezirk Baden von Zürcher Unternehmern, im Fricktal von den Aarauer Baumwollverlegern und den Basler Seidenherren. Die Industrie spielte aber in diesen Gebieten eine verschwindend kleine Rolle; 1817 notierte der Oberamtmann von Baden in seinem Jahresbericht an die Regierung unter dem Titel «Gewerbs-Fleiß und Handel»: «Über diese Zweige des öffentlichen Wohlstands ist diesörtiges Oberamt im Falle, traurend zu verstummen.»¹⁰ Baden konnte dafür wohl als eine landwirtschaftlich

⁸ 1816 sollen drei mechanische Spinnereien etwa 130 Personen beschäftigt haben, StAAG, IA Nr. 14, Rapporte, 1817.

⁹ Zur Geschichte der Strohflechterei siehe: WALTER CORRODI, *Die schweizerische Hutgeflechtindustrie*, Diss. Zürich, Wädenswil 1924.

¹⁰ StAAG, a. a. O.

sehr günstige Gegend gelten, in guten Jahren exportierte der Bezirk größere Mengen von Getreide und Wein.

Reich und fruchtbar waren auch die tieferen Lagen des Fricktals, die Felder von Möhlin galten sogar als die besten des Kantons. Die Güterzerstückelung allerdings war hier wohl schon weiter fortgeschritten als in den anderen Agrarbezirken¹¹.

Von der Natur am wenigsten bevorzugt waren die Hügellagen des Jura, im oberen Fricktal, in den Bezirken Brugg und Zurzach, wo der karge Boden nur spärliche Erträge lieferte. Schon im 18. Jahrhundert galt zum Beispiel das Schenkenberger Amt als eine arme Gegend, und Lutz schrieb von der Gemeinde Oberbözberg:

«Die Bearbeitung des Bodens bedarf großer Anstrengungen, daher die Einwohner für die abgehärtetsten in der ganzen Gegend gehalten werden».¹²

Beträchtliche Bedeutung kam dem Weinbau zu, der in allen Teilen des Kantons, außer im Bezirk Zofingen, Eingang gefunden hatte. Besonders wichtig war er am Südfuß des Jura, im Rheintal um Kaiserstuhl und Klingnau sowie in allen günstigen Lagen des Fricktals. Der Rebbau erfreute sich vor allem deshalb wachsender Beliebtheit, weil er ein gewisses Einkommen an barem Gelde brachte. Allerdings war er andererseits besonders witterungsabhängig, und nicht selten folgten mehrere Fehljahre aufeinander.

Überhaupt war auch die aargauische Landwirtschaft nicht ohne Probleme. Obwohl die Produktivität und der Grad der Selbstversorgung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gestiegen waren – nicht zuletzt durch die Einführung der Kartoffel –, blieb noch manches zu verbessern. Die Reste der alten Flurordnungen behinderten vielfach eine vollständige und rationelle Nutzung des Bodens. Der Mangel an Wiesland hemmte in großen Teilen des Kantons nicht nur die Viehzucht, sondern auch die Verbesserung des Ackerbaus, denn wo der Viehstand gering blieb, fehlte auch der natürliche Dünger¹³.

¹¹ Angaben über die Parzellierung nach der Jahrhundertmitte siehe unten, S. 102

¹² MARKUS LUTZ, *Vollständige Beschreibung des Schweizerlandes*, Aarau 1827, Band 1, S. 183.

¹³ Der Oberamtmann von Laufenburg stellt 1817 fest, daß noch viel nutzbarer Boden unbebaut sei (StAAG, IA Nr. 14, Rapporte, 1817), und noch 1848 nennt er die Abschaffung der Zelgordnung als wünschenswerte Maßnahme (StAAG, IA Nr. 16, Amtsberichte, 1848). Siehe ferner Howald.

Zudem war schon um diese Zeit ein großer Teil der Bauern verschuldet. Bronner führt dies darauf zurück, daß gegen Ende des 18. Jahrhunderts viele städtische Kapitalien auf dem Lande angelegt worden waren, was allerdings die Bodenpreise hochtreiben mußte¹⁴; außerdem gab es noch keine Institution für die Gewährung von Krediten zu günstigen Bedingungen.

Im ganzen gesehen, erschienen die Aussichten für eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung im Aargau aber nicht schlecht. Die institutionellen Hindernisse, die früher eine Rationalisierung der Landwirtschaft erschwert hatten, waren zum Teil schon vor der Jahrhundertwende gefallen; die politischen Umwälzungen hatten ihren Abbau beschleunigt. So waren die Naturalzehnten in Geldabgaben umgewandelt worden, was eine Umstellung auf neue Produkte erleichterte¹⁵; der Weidgang war fast überall aufgehoben, die früher ungenützte Brache wurde bepflanzt, die Anlage von Wiesen und Rebbergen machte Fortschritte. Allerdings schritt die Entwicklung nicht überall gleich voran; es scheint, daß die nördlichen Bezirke noch etwas im Rückstand lagen.

Recht groß – wenn auch gewiß kleiner als in anderen Ländern – war das Gefälle des Wohlstands zwischen den sozialen Schichten. Zur finanzkräftigsten, sicher noch sehr kleinen Gruppe gehörten die größeren Textilverleger und die Besitzer der wenigen Fabriken. Unter Kaufleuten und Handwerkern dürften einige weitere Begüterte gewesen sein. Bauern galten als wohlhabend, wenn sie mehr als etwa 20 Jucharten Land besaßen. Keller gibt an, daß im Schenkenberger Amt die größten Güter etwa 24 Jucharten umfaßten, und nur wenige Bauern mehr als 6000 fl. Vermögen besaßen¹⁶.

Zweifellos bildeten die sogenannten Vollbauern nur eine recht kleine Minderheit. Weit zahlreicher waren die Halbbauern, die vielleicht um 10 Jucharten Land und wenige Stück Vieh besaßen, und die sich nur recht bescheiden erhalten konnten. Die größte Schicht schließlich waren

¹⁴ Bronner, Band 1, S. 452.

¹⁵ Der endgültige Loskauf der Grundzinsen war um diese Zeit zwar eingeleitet, aber noch keineswegs durchgeführt. Er brachte überdies für viele Bauern zunächst zusätzliche Belastungen.

¹⁶ JAKOB KELLER, *Die Erwerbsverhältnisse des jurassischen Berneraargaus in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts*, Aarau 1884. Bei dem von Keller benützten Maß muß es sich entweder um die schweizerische Juchart von 36 Aren oder um die nicht allzustark abweichende alte Berner Juchart von rund 38,7 Aren handeln.

die Tauner oder Tagelöhner; sie hatten meist noch ein eigenes Haus oder einen Hausanteil, zum Teil auch noch einen eigenen Kartoffelacker; viele mußten Land pachten, um nur die einfachsten Lebensmittel selber anbauen zu können. Jedenfalls waren sie alle auf zusätzlichen Verdienst aus Lohnarbeit angewiesen. In ländlichen Gegenden verrichteten sie Tagelohnarbeit für die wenigen großen Bauern, mit der Lockerung der Zunftfesseln wandten sich viele dem Handwerk zu.

In den industrialisierten Bezirken verschaffte die Heimarbeit die nötigen Nebeneinkünfte, weshalb sich hier auch die Zahl der fast vermögenslosen Lohnarbeiter enorm vermehrt hatte. Es ist schwer zu sagen, in wie vielen Fällen die Industriearbeit sogar zur wichtigsten Einkommensquelle geworden war, wir besitzen aber doch Zeugnisse dafür, daß ein beträchtlicher Teil der Heimarbeiter den Lebensunterhalt weitgehend aus dem Ertrag der Kleinlandwirtschaft bestritt. Es war ja gerade diese Ergänzung des industriellen durch das landwirtschaftliche Einkommen, die der schweizerischen Industrie erlaubte, dank niederen Löhnen auch gegen technisch fortschrittlichere Konkurrenz zu bestehen.

Auf der untersten Stufe der sozialen Ordnung standen die eigentlichen Außenseiter, die Vaganten und Bettler, fahrenden Korbmacher, Kesselflicker und ähnliche. Ein beträchtlicher Teil davon gehörte auch gesetzlich minderberechtigten Gruppen an, es waren dies die Heimatlosen, Landsassen und ewigen Einsassen. Von ihnen soll später noch ausführlicher die Rede sein.

Die Notjahre 1816/17

Die langen Jahre der Napoleonischen Kriege waren auch an der aargauischen Wirtschaft nicht spurlos vorübergegangen. Industrie und Handel hatten unter der Behinderung des freien Verkehrs gelitten; wenn auch zuverlässige statistische Angaben fehlen, müssen wir doch annehmen, daß die Produktion der Industrie beträchtlich zurückgegangen war.

Während der letzten Feldzüge der Alliierten war dann der Aargau auch Durchmarschgebiet für ihre Heere geworden. Vor allem die Bezirke Zurzach, Laufenburg und Rheinfelden hatten 1814 die Last der österreichischen Einquartierungen zu tragen; an verschiedenen Orten wurden für längere Zeit Militärspitäler eingerichtet. Verheerend wirkte sich aus,

daß der in den Armeen ausgebrochene Typhus auf die Zivilbevölkerung übergriff. Nach Schätzungen wurde im Bezirk Rheinfelden etwa ein Achtel der Bevölkerung von der Krankheit befallen¹⁷. Die gleichen Gebiete wurden in den Jahren 1814 und 1815 wiederholt von schweren Unwettern heimgesucht. Die Weinbauern der Juratäler verzeichneten während mehrerer Jahre schlechte Erträge¹⁸.

Gleichzeitig machte die Industrie eine sehr bewegte Entwicklung durch. Das Ende des Napoleonischen Systems hatte nur für kurze Zeit die Grenzen geöffnet, dann folgte sogleich ein Rückfall in die Schutzzollpolitik. Vor allem aber waren die Schweizer Produzenten nun wieder der harten Konkurrenz der weit moderneren englischen Industrie ausgesetzt, vor der sie die Kontinentalsperre bisher einigermaßen geschützt hatte. Dies bedeutete zunächst das Ende der ohnehin schon geschwächten Handspinnerei, die nun völlig verschwand. Betroffen wurden davon hauptsächlich die peripheren Industriegebiete, d.h. wieder die Jura-bezirke. Auch die im Mittelland sich ansiedelnden mechanischen Spinnereien hatten aber zunächst einen schweren Stand.

Die Weißweberei schien sich zuerst gut zu erholen, dann aber erlitt auch sie schwere Rückschläge. Die englische Konkurrenz arbeitete bereits mit mechanischen Webstühlen, während die aargauische Weißweberei noch ausschließlich von Hand und in Heimarbeit betrieben wurde¹⁹. In den Bezirken Aarau und Zofingen blieb ihr Niedergang ohne schwere Folgen, weil sich hier die Unternehmer bereits der vorläufig nicht mechanisierbaren Buntweberei zugewandt hatten. Schlimmer war die Lage in den Bezirken Lenzburg und Kulm, wo die Umstellung erst jetzt begann. Obwohl sie dann relativ rasch vollzogen wurde, war die Not in der Übergangszeit groß.

Wie plötzlich die Krise kam, wird ersichtlich etwa aus dem Bericht des Oberamtmanns von Kulm für das Jahr 1816²⁰. Der Amtmann erinnert daran, daß die Baumwollindustrie nun seit fünfzig Jahren im

¹⁷ PAUL KASSER, Der Durchmarsch der Alliierten durch die Schweiz im Winter 1813 auf 1814, in *Schweizer Kriegsgeschichte*, Heft 9, Bern 1921, S.45.

¹⁸ *Schweizerbote*, passim.

¹⁹ Seit 1803 wurde der von Horrocks verbesserte Webstuhl industriell verwendet; 1813 gab es in England 2400 solche Webstühle, 1820 bereits 14 150. Vgl. JOHN G. GLOVER und WILLIAM B. CORNELL (eds.), *The Development of American Industries*, New York 1951, S.136.

²⁰ StAAG, IA Nr.14, Rapporte, 1816.

wirtschaftlichen Leben des Bezirks eine Hauptrolle spielte und den Wohlstand beträchtlich gehoben habe. Innerhalb vierzig Jahren habe sich die Bevölkerung fast verdoppelt, und sie stehe jetzt in keinem Verhältnis mehr zur Fläche des Bezirks (tatsächlich hatte Kulm um diese Zeit mit etwa 160 Einwohnern je Quadratkilometer bei weitem die dichteste Bevölkerung aller Bezirke). Noch in den letzten Jahren habe sich der allgemeine Reichtum in den Zentren der Weberei wie Reinach, Gontenschwil, Birrwil und Leutwil bedeutend vermehrt. Von 1814 auf 1815 sei die Produktion von weißen Baumwolltüchern von 14459 auf 39004 Stück gestiegen; die Spinnerei allerdings schon zurückgegangen. Inzwischen aber sei die Spinnerei ganz aufgegeben worden, und die Weberei liefere nur noch höchst ungenügenden Verdienst. Im Bericht pro 1817 wird der Niedergang auch mit Zahlen belegt²¹; sie sprechen für sich. Die Produktion von weißen Baumwolltüchern betrug:

1815	39004 Stück
1816	22636 Stück
1817	6078 Stück

In einzelnen Gemeinden war der Rückgang noch schärfer, so in Reinach von 6078 auf 570, in Menziken von 6998 auf 537 Stück, jeweils innerhalb eines Jahres²².

Die Fabrikindustrie bot noch wenig Ausweichmöglichkeiten; drei mechanische Spinnereien beschäftigten im ganzen Bezirk etwa 130 Personen, wohl zum großen Teil Frauen und Kinder. Die Löhne waren auf einen Sechstel bis einen Fünftel der früheren Höhe gesunken.

Allerdings erwähnt der Bericht, daß die Weberei nicht überall gleich zurückgehe. An vielen Orten werde schon Kölsch, «Bildzeug», «Strichzeug» oder «Rubelzeug» fabriziert, d.h. bunte oder strukturierte Gewebe. Der Jahresbericht pro 1819/20 stellt dann fest, daß zwar die Weißweberei fast ganz aufgehört habe, daß aber doch wieder alle Webstühle in Betrieb seien, um bunte Artikel in Mengen herzustellen. Die Arbeitslosigkeit war also um diese Zeit schon wieder überwunden. Die eigentliche Krise beschränkte sich auf die Jahre 1816 und 1817.

²¹ a. a. O., 1817.

²² Auch 1815 lag die Produktion schon weit unter dem im 18. Jahrhundert erreichten Höhepunkt. 1762 waren im Gebiet des späteren Bezirks Kulm 74021 Stück Tuch hergestellt worden, in Reinach 15246 Stück, in Menziken 18885 Stück. In späteren Zeiten lagen die Zahlen bestimmt noch höher. Vgl. Fetscherin, S.100.

Gerade in diese Jahre fiel nun aber eine Lebensmittelknappheit, wie sie in unseren Gegenden später nie mehr vorkommen sollte. Ursache der Teuerung waren die Witterungsverhältnisse im Sommer 1816, die in ganz Europa Mißernten hervorriefen. Noch im Mai schneite es, und im Juni regnete es an 25 Tagen; das Emd wurde wieder verschneit. Erst Ende August konnte mit der Getreideernte begonnen werden, Hafer suchte man noch im Dezember unter dem Schnee²³. Obst wurde fast keines geerntet, die Kartoffeln faulten und das Futter wurde grau. Das Fricktal litt erneut unter schweren Unwettern, und auch der Bezirk Muri erlebte eine Überschwemmung.

Verschiedene Artikel im *Schweizerboten*, obwohl betont optimistisch gehalten, zeigen, wie schon im Herbst des Jahres die Besorgnis unter der Bevölkerung wuchs.

So hieß es am 12. September:

«Ist großer Schrecken im Lande und Geschrei: Was sollen wir essen? Wovon werden wir leben?»... Wo fehlt's denn? – Haben die Getreide-Ärnten weit und breit fehlgeschlagen? – Mit nichten! Ausgenommen einige verhagelte kleine Striche Landes, ausgenommen hie und da in den Niederungen Überschwemmungen einzelner Stellen oder Verspätung der Ärnte in höheren Gegenden, Gott sei Dank, allgemein ein unerwartetes Gedeihen der Feldfrucht. Wo fehlt's denn? Sind die Erdäpfel in Grund und Boden verhagelt, versoffen, verfault, verloren? – Mit nichten!

Ausgenommen, daß durch das Regenwetter oder durch Überschwemmung theilweis Erdäpfelland verdorben ist, hin und wieder Äcker in den höheren Gegenden schon durch Frühfrost gelitten haben; daß überhaupt durchs Regenwetter alles etwas verspätet ist – weiß man: die Erdäpfel sind im Allgemeinen gar noch nicht mißrathen. Gott sei Dank!»²⁴

Am 10. Oktober wurde fast noch zuversichtlicher verkündet:

«Die voreilige Angst der Menschen vor naher Theuerung und Hungersnoth ist zum Theil schon vollkommen verschwunden, und nimmt täglich mehr, auch bei den Ungläubigen, am warmen Sonnenschein ab.»²⁵

Im gleichen Blatt erschien aber auch schon eine Notiz unter dem Titel: «Anleitung zur Verfertigung wohlfeiler Suppen für alle armen Haushaltungen eines Dorfes». Darin wurde das Rezept der sogenannten Rumfordschen Sparsuppe mitgeteilt, von der 100 Portionen aus je 3 Maß Erbsen und Gerste, 9 Maß Kartoffeln sowie 6 Pfund Brot zu kochen

²³ *150 Jahr Kanton Aargau im Lichte der Zahlen, 1803–1953*, herausgegeben vom Regierungsrat des Kantons Aargau, Aarau 1954, S.40.

²⁴ *Schweizerbote*, Nr. 37, 12.9.1816.

²⁵ a. a. O., Nr. 41, 10.10.1816.

waren. Für eine noch wohlfeilere Suppe sollten 6 Maß Hafermehl, 6 Pfund Brot, 1 Pfund Salz und $\frac{1}{2}$ Pfund Butter genügen²⁶.

Am 31. Oktober folgte die Bekanntgabe eines Tanzverbotes sowie, weit ernsthafter, eine Verordnung, die Getreideimporteuren eine Prämie von 10 Batzen je Sack zusprach, Exporteure aber mit einer Gebühr von 1 Batzen pro Maß belegte²⁷.

Immerhin lehnte es die Regierung noch im November ab, eine Erhebung über den Stand der Vorräte anzustellen, um eine unnötige Panik zu vermeiden.

Angesichts der schlimmen Nachrichten und Hilferufe aus der Ostschweiz konnte sich allerdings der Aargau noch glücklich schätzen; zwar waren in Rheinfelden nur etwa drei Viertel, in Kulm zwei Drittel einer normalen Ernte eingebracht worden, Lenzburg meldete jedoch mindestens durchschnittliche Getreideerträge, und in Baden schienen die Vorräte auch im Frühling 1817 noch ausreichend²⁸. Noch im Januar meinte der *Schweizerbote*:

«Man hilft sich, wie man kann bei gegenwärtiger Theurung. Doch nimmt die Furcht vor Hungersnoth schon merklich ab; und Getraide und Erdäpfel fallen gemach im Preiß.»²⁹

Der allgemeine Mangel führte aber auch im Aargau zu einer enormen Steigerung der Preise. Tabelle 12 zeigt die Entwicklung einiger wichtiger Lebensmittelpreise auf dem Aarauer Markt; in einzelnen Regionen lagen die Maximalwerte noch bedeutend höher. Halder nennt für Mehl eine Preissteigerung auf das Fünffache, für Kartoffeln eine kaum geringere³⁰.

Schon im Februar befahl die Regierung die Errichtung von Sparsuppenanstalten, außerdem half sie besonders dürftigen Gemeinden mit der

²⁶ Die Sparsuppe war benannt nach dem Amerikaner Benjamin Thompson, der sich im Dienste des bayrischen Kurfürsten den Titel eines Grafen von Rumford erworben hatte. Thompson hatte sich, neben vielen andern Interessen, zeitweise auch mit Problemen der Sozialfürsorge befaßt und mit billigen Koch- und Heizmethoden experimentiert. Vgl. *Dictionary of National Biography*, vol. LVI, London 1898.

²⁷ *Schweizerbote*, Nr. 44, 31. 10. 1816.

²⁸ StAAG, IA Nr. 14, Rapporte, 1817.

²⁹ *Schweizerbote* Nr. 5, 30. 1. 1817.

³⁰ NOLD HALDER, *Geschichte des Kantons Aargau 1803–1953*, Band 1, Aarau 1953, S. 257 f.; Pfarrer Brentano von Gansingen nannte in seinem Bericht einen Höchstpreis von 90 Rappen pro Pfund Brot, siehe JOHANN MÜLLER, *Der Aargau*, Zürich/Aarau 1870, Band 1, S. 102 f.

Verteilung der staatlichen Getreidevorräte und von importiertem Reis. Für einzelne Gemeinden trug die Staatskasse ein Drittel bis die Hälfte der Armenlasten³¹.

Trotz allen Hilfsmaßnahmen blieben Hunger und Elend nicht aus. Der Gansinger Pfarrer Brentano schrieb von der Lage im Frühling 1817:

«Bis nach der ersten Hälfte des März fand man noch Lebensmittel auf den Märkten, bei den Müllern, in den Bäckerläden, die reiche Ernte der Ackerbohnen sättigte Tausende und ließ sie die Kartoffeln zur Aussaat schonen. Erst mit dem Beginn der Frühlingarbeiten mehrte sich der Hunger und die Noth. Da mußte Krösch geröstet und gebacken, Pferdefleisch genossen, Kräuter für Menschen und Vieh gesammelt werden, da sah man bleiche Gestalten abgezehrt herumschleichen.»³²

In Brittnau beschloß der Gemeinderat:

«...um dem dato von den nahrungslosen Haushaltungen eingerissenen schädlichen Grasausstechen auf den hiesigen Matten und Äckern Einhalt zu thun, dasselbe öffentlich von der Kanzel verbieten zu lassen.»³³

Der *Schweizerbote* klagte:

«Ich will reden, denn mir blutet das Herz. Möge Gott mein Wort segnen! Möge Er das Herz derer bewegen, die helfen können! Sonst werden wir Tage des Entsetzens erleben. Ich muß reden. Ich muß betteln für die mageren Gestalten der Elenden, für die blassen Gesichter, die mir auf Wegen und Stegen begegnen und sprechen: Ich habe heut noch nicht gegessen!... Der Schweizerbote hat bisher auch geglaubt, die Noth sei so gar groß noch nicht. Es helfen ja Regierungen, es helfen ja Gemeinden, es helfen ja Gesellschaften; es wird ja manches Almosen vertheilt. Aber die Noth ist größer als die bisherige Hilfe, ich habe es gesehen. Nun glaube ich daran und klage vor Gott und der Welt laut! Es gehen täglich in der Schweiz Tausende ins Bett, die nicht wissen, wie sich folgenden Tag satt essen können, und womit den Hunger stillen. Es sind Thäler, die nur noch von Grüschen mit Salz leben. Es sind viele ehrliche Haushaltungen, konnten sich sonst mit Arbeit und Mühe durchbringen, müssen nun gehen heischen, was sie sonst nie gethan! Es sind Mütter, verkaufen dem kleinsten Kinde das Bettlein unter dem Leib, um ihm den Hunger zu stillen.»³⁴

Auch wenn im Aargau kaum gesunde und kräftige Menschen Hungers starben, so erlagen doch Alte, Kinder und Kranke der ungenügenden

³¹ Halder, a. a. O., S. 259.

³² Müller, a. a. O.

³³ GAR Brittnau, GRP, 8.5.1817.

³⁴ *Schweizerbote*, Nr. 13, 27.3.1817.

Ernährung. Die Zahl der Todesfälle stieg außerordentlich hoch; sie betrug 1816 3191, 1820 3554, 1817 aber 4093³⁵.

Am größten war die unmittelbare Not wohl in den Gebieten, wo der Zusammenbruch der Weißweberei großen Teilen der Bevölkerung den Verdienst entzog. Aber auch die von den unglücklichen Ereignissen der vorangegangenen Jahre arg mitgenommenen Bezirke Laufenburg und Zurzach litten besonders schwer unter der neuen Katastrophe³⁶.

Die Folgen der Teuerung waren allerdings nicht für alle Betroffenen gleich nachhaltig; gerade im Zusammenhang mit der Auswanderung ist zwischen kurz- und langfristigen Auswirkungen zu unterscheiden.

Die Heimarbeiter, an gelegentliche Konjunkturschwankungen bereits gewöhnt, glaubten wohl, mit einer baldigen Besserung der Lage rechnen zu dürfen. Obwohl es sich in diesem Falle um eine tieferreichende Strukturkrise handelte, wurde diese Hoffnung ja auch nicht gänzlich enttäuscht; die Umstellung auf neue Fabrikationszweige brachte in den zentralen Industriegebieten bald wieder genügenden Verdienst.

Schlimmer waren die Auswirkungen für Landwirte und Gewerbetreibende, die für eine selbständige Existenz etwas Kapital benötigten. Ein Kleinbauer, der in normalen Jahren gerade nur den Lebensunterhalt und die Schuldzinsen erwirtschaften konnte, wurde durch eine schwere Mißernte endgültig ruiniert, oder er mußte sich doch erneut verschulden.

Ebenso konnte die Teuerung und der damit verbundene Rückgang der Nachfrage nach allen nicht lebensnotwendigen Gütern manche kleine Gewerbetreibende in den Konkurs stürzen.

Brachte die Teuerung den Besitzlosen Hunger und vorübergehende Abhängigkeit, so konnte sie für den kleinen Eigentümer unter Umstän-

³⁵ Vgl. WILHELM BICKEL, *Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters*, Zürich 1947, S.147, Anmerkung 1. Die schlimmere Lage in der Ostschweiz kommt gerade auch in einem Vergleich der Sterblichkeitsziffern zum Ausdruck. Man zählte Todesfälle in:

	St. Gallen	Appenzell AR	Thurgau
1816	4697	1538	2458
1817	8143	3532	3437
1820	3826	1155	2292

Eine eindringliche Schilderung der Verhältnisse in der Ostschweiz gibt RUPERT ZOLLIKOFER, *Der Osten meines Vaterlandes oder die Kantone St. Gallen und Appenzell im Hungerjahre 1817*, 2 Bände, St. Gallen 1818.

³⁶ Halder bezeichnet die Bezirke Kulm, Lenzburg, Laufenburg und Zurzach als die am schlimmsten betroffenen, a. a. O., S. 258.

den den Ruin, d.h. den unwiderrufflichen Abstieg in die unterste soziale Klasse und sogar in die bürgerliche Entrechtung bedeuten.

Wenn im folgenden gelegentlich von «Armen» die Rede ist, so ist der Ausdruck im Zusammenhang der außerordentlichen Lage zu verstehen; ein großer Teil derer, die 1817 als Arme, vielleicht gar als Bettler bezeichnet wurden, hatten sich vorher mit ehrlicher Arbeit selber erhalten können; sie waren nicht erwerbsunfähig oder arbeitsscheu, sondern einfach Opfer der ungewöhnlichen Ereignisse.

Gewiß hat die Teuerung von 1816/17 nicht das gleiche Maß an Leiden über die Bevölkerung gebracht, wie die Hungersnöte früherer Jahrhunderte. Sie zeigt aber noch einmal deutlich, wie abhängig von den Zufällen der Witterung eine Wirtschaft war, die nicht durch rasche und billige Transportmittel mit der ganzen Welt in Verbindung stand.

Immerhin: so eng war die Verbindung doch schon geworden, daß sich die Blicke der Notleidenden nach dem gepriesenen Überfluß jenseits des Atlantiks richteten.

2. Die Information über die Vereinigten Staaten

Während Europa in den wirtschaftlichen Nachwehen der langen Kriegszeit lag und noch weit von einer wirklichen Erholung entfernt schien, hatten die Vereinigten Staaten soeben ihren zweiten Konflikt mit der Weltmacht England ausgetragen; zwar ohne spektakuläre Erfolge, aber auch ohne Niederlage. Im Laufe des Krieges waren entscheidende Feldzüge gegen die zum Teil mit England verbündeten Indianer geführt worden; die wichtigsten Stämme waren in Reservate jenseits des Mississippi zurückgetrieben. Das Territorium der heutigen Staaten Illinois und Michigan, der Süden und Westen von Indiana und die südöstlichen Teile von Wisconsin waren nun zugänglich und militärisch gesichert³⁷. Erstmals drangen Siedler aus den großen Waldgebieten in die Prärien des mittleren Westens vor, besetzten zuerst die Flußniederungen, dann allmählich auch das Hügelland.

Auch die Verkehrswege wurden verbessert: 1818 führte bereits eine gute Bundesstraße bis zum schiffbaren Teil des Ohio, von dort stand der Wasserweg nach New Orleans offen. 1811 schwamm das erste Dampf-

³⁷ Zum Stande der Besiedlung siehe vor allem: RAY ALLEN BILLINGTON, *Westward Expansion*, New York 1967, S.290 ff.

boot auf dem Mississippi, noch im gleichen Jahrzehnt wurden Fahrten bis Louisville in Kentucky aufgenommen, nach 1820 reichte die Verbindung bereits bis Pittsburgh hinauf.

Der Boden in den neuen Territorien war billig; der Preis für Kongreßland war 1800 auf 2 Dollar per Acre festgesetzt worden³⁸, und wenn für die meisten Einwanderer auch die zu übernehmende Mindestfläche von 320 Acre zu groß war, so gab es bei diesen Preisverhältnissen doch genug Land aus zweiter Hand zu günstigen Ansätzen. Um so seltener waren die Arbeitskräfte, besonders im Westen. 1818 erhielt ein Landarbeiter in Illinois neben Kost und Unterkunft mindestens 13 Dollar im Monat, nach damaligen Wechselkursen etwa 45 Franken³⁹, im Osten betragen die Tagelöhne je nach Leistung und je nach Jahreszeit 50 Cent bis 1 Dollar, wobei allerdings Vollbeschäftigung während des ganzen Jahres kaum die Regel war. Immerhin galt es als normal, daß ein guter Arbeiter nach einigen sparsamen Jahren sich auf eigenem Boden selbständig machen konnte.

Allerdings mußten die Siedler an der vordersten Front mit einfachsten Lebensbedingungen vorliebnehmen. Im ersten Stadium der Erschließung lagen die Farmen meist in einigem Abstand voneinander, weder waren die Erzeugnisse von Handwerk und Industrie in näherer Umgebung erhältlich, noch fanden sich Abnehmer für die Agrarprodukte. So mußte der «Grenzer» imstande sein, sich nicht nur mit Nahrungsmitteln, sondern mit allen Artikeln des täglichen Bedarfs selber zu versorgen. Diese harten Bedingungen herrschten noch in Teilen des längst erschlossenen Ohio bis gegen 1830, in den westlichen Gebieten entsprechend länger⁴⁰.

Für die Ansiedlung an der «frontier» eigneten sich am besten erfahrene Landwirte, womöglich mit mehreren arbeitsfähigen Familiengliedern.

³⁸ PERCY W. BIDWELL und JOHN I. FALCONER, *History of Agriculture in the Northern United States 1620–1860*, Washington 1925, S. 153 f., 1 Acre entspricht 40 Aren. Als in den 1780er Jahren die einzelnen amerikanischen Staaten ihre Landansprüche im Westen an die Konföderation abgetreten hatten, war der Verkauf der noch nicht in Privatbesitz befindlichen Ländereien dem Kongreß übertragen worden; sie erhielten deshalb den Namen Kongreßland. In der europäischen Literatur der Zeit findet sich häufig auch der Ausdruck Regierungsland.

³⁹ a. a. O., S. 163. Vergleichbare Lohndaten aus der Schweiz sind für diese Zeit schwer zu finden. Die Tagelöhne der Landarbeiter oder Handwerker dürften zwischen 50 Rappen und 1 Franken betragen haben.

⁴⁰ a. a. O., S. 164 ff.

Doch auch der Handwerker fand in Amerika sein Auskommen, denn der große Aufbruch nach Westen schuf im Osten ein Vakuum, in das die Einwanderung einströmte. Sowohl durch die Abwanderung nach den neuen Territorien als auch durch die einsetzende Industrialisierung herrschte auch in den alten Staaten meist ein bedeutender Mangel an Arbeitskräften. Einzelnen Europäern mochte es zwar schwerfallen, sich auf die amerikanischen Arbeitsmethoden umzustellen, im allgemeinen war jedoch für tüchtige Leute Arbeit genug vorhanden.

Wie stand es nun aber mit der Information über diese Verhältnisse; was wußte besonders der Schweizer der unteren, wenig gebildeten Schichten von der Neuen Welt?

Ein Blick auf die Presse zeigt, daß das allgemeine Interesse an amerikanischen Ereignissen noch recht gering war. So finden wir in Heinrich Zschokkes *Schweizerboten* in den Jahren 1814 und 1815 nur einige spärliche Nachrichten über den Englisch-Amerikanischen Krieg; die Meldung vom Friedensschluß wird in 2½ Zeilen übermittelt⁴¹. Auch die renommierte *Aarauer-Zeitung* berichtete zwar alle Details vom Wiener Kongreß, jedoch nichts aus der neuen Welt.

Gerne aufgenommen wurden allerdings Mitteilungen ausgewanderter Landsleute. So publizierte der *Schweizerbote* in den Jahren nach 1804, als die Baselbieter Auswanderungen einiges Aufsehen erregten, jedes Jahr mindestens einen ausführlichen Reisebericht in Fortsetzungen. Im April und Mai 1804 erschienen unter dem Titel «Der Wanderer nach Amerika» die Erinnerungen eines Württemberger Ansiedlers im Genessee-Tal; eine eher abschreckende als verlockende Geschichte⁴².

Günstiger lauteten die ersten Nachrichten von den Basler Auswanderern. Da hieß es in einem Schreiben vom 20. Juni 1804 aus New Lancaster, O.:

«Die so ungünstigen Gerüchte, welche wie du mir meldest in Basel über unsere Reise ausgestreut wurden, freuen mich um so mehr, da Gott sey Dank nichts davon wahr ist, und wir unsere Reise gesund und glücklich vollendet, auch überall gute Leute angetroffen haben, so daß keines von uns sagen kann, daß es irgendwo mißhandelt worden wäre, auch wo wir jetzt wohnen, wurden wir von unsern nunmehrigen Nachbarn mit weit mehr Menschen- und Nächstenliebe aufgenommen, als man sie in der Schweiz nur denken darf... Ich kann mit Wahrheit sagen, daß die Aussichten für mich und die lieben Meinigen hier weit vortheilhafter sind als wir sie in der Schweiz nie hätten wün-

⁴¹ *Schweizerbote*, Nr. 13, 30. 3. 1815.

⁴² a. a. O., Nr. 15, 13. 4. 1804 ff.

schen dürfen, daher ich die so weite Reise nie bereuen werde, obwohl mich dieselbe wie leicht zu erachten, mit einer so zahlreichen Familie wie ich hatte sehr viel gekostet hat, so gestehe ich doch aufrichtig, daß wenn man mir schon das Reisegeld wieder zurück und noch das halbe S . . g (Ort seiner alten Heymath) darzu geben würde, ich keineswegs gesonnen wäre, mein nunmehriges Wohnort dagegen zu vertauschen.»⁴³

Ein im folgenden Jahr gedruckter Brief vom selben Ort, vermutlich auch vom selben Verfasser, lautete unverändert optimistisch:

«In dieser Landschaft wächst Waizen, wo man 4 bis 5 Jahre auf dem gleichen Lande haben kann, und immer schöner wird und gerathet. Es giebt auch viel Welschkorn, wo der Boden zu fett ist, daß man keinen Waizen darinn haben kann, bis das Land ein wenig ausgeraubt ist. Auch giebt es Haber, Hanf, Flachs, Reis, Taback, auch wird am Frühjahr viel Zucker gekocht von dem Saft aus Zuckerbäumen . . . Die Leute sind sehr freundschaftlich und liebeich. Man wohnt aber nicht so nahe bey einander, wie bey euch, und plaget einander nicht so oft; freylich hat es auch schlechte Leute, wie in der ganzen Welt; aber von Diebstählen hört man nicht viel, und Bettler giebt es gar keine.

Ich heiße wohl niemanden kommen, aber doch wünschte ich, daß die armen Leute, so bey euch sind und nichts mehr zu verdienen haben, hier wären; wo sie, wenn sie gesund sind und arbeiten wollen, sich reichlich ernähren können, wenn sie schon für ihre Fracht ein Paar Jahre dienen müssen.

Ein Knecht hat in einem Monat 10–12 Thlr.; eine Magd 5–6 Thlr.; ein Tagelöhner in einem Tag ½ Thlr. nebst guter Kost.»⁴⁴

Die auffallende Hervorhebung der guten Erfahrungen mit den auf der Reise und in Amerika angetroffenen Menschen darf sicher als Reaktion verstanden werden auf übertriebene Gerüchte von den Betrügereien der Transportunternehmer und der rücksichtslosen Profitgier der Amerikaner.

Solche Warnungen, wie etwa ein Artikel «Weiße Sklaven in Amerika», der das System des «indentured service» in den düstersten Farben beschrieb⁴⁵, verdienen gewiß ebensogut einige Skepsis wie die etwas überschwenglichen Briefe aus Ohio.

Der erste Kommentar zum Beginn einer neuen Auswanderungsbewegung in Basel, im Frühjahr 1816, lautete sehr skeptisch:

«Die Auswanderungssucht nach Amerika hat sich neuerdings wieder in hiesigem Kanton vieler Gemüther bemächtigt. Da spricht man vom wohlfeilen Land und Leben in Amerika (wohlfeil ist es, weil es wenig einbringt); von den goldenen Bergen daselbst (die aber den armen Baseler Auswanderern nicht gehören, sondern nur Leuten mit goldenen Händen); vom Glück, daß den Muthigen begleitet, und man müsse etwas

⁴³ a. a. O., Nr. 43, 26. 10. 1804. Bei dem Wohnort könnte es sich um Seltisberg handeln.

⁴⁴ a. a. O., Nr. 39, 27. 9. 1805.

⁴⁵ a. a. O., Nrn. 43/44, 24./31. 10. 1806. Zum Redemptioner-System siehe unten S. 41 f.

wagen (wie in der Lotterie, wo zwanzig Mann ihr Geld verlottern, wenn einer gewinnen soll); von Briefen, die aus Amerika gekommen sind, und nichts als Gutes sagen (weil die Hingewanderten klug genug sind, sich nicht von den Zurückgebliebenen auslachen zu wollen (sic!), daß sie jetzt schlimmer sitzen, als im Kanton Basel), .. Adieu, ihr Narren! Ihr habt zuviel Geld; bringt es an den Mann. Denn bloß für das, was ihr auf der Reise ausgegeben müßet, kauft sich der Gescheute hier zu Lande ein Stück Feld, das ihn nährt.»⁴⁶

Wirksamer wohl, wenn auch nicht unbedingt objektiver, als solche offensichtlich auf Vorurteil beruhende Tiraden, waren die Mahnungen selber Enttäuschter:

«Es wird sich Mancher betrogen finden; es ist Alles theuer. Die Buschel Weizen, 60 Pfund schwer, kostet 2½ Thaler; Fleisch und Butter ist theuer, und einen Rock zu machen kostet 3½ Thaler. Es wird mancher von diesen neu ankommenden Leuten seufzen. Mancher wünscht sich gewiß wieder zurück, von wannen er gekommen ist. Die Zeit hat sich verändert. Der Geldmangel ist groß, so daß man lange warten muß, bis man ein Stück Silber in die Hände bekommt. Alles wird mit Papier bezahlt. Betrug und List, Hochmuth und alle Üppigkeit gehen im höchsten Grad. Die Redlichkeit und Treue gegen einander sind in tiefer Trauer; die Leute dürfen und können Alles thun. Es ist keine Gottesfurcht mehr unter den Menschen; ich glaube gewiß, daß bald Krieg ausbrechen wird. Viele Leute glauben, wenn sie in dies Land kommen, sie finden alles Gute; aber das, was sie nicht wollen, finden sie gewiß auch. Ich habe es so gefunden. Das Land ist so theuer, daß fast kein Deutschländer etwas kaufen kann. Ich für meine Person hoffe nicht mein Leben in diesem Lande zu enden.»⁴⁷

Solche Berichte zeigen allerdings, wie niederdrückend die Lage eines gescheiterten Auswanderers in der fremden, ihm nur noch feindlich erscheinenden Umgebung sein konnte.

Als Zeugnisse für die objektiven Erfolgsaussichten müssen sie immer mit gemäßigeren oder gegensätzlichen Äußerungen kontrastiert werden:

«Ich muß Euch melden, daß meine Kinder jetzt alle gut aufwachsen ... Ich kann Gottlob bis dahin gut fortkommen, und hab in diesem Lande noch keine Schulden gemacht; ... Wir genießen alle Tage Butter und Fleisch, und wenn man etwas zu verkaufen hat, so ist der Markt gut in Philadelphia, man kann es alle Tage gut anbringen.

Ein Tagelöhner bekommt des Tages 1 Thaler, ist es aber zum Beispiel beim Schneiden oder Mähen, so bekommt er anderthalb Thl., er muß sich aber die Kost selber anschaffen.»⁴⁸

Noch optimistischer gibt sich ein weiterer Autor:

«Es ist in diesem Lande Niemand glücklicher als die Bauern. Jeder arbeitsame und fleißige Mann lebt im Wohlstande. Der gemeine Arbeiter auf dem Lande verdient,

⁴⁶ a. a. O., Nr. 5, 1. 2. 1816.

⁴⁷ a. a. O., Nr. 2, 9. 1. 1817.

⁴⁸ a. a. O., Nr. 4, 23. 1. 1817.

Sommers und Winters, jeden Tag seinen Thaler. Es wäre zu wünschen, daß die Regierung von Glarus von den vielen armen und unglücklichen Bewohnern des Kantons solche, die sich dazu verstehen würden, in ihren Kosten nach Amerika reisen ließe. ... Handwerker haben hier ein weit besseres Auskommen, als in Europa; am glücklichsten sind jedoch Landleute, die ihre Herreise bestreiten können, nach der neuen Schweiz oder noch weiter gehen und sich dort unbebautes Land kaufen ... Wenn solche Leute arbeitsam sind, können sie sich in wenigen Jahren in sehr gutem Stand befinden.»⁴⁹

Mochten solche Briefe die Neigung zur Auswanderung fördern oder dämpfen, so waren dem bereits Entschlossenen die Reiseberichte nützlich, welche über den Weg nach Amerika Auskunft gaben und auch Ratschläge für die günstigste Organisation der Reise erteilten.

Wohlfeile und leicht verständliche Bücher und Broschüren über die Auswanderungsfrage und die amerikanischen Verhältnisse waren vor 1816 wohl noch recht selten.

Bekannte und oft zitierte Werke wie Michaux' Reisebeschreibung oder Bridels Bericht über die neuen Ansiedlungen in Kentucky und dem Gennessee-Tal wandten sich doch schon an ein etwas gehobenes Publikum⁵⁰.

Als Beispiel für die populäre Literatur mag hier die Broschüre *Briefe aus Amerika von einem Basler Landmann an seine Freunde in der Schweiz* dienen, die zuerst ebenfalls in Fortsetzungen im *Schweizerboten*, 1806 dann als Büchlein in Aarau und Basel erschien⁵¹. Die kleine Schrift gehört zu den besseren Vertretern ihrer Gattung, entwirft sie doch ein im ganzen sachlich anmutendes Bild der Lebensbedingungen in den USA, vor allem in Pennsylvania. Der Autor gibt einen kurzen Überblick über Topographie, Klima, Flora und Fauna; berichtet über den Stand der Viehzucht und des Ackerbaus sowie über die Bodenschätze und charakterisiert auch die Bevölkerung des Landes, wobei er den guten Ruf der deutschen Siedler hervorhebt. Politische und religiöse Verhältnisse werden wie das Schulwesen kurz behandelt. Mehrere Erlebnisberichte vermitteln Ratschläge für die Organisation der Reise und die erste An-

⁴⁹ a. a. O., Nr. 43, 23. 10. 1817.

⁵⁰ LOUIS BRIDEL, *Le Pour et le Contre ou Avis à ceux qui se proposent de passer dans les Etats-Unis d'Amérique*, Paris/Basel 1803; F. A. MICHAUX, *Reise in das Innere der Nordamerikanischen Freistaaten*, Weimar 1805.

⁵¹ Während die Broschüre anonym erschien, wurde im *Schweizerboten* ein gewisser Heinrich Hofer aus dem Kanton Basel als Verfasser bezeichnet. *Schweizerbote* Nr. 8, 22. 2. 1805, ff.

siedlung, einige Angaben über Bodenpreise u.ä. Obwohl übertriebene Lobeshymnen vermieden werden, entsteht ein recht positives Bild vom Leben der eingewanderten Europäer. Mit ihrem sachlichen Stil dürften gerade solche gemäßigten Schriften mehr Vertrauen gefunden haben, als krasse Werbebroschüren oder allzu pessimistische Warnungen. Ein Beispiel für die letztere Kategorie ist die Schrift des Baselbieter Pfarrers Markus Lutz: *Über das Auswandern nach Amerika aus dem Kanton Basel*⁵². Seinen Warnungen fehlt zu offensichtlich der Hintergrund eigener Erfahrung, und wenn er gar die Gründe für die Auswanderungen als nicht stichhaltig bezeichnet, so dürfte dies in den Hungerjahren wenig überzeugt haben.

Obwohl an Schriften wenig erhalten ist, besitzen wir doch Indizien dafür, daß die Werbung mit Broschüren schon in diesen Jahren eine gewisse Rolle spielte. So bezeugten mehrere Auswanderer aus Gebenstorf, daß Druckschriften sie in ihrem Entschluß bestärkt hätten, und die Direktion des Innern erwähnte in einem Kreisschreiben zur Auswanderungsfrage ausdrücklich die Möglichkeit der Verführung «vermitteltst herumgebotener Druckschriften».⁵³

Trotzdem möchte man annehmen, daß eine weit größere Bedeutung den schriftlichen und mündlichen Mitteilungen von ausgewanderten oder zur Auswanderung entschlossenen Freunden und Verwandten zukam. Am besten wird dies aus einem Beispiel ersichtlich⁵⁴.

Im Jahre 1812 war Bernhard Steiner, ein Schreiner von Schafisheim, nach Amerika ausgewandert. Dort hatte er sich auf den Handel mit Uhren und Spieldosen verlegt und damit ein kleines Vermögen erworben. Schon 1814 und 1815 war er für kurze Zeit in die Schweiz zurückgekehrt, um im Jura Waren einzukaufen, und auf den Herbst 1816 kündigte er erneut seinen Besuch an. Seine Briefe sprachen in hohen Tönen von den Verhältnissen in Amerika und ermunterten alle Verwandten und Freunde, ebenfalls dorthin zu kommen.

«... es ist das beste Land in der Welt ich wolte wünschen daß alle meine lieben Schwestern und Schwägern und andern guten Freunde sich in diesem Lande sehen ließen. Die Abgaben sind so klein daß es nicht der werth ist zu sagen. Jedermann ist

⁵² Erschienen in Basel 1816.

⁵³ StAAG, IA Nr. 5, Amerika 1817.

⁵⁴ Quellen zur folgenden Episode finden sich in StAAG, IA Nr. 5, 1814–1821, Faszikel 11. Dargestellt wurde sie neuerdings von GOTTLIEB MEYER, «Lenzburg» im Staate Illinois (USA), in *Lenzburger Neujahrsblätter* 1969.

frey und kann treiben handeln schalten und walten nach seinem belieben. Die Menschen in diesem Lande sind Gottesfürchtig friedsam, lassen Jedermann befohlen seyn. In diesem Lande sind gute Geseze und Obrigkeit welche die Unterthanen selbst erwehlen und absetzen wenn sie wollen. Sie können keinen Krieg machen ohne die Unterthanen seyen zufrieden, können keinen Menschen machen die Waffen zu tragen und Soldat zu sein. Sie thun Niemand strafen am Leben in diesem Lande braucht niemand sein Brodt zu Betteln, dann jeder hat zu leben, wer arbeiten will wird gut bezahlt aber die Amerikaner sind hier faule Leute, sie lasen das Land ungebaut, nehmen was kommt. Sie lassen das Vieh das ganze Jahr drussen Sommer und Winter. Es hatte Kantöne wo das Land so fett ist daß es niemand braucht zu mesten und sehr viel Früchte bringt, das Obst ins gemein gerathet sehr gut. ... Von Hagelwetter weis niemand nichts in diesem Lande. Man hat auch keine Schelmen und Diebe zu befürchten, man läßt Thüre und Thor offen. Im Sommer ist es sehr warm aber doch wohl auszustehen. Die luft ist gesund es regieren wenig Krankheiten in diesem Lande.

... Das Volk oder Einwohner sind braf, Gottesfürchtig, Liegen und Betriegen ist nicht so gemein als in Europa. Der Sontag wird heilig gefeiret, alle Läden Wirtshäuser zugeschlossen, kein Gewerb darf gar nicht getrieben werden gehen dreimal in die Kirche jedes mal 2 Stund. ... Die Leute sind außerordentlich still, machen keinen Lermen, in den größten Städten ist es Tag und Nacht ganz still.

Sind sehr friedsam lieben kein Streit, sind sehr gute Nachbauren und sind gar nicht miß günstig, im Gegenteil haben Freud wenn ein Fremder gut voran kommt. Aber von Mitleiden wissen sie nicht viel, weil sie keine Erfahrung von Mangel haben. Sie leben ohne Kummer ohne Sorgen, der Ärmste Mann lebt gut ohne Häuslichkeit, und wenn er nur hat von einem Tag zum andern der allergemeinste Tagelöhner hat 35 bis 40 Bazen Taglohn.»

Vielleicht der wichtigste Teil in Steiners Briefen war seine Einladung an die Empfänger:

«Ich habe ein ordentliches Vermögen, von welchem ich ein Theil auf Land legen will, wo es niemals kann verloren werden. Und dann wann es möglich ist so komme ich in 2 oder 3 Monaten nach Europa zum leztenmal, um etliche brafe Familien mit hinüber zu nehmen die den Landbau gut verstehen. ... Wenn Ihr die einen oder die andern Lust mit mir zu kommen, so werde ich sicher Euch helfen als Euer getreuer Bruder, und die wo etwas Mittel haben, will ich machen damit zu gewinnen, und die nicht genug haben, kan ich etwas zusezen.»⁵⁵

Auf diese Lockungen hin entschloß sich eine ganze Reihe von Bürgern von Schafisheim zur Auswanderung. Aber die Wirkung reichte weit über Steiners Heimatort hinaus; in Abschriften zirkulierten seine Briefe auch im Bezirk Brugg, dessen Oberamtman eine Kopie an die Regierung sandte. Die Verwandten Steiners wurden darauf ermahnt, die «Werbung» einzustellen⁵⁶.

⁵⁵ Der Brief datiert vom 28.7.1816, Steiners Heimkehr fiel also gerade in die Zeit der anlaufenden Auswanderungswelle.

Auch aus dem Baselbiet ist überliefert, daß Abschriften von günstig lautenden Briefen viele zur Auswanderung anregten⁵⁷. Wo kein vorübergehend Heimgekehrter als Reiseführer dienen konnte, wandten sich vorsichtige Auswanderer gern an Landsleute, die schon über Reiseerfahrung oder doch über nützliche Verbindungen verfügten. So antwortete der Zofinger Wasenmeister Huber, als man ihm Anwerbung von Auswanderern vorwarf, er treibe keinerlei Werbung, ja, er habe schon manchem von der Auswanderung abgeraten. Seit aber bekannt sei, daß er selbst nach Amerika ziehen wolle und mit Amsterdamer Handelshäusern in Verbindung stehe, kämen selbst aus andern Kantonen Leute zu ihm, um sich ihm anzuschließen oder wenigstens seinen Rat zu holen⁵⁸.

Auf ähnliche Weise dürfte es zur Bildung sogenannter Auswanderungsvereine gekommen sein, von denen noch eingehender zu sprechen sein wird.

Zusammenfassend darf man sagen, daß es bereits um 1816 auch dem einfachen Bürger möglich war, sich einigermaßen zuverlässig über die Verhältnisse in Amerika, die Wege und Reisemöglichkeiten dorthin zu unterrichten. Wenn auch das gedruckte Informationsmaterial noch relativ spärlich war, so ist doch zu bedenken, daß Mitteilungen von allgemeinem Interesse weit über den kleinen Abonnementkreis einer Zeitung oder die Käuferschaft eines Buches hinausdrangen. Von der breiten Wirkung privater Nachrichten haben wir gesprochen.

Die Mehrheit der Auswanderer hatte also schon recht konkrete Vorstellungen davon, was sie auf der Reise und in Amerika erwartete. Allerdings waren wohl manche etwas zu optimistisch; vor allem aber führte das ungewohnte Ausmaß der eigentlichen Auswanderungswelle zu neuen Problemen, insbesondere im Transportwesen, das sich vor bisher unerhörte Aufgaben gestellt sah.

⁵⁶ Die Kommission des Innern beantragte am 4.11.1816 die Konfiskation der Briefe, StAAG, a. a. O. Ob dafür eine allgemein skeptische Haltung gegenüber der Auswanderung maßgebend war oder bereits konkrete Befürchtungen über Schwierigkeiten im Transportwesen, ist nicht sicher. Daß allein polizeiliche Willkür und der Zorn über das von Steiner gezeichnete Bild eines freiheitlichen Staates die Intervention veranlaßt hätten, wie dies Meyer annimmt, scheint kaum haltbar angesichts der übrigen Stellungnahmen der Behörden. Siehe dazu unten S. 44 ff.

⁵⁷ Siehe unten S. 43 f.

⁵⁸ StAAG, a. a. O.

3. Das Transportwesen

Ein Blick auf das Transportwesen zeigt anschaulich, wie neu das Phänomen einer spontanen Massenauswanderung vom europäischen Kontinent zu Beginn des 19. Jahrhunderts war. Im Gegensatz zur gut eingespielten Organisation späterer Jahre erweckt es noch den Eindruck weitgehender Improvisation, denn solange Reisen das Privileg einer kleinen Oberschicht waren, spielte der geschäftsmäßige Transport von Passagieren kaum eine Rolle. Die immer noch recht riskanten Seefahrten wurden ohnehin nach Möglichkeit vermieden, so daß eine eigentliche Passagierschiffahrt überhaupt nicht existierte. Die meisten Frachtsegler hatten neben den Unterkünften für Mannschaft und Offiziere nur eine kleine Kajüte für höchstens ein Dutzend zahlende Fahrgäste.

Aber auch zu Lande konnten nur die Unternehmer für Frachttransporte die völlig neue Aufgabe lösen, Tausende von Menschen möglichst billig über weite Strecken zu befördern. So hielt sich die Auswanderung ganz an die Routen und die Transportmittel, die bisher dem Güterverkehr gedient hatten.

Der einfachste und billigste Weg zum Meer war für Schweizer und Süddeutsche der Rhein. Wohl deshalb dienten vor allem die niederländischen Häfen, besonders Amsterdam, der ersten Massenauswanderung als Einschiffungsplätze. Die Basler Rheinschiffer scheinen die Möglichkeiten des neuen Geschäfts schnell erkannt zu haben. Schon im Juni 1816 berichteten die Zeitungen von einem neuen zweistöckigen Schiff, das speziell für den Auswanderertransport gebaut worden und mit 300 Schweizern nach Amsterdam unterwegs sei. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Rheinschiffer sogar eine gewisse Propaganda für die Auswanderung betrieben⁵⁹.

Unter normalen Bedingungen konnte in etwa 14 Tagen von Basel aus Amsterdam erreicht werden.

⁵⁹ Über die Transporte auf dem Rhein z. B. *Schweizerbote*, Nr. 24, 13. 6. 1816; *Der Erzähler*, 1816, passim. Die Basler Regierung teilte dem badischen Bezirksamt Hornberg auf eine Anfrage mit: «... daß hochdenselben von einem Commissaire dahier, der die Auswanderungen nach Amerika leiten soll, nicht das mindeste bekannt sey, daß aber der hiesige Schiffermeister Frei dergleichen Transporte übernehmen, an welchen man sich rücksichtlich der Conditionen und der Fahrt selbst zu wenden habe.» StABS, Auswanderung A, 1801–1818.

Relativ häufige Gelegenheiten zur Atlantikpassage ergaben sich durch den besonderen Charakter des europäisch-amerikanischen Warenaustausches. Dem Import amerikanischer Rohmaterialien, vor allem bedeutender Mengen von Baumwolle, standen eher geringe Exporte von weit weniger voluminösen Industrie- und Manufakturprodukten gegenüber. Deshalb waren Schiffseigner und Kapitäne meist gern bereit, Passagiere als «Rückfracht» mitzunehmen. Plätze auf den Schiffen konnten schon von der Schweiz aus durch die Beziehungen von Handelshäusern reserviert werden; so empfahlen sich die Gebrüder Otto in Basel sogar in der Presse zur Vermittlung durch die Amsterdamer Maklerfirma Zwißler & Co.⁶⁰. Die meisten Auswanderer scheinen aber die Reise bis zur Hafenstadt aufs Geratewohl unternommen zu haben, um dann dort eine Passagegelegenheit zu suchen. Die große Gefahr bei diesem Vorgehen bestand darin, daß es bei starkem Andrang Wochen dauern konnte, bis sich eine Möglichkeit zur Fahrt bot. Die meisten Auswanderer aber verfügten nicht über die Mittel, um sich lange in den teuren Hafenstädten aufzuhalten und gerieten in eine überaus bedrängte Lage. Wir werden auf diese Schicksale noch ausführlich zu sprechen kommen.

War ein geeignetes Fahrzeug gefunden, so wurde mit dem Kapitän ein Reisevertrag geschlossen, meist für eine größere Gesellschaft gemeinsam. Als Beispiel mag hier ein Akkord dienen, den die Kanzlei des Kantons Basel 1816 zur Warnung für Auswanderungslustige publizierte⁶¹.

Zum Preis von 170 Gulden für die erwachsene Person (Kinder von 4 bis 14 Jahren zahlten die Hälfte) übernahm der Kapitän die Beförderung von Amsterdam nach Philadelphia und die Lieferung der Lebensmittel auf See. Die Passagiere verpflichteten sich zu gutem Verhalten auf der Reise und Gehorsam gegenüber allen Anordnungen des Kapitäns.

Was wurde nun aber für diese ansehnliche Summe geboten? Die Unterkunft auf den Schiffen war äußerst primitiv. Gewöhnlich handelte es sich um Lastsegler von etwa 300 bis 400 Bruttoregistertonnen, also um ziemlich kleine Fahrzeuge⁶². Die wenigen Kajütenplätze waren für den

⁶⁰ *Schweizerbote*, Nr. 31/32, 1./8. 7. 1816.

⁶¹ StABS, a. a. O.

⁶² Die genauen Maße eines allerdings kleinen Schiffes gibt z. B. LUDWIG GALL, *Meine Auswanderung nach den Vereinigten Staaten*, usw., Trier 1822, S. 93 f. Der betreffende Segler war bei 246 Tonnen Rauminhalt 92 Fuß lang und 24 Fuß breit (etwa 29 × 7½ m).

durchschnittlichen Auswanderer zu teuer. Für die Massentransporte diente das Zwischendeck, ein durch einen Bretterboden abgeteilter Raum zwischen dem Hauptdeck und dem eigentlichen Schiffsraum. Die Höhe dieses Zwischendecks betrug bestenfalls etwa 2 Meter, meist aber nur 1,60 bis 1,80 Meter oder noch weniger. Die Fläche wurde so gründlich ausgenützt, daß zwischen den zweistöckig angeordneten Lagern und dem Gepäck der Auswanderer kaum noch Platz zur Bewegung blieb. Als ungewöhnlich bequem wird in einem Bericht von 1819 die Belegung eines 68 auf 24 Fuß (rund 21 auf 7½ Meter) großen Zwischendecks mit 110 Passagieren bezeichnet. Der Verfasser vergleicht damit die Verhältnisse auf holländischen Schiffen 1817, wo in Räumen von 24 bis 31 auf 6 bis 8½ Meter und nur 1½ Meter Höhe 400 bis 500 Personen zusammengedrängt worden seien⁶³.

Belüftet wurde das Zwischendeck nur durch die Einstiegsöffnungen und einige kleine Luftlöcher. Bei starkem Seegang allerdings mußten alle Luken geschlossen bleiben, unter Umständen für mehrere Tage.

Kaum besser als das Logis war die Kost. Auf dem Papier sahen die Rationen nicht allzu übel aus, etwa in dem erwähnten Vertrag, der folgenden Speisezettel enthielt:

«Sonntags, ein Pfund Rindfleisch mit Gersten, 2 Suppen für 5 Frachten.

Montags, ein Pfund Mehl, und ein Pfund Butter für die ganze Woche.

Dienstags, ein halb Pf. Speck mit Erbsen gekocht, 3 Suppen für 5 Frachten

Mittwochs, ein Pfund Mehl.

Donnerstags, ein Pf. Rindfleisch mit Erdäpfel. Ein Viertel Faß für 5 Frachten.

Freytags, ein halb Pfund Reis.

Samstags, ein halb Pf. Speck mit Erbsen, drey Suppen für 5 Frachten; ein Pfund Käs und 6 Pfund Brot für die ganze Woche.

Ein Maas Bier und ein Maas Wasser per Tag. Da das Bier sauer wird, und für die Gesundheit der Passagiere äußerst schädlich ist, so wird nur für einen Theil der Reise Bier mitgenommen, und wenn dieses aus ist, doppelt Portion Wasser gereicht.»⁶⁴

Häufig wurden diese Lebensmittel aber in höchst minderwertiger Qualität geliefert, noch öfter verdarben sie im Lauf der Reise. Vor allem das Trinkwasser war oft gegen Ende der Überfahrt kaum mehr genießbar. Verzögerte sich die Ankunft durch ungünstige Winde oder Unglücksfälle, so wurde der Proviant oft genug knapp und mußte rationiert

⁶³ Gall, a. a. O., S. 97 und S. 15/16.

⁶⁴ Siehe Anmerkung 62. Als eine Fracht galt ein erwachsener Passagier oder zwei Kinder, die zu halbem Preis fuhren.

werden. Auf den meisten Schiffen mußten die Passagiere ihre Mahlzeiten auf Deck in einer viel zu kleinen Küche selber zubereiten.

Die Behandlung durch Kapitän und Mannschaften war naturgemäß von Schiff zu Schiff verschieden. Wir finden sowohl rühmende Berichte über die Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Seeleute als auch Klagen über Schikanen und Brutalität.

Auch im günstigsten Falle, wenn die Seereise nur 22 bis 28 Tage dauerte, war sie für einen Binnenländer kein reines Vergnügen. Weit häufiger währte die Überfahrt 40 bis 50 Tage, sie konnte sich aber bei widrigen Verhältnissen auch auf 3 Monate verlängern.

Besonders Kinder wurden dann häufig Opfer der einseitigen und ungenügenden Ernährung, und auch Erwachsene erlagen, so geschwächt, leicht geringfügigen Krankheiten. Verheerend wirkten sich auf dem engen Raume Epidemien aus. Nicht selten verbrachten Auswanderer ihre Wartezeit an Land in provisorischen Lagern unter höchst ungünstigen sanitärischen Verhältnissen und brachten ansteckende Krankheiten von dort auf die Schiffe. Unter den Bedingungen des Zwischendecks mußten sich solche Seuchen unweigerlich ausbreiten; besonders der Typhus forderte zahlreiche Opfer.

Die erwähnten Gefahren und Mißstände: Wartefristen im Hafen, Überladung der Schiffe, ungenügende und schlechte Verpflegung, hielten sich wohl zu normalen Zeiten in einem erträglichen Rahmen. So hatten es offenbar die Behörden der meisten seefahrenden Nationen bis zu dieser Zeit nicht für nötig gehalten, den Personentransport auf Frachtschiffen irgendwie zu regeln⁶⁵. Durch den Ansturm einer bisher unerhörten Masse von Auswanderern steigerten sich die Mißstände zu katastrophalen Ausmaßen, und jetzt drängte sich auch die Notwendigkeit behördlicher Maßnahmen auf. Erst die Leiden der Auswanderer von 1816/17 führten zu Versuchen, das Transportwesen zu organisieren und zu überwachen.

Die strengeren Transportgesetze bedeuteten auch das Ende der Passagierbeförderung auf Kredit, die noch 1816/17 eine nicht unbedeutende Rolle spielte. In der Kolonialzeit hatten sich britische Landarbeiter

⁶⁵ In England hatte allerdings eine Passenger Act von 1803 bereits die Zahl der auf Emigrantenschiffen zugelassenen Fahrgäste beschränkt. Die amerikanische Passenger Act von 1819, welche diese Zahl auf eine Person je Tonne Wasserverdrängung festlegte, war ihrerseits erst eine Konsequenz der schlechten Erfahrung während der großen Auswanderungswelle.

häufig schon in der Heimat zur Arbeit bei einem bestimmten Grundbesitzer verpflichtet, der ihnen dafür die Reisekosten vorschob. Dieses System des «indentured service» hatte für die kontinentale Auswanderung nie besondere Bedeutung erlangt, wohl aber das davon abgeleitete des «redemptioning». Auswanderer wurden auf Kredit befördert, versprachen aber schriftlich die Bezahlung der Passage nach der Ankunft. In Amerika durften sie das Schiff oder wenigstens die Hafenstadt erst verlassen, wenn ein Arbeitgeber ihre Schuld beglich, die sie dann in einer festgesetzten Dienstzeit abzuleisten hatten. Die Reise auf Kredit war natürlich etwas teurer; nach dem erwähnten Vertrag kostete sie z.B. 190 Gulden gegenüber 170 bei Barzahlung.

Vom Schicksal der Redemptioners gelangten oft wahre Greuelmeldungen nach Europa; man sprach vom «Verkauf» mittelloser Ankömmlinge und von «weißen Sklaven». In Wirklichkeit wurden die Verdingten wohl nur in Ausnahmefällen schlecht behandelt. Wenn sie nicht geradezu in die Familie ihres Dienstherrn aufgenommen wurden, so konnten sie doch die nötige Erfahrung und oft auch das nötige Kapital erwerben, um sich nach Ablauf der Dienstzeit bald selbständig zu machen. Die Dauer der Verpflichtung war unterschiedlich; sie dürfte für Erwachsene in der Regel etwa drei bis fünf Jahre betragen haben; Jugendliche wurden gewöhnlich mit erreichter Volljährigkeit unabhängig⁶⁶. Größere Familien allerdings konnten selten bei einem einzigen Arbeitgeber unterkommen, was eine längere Trennung bedingte.

Als neue Gesetze die Zahl der Passagiere auf den Schiffen stark einschränkten, wurde der Transport von Redemptioners unwirtschaftlich. Aber schon 1817 waren bei weitem nicht mehr alle Makler bereit, auf Barzahlung zu verzichten; die meisten verlangten wenigstens eine größere Anzahlung. In der Schweiz herrschte aber offenbar noch in weiten Kreisen der Glaube, daß jederzeit Plätze auf Kredit zu bekommen seien, was nicht wenig dazu beitrug, auch Mittellose zur Auswanderung anzuregen.

⁶⁶ Die Angaben, die sich z.B. in den publizierten Briefen finden, weichen sehr stark voneinander ab. Für einige konkrete Fälle siehe unten S. 69 ff. Im übrigen ist für diesen Problemkreis das Buch von ABBOT E. SMITH, *Colonists in Bondage*, Chapel Hill 1947, maßgebend, das allerdings nur die Kolonialzeit behandelt und sich vorwiegend mit dem «indentured service» befaßt.

4. Die Auswanderung 1816/17

Die Vorhut: Frühjahr und Sommer 1816

Den ersten Hinweis auf eine Auswanderung im Jahre 1816 finden wir im *Hochobrigkeitlich privilegierten Aargauischen Intelligenz-Blatt*. Es ist ein am 31. Januar ergangener Schuldenruf für den Krämer Heinrich Amsler von Densbüren, der gesinnt sei, im März mit seiner Familie nach Amerika zu reisen⁶⁷. Weitere Schuldenrufe folgen am 12. Februar und am 11. März. Vom 8. März datiert der erste Hinweis in den Akten des Staatsarchivs: der Kleine Rat genehmigt einem Bürger von Thalheim den Verkauf seiner Güter zwecks Auswanderung⁶⁸. Am 12. März schreibt der Oberamtmann von Rheinfelden an die Regierung:

«Ermuntert durch Wort und That einiger Bürger aus dem Kanton Basel entschlossen sich aus dem Bezirke Rheinfelden nach den Vereinigten Staaten in Amerika auszuwandern ... (es folgt eine Liste von 4 Bürgern)»⁶⁹

Als nächster meldet sich der Amtmann von Laufenburg; er teilt das Gesuch des Joseph Bürgin von Hornußen um Auswanderungsgenehmigung mit und bemerkt skeptisch:

«Auch bey meinen Amtsangehörigen fängt die Sucht nach Amerika zu wandern einzureißen an, sie suchen dort (die meisten wenigst) das Eldorado, was ihnen die Arbeit ihrer Hände im guten Schweizerischen Vaterlande wohl geben würde, und sehen sich dann am Ziele ihrer Laufbahn in Noth und Elend versetzt, gezwungen mit Weib und Kind dem Amerikaner Sklavendienst zu thun.»⁷⁰

Der Rheinfelder Amtmann hatte wohl mit Recht den Ursprung der Bewegung im Baselbiet gesucht, denn schon im Januar, noch vor dem Bekanntwerden vereinzelter Auswanderungspläne im Aargau, hatte die Basler Regierung die Statthalter der Landbezirke nach den Ursachen der auffallend vermehrten Amerikaauswanderung gefragt⁷¹. Die Beamten wiesen einerseits auf die ökonomischen Verhältnisse hin, die vor allem ärmere Leute den Ausweg nach Amerika suchen ließen; eine

⁶⁷ *Intelligenzblatt*, Nr. 5, 1816.

⁶⁸ StAAG, KIRP, 18. 3. 1816.

⁶⁹ StAAG, IA Nr. 5, Amerika 1817, 12. 3. 1816.

⁷⁰ a. a. O., 26. 4.

⁷¹ Bürgermeister und Rat von Basel an die Statthalter der Landbezirke, 10. 1. 1816, StABS, a. a. O.

mindestens ebenso wichtige Ursache sahen sie jedoch in der Verbreitung günstiger Nachrichten von den 1803 bis 1806 ausgewanderten Landsleuten.

So schrieb der Pfarrer von Ormalingen in einem Bericht an den Statthalter in Sissach:

«Bereits wird ihnen bekannt seyn; daß gegen Ende vorigen Sommers, eine ganze Parthie Briefe, aus America, von ehemals dorthin Ausgewanderten Angehörigen unseres Kantons, an ihre Freunde und Verwandte gelangten, von welchen mehrere sehr günstig lauteten. Unter anderem soll ein Frenkendörfer gemeldet haben: Er wünschte, daß nicht nur seine Anverwandten, sondern alle Bewohner des hiesigen Kantons bey ihm wären, indem er ihnen genug Reume und Nahrung verschaffen könnte etc. Diese und ähnliche reizende Vorspiegelungen, mögen das Auswanderungsfieber, von welchem unsere Leute ohnehin von Zeit zu Zeit ergriffen werden, nun neuerdings sowohl in meinen Gemeindsgenossen, als in den Angehörigen anderer Gemeinden angefacht haben.»⁷²

Insgesamt meldeten sich bis Ende Mai 218 Personen aus den Basler Landbezirken zur Auswanderung, mehr als die Hälfte davon aus dem Bezirk Sissach⁷³. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Verbreitung der im Baselbiet zirkulierenden Berichte aus Amerika und das direkte Vorbild der dortigen Auswanderergruppen die kleine Welle im benachbarten Bezirk Rheinfelden ausgelöst hat und auch über dessen Grenzen hinaus die Auswanderungsneigung anregte.

Aus den Schreiben der Aargauer Amtmänner läßt sich entnehmen, daß zunächst einige Unsicherheit bestand, wie Auswanderer unter der neuen Verfassung zu behandeln seien. Die Regierung mußte zuerst durch klare Richtlinien für eine einheitliche Praxis sorgen. Am 20. Mai erteilte sie in einem Kreisschreiben an alle Oberämter die nötigen Instruktionen⁷⁴. Prinzipiell wurde die Freizügigkeit betont, wenigstens für Friedenszeiten:

«Es steht, nach den Grundsätzen einer freien Verfassung, jedem Bürger das Recht zu, seine Heimath zu verlassen und sich, nach Belieben in einem andern Lande zu setzen, ohne deshalb sein Land- und Ortsbürgerrecht aufgeben zu müssen. Einzig wenn der Staat die Gegenwart seiner Bürger zur Vertheidigung des Vaterlandes bedarf, leidet dieser Grundsatz so lange eine Ausnahme, bis die Gefahr von dem Lande abgewandt ist.»

Auswanderungspropaganda allerdings sollte nicht geduldet werden:

⁷² Pfarrer Faesch an Statthalter Forcart, 16.1.1816, StABS, a. a. O.

⁷³ StABS, Auswanderung B, Statistik 1817–1920.

⁷⁴ StAAG, a. a. O., 20.5.

«Allein auf der andern Seite ist es Pflicht der Regierung für die Wohlfahrt der Kantonsbürger zu sorgen und vorzusehen, daß selbige nicht durch leichtsinnige Versprechungen und falsche Vorspiegelungen zu einer Auswanderung angelockt werden, die nur von traurigen Folgen für sie seyn kann.

Ihr werdet demnach, wenn sich von Euern Amtsangehörigen in dem Falle befinden, Euch sorgfältig erkundigen, wie sie zu ihrem Entschluß verleitet worden, und wenn dieses durch fremden Antrieb, vermittelt herumgebotener Druckschriften oder durch jede andere Art von Anwerbung geschehen seyn sollte, Uns sogleich darüber Bericht erstatten.»

Eine Verordnung gegen eigentliche Anwerbung von Kolonisten durch schönfärberische Broschüren mochte ihre Berechtigung haben⁷⁵; man erhält aber doch den Eindruck, daß die Behörden dazu neigten, alle günstigen Berichte aus Amerika als trügerisch und die meisten Auswanderungen als verfehlt zu betrachten.

Es folgten dann einige Bestimmungen im Interesse der Zurückbleibenden: Hausväter, die ihre Familien zurücklassen wollten, mußten für deren Unterhalt sorgen, damit sie nicht den Gemeinden zur Last fielen; aus dem Muttergut stammendes Vermögen minderjähriger Kinder durfte nur mit besonderer Bewilligung der Regierung abgezogen werden. Dasselbe galt für den Vermögensabzug nach Ländern, die ihrerseits von Schweizern noch Abzugsgeld forderten, was aber die Vereinigten Staaten nicht betraf. Wichtiger als diese einleuchtenden Beschränkungen war die klare Feststellung:

«... wenn das wegziehende Vermögen das freye und unbedingte Eigenthum des Auswandernden ist, so kann ihm die Wegziehung desselben bloß aus Besorgnis künftiger Verarmung nicht verweigert werden, indem kein Gesetz die Gemeinden zu Zurückbehaltung desselben bevollmächtigt.»

Mit diesem Grundsatz wurde den Gemeinden das Recht abgesprochen, sich auf Kosten der Auswanderer abzusichern für den Fall, daß deren Unternehmen mißlingen und sie ohne Mittel heimkehren sollten. Diesem Zweck hatte ja die Praxis gedient, entweder das Vermögen der Abziehenden zurückzuhalten oder von ihnen den Verzicht auf das Bürgerrecht und damit auf die Versorgung im Armutsfalle zu fordern, wie es z. B. in vielen deutschen Staaten bis um die Jahrhundertmitte üblich

⁷⁵ Besonders die Werbung für geschlossene Ansiedlungen führte selten zu erfreulichen Resultaten; ein abschreckendes Beispiel war etwa die unten, S. 84 f., erwähnte Kolonie in Kanada.

war⁷⁶. Die aargauische Regierung blieb in diesem Punkt liberalen Grundsätzen treu.

Obwohl somit von seiten des Staates der Auswanderung keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt wurden, scheint sie doch im Sommer 1816 nur im Bezirk Rheinfelden ein ansehnliches Ausmaß erreicht zu haben. Die Meldungen aus andern Bezirken sind äußerst spärlich: drei Familien aus Thalheim und Effingen veröffentlichten Schuldenrufe im Intelligenzblatt; die Oberämter von Zofingen und Zurzach kündigten die Auswanderung je einer Familie aus Kölliken, Schneisingen und Siglistorf an⁷⁷. Das Oberamt Rheinfelden dagegen erteilte in der Zeit vom 1. April bis zum 26. August Pässe für nicht weniger als 134 Personen⁷⁸.

Zwei ledige Männer und eine Familie aus Magden reisten bereits im April, Anfang Mai folgten sieben Familien und zwei einzelne aus den Gemeinden Mumpf, Wallbach, Zeiningen und Zuzgen. Nach einer Pause von mehr als zwei Monaten brachen weitere Gruppen aus Magden, Möhlin und einigen andern Ortschaften auf. Von sechs Familien und sechs einzelnen, die zwischen dem 23. Juli und dem 14. August abreisten, wissen wir, daß sie in Amsterdam nur mit Mühe Schiffsplätze fanden; sie konnten erst am 20. September auf dem Schiff «De Hoop» den Hafen verlassen und verbrauchten bis dahin einen großen Teil ihrer bescheidenen Mittel⁷⁹.

Die meisten Auswanderer dieses Sommers besaßen ohnehin kaum Vermögen. Von den 24 Familien und 15 Alleinstehenden aus dem Bezirk Rheinfelden hatten nur 6 mehr als 1000 Franken mitgenommen; zwei weitere besaßen 500 bzw. 900 Franken, alle übrigen weniger als 500 Franken, zum Teil nur das Reisegeld.

Auffallend ist, daß die Zahl der Familien die der Alleinstehenden deutlich übertraf; die Hälfte der Familien zählte zudem 5 oder mehr Köpfe, auch hatten 14 der Familienoberhäupter das vierzigste Altersjahr bereits überschritten.

⁷⁶ WILHELM MÖNCKMEYER, *Die deutsche überseeische Auswanderung*, Diss. Tübingen 1912, S. 228 ff.

⁷⁷ *Intelligenzblatt*, Nr. 13, 27. 3. 1816, Nr. 15, 10. 4. StAAG, a. a. O., 5. 7. und 24. 7.

⁷⁸ StAAG, a. a. O., Statistik des Oberamts Rheinfelden, 14. 2. 1817.

⁷⁹ *J. U. Büchlers Land- und Seereisen nach Nordamerika und Westindien*, usw., Ebnet 1824.

14 der Männer waren Landwirte, 6 Personen wurden als Knechte oder Mägde bezeichnet. Noch etwas größer war die Zahl der Handwerker mit 15, dazu 2 Schiffer, 1 Wundarzt und 1 «Militär».

Daß neben dem gut erfaßbaren Kontingent aus Rheinfeldern auch kleinere Gruppen aus andern Bezirken aufbrachen, ist anzunehmen. Sehr groß können sie jedoch nicht gewesen sein; jedenfalls berichteten selbst die aargauischen Zeitungen zwar über die Auswanderung aus Glarus, Luzern und Basel, übersahen aber die aus dem eigenen Kanton.

Erst im Spätherbst sammelten sich neue Gruppen, vermutlich unter dem Eindruck der Mißernte, deren Folgen jetzt spürbar wurden. Die wichtigsten Kontingente kamen aus Untersiggingen und Würenlingen im Bezirk Baden sowie aus Tegerfelden im Bezirk Zurzach. Über ihre Zusammensetzung wissen wir wenig; sicher ist immerhin, daß es sich wieder vorwiegend um größere Familien handelte. Der Oberamtmann von Baden meldete, der wichtigste Auswanderungsgrund für die 25 Erwachsenen und 35 Kinder aus seinem Bezirk sei die Verachtung der Mitbürger; die Entfernung des Gesindels sei durchaus nicht zu bedauern; daraus läßt sich doch schließen, daß die Auswanderer nicht gerade einer Oberschicht entstammten⁸⁰.

Es wurde den wenig bemittelten Leuten zum Verhängnis, daß sie zu einer höchst ungünstigen Zeit in Holland eintrafen; sie fanden keine Passagegelegenheit, schon gar nicht auf Kredit, wie sie es wohl zum Teil gehofft hatten. Nach wenigen Wochen hatten die Unglücklichen ihre geringen Mittel verbraucht und zogen bettelnd durch die Straßen Amsterdams. Auf das Drängen der niederländischen Behörden nahm sich der schweizerische Konsul Planta ihrer an. Einige kehrten mit seiner Hilfe heim und mußten dann von den Gemeinden unterstützt werden, anderen gelang es, im Laufe des Sommers 1817 doch noch eine Gelegenheit zur Überfahrt zu finden⁸¹.

Das Schicksal dieser Gruppe veranlaßte die aargauischen Behörden, strengere Kontrollmaßnahmen vorzukehren, denn schon in den letzten Monaten des Jahres 1816 wurde klar, daß die eigentliche Welle erst bevorstand. Im November und Dezember hatten nicht weniger als 43 einzelne und Familienväter Schuldenrufe oder Güterverkäufe im Intelli-

⁸⁰ StAAG, a. a. O., Oberamt Baden, 2. 11. 1817.

⁸¹ a. a. O., Bericht Plantas vom 11. 1. 1817.

genzblatt publiziert; das Oberamt Baden meldete die bevorstehende Abreise von 60 Personen; Brugg kündete gar gegen 50 Hausväter mit Familien aus⁸². Selbst aus dem Bezirk Muri traf eine Meldung von Auswanderungsabsichten ein⁸³.

Der Höhepunkt der Welle; die Auswanderungsvereine

Im Februar 1817 untersuchte eine Kommission den Stand der Auswanderungspläne zur Information des Kleinen Rates⁸⁴. Sie stellte fest, daß sich zwei große Vereine gebildet hatten, die geschlossen die Reise antreten wollten. Der eine, geführt von Johann Jakob Märk aus Aarau, hatte bereits der Firma Zwißler & Co. eine Anzahlung an die Überfahrtkosten geleistet. Für den andern sollten die Vorsteher, Rudolf Brugger und Heinrich Märki, in Amsterdam selber eine Fahrgelegenheit suchen. Diese Gruppe hatte auch ein festes Ziel im Auge:

«Die Auswanderer gedenken, in Philadelphia zu landen, in dessen Nähe sich die mit dem Landkauf beauftragte Commission befinden soll, und sich nachher in Neu-Lancaster anzusiedeln, wo laut ihrem Vorgeben eine Niederlassung von Schweizern ist.»⁸⁵

Bemerkenswert erscheint die Finanzierung der Reise:

«Die Ausgeschossenen verhehlen sich nicht, daß ein großer Theil der Auswanderer außer Stande ist, die Reisekosten zu bestreiten, und scheinen auf dieses Unvermögen zu rechnen, um sich gegen zu entrichtende Vorschüsse des Dienstes derselben für die Zukunft zu versichern.»

Der Zusammenschluß der Auswanderer in größeren Gruppen unter der Leitung erfahrener Männer schien auch der Regierung ein Weg, die schlimmsten Fehler zu verhüten. In einem Kreisschreiben an die Oberämter vom 19. Februar erhob sie zur Vorschrift⁸⁶:

⁸² StAAG, IA Nr. 5, 1814–1821, Faszikel 14.

⁸³ StAAG, IA Nr. 5, Amerika 1817, 18. 1. 1817.

⁸⁴ StAAG, a. a. O., Bericht vom 18. 2. 1817.

⁸⁵ Es handelte sich zweifellos um New Lancaster, O., in dessen Umgebung sich viele der Baselbieter Auswanderer niedergelassen hatten. Der Hinweis auf eine Kommission könnte so verstanden werden, daß der Verein zur Auswahl und zum Ankauf von Land Abgesandte vorausgeschickt hätte. Es finden sich aber keinerlei weitere Belege für diese Interpretation.

⁸⁶ StAAG, a. a. O.

- «1. Es sollen von nun an keine Reisepässe für Amerika anders als für ganze Vereine, die die Reise gemeinschaftlich unternehmen, abgeliefert werden, jedoch so, daß für jede Familie und jedes zu keiner Familie gehörige Individuum, wie bis dahin ein besonderer Reisepaß ausgestellt wird.
2. Jeder Verein hat eine ihm beliebige Anzahl von Vorstehern zu ernennen, welche die Reise-Angelegenheiten desselben zu besorgen haben.»

Noch mehr Sicherheit vor der Rückkehr Verarmter sollten die folgenden Artikel gewähren:

- «3. Die Reisepässe werden nicht eher abgeliefert, bis der Verein, sey es durch annehme-liche Bürgschaft oder durch die Hinterlegung eines Theils des Reisegelds, der Re-gierung hinreichende Sicherheit wird gegeben haben, daß kein Mitglied desselben von der Reise zurückkehre, um dem Staate oder seiner Gemeinde zur Last zu fallen.
4. Diese Versicherung soll wenigst zwey und dreißig Franken auf den Kopf und zwar ohne Unterschied des Alters betragen.»

Erst wenn die Einschiffung erfolgt und bestätigt war, sollten die Ver-treter der Vereine die deponierten Gelder oder die Bürgen ihre Bürg-schaftsscheine wieder erhalten. Die verlangte Summe erscheint gering, betrug sie doch nur einen Bruchteil des üblichen Passagepreises. Wahr-scheinlich überschätzte auch die Regierung noch die Möglichkeit, Schiffs-plätze gegen eine geringe Anzahlung zu bekommen. Konsul Planta er-klärte in einem Schreiben an den Bürgermeister von Basel im April eine Hinterlage von 200 Franken für notwendig, wenn die Einschiffung ga-rantiert werden sollte. Das Depot der Aargauer reiche nur dazu aus, verarmte Auswanderer wieder nach Hause zu schicken.

Immerhin bedeutete diese erste Vorschrift schon einen Fortschritt. Die Depotgelder wurden bei der Staatskanzlei hinterlegt und dem Kon-sul in Amsterdam überwiesen; so bestand eine gewisse Gewähr für sinn-volle Verwendung.

Bereits am 24. Februar sandte das Oberamt Zofingen die Gelder für eine Gesellschaft von 29 Personen unter der Führung von Carl Gysi, wenige Tage später trafen auch Verzeichnisse und Depots der Vereine von Heinrich Märki und Johann Jakob Märk ein. In der ersten März-hälfte formierte sich eine ganze Reihe neuer Gesellschaften, vor allem im Bezirk Rheinfelden; bis Ende März kamen weitere aus den andern Bezirken dazu.

Die folgende Liste soll einen Überblick über diese Vereine geben.

Leiter	Mitglieder	Herkunft
Heinr. und Jak. Märki, Rüfenach Johann Itel, Rohrdorf Rudolf Brugger	444	Alle Bezirke, außer Rheinfelden, vorwiegend Brugg
Johann Jakob Märk, Aarau Adrian Märk, Aarau Carl F. Gysi, Zofingen	117	Bezirke Aarau, Brugg, Zofingen, einige aus Kulm, Baden, Zurzach
Rudolf Fäs, Oberkulm	73	Bezirke Kulm, Aarau, Lenzburg
Hans Jakob Bläuer, Linn	57	Bezirk Brugg, Bözberggebiet
Fridolin Müller, Schupfart	59	Bezirk Rheinfelden, besonders Möhlin
Michael Metzger, Möhlin	13	Möhlin
Heinrich Huser, Zeiningen	48	Zeiningen
Jakob Gasser, Zeiningen	52	Zeiningen
Sebastian Wunderlin, Wallbach	32	Bezirk Rheinfelden
Jacob Rügger, Aarburg	41	Bezirke Zofingen, Aarau, Kulm
Fridolin Mösch, Frick	39	Bezirk Laufenburg, besonders Frick
Marx Reimann, Wölflinswil	66	Bezirk Laufenburg, besonders Wölflinswil
Augustin Bürgin, Magden	68	Bezirk Rheinfelden, besonders Magden
Fridolin Herzog, Wegenstetten Joh. Wendelspieß, Wegenstetten	75 *	Wegenstetten, Gipf-Oberfrick

* Von diesem Verein sind wohl nur etwa 34 Personen aus Wegenstetten abgereist, die Gruppe aus Gipf-Oberfrick mußte zurückbleiben, weil sie das inzwischen höher angesetzte Depotgeld nicht aufbrachte (siehe unten S. 68).

Im Herbst sammelte auch der erwähnte Bernhard Steiner noch eine Gruppe von 37 Personen, zum großen Teil wohl Verwandte und Bekannte aus Schafisheim und Umgebung.

Die Zusammensetzung der Vereine

Oberamtmann Fischinger von Rheinfelden, jederzeit um eine gründliche Berichterstattung über das Auswanderungswesen besonders bemüht, begleitete seine Statistik für das Frühjahr 1817 mit einer Aufzählung der «Kategorien» von Auswanderern, aus denen sich die Vereine seines Bezirks zusammensetzten. Es mag interessant sein zu erfahren, welche Eigenschaften und Beweggründe der eifrige Beamte seinen auswandernden Landsleuten zuschrieb. Er nannte die folgenden Gruppen:

- «a) solche, welche früher in besseren Vermögensumständen theils verschuldete, theils schuldlose Armuth nun nicht zu ertragen vermögen;
- b) solche, die Handwerke erlernten, von der Wanderschaft zurückkamen, und, als Meister in Landgemeinden ihre Rechnung, weil sie sich über das Gewöhnliche zu erheben nicht gelernt hatten, auch nicht finden konnten;
- c) solche, Handwerker und Landarbeiter, die auf die Hoffnung eines himmlischen Manna nichts so behend thun konnten, als heurathen beynahe im ersten Erwachen des Naturtriebes;
- d) begeisterte; vormals vielleicht besessene genannt, die sich von der neuen Welt und in derselben eine ungekannte Glücksgöttin träumten, und den schlichten Mitbürger bedauerten, der sich in ihre rohe Lebens-Poesie nicht hinein träumen konnte;
- e) einige beleidiget von dem Aristokratism des Reichthums, immer dem schlechtesten in jeder Weltordnung;
- f) wenige von Vorwürfen gepeinigt, die noch nicht begreifen wollten, daß selbst diese mit ihnen über das Weltmeer segeln und dann auch
- g) arbeitsscheue neben thätigen und fleißigen Menschen, unter welch letzteren mehrere von Magden, Zeiningen und Wegenstetten, die wenigsten von Möhlin gezählt werden können;
- h) junge Leute, die auch das Leben in dem jüngsten Staat der Welt kennen lernen, ihr Glück bloß versuchen wollen, worunter einige bloß geduldete, uneheliche Kinder, ohne die vollen Rechte eines Bürgers.»⁸⁷

Die Liste gibt einen Eindruck von der Vielfalt möglicher Auswanderungsmotive, zugleich aber auch von der Voreingenommenheit des zeitgenössischen Beobachters, der sich offenbar ehrenwerte und begreifliche Gründe gar nicht vorstellen konnte. Die Schwierigkeiten junger Leute, zu einer selbständigen Existenz zu kommen oder auch nur eine Familie zu erhalten, kann er nur als Anzeichen persönlicher Untüchtigkeit oder leichtsinniger Lebensführung betrachten; die oft auf recht glaubwürdige Information gegründete Hoffnung auf eine bessere Existenz in Amerika ist für ihn a priori ein Hirngespinnst, und selbst von den schuldlos Verarmten erwartet er eher ein geduldiges Ertragen ihres Schicksals, als eine «Flucht» nach Amerika.

Glücklicherweise besitzen wir neben solchen tendenziösen Äußerungen auch noch einige nüchterne Daten, die uns gewisse Aufschlüsse über die Zusammensetzung der Auswanderergruppen geben. Allerdings sind auch sie mit Vorsicht zu behandeln, da die Erfassung der Auswanderung nicht

⁸⁷ a. a. O., Bericht vom 9. 5. 1817.

überall mit gleicher Sorgfalt erfolgte und die Zahlen deshalb alles andere als vollständig sein dürften⁸⁸.

Eine Einordnung der Auswanderer nach ihrer geographischen Herkunft ergibt ein sehr unausgeglichenes Bild, wie die folgende Tabelle zeigt:

Bezirk	Auswanderung absolut	Bevölkerung	Auswanderung in % der Bevölkerung
Aarau	90	13 000	0,7
Baden	71	12 000	0,6
Bremgarten	26	15 000	0,2
Brugg	252	15 000	1,7
Kulm	86	16 000	0,5
Laufenburg	183	12 000	1,5
Lenzburg	80	13 000	0,6
Muri	3	16 000	–
Rheinfelden	350	8 000	4,3
Zofingen	109	18 000	0,6
Zurzach	49	11 000	0,4

In den Bezirken Rheinfelden und Laufenburg zeichneten sich einige Gemeinden durch besonders starke Auswanderung aus, so Zeiningen mit 96 Personen, Magden und Möhlin mit mehr als 60, Wölflinswil mit wahrscheinlich etwa 50⁸⁹, Wegenstetten mit 35, Frick mit 29 Personen.

Im Bezirk Brugg stellten die Gemeinden um das Birrfeld (Birrhard, Birr, Lupfig, Scherz) und die des Bözbergs (Effingen, Bözberg, Gallenkirch, Linn, Stalden) auffallend viele Auswanderer. In den übrigen Bezirken wiesen Kölliken, Schafisheim, Oberkulm, Würenlingen und Lengnau Kontingente von mehr als zwanzig Personen auf.

Im Verhältnis zur Bevölkerung hatten wohl Linn und Scherz mit jeweils mehr als 10% die stärkste Auswanderung zu verzeichnen⁹⁰.

⁸⁸ Quellen für die Zahlen: Listen der Vereine in StAAG, IA Nr. 5, 1822–1840, Faszikel 59; IA Nr. 5, Brasilien 1819; IA Nr. 5, Amerika 1817. Für die Bevölkerungsziffern: Schätzungen in Umriß der Landesbeschreibung des eidgenössischen Freistaats Aargau, 2. *Neujahrsblatt* ..., herausgegeben von der historischen Klasse der Gesellschaft für vaterländische Kultur im Aargau, Aarau 1817.

⁸⁹ Beim Verein von Marx Reimann ist nur für zwei Familien der Herkunftsort angegeben; vermutlich stammten aber die meisten übrigen Mitglieder aus Wölflinswil.

⁹⁰ Bei sehr kleinen Gemeinden ist natürlich eine relative Angabe sinnlos, da bereits die Auswanderung einer Familie einen Bevölkerungsverlust von mehreren Prozenten bedeuten konnte.

Auffallend ist an diesen Zahlen zunächst die relativ geringe Beteiligung der industrialisierten Bezirke, war doch die akute Not in diesen Gegenden, besonders in den Bezirken Kulm und Lenzburg, kaum geringer als etwa im Fricktal. Die bessere Aussicht auf baldige Erholung mag zum Teil erklären, daß unter den Industriearbeitern die Suche nach einem radikalen Ausweg weniger häufig war. Zudem konnten auch die Verherrlicher Amerikas auswandernden Arbeitern wenig versprechen. Erst während der letzten zehn Jahre hatte der Aufbau einer eigenen Industrie in den Vereinigten Staaten begonnen, und durch die englische Konkurrenz war auch sie nach dem Friedensschluß in arge Bedrängnis geraten⁹¹. Die Umstellung auf die Landwirtschaft, noch dazu unter fremden Bedingungen, trauten sich die Heimarbeiter mit ihrem Kartoffeläckerlein und ihrer Ziegenweide kaum selber zu. Wie weit ihnen außerdem die Gewöhnung an einen neuen Lebensstil (stärkere Abhängigkeit von käuflichen Konsumgütern, Arbeit im geselligen Kreis) die Einsamkeit des Pionierlebens besonders abschreckend erscheinen ließ, ist schwer zu sagen⁹². Ein weit konkreteres Hindernis sollte nicht vergessen werden: die Unfähigkeit zur Bestreitung der Reisekosten. Während selbst verschuldete Kleinbauern aus dem Verkauf ihrer Güter oft noch den Preis der Überfahrt oder doch das Depotgeld lösen konnten, besaßen Spinner und Weber keinerlei Reserven.

Allerdings finden sich nun auch innerhalb der teilindustrialisierten und rein agrarischen Gebiete eklatante Unterschiede, die nur zum Teil aus den verschiedenen wirtschaftlichen Gegebenheiten zu verstehen sind.

Der Bezirk Baden hatte anscheinend unter der Mißernte etwas weniger gelitten als andere Bezirke; in Bremgarten und Muri blieb der industrielle Verdienst weitgehend ungeschmälert, da die Strohflechterei von der Krise verschont blieb.

Demgegenüber fiel in Brugg die Spinnerei endgültig aus; die Weberei verschwand aus diesem peripheren Gebiet wenigstens für längere Zeit⁹³. Besonders hart traf dies die Gegenden, wo auch die Landwirtschaft wenig einträglich war: die Gemeinden des Bözbergs und des erst seit

⁹¹ Glover/Cornell, a. a. O., S. 140 ff.

⁹² Über den Lebensstil und die neue Bedürfnisstruktur der Heimarbeiter siehe vor allem RUDOLF BRAUN, *Industrialisierung und Volksleben*, Winterthur 1960.

⁹³ Bodmer, a. a. O., S. 292.

kurzem urbarisierten Birrfeldes; sie verzeichneten denn auch die stärkste Auswanderung⁹⁴.

Das Fricktal schließlich war durch die Heimsuchungen der letzten Jahre bereits geschwächt; nach den Lasten der Einquartierung, den Opfern der Typhusepidemie usw. waren hier zahlreiche kleine Grundbesitzer und Handwerksmeister der wirtschaftlichen Erschöpfung nahe und wurden durch die neue Katastrophe der Verarmung preisgegeben.

Die Unterschiede der Wirtschaftslage erklären jedoch kaum befriedigend die sehr großen Differenzen der Auswanderungsziffern. Zwar darf die ökonomische Notlage als grundlegende Voraussetzung für das Entstehen der Auswanderungswelle gelten. Als auslösende Faktoren spielten jedoch günstige Nachrichten aus Amerika und das Vorbild größerer Auswanderungen aus benachbarten Gebieten eine wichtige Rolle.

Die Zeitgenossen, die ohnehin geneigt waren, die «Auswanderungslust» als eine Art Krankheit zu betrachten, maßen solchen Einflüssen große Bedeutung bei; so bezeichnete es der Kleine Rat in seinem Rechenschaftsbericht als tröstlich, daß «Überredung und eine Art von moralischer Ansteckung mehr noch als die Not der Zeiten, diese Entschlüsse veranlaßten.»⁹⁵

Noch drastischer schilderte der Oberamtmann von Laufenburg den Vorgang:

«In den ersten 3 Monathen des verflossenen Jahres begann ein finsterer Geist auch durch die Thäler zwischen Jura und Rhein zu ziehen, welcher durch die Noth und Eigennutz gleich aufgereggt, manche Familie vom heimathlichen Herde trieb.»⁹⁶

Solche Äußerungen sind natürlich teilweise Ausdruck der Überzeugung, daß es sachliche Gründe für die Auswanderung kaum gebe; ein gewisser Wahrheitsgehalt ist aber der «Ansteckungsthese» nicht abzusprechen. So ist ein Zusammenhang zwischen Fricktaler und Baseltaler Auswanderung im Sommer 1816 offenkundig, wobei sowohl die Briefe der früher Ausgewanderten wie auch das Vorbild der neu sich bildenden Gruppen über die Kantonsgrenze hinaus gewirkt haben dürften.

⁹⁴ Aus Scherz, Lupfig, Birr und Birrhard zusammen 99 Personen, aus Bözberg, Effingen, Gallenkirch, Linn und Stalden 53.

⁹⁵ StAAG, IA Nr. 14, RKIR, 1816/17.

⁹⁶ StAAG, a. a. O., Rapporte, 1817.

Ein ähnlicher Einfluß mußte vom benachbarten Großherzogtum Baden ausgehen, wo bis Mitte Mai 1817 rund 20 000 Gesuche um Auswanderungsbewilligungen gestellt wurden⁹⁷. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die größere geographische Nähe und die engeren historischen Beziehungen zu diesem Gebiet die ungewöhnliche Stärke der Auswanderung aus den nördlichen aargauischen Bezirken mitverursachten. Nicht vereinbar mit dieser These scheint die geringe Beteiligung des Bezirks Zurzach, wo die Auswanderung nur im Herbst 1816 für kurze Zeit etwas zugenommen hatte. Für das plötzliche Abbrechen dieser Bewegung scheint keine Erklärung stichhaltiger als diejenige des Oberamtmanns, der in seinem Jahresbericht pro 1817 schrieb, daß die «Auswanderungssucht» mit der Rückkehr dreier Familien von Tegerfelden und einer von Klingnau aus Amsterdam ganz verschwunden sei. Der Anblick der Verarmten habe mehr genützt, als Ermahnungen von der Kanzel, Überredung und in den Weg gelegte Hindernisse⁹⁸.

Auch dies würde bestätigen, daß der Einfluß direkter «Vorbilder» nicht unterschätzt werden darf.

Ein ähnliches Bild wie 1816 ergeben die Angaben über die Familienverhältnisse der Auswanderer. Die genauesten Daten besitzen wir wieder aus dem Bezirk Rheinfelden; von den dortigen 350 Auswanderern werden 71 als ledige Erwachsene, 103 als verheiratete Erwachsene und 176 als Kinder klassiert. Von den ledigen Erwachsenen sind allerdings 31 sicher ältere Kinder einer Familie, die mit Eltern und Geschwistern reisten; höchstens 40 können wirklich als Alleinstehende gelten.

Die Angaben der Vereine aus andern Bezirken sind weniger präzise; ihre Listen enthalten gewöhnlich nur die Namen der verantwortlichen Familienoberhäupter mit der Kopffzahl der zugehörigen Familie. Für alle Vereine des Kantons (eingeschlossen diejenigen aus dem Bezirk Rheinfelden) ergeben sich folgende Verhältnisse:

Alleinstehende	101
Familien mit 2–3 Personen	59
Familien mit 4–5 Personen	75
Familien mit mehr als 5 Personen	90

⁹⁷ Mönckmeyer, a. a. O., S. 34.

⁹⁸ StAAG, a. a. O.

Die Gruppe der jungen Leute, die «ihr Glück bloß versuchen wollen» war also im Verhältnis zur Gesamtzahl der Auswanderer sehr klein, während die großen Familien deutlich überwogen.

Altersangaben besitzen wir von insgesamt 115 Familienoberhäuptern und Einzelpersonen, fast alle aus dem Bezirk Rheinfelden. Folgende Verteilung ergibt sich daraus:

20 bis 40 Jahre	74
40 bis 50 Jahre	24
Über 50 Jahre	17

Überraschend ist kaum das Überwiegen der untersten Altersgruppe, sondern eher der immerhin beachtliche Anteil der Auswanderer in vorgeschrittenem Alter.

Noch spärlicher sind die Daten über die Vermögensverhältnisse der Auswanderer; zu den einigermaßen vollständigen Zahlen aus dem Bezirk Rheinfelden kommen nur spärliche Ergänzungen aus andern Gebieten. Angegeben ist das Vermögen 1817 für:

Total	98 Familien und einzelne
Davon besaßen:	
weniger als 500 Franken	69
500 bis 2000 Franken	23
2000 bis 5000 Franken	4
mehr als 5000 Franken	2

Von einigen Vereinsführern ist bekannt, daß sie ebenfalls über bedeutende Mittel verfügten, so von Märki aus Rüfenach, von Brugger, von Bläuer und vielleicht auch von weitem Mitgliedern seiner Gruppe⁹⁹. Andererseits wissen wir von zahlreichen Auswanderern, daß sie allerhöchstens die Reisekosten bis nach Amsterdam und das Depotgeld selber aufbringen konnten, während nicht wenige selbst dafür auf Vorschüsse der Mitreisenden oder Beiträge der Gemeinden angewiesen waren. Auch der spätere Verlauf der Auswanderungen läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß eher eine Minderheit der Leute die vollen Reisekosten besaß und nur ein sehr kleiner Teil zur selbständigen Ansiedlung imstande sein konnte.

⁹⁹ Der Oberamtmann von Brugg berichtete, daß die zurückbleibenden Bürger von Linn für den Ankauf der Güter der Ausgewanderten 40 000 Franken Schulden auf sich geladen hätten.

Der häufig gezogene Schluß, es habe sich in der Hauptsache um die Auswanderung eines ländlichen Proletariats gehandelt, ist trotzdem nicht zulässig. Wie bereits betont wurde, waren die «Armen» des Jahres 1817 zum guten Teil erst durch die Mißernte und Teuerung ruiniert worden.

Die Berufe der Auswanderer sind außer in der Statistik von Rheinfelden auch in der Liste des Vereins Rüeegger aufgeführt. Für 86 Männer aus Rheinfelden finden wir folgende Berufsbezeichnungen:

29 Landwirte

5 Tagelöhner

34 Handwerker, worunter:

7 Schneider

5 Leinweber

4 Zimmerleute und Schreiner

je 3 Schuster und Maurer

je 2 Küfer, Leiternmacher und Uhrmacher

je 1 Schlosser, Schmied, Hafner, Siegellackfabrikant, Gärtner und
«Mühlartz» (=Mühlenmacher)

18 andere, worunter:

7 Korb-, Knopf- und Siebmacher

4 Weber

2 Baumwollweber

je 1 Stricker, Krämer, Schiffer, Dorfwächter und Jäger¹⁰⁰

Der geographischen Herkunft entsprechend ist die Zusammensetzung beim Verein Rüeegger etwas anders:

1 Landwirt

1 Landarbeiter

2 Handwerker (Schneider und Zimmermann)

5 Landwirte und Weber (Heimarbeiter mit Landwirtschaft)

1 Fabrikant (Rüeegger selbst, unklar, ob Heimarbeiter oder Verleger)

¹⁰⁰ Etwas fraglich ist die Zuordnung der Weber; während die Leinweber ziemlich sicher noch für den lokalen Bedarf produzierten und deshalb den Handwerkern zugerechnet wurden, arbeiteten die Baumwollweber wohl für auswärtige industrielle Verleger. Die Annahme, daß die vier nicht genauer bezeichneten «Weber» zu dieser zweiten Gruppe gehörten, muß nicht unbedingt richtig sein. Ferner ist anzumerken, daß von den ländlichen Handwerkern höchstens sehr wenige vollberuflich ihrem Gewerbe nachgingen. Die überwiegende Mehrheit lebte teilweise, vielleicht sogar hauptsächlich von Landwirtschaft.

Die Heimarbeiter dürften, nach diesem Beispiel zu schließen, in den Kontingenten der industrialisierten Bezirke recht zahlreich gewesen sein; ihr Anteil an der gesamten Auswanderung war aber trotzdem klein.

Die Beteiligung von Landwirten und Handwerkern scheint etwa gleich, gemessen an ihrem geringeren Anteil an der Gesamtbevölkerung sind die Handwerker stärker vertreten. Ein Grund dafür dürfte darin liegen, daß sie nach der Handwerksordnung von 1806 zu einer mehrjährigen Wanderschaft verpflichtet waren, welche die Bindung an die engere Heimat lockerte und nützliche Reiseerfahrung vermittelte.

Schwer einzuschätzen ist der Anteil der gesellschaftlichen Außenseitergruppen; der Vaganten, Arbeitsscheuen, «erblich» Armen usw. Er wird zweifellos oft überschätzt, vor allem deshalb, weil amtliche Stellen diesen vielfach erwünschten Auswanderungen besondere Aufmerksamkeit schenkten.

Die sichersten Belege für Fälle dieser Art finden wir denn auch im Zusammenhang mit der Finanzierung von Auswanderungen durch die Behörden.

Die Auswanderungsförderung durch Staat und Gemeinden

In welchem Maße aargauische Gemeinden schon 1817 die Auswanderung mit finanziellen Beiträgen förderten, ist nicht genau zu ermitteln; daß sie es getan haben, läßt sich aus verschiedenen Quellen sicher belegen. Der *Schweizerbote* schrieb am 27. März 1817:

«Mehrere Gemeinden in unserem Kanton unterstützen ihre auswanderungslustigen Armen reichlich mit Reisegeld. Sie wissen wohl, warum sie es thun.»

Der Oberamtman von Laufenburg berichtete in seinem Jahresrapport, daß mehrere Gemeinden seines Bezirks der Auswanderung Vor-schub geleistet hätten, und auch die Staatsrechnungskommission des Großen Rates hob als besonders schmerzlich hervor, daß mancher Auswanderer von seinen Mitbürgern ins Unglück getrieben worden sei¹⁰¹. Die Gemeinde Magden leistete für den Verein von Augustin Bürgin die anstelle eines Depots zugelassene Bürgschaft, Kölliken und Zofingen

¹⁰¹ StAAG, IA Nr. 14, RKIR, 1816/17.

bezahlten für einen Teil ihrer Auswanderer das Depot und die Reise bis Amsterdam¹⁰².

Besonders auffallend ist der Versuch der Gemeinde Zeiningen, eine ganze Familie von Einsassen abzuschieben. Die sogenannten ewigen Einsassen waren eine dem Fricktal eigentümliche Kategorie von minderberechtigten Bürgern; meist wenig seßhafte Menschen, die beim Übergang des Fricktals an die Eidgenossenschaft und der Einführung des Gemeindebürgerrechts mit unbekanntem Aufenthalt abwesend waren und deshalb nicht in die Bürgerregister aufgenommen wurden. Wenn sie zurückkehrten, konnte man sie nicht einfach abweisen; sie wurden in einer Gemeinde eingebürgert und erhielten alle politischen Rechte, jedoch keinen Anspruch auf das Gemeindegut¹⁰³. Die Zuteilung erfolgte meist nicht sehr zur Freude der Gemeinden, nahmen doch manche der Einsassen recht häufig die Armenkasse in Anspruch. Zeiningen war 1807 eine ganze Sippe von Kesselflickern, Korbflechtern, Sieb- und Knopfmachern zugewiesen worden, die auf mehr als 50 Personen anwuchs und sich meist nur notdürftig selber erhalten konnte.

Nicht weniger als 48 Glieder dieser Familie, 21 Erwachsene und 27 Kinder, sollten nun einen eigenen Verein bilden und gemeinsam nach Amerika übersiedeln¹⁰⁴. Die Auswanderung wurde mindestens teilweise von der Gemeinde finanziert, doch ist die Höhe ihres Beitrags nicht genau zu ermitteln. Der Versuch schlug allerdings fehl; nur eine Familie von 9 Personen fuhr nach Amerika, die übrigen kehrten aus Amsterdam wieder heim und fielen weiterhin der Gemeinde zur Last¹⁰⁵.

Eine Unterstützung der Auswanderung durch die kantonalen Behörden ist nur in einem Falle nachweisbar, und zwar handelte es sich um einen Beitrag an Heimatlose.

Angesichts der unmenschlichen Bedingungen, unter welchen die Heimatlosen in der Schweiz lebten, scheint es nur naheliegend, daß manche von ihnen den Ausweg nach Amerika suchten, doch bedurften die meisten dazu der Unterstützung. So reichten schon am 3. Januar

¹⁰² GAr Kölliken, GRP, 22.3.1817.

Stadtarchiv Zofingen, Stadtratsprotokoll, Januar 1817.

¹⁰³ Bronner, Band I. S. 428 f.

¹⁰⁴ Siehe Liste der Vereine, S.50, Verein Gasser.

¹⁰⁵ Einige jüngere Mitglieder benützten überdies die Gelegenheit, um sich im Ausland zu verheiraten, wozu sie zu Hause nie die Erlaubnis der Gemeinde erhalten hätten. StAAG, KIRP, 14.11.1817.

1817 acht heimatlose Familien eine Bittschrift ein, in der sie die Regierung um einen Beitrag an die Reisekosten ersuchten; sie wurden jedoch abgewiesen¹⁰⁶. Am 11. März legte dann auch die kantonale Armenkommission dem Kleinen Rat ein Exposé vor, in dem sie die Unterstützung von Heimatlosen zur Auswanderung befürwortete und drei Familien als erste Kandidaten vorschlug¹⁰⁷. Der Rat bewilligte nun eine bescheidene Beihilfe, doch gelangte nur eine Familie aus Birmenstorf mit dem Verein von Rudolf Fäs nach Amerika¹⁰⁸.

Die Beispiele lassen den Schluß zu, daß es sich bei den unterstützten Auswanderern manchmal um «unerwünschte Elemente» handelte, ihre geringe Zahl zeigt aber auch, daß diese Außenseiter nur eine sehr kleine Minderheit waren.

Unsere Kenntnisse über die Zusammensetzung der Auswanderungsvereine lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die überwiegende Mehrheit der Auswanderer stammte aus den Jura- bezirken Rheinfelden, Brugg und Laufenburg, wofür neben wirtschaftlichen Gründen wahrscheinlich der Einfluß der süddeutschen Auswanderungswelle wichtig war.
- Die meisten Auswanderer waren Kleinbauern oder landwirtschaftliche Tagelöhner, kleine Handwerksmeister oder -gesellen.
- Nur sehr wenige verfügten über größere Mittel, von den meisten ist aber anzunehmen, daß sie erst durch die Krisen der jüngsten Zeit Vermögen oder regelmäßiges Einkommen verloren hatten.
- Alleinstehende junge Leute waren unter den Auswanderern seltener als ganze Familien.
- Der Anteil der «unerwünschten Elemente» und Außenseiter, wie Arbeitsscheue und Arbeitsunfähige, Vaganten, Heimatlose usw. war nicht sehr hoch.

Nicht mit Sicherheit abzuklären ist schließlich die Frage nach dem gesamten Umfang der Auswanderungswelle. Nach den Verzeichnissen der Vereine wären 1817 etwas über 1300 Personen abgereist, von denen allerdings manche schon aus Holland wieder heimkehrten. Dazu paßt die Angabe bei Natsch, daß von rund 2500 auf dem Amsterdamer Kon-

¹⁰⁶ StAAG, IA Nr. 5, Amerika 1817, 3.1.1817.

¹⁰⁷ a. a. O., 11.3.

¹⁰⁸ a. a. O., Randbemerkung späteren Datums.

sulat registrierten Auswanderern mehr als die Hälfte Aargauer gewesen seien¹⁰⁹. Für das Jahr 1816 sind 135 Auswanderer aus dem Bezirk Rheinfelden statistisch belegt¹¹⁰, weitere 90 aus anderen Bezirken lassen sich nach verschiedenen Quellen ziemlich sicher nachweisen.

Die Zahl der erfaßten Auswanderungen beläuft sich also auf gut 1500 für beide Jahre. Auch wenn man eine bedeutende Zahl von amtlich nicht erfaßten Fällen in Rechnung stellt, wird man doch ein Total von mehr als etwa 2000 Personen nicht für wahrscheinlich halten können¹¹¹.

Auch bei vorsichtiger Schätzung hätte der Aargau immerhin in zwei Jahren etwa ein Prozent seiner Bevölkerung durch überseeische Auswanderung verloren. Selbst die Auswanderungswellen der Jahrhundertmitte und der achtziger Jahre haben nur auf ihrem Höhepunkt ähnliche Dimensionen erreicht.

Das Versagen des Transportwesens

Als erste Gruppe des neuen Schubes trafen am 20. März die Brüder Märk und Carl Gysi mit 114 Gefährten in Amsterdam ein¹¹². Sie hatten von der Schweiz aus mit dem Handelshaus Zwißler & Co. akkordiert und noch vor der Einschiffung die Hälfte des Fahrpreises erlegt. Trotzdem wurden sie nun mit allerlei Schikanen in Amsterdam aufgehalten. Nach dem Bericht des Konsuls war es vor allem der Anwesenheit des Hofes in der Hafenstadt zu verdanken, daß der Provinzgouverneur energisch für die Schweizer eintrat und die Erfüllung des Vertrages

¹⁰⁹ RUDOLF A. NATSCH, *Die Haltung eidgenössischer und kantonaler Behörden in der Auswanderungsfrage*, Diss. Bern, Zürich 1966, S. 38.

¹¹⁰ In seinem Jahresbericht spricht der Oberamtmann allerdings nur noch von 121 Auswanderern, StAAG, IA Nr. 14, Rapporte, 1816.

¹¹¹ Dem widerspricht eine Angabe bei Halder, a. a. O., S. 261, der eine Zahl von über 3000 aargauischen Auswanderern nennt, allerdings leider ohne Quellenangabe. Da z. B. der Verein von Märki/Brugger/Itel an derselben Stelle doppelt aufgeführt wird, ist anzunehmen, daß diese höhere Zählung auf einer Kumulation ähnlicher Irrtümer beruht.

¹¹² Die Schilderung der weiteren Schicksale der Vereine stützt sich vor allem auf die Berichte des Konsuls Planta vom 28. 2., 19. 4., 24. 4. und 9. 6., seines Cousins vom 28. 8., 13. 9. und 4. 10. sowie ein Hilfsgesuch mehrerer Mitglieder des Vereins Märki/Itel vom 6. 5., alle unter StAAG, IA Nr. 5, Amerika 1817. Ferner ist ein Brief Märkis erhalten unter IA Nr. 5, 1822–1840, Faszikel 59.

durchsetzte. So konnte die Gesellschaft nach wenigen Tagen Verzögerung auf dem Schiff «De Hoop» die Reise fortsetzen. Nach einer weiteren Wartefrist in der Texelmündung trat sie am 9. Mai die Atlantikpassage an.

Als zweiter Verein kamen Mitte April mehr als 400 Personen unter der Führung von Jakob Märki und Johann Itel in Amsterdam an. Anders als Märk und Gysi hatten sie nicht von der Schweiz aus Schiffsplätze gebucht, sondern die eigentlichen Initianten des Vereins, Heinrich Märki und Rudolf Brugger, waren bereits im Februar vorausgefahren, um an Ort und Stelle einen Vertrag zu schließen. Dies war denn auch am 28. Februar geschehen. Der Akkord mit dem Kapitän Blanckmann als Vertreter der Firma Nobel und Holtzapffel entsprach im Aufbau dem bereits beschriebenen Muster, enthielt aber einige zusätzliche Details¹¹³. Die Verpflegung auf See war etwas reichlicher bemessen, außerdem verpflichteten sich die Reeder, für den Unterhalt der Leute aufzukommen, falls sie 3 Tage nach dem vereinbarten Termin noch nicht eingeschifft wären. Ein mittlerer Tarif von 185 Gulden wurde für die Passagiere eingeführt, die ihre Reise wenigstens zur Hälfte bar bezahlen konnten. Zudem versprach der Kapitän, niemand zu verdingen «auf Bedingungen, die streitig mit den Grundsätzen eines gebildeten Menschen». Hatten die Vereinsleiter damit einige Vergünstigungen erwirkt, so waren sie andererseits auf die Forderung eingetreten, daß drei Viertel der Passagiere die Fahrt bar bezahlen müßten, und gerade diese Klausel sollte sich als verhängnisvoll erweisen.

Märki und Brugger hatten unvorsichtigerweise schon bei Abschluß des Vertrages aus ihrer eigenen Barschaft 10000 Gulden angezahlt; als aber der Rest des Vereins eintraf, zeigte sich, daß die gesamten Mittel bei weitem nicht ausreichten, um die vereinbarten drei Viertel der Passage zu bezahlen. Wahrscheinlich waren inzwischen durch den ungeheuren Andrang die Preise allgemein gestiegen, jedenfalls benützten die Unternehmer die Insolvenz der Schweizer sofort, um den Vertrag zu lösen und ihr Schiff günstiger zu vermieten. Dabei behielten sie die Anzahlung ohne Umschweife als «Entschädigung» für ihre Unkosten.

Der zu Hilfe gerufene Konsul versuchte zuerst, eine gütliche Lösung zu erreichen, dann ging er gerichtlich gegen den Kapitän und die Schiffseigner vor. Das Gericht verurteilte denn auch Blanckmann zur Heraus-

¹¹³ Siehe Bericht vom 28. 2., a. a. O.

gabe der 10000 fl. Eine juristische Finte verzögerte jedoch die Vollstreckung des Spruchs, und durch die Unaufmerksamkeit der Polizei gelang es dem Kapitän, mit dem Geld nach Amerika abzusegeln.

Inzwischen war die Lage der Auswanderer verzweifelt. Nach kurzer Zeit hatten sie nicht nur ihre restliche Barschaft verbraucht, sondern auch alle ihre Habe verkauft und den Erlös aufgezehrt. Dann sahen sie sich auf die Wohltätigkeit der Bevölkerung angewiesen, die nach dem Zeugnis des Konsuls sehr großzügig half. Auch das Schweizerregiment von Sinner steuerte einen Tagessold bei. Trotz allem weigerten sich die meisten der Unglücklichen, mit dem immer noch von Planta verwahrten Kopfgeld heimzureisen und bestanden darauf, irgendwie nach Amerika zu gelangen. Die Lage wurde nicht besser durch die Ankunft immer neuer Gruppen; ein wahrer Strom von Auswanderern ergoß sich in diesem Frühling 1817 nach Amsterdam. Die Schweizer waren dabei nur eine Minderheit; aus Baden und Württemberg wanderten gegen 30000 Personen aus¹¹⁴.

Auch aus dem Aargau trafen immer neue Scharen ein¹¹⁵. Der Verein von Jakob Rüeegg reiste Ende April über Rotterdam und fand dort rasch ein Schiff. Etwa 1200 Leute aus verschiedenen Teilen der Schweiz, geführt von den Basler Transportunternehmern Halter und Hindenlang, verfügten ebenfalls über genügende Mittel und konnten sich rasch einschiffen.

Ohne Schwierigkeiten scheinen auch die Vereine von Hans-Jakob Bläuer, Rudolf Fäs und Michael Metzger weitergekommen zu sein; nach einer Einschiffungsliste verließen sie Texel bereits am 18. Mai auf den Schiffen «Johanna Eliza» und «John».

Etwa 350 weitere Aargauer aber, die ebenfalls schon Ende April in Amsterdam waren (es muß sich wohl um die Vereine Müller, Huser, Gasser, Wunderlin, Mösch und Reimann, eventuell auch Bürgin gehandelt haben), konnten die Passage nicht bar bezahlen und mußten lange auf eine Gelegenheit zur Fahrt auf Kredit warten.

Erst am 20. Juni konnte sich ein erstes Kontingent von 161 Mitgliedern des Märki/Itelschen Vereins mit einem Vertrag der Reederei Faber & Leefkens auf dem amerikanischen Segler «Bubona» einschiffen. Am

¹¹⁴ Mönckmeyer, a. a. O., S. 34.

¹¹⁵ Die Reihenfolge der Einschiffung ist ersichtlich aus den Berichten Plantas und aus besonderen Einschiffslisten, StAAG, IA Nr. 5, Brasilien 1819.

5. Juli übernahmen die Häuser Krefß & Rodenbroek und Olivier & d'Arnaud weitere 237 auf das Schiff «April». Im September reiste der größte Teil des Restes auf dem Kauffahrer «William» ab; die letzten Familien fanden gar erst im November eine Fahrgelegenheit.

Aber auch die erfolgte Einschiffung gab noch keine Gewähr für eine gute Ankunft in Amerika. Schon die Überfahrt der ersten Gruppe verlief sehr unglücklich. Nach einem Brief von Märk, der 1818 im *Schweizerboten* veröffentlicht wurde, hatte die Gesellschaft einen bedeutenden Teil des gelieferten Proviantes schon im Texel verbraucht, so daß auf der drei Monate dauernden Überfahrt äußerster Mangel entstand, zumal sich der Kapitän weigerte, in England oder von begegnenden Schiffen neue Vorräte aufzunehmen.

«Unsere Lebensmittel gingen dermaßen auf die Neige, daß wir, anstatt täglich, nur alle drei bis vier Tage eine halbe Maas Wasser bekamen. Das Brod war schimmlicht und ungenießbar, Erbsen, Gerste und Reis wurden nicht mehr weich gekocht, da der Kapitän nun auch nicht genug Holz hergab. Von nun an bekam auch eine erwachsene Person des Tages nicht mehr als ein Trinkglas voll Suppe. Jetzt fielen sie dahin, wie die Mücken; täglich warf man Todte über Bord; zuletzt wurde in dem Schiffe kein Gesunder mehr gesehen – kurz, unsere Noth, unser Elend war groß. Aber sie sollte noch größer werden; wir mußten auch Alles erfahren, was schrecklich heißen konnte. Denn eines Tages, da man wieder Wasser austheilen sollte, waren bei dreißig Fässer zersprungen, und nur zwei fanden sich noch gefüllt. Nun bekamen wir auch kein Wasser mehr. Hätte uns der allgütige Vater im Himmel nicht bisweilen mit seinem Regen erquickt, wahrlich, wir lebten nicht mehr.

In den letzten zwölf Tagen hatten wir abermals einen viertägigen Sturm, der uns wieder zurück verschlug. Wir passirten das Meergras viermal; Jammer und Noth war um uns her, auf allen Gesichtern Noth und Verzweiflung. Nun wurden auch alle Matrosen krank, bis auf drei Mann; da war Niemand, der arbeiten konnte. Welche drangvolle, schreckliche Lage! Auf dem weiten Meere, ohne Lebensmittel, ohne Wasser, Alles krank und abgezehrt, kein Mensch tüchtig zum Arbeiten, im Sturm! – Noch zwei Tage länger auf der See würde auch sicher Niemand davon gekommen sein. ...

Wir kamen am 5. bei der Quarantaine oder dem Lazareth an. Am 6. kam die Sanität, aber der Kapitän verläugnete die Zahl der Kranken. Jene aber sahen mit Menschenliebe den wahren Zustand, und berichteten nach Philadelphia, daß der Gesundeste von uns dem Tode ähnlich sei. Beinahe wären wir abgewiesen worden; denn sie sagten einstimmig, daß noch kein Schiff in so schlechtem Zustande hier angekommen sei.»¹¹⁶

Nicht weniger als 84 Personen fielen den Strapazen zum Opfer, darunter 15 Erwachsene und 18 Kinder aus dem Aargauer Verein. Auch die

¹¹⁶ *Schweizerbote*, Nr. 50/51, 10./17.12.1818.

Gesellschaft unter Jakob Rüeegg, deren Reise zunächst so reibungslos verlaufen war, erreichte nur auf Umwegen ihr Ziel¹¹⁷. Rüeegg hatte in Rotterdam einen Schiffseigentümer gefunden, der den Transport der 41 Personen für 6000 Gulden übernahm; ein Teil der Summe wurde gleich anbezahlt. Das Schiff stand denn auch am 25. Mai bereit, doch hatte es der Unternehmer so ungenügend mit Lebensmitteln ausgestattet, daß es nach kurzer Fahrt in Plymouth anlegen und seine Vorräte ergänzen mußte. Was der Kapitän dann an Navigationsfehlern leistete, ist unklar, jedenfalls lief die Brigg am 5. August, wieder mit größtem Mangel an Proviant, in den Hafen von Lissabon ein. Da weder der Kapitän noch die Auswanderer Geld hatten, um frische Lebensmittel anzuschaffen, begaben sich der erstere und Rüeegg zum neu eingesetzten Schweizer Konsul, Edouard de Meuron, um ihn um Hilfe anzugehen. De Meuron veranstaltete zunächst eine Kollekte für die Auswanderer und streckte ihnen schließlich noch rund 7000 Franken vor, um ihnen die Weiterreise zu ermöglichen.

Eine andere Gruppe war zunächst auf ein Schiff geraten, wo sie so schlecht behandelt wurde, daß Konsul Planta intervenierte. Es gelang ihm, den unglücklichen Vertrag noch rechtzeitig zu lösen¹¹⁸.

Am schlimmsten erging es aber den mehr als 200 Personen, größtenteils von dem vielgeprüften Verein Märki/Itel, die nach langem Warten auf der «April» Platz gefunden hatten¹¹⁹. Noch bevor das Schiff die offene See erreicht hatte, brach an Bord eine Krankheit aus (vermutlich Typhus), die jede Weiterfahrt unmöglich machte. Die Auswanderer mußten das Fahrzeug wieder verlassen und die Quarantäneinsel Wieringen beziehen; ein Teil wurde in die Spitäler von Amsterdam gebracht. Ein Bericht des Arztes, der mit der Untersuchung des Falles beauftragt war, gibt ein Bild von den Verhältnissen an Bord, wenn auch vielleicht mit einigen Übertreibungen¹²⁰. Danach war das Schiff mit 1300 Personen

¹¹⁷ Bericht der Direktion des Innern über ein Schreiben von Konsul de Meuron, StAAG, IA Nr. 5, Amerika 1817. Zur Entschädigung de Meurons siehe Natsch, S. 38. Natsch verwechselt im übrigen die Gruppe Rüeegg mit einem Kontingent der über Amsterdam reisenden Auswanderer, vermutlich, weil die von Rüeegg gecharterte Brigg ebenfalls «William» hieß, wie eines der im Herbst von Amsterdam abgehenden Schiffe.

¹¹⁸ Bericht Plantas vom 13. 9.

¹¹⁹ Quellen siehe Anmerkung 112.

¹²⁰ StAAG, IA Nr. 5, Amerika 1817, Brief an unbekanntem Adressaten.

beladen, von denen 500 die Epidemie nicht überlebt hätten¹²¹, es trug damit doppelt so viele Passagiere, als eigentlich seinem Fassungsvermögen entsprach. Nach der Aussage des Arztes lagen Gesunde und Kranke, ja selbst Tote wirt durcheinander, jeweils neun Personen auf einem Lager von 5 Fuß Länge und 7 Fuß Breite (1,55 × 2,17 Meter) zusammengepfercht. Die Belüftung des Zwischendecks erfolgte nur durch zwei kleine, bloß gelegentlich geöffnete Luftlöcher. Medikamente waren gar keine vorhanden, die Nahrungsmittel von schlechter Qualität, das Trinkwasser kaum für die Fiebernden ausreichend.

Die Evakuation und die Pflege auf Wieringen kamen für viele der Kranken zu spät; allein vom Verein Märki/Itel starben mindestens 35 Erwachsene und 47 Kinder, wenigstens 9 Erwachsene und 13 Kinder von andern aargauischen Vereinen. Viele der Auswanderer scheinen nun doch den Mut verloren zu haben, mindestens 81 von ihnen kehrten mit den immer noch von Planta gehüteten Depotgeldern heim¹²². Die übrigen konnten sich im Oktober wieder einschiffen; am 12. Oktober verließ die «April» endlich Texel.

Nach einem späteren Bericht der Kommission des Innern gelangten von den 444 Mitgliedern des großen Vereins nur 206 nach Amerika, 87 waren gestorben, 81 heimgekehrt, 5 blieben in Holland, von 65 waren keine weiteren Nachrichten zu bekommen¹²³. Günstig dürften die Verhältnisse auf der «April» auch nach der zweiten Abfahrt nicht gewesen sein; es hieß später, der Kapitän habe seine Passagiere schon unterhalb Philadelphia an Land gesetzt, um wegen der Zustände an Bord nicht mit den Hafenbehörden in Konflikt zu geraten¹²⁴.

Das Ende der Auswanderungswelle

Die Stauung der Auswanderermassen zwang schließlich die niederländischen Behörden zu Restriktionsmaßnahmen. Am 14. April ver-

¹²¹ Nach den Berichten Plantas hatte die Zahl der Passagiere allerdings nur etwa 900 betragen, die der Toten vielleicht 100 bis 200 (siehe auch Natsch, S. 37). Zum Mindesten als Legende behauptete sich aber die Angabe von 500 Toten noch lange; sie findet sich z. B. bei Gall, a. a. O., Band 1, S. 15.

¹²² Offenbar lieferte der Konsul die hinterlegten Gelder jeweils erst unmittelbar vor der Abfahrt aus.

¹²³ StAAG, IA Nr. 5, 1822–1840, Faszikel 59.

¹²⁴ a. a. O., Brief eines Informanten in Philadelphia an Konsul de Rham in New York.

öffentliche die Bundeskanzlei eine Warnung, die ihr von Konsul Planta zugekommen war:

«Es ergibt sich aus den neuesten der Regierung des Vororts von dem schweizerischen Handelskonsul in Amsterdam eingesandten Berichten, daß die dortige Polizeibehörde, von den zahlreichen Auswanderungen benachrichtigt, die dieses Jahr aus der Schweiz und aus Deutschland stattfinden sollen, beschlossen hat, sogleich alle diejenigen Fremden aus dem Umfange der Stadt wegzuweisen, und in Zukunft davon auszuschließen, die sich über die Mittel ihres Unterhalts nicht hinlänglich ausweisen könnten.»¹²⁵

Am 31. Mai unterrichtete der niederländische Gesandte den Vorort, die Auswanderer gefährdeten die öffentliche Sicherheit in den Städten, und der König habe deshalb verordnet:

«... daß vom 15. Brachmonat an keinem Auswanderer oder Fremden, der zu einem Vereine gehört und sich in einen Seehafen der Niederlande begeben will, um sich nach den vereinigten nordamerikanischen Staaten einzuschiffen, der Eintritt in das Königreich gestattet werde, wenn nicht bekannte und im Lande wohnende Personen für die Kosten, die ihr Aufenthalt bis zur Einschiffung verursachen wird, gutschprechen.»¹²⁶

Diese Auflage erschwerte nun allerdings die Reise über die Niederlande beträchtlich. Sie hat sicher dazu beigetragen, daß im Laufe der folgenden Jahre Le Havre, Antwerpen und die norddeutschen Häfen als Einschiffungsplätze an Bedeutung gewannen.

Für die aargauische Auswanderung bedeutete das niederländische Dekret aber nicht mehr viel, denn die Kantonsregierung hatte unter dem Eindruck der Berichte aus Amsterdam bereits selbst praktisch prohibitive Maßnahmen ergriffen.

Am 5. Mai hatte der Kleine Rat beschlossen, Pässe künftig nur noch an die Auswanderer abzugeben, die 250 Franken hinterlegen konnten, d.h. eine Summe, die in jedem Fall für die Bezahlung der vollen Reisekosten nach den USA ausreichen mußte¹²⁷. Angesichts der schlechten Erfahrungen sollte niemand mehr die Reise auf Kredit versuchen. Die rasche Ausführung der neuen Bestimmung stieß allerdings auf Schwierigkeiten. Im Laufe der nächsten Tage traf eine ganze Reihe von Bittschriften um Befreiung von der neuen Auflage ein, von Leuten, die bereits ihre Güter verkauft und sich reisefertig gemacht hatten. Besonders dringliche Gesuche kamen aus Wallbach, Wegenstetten und Gipf-Ober-

¹²⁵ Publiziert im *Schweizerboten*, Nr. 18, 1. 5. 1817.

¹²⁶ Publiziert im *Intelligenzblatt* am 31. 5. 1817.

¹²⁷ StAAG, IA Nr. 5, Amerika 1817.

frick, wo sich größere Gruppen vorbereiteten¹²⁸. Während die Vereine aus Wallbach und Wegenstetten noch Pässe erhielten, da sie einigermaßen genügende Mittel vorweisen konnten, mußten 9 Familien, die mit Unterstützung der Gemeinde Gipf-Oberfrick hatten auswandern wollen, auf die Reise verzichten¹²⁹.

Damit war die Auswanderungswelle so gut wie beendet¹³⁰. Ein Nachlassen wäre wohl auf jeden Fall zu erwarten gewesen, hatten doch auch im Vorjahr die Auswanderungen im Sommer stark abgenommen, in einzelnen Gegenden sogar ganz aufgehört. Die Aussicht auf eine gute Ernte legte den wichtigsten Motor der Bewegung still, die Maßnahmen der niederländischen und einheimischen Behörden dürften das ihre zum Abflauen beigetragen haben, am meisten aber die schlechten Nachrichten aus den Niederlanden, die gewiß manchen abschreckten und auf Jahre hinaus der Auswanderung den Geruch eines höchst riskanten Unternehmens verliehen.

5. Das Schicksal der Auswanderer von 1816/17

Angesichts des Aufsehens, das die große Auswanderungswelle von 1816/17 erregt hatte, ist es erstaunlich, wie wenig über das spätere Schicksal ihrer Teilnehmer bekannt ist. Wir wissen, daß viele von ihnen nicht einmal die Überfahrt antreten konnten, auch ist bekannt, daß die Passage unter einzelnen Vereinen weitere Opfer forderte, die entweder schon auf See oder dann nach der Ankunft im Hafenzazarett von Philadelphia starben¹³¹. Von andern aber verlor sich nach der Einschiffung jede Spur. Im Frühjahr 1818 berichtete das Oberamt Laufenburg, daß noch von keinem der vielen Auswanderer sichere Meldung über die Ankunft in Amerika eingetroffen sei¹³².

¹²⁸ a. a. O., Gesuche vom 14. 5., 13. 5., 18. 5.

¹²⁹ a. a. O., Entscheid vom 19. 5.

¹³⁰ Ende September oder Anfang Oktober traf noch Bernhard Steiner mit 36 Personen in Amsterdam ein. Die offenbar gut ausgestattete Gruppe mit ihrem erfahrenen Leiter konnte rasch weiterreisen. Einschiffungsliste unter StAAG, IA Nr. 5, Brasilien 1819.

¹³¹ Siehe die Angaben zu den beiden größten Vereinen, Seite 64 f.

¹³² StAAG, IA Nr. 14, Rapporte, 1817.

Der gebräuchlichste Landungshafen war um diese Zeit noch Philadelphia, von wo die wichtigste Route in die von deutschen und schweizerischen Auswanderern bevorzugten Staaten Pennsylvania und Ohio führte¹³³.

Der große Teil der aargauischen Auswanderer hatte die Reise auf Kredit gemacht, und daraus ergibt sich auch, daß die Leute in der Wahl ihres Zieles gar nicht frei, sondern an einen Dienstherrn gebunden waren, der ihre Schuld bezahlte.

Für keinen der Vereine läßt sich nachweisen, daß er über die Reise hinaus auch noch der gemeinsamen Ansiedlung gedient hätte. Auch dies lag zum Teil vielleicht daran, daß die Pläne der Auswanderer durch die Hindernisse auf der Reise vereitelt wurden. Die kostspieligen Verzögerungen waren gerade für die Vermöglicheren katastrophal, die gehofft hatten, sich selbständig niederlassen zu können; die meisten von ihnen dürften die dafür vorgesehenen Mittel schon auf der Reise verbraucht haben. Ein Fall dieser Art ist schon im Jahr 1816 bezeugt. Der Landwirt Dismas Lützelshwab von Magden, der mit Frau und vier Kindern gereist war und immerhin mehr als 3000 Franken mitgenommen hatte, konnte nach einem wochenlangen Aufenthalt in Muyden nur noch die halbe Passage bezahlen und mußte sich nach der Ankunft im November 1816 in der Nähe von Baltimore an einen Farmer verdingen¹³⁴.

Leider besitzen wir nur wenige solche Nachrichten über die Schicksale einzelner. Einer der Führer des größten Vereins, Johann Jakob Märki, starb schon während der Überfahrt, ebenso eines seiner Kinder. Zwei weitere Söhne mußten sich in Frenchtown, Del., verdingen, wo der eine 1825 starb; der andere war 1827, zehn Jahre nach der Ankunft, immer noch nicht frei. Die Witwe Märki dagegen verheiratete sich wieder mit einem Bürger von Baden und lebte 1827 mit dem Rest der Familie in guten Verhältnissen in Philadelphia¹³⁵.

Adrian Märk aus Aarau, dessen Reiseschilderung wir oben zitiert haben, verlor durch die Epidemie auf dem Schiff «De Hoop» seine Frau und eines seiner Kinder. Von sich selbst und seinem Bruder schrieb er:

¹³³ Nach Böhler, a. a. O., S. 199, wäre die Ausschiffung von Redemptioners in New York damals verboten gewesen, weshalb die Auswanderertransporte sich meist nach Baltimore oder Philadelphia gewandt hätten. Für diese Angabe findet sich nirgends eine Bestätigung; sie dürfte auf einem Irrtum beruhen.

¹³⁴ Böhler, a. a. O., S. 42 f.

¹³⁵ StAAG, IA Nr. 5, 1822–1840, Faszikel 59.

«Mein Bruder hat in Jolnos Country 160 Acres zu einem Dollar gekauft (sonst kostet ein Acre 2 Dollars), und ist vor vier Wochen mit seiner Familie dahin gezogen, ungefähr 1500 englische Meilen oder 500 Stunden von Pittsburg im Staat Indiana am Mississippi. Ich arbeite hier (in Pittsburgh) bei einem Hutfabrikanten, und verdiene wöchentlich 10 Dollars.»¹³⁶

Von zwei Mitgliedern des Vereins Rüeegger, den Brüdern Bernhard und Samuel Häfliger von Oberentfelden, hören wir wieder, als ihre Mutter 1821 ihre Auswanderung ankündigt; sie wird als vermögliche Witwe bezeichnet, die zu ihren ebenfalls wohl-situierten Söhnen nach Amerika ziehen wolle¹³⁷.

Erfolgreich war auch der 16jährige Samuel Schmid von Aarau, der 1816 zu seinem 12 Jahre früher ausgewanderten Vater zog; nachdem er mehr als 20 Jahre auf einer großen Farm in Tennessee gelebt hatte, zog er mit Kindern und Enkeln, einer Familie von 20 Personen, nach Texas, wo er mit Sklaven eine Baumwollplantage betrieb, um nach dem Sezessionskrieg auf Viehzucht umzustellen¹³⁸.

Diese Einzelschicksale lassen leider kaum Schlüsse auf das Ergehen der großen Mehrheit zu, handelt es sich doch vorwiegend um Leute, die wenigstens vor der Abreise zu den Begüterten gehört hatten und auch an Fähigkeiten über dem Durchschnitt standen.

Gewisse Zeugnisse über das Schicksal der unbemittelten Mehrheit sind wenig günstig. J.U.Büchler, ein Toggenburger, der 1816 mit der Vorhut der großen Welle nach Amerika gelangt war, dort aber kein befriedigendes Auskommen gefunden hatte, traf nach einjähriger Reise eben um die Zeit wieder in New York ein, als die Scharen der aargauischen Auswanderer in Philadelphia landeten. Nachrichten davon drangen auch nach New York, und Büchler berichtet darüber:

«Die armen Familien, worunter besonders viele Schweizer aus dem Kanton Aargau gewesen, die diesen Sommer angelangt und ihre Seefracht nicht bezahlen konnten, sind alle nach Pitzburg, 100 Stund tiefer im Land, transportiert, und dort auf 5 und 6 Jahr vor 150 Thaler die Familie verkauft worden, wobey die Lieferanten einen guten Gewinn machten, weil die Mehrsten nur 50 Thaler noch zu zahlen schuldig waren; alle kamen nach den unbevölkerten Gegenden in Indien.»¹³⁹

¹³⁶ *Schweizerbote*, Nr. 50, 10.12.1818. Märk könnte mit Jolnos Country am Mississippi vielleicht Illinois meinen, wobei die Nennung von Indiana irrtümlich wäre.

¹³⁷ StAAG, IA Nr. 5, 1814–1821, Faszikel 54.

¹³⁸ StAAG, I Nr. 3, 1873, Faszikel 48. Schmid's Bruder, Pfarrer auf Stauffberg, erkundigte sich nach dem Schicksal seines Verwandten und erhielt die genannten Angaben. Schmid's Vater dürfte der Auswanderergruppe von 1805 angehört haben.

Vor Jahren seien andere Auswanderer in Philadelphia von pennsylvanischen Farmern gedungen worden, dann aber ihren Herren bald davongelaufen. Deshalb habe nun im Osten niemand mehr Interesse an den Redemtioners, und nur im Landesinneren und bei langen Dienstzeiten herrsche noch einige Nachfrage.

Schon der Umstand, daß Büchler den unangemessenen Begriff des «Verkaufens» gebraucht, läßt an seiner Objektivität zweifeln. Es gibt daneben auch konkrete Anhaltspunkte, daß er, wohl aufgrund seiner eigenen enttäuschenden Erfahrungen, die Lage der Verschuldeten zu pessimistisch beurteilte. Märk zum Beispiel stellt ihr Schicksal weit weniger düster dar:

«Haufenweise kamen nun Handwerker und Bauern, um von denen zu kaufen, die nicht bezahlen konnten. Sie werden meistens sehr gut behandelt und zu mäßiger Arbeit, bei guter Kost und Kleidung, angehalten. Nur sollte man ohne Kinder kommen, wenn man nicht bezahlen kann. Denn selten oder gar nie kann eine ganze Familie bei einem Herrn unterkommen; und wie schmerzlich muß es für Ältern sein, wenn Eins dahin und das Andere dorthin kommt, und sie sich vielleicht einander gar nicht mehr zu sehen bekommen.»¹⁴⁰

Daß auch unter ungünstigen Bedingungen die Auswanderung noch zum Erfolg führen konnte, zeigt das Schicksal der Brüder Waldmeyer von Wölflinswil. Von vier verwaisten Söhnen des Heinrich Waldmeyer – Eltern und drei Geschwister waren auf der «April» umgekommen – zog nur der vierjährige Jüngste gleich mit einer Quäkerfamilie nach Ohio. Ein Bruder fand einen Platz in der näheren Umgebung von Philadelphia, die andern zwei in Maryland. Als assimilierte Amerikaner zogen alle mit gewonnener Selbständigkeit nach Westen. Zwei, im Osten aufgewachsen, gingen als Farmer nach Ohio und Kentucky; der in Ohio erzogene kaufte später Land in Illinois, der vierte schließlich fand als lutheranischer Geistlicher in Ohio seinen endgültigen Wirkungskreis, nachdem er sogar einige Jahre in Iowa verbracht hatte¹⁴¹.

Büchlers Bericht läßt immerhin vermuten, daß ein beträchtlicher Teil der Ankömmlinge gleich in die abgelegeneren Siedlungen des Westens

¹³⁹ Büchler, a. a. O., S. 193 f. Mit «Indien» könnten die Grenzgebiete gegen die Indianer, aber auch präziser der Staat Indiana gemeint sein.

¹⁴⁰ Siehe Anmerkung 136.

¹⁴¹ Die von einem Nachkommen verfaßten Lebensberichte der vier Brüder wurden vermittelt durch Mrs. Irene N. Smith, Flint, Mich., und befinden sich im StAAG, Nachlaß Nold Halder, Papiere zur Auswanderung von Andreas Dietsch.

versetzt wurde. Dies mußte sich keineswegs nachteilig auswirken, wenn auch die Anpassung an die primitiven Lebensbedingungen manchem schwer fallen mochte. Die mit dem Jahr 1819 einsetzende Wirtschaftskrise traf jedenfalls die landwirtschaftliche Bevölkerung im Westen weniger hart, als die Arbeiter in den östlichen Städten, und wer die Dienstzeit heil überstand, konnte sich mit der gesammelten Erfahrung und einigen Ersparnissen bald selbständig machen. Einigen der Auswanderer scheint der Aufstieg gelungen zu sein, meldete doch 1852 die *Aargauer Zeitung*:

«In den Jahren 1810 bis 1820 sind viele Familien weggezogen, und leben größtenteils als habliche Bauern auf Hofgütern.»¹⁴²

Das allgemein zur Auswanderung positiv eingestellte Blatt mag günstige Berichte etwas stark verallgemeinert haben, die Behauptung gründet aber doch sicher auf einigen konkreten und verlässlichen Nachrichten.

Zu erwähnen bleibt ein Unternehmen, das in der Geschichte der schweizerischen Ansiedlungen bisher nicht die gebührende Beachtung gefunden hat, nämlich die Gründung einer Siedlung in Illinois durch die Gruppe des Bernhard Steiner¹⁴³.

Steiner hatte noch vor seiner letzten Reise in die Schweiz in den sogenannten «Dutch Hill Prairies», gut 50 Kilometer südöstlich von St. Louis, Land gekauft. Darauf konnten sich die von ihm geführten Verwandten und Freunde ansiedeln, während er selber sich Handelsgeschäften widmete. Obwohl Steiner schon 1821 von Räubern erschlagen wurde, entwickelte sich die Niederlassung weiter. Der 1822 ausgewanderte Lehrer Peter Baumann, ein Neffe Steiners, der den Erbteil seiner Mutter bezog, wurde zum geistigen Führer der Siedlung; als erster Postmeister gab er ihr den Namen New Lenzburg, den sie heute noch trägt.

Allerdings stand auch diese geschlossene Ansiedlung von Aargauern keineswegs in ununterbrochenem Kontakt mit der Heimat; vielmehr brach die Verbindung um 1840 ab und wurde erst in jüngster Zeit wieder erneuert¹⁴⁴. Bemerkenswert ist das Unternehmen deshalb, weil es zwei-

¹⁴² *Aargauer Zeitung*, Nr. 32, 15. 3. 1852. Leider fehlen bei dem Artikel alle Quellenangaben.

¹⁴³ Wir folgen hier der Darstellung von Gottlieb Meyer, a. a. O.

¹⁴⁴ Schon eine wenig später publizierte Liste von Schweizer Ortsnamen in Amerika, im *Schweizerboten*, Nr. 58, 20. 7. 1836 führt New Lenzburg nicht auf.

fellos die bei weitem am fernsten im Westen liegende schweizerische Ansiedlung dieser Zeit war. Daß die kleine Gruppe von Aargauern die Schwierigkeiten der ersten Jahre meistern konnte, war gewiß der umsichtigen Leitung durch einen in Amerika bereits erfahrenen Mann zu verdanken.

Es ginge gewiß zu weit, wollte man aus den wenigen erhaltenen Zeugnissen vom wirtschaftlichen Erfolg einzelner auf das Schicksal aller übrigen schließen. Es scheint aber immerhin, daß um diese Zeit der Auswanderer auf der Reise den größten Gefahren ausgesetzt war, während seine Aussichten in Amerika recht gut standen.

Unser geringes Material spricht jedenfalls deutlich gegen die Annahme, die Mehrheit der Auswanderer sei ins Unglück geraten.

II. KAPITEL

Die Brasilienauswanderung von 1819

Ein Versuch zur Lösung der Heimatlosenfrage

Der Versuch einer Koloniegründung in Brasilien im Jahre 1819 gehört zu den bekanntesten Episoden der schweizerischen Auswanderungsgeschichte und hat inzwischen auch eine eingehende Behandlung gefunden¹. Der allgemeine Ablauf des Unternehmens braucht deshalb im folgenden nicht mehr dargestellt zu werden.

Die Beteiligung des Aargaus war zahlenmäßig recht unbedeutend, sowohl im Verhältnis zur Gesamtzahl der Brasilienkolonisten wie auch im Rahmen der ganzen aargauischen Auswanderung. Von Interesse ist jedoch das ungewöhnliche Mitwirken der Kantonsregierung, deren künftige Haltung zu Auswanderungs- und Kolonisationsprojekten sicher wesentlich durch die Erfahrungen von 1819 beeinflusst worden ist.

Die Initiative für die Brasilienkolonisation ging von dem Freiburger Sébastien-Nicolas Gachet aus, der am 11. Mai 1818 im Namen des Standes Freiburg mit der königlich portugiesischen Regierung einen Vertrag über die Ansiedlung von 100 Schweizer Familien im Distrikt Canta Gallo abschloß. Da die gebotenen Bedingungen äußerst großzügig erschienen, trat die freiburgische Regierung bereitwillig auf das Projekt ein, und der

¹ Die Dissertation von MARTIN NICOLIN, *La genèse de Nova Friburgo*, Fribourg 1973, die für unsere Darstellung nicht mehr berücksichtigt werden konnte, widerspricht ihr im wesentlichen nicht. Das Folgende stützt sich auf die Darstellung bei Karrer, S. 2 ff., und bei Natsch, S. 40 ff.; ferner auf die Biographie Gachets von FRANÇOIS REICHLIN in *Nouvelles Etrennes Fribourgeoises* 25 (1891) und das Tagebuch des Abbé Joye, a. a. O., 12 (1878) ff. Beigezogen wurde die romanhafte Darstellung von GEORGES DUCOTTERD und ROBERT LOUP, *Terre! Terre! Récit historique de l'émigration Suisse au Brésil en 1819*, Fribourg 1939. Nicht zugänglich war ein Artikel von HANS NABHOLZ, Die ersten Kolonisationsversuche von Schweizern in Brasilien, in *Congresso do Mundo Portugues, Publicacoes volume X*, Lissabon 1940.

Plan wurde auch in der Presse günstig kommentiert². Zunächst beschränkte sich die Anwerbung der Kolonisten auf das Gebiet des Kantons Freiburg, doch am 10. November 1818 wandte sich der Glasfabrikant Bremond von Semsales, der als portugiesischer Konsul die Anwerbung zu überwachen und die Verhandlungen mit schweizerischen Behörden zu führen hatte, auch an die aargauische Regierung³. Auf die herrschende Übervölkerung der Schweiz und auf die schwere Industriekrise hinweisend, schilderte er die Vorzüge der geplanten Kolonie. Allerdings wollte er erst später mitteilen, wieviele Aargauer allenfalls an dem Unternehmen würden teilnehmen können, da die ersten 100 Familien vor allem vom Kanton Freiburg gestellt werden sollten. Trotzdem befand die Kommission des Innern in ihrem Bericht vom 25. Dezember, daß «dieser Gegenstand einer genaueren Prüfung würdig sei».⁴

Diese auffallend positive Stellungnahme ist nur damit zu erklären, daß die Heimatlosenfrage zu dieser Zeit im Aargau als besonders dringlich empfunden und deshalb jeder nur mögliche Ausweg geprüft wurde. Zum Verständnis der Lage ist es nötig, Art und Umfang dieses Problems kurz zu betrachten. Schon im letzten Kapitel war kurz die Rede von einzelnen Kategorien minderberechtigter Bürger im Aargau⁵. Während die erwähnten ewigen Einsassen und auch die aus der Zeit der bernischen Herrschaft übernommenen Landsassen als einigermaßen selbsthaft gelten konnten und ihre endgültige Eingliederung in das Staatswesen vor allem noch eine Generationenfrage war, standen die eigentlichen Heimatlosen weiterhin völlig außerhalb der Gesellschaft. Die einzige Möglichkeit der Integration wäre für sie der Einkauf in ein Ortsbürgerrecht gewesen, doch dieses Ziel war selbst für die ernsthaft daran Interessierten kaum zu erreichen. Kein Kanton beherbergte gerne die Heimatlosen; wurden sie ergriffen, so schob man sie möglichst einem andern zu, wo sie sich

² Siehe z. B. *Schweizerbote*, Nr. 45, 5. 11. 1818. Eine Zusammenfassung der Vertragsbedingungen gibt Natsch, S. 42. Sie wurden vermutlich im Herbst 1818 publiziert unter dem Titel: *Bedingnisse unter welchen Seine allergläubigste Majestät geruhet hat, dem Herrn Sebastian Niklaus Gachet, Geschäftsträger der Regierung von Freyburg, die Gründung einer Schweizer-Kolonie in Ihren brasilianischen Staaten zu bewilligen.*

³ StAAG, IA Nr. 5, Brasilien 1819, Bremond an die Regierung, 10. 11. 1818. Bremond war von der portugiesischen Regierung als Generalkonsul vorgeschlagen, jedoch noch nicht anerkannt. Siehe Natsch, S. 44.

⁴ Bericht der Kommission des Innern vom 25. 12., StAAG, a. a. O.

⁵ Siehe oben S. 59.

längere Zeit aufgehalten hatten, wo sie vielleicht getauft oder getraut worden waren. Um nur aus der Gewohnheit keinen Anspruch auf Duldung erwachsen zu lassen, wollte keine Gemeinde die Leute auf ihrem Gebiet behalten. Ohne festen Wohnsitz konnten sie aber weder Landwirtschaft, noch ein respektables Gewerbe betreiben; sie waren auf Gelegenheitsarbeiten wie Korb- und Kesselflicken, Knopf- und Siebmachen angewiesen, und da diese kein sicheres Einkommen gewährten, bedurften sie bei Krisen und Teuerungen, im Alter oder bei Krankheit rasch der Unterstützung. Um so weniger waren die Gemeinden geneigt, ihnen das Bürgerrecht und damit einen Anspruch auf Armenunterstützung zu geben; ohnehin war es ihnen nicht möglich, die hohen Einkaufssummen zu ersparen. So zogen die Heimatlosen von Ort zu Ort; gelegentlich für kurze Zeit in einem Dorfe geduldet, dann wieder vertrieben, häufig ohne Unterkunft, in den Wäldern lagernd. Die Verhöre der Festgenommenen enthüllen traurige Schicksale. Die 27jährige Katharina Hertach etwa war um Martini 1818 aus dem Aargau vertrieben worden. Während ihr Mann in Baden im Zuchthaus saß, wanderte sie den Winter über mit zwei kleinen Kindern bis in den Kanton Schwyz und wieder zurück, ohne feste Unterkunft von Dorf zu Dorf ziehend, bis sie Ende März bei Dottikon von den Landjägern aufgegriffen wurde. Ihre Schwiegereltern, beide über 60 Jahre alt, hatten den Winter ebenfalls in den Wäldern verbracht; auch sie waren nach eigenem Bericht von einem Kanton zum andern geprügelt worden, bis sie festgenommen wurden⁶.

Die Unmenschlichkeit dieses Verfahrens war offensichtlich, und die Behörden suchten ernsthaft nach einer Lösung. Schon im Juli 1817 wurde die Registrierung aller im Kanton befindlichen Heimatlosen angeordnet; 90 ergriff die Polizei, 106 stellten sich freiwillig. Im August 1818 erstattete die Polizeidirektion einen ausführlichen Bericht über den ganzen Problembereich⁷. Die Vorschläge für neue Maßnahmen waren allerdings bescheiden: alle erst vor kurzem Zugezogenen, ebenso alle sicher in einem andern Kanton Geborenen oder Getrauten sollten wieder über die Grenze gestellt werden. Die übrigen, für die sich keine größere Zu-

⁶ Verhöre vom Juni 1819, StAAG, a. a. O. Vgl. zu dieser Frage die Arbeit von ANNE-MARIE DUBLER, Armen- und Bettlerwesen in der Gemeinen Herrschaft «Freie Ämter» (16.–18. Jahrhundert), *Schriften der schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde*, Band 50, Basel 1970.

⁷ StAAG, a. a. O.

ständigkeit eines andern Kantons nachweisen ließ, sollten durch das Oberamt des Bezirks, wo sie sich am längsten aufgehalten hatten, einer Gemeinde zur Duldung zugeteilt werden. Der Bericht stellte fest, daß allerdings ein Teil der Leute das ungebundene Leben nicht aufgeben wolle, daß aber viele durchaus willens und auch fähig wären, sich mit geregelter Arbeit zu erhalten, wenn ihnen nur ein fester Wohnsitz gewährt würde.

Nochmals versuchte man es in einigen Fällen mit der Ausweisung, aber selbst das Drohen mit Einsperrung und Körperstrafen im Falle der Rückkehr fruchtete nichts. Im Oktober erwogen die Behörden wohl zum ersten Mal die Einrichtung einer Arbeitsanstalt⁸. Ende dieses Monats wurden noch einmal einige Familien über die Grenze gestellt, für den Fall ihrer Rückkehr aber bereits die Einweisung in eine zentrale Anstalt vorgesehen⁹; als mögliches Lokal wurde die Festung Aarburg erwähnt. Nach einem Projekt der Kommission des Innern mußte dann der Festungsinspektor Bachmann im Dezember ein provisorisches Heimatlosen asyl einrichten, und noch am 30. Dezember trafen 45 Personen aus dem Bezirk Muri auf Aarburg ein. In den nächsten Tagen kamen weitere 25 an, und bis am 11. Februar erhöhte sich die Zahl der Pensionäre auf 84¹⁰.

Die Anweisungen an den Inspektor zeigen, daß man die Heimatlosen durchaus nicht zu verwöhnen gedachte. Alle Arbeitsfähigen sollten wenn möglich bei Bauern oder Unternehmern Lohnarbeit leisten, notfalls auch auf Rechnung des Staates mit einfachen handwerklichen Arbeiten beschäftigt werden¹¹. Die Verpflegung war äußerst einfach und so sparsam bemessen, wie es mit der Gesundheit der Leute eben noch verträglich war¹²; nach einer erhaltenen Rechnung kostete die Tagesration für 59 Personen, wovon 29 über 14 Jahre alt waren, nur 9.23 Franken¹³. Die Geschlechter wurden streng getrennt, auch die verheirateten Paare. Es ist bezeichnend für die Lage der Heimatlosen, daß trotz diesem strengen Regiment manche von ihnen sich mit aller List in den Kanton einschli-

⁸ Beschluß des Kleinen Rates vom 1.10.1818, a. a. O.

⁹ a. a. O., 29.10.1818.

¹⁰ Anweisung des Kleinen Rates vom 30.12., Berichte Bachmanns vom 10.1. und 11.2.1819, a. a. O.

¹¹ Instruktionen an Bachmann vom 2.1.1819, a. a. O.

¹² a. a. O.

¹³ Bericht Bachmanns vom 10.1.1819, a. a. O.

chen, um sich dann der Polizei zu stellen und auf Aarburg Unterkunft zu finden¹⁴.

Die Anstalt war jedoch keineswegs als Dauerlösung vorgesehen, vielmehr strebte die Regierung weiterhin das Ziel an, die Heimatlosen durch Einbürgerung in die Gesellschaft und das bestehende Fürsorgesystem einzugliedern. Dagegen sträubten sich aber die Gemeinden entschieden. Wie groß ihr Mißtrauen war, zeigt etwa die Feststellung Bachmanns, es sei schwierig, ein neugeborenes Kind taufen zu lassen, denn jede Gemeinde befürchte, in ihrer Kirche getaufte Heimatlosenkinder auch später aufnehmen zu müssen¹⁵.

Zwei Familien, die sich mit Sicherheit selbst erhalten konnten, wurden schließlich im Bezirk Muri untergebracht, wobei den Gemeinden allerdings keine Unterstützungspflicht auferlegt wurde¹⁶, für die weniger Seßhaften aber fand sich kein Aufenthalt.

In dieser Situation eröffnete sich nun die Möglichkeit, an dem brasilianischen Kolonisationsprojekt teilzunehmen. Durch die Presse war längst bekannt, daß Freiburg das Unternehmen nicht zuletzt zur Abschiebung seiner Armen und Heimatlosen benützen wollte¹⁷, und auch dem beträchtlichen bernischen Kontingent gehörten nicht wenige Heimatlose an.

So lag ein ähnliches Vorgehen für die aargauische Regierung nahe, allerdings geht aus den erhaltenen Akten nicht hervor, wer diese Lösung zuerst zur Diskussion stellte, und wann sie beschlossen wurde.

Zunächst erhielten Bittsteller, die um Erlaubnis und Beiträge zur Teilnahme an dem Unternehmen ersuchten, die Auskunft, daß sie sich an Bremond zu wenden hätten und eine Unterstützung nur in Frage käme, wenn er die Aufnahme in die Gesellschaft bestätige¹⁸. Mitte März, nachdem Bremond die Berücksichtigung von etwa 100 Aargauern versprochen hatte, teilte ihm dann die Regierung mit, daß sie nicht nur die Auswanderung nicht behindern werde, sondern sogar selbst für die Zusammenstellung der «Familien» sorgen wolle¹⁹.

Offenbar hat aber erst anfangs April die Kommission des Innern die Emigration der Heimatlosen vorbereitet²⁰. Am 28. April billigte der

¹⁴ Bericht der Polizeidirektion vom 20. 1. 1819, a. a. O.

¹⁵ Bericht Bachmanns vom 28. 1. 1819, a. a. O.

¹⁶ Beschluß des Kleinen Rates vom 18. 3. 1819, a. a. O.

¹⁷ *Schweizerbote*, Nr. 45, 6. 10. 1818.

¹⁸ KIRP, 11. 2. 1819.

Kleine Rat eine von der Kommission vorgeschlagene Liste der zu Spezierenden²¹. Um sich die Lösung des Heimatlosenproblems möglichst billig zu machen, benützte die Regierung die Tatsache, daß sich neben den Heimatlosen auch eine große Zahl von Kantonsbürgern, darunter einige recht wohlhabende, für die Kolonie interessierten. Die fünf Großfamilien, die dem Aargau zunächst zugestanden wurden, stellte man nämlich so zusammen, daß jeweils einem angesehenen und begüterten Kantonsbürger eine oder mehrere Heimatlosenfamilien angeschlossen wurden. In einem Vertrag mußten sich die Familien zu gemeinsamer Reise und Ansiedlung verpflichten, und der Bürger wurde zum Familienoberhaupt ernannt. Damit übernahm er aber nicht nur die Pflicht, die ihm anvertrauten Heimatlosen zu führen und zu beaufsichtigen, sondern er mußte auch für ihre Reisekosten bis Holland aufkommen; die Passage bezahlte dann die portugiesische Regierung. Die Hilfe sollte allerdings nicht à fonds perdu geleistet werden; die Heimatlosen verpflichteten sich, die erhaltenen Vorschüsse innert zwei Jahren nach der Ankunft in Brasilien mit 5% Zins zurückzuzahlen²². Über die Wahrscheinlichkeit solcher Rückzahlungen zerbrachen sich die Behörden anscheinend wenig den Kopf.

So wurden fünf Familien gebildet, die kleinste mit 18, die größte mit 28 Mitgliedern. Die «Oberhäupter» leisteten Vorschüsse von 20 Franken pro Person, insgesamt 1440 Franken. Der Staat mußte weitere 3086 Franken für die Ausrüstung der Heimatlosen, für Zölle, Verpflegung und Taschengeld aufwenden. Dafür sollten aber auch nicht weniger als 79 heimatlose Erwachsene und Kinder, darunter 59 der auf Aarburg internierten, den Kanton für immer verlassen²³.

Offenbar wurden dem Aargau später noch mehr Plätze eingeräumt, denn es bildete sich neben den ursprünglichen fünf noch eine sechste

¹⁹ StAAG, IA Nr.5, Brasilien 1819, Regierung an Bremond, 18.3.1819. Der Vertrag beschränkte nur die Zahl der in die Kolonie aufzunehmenden Familien, sagte aber nichts über deren Größe. So wurden in künstlichen Familien mehrere natürliche und auch Einzelpersonen ohne Verwandtschaftsbeziehung zusammengeschlossen.

²⁰ Noch am 26.3. hieß es in einem Schreiben an Freiburg, daß «die Regierung sich bis jetzt noch nicht mit der Auswanderung nach Brasilien beschäftigt habe», KIRP, 26.3.1819.

²¹ a. a. O., 28.4.1819.

²² Vertrag der Regierung mit den Auswanderern nach Brasilien, StAAG, IA Nr.5, Brasilien 1819.

²³ Liste der Auswanderer, a. a. O.

Familie aus selbständigen Bürgern, und auch die bisherigen erhielten Verstärkung, so daß schließlich 125 Erwachsene und 26 Kinder zur Auswanderung bereit waren. Die Leitung des ganzen Kontingentes übernahm der 32jährige Zuckerbäcker Xaver Schneebeil von Baden, offenbar ein recht vermöglicher Mann, der zudem durch seinen militärischen Hauptmannsrank für die Führungsrolle qualifiziert schien. Die ganze Organisation der Reise allerdings lag in den Händen von Gachet und Bremond. Über Herkunft und Motivation der aargauischen Brasilienkolonisten ist wenig zu sagen. Den Heimatlosen blieb wohl kaum eine andere Wahl, als auf das Anerbieten der Regierung einzugehen; zudem war sicher vielen von ihnen jeder Ausweg aus ihrer hoffnungslosen Lage recht. Was die selbständigen Kantonsbürger betrifft, so fehlen uns genauere Angaben über ihre soziale Stellung. Von Schneebeil ist anzunehmen, daß er einigermaßen begütert war; die übrigen Familienleiter mußten immerhin die Vorschüsse für die Heimatlosen und ihre eigenen Reisekosten aufbringen, konnten also nicht gänzlich mittellos sein. Daneben haben wahrscheinlich auch einige ärmere Bürger teilgenommen²⁴. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ungünstige Zukunftsaussichten in der Heimat auch hier in einigen Fällen wichtigstes Motiv waren, im ganzen möchte man aber doch der anziehenden Wirkung des verlockenden Angebots die wichtigere Rolle zuschreiben. Anscheinend kam der größere Teil der Kolonisten aus den Bezirken Laufenburg und Baden. Dies entspricht der Anforderung, daß die Siedler nach Möglichkeit katholisch und in der Landwirtschaft erfahren sein sollten.

Die Zahl der Auswanderer ist aber viel zu klein, als daß sie irgendwie mit den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Regionen in Verbindung zu bringen wäre.

Entgegen den im allgemeinen günstigen Voraussagen verlief das Unternehmen von Anfang an wenig glücklich. Durch die Schuld der Leiter, die mehr auf ihren persönlichen Profit als auf das Wohl der Auswanderer bedacht waren, kam es schon auf der Reise nach Holland und vor der Einschiffung zu längeren Verzögerungen, die bei ungenügenden sanitärischen Verhältnissen Krankheiten mit sich brachten und wohl gegen

²⁴ So erhielten drei Brüder aus Herznach einen Beitrag aus dem Fonds der dortigen Rosenkranzbrüderschaft, hatten also vermutlich die Reise kaum allein bezahlen können, a. a. O., 18. 7. 1819.

150 Auswanderer das Leben kosteten²⁵. Weitere 313 Siedler fielen den Strapazen auf der Überfahrt, vor allem dem an Bord mehrerer Schiffe ausgebrochenen Typhus zum Opfer²⁶. Auch die Überlebenden wurden wohl zum großen Teil in ihren Erwartungen enttäuscht. Die Lebensbedingungen in der brasilianischen Wildnis waren äußerst hart, und die Kolonie konnte sich nicht zu einer gesicherten Existenz entwickeln. Neben einer ungenügenden Administration durch die von der portugiesischen Regierung eingesetzten Beamten und den klimatischen Schwierigkeiten und politischen Wirren trug sicher auch die mangelhafte Qualifikation der Siedler zum Mißerfolg des Unternehmens bei. Das Verfahren der aargauischen Regierung zeigt deutlich genug, wie wenig bei der Auswahl der Kandidaten auf deren Eignung zu schwerer Pionierarbeit geachtet worden war, und es besteht kein Grund zur Annahme, daß die Selektion andernorts gewissenhafter war.

Anscheinend brachten es diejenigen Kolonisten, welche die schwierigen ersten Jahre überlebten, später zum Teil zu ansehnlichem Wohlstand²⁷. Der Versuch, eine geschlossene Kolonie von Schweizern zu gründen, die später auch weiteren Auswanderern als Sammelpunkt hätte dienen können, scheiterte aber jedenfalls völlig.

Über das individuelle Schicksal der aargauischen Kolonisten ist leider nur wenig zu erfahren. Nach dem Bericht zweier Mitglieder der Schweizer Gesellschaft in Rio de Janeiro vom 30. März 1822 hatten auf der Reise und während der ersten Jahre von den aargauischen Familien drei

²⁵ Nach einem Brief Schneebelis vom 15. 9. 1819 waren zu diesem Zeitpunkt von den Aargauern ein heimatloser Familienvater und zwei Kinder gestorben; 15 Personen waren unterwegs oder während der Wartezeit in Holland «desertiert». IA Nr. 5, 1822–1840, Faszikel 2.

²⁶ Tagebuch des Abbé Joye, a. a. O.

²⁷ 1860 traf der eidgenössische Sondergesandte, Johann Jacob von Tschudi, auf seiner Mission im Distrikt Canta Gallo noch eine beträchtliche Zahl von Schweizern. Nach seinem Bericht waren vor allem die Kolonisten erfolgreich gewesen, die sich rechtzeitig nach besserem Land umgesehen hatten, manche von ihnen waren reiche Fazendairos mit 100 bis 150 Sklaven geworden, die jährlich für bis zu 150 000 Franken Kaffee ernteten. Die auf den ursprünglichen Parzellen zurückgebliebenen hatten zum Teil im Kartoffelbau guten Gewinn gefunden. Vgl. Bericht des schweizerischen außerordentlichen Gesandten in Brasilien, Herrn von Tschudi, an den Bundesrath über die Kolonieverhältnisse in den brasilianischen Provinzen Santa Isabel, Santa Leopoldina und Rio Novo usw., *Bundesblatt* 1861, I, Nr. 7, 7. 2.

den Vater, zwei sogar beide Eltern verloren²⁸. Bis auf einen waren die Verstorbenen Heimatlose. Sehr ungünstig lautete ein Brief des Zimmermanns Philipp Businger (vermutlich aus Wittnau oder Eiken), der im *Schweizerboten* veröffentlicht wurde²⁹. Dem Verfasser war die Gegend der Kolonie ungesund erschienen; er hatte deshalb seinen Landanteil gar nicht erst bezogen, sondern war sogleich nach Rio de Janeiro zurückgekehrt. Nun beklagte er sich über die hohen Preise aller Gebrauchsgüter, die selbst reichen Leuten nur ein schlechtes Leben erlaubten und warnte jedermann vor der Reise. Sein eigenes Ziel war es, möglichst bald wieder heimzukehren.

Ein ganz anderes Bild erhalten wir aus zwei Briefen, die Heinrich Zehnder aus Birmenstorf, eines der «Familienoberhäupter», im Dezember 1823 und wahrscheinlich im Frühjahr 1824 an die aargauische Regierung richtete³⁰. Der Anlaß seiner Schreiben war allerdings auch eine Klage; Zehnder hatte nämlich 260 Franken an die Reisekosten zweier heimatloser Familien vorschießen müssen und fand es nun unmöglich, in Brasilien die Rückzahlung dieser Summe rechtlich zu erzwingen, weshalb er die Regierung um Entschädigung ersuchte. Daneben aber verwahrte er sich energisch gegen die schlechten Nachrichten, die von der Kolonie in die Schweiz gelangt seien.

«... aber dieses seind lauter lügen, die nur von denjenigen ersonnen seind, die hir nicht arbeiten wohlen, und es auch nicht können, diese sind es, welche studenten und ausgeiagte sekerrthär wahren, die das ihrige mit den herrn durch gebracht haben, Ich aber versichere sie, daß wer nur ein wenig arbeitsam ist, der hir gewiß keine noth leidet, ... »

Allerdings zeugt auch Zehnders Bericht deutlich genug für die Schwierigkeiten der Anfangszeit. Schwere Krankheiten hatten ihn für den größeren Teil seines bisherigen Aufenthaltes arbeitsunfähig gemacht; sein Grundstück hatte er erst nach 1½ Jahren beziehen können, da zuerst mehr als 20 Kilometer Weg hatten gebaut werden müssen, seither war er bereits zweimal auf günstigere Parzellen umgezogen. Trotzdem behauptete er, schon 2000 Kaffeebäume angepflanzt zu haben und auch 12 Schweine sowie 200 Hühner und Gänse zu besitzen.

²⁸ StAAG, a. a. O., Faszikel 11 a.

²⁹ *Schweizerbote*, Nr. 36, 8. 9. 1821.

³⁰ StAAG, IA Nr. 5, Brasilien 1819.

«doch stehe ich noch so guet daß wir gott sey gedankt ale thag 2 mahl fleisch und brod genug und kan auch anderen noch mitheilen ...»

Allen Landsleuten, die sich in der Heimat fast nicht durchbringen könnten, aber noch das Reisegeld besäßen, riet Zehnder, nach Brasilien zu kommen. Wie sehr er bereits assimiliert war, zeigt auch die folgende Bemerkung:

«... ich versichere ihnen das ich vor 200 (wohl 20!) jahren wieder wen ich wil in birmistorf sein köne wol mer als mit 100 tauset guldi aber ich bin nicht gesind den wen ich 2 tauset guldi beysamen habe, so kauf ich neger den darf ich nicht mer arbeiten ...»

Die Glaubwürdigkeit von Zehnders Bericht ist schwer einzuschätzen; immerhin ist sein Drängen auf eine finanzielle Entschädigung nicht ganz mit seiner angeblich so günstigen Lage zu vereinbaren. Daß die Aussichten für die tüchtigeren Kolonisten nicht allzu übel waren, wird man ihm aber glauben dürfen. Die rasche Auflösung der Kolonie erwähnt auch er. Nach seinen Angaben hatte etwa ein Drittel der Siedler die angewiesenen Ländereien bereits wieder verlassen; einige waren nach Rio de Janeiro gezogen, andere nach Campinas, weitere nach «den Minen» (evtl. der Provinz Minas Gerais).

Spätere Nachrichten von den aargauischen Auswanderern ließen sich nicht ermitteln. Es besteht auch keinerlei Anhaltspunkt dafür, daß die späteren Auswanderungen nach Brasilien mit diesem frühen Unternehmen in irgendeinem Zusammenhang gestanden hätten.

Bemerkenswert an der ganzen Episode bleibt vor allem die ungewöhnliche Mitwirkung der Kantonsregierung. Sie hatte ihr Ziel, sich einige der lästigsten Heimatlosen vom Halse zu schaffen, eigentlich nicht verfehlt. Immerhin war die Regierung nicht so skrupellos, daß sie angesichts der ungünstigen Nachrichten den Versuch zur Lösung des Heimatlosenproblems als Erfolg betrachtet hätte. Zwar haben die Kantonsbehörden auch in späteren Jahren immer wieder besondere Beiträge an die Auswanderung einzelner Familien oder kleiner Gruppen geleistet, recht oft ebenfalls an Heimatlose. Fast immer handelte es sich dabei aber um individuelle Auswanderungen auf den gewohnten Wegen nach Nordamerika. Projekte zur Anlage eigentlicher Schweizerkolonien wurden künftig nie mehr unterstützt. Es ist durchaus möglich, daß die unbefriedigenden Erfahrungen mit Nova Friburgo diese spätere Haltung wesentlich geprägt haben.

Die ruhigen Jahre: 1820–1845

In der Geschichte der aargauischen Auswanderung sind die zweieinhalb Jahrzehnte von 1820 bis 1845 eine ruhige Zeit. Außer zu Beginn der dreißiger Jahre haben wahrscheinlich höchstens etwa 100 Personen jährlich die Reise nach Übersee angetreten. Es mag deshalb erlaubt sein, diesen Abschnitt nur summarisch zu betrachten, um dann der großen Auswanderungswelle der Jahrhundertmitte mehr Raum zu widmen. Im Zusammenhang mit dieser werden die Entwicklung der Verhältnisse in den USA und der Information darüber, aber auch die Neuerungen im Transportwesen ausführlich zu schildern sein. Vorläufig sei nur soviel angedeutet, daß die Erschließung des amerikanischen Westens gewaltige Fortschritte machte und die amerikanische Wirtschaft vom Abklingen der Krise von 1819 bis zum Einbruch der neuen Depression von 1837 eine außerordentliche Hochkonjunktur erlebte, daß seit etwa 1820 Handbücher und Reiseführer für Auswanderer in immer rascherer Folge erschienen und daß die Reise einfacher und gefahrloser wurde, besonders seit der Entstehung professioneller Agenturen um 1830.

Daß die Auswanderung trotzdem relativ gering blieb, war in erster Linie eine Folge der günstigen wirtschaftlichen Lage in der Schweiz¹. Außerdem dürfte die noch frische Erinnerung an das Schicksal der Auswanderungsvereine von 1817 wenigstens in den zwanziger Jahren nachgewirkt haben. Andererseits gaben allerdings jene Katastrophen auch den Anlaß für einige Versuche, durch engeren Zusammenschluß und bessere Organisation das Risiko der Auswanderung zu vermindern.

So entstand 1819 in Bern ein Auswanderungsverein zur Gründung einer Kolonie in den Vereinigten Staaten; zwei Jahre später folgten etwa 180 Schweizer der Werbung für eine vom schottischen Lord Selkirk ge-

¹ Im Frühling 1822 konnte die Armenkommission in ihrem Jahresbericht schreiben, es sei jetzt, bei reichlichem Gedeihen der Nahrungsmittel und Entstehung neuer Industriezweige, eine gute Zeit für die dürftige Klasse. Es scheint, daß durch die ganzen zwanziger Jahre hindurch die Bedingungen einigermaßen günstig blieben, StAAG, IA Nr. 14, RKIR, 1821.

gründete Ansiedlung südlich des Winnipeg-Sees in Kanada². Nichts weist darauf hin, daß Aargauer in größerer Zahl an solchen Unternehmen beteiligt gewesen wären.

Aber auch die individuelle Auswanderung hielt sich wahrscheinlich in sehr bescheidenem Rahmen; von einer konjunkturell bedingten Auswanderungsbewegung kann jedenfalls keine Rede sein. Dagegen zogen die Möglichkeiten Amerikas jederzeit Leute an, deren Bindung an die Heimat aus irgendwelchen Gründen gelockert war. So meldete z.B. ein gewisser Rudolf Peter Knosp, ansäßig in Bern, seinen Verzicht auf das Bürgerrecht von Mandach an, weil er nach der Selkirk-Kolonie auswandern wollte³. Dieser Knosp, ein junger Mann von 26 Jahren, hatte bis 1815 in französischen Diensten gestanden und war dann heimgekehrt, um das Vermögen seines verstorbenen Vaters zu verwalten. Es ist zu vermuten, daß er sich in die geregelten Verhältnisse zu Hause nicht mehr leicht einfügen konnte, und deshalb die Auswanderung vorzog.

Ein eher ungewöhnlicher Fall war auch die Auswanderung des Alois Abt, der seit 14 Jahren als Pfarrer in Schupfart gewirkt und sich durch seine Wohltätigkeit und seine Verdienste um die Förderung des Obstbaus einen Namen gemacht hatte⁴. Er verlangte 1821 Urlaub für ein Jahr und

² Für genauere Angaben über den Berner Verein siehe: Entwurf zur Errichtung einer Colonie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in *Der Schweizerfreund* 4, Nr.44 ff., Bern 1818.

Fundamental-Statut des Vereins zur Errichtung einer Colonie in den Nordamerikanischen Freystaaten, Bern 1819.

Die recht positiven Urteile über das Unternehmen in der bisherigen Literatur (Mötteli, S.23 f., Natsch, S.39) stützen sich auf die Nachrichten eines der Vereinsleiter, publiziert von J.J.HOTTINGER im 21. *Neujahrsblatt der Zürcherischen Hilfsgesellschaft*, Zürich 1821. Sie werden auch bestärkt durch die Reisebeschreibung des Lehrers NIKLAUS JOSS, *Reise nach dem Staat Ohio in Nordamerika*, Bern 1832. Ein ganz anderes Bild ergibt sich aus dem schon mehrfach erwähnten Bericht des deutschen Kommissärs der Gesellschaft, LUDWIG GALL, *Meine Auswanderung nach den Vereinigten-Staaten in Nord-Amerika*, usw., Trier 1822. Auskunft über die Selkirk-Kolonie gibt die ausgezeichnete Schilderung von KARL MEULI in *Scythica Vergiliana, Ethnographisches, Archäologisches und Mythologisches zu Vergils Georgica* 3, 367 ff. in *Schweizerisches Archiv für Volkskunde* 56 (1960). Über die Werbung in der Schweiz und die Reaktion der Behörden siehe ferner Natsch, S.66 ff. Von beiden Autoren nicht erwähnt wird der gedruckte Bericht eines heimgekehrten Kolonisten. N. RUDOLF WYSS, *Reise eines Schweizers nach dem rothen Flusse in Nord-Amerika, dortiger Aufenthalt und Rückkehr ins Vaterland*, Bern 1825.

³ StAAG, IA Nr.5, 1814–1821, Faszikel 55.

⁴ a. a. O., Faszikel 58.

fügte bei, daß bei längerer Abwesenheit sein Amt als vakant zu betrachten sei; er ist denn auch nicht mehr zurückgekehrt. Pfarrer Abt nannte seine Motive leider nicht, man darf aber annehmen, daß er in der geistlichen Betreuung der Ansiedler in Amerika eine besonders lohnende Aufgabe gesehen hatte.

In seltenen Fällen suchten auch jetzt Gruppen von Armen in der gemeinsamen Auswanderung ihr Heil. So scheinen mehrere Familien von insgesamt 34 Personen, die der Oberamtmann von Zurzach 1829 erwähnt, den ärmeren Klassen angehört zu haben⁵.

Die kleine Welle der frühen dreißiger Jahre

Eine etwas stärkere Auswanderungsbewegung ist in den Jahren 1832 bis 1834 nachzuweisen. Voraussetzungen dafür waren einerseits die schlechten Witterungsverhältnisse im Sommer 1831, die zu einer Mißernte und starker Teuerung führten, andererseits die Nachrichten aus Amerika, das eine außerordentliche Konjunktur erlebte. Ferner ist nicht auszuschließen, daß die politische Umwälzung der Regeneration einigen Betroffenen den Entschluß zur Auswanderung erleichterte.

Möglicherweise nahm die Auswanderung bereits unmittelbar nach dem Aufstand des Winters 1830/31 zu; angesichts der politischen Unsicherheit verbot jedoch die Regierung Anfang April 1831 die Ausgabe von Pässen an milizpflichtige Bürger⁶. Schon die Notwendigkeit eines solchen Erlasses deutet auf eine verstärkte Auswanderungsneigung hin, außerdem wurden auch sogleich einige Gesuche um Ausnahmebewilligungen gestellt, meist von Leuten, die bereits reisefertig waren, zum Teil auch die Reise schon bezahlt hatten⁷.

Aus den eigentlichen Auswanderungsakten geht leider nicht hervor, wann die Bewegung erneut einsetzte, es ist aber ziemlich sicher, daß die Mißernte, genau wie 1816, viele veranlaßte, ihre Abreise auf den folgenden Frühling zu planen. Anscheinend nahm die Auswanderung auch in anderen Gegenden beträchtlich zu, so daß wieder Stockungen entstanden, diesmal vor allem in Le Havre, das inzwischen wichtigster Ein-

⁵ StAAG, IA Nr. 14, Rapporte, Zurzach 1829.

⁶ StAAG, IA Nr. 5, 1822–1840, Faszikel 19.

⁷ a. a. O.

schiffungshafen geworden war. Am 27. Mai 1832 teilte der Vorort den Ständen einen Aufruf des französischen Gesandten mit, man möge vorläufig die Auswanderung bremsen, da sich in Le Havre viele mittellose Wartende drängten und in der überfüllten Stadt bereits einige Cholerafälle aufgetreten seien.

In den Niederlanden gab es anscheinend ähnliche Schwierigkeiten⁸.

Am 1. Juni erteilte der aargauische Kleine Rat den Bezirksämtern die Weisung, bis auf weiteres keine Pässe mehr an Auswanderer abzugeben⁹. Die diesmal bedeutend größere Zahl von Gesuchen um Sonderbewilligungen zeigt, daß bereits recht viele Auswanderungen geplant waren. Es wurden zahlreiche Genehmigungen erteilt, jedoch nur an Leute, die genügende Mittel zur ungehinderten Weiterreise nachwiesen. Da auch die französischen Grenzbehörden keine armen Auswanderer passieren ließen, konnten wirklich nur Bemittelte die Reise antreten¹⁰.

Die Finanzierung von Auswanderungen durch die Gemeinden hat sich unter diesen Umständen bestimmt in bescheidenen Grenzen gehalten. Zeiningen wollte einen neuen Versuch unternehmen, 53 seiner lästigen Einsassen mit einem Beitrag von je 50 Franken loszuwerden und kam sogar um einen Staatsbeitrag von weiteren 25 Franken pro Kopf ein¹¹. Die Regierung lehnte eine Beteiligung an dem unsicheren Unternehmen ab; nach einem später bewilligten Paßgesuch und nach den Eintragungen im Ortsbürgerregister war aber die Auswanderung von Einsassen aus Zeiningen doch recht bedeutend¹².

Eine weitere Armenabschiebung ist für Spreitenbach belegt; nach dem Bericht des Amtmanns handelte es sich um 20 armengenössige Bürger¹³.

Wahrscheinlich ist es wenigstens teilweise den behördlichen Kontrollen zuzuschreiben, daß die Auswanderung auch 1832 und in den folgenden Jahren nicht besonders stark wurde. Die einzigen zusammenfassenden Daten über ihren Umfang finden wir im Rechenschaftsbericht des Regierungsrates; sie basieren auf den Paßkontrollen des Polizeidepartements. Anerkanntermaßen waren diese Listen nicht vollständig, da

⁸ Kreisschreiben des Vororts vom 27. 5., StAAG, a. a. O., Faszikel 32.

⁹ a. a. O.

¹⁰ Zu den französischen Einreisebestimmungen siehe unten, S. 172 f.

¹¹ Gesuch vom 13. 4., StAAG, a. a. O., Faszikel 42.

¹² Genehmigung von Pässen, a. a. O.

GAZ Zeiningen, Ortsbürgerregister.

¹³ StAAG, IA Nr. 14, Rapporte, Baden 1833.

manche der Auswanderer sich nur Pässe nach Frankreich ausstellen ließen, doch gibt es immerhin einen Begriff von der Größenordnung, daß in den Jahren 1832–34 Pässe nach Amerika für 270, 260 und 247 Personen ausgestellt wurden. Von einer Auswanderungswelle wie 1817 war also keine Rede, doch waren die Zahlen immerhin deutlich höher als in den folgenden Jahren¹⁴.

Die regionale Herkunft der Leute ist nur unvollkommen zu ermitteln. Die bezirksamtlichen Jahresberichte von Baden und Rheinfeldern geben folgende Zahlen für diese Bezirke¹⁵:

	Baden	Rheinfeldern
1832	21	157
1833	126	80

Aus Einzelakten wissen wir von 33 Auswanderungen aus dem Bezirk Zurzach im Jahr 1833. Wenn die Zahlen des Polizeidepartements nicht völlig ungenügend sind, bleiben dann nicht mehr sehr große Kontingente für die übrigen Bezirke. Einige Meldungen kommen aus dem Bezirk Laufenburg, und das Bezirksamt Kulm spricht 1832 ebenfalls von einer überdurchschnittlichen Auswanderung. Dagegen hören wir gar nichts von Auswanderungen aus Muri, Bremgarten oder Lenzburg, sehr wenig aus Aarau, Brugg und Zofingen¹⁶.

Was die soziale Stellung der Leute betrifft, so wurde, wie erwähnt, die Auswanderung eigentlicher Armer verhindert, sofern ihnen nicht die Gemeinden ziemlich massive Unterstützungen gewährten. Dies geschah offenbar in Zeiningen und Spreitenbach in den erwähnten Fällen, im übrigen waren die Gemeinden aber noch kaum zum Einsatz bedeutender Mittel bereit. In den Einzelfällen, die wir erfassen können, handelte es sich fast durchwegs um Leute mit etwas Vermögen. Von den namentlich bezeichneten führte Andreas Wetter von Tegerfelden die beachtliche Summe von 15000 Franken mit, sonst besaß niemand mehr als 3000 Franken¹⁷.

Trotzdem waren zweifellos die meisten Auswanderungsentschlüsse ökonomisch begründet, wenn auch wiederum, und in weit höherem Maße als 1817, die Angst vor einem kommenden Niedergang und die

¹⁴ StAAG, a. a. O., RKIR, 1832–1836.

¹⁵ StAAG, a. a. O., Rapporte, 1832/33.

¹⁶ StAAG, IA Nr. 5, 1822–1840, passim.

¹⁷ StAAG, a. a. O., Faszikel 47.

Anziehungskraft der «unbegrenzten Möglichkeiten» wichtiger waren als unmittelbare Not.

Dies bestätigen die wenigen zeitgenössischen Äußerungen über die Motive der Auswandernden. So schreibt der Bezirksamtmann von Baden, es seien

«meistens Leute, die in ihrer Ökonomie aus Arbeitsscheu oder aus Unhauslichkeit zurückgekommen sind, und in sich nicht genügende Kraft verspüren, durch eine angstrengtere Tätigkeit und durch eine größere Sparsamkeit dem Zerfall ihres Wohlstandes vorzubeugen, und sich lieber der Hoffnung hingeben, durch günstige Zufälle sich der drohenden Armuth zu entwinden.»¹⁸

Der Amtmann von Rheinfelden zählt wieder die Auswandererkategorien auf, wobei jetzt die politischen «Emigranten» eine wichtige Rolle spielen. Dies ist sicher zu beachten, doch läßt die Formulierung darauf schließen, daß die eigene Haltung des Amtmanns zu den Zeitereignissen seine Objektivität beeinträchtigte.

«Den altheimathlichen Boden verließen im verflossenen Jahre und zogen nach den Ufern des Ohio hin 157 Köpfe aus dem Bezirke; die einen, es ist gerade die eigene Erklärung ihrer älteren Führer, um unter zufriedeneren Menschen als da, wo ihre Eltern und Voreltern den Todesschlummer schlafen, zu leben; die andern, um mit dem kleinen Rest ihres Vermögens, das nicht, wie der größere Theil ihrem freundlichen Nachbar mit einer Taferne im neuen Junker-Wappen geopfert werden sollte, wieder Haus und Hof erwerben zu können; dann noch einige mit Vermögen über 2000 auch 3000 Franken aus dem glücklichen Mittelstande, um mit redlichem Bemühen und Fleiß daselbe äufnen und ihren Kindern einen sicherern Hort, als da, wo man Verfassungen gleich Sonntagskleidern wechselt, hinterlassen zu können.»¹⁹

Daß die Amtmänner die Ursachen wirtschaftlicher Schwierigkeiten nur in Arbeitsscheu, «Unhauslichkeit» oder Vorliebe fürs Wirtshaus sehen konnten, sagt vielleicht mehr über ihre eigene Einstellung zur Armutsfrage, als über die wirklichen Verhältnisse²⁰. Immerhin dürfte aber zutreffen, daß manche Auswanderer die Heimat sozusagen vorbeugend verließen, weil sie ihren wirtschaftlichen Niedergang voraussahen. Bedingung für eine solche Handlungsweise war allerdings die Überzeugung, in Amerika bessere Verhältnisse anzutreffen. In einzelnen

¹⁸ StAAG, IA Nr. 14, Rapporte, 1832.

¹⁹ StAAG, a. a. O., Rheinfelden.

²⁰ Zur Frage der Armut der Auswanderer und ihrer moralischen Beurteilung Näheres unten S. 229 ff.

Fällen haben wir denn auch Belege dafür, daß sich die Auswanderer zu bereits etablierten Verwandten begaben oder doch günstigen Berichten von Bekannten folgten²¹.

Im ganzen erhält man den Eindruck, daß die Auswanderungen der dreißiger Jahre meist gründlicher durchdacht und vorbereitet waren als die der ersten Welle.

Die stärkere Auswanderungsneigung hielt nur drei Jahre an; 1835 bis 1839 zogen jeweils weniger als 100 Personen jährlich nach Amerika, die Fahrten der Auswanderungsspediteure nach Le Havre wurden seltener, und 1839 und 1840 hörten die Annoncen der Agenten völlig auf²². Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Entwicklung eine Folge der amerikanischen Bankenkrise von 1837 und der darauf folgenden schweren Depression war, die vor allem in den Städten des Ostens, aus denen die meisten Nachrichten nach Europa gelangten, zu starker Arbeitslosigkeit führte.

Über das spätere Schicksal der Auswanderer der dreißiger Jahre wissen wir wenig. Die spärlichen Nachrichten über den Aufenthalt einzelner Personen und Familien ergeben nicht einmal eine genügende Basis für die Beurteilung der regionalen Verteilung. Neben einigen, die sich an der Ostküste oder in den mittleren Landwirtschaftsstaaten Pennsylvania und Ohio niedergelassen hatten²³, finden wir auch Aargauer in weniger dicht besiedelten Gebieten. Schinznacher Bürger mit den Namen Amsler und Hermann gehörten wohl zu den ersten Schweizern überhaupt, die sich in der 1836 von Mexico gelösten texanischen Republik niederließen²⁴.

²¹ StAAG, IA Nr. 5, 1822–1840, u. a. Faszikel 18 und 21. Ein Bürger von Obersulz führte sogar an, er habe sich mit einer Frau von Sissach verheiratet, um sofort mit ihr zu ihren wohlhabenden Verwandten in Amerika zu ziehen; ohne Aussicht auf die Auswanderung hätte er die Dame keineswegs ehelichen wollen.

²² In den Rechenschaftsberichten der Regierung sind folgende Auswanderungsziffern verzeichnet:

1835: 84	1837: 83	1839: 48
1836: 73	1838: 80	

Annoncen der Spediteure: *Schweizerbote*, 1837–1840, passim.

²³ Hinweise u. a. bei Adelrich Steinach, etwa zu Lancaster, Pa., S. 111. Ferner: IA Nr. 5, 1822–1840, Faszikel 60 (Ohio), 65 (New York); IA Nr. 5, 1841–1842, Faszikel 14 (Reading, Pa.).

²⁴ Vgl. JOHN PAUL VON GRUENINGEN (ed.), *The Swiss in the United States*, Madison, Wis., 1940, S. 58.

Eine 1833 ausgewanderte Familie Rodolph ist schon kurz nach 1840 in Iowa nachgewiesen, dessen Besiedlung erst in den dreißiger Jahren richtig begonnen hatte²⁵.

In der 1831 gegründeten Schweizer Ansiedlung Highland in Illinois befand sich 1833 ein Aarauer namens Hagenauer, außerdem war einer der ersten Geschichtsschreiber Highlands, Jacob Eggen, ebenfalls in Aarau aufgewachsen²⁶. Besonders bewegt war die Laufbahn des 1833 von Oberentfelden ausgewanderten Samuel Kyburz²⁷. Da seine Frau, obwohl wahrscheinlich schweizerischer Abstammung, aus Ohio kam, ist anzunehmen, daß sich Kyburz mit seinem Vater und seinen Geschwistern zusammen zuerst dort niedergelassen hatte. 1840 besaß er dann eine Farm in Wisconsin; aber 1846 zog er mit dem Gefährten des bekannten General Sutter, Lienhard, nach Kalifornien und wurde dort Aufseher des Forts in Sutters Siedlung New Helvetia. Nach der Entdeckung der Goldminen trennte er sich von dem General, ohne gleich einen bleibenden Aufenthalt zu finden. Schließlich siedelte er sich zwischen Lincoln und Sacramento an und betrieb Viehzucht und Molkerei, wahrscheinlich in Verbindung mit einem gastronomischen Betrieb. Noch heute trägt ein kleiner Sommerkurort den Namen des Aargauers.

Zu den ersten Schweizern in Kalifornien gehörte auch ein gewisser Fändrich von Laufenburg, der wahrscheinlich schon 1831 nach Amerika gekommen war²⁸.

Als einen der erfolgreichsten aargauischen Auswanderer nennt Steinach Johann M. Brunswick²⁹. Er war 1837 nach New York gekommen, hatte zuerst als Arbeiter in einer Wagenfabrik und dann als Dampfbootsteward sein Auskommen gefunden. In den vierziger Jahren verlegte er sich mit einem Partner zusammen auf die Fabrikation von Billardtischen; seine Firma in Cincinnati war um 1880 die größte Billardfabrik der USA. 1871 wurde Brunswick sogar Mitglied der Legislative des Staates Ohio.

Die wenigen Beispiele zeigen, daß manche Schweizer sich rasch an die typisch amerikanische Mobilität anpaßten, von Ort zu Ort und von Beruf zu Beruf ihre beste Chance suchten.

²⁵ IA Nr. 5, 1841–1842, Faszikel 37.

²⁶ Steinach, S. 249.

²⁷ Grueningen, S. 88.

²⁸ a. a. O., S. 92.

²⁹ Steinach, S. 203.

Auf Ergehen und Aufenthalt der großen Mehrheit läßt sich aus diesen Einzelangaben jedoch nicht schließen. Die Erwähnung des Ohio durch den Amtmann von Rheinfelden mag als Hinweis auf ein beliebtes Auswanderungsziel betrachtet werden; bei der Vorliebe des Beamten für eine blumige Sprache könnten mit dem Ausdruck aber auch einfach die Vereinigten Staaten umschrieben sein³⁰.

Die naheliegende Annahme, daß sich die Aargauer, wie die schweizerischen und deutschen Auswanderer überhaupt, in dieser Zeit vermehrt den Staaten des Mittleren Westens zuwandten, wird durch einige Einzelangaben gestützt. Unser Material gibt aber keine Aufschlüsse, die über das allgemein Bekannte hinausführen.

Die Algerienauswanderung

Mit dem neuen Jahrzehnt setzte wieder eine Zunahme der Auswanderung ein, die vielleicht schon als Vorspiel der großen Welle gelten darf.

Schon 1840 verzeichnete der Rechenschaftsbericht des Regierungsrates die Ausgabe von 144 Pässen, was nach dem Verhältnis anderer Jahre etwa einer Auswandererzahl von an die 300 Personen entsprechen müßte³¹. Leider finden wir in den Quellen nicht den geringsten Hinweis auf die Herkunft dieser immerhin beträchtlichen Schar.

1841 ist nochmals als ein ruhiges Jahr zu bezeichnen, wurden doch nur 15 Pässe ausgestellt³². Interessant ist aber, daß aus der Gemeinde Fisi-bach bereits im Juni gemeldet wurde, ein Bürger wünsche nach Algerien auszuwandern³³, und daß auch das Bezirksamt Lenzburg in seinem Jahresbericht die wachsende Anziehungskraft dieses neuen Zieles erwähnte³⁴. Grund dafür waren die Bemühungen der französischen Regierung, durch günstige Angebote die Besiedlung Algeriens zu beschleunigen. Ein ministerieller Erlaß vom 18. April 1841 und die Ausführungs-

³⁰ Die «Ufer des Ohio» sind ohnehin wohl keine genaue geographische Angabe, man wird die Äußerung höchstens soweit interpretieren dürfen, daß nicht gerade die Ostküste das Ziel der Auswanderer war.

³¹ RRR, 1840.

³² a. a. O., 1841.

³³ StAAG, IA Nr. 5, 1841/42, Faszikel 20.

³⁴ StAAG, IA Nr. 16, Amtsberichte, 1841.

bestimmungen des Marschalls Bugeaud boten den Kolonisten kostenlose Überfahrt von Marseille, freies Land, Material für den Bau eines Hauses sowie Werkzeug und Sämereien. Allerdings war das Angebot nicht für unbemittelte Tagelöhner und asoziale Elemente gedacht, vielmehr sollten die Ansiedlerfamilien auch selbst ein Vermögen von 1200 bis 1500 Francs mitbringen und einen guten Leumund sowie Erfahrung im Ackerbau nachweisen können³⁵.

Die größte und erfolgreichste Gruppe unter den schweizerischen Algerienauswanderern dieser Jahre bildeten Bauhandwerker aus dem Tessin, die vor allem in Algier und Umgebung leicht Arbeit fanden³⁶. Dagegen entsprachen die Deutschschweizer nach einem Bericht den Anforderungen viel weniger, was ein Blick auf die Aargauer Kontingente bestätigt.

1842 wurden allerdings erst 20 Pässe nach Algerien ausgegeben³⁷, und über die Herkunft der Empfänger geben die kantonalen Akten leider keine genaue Auskunft. Wahrscheinlich kam aber der größte Teil aus Magden im Bezirk Rheinfelden; nach der Statistik wanderten von dort 31 Personen aus, die meisten davon nach Algerien. Aus verschiedenen Eintragungen im Gemeinderatsprotokoll geht ziemlich deutlich hervor, daß es sich kaum um die gewünschte Klasse von vermöglichen Landwirten handelte. Die Leute konnten zwar nicht gerade als arm gelten; die meisten waren anscheinend imstande, die Kosten der Übersiedlung zu tragen, soweit sie nicht die französische Regierung übernahm. Immerhin wurde aber die Gemeindeversammlung einberufen, um eine «Liebesteuer» für die Auswanderer zu bewilligen, also wohl einen ergänzenden Beitrag an ihre eigenen knappen Mittel³⁸.

Am stärksten war der Zug nach Algerien im folgenden Jahr; das Polizeidepartement stellte 34 Pässe für 113 Personen aus. Rund die Hälfte der Leute kam aus Möhlin, die meisten übrigen aus andern Gemeinden des Bezirks Rheinfelden. Nur 14 stammten aus dem Bezirk Laufenburg, ganze 5 aus den übrigen Bezirken.

³⁵ JULIEN FRANC, *Le Chef-d'Œuvre Colonial de la France en Algérie: La Colonisation de la Mitidja*, Thèse Paris 1928, S. 232 f.

³⁶ Kreisschreiben des Vororts Luzern vom 15. 3. 1843, StABS, Auswanderung A, 1819–1847; Kreisschreiben vom 22. 2. 1845, a. a. O.

³⁷ Übersicht über die 1843–1845 an Auswanderer erteilten Pässe, StAAG, IA Nr. 5, 1846, Faszikel 6.

³⁸ GAR Magden, GRP, 12. 10. 1842.

Inzwischen hatte sich bereits gezeigt, daß die Algerienauswanderer zum Teil höchst ungenügend über die Bedingungen der Ansiedlung Bescheid wußten; so war bereits eine große Familie aus Oberhof in Marseille hängengeblieben, weil sie kein Geld zur Überfahrt hatte und offenbar den Bedingungen zur Gewährung des Gratistransports nicht entsprach oder die nötigen Formalitäten nicht erfüllt hatte³⁹.

Die Regierung warnte denn auch die Gemeinden davor, die Algerienauswanderung leichtfertig zu fördern, doch gewinnt man aus den Akten der Gemeinden den Eindruck, daß die wiederholten Mahnungen wenig nützten. Von den 57 Auswanderern aus Möhlin konnten offenbar nur zwei Alleinstehende die Reisekosten selber bestreiten; zwei Familien waren nicht ganz mittellos, brauchten aber zusätzliche Beiträge, alle übrigen besaßen selber gar nichts und erhielten auch nur bescheidene Unterstützungen von 50 bis 70 Franken pro Kopf.

Die meisten der Leute wurden zwar als Landarbeiter bezeichnet – was über ihre Qualifikation zu selbständiger Kolonisationstätigkeit noch wenig aussagt –, immerhin waren aber auch vier Leinweber und eine Posamenterin darunter⁴⁰.

Auch aus andern Einzelheiten ist ersichtlich, daß sich die Gemeindebehörden nicht allzu gründlich mit den Bedingungen für die Niederlassung in Algerien befaßt hatten.

Wahrscheinlich war die Algerienauswanderung aus dem Bezirk Rheinfelden deshalb besonders stark, weil hier die Beziehungen zum elsässischen Grenzgebiet am engsten waren, wo vermutlich die Behörden Anmeldungen entgegennahmen und Transportagenten die Organisation der Reise besorgten⁴¹. Damit brauchten sich die Gemeinden um die Details nicht mehr zu kümmern; vorteilhaft war für sie zudem, daß bei der relativ geringen Entfernung und den Beiträgen der französischen Regierung ihre eigenen Unterstützungen an die Auswanderer bescheiden sein konnten.

³⁹ Schreiben des Konsuls von Marseille an den Bundesrat vom 28.4.1843, StAAG, a. a. O., 1843/44, Faszikel 28.

⁴⁰ GAR Möhlin, Auswanderungsakten.

⁴¹ Der Gemeinderat von Möhlin äußerte in einem Schreiben an die Regierung vom 20.3.1843 die Hoffnung, daß der Maire von Hüningen freie Reise und Gratisland vermitteln könne. Reiseverträge wurden abgeschlossen mit einer Jungfer Vogelweid(?) in Häsingen oder Hegenheim(?); Orts- und Personennamen sind leider nicht genau lesbar. GAR Möhlin, a. a. O.

Für die Kolonisten waren die Erfolge allerdings nicht befriedigend. Der Konsul in Algier berichtete 1845, daß die meisten deutschschweizerischen Siedler ungenügend ausgestattet und dazu häufig auch charakterlich schlecht qualifiziert seien. Er erwähnt sogar als Beispiel 20 arme Familien aus Magden, die in einer sehr unerfreulichen Lage seien⁴².

Über den genauen Aufenthaltsort der Leute erfahren wir nichts; einzig ein Bürger von Möhlin schrieb kurz nach seiner Ankunft einen Brief aus Dely Ibrahim, einer Siedlung wenige Kilometer außerhalb Algiers⁴³. Die meisten Schweizer dürften sich in oder nahe der Hauptstadt niedergelassen haben, einige weitere vielleicht in den älteren Ansiedlungen in der Mitidja-Ebene oder am Atlasfuß. Daß sie in die neuangelegten Landwirtschaftskolonien aufgenommen wurden, erscheint aufgrund ihrer ungenügenden materiellen Ausstattung und Qualifikation unwahrscheinlich.

Die Amerikaauswanderung 1840–1845

Obwohl die Algerienauswanderung als Ausnahmeerscheinung der frühen vierziger Jahre unsere Aufmerksamkeit besonders beansprucht, hat sie doch die nach Amerika nie übertroffen. Selbst 1843 registrierte das Polizeidepartement neben 113 Auswanderungen nach Algerien auch 120 nach Amerika, 1844 dann 128 gegen nur 2 nach Algerien⁴⁴. Die Statistik läßt vermuten, daß sich verschiedentlich einige Familien zur gemeinsamen Auswanderung zusammenschlossen; so kamen 1843 aus Küttigen 20, aus Rapperswil 21 Personen; 1844 aus Zeiningen eine Gruppe von 33, aus Erlinsbach 19 Erwachsene und Kinder.

Finanzielle Hilfeleistungen der Gemeinden sind verschiedentlich belegt, so aus Zeiningen, wo wieder einmal zwei Einsassenfamilien abgeschoben wurden, oder aus Möriken⁴⁵. Größere Beiträge blieben aber nach wie vor Ausnahmen.

⁴² Kreisschreiben des Vororts Luzern vom 22. 2. 1845, a. a. O. Da die Gruppe aus Magden kleiner war, handelte es sich vermutlich wenigstens teilweise um Leute aus Möhlin.

⁴³ GAR Möhlin, Auswanderungsakten, 23. 7. 1843.

⁴⁴ Diese und die folgenden Angaben nach Paßlisten, siehe Anmerkung 37.

⁴⁵ GAR Zeiningen, GVP, 17. und 29. 12. 1843, 1. und 7. 1. 1844.

Gemeinde-Jahrbuch Möriken-Wildegg 1953/54.

Andererseits bildeten auch jetzt die vermöglichen Auswanderer eine Minderheit; nur einige wenige Familien konnten Vermögen zwischen 2000 und 5000 Franken mitnehmen⁴⁶.

Wir können die Betrachtung der Jahre vor 1845 nicht abschließen, ohne einen Versuch zu erwähnen, der in seiner Art in der Schweiz wahrscheinlich einmalig blieb, nämlich die Gründung einer kommunistischen Kolonie am Osage River im Staate Missouri⁴⁷.

Ihr Initiant, Andreas Dietsch, war ein gebürtiger Elsässer aus Mühlhausen, der sich 1835 als Bürstenbinder in Aarau niedergelassen hatte. Neben seinem Beruf betätigte er sich als Schriftsteller für das radikale Wochenblatt *Das Posthörnchen*. 1836 bis 1838 wohnte er in Zofingen, wo er durch den Arzt Rudolf Sutermeister und den Fabrikanten Gustav Siegfried mit frühsozialistischem Gedankengut in Berührung kam. Sutermeisters Interesse für die genossenschaftlichen Ansiedlungsprojekte des Franzosen Cabet⁴⁸ regte ihn zur Verfassung einer eigenen Utopie an: 1842 erschien als Artikelfolge im *Posthörnchen* «Das tausendjährige Reich», die Schilderung einer idealen kommunistischen Gemeinschaft.

Eine Begegnung mit Wilhelm Weitling bestärkte Dietsch in seinen Ansichten; die Lektüre von Büchern über Amerika führte ihn zum Entschluß, dort seine Ideen zu realisieren.

1843 veröffentlichte Dietsch die Schrift: *Die Gründung von Neuhelvetia, ein sicherer Wegweiser für Auswanderungslustige, welche in Amerika ihr Glück suchen und begründen wollen*.

⁴⁶ Siehe Auswanderungsstatistik, StAAG, Akten der Armenkommission.

⁴⁷ Das Folgende nach: NOLD HALDER, Andreas Dietsch und seine Utopistenkolonie Neu-Helvetia in Missouri, *Aarauer Neujahrsblatt* 1960/61; GEORGE SCHULZ-BEHREND, Andreas Dietsch and Helvetia, Missouri, in *The Swiss Record*, vol. 2, Madison 1950; ANDREAS DIETSCH, *Plan zur Gründung von Neuhelvetia im Staate Missouri in Nordamerika*, Aarau 1844.

⁴⁸ Etienne Cabet (1788–1856), ehemaliger Carbonaro und Teilnehmer an der 1830er Revolution, gehörte in den späten dreißiger und in den vierziger Jahren zu den bekanntesten Vertretern kommunistischer Ideen. Seine Vorstellungen einer kommunistischen Gesellschaft stellte er 1840 in der Utopie *Voyage en Icarie* dar. 1848 zog eine Gruppe von «Ikariern» nach Texas; 1849 entstand unter Cabets persönlicher Leitung eine ikarische Gemeinde in der ehemaligen Mormonensiedlung Nauvoo, Ill. Die Kolonie begann schon nach 1850 zu zerbröckeln, Reste bestanden aber bis 1895. Vgl. G.D.H. COLE, *A History of Socialist Thought*, vol. 1, The Forerunners, London 1967, S. 75 ff.

Grundprinzipien des geplanten Vereins sollten die Gütergemeinschaft und die völlige materielle Gleichstellung der Mitglieder sein. Von den bereits bestehenden kommunistischen Kolonien verschiedener Sekten sollte sich Neu-Helvetia aber durch vollkommene religiöse Toleranz unterscheiden.

Eine Zuflucht für Mittellose konnte Dietschs Siedlung allerdings nicht werden; mindestens fürs erste hatten die Teilnehmer ihre Reisekosten selber zu tragen; außerdem sollte jeder einzelne und jede Familie wenigstens 100 Franken in die Kasse der Gesellschaft einzahlen.

Das Projekt stieß auf überraschend reges Interesse; eine Versammlung in Oberentfelden im Februar 1844 zählte gegen 60 Teilnehmer und übertrug einer Kommission die Ausarbeitung der von Dietsch bereits entworfenen Statuten. An der ersten Generalversammlung des Vereins einen Monat später fanden sich mehr als 100 Interessenten aus 7 Kantonen ein. In einer Petition an den Kleinen Rat bat Dietsch um einen staatlichen Zuschuß oder wenigstens um amtliche Hilfe bei der Administration des Vereinskapitals. Die Armenkommission vertrat zwar die Ansicht, daß der Staat wohl die für den Landkauf bestimmten Gelder verwalten könne, der Kleine Rat lehnte aber jede Beteiligung ab⁴⁹.

Noch Anfang Juni 1844 verließ die erste Kolonistengruppe von 23 Erwachsenen und 18 Kindern die Schweiz, geführt von Dietsch selber. Die Reise führte zu Land über Paris nach Le Havre und dann nach New York. Von dort ging es über Pittsburgh zum Ohio und nach Saint Louis. Mit einem Erkundungstrupp suchte Dietsch am Osage River in Missouri 360 Acres Land für die Ansiedlung aus.

Bereits zu diesem Zeitpunkt befand sich aber der Verein in Auflösung. Die Statuten hatten zwar im voraus die verschiedensten organisatorischen Details geregelt, ohne Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse; die Möglichkeit von Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedern war aber gar nicht in Betracht gezogen worden. Nun zeigten sich die Alleinstehenden wenig geneigt, ihren Erwerb mit großen Familien zu teilen, außerdem fanden gerade die tüchtigsten Arbeiter, daß sie auf eigene Faust rasch einen leichteren und besseren Unterhalt gewinnen konnten, als in mühseliger gemeinsamer Rodungsarbeit.

Schließlich zogen nur etwa 15 Erwachsene überhaupt auf das Kolonieland, drei davon verließen es bald wieder, und nur der unermüdliche

⁴⁹ StAAG, IA Nr. 5, 1843/44, Faszikel 69.

Einsatz und die Aufopferung Dietschs hielt die verbleibende kleine Gruppe mühsam zusammen. Die Strapazen des ersten harten Winters überstiegen jedoch seine Kräfte; wahrscheinlich starb er noch im Januar oder Februar 1845. Die überlebenden Kolonisten gaben nicht alle auf; zusammen mit Mitgliedern eines inzwischen eingetroffenen zweiten Kontingentes zogen einige von ihnen weiter nach Iowa und gründeten dort die Kolonie Communia. Diese wurde zeitweise von Weitling selbst geleitet; auch sie scheiterte aber und löste sich später auf.

Das Neu-Helvetia-Projekt verdient in unserem Zusammenhang insofern Beachtung, als die Gründung und Aktivität des Vereins die Auswanderungsfrage überhaupt wieder vermehrt in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses rückte⁵⁰.

Schon die Berichterstattung im *Schweizerboten* zeigt, daß Entstehung und Ausführung des Plans aufmerksam und selbst mit einiger Sympathie verfolgt wurden, wenn man auch sein Scheitern als «Widerlegung» einer beunruhigenden Gesellschaftstheorie letztlich wohl begrüßte⁵¹.

Der Grundgedanke, durch geplante Auswanderung den Armen neue Aufstiegsmöglichkeiten und der Heimat Erleichterung zu verschaffen, stieß immerhin nicht mehr nur auf Ablehnung.

Für das Entstehen einer eigentlichen Auswanderungswelle hätte der sich abzeichnende Wandel in der Beurteilung der Auswanderung allerdings nicht genügt; dazu bedurfte es der bewegten Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den nächsten Jahren.

⁵⁰ Die direkte Beteiligung von Aargauern war relativ gering. Ein Bericht über die Abreise der ersten Gruppe bei Dietsch, a. a. O., nennt zwei Familien und zwei ledige Landwirte.

⁵¹ *Schweizerbote*, 1844, Nr. 33 ff.

Die Auswanderungswelle der Jahrhundertmitte

1. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen

Die erste Massenauswanderung des 19. Jahrhunderts konnte in unmittelbarem Zusammenhang gebracht werden mit der schweren wirtschaftlichen Krise der Jahre 1816/17, und zweifellos sind auch die Ursachen der noch bedeutenderen Welle der Jahrhundertmitte in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Der andere Verlauf der Bewegung, ihr langsames An- und Abschwellen, ihre längere Dauer, zeigen aber, daß ihr nicht eine einmalige Katastrophe, sondern vielmehr eine langfristige Entwicklung zugrunde liegt.

Schon die sozialpolitische Literatur der Zeit hat die Auswanderung immer wieder in Zusammenhang gebracht mit dem Phänomen des Pauperismus, der massenhaften Verarmung, das in diesen Jahren ganz Europa beunruhigte. Besorgnis erregte vor allem, daß nicht mehr nur Arbeitsunfähige oder Arbeitsscheue, sondern in zunehmendem Maße auch gesunde, seßhafte und arbeitswillige Menschen der öffentlichen Unterstützung anheimfielen. Manche Zeitgenossen wollten in der neuen Massenarmut eine Folge moralischen Zerfalls sehen und schrieben die Schuld den Betroffenen selbst oder auch den neuen politischen Einrichtungen zu; immer mehr verbreitete sich aber die Einsicht, daß der Pauperismus in erster Linie eine Folge der umwälzenden demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sei.

So groß die Furcht vor der Zunahme der Massenarmut war, so zahlreich waren die vorgeschlagenen Mittel zur Abhilfe, und darunter figurierte auch immer wieder die von Staat und Gemeinden unterstützte und organisierte Massenauswanderung.

Leider gibt es über die Entwicklung des Pauperismus in der Schweiz noch keine maßgebliche Studie, die den Rahmen für die Behandlung der aargauischen Verhältnisse abgeben könnte. So sollen im folgenden zuerst die wirtschaftliche Struktur des Kantons und die Lebensbedingungen

seiner Bewohner kurz geschildert werden, damit erkennbar werde, wie weit auch hier von einer allgemeinen Armennot gesprochen werden kann.

Die Lage um 1845

Bevölkerung

Wenn in Abhandlungen über die Armennot die Rede auf die Auswanderungsfrage kommt, so bildet das Bindeglied immer der Begriff der Übervölkerung. Wir werden später von den verschiedenen Betrachtungsweisen zu sprechen haben¹, jedenfalls empfiehlt es sich aber, unsere Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit einem Blick auf die Bevölkerungsentwicklung im Aargau während der ersten Hälfte des Jahrhunderts zu beginnen. Einigermaßen zuverlässige Zahlen besitzen wir aus den Jahren 1803, 1836 und 1850; sie sind in Tabelle 1 und 3 zusammengestellt. Es zeigt sich, daß die Zunahme der aargauischen Bevölkerung in dieser Zeit mit gut 53% etwas über dem schweizerischen Durchschnitt lag². Allerdings verlief die Entwicklung nicht kontinuierlich: 1803 bis 1836 hatte der Zuwachs 40% betragen, durchschnittlich also 1,03% pro Jahr; 1836 bis 1850 lag die Wachstumsrate unter 0,7% pro Jahr, der Gesamtzuwachs etwa bei 9,3%. Eklatant sind die regionalen Unterschiede, welche jedes Operieren mit Globalzahlen zweifelhaft erscheinen lassen.

Im ganzen kann man immerhin feststellen, daß der Aargau in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine beträchtliche Bevölkerungsvermehrung verzeichnete, daß sich die Wachstumskurve aber in den letzten 12 Jahren merklich verflacht hatte. Im Zusammenhang mit der Auswanderung ist zu beachten, daß die wahrscheinlich stärksten Geburtenjahrgänge der zwanziger Jahre im Laufe der vierziger und fünfziger Jahre ins Alter der Familiengründung kamen.

Wirtschaftsstruktur

Die aargauische Wirtschaft hatte seit 1820 wohl bedeutende Entwicklungen durchgemacht, jedoch ohne daß sich ihre Struktur grundlegend verändert hätte.

¹ Siehe unten S. 141 ff.

² Vgl. Bickel, S. 133.

Nach wie vor dominierte die Landwirtschaft; die Armenkommission beschrieb 1851 das Verhältnis der beiden Hauptsektoren wie folgt:

«Die Hauptbeschäftigung der Aargauer besteht in Ackerbau und in Fabrikation. Der erstere bethätigt die Bewohner vorzugsweise und allgemein, die letztere nur theilweise und zur Aushilfe. Wir haben keine großen Fabrikstädte, wo der Arbeiter seine ganze Zeit in Werkstätten zubringt, sondern auch der Fabrikarbeiter bebaut bei uns in der Regel einige Stück Land, um sich daraus seine Hauptnahrung zu gewinnen.»³

Die größte Rolle spielte die Industrie immer noch in den südlich der Aare gelegenen Teilen des ehemaligen Berner Aargau, also in den Bezirken Aarau, Kulm, Lenzburg und Zofingen, sowie im Bezirk Bremgarten, dem Zentrum der Strohindustrie. In Baden und Muri war durch die Entstehung von Fabriken an der Limmat und durch die Ausbreitung der Flechtereie die industrielle Beschäftigung ebenfalls zu größerer Bedeutung gelangt; in Brugg spielte neben einigen neuen Fabriken die Heimindustrie weiterhin eine gewisse Rolle. Von der Industrialisierung fast unberührt blieben die Bezirke Laufenburg, Rheinfelden und Zurzach⁴.

Betriebsmethoden und Absatzmärkte der Landwirtschaft hatten sich bis zur Jahrhundertmitte langsam verändert. Die Dreifelderwirtschaft wurde allerdings immer mehr aufgegeben, der Kartoffelbau dehnte sich aus, moderne Düngmethoden fanden mehr Anhänger⁵.

Die Modernisierung verlief aber keineswegs stürmisch; noch 1848 plädierte der Bezirksamtmann von Rheinfelden für die Aufhebung der

³ Bericht der Armenkommission vom 15. 4. 1851 über die Auswanderungsfrage, StAAG, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

⁴ Eine Enquête von 1857 ergab folgende Zahlen von Betrieben und Industriearbeitern (inkl. Heimarbeiter) in den Bezirken:

	Betriebe	Arbeiter		Betriebe	Arbeiter
Aarau	19	7440	Lenzburg	32	4913
Baden	8	1825	Muri	2	1320
Bremgarten	41	23 855	Rheinfelden	–	49
Brugg	2	586	Zofingen	42	7924
Kulm	36	3503	Zurzach	1	60
Laufenburg	–	–			

Vermutlich wurden jeweils die Arbeiter dem Wohnsitz des Arbeitgebers zugeordnet, was erklären würde, warum die Arbeiterzahl für Bremgarten die Bevölkerung weit übersteigt. Solche Fehler beeinträchtigen natürlich den Wert der Statistik beträchtlich; nur die allergrößten Abstufungen können ernstgenommen werden.

Quellen: RRR 1857, Beilage 9; dito 1862, Beilage 17.

⁵ Siehe Howald.

alten Zelgordnungen und größere Freiheit der Bodennutzung⁶; die Armenkommission stellte 1851 fest, daß die aargauischen Bauern in ihrer Arbeitsweise rückständig seien; Geräte, die bei Hofwil oder Kreuzlingen jeder Bauer benütze, seien hier noch gänzlich unbekannt⁷.

Die aargauische Landwirtschaft blieb vorwiegend auf den Ackerbau ausgerichtet, wenn auch in einigen der reinen Landwirtschaftsbezirke die Viehbestände beträchtlich wuchsen.

Die stärkere Umstellung auf Milchwirtschaft, im Aargau ohnehin nie so eindeutig wie in andern Gegenden der Schweiz, begann erst gegen Ende der siebziger Jahre⁸. Der Rebbau war weiterhin in Ausdehnung begriffen, beliebt als Quelle eines bescheidenen Bareinkommens. Die Statistiken zeigen allerdings, daß seine Erträge von Jahr zu Jahr außerordentlich stark schwanken konnten.

Wie die Struktur der Landwirtschaft, so waren auch ihre Probleme im wesentlichen dieselben geblieben, doch hatten sie sich eher noch verschärft. Die größten Sorgen bereiteten die Knappheit des Bodens und die starke Verschuldung. Durch ständige Erbteilung waren viele Güter immer kleiner geworden, bis sie eine Familie nicht mehr ernähren konnten. 1862 betrug die durchschnittliche Fläche landwirtschaftlicher Betriebe nur noch in den Bezirken Muri, Baden und Zofingen mehr als 10 Jucharten. In Bremgarten, Kulm, Laufenburg, Lenzburg und Brugg lag sie unter 8, in Aarau gar bei knapp 5 Jucharten⁹. Einen Anhaltspunkt für die Verdienstmöglichkeiten unter diesen Bedingungen gibt eine Aufstellung des Seminarlehrers Melchior Sandmeier, der 1851 eine Schrift über die Zukunftsaussichten der aargauischen Landwirtschaft veröffentlichte¹⁰. Er stellte darin mit Bedauern fest, daß die Betriebsmethoden in der aargauischen Landwirtschaft sich während der letzten zehn bis zwanzig Jahre kaum verändert hätten und daß damit ihre Erträge für die wachsende Bevölkerung immer weniger genügten. Durch Einführung

⁶ StAAG, IA Nr. 16, Amtsberichte, Rheinfelden 1848.

⁷ StAAG, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

⁸ Dies ergibt sich u. a. aus der Statistik des Viehstandes, vgl. *150 Jahre Aargau*, S. 387.

⁹ EDUARD LAUCHENAUER, *Die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Aargau seit der Gründung der Aargauischen Bank*, Aarau 1966, S. 89.

¹⁰ MELCHIOR SANDMEIER, *Eine volkswirtschaftliche Frage: ist es möglich, daß der Volkswohlstand in unserem Lande von Seite der Landwirtschaft wesentlich erhöht, auf längere Dauer erhalten, und dadurch der allgemein überhandnehmenden Armuth bedeutend Einhalt gethan werden kann?* Aarau 1851.

moderner Geräte, besserer Samenarten und neuer Nutzpflanzen, durch Vervollkommnung des Fruchtwechsels und der Düngung seien aber sowohl in der Viehzucht wie beim Getreidebau bedeutende Ertragssteigerungen möglich. Diese These illustrierte Sandmeier, indem er die mögliche Rendite einer Liegenschaft von 8 Jucharten bei vier verschiedenen Nutzungsweisen berechnete. Bei Methoden alten Stils erwartete er einen Arbeitslohn von nicht mehr als 100 Franken im Jahr, bei etwas modernem Vorgehen gegen 400 Franken, bei Anwendung der neuesten Erkenntnisse über 600 Franken. Schon die Tatsache, daß Sandmeier seine Ratschläge publizierte, deutet darauf hin, daß der letztere Fall von ihm selber als Ausnahme betrachtet wurde. Sofern die Berechnungen einigermaßen realistisch sind, dürfte eine Bauernfamilie mit 8 Jucharten Land durchschnittlich kaum 400 Franken jährliches Einkommen erzielt haben, womit sie, wiederum nach Sandmeiers Ansicht, sich gerade knapp durchbringen konnte. Die angenommene Betriebsgröße entsprach ungefähr dem kantonalen Durchschnitt, es ist also wohl anzunehmen, daß ein beträchtlicher Teil der Agrarbevölkerung weder das Geschick noch das Land besaß, die Sandmeier bei seinem Modellbauern voraussetzte¹¹.

Der Zukauf von Land oder auch der Erbauskauf zur Zusammenhaltung eines ansehnlichen Betriebes kam sehr teuer zu stehen, da die Bodenpreise hoch waren. Für die Juchart Ackerland bezahlte man je nach Qualität 30 bis 1000 Franken, für Wiesland noch mehr¹². Staatliche Banken zur Vermittlung günstiger Kredite bestanden noch nicht. So war die Lage der Kleinstbauern sehr bedrängt, wie uns zum Beispiel die Einleitung der Döttinger Gemeindebehörde zu einem Auswanderungsprojekt eindrücklich schildert:

«Es bedarf wohl keinen Beweises, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch bei den redlichsten Anstrengungen, bei dem größten Fleiß & Arbeitsamkeit denjenigen Bürgern, welche nicht schon durch Erbschaft in einem Besitze sind, fast unmöglich ist, auch nur den nothwendigsten Lebensunterhalt sich zu gewinnen. Die Gemeinde & die ganze Umgegend ist so übervölkert, die Grundstücke sind in einem solchen hohen Preise, & das Gerathen der Lebensmittel ist so selten, daß einer, wenn er auch nur eine

¹¹ Es fällt auf, daß keiner der von Sandmeier beschriebenen «Musterbauern» ein Nebeneinkommen aus Tagelöhnerarbeit oder Industrie bezieht. Trotzdem möchte man annehmen, daß die Mehrheit der ausschließlich landwirtschaftlich Tätigen eher etwas größere Güter bebaute, sind doch in den Durchschnittsgrößen all die Zwerggüter der Heimarbeiter und der ländlichen Handwerker einbezogen.

¹² Bronner, Band 1, S. 454.

kleine Familie hat, nothwendig von einer Schuldenlast erdrückt wird, wenn er auch nur einigen Grundbesitz sich erkaufen will oder muß.»¹³

Der eigentliche Vollbauer mit einem Hof von mehr als 20 Jucharten und genügendem Viehstand stellte sich gewiß sehr gut, und schon wer genug Land besaß, um zwei oder drei Kühe zu halten und etwas Ackerbau zu treiben, konnte bei Geschick, Sparsamkeit und Wetterglück einigen Gewinn erzielen und seine Lage allmählich verbessern. Die meisten kleinen Grundbesitzer besaßen aber bestenfalls ein «Kuhheimlein», hatten damit eigene Milch und konnten etwas Geflügel und vielleicht ein Schwein halten. Die unterste Schicht der ländlichen Bevölkerung bildeten die fast besitzlosen Tagelöhner, die höchstens eine Hütte, eine Ziege und ein Kartoffeläckerlein ihr eigen nannten. Die Lage dieser Unterschichten wurde verschlimmert durch institutionelle Änderungen; vor allem erschwerte ihnen die Aufteilung der Allmenden und die Abschaffung des Weidgangs die Haltung von Kleinvieh.

Ein überwiegender Teil der Kleingrundbesitzer war auf Subsidiäreinkommen aus Lohnarbeit angewiesen. In den rein agrarischen Gegenden bestand dafür nur die Möglichkeit des «Tagelohnens» für die wenigen größeren Bauern, bei öffentlichen Werken, Eisenbahnbauten usw. Die zu erzielenden Löhne waren in der Regel niedrig; der sogenannte kleine Taglohn, bei dem die Kost zugegeben wurde, dürfte etwa 50 Rappen, der große Taglohn ohne Verpflegung etwa 1 Franken betragen haben¹⁴. Wahrscheinlich brachten die Eisenbahnbauten in manchen Gegenden eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften und einen gewissen Lohnanstieg. Wo keine solchen großen Arbeiten ausgeführt wurden, gab es selten genügend Arbeit für Tagelöhner.

In großen Teilen des Kantons gewährte natürlich die Industrie das ergänzende Einkommen zu den Erträgen der Zwerggüter.

Sie hatte sich seit 1817 im ganzen recht gut behauptet, obwohl die Zahl der Beschäftigten wahrscheinlich kaum im Verhältnis zur Bevölkerung gewachsen war. Von den «alten» Industrien hatten sich Handspinnerei und Handweißweberei nicht mehr erholt, auf beiden Gebieten war aber mit Erfolg der mechanische Betrieb eingeführt worden. 1843

¹³ GAR Döttingen, GVP und Auswanderungsrechnungen.

¹⁴ Als Quellen für die Lohnangaben dienten u. a.: ERICH GRUNER, *Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert*, Bern 1968, S. 124 f.; H. LEMP, *Die Volksbuchhaltung für Schule und Haus*, Biel 1840; ferner verstreute Angaben im *Aargauer Amtsblatt*.

gab es im Kanton 20 mechanische Spinnereien mit insgesamt 137 000 Spindeln; der Aargau stand damit unter allen Kantonen an zweiter Stelle¹⁵. Allerdings hatten die neuen Fabriken nicht immer an den Standorten der alten Heimindustrie gebaut werden können, da dort die nötigen Wasserkräfte fehlten; die neuen Zentren entstanden an den größeren Flußläufen, vor allem an Limmat und Aare.

Die mechanische Weberei war ohnehin nicht wie in andern Gegenden direkt aus der Handweberei hervorgegangen; während diese schon vor 1820 praktisch verschwunden war, wurde die erste mechanische Weberei erst etwa 1835 eröffnet; 1843 liefen in 6 Betrieben 450 mechanische Webstühle. Die dritte Fabrikindustrie, der Stoffdruck, war dagegen im Rückgang begriffen; vor allem auf den deutschen Markt ausgerichtet, waren diese Unternehmen von der Gründung des Zollvereins und vor allem vom Beitritt Badens 1835 hart getroffen worden. 1843 gab es zwar noch 11 Druckereien, doch war ihre Situation bereits sehr kritisch.

Maschinenweberei und -spinnerei waren wohl die kräftigsten Zweige der aargauischen Baumwollindustrie, nach der Zahl der Beschäftigten stand aber die Buntweberei weit obenan. Ihre um die Jahrhundertmitte beginnende Mechanisierung machte nur sehr langsam Fortschritte; noch 1857 standen rund 1260 Webstühle aller Arten in Fabriken, jedoch über 9500 in den Wohnungen der Heimarbeiter. Am zahlreichsten waren diese wohl in den Bezirken Zofingen, Lenzburg und Kulm.

Neben der Baumwollverarbeitung hatten Seidenzwirnerei und -weberei erhöhte Bedeutung gewonnen. 1843 waren über 800 Band- und Stoffwebstühle in Betrieb, mehrheitlich noch in der Heimarbeit. Zentrum der Seidenindustrie war Aarau, doch wurde zum Beispiel im Fricktal auch für Basler Verleger gearbeitet. Wahrscheinlich wurden die alten Textilindustrien schon vor 1850 von der jüngern Strohindustrie überflügelt, die dann zu Beginn der fünfziger Jahre erneut einen gewaltigen Aufschwung nahm¹⁶. Sie hatte sich über alle Bezirke südlich des Jura verbreitet, doch war ihr Zentrum weiterhin der Bezirk Bremgarten, wo wohl fast die ganze Bevölkerung für die Hutgeflechtsfabrikanten arbeitete. Neue Techniken wie die Bordürenweberei und die Flechtereie auf

¹⁵ Quantitative Angaben zum Stand der Industrie pro 1843 stammen aus Bronner, Band 1, S. 497; pro 1857 aus der genannten Enquête, RRR 1857, Beilage 9.

¹⁶ Siehe Corrodi.

mechanischen Stühlen fanden Eingang, führten aber nicht sofort zu einer Umstellung auf den Fabrikbetrieb, sondern wurden in der Heimarbeit angewandt; um 1850 gab es etwa 15 000 Handwebstühle für Bordüren. Nach der Zählung von 1857 beschäftigte die Strohverarbeitung von allen Industrien mit Abstand am meisten Arbeiter. Der überwiegende Teil derselben war allerdings nur zum Teil von der Flechterei abhängig, wie denn überhaupt die meisten Heimarbeiter und selbst «Fabrikler» auch noch Landwirtschaft betrieben. Gerade die Flechterei wurde oft von eigentlichen Landwirten und vor allem von deren Frauen und Kindern als Nebenbeschäftigung in den Wintermonaten ausgeübt.

Bedeutete die Doppelbeschäftigung normalerweise eine Sicherung, vor allem gegen die häufigen Krisen der modeabhängigen Textilbranche, so konnte sie andererseits auch vermehrte Unsicherheit bringen. Bei zunehmender Verkleinerung der Güter und gleichzeitigem Reallohnschwund in den Heimindustrien konnten sich die Arbeiter weder mit dem Ertrag ihres Landes, noch mit dem Arbeitslohn allein durchbringen, und sie wurden sowohl bei Absatzkrisen wie auch bei Mißernten rasch unterstützungsbedürftig.

Leider wissen wir über die Lohnverhältnisse in der Industrie erst recht ungenau Bescheid, und die Angaben darüber zeigen zum Teil starke Abweichungen.

Am besten stellten sich zweifellos die eigentlichen Fabrikarbeiter, besonders wenn sie durch überdurchschnittliches Geschick qualifiziert waren. Nach Auskunft des Spinnereibesitzers Herzog aus dem Jahr 1843 betrug der maximale Taglohn eines erwachsenen Arbeiters einen Franken, andere Quellen erlauben etwas höhere Schätzungen¹⁷. Ein großer Teil der in den Fabriken Beschäftigten waren jedoch Frauen und Kinder, die bedeutend schlechter bezahlt wurden. Wiederum nach Herzog erhielten die rund 2000 Arbeitskräfte der aargauischen Spinnereien zusammen einen Wochenlohn von etwa 6000 Franken, der durchschnittliche Taglohn hätte demnach nur 50 Rappen alter Währung betragen.

Noch schwieriger sind die Einkommen der Heimarbeiter abzuschätzen, sie lagen jedoch in den meisten Fällen tiefer; Taglöhne von 1 Franken oder mehr dürften in der Heimindustrie selten gewesen sein. Nach Be-

¹⁷ Bronner, a. a. O.

richten aus Zürich verdiente dort ein Buntweber in den vierziger Jahren vielleicht 30 Rappen täglich, ein Seidenweber 50 bis 80 Rappen¹⁸. Die Löhne im Aargau lagen im allgemeinen eher niedriger als höher.

Ungünstig war auch die Lage der Handwerker. Vermutlich hatte seit der Lockerung der Zunftfesseln gerade aus der Landwirtschaft ein Zustrom von Arbeitskräften zum Handwerk eingesetzt; wiederholt finden sich Klagen, daß ein Überschuß an schlecht ausgebildeten Gesellen bestehe. In den Dörfern und Kleinstädten dominierten die handwerklichen Einmannbetriebe; nach der Statistik von 1857 konnte in keiner einzigen Branche jeder Meister einen Gesellen beschäftigen, in weitaus den meisten Berufen nicht einmal jeder zweite¹⁹.

Es steht außer Zweifel, daß unter diesen Verhältnissen in der Tat der Nachwuchs an Gesellen mehr als genügend war; daß zudem vielen die schlechte Ausbildung ein Weiterkommen erschwerte, ist wahrscheinlich, fanden doch besser geschulte ausländische Arbeitskräfte immer noch Anstellung. Schon die Lage der Kleinmeister war bedrängt durch die wachsende Konkurrenz der billigeren Industrieprodukte; viele von ihnen waren mit Schulden überlastet.

Für die Gesellen hielt es erst recht schwer, sich die Mittel zur selbständigen Etablierung zu erwerben. Ihre Löhne waren im allgemeinen kaum hinreichend, um eine Familie zu versorgen; neben Unterkunft und Verpflegung konnte ein Handwerker mit fester Anstellung vielleicht noch einen baren Lohn von 50 Rappen bis 1 Franken täglich beziehen²⁰.

Gemessen an den bescheidenen Löhnen waren die Preise der einfachsten Lebensbedürfnisse schon recht beachtlich. Brot kostete pro Pfund etwa 16 bis 17 Rappen, Reis 20 Rappen, Milch 10 Rappen je Liter. Rindfleisch zu 25 bis 35 Rappen das Pfund, Zucker zu 40 Rappen, Butter oder echter Kaffee zu 70 bis 80 Rappen mußten Luxus bleiben. Hauptnahrungsmittel der unteren Schichten war die Kartoffel, von der das Pfund

¹⁸ Vgl. CHRISTIAN BEYEL, *Commissionalbericht über die schweizerischen Verkehrs-Verhältnisse zu Handen der Zürcherischen Industriegesellschaft*, Zürich 1843; J. L. SPYRI, *Der Pauperismus der Zeit mit vorzüglicher Berücksichtigung der östlichen Gegenden des Kantons Zürich*, Zürich 1848; U. ZEHNDER, *Die Not der Verarmung oder der Pauperismus*, usw., Zürich 1848.

¹⁹ RRR 1857, Beilage 10.

²⁰ Quellen siehe Anmerkung 14.

für 2 bis 3 Rappen zu haben war, wenn sie nicht auf dem eigenen Acker gepflanzt wurde²¹.

Den Preisen entsprechen die Berichte über den Speisezettel der Armen: Hauptbestandteil aller Mahlzeiten waren Kartoffeln und Zichorienkaffee mit gekaufter Kuhmilch oder der Milch der eigenen Ziege; Brot wurde nur sparsam genossen, Dörrobst oder selbstgezogenes Gemüse brachten gelegentlich etwas Abwechslung; Fleisch kam nur an seltenen Festtagen, meist um die winterliche Schlachtzeit, auf den Tisch²².

Auch bei bescheidensten Ansprüchen konnte der Unterhalt einer mehrköpfigen Familie kaum von deren Oberhaupt allein erworben werden. Wo immer möglich, hatten Frau und Kinder mitzuverdienen, sei es durch landwirtschaftliche Lohnarbeit, durch Heimindustrie oder in der Fabrik. Das Anlegen von Ersparnissen war selbst dann einem großen Teil der ärmeren Schichten nicht möglich, sie besaßen keinerlei Reserven für Notzeiten. Wenn die Preise der Grundnahrungsmittel stiegen, der Erwerb durch Arbeitslosigkeit oder sinkende Löhne zurückging, sahen sich die Vermögenslosen alsbald auf die öffentliche Unterstützung angewiesen. Die Zeit um die Jahrhundertmitte sollte eine ganze Reihe solcher Prüfungen bringen.

Die Entwicklung 1845 bis 1860

Das Jahr 1845 eröffnete mit dem ersten Auftreten der Kartoffelkrankheit eine eigentliche Notzeit²³. Schon in den vorangegangenen Jahren hatte die Armut zugenommen; seit 1840 waren die landwirtschaftlichen Erträge unter dem Mittelmaß geblieben, und 1843 war sogar ein eigentliches Mißjahr gewesen, wobei der schlechte Ausfall der Kartoffelernte

²¹ Quellen für Preise: Gruner, S. 132; Aargauisches Amtsblatt, passim; H. LEMP, a. a. O.; J. F. SCHNEEBERGER, *Die Ernährung des Volkes mit besonderer Berücksichtigung der arbeitenden und niedern Klassen*, Bern 1867.

²² Bronner, a. a. O.

²³ Die Kartoffelkrankheit oder Knollenfäule wird verursacht von einem parasitischen Pilz. Sie war 1845/46 in Irland zuerst aufgetreten und hatte dort fast die ganze Ernte zerstört. Eine eindruckliche Schilderung findet man in JEREMIAS GOTTHELFS *Käthi die Großmutter*, 8. Kapitel. Die Angaben über die Wirtschaftslage in den einzelnen Jahren stammen im folgenden, wenn nichts anderes angegeben ist, immer aus den RRR, vor allem aus den Beiträgen der Armenkommission, der Sanitätskommission und der Direktion des Innern.

vor allem die ärmste Klasse getroffen hatte. So war die wirtschaftliche Widerstandskraft der Bevölkerung bereits vermindert, als 1845 bei allgemein ungünstigen Witterungsverhältnissen noch die Kartoffelkrankheit ausbrach und etwa ein Drittel der Ernte vernichtete. Schon in diesem Jahr mußte die Regierung ihre Weizenvorräte verbilligt an die bedürftigen Gemeinden abgeben und zum gleichen Zweck noch Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte und Reis im Ausland einkaufen; die Lebensmittel wurden vor allem in die Industriebezirke Kulm, Aarau und Zofingen, aber auch nach Laufenburg und Brugg geliefert. Die Teuerung beeinträchtigte zugleich den Geschäftsgang der Industrie, die Verdienstmöglichkeiten wurden schlechter.

1846 gedieh das Korn recht ordentlich, doch die Kartoffelkrankheit wütete schlimmer als zuvor; von dem wichtigsten Grundnahrungsmittel wurde nur etwa ein Fünftel einer normalen Ernte eingebracht. Im folgenden Winter erreichten die Lebensmittelpreise den höchsten Stand seit 1817, gleichzeitig sanken die Industrielöhne, die Aufträge für Handwerker und der Bedarf an landwirtschaftlicher Tagelöhnerarbeit gingen zurück²⁴.

Obwohl mehr Lebensmittel vorhanden waren als in der Not von 1817, blieben sie bei dem Mangel an Verdienst für viele unerschwinglich. Weiße und gelbe Rüben bildeten den Winter über die Hauptnahrung der Bedürftigen; in vielen Gemeinden wurden wieder Sparsuppenanstalten eingerichtet, wo die Ärmsten ihre Portion gratis, die etwas minder Bedürftigen zum billigen Preis von 1 Batzen pro Maß beziehen konnten²⁵. Der Kanton verkaufte seine Vorräte zum Teil bis 20% unter dem Marktpreis und importierte wiederum bedeutende Mengen von Lebensmitteln.

Zwei gute Ernten linderten die Not etwas; vor allem 1848 waren die Erträge des Getreide- und des Weinbaus ausgezeichnet, und auch die Kartoffelkrankheit ging allmählich zurück. Trotzdem blieb die Lage

²⁴ Akten der Armenkommission, Jahresberichte der Amtsstatthalter, 1847, Brugg, Rheinfelden, Zurzach.

²⁵ Schon 1846 war die Einrichtung von Suppenanstalten dort vorgeschrieben worden, wo keine genügenden Vorkehrungen zur Versorgung der Armen bestanden. Allerdings war die Sparsuppe vielfach unbeliebt, da die Empfänger den Makel der Armengekössigkeit auf sich zu nehmen schienen. Es herrschte teilweise sogar die Meinung, daß mit dem Bezug der «Armensuppe» der Verlust der bürgerlichen Rechte verbunden sei. Siehe dazu RRR, 1846 f.

prekär, da durch die politischen Wirren der Absatz der Industrie sehr zu wünschen übrig ließ.

Zusätzliche Lasten erwuchsen Öffentlichkeit und Privaten aus den Kosten des Sonderbundskrieges; 1848 stellte die Armenkommission in einem Bericht über die Geldnot fest, daß die durch Krieg und Mißernten verursachten Verluste noch lange nicht verschmerzt sein würden²⁶.

Und die folgenden Jahre brachten nie die günstige Konstellation, die eine wirkliche Erholung erlaubt hätte. Zur Lage in der Baumwollindustrie schrieb die Armenkommission 1851:

«Diese hat eigentlich noch mehr (als die Strohflechterei) die Bevölkerung im Stich gelassen. Wie mancher Webstuhl muß jetzt wieder stillstehen, obschon der Hausvater beim Abgang des allerunentbehrlichsten Nahrungsmittels den Weberlohn jetzt so nöthig hätte?! Wahrlich! Mancher unbemittelte Mann ist gegenwärtig in größerer Noth als 1847.»²⁷

Einen gewissen Ausgleich brachte, zumindest in den mittelländischen Kantonsteilen, der unerhörte Aufschwung der Strohindustrie, die massenhaft neue Arbeitskräfte suchte.

Die Löhne der Flechter und Bordürenweber waren allerdings nicht höher als in den dreißiger Jahren²⁸.

Relativ gute Löhne zahlte die Seidenindustrie; sie war aber zu wenig verbreitet, um die Gesamtlage wesentlich verbessern zu können. Weiterhin blieben auch die guten Ernten aus, von denen sich die Armen Erleichterung erhofften. War 1849 noch ein mittelmäßiges Jahr, so mißrieten 1850 wieder Obst, Wein und Kartoffeln, und auch der Sommer 1851 war naß und dem Ackerbau ungünstig.

1852 wurden die Hoffnungen auf endliche Besserung erneut bitter enttäuscht; hören wir dazu das Beitagsmandat der Regierung:

«In goldenem Segen, wie seit Jahren nicht mehr, wogten die Felder der Ärnte entgegen. Der beladene Weinstock versprach allwärts die Ungunst verflossener Jahre wieder gut zu machen. Berg und Thal, Baum und Flur, das Gärtlein und das Feld, alle waren mit den reichsten Segnungen eines glücklichen Jahres überschüttet. Der Reiche hoffte die Scheunen zu füllen, der Arme den Hunger zu stillen, der Bedrängte Dasein und Ehre zu fristen: Alles jauchzte den Freuden des Herbstes entgegen. – Allein die Freuden endeten mit den Hoffnungen. – Schon hatten als Vorboten schwere Gewitter

²⁶ Bericht der Armenkommission über die Ursachen der Geldnot, StAAG, IA Nr.5, 1854, Faszikel 119a.

²⁷ Bericht der Armenkommission über die Auswanderung, a. a. O.

²⁸ a. a. O. Die rasche Expansion wird verschiedentlich bezeugt in den Berichten der Amtsstatthalter, Akten der Armenkommission.

da und dort einzelne Gemeinden des Landes hart getroffen; da ergoß sich in der Mittagsstunde des 18. Heumonats quer über den Kanton von einer Gränze zur andern ein Hagelschlag, so furchtbar, wie seit Menschengedenken keiner mehr erlebt war. Die goldenen Felder, die herrlichen Weinberge, die schwellenden Bäume, die prächtigen Sommergewächse, ja selbst die starken Dächer der Wohnungen standen und lagen, mit getödteten Thieren des Feldes und der Luft, zerschlagen vor den Augen tausend und tausend unglücklicher Mitbürger da. Ein Augenblick hatte ihre Nahrung und Aussaat für das künftige Jahr unter einem Schnee gräßlicher Schlossen begraben, und den Jubel in Jammer verwandelt.»²⁹

Die Hagelschäden beliefen sich auf nahezu eine Million Franken, dazu kamen während der Ernte noch Überschwemmungen, die fast ebensoviel vernichteten.

Viele kleinere Bauern mußten durch den Verlust ihrer Ernten der öffentlichen Wohltätigkeit anheimfallen, und die Zahl der Bedürftigen nahm bedeutend zu. Offenbar waren die Erträge des Jahres auch anderswo nicht sonderlich gut, jedenfalls lagen die Getreidepreise auf den Märkten von Basel und Bern im Herbst 1852 nahezu doppelt so hoch wie im Vorjahr³⁰.

Als nasse Witterung 1853 eine weitere Mißernte verursachte, ging die Armennot ihrem Höhepunkt entgegen. Im Herbst des Jahres standen die Weizenpreise noch einmal etwa ein Drittel höher als 1852, und die Regierung ordnete vorsichtshalber den Ankauf von Vorräten im Ausland an. Anfangs 1854 wurde klar, daß nur mit staatlicher Hilfe eine Hungersnot zu vermeiden war. Besonderes Aufsehen erregte Ende Februar das Gerücht, daß nach Ansicht des Bezirksarztes von Aarau in Gränichen zwei Männer am Hunger gestorben seien. Der Arzt dementierte dies allerdings auf Anfrage der Regierung, stellte aber doch fest, daß die Verstorbenen sehr geschwächt gewesen seien, weil sie, wie auch jetzt noch viele Familien, sich wochenlang nur von gesottenen Rüben ernährt hätten³¹. Der Vorfall gab den direkten Anlaß für einen Bericht der Direktion des Innern über die Armennot und die nötigen Lebensmittelkäufe. Gleich zu Anfang wurde darin erklärt:

²⁹ StAAG, IA Nr. 5, 1853, Faszikel 88. Dieser Schilderung widerspricht etwas die Angabe im Jahresbericht, wonach die Witterung im Sommer ohnehin naß und ungünstig gewesen war, RRR 1853, S. 42.

³⁰ Aargauisches Amtsblatt, 1848 ff., passim. Berichte über die Kornmärkte von Basel und Bern, gelegentlich auch von Brugg.

³¹ StAAG, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 9.

«... daß der Lebensmittelvorrath selbst da, wo die Noth am wenigsten groß ist, doch nicht reicht, die Bevölkerung bis zur nächsten Ernte zu ernähren, während das Bezirksamt Kulm z.B. sich dahin ausspricht, daß kaum ein Drittheil der dortigen Bevölkerung sich aus den vorhandenen Vorräthen bis zur Erndte werde erhalten können,»³²

Zwar bemühten sich Gemeinden und Private bereits nach Kräften um die Linderung der Not. Im Bezirk Zofingen kauften Armenvereine Lebensmittel, um sie an bedürftige Gemeinden zur Versorgung der Armen weiterzugeben; in Lenzburg und Aarau organisierte die Culturgesellschaft Sparsuppenanstalten; im Bezirk Brugg half der Getreidehändler Schilplin-Fischer den Gemeinden bei der Anschaffung von preisgünstigem Mais. Trotzdem stand die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen außer Zweifel, und es waren auch bereits 2600 Zentner Mais und 250 Zentner Erbsen eingekauft worden. Es ist bezeichnend für die ernste Lage, daß die Abgabe der staatlichen Getreidevorräte nicht mehr sinnvoll erschien, weil bei den hohen Weizenpreisen – sie hatten inzwischen vielerorts das Dreifache des Standes von 1851 erreicht – mit dem Erlös aus freiem Verkauf dieser Vorräte weit ausgiebigere Mengen billiger Nahrungsmittel angeschafft werden konnten. Nach den Anträgen der Regierung bewilligte der Große Rat am 17. März den Ankauf von maximal 6000 Zentnern Lebensmittel³³. Davon sollte höchstens die Hälfte zum halben Gestehungspreis an die ärmsten Gemeinden abgetreten werden, den Rest konnten die übrigen Gemeinden zum einfachen Ankaufspreis und mit einer zinsfreien Zahlungsfrist von einem Jahr beziehen. Gemeinden, die selber Gelegenheit zu preisgünstigen Einkäufen fanden, sollten dafür Unterstützungen und Darlehen erhalten. So wurde die Zeit bis zur Ernte überbrückt. Diese fiel zur allgemeinen Erleichterung wenigstens beim Getreide gut aus; die Kartoffelerträge allerdings waren wieder sehr schlecht. Zudem hatte die in den letzten Jahren stark gewachsene Strohindustrie Absatzschwierigkeiten; der Verdienst in dieser wichtigen Branche ging wieder zurück.

Als im Oktober die Direktion des Innern ihre Prognose für die Situation des kommenden Winters stellen mußte, gab sie sich pessimistisch³⁴. Die Entwicklung der Kornpreise war schwer abzuschätzen; die Import-

³² a. a. O., Faszikel 67.

³³ a. a. O., Auszug aus dem Protokoll des Großen Rates.

³⁴ Bericht der Direktion des Innern vom 10.10.1854, StAAG, IA Nr. 5, 1855/56, Faszikel 100.

möglichkeiten schienen infolge des Krimkrieges und einer schlechten Ernte in den Vereinigten Staaten ungünstig, und es wurde befürchtet, daß die größeren einheimischen Bauern in der Hoffnung auf eine weitere Preissteigerung mit dem Verkauf zuwarten würden. Die so lebenswichtigen Kartoffeln waren nicht nur in der Schweiz, sondern auch in den umliegenden Ländern mißraten. Zudem hatte bei dem Mangel an ältern Vorräten die neue Ernte schon ungewöhnlich früh angegriffen werden müssen.

Es war demnach weiterhin mit hohen Preisen, eventuell sogar mit Teuerung zu rechnen. Tatsächlich hielten sich denn auch die Preise bis zur Ernte von 1855 fast auf demselben hohen Niveau. Gleichzeitig wurden die Verdienstmöglichkeiten in der Industrie schlecht beurteilt. Ein erfahrener Strohfabrikant sagte sogar einen ausgesprochen schlechten Winter voraus. So wurden denn wieder staatliche Lebensmittellieferungen nötig, um das Schlimmste zu verhüten. Wenn eine eigentliche Hungersnot auch vermieden werden konnte, so schrieb die kantonale Sanitätsbehörde doch die Zunahme der Todesfälle im Jahr 1854 der quantitativ und qualitativ ungenügenden Ernährung zu. Zur Verbreitung der Skrophulose wurde bemerkt:

«Sollten die Zeiten nicht bald besser werden, und anstatt Rübenbrei zum so geheißenen Kaffee nicht bald wieder Brot und Kartoffeln und anstatt schlechten Branntweins nicht wieder Wein und Most genossen werden können, so würde für die Zukunft von dieser Krankheit noch weit mehr zu fürchten sein.»³⁵

Erst 1855 erfolgte eine deutliche Wende zum Besseren. Die Ernten fielen wenigstens durchschnittlich aus, so daß der Getreidepreis rasch sank – Anfang Juni kostete das Malter Weizen auf dem Brugger Kornmarkt noch nahezu 50 Franken, Mitte Juli noch etwas über 20 Franken! Die Industrie fand ebenfalls vermehrten Absatz; die Zahl der Beschäftigten und die Löhne stiegen. Die eigentliche Krise war damit überwunden, und in den folgenden Jahren brachten gute Ernten, die Hochkonjunktur der Strohindustrie und die beginnenden Eisenbahnbauten die dringend nötige Erholung.

Die Armenfrage

Angesichts der geschilderten Umstände stellt sich nun die Frage, ob und in welchem Maße strukturelle Probleme und Konjunkturkrisen

³⁵ RRR 1854, S. 24.

auch im Aargau zu der gefürchteten Massenarmut geführt hatten. Zwei grundlegende Prozesse lassen sich jedenfalls nachweisen, die als wichtige Voraussetzungen des Pauperismus gelten können: einerseits das rasche Wachstum der Bevölkerung, andererseits Wandlungen der landwirtschaftlichen wie industriellen Technologie und Organisationsformen, die, wenigstens zeitweise, in einzelnen Sektoren und Regionen, den Bedarf an Arbeitskräften verminderten.

Die Ergebnisse dieser Entwicklung festzustellen, ist allerdings nicht so einfach, wie es scheinen möchte. Zwar besitzen wir in den Armenstatistiken ein recht umfangreiches Quellenmaterial, sein Aussagewert unterliegt aber verschiedenen Einschränkungen.

Neben den Auskünften über die Entwicklung der Armengüter – die den Zeitgenossen offenbar am wichtigsten waren – vermitteln die Statistiken auch Aufschlüsse über die Zahl der Bedürftigen und die Höhe der Unterstützungen, zeitweise auch über die zusätzlichen Armensteuern³⁶.

Die Angaben über die Armenzahl sind deshalb von zweifelhaftem Wert, weil wir die Kriterien der Erhebung nicht kennen und weil diese ziemlich sicher von Gegend zu Gegend und im Laufe der Zeit sich änderten³⁷. Erfasste die Statistik alle Empfänger von Unterstützungen, so wurden damit Waisen, Alte, Gebrechliche, Arbeitsscheue, Vaganten unterschiedslos zusammengenommen, außerdem aber auch Leute, die wegen vorübergehender Krankheit oder konjunkturbedingter Arbeitslosigkeit einen vielleicht einmaligen Beitrag benötigt hatten. Deshalb können auch Angaben über die durchschnittliche Unterstützung pro Kopf nicht als annäherndes Maß der Bedürftigkeit der Armen gelten, da sie aus Extremwerten resultieren; auf der einen Seite etwa den gesamten Lebenskosten eines Gebrechlichen, auf der andern dem Preis eines Fläschchens Arznei für eine im übrigen noch unabhängige Tagelöhnerfamilie.

Noch weit größere Fehler ergeben sich aus der Tatsache, daß teilweise nur die verantwortlichen Empfänger von Unterstützungen gezählt wurden, nicht aber alle davon Abhängigen; von armen Familien also

³⁶ Ziemlich vollständige Statistiken finden sich in den gedruckten Rechenschaftsberichten seit 1836. Das handschriftliche Material für die früheren Jahre (IA Nr.14) enthält meist nur globale Daten.

³⁷ Schon 1824 wies die Armenkommission darauf hin, daß die Zahlen der Unterstützten nicht vergleichbar seien, StAAG, IA Nr.14, RKlR, 1824.

nur der Vater oder beide Eltern, nicht aber die ebenso bedürftigen Kinder.

Vermutlich ist es darauf zurückzuführen, daß wir für das Jahr 1844 in der regulären Statistik über das Armenwesen 12487 Empfänger von Gemeindeunterstützungen aufgeführt finden, während eine im gleichen Jahr erstellte außerordentliche Statistik 14644 Arme zählt³⁸.

Neben den Erhebungsmethoden spielte auch die Qualität der Armenfürsorge eine Rolle; die Zunahme der Zahl der Unterstützten wie auch der Ausgaben ist wenigstens teilweise eine Folge besserer Leistungen infolge des Wachstums der Armengüter und der Verschärfung der obrigkeitlichen Kontrollen. So läßt sich feststellen, daß langfristig die Ausgaben für das Armenwesen stärker steigen als die Zahl der Unterstützungsbedürftigen, daß also die Unterstützungssumme pro Kopf größer wurde. Dies wird kaum überraschen, immerhin können aber als Ursache der Entwicklung mehrere Umstände in Frage kommen: einmal der Anstieg der Lebenskosten, der für gleiche Bedürfnisse größere Beiträge nötig machte; eine verbesserte Qualität der Fürsorge oder eine Zunahme der Bedürftigkeit in dem Sinne, daß die Armen immer weniger zu ihrem eigenen Unterhalt beitragen konnten. Welche relative Bedeutung jedem dieser Umstände zukam, ist kaum zu ermitteln.

Bei regionalen Unterschieden ist in ähnlicher Weise oft schwer zu sagen, ob sie Unterschiede der Not oder der Hilfsbereitschaft sind. Die bekannte Tatsache etwa, daß die Gemeinden mit den größten Armengütern gewöhnlich auch am meisten Arme zu versorgen hatten, rührte sicher zum guten Teil daher, daß sie auch schon in leichteren Fällen helfen konnten und wollten³⁹.

Was läßt sich nun, unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen, über die Entwicklung der Armenfrage sagen?

Als gesichert darf gelten, daß die Jahrzehnte von 1820 bis 1860 tatsächlich eine Zunahme der Armennot brachten. Schon in den zwanziger Jahren zeigten die Armenausgaben wie die Zahlen der Unterstützten eine leicht steigende Tendenz, die sich im Laufe des nächsten Jahrzehnts verstärkte⁴⁰. Immerhin mag diese Entwicklung wenigstens teilweise mit

³⁸ Beide im RRR 1844.

³⁹ Vgl. KARL ROHRER, *Das gesetzliche Armenwesen im Kanton Aargau seit 1804*, usw., Diss. Zürich 1918, S.103.

⁴⁰ Siehe Tabellen 7–10, ferner Berichte der Armenkommission in den RRR, passim.

der oben erwähnten Verbesserung der Fürsorge zu erklären sein. In den ersten vierziger Jahren begannen sich die Klagen über die Zunahme der Armut zu mehren; eine auffallende Häufigkeit der Geldstage bestätigt ihre Berechtigung⁴¹.

Eindeutig infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage setzte dann um 1845 eine eigentliche Explosion der Armenzahlen und der Unterstützungssummen ein. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Armennot im Frühjahr 1847. Nach kurzer Erholung brachten die frühen fünfziger Jahre eine weitere Verschlimmerung der Situation, die in den Notjahren 1854/55 kulminierte. Die Zahl der Unterstützungsbedürftigen stieg auf eine nie zuvor oder danach auch nur annähernd erreichte Höhe; wir dürfen dabei wohl annehmen, daß gerade in diesen Jahren die Unterstützungen nicht ungewöhnlich großzügig verteilt wurden. Der Anteil der Armen an der ortsbürgerlichen Bevölkerung erreichte im kantonalen Durchschnitt rund 15 ½ %, was 12 ½ % der Gesamtbevölkerung entsprach⁴².

Entsprechend stieg die finanzielle Belastung; noch 1830 waren pro Kopf der Bevölkerung rund 0.70 Franken für das Armenwesen ausgegeben worden, jetzt dagegen etwa 3.60 Franken; zur Ergänzung der verwendbaren Einkünfte aus den Armengütern waren 1830 höchstens etwa 20 Rappen an Armensteuern pro Kopf nötig gewesen, jetzt über 1.60 Franken⁴³.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Jahre 1854/55 die größte Notlage seit dem schrecklichen Hungerjahr 1817 brachten. Im Unterschied zur damaligen Lage waren diesem Höhepunkt aber bereits zehn Jahre einer ungewöhnlich kritischen Situation vorausgegangen, die zudem

⁴¹ Nach Rohrer, a. a. O., S. 59, hatte die Zahl der jährlichen Geldstage in den Jahren 1821–1830 durchschnittlich 256, 1831–1840 durchschnittlich 254,3 betragen. Dann stieg sie stark an:

1840:	328	1842:	402	1844:	855	1846:	960
1841:	325	1843:	421	1845:	725	1847:	1000

⁴² Die in den offiziellen Berichten übliche Berechnung des prozentualen Anteils der Unterstützten an der Zahl der Ortsbürger ist sinnvoll, insofern sie das Verhältnis der Bedürftigen zu den für sie aufkommenden Unterstützungspflichtigen zeigt.

⁴³ Als objektiver Maßstab für die Höhe der Belastung können auch die Armensteuern nicht gelten. Je nach der örtlichen Praxis konnten andere Einnahmen zur Bestreitung der Armenlasten beigezogen werden; überdies war die Steuerhöhe auch durch die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen begrenzt.

nicht durch kriegerische Verwicklungen, sondern fast allein durch Mißernten und industrielle Depressionen bedingt gewesen war. Es scheint begreiflich, daß die Zeitgenossen nicht mehr unter dem Eindruck einer einmaligen, rasch vorübergehenden Katastrophe standen, sondern an eine progressive Verschlechterung der Lage zu glauben begannen, deren Ende noch nicht abzusehen war.

Kann die Ernsthaftigkeit der Armennot im allgemeinen als sicher belegt gelten, so ist die Abschätzung der zweifellos existierenden regionalen Unterschiede recht heikel.

Am tiefsten verelendet war unbestreitbar das Ruedertal im Bezirk Kulm, wo die völlige Zerrüttung der Gemeindefinanzen die Unterstellung mehrerer Ortschaften unter staatliche Administration nötig machte⁴⁴. In Kirchrud und im Weiler Kläkli wurden mehr als die Hälfte der Einwohner unterstützt, in Schmiedrud, Schloßrud, Matt, Walde und Schiltwald jeweils mehr als ein Viertel⁴⁵. Stark betroffen war offenbar auch der Bezirk Zofingen, wo der Aufwand für das Armenwesen im Verhältnis zur Bevölkerung am höchsten stieg. Überhaupt scheinen die Industriebezirke, mit Ausnahme von Bremgarten, das von der Blüte der Strohindustrie am meisten profitierte, etwas mehr unter der Massenarmut gelitten zu haben, als vorwiegend agrarische Gebiete. Unter diesen verzeichnete Muri den höchsten Prozentsatz von Armen, und die Belastung der Bürger durch Armensteuern war dort höher als selbst in Zofingen.

Auffallend gering blieben Armenzahlen, Unterstützungssummen und Armensteuern im Fricktal und im Bezirk Brugg. Hier liegt nun allerdings der Verdacht sehr nahe, daß nicht selten auf Kosten der Armen gespart wurde und die Versorgung der Bedürftigen im allgemeinen unter dem Niveau der andern Bezirke blieb. Immerhin scheint es, daß die Armennot in den Juragebieten, außer vielleicht in Zurzach, tatsächlich weniger schlimm war als im Mittelland. Neben den reinen Zahlen der Statistik sprechen auch andere Tatsachen, etwa die Verteilung der verbilligten Lebensmittel durch die Regierung und die in diesem Zusammenhang geäußerten Urteile kantonaler Amtsstellen für diese Annah-

⁴⁴ Durch Dekret des Großen Rates vom 22.1.1853, RRR 1853.

⁴⁵ a. a. O., 1855.

me⁴⁶. Ferner wird sie bestätigt durch die Aufschlüsselung der staatlichen Beiträge ans Armenwesen der Gemeinden: 1856 gingen 9 von 23 Gemeinden im Bezirk Laufenburg und 5 von 14 in Rheinfelden leer aus, weil sie wenig Arme hatten oder die Einkünfte aus den Armengütern zu deren Versorgung hinreichten⁴⁷. Von den Unterschieden zwischen den Bezirken wird im Zusammenhang mit den Auswanderungsziffern noch eingehender zu sprechen sein.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Pauperismusfrage zweifellos auch im Kanton Aargau während einiger Jahre zu höchster Besorgnis Anlaß gab. Zwar erscheint die massenhafte Verarmung in ihrer schärfsten Ausprägung als Folge außerordentlicher Ereignisse, vor allem der Kartoffelkrankheit und sonstiger Mißernten. Die Reihe der schlechten Jahre war aber so lang, daß man sich mit gutem Grund fragen konnte, ob die eingetretene Verarmung breiter Volksschichten so rasch wieder rückgängig zu machen war.

Selbst den Vertretern einer individualistischen, moralisierenden Betrachtung der Armenfrage wurde in diesen Jahren klar, daß guter Wille, Fleiß und Sparsamkeit nicht immer vor der Verarmung schützen konnten. Schon die Untersuchung von 1844 hatte ergeben, daß von 14644 Armen 11056 nicht körperlicher oder geistiger Gebrechen wegen erwerbsunfähig waren⁴⁸. Selbst wenn man annimmt, daß die gezählten 6967 Kinder alle gesund, jedoch noch nicht arbeitsfähig waren – was durchaus unwahrscheinlich ist – mußte mehr als die Hälfte der bedürftigen Erwachsenen arbeitsfähig sein. Wahrscheinlicher als die Existenz von 4089

⁴⁶ Aufschlußreich ist z. B. eine Liste über die Verteilung von 3000 Zentnern Mais, die 1854 an die Gemeinden nach ihrer Bedürftigkeit verbilligt abgegeben wurden; es traf auf je 100 Einwohner in den Bezirken:

Aarau	59 ctr.	Kulm	140	Rheinfelden	31
Baden	37	Laufenburg	55	Zofingen	97
Bremgarten	44	Lenzburg	105	Zurzach	92
Brugg	52	Muri	83		

StAAG, Akten der Armenkommission, Armen- und Lebensmittelnoth 1853–1855, Listen vom Februar 1855.

⁴⁷ RRR 1856; in allen andern Bezirken konnten weniger als ein Drittel der Gemeinden ohne Staatsbeiträge auskommen. Da die Beiträge unter anderem nach der Höhe der erhobenen Steuern bemessen wurden, unterliegt auch der Aussagewert dieser Angaben teilweise den in Anmerkung 43 aufgeführten Einschränkungen.

⁴⁸ RRR 1844.

«Arbeitsscheuen» scheint es, daß allzuvielen Arbeitswilligen keine oder nur ungenügend entlohnte Arbeit fanden.

Vor diesem Hintergrund werden wir die Auswanderung und vor allem auch die Auswanderungsförderung durch die Gemeinden und den Staat zu sehen haben.

2. Die Lage in Amerika

Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, hier in einem kurzen Abschnitt ein vollständiges Bild des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zustandes der USA zu entwerfen, wie er sich um die Jahrhundertmitte darbot; dazu fehlt außer dem Raum vor allem auch die fachliche Kompetenz. Die nötige Beschränkung auf einige wenige, vor allem wirtschaftliche Aspekte der amerikanischen Verhältnisse ist aber insofern durchaus vertretbar, als ja auch der Auswanderer nur über begrenzte Kenntnisse von seinem Zielland verfügte. Daraus ergibt sich auch schon das Kriterium für die Zusammenstellung unserer knappen Skizze: es muß hier vor allem hervorgehoben werden, was die Vereinigten Staaten als Auswanderungsziel so überaus attraktiv machte⁴⁹.

Wichtigste Voraussetzung waren nach wie vor die enormen Landreserven. Selbst in den längst erschlossenen Gebieten blieb noch viel Raum für eine wachsende Bevölkerung, und die weiten Prärien zwischen dem Mississippi und den Rocky Mountains waren zum guten Teil noch völlig unberührt. Wichtigste Zone der Neusiedlung waren um die Jahrhundertmitte die Staaten des nördlichen Mittelwestens: Illinois, Missouri und Wisconsin, etwas später auch Minnesota und Iowa⁵⁰.

Seit Kanalbauten die großen Wasserwege verbanden, war diese Region kaum mehr schwieriger zugänglich, als früher der Westen von New York, Pennsylvania oder Ohio. Den entscheidenden Durchbruch hatte die Eröffnung des Erie-Kanals im Jahre 1825 bedeutet; danach konnten der Norden von Ohio, Michigan, ja sogar Illinois oder Wisconsin auf den Seen erreicht werden, und auch auf der wichtigeren Route vom Erie-See

⁴⁹ Die Darstellung der südamerikanischen Verhältnisse bleibt einem besonderen Kapitel vorbehalten.

⁵⁰ Siehe dazu vor allem wieder Billington, a. a. O., ferner: HAROLD U. FAULKNER, *American Economic History*, New York 1943; E. L. BOGART und D. L. KEMMERER, *Economic History of the American People*, New York 1944.

zum Ohio und Mississippi brauchte man den billigen Wasserweg kaum mehr zu verlassen. Von 1833 an verband der Ohio and Erie-Canal die beiden großen Wasserstraßen zwischen Cleveland und Portsmouth. Zudem bestand die Möglichkeit, von New Orleans aus mit schnellen, wenn auch gefährlichen Dampfbooten in kurzer Zeit St. Louis, die Metropole des Westens, zu erreichen.

Bis in die späten vierziger Jahre blieben Kanalboote und Flußdampfer die wichtigsten Verkehrsträger im Westen. Um 1850 allerdings begannen die Eisenbahnen, die zunächst vor allem die Verbindung zwischen den wichtigen Wasserstraßen übernommen hatten, diesen auch Konkurrenz zu machen. 1852 bestand eine durchgehende Verbindung zwischen New York und Chicago, 1854 erreichte der Schienenstrang den Mississippi bei St. Louis, 1860 die westliche Grenze der Landwirtschaft im Staate Iowa⁵¹. Mit der Herstellung der Verkehrsverbindungen ergab sich eine Verschiebung der wirtschaftlichen Struktur: bei ermäßigten Transportkosten konnten auch die bevorzugten Landwirtschaftsgebiete des Westens die östlichen Märkte beliefern, sie lösten vor allem als Weizenproduzenten die Oststaaten ab.

Im Mittelwesten waren auch um 1850 noch große Flächen fruchtbaren Kongreßlandes zum Minimalpreis von 1¼ Dollar per acre zu haben, private ungerodete Ländereien waren gelegentlich noch billiger⁵². Aber auch in den östlichen Staaten gab es abseits der größten Städte und der wichtigsten Verkehrswege noch gutes Land zu günstigen Preisen⁵³.

Allerdings waren die Kosten und Schwierigkeiten der Erschließung nicht zu unterschätzen. Wenn eine Familie nicht mehrere arbeitsfähige Männer zählte, mußten wenigstens für die ersten Rodungs- und Einzäunungsarbeiten teure fremde Arbeitskräfte beigezogen werden; dazu kamen die Kosten für die wichtigsten Baulichkeiten, für Geräte, Saatgut und Vieh. Verschiedene Schätzungen weichen zwar ziemlich stark voneinander ab, jedenfalls kam aber eine kleine Farm von 40 oder weniger Acres auf mindestens 400 bis 600 Dollar zu stehen, ein mittleres

⁵¹ Vgl. Bidwell/Falconer.

⁵² Ländereien privater Spekulanten oder der Staaten wurden gelegentlich unter dem Preis für Kongreßland gehandelt, um durch rasche Besiedlung für die umliegenden Flächen eine um so stärkere Preissteigerung zu erreichen.

⁵³ Bei CHARLES L. FLEISCHMANN, *Der Nordamerikanische Landwirt*, Frankfurt am Main 1852, werden selbst für den Westen des Staates New York noch Landpreise von 1 bis 4 Dollar per Acre genannt.

Anwesen konnte 1000 Dollar und mehr kosten⁵⁴. Für den europäischen Neuankömmling war die Ansiedlung auf jungfräulichem Land zudem immer problematisch, da sie eine Reihe von Fertigkeiten und Kenntnissen erforderte, die erst erlernt werden mußten. Wer aber bereits bebauten Land und fertige Gebäude übernehmen wollte, mußte entsprechend mehr ausgeben. Zweifellos lag auch der Preis für eine angebaute Farm weit unter dem für einen vergleichbaren Besitz in der Schweiz; wie zu zeigen sein wird, besaßen aber unter den aargauischen Auswanderern der großen Welle die wenigsten so viel Kapital.

Für die zahlreichen wenig bemittelten Auswanderer war wichtiger als die niedrigen Landpreise selbst deren indirekte Auswirkung, daß nämlich bei der relativen Leichtigkeit der selbständigen Ansiedlung ein dauernder Mangel an unselbständigen Arbeitskräften bestand, und die Löhne entsprechend hoch waren. Je nach Gegend erhielt ein Landarbeiter in fester Anstellung neben freier Unterkunft und Verpflegung noch 9 bis 15 Dollar im Monat; im Taglohn verdiente er 50 Cent bis 1 Dollar ohne Kost, als geschickter Mäher während der Ernte bis 1 ½ Dollar. Gut bezahlt wurden auch Handwerker, die je nach Qualifikation monatlich 20 bis 30 Dollar oder mehr verdienten, im Taglohn vielleicht 1 bis 2 Dollar⁵⁵.

Nominal, umgerechnet nach üblichen Wechselkursen, waren diese Löhne für schweizerisches Empfinden überwältigend hoch⁵⁶, aber auch gemessen an den Lebenskosten erlaubten sie dem amerikanischen Arbeiter einen recht ansehnlichen Lebensstandard. Ein alleinstehender Mann konnte im Westen für 2 bis 2 ½ Dollar wöchentlich Unterkunft und Kost finden, bei Führung eines eigenen Haushaltes brauchte wohl auch eine kleine Familie nicht viel mehr⁵⁷. Besonders die Lebensmittel waren eher billiger als in der Schweiz, Wohnungen kaum teurer. Dagegen mochten die Preise für Kleider und andere Handwerks- und Industrieerzeugnisse etwas höher liegen.

So gut wie unbestritten war jedenfalls die entscheidende Tatsache, daß im amerikanischen Westen ein Arbeiter bei Geschick, Fleiß und

⁵⁴ Vgl. Billington, S. 307, ferner verschiedene zeitgenössische Handbücher (siehe unten S. 122 ff.)

⁵⁵ Vgl. Handbücher, ferner Faulkner, S. 305 f.

⁵⁶ Ein Dollar entsprach etwas mehr als 5 Schweizer Franken neuer Währung. Lohnangaben für die Schweiz vgl. oben S. 106 ff.

⁵⁷ Faulkner, S. 306.

Sparsamkeit einiges mehr verdiente, als er für seinen Lebensunterhalt benötigte und somit früher oder später zu selbständiger Existenz gelangen konnte, sei es als Farmer oder als Handwerker.

In den Städten des Ostens allerdings war die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt schon bedeutend schärfer. Unqualifizierte Arbeitskräfte ohne Kenntnis der Sprache und der amerikanischen Arbeitsmethoden hatten dort Mühe, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen. In Krisenzeiten herrschte unter den mittellosen Neuankömmlingen in den Hafenstädten Elend und Arbeitslosigkeit, was jeweils auch in Europa rasch bekannt wurde. So gehörte zu den Voraussetzungen einer eigentlichen Auswanderungswelle nicht nur die allgemein expansive Tendenz der amerikanischen Wirtschaft, sondern auch eine günstige Konjunkturlage. Die frühen fünfziger Jahre, die im Aargau den Höhepunkt der Armennot brachten, standen in den Vereinigten Staaten im Zeichen eines gewaltigen «Boom», der auf die Depression von 1837 gefolgt war und erst in der neuen Krise von 1857 enden sollte⁵⁸. Die Anziehungskraft Amerikas war somit in diesen Jahren größer denn je, nicht zuletzt auch infolge einer immer besseren und leichter zugänglichen Information über die dortigen Verhältnisse. Den Mitteln dieser Information müssen wir uns nun zuwenden.

3. Der Stand der Information: Die Auswanderungsliteratur

Zeitgenössische Gegner der Auswanderung haben immer über die verführerische Wirkung der zahlreichen Schriften über Amerika und die Auswanderung geklagt, und in der Tat ist nicht zu bestreiten, daß bessere Information, zum Teil auch tendenziöse Information, die Bereitschaft zur Übersiedlung gefördert hat. Umgekehrt hat aber auch das zunehmende Interesse an der Auswanderung erst die vermehrte Nachfrage nach Informationsmaterial erzeugt. Jedenfalls entstand in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine umfangreiche populäre Literatur über Amerika im allgemeinen, die Wege und Aussichten des Auswanderers im besonderen.

⁵⁸ Erste Anzeichen der Krise machten sich bereits gegen Ende 1854 bemerkbar; Nachrichten von Arbeitslosigkeit in amerikanischen Städten gelangten damals bereits nach Europa.

Des besseren Überblicks halber sollen hier drei Gattungen unterschieden werden, die allerdings in der Praxis nicht scharf zu trennen sind: allgemeinbildende Beschreibungen von Land und Leuten, Politik und Sitten der USA; persönliche Erlebnisberichte, teils von gelehrten Reisenden, teils von Auswanderern der mittleren und unteren Stände; schließlich die eigentlichen Auswanderungsführer und -handbüchlein, von mehr oder weniger kompetenten Kennern speziell für die Bedürfnisse des Auswanderers verfaßt. In allen drei Kategorien gab es gründliche und oberflächliche, ermunternde und warnende, um Objektivität bemühte und polemische oder propagandistische Schriften. Einige wenige Beispiele sollen hier die ganze Flut vertreten. Wenn vor allem Schweizer Autoren berücksichtigt werden, so soll damit nicht gesagt sein, daß nur sie hierzulande gelesen wurden. In den Jahren starker Auswanderung boten die Buchhändler Dutzende von Broschüren und Büchlein an, die zu einem sehr großen Teil aus Deutschland kamen, und es gibt einige Zeugnisse, daß die bekanntesten deutschen Schriften auch in der Schweiz beträchtliche Wirkung ausübten⁵⁹.

Als wahrscheinlich recht verbreitetes Werk der Bildungsliteratur sei das Buch *Die Amerikaner in ihren moralischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen* des Engländers Francis P. Grund genannt, erschienen in Stuttgart und Tübingen 1837.

Die Schrift, obwohl ausführlich und gründlich, wird kaum Anspruch auf Objektivität erheben können; der Verfasser war offenbar ein sehr entschiedener Freund Amerikas und schilderte selbst dessen unrühmlichste Eigenheiten, etwa die Sklaverei der Südstaaten und sogar die Lynchjustiz, mit sehr viel Verständnis. Trotz gelegentlich eingestreuten Ratschlägen für deutsche Auswanderer kann das Buch kaum zur eigentlichen Auswanderungsliteratur gezählt werden, wandte es sich doch offensichtlich an eine einigermaßen gebildete Leserschaft. Schon die umfangreiche, mit vielen Tabellen illustrierte Darstellung des Handels und der Industrie der Vereinigten Staaten war eher für den Exportkaufmann als für den durchschnittlichen Auswanderer von Interesse; die ausführlichen Schilderungen des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der höheren Schichten sowie der politischen und kirchlichen Verhältnisse konnten erst recht der Mehrheit nichts nützen.

⁵⁹ Die Buchhändleranzeigen in der Presse erwähnen sehr viele Schriften deutscher Provenienz. Einige der benützten, im folgenden aber nicht näher besprochenen Werke werden im Literaturverzeichnis aufgeführt.

Vermutlich dienten auch viele der persönlichen Reisebeschreibungen von Auswanderern primär als Unterhaltungslektüre. Ein schönes Beispiel dieser Gattung ist der Bericht des Toggenburgers J. U. Böhler über seine *Land- und Seereisen nach Nordamerika und Westindien usw. in den Jahren 1816, 1817 und 1818*⁶⁰. Der Verfasser hatte zur Vorhut der großen Auswanderungswelle gehört und war bereits im November 1816 in Baltimore angekommen. Seine Auswanderung war ein Fehler gewesen, denn als Kaufmann fand er nirgends eine Stellung, die ihm entsprach; der Farbigeit seines Berichts aber war es sehr förderlich, daß er ohne lange Aufenthalte durch die Staaten Pennsylvania, Ohio und Kentucky, den Mississippi hinunter nach New Orleans, dann nach Kuba und auf dem Seeweg nach New York reiste. Genau ein Jahr nach seiner Ankunft schiffte sich Böhler wieder für die Rückreise nach Europa ein.

Aus seiner persönlichen Erfahrung konnte er die Auswanderung nicht sonderlich günstig beurteilen; er widerriet sie aber jungen ledigen Bauern und Handwerkern keineswegs. Sein sorgfältig geführtes Tagebuch vermittelte jedenfalls dem aufmerksamen Leser eine Fülle von Informationen über die Verhältnisse in verschiedenen Teilen der USA, die Reismöglichkeiten und -kosten u. ä.

Weit berühmter war der *Bericht über eine Reise nach den vereinigten Staaten Nordamerikas und einen mehrjährigen Aufenthalt am Missouri* des Deutschen Gottfried Duden⁶¹. Gerade diesem Autor wurde allerdings immer wieder vorgeworfen, er verleite leichtgläubige Leute zur unüberlegten Auswanderung, und in der Tat entwarf Duden ein besonders schattenloses Gemälde des Lebens in den westlichen Territorien. Wohl warnte auch er vor leichtsinniger Auswanderung, erklärte ein Vermögen von etwa 1000 Talern über die Reisekosten hinaus für nötig usw.; der Leser konnte diese Einschränkungen aber nur zu leicht vergessen über den vorherrschenden Partien, in denen der amerikanische Westen und insbesondere Missouri als halbes Paradies dargestellt wurden. Von den Mühen der Rodung, den Härten des Lebens an der «frontier» war hier kaum die Rede; man erhielt den Eindruck, daß der Farmer im Westen kaum zu arbeiten brauche, um alle seine Bedürfnisse zu befriedigen. Auch die politischen und kulturellen Verhältnisse wurden ohne Einschränkung gerühmt; ausführlich begründete Duden die entscheidenden

⁶⁰ Ebnat im Toggenburg, 1824.

⁶¹ Erstmals publiziert 1829; benützt wurde die Schweizer Ausgabe, St. Gallen 1832.

Vorzüge, die sich aus dem Überfluß an Raum und Nahrung und aus der ökonomischen Unabhängigkeit des Landes auch für dessen politische Entwicklung ergeben müßten. Er nahm die Amerikaner in Schutz gegen alle in Europa gelegentlich erhobenen Vorwürfe und korrigierte geflissentlich selbst kleine Vorurteile, wie die offenbar weitverbreitete Meinung, daß es in Amerika keine Singvögel gebe.

So gründlich Dudens Arbeit, so zutreffend letztlich seine optimistischen Prognosen auch sein mochten: ob er in seiner Begeisterung die Chancen der weniger bemittelten und weniger gewandten Auswanderer noch nüchtern beurteilte, erscheint doch fraglich. Es ist nicht auszuschließen, daß mancher von Duden Überzeugte von der amerikanischen Wirklichkeit enttäuscht wurde.

Wer allerdings die implizierten Bedingungen erfüllte, durfte sich wohl auf seinen Rat verlassen; so gehörten auch die Begründer einer der bekanntesten schweizerischen Ansiedlungen in Nordamerika zu seinen Verteidigern. Der Surseer Joseph Suppiger spricht in seinem *Reisebericht der Familien Köppli und Suppiger nach St. Louis am Mississippi und Gründung von New-Switzerland im Staate Illinois* wiederholt mit großer Hochachtung von Duden, dessen Ratschläge sich auf Schritt und Tritt bewährten⁶².

In krassem Gegensatz zu solchen grundsätzlich positiven Bildern standen die gelegentlichen Berichte gescheiterter Auswanderer, wie zum Beispiel die *Reiseskizzen zur Warnung für Auswanderungslustige* eines Jeremias Meyer⁶³. Der Autor berichtete, bei gebühlichem Entsetzen über die Zustände im Zwischendeck, noch einigermaßen Positives von der Seereise, fand dann aber nur noch Worte des Abscheus für die Verhältnisse in Amerika. Allerdings beschränkte sich seine eigene Erfahrung fast ausschließlich auf New York, und in den wenigen Bemerkungen über Philadelphia und die westlichen Teile Pennsylvaniens milderte sich sein Ton. Der Grund für das vernichtende Urteil ist nur zu offensichtlich: Der Verfasser der Jeremiade war Geistlicher und offenbar nicht bereit, sich dem amerikanischen Stil der Religionsverkündung anzupassen. Seine Auswanderung mußte von Anfang an als verfehltes Unternehmen gelten,

⁶² Auf Suppigers Bericht, der 1833 in Sursee erschien, wird hier nicht näher eingegangen, da er ohnehin zu den bekanntesten gehört. Bei ebenfalls sehr positivem Grundton ist er im ganzen objektiver und sachlicher gehalten als derjenige Dudens.

⁶³ Bern und St. Gallen 1844.

warnten doch alle Kenner davor, ohne Erfahrung in den USA einen intellektuellen oder geistlichen Beruf ausüben zu wollen.

Als Modellfall des Erlebnisberichts sei schließlich der Inhalt eines Werkleins etwas ausführlicher wiedergegeben, das nur bedingt in diese Kategorie gehört. Die Broschüre *Die Auswanderer, eine sehr unterhaltende und belehrende Erzählung, welche berichtet, wie die Familie des Rudolf Meyer aus der Schweiz nach Amerika gezogen, und nach vielen Gefahren und schweren Leiden im Freistaate Illinois reich und glücklich geworden ist* wahrscheinlich kein authentischer Tatsachenbericht⁶⁴; Titel und Inhalt lassen darauf schließen, daß aufgrund echter Briefe ein «Idealfall» konstruiert wurde.

Der Held der Geschichte wird als wohlhabender Mann geschildert, der nicht aus Not, sondern wegen Streitigkeiten mit bösen Nachbarn die Heimat verläßt und ein Vermögen von 8000 Gulden mitnimmt. Die Reise führt über Basel, Straßburg, Mannheim und Köln nach Rotterdam, dann zur See über London nach New York. Nach dem obligaten Sturm stirbt die Mutter der Familie auf hoher See an Erschöpfung, trotzdem wirkt aber die Schilderung der Passage nicht sonderlich furchterregend. Nach der Ankunft in New York bleiben die üblichen Gaunereien nicht aus; die Familie wird von einem Wirt und einem angeblichen Landagenten betrogen, gerät durch einen unverschuldeten Streit sogar ins Gefängnis und wird nur durch die Intervention wohlmeinender Bekannter befreit. Das Vermögen schmilzt bei diesen Mißgeschicken auf 4000 Gulden zusammen.

Via Hudson, Erie-Kanal und -See, Cleveland, Cincinnati, den Ohio und den Mississippi gelangen die Leute nach St. Louis und werden dort nach der deutschen Ansiedlung Vandalia gewiesen, wo sie ein Gut von etwa 500 Jucharten für 1000 Dollar erwerben.

Ein landeskundiger junger Mann wird als Knecht gedungen und führt die Familie auf ihr neues Besitztum. Der erste Eindruck ist noch eher trübselig:

«Gegen Abend gelangten sie zu dem gekauften Land. Sie fanden ein niederes, vier-eckiges Haus, ganz aus Querbalken gefügt, die Ritze mit Moos verstopft. Einige hölzerne Bänke waren am Boden und an den Wänden festgenagelt, und in der Mitte stand ein Brettertisch. Dürres Heu und Moos lagen in einigen Winkeln. ... Als sie sich aber gesättigt hatten, da begannen die Töchtern zu jammern. Um Gottes willen, was soll aus

⁶⁴ Zürich ohne Jahr, vermutlich etwa 1840 erschienen.

uns werden! Wir haben ja keine rechte Wohnung, kein Bett, kein Vieh, kein Getreide. – Wie sollen wir leben in dieser Wildnis?!⁶⁵

Mit dem ersten Besuch bei einem schweizerischen Nachbarn aber hellt sich die Stimmung endgültig auf; schon der erste Anblick des Hofes ist eindrucklich, und der Empfang fällt sehr freundlich aus:

«... und als sie endlich in die große Stube gelangten und die Männer sich immer traulicher begegneten, die Weibsleute immer gesprächiger wurden, da war es, als ob nach langem, langem Dulden endlich einmal wieder die Tage des Trostes und der Freude angebrochen seien, und Thränen der Rührung und der Lust rollten von den Wangen der Angekommenen.»⁶⁶

Der Nachbar zieht sogleich mit Söhnen und Gesinde aus, um dem Neuling bei der Einrichtung zu helfen, während seine Frau die Töchter beherbergt.

«Während der Tage, da die Männer im Busche (Walde) arbeiteten, führte Frau Baumann und ihre Töchtern, die Töchter Rudolfs auf dem Gute herum. Grithe und Marie konnten sich kaum fassen über die Ausdehnung von Äckern, Wiesen, und Gärten und Weiden. Ganze Herden von Kühen graseten da auf den fetten Triften ohne Hirten. In einer weiten Umzäunung rannten zahlreiche Rudel von Schweinen umher, mehr als fünfzig Pferde sprengten in Haufen durch den weiten Plan; das Heer der Truthühner war fast unzählbar. Von einer solchen Wirthschaft hatten sie gar keinen Begriff. Als sie Frau Baumann endlich in die Vorrathskammer führte, und sie hier die Masse aufgeschütteten Getreides, die Haufen gedörrten Obstes, die Büscheln Flachs und Hanf, die Menge Leinwand sahen, da konnten sie nicht genug den Reichthum und das Glück dieser Leute preisen. Und Frau Baumann sprach. Das alles könnet ihr in wenigen Jahren auch erwerben, und sogar noch mehr; aber in den ersten Zeiten müßet ihr dulden und entbehren, denn aller Anfang ist schwer. Wenn Euch Gott Gesundheit und Glück gibt, so werdet Ihr Euch des Daseins freuen; hier wird kein böser Nachbar, kein stolzer Beamter Euch quälen; frei und froh könnet ihr leben nach eurem guten Willen. Täglich möget ihr Braten und feine Mehlspeise, gekocht mit Eier und süsser Butter genießen, des Weines müßet ihr entbehren; aber unser Äpfelmost ist milder, als mancher schlechte Wein.»⁶⁷

Von Dulden und Entbehren ist im folgenden nicht oft die Rede. Nachdem für 1200 fl. die ganze Ausstattung an Geräten, Sämereien usw. erstanden ist, geht es unter der Anleitung des Knechtes an die Rodung des Landes. Zwar macht das amerikanische Arbeitstempo den Schweizern zunächst einige Mühe, doch gewöhnen sie sich bald daran. Sie lernen

⁶⁵ a. a. O., S. 61 f.

⁶⁶ a. a. O., S. 64 f.

⁶⁷ a. a. O., S. 66 f.

Methoden und Produkte der amerikanischen Landwirtschaft kennen, die bei dieser Gelegenheit beschrieben werden. Neben dem Alltag wird das geistige Leben nicht ganz vergessen. Frau Baumann sagt dazu:

«Freilich fehlt uns Manches; wir haben keine Kirche und keinen Pfarrer; doch beten und singen wir am Sonntag miteinander, und am Osterfest besuchen wir die Kirche in Vandalia. Wir haben keine Schule; aber im Winter lehren wir unsere Kinder selbst, und zwar so gut oder besser, als in mancher Schule.»⁶⁸

Der Erfolg der Anstrengungen übertrifft dann alle Hoffnungen:

«Die Bewohner des Breitenhofes hatten übrigens Gott zu danken für den Segen, den er ihnen im ersten Jahre so reichlich hatte zufließen lassen. Die Zeit des Einsammelns war vorüber, und gefüllt waren alle Räume mit Früchten aller Art und mit Futter für das Vieh. Einen solchen Reichthum an Vorräthen hatte die Familie noch nie gesehen; Nahrungssorgen waren nimmermehr zu fürchten. Nun aber kam Baumann zu ihnen herüber und sagte, daß er einen Transport von allerlei Erzeugnissen zum Verkauf nach St. Louis befördern wolle hauptsächlich Mehl, Bataten, Schinken, Häute von Jagdthieren u. dgl.

Auch Rudolf konnte einen bedeutenden Theil zum Transporte liefern, und so erlöste er eine ordentliche Summe Geld, und konnte überdies allerlei nützliche und angenehme Gegenstände für das Hauswesen eintauschen: Geräte, Geschirre, Werkzeuge, Kleidungsstücke, Waffen usw. Wie verwunderten sich die Töchtern, als ihnen der Vater bei der Rückkehr von St. Louis gar schöne Kleider nach neuem Schnitte mitbrachte; als er ihnen aber sogar Damenhüte überreichte, da wußten sie fast nicht, ob sie auch solche schmucke Sachen nur annehmen dürften. Baumann aber lachte über die Schüchternheit, und sprach: Wir sind da freie Herren, so gut als die Vornehmen in Europa, und was uns gefällt und wohl ansteht, das dürfen wir auch anschaffen und benutzen. Die Söhne jauchzten vor Freude über die schönen Jagdflinten, Waidmesser und Pistolen, welche Kunz für sie mitbrachte. Für die Winterstunden hofften sie in den Büchern viel Unterhaltung und Belehrung zu finden; überdies aber erhielt man ein Damenbrett und ein Schachspiel; ferner eine Violine und eine Guitarre. Die Töchtern bedauerten nur, daß sie die Spiele nicht verständen, und die Guitarre nicht zu brauchen wußten. Da wird schon Rath werden, sagte Baumann's Sohn; wir kommen an den Winterabenden zu euch herüber, und wollen euch Anleitung geben.»⁶⁹

Krönendes Ereignis des ersten Jahres ist ein großes Treffen der Schweizer Ansiedler. Hier treten auch Dr. Köppli und Suppiger auf; ihr Beispiel beweist, wie rasch man in Amerika zu Wohlstand gelangen kann. Höhepunkte des Festes sind ein Gottesdienst mit einem berufenen Prediger und ein echt schweizerisches Freischießen, bei dem natürlich ein Sohn unserer Familie den ersten Preis gewinnt.

⁶⁸ a. a. O., S. 67 f.

⁶⁹ a. a. O., S. 87 f.

Schließlich kommt noch die Urwaldromantik zu ihrem Recht: alteingesessene Siedler erzählen von den Pionierzeiten und den Kämpfen mit den Indianern. Unter den Teilnehmern des Festes findet sich auch ein Lehrer, der für die neue Ansiedlung angeworben werden kann, so daß im Winter neben der Anfertigung von Geräten und der geselligen Unterhaltung auch die Bildung nicht vernachlässigt wird.

Die erfreuliche Geschichte, in schlichtem, manchmal fast kindlichem Ton erzählt, wirkt bei allem Optimismus doch nicht geradezu prahlerisch. Zudem wendet der Verfasser doch die Vorsicht an, am Ende in einem sachlichen Informationsteil noch einmal die wichtigsten Bedingungen für eine erfolgreiche Ansiedlung aufzuzählen, vor allem den Besitz von 750 Gulden für den Ankauf des Landes und der wichtigsten Gerätschaften. Allerdings gibt er auch Handwerkern und Tagelöhnern eine gute Chance, in den Städten lohnende Arbeit zu finden, sofern sie sich dem scharfen amerikanischen Arbeitstempo anpassen können.

Die Erzählung ist ein typisches Beispiel für die häufige Kombination von Reisebericht und Auswanderungsführer; sie schildert zwar einen Einzelfall, sucht aber dabei so oft wie möglich allgemeingültige Ratschläge zu vermitteln.

Gegen die Jahrhundertmitte wurden auch die eigentlichen Führer und Handbücher für Auswanderer immer zahlreicher. Die Verfasser waren zum Teil Leute, die aus eigener Erfahrung einige Anleitungen geben konnten, oft aber auch Persönlichkeiten oder Gremien, die durch ihre berufliche oder gesellschaftliche Stellung gut informiert waren. So erschien schon 1833 eine Broschüre unter dem Titel: *Wohlgemeinter Rath der Vorsteher der Deutschen Gesellschaft in New York, an Deutsche, die nach den vereinigten Staaten von Nord-Amerika auszuwandern beabsichtigen*⁷⁰. Die kleine Schrift beantwortet in knapper Form die wichtigsten Fragen, die an ein Auswanderungshandbuch gestellt wurden: Welche Berufs- und Altersklassen sollten am ehesten auswandern? wie ist die Reise vorzubereiten? mit welchen Kosten muß gerechnet werden? Der für die Seereise einzukaufende Proviant wird beschrieben, ebenso die Ausrüstungsgegenstände, die besser mitgenommen als in Amerika angeschafft werden. Auch für das Verhalten nach der Ankunft werden einige Richtlinien gegeben, besonders wird die möglichst baldige Weiterreise ins Landesinnere empfohlen. Andere Autoren erteilen im wesent-

⁷⁰ Gedruckt in New York und Basel.

lichen meist etwa gleiche Winke, gehen aber oft etwas mehr ins Detail.

So gibt der Schweizer Adolf Dengler in seiner Broschüre *Soll ich auswandern? Nach gutem Rathe Anderer und eigener Erfahrung*⁷¹ etwas genauere Hinweise auf die günstigste Art des Reisevertragsabschlusses und für das Verhalten im Zwischendeck. Er nennt die Adressen empfehlenswerter Gasthäuser in Le Havre und New York samt den üblichen Preisen und teilt auch die Kosten für die Reise ins Innere und die durchschnittlichen Landpreise mit.

Als zur Zeit günstigste Gebiete bezeichnet Dengler die Staaten Illinois und Wisconsin, er rät aber den meisten Auswanderern nicht zur sofortigen Ansiedlung als selbständige Farmer, sondern zur Annahme einer Stellung für die Zeit der Eingewöhnung.

Obwohl das Büchlein in erster Linie als praktischer Ratgeber dienen sollte, ging ihm werbende Wirkung nicht ganz ab, betonte es doch immerhin, daß sich jeder wirklich Arbeitende in Amerika weitaus besser stelle als in Europa.

Einer der gründlichsten Auswandererführer dieser Zeit war vielleicht das *Handbüchlein für Auswanderer nach Nordamerika*, das in einem Preisausschreiben des evangelischen Kirchentages in Bremen ausgezeichnet worden war⁷². Der kirchliche Charakter zeigt sich in einer kleinen Sammlung von Gebeten und Liedern für alle Etappen der Auswanderung: für die letzten Tage vor der Abreise und die Fahrt zu Land, beim Erblicken des Meeres und auf dem Schiff.

Daneben bietet die Schrift aber eine beachtliche Fülle an sachlicher Information. So wird, um nur ein Detail zu nennen, nicht nur kurz ange-tönt, wohin sich zur Zeit die Auswanderung vor allem wende, sondern eine ausführliche tabellarische Übersicht vergleicht die Vor- und Nachteile der verschiedenen Regionen der USA.

Neben diesen allgemeinen Auswanderungsführern gab es noch eine ganze Reihe von Schriften über beschränktere Bereiche. Manche befaßten sich hauptsächlich mit der Reise bis nach New York oder New Orleans, andere betrafen vor allem die Probleme der Ansiedlung. Unter den letzteren war wohl das bekannteste Werk *Der Nordamerikanische Landwirth. Ein Handbuch für Ansiedler in den Vereinigten Staaten* von

⁷¹ Zürich 1849.

⁷² Der Verfasser wird nicht genannt; benützt wurde die zweite Auflage, Basel 1855.

Charles L. Fleischmann, einem Deutschen, der seit 18 Jahren als Landwirt, Ingenieur und Angestellter des Patentamtes in Washington tätig war⁷³.

Das Buch behandelt zunächst die Wahl des Niederlassungsortes und die wichtigen Kriterien der Bodenauswahl, u. a. in einem 50 Seiten starken Kapitel über «Waldbäume als Kennzeichen der Bodenbeschaffenheit». Die Techniken der Urbarisierung von Wald- und Prärieland werden dargestellt, ebenso die gebräuchlichsten Bauarten von Zäunen und Häusern. Im Mittelpunkt des Werkes steht eine ausführliche Abhandlung über den Anbau der verschiedenen Kulturpflanzen und die Viehzucht, wobei bis ins Detail die Besonderheiten der amerikanischen Anbaumethoden erläutert, die gebräuchlichsten Arten von Sämereien und Viehrassen unterschieden werden.

Alle Arten von Ackergeräten werden beschrieben und selbst die Bezugsquellen für die besten Fabrikate genannt. Allgemeine Bemerkungen gelten dem Stand der amerikanischen Landwirtschaft, der gesellschaftlichen und politischen Stellung der Farmer im allgemeinen und der deutschen Ansiedler im besonderen. Vergleichend werden die Bewirtschaftungsmethoden in verschiedenen Staaten der Union nebeneinandergestellt. Auch die Frage der Koloniegründung bleibt nicht unbeachtet, und ein besonderer Abschnitt gilt den rechtlichen Aspekten des Handels mit Ländereien. Ein Verzeichnis der landwirtschaftlichen Zeitschriften und eine Übersicht über Maß und Gewicht der USA schließen das Werk ab.

Die ganze Arbeit zeugt von gründlichster Kenntnis der Materie und großer Sorgfalt, wobei man sich aber fragen kann, wieviele Auswanderer wohl von einem Werk profitierten, das sich seiner ganzen Anlage nach an den aufgeklärten Landwirt wandte, der gewohnt war, sich die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und der Praxis zunutze zu machen.

Sind die zuletzt behandelten Schriften alle als recht seriös zu bezeichnen, so gab es daneben auch eine Flut von weniger vertrauenswürdigen Berichten und Handbüchern. Manche dienten der Werbung für ein bestimmtes Gebiet, sie wurden zum guten Teil von staatlichen Werbeagenturen oder kommerziellen Landspekulanten herausgegeben. Da finden sich Titel wie: *Der nordamerikanische Freistaat Texas, nach eigener Anschauung und nach den neuesten und besten Quellen für deutsche Aus-*

⁷³ Frankfurt am Main 1848; benützt wurde die 2. Auflage von 1852.

wanderer geschildert; *Gruß aus Wisconsin's Urwäldern in Nord-America an ihre Mecklenburger Landsleute von Franz und Rudolph Meier aus Malchin; Minnesota als eine Heimat für Einwanderer, in Hinsicht des Klimas, des Ackerbaus, der Industrie und der Schulen*⁷⁴.

Sind viele dieser Schriften schon als reine Propaganda zu bewerten, so gab es andererseits auch wenig fundierte Warnrufe, zum Teil nicht einmal auf persönlichen schlechten Erfahrungen, sondern einfach auf grundsätzlichen Vorurteilen beruhend. Ein *Sendschreiben an alle Landsleute welche nach Amerika auswandern wollen oder ein gutgemeintes Wort über die Gefahren des Auswanderns nach den amerikanischen Staaten* warnt zum Beispiel in reichlich sentimentalem Ton und unbelastet von Sachkenntnis vor den hohen Kosten und schrecklichen Gefahren der Reise, dem traurigen Leben im fremden Lande⁷⁵.

Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Auswanderungszeitungen und -zeitschriften. Mehrere solche Periodika wurden in der Schweiz verlegt, so zum Beispiel *Der Bote aus Amerika, Der Colonist, Der Nordamerikaner* usw., außerdem wurden ähnliche deutsche Publikationen auch bei uns vertrieben. Einige davon stammten aus Verlagen, die sich auf Auswanderungsliteratur spezialisiert hatten, andere von Leuten, die etwas von der Sache zu verstehen glaubten und ein Geschäft witterten, einige schließlich waren vermutlich Werbeorgane für Kolonisationsunternehmen oder Auswanderungsagenturen⁷⁶.

Wichtigster Inhalt waren gewöhnlich Briefe von ausgewanderten Landsleuten, dazu kamen Mitteilungen über die Zustände im Transport-

⁷⁴ Das Buch über Texas von GEORGE M. VON ROSS erschien 1851 im Verlag Fröbel in Rudelstadt, der sich auf Auswanderungsliteratur spezialisiert hatte und u. a. 1846 bis 1871 die *Allgemeine Auswanderungs-Zeitung* herausbrachte. Der *Gruß aus Wisconsin* erschien 1847 in Malchin; obwohl an norddeutsche Leser «adressiert», findet er sich auch in den Beständen der Basler Lesegesellschaft, war also in der Schweiz bekannt. Die Schrift über Minnesota von BERNHARD KIHLMOLZ wurde 1867 in St.-Paul gedruckt. Der amerikanische Erscheinungsort läßt vermuten, daß sie von staatlichen oder privaten amerikanischen Stellen als Propagandamaterial verbreitet wurde.

⁷⁵ Glarus 1846. Nach Sprache und Inhalt der Schrift könnte der anonyme Verfasser Geistlicher gewesen sein.

⁷⁶ *Der Bote aus Amerika*, herausgegeben von RUDOLF STETTLER, Bern 1853 ff.; *Der Nordamerikaner*, St. Gallen 1833/34; *Der Colonist*, Lichtensteig 1851 ff.

In einer Kontroverse um die Gründung der ersten Schweizer Ansiedlung in Argentinien wurde z. B. der *Colonist* als Sprachrohr für die brasilianischen Halbpachtkolonien bezeichnet. Siehe unten S. 293.

wesen und die Maßnahmen der Regierungen in bezug auf die Auswanderung, Inserate von Agenten und Auswanderergasthöfen in Le Havre, New York und den übrigen Hauptstationen, gelegentlich auch romantische und abenteuerliche Erzählungen aus Amerika. Die meisten dieser Publikationen fanden offenbar kaum regelmäßige Leser, jedenfalls hielten sich nur sehr wenige länger als einige Jahre.

Eine besondere Stellung nahmen schließlich die Veröffentlichungen von amtlichen Stellen ein. Dabei ist zunächst an die Berichte der eidgenössischen Vertretungen im Ausland, vor allem der Konsulate in den Hafenstädten und in den Vereinigten Staaten zu denken. Vor 1848 wurden Informationen von dieser Seite nicht regelmäßig veröffentlicht, dagegen ließen eidgenössische und kantonale Behörden Warnungen oder Empfehlungen in amtlichen oder privaten Blättern publizieren. Von besonderem Interesse ist sodann das Resultat einer Umfrage, welche eine von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft 1844 eingesetzte Auswanderungskommission unter den schweizerischen Konsularagenten in Europa, Nordafrika und beiden Amerika veranstaltet hatte. Die Antworten wurden 1845 unter dem Titel *Über schweizerische Auswanderungen* in Glarus gedruckt.

Die Konsuln hatten nicht weniger als 17 Fragen zu beantworten, über Art, Umfang, Gründe und Herkunft der bisherigen Einwanderung in ihrem Amtsbereich, den Erfolg der bereits Angesiedelten, die Maßnahmen des betreffenden Staates gegenüber der Einwanderung, die Aussichten für arme und begüterte Einwanderer, wirtschaftliche, rechtliche und politische Verhältnisse, gesuchteste Berufskategorien, günstigstes Vorgehen bei der Einwanderung und schließlich auch über mögliche Gegenmaßnahmen, falls eine Auswanderung nach der betreffenden Gegend überhaupt unratsam erschien. Die Antworten aus Marseille, Algier, New York, Philadelphia, Madison, Alexandria, New Orleans, Mexico, Rio de Janeiro und Bahia können uns hier nicht im einzelnen beschäftigen. Nur soviel sei gesagt, daß die Berichte der Konsuln in den USA im allgemeinen günstig lauteten, während alle übrigen die Chancen der Einwanderer eher skeptisch beurteilten.

Als eigentliche Auswanderungsführer konnten die Berichte zwar nicht gelten, da sie sich mit den Details der Organisation nicht befaßten, doch konnten sie bei der Wahl des Reiseziels durchaus eine Hilfe bieten.

Einen meines Wissens eher ungewöhnlichen Beitrag zur Beratung der Auswanderer von amtlicher Seite leistete die aargauische Regierung. Im

Sommer 1851 publizierte die Armenkommission eine Broschüre *Guter Rath für Aargauer, welche in Nordamerika sich Arbeit und eine neue Heimat suchen wollen*, welche an die zur Auswanderung sich Meldenden verteilt wurde. Sie unterschied sich nicht wesentlich von den bereits beschriebenen Schriften, aus denen sie sicher auch zusammengestellt war. Im Zentrum stehen Ratschläge für die Vorbereitung der Reise und das Verhalten während derselben sowie für die erste Ansiedlung. Ungewöhnlich daran ist nicht der Inhalt, sondern die Tatsache an sich, daß eine kantonale Regierung den Auswanderern sogar Informationsmaterial lieferte. Während andere Regierungen noch die elementarsten Schutzmaßnahmen als Begünstigung der schädlichen «Auswanderungslust» ablehnten, gestand die Armenkommission in ihrer Schrift bei allen Mahnungen zu, daß für rechtschaffene Leute die Aussichten in Amerika gut seien, ja, daß manche der früher Ausgewanderten sogar ihre Angehörigen in der Heimat mit Geld unterstützen könnten. Schon hier finden wir einen Beweis für die auswanderungsfreundliche Haltung, von der noch des Näheren zu sprechen sein wird.

Schließlich muß noch die vielleicht wichtigste Informationsquelle überhaupt genannt werden: die Briefe von ausgewanderten Bekannten und Verwandten. Schon im Zusammenhang mit der ersten Auswanderungswelle wurde gezeigt, welche ausschlaggebende Bedeutung ihnen zukommen konnte, und später bildeten sie zweifellos das beste Korrektiv zu den oft tendenziösen Darstellungen der Auswanderungsliteratur. Der Wirkungskreis der Auswandererbriefe konnte sehr beträchtlich sein, wurden sie doch mindestens in der weiteren Verwandtschaft herumgereicht und nicht selten praktisch öffentlich verbreitet⁷⁷. Die Zuverlässigkeit der privaten Information sollte allerdings auch nicht überschätzt werden. Oft verallgemeinerten Auswanderer voreilig ihre günstigen oder ungünstigen ersten Eindrücke oder ihre beschränkten Erfahrungen in einer bestimmten Gegend. Zeitgenössische Skeptiker hoben zudem immer hervor, daß mancher gescheiterte Auswanderer zu stolz sei, seine Enttäuschung einzugestehen und sein vielleicht gegen den Rat der Umgebung begonnenes Unternehmen nachträglich als Fehlschlag erkennen zu lassen.

⁷⁷ Bei eigentlichen Kolonieunternehmen wurden Briefsammlungen oft gezielt als Mittel der Werbung eingesetzt, wobei natürlich die Auswahl keineswegs neutral war. Siehe unten S. 295.

Immerhin war der Vorzug nicht zu verkennen, daß persönliche Mitteilungen in der Regel wenigstens nicht von kommerziellen Interessen diktiert waren. Wichtig war zudem, daß der Autor den Empfänger und dessen persönliche und finanzielle Verhältnisse kannte und eventuelle Ratschläge darauf abstimmen konnte. Im günstigsten Falle konnte ein Brief wirklich konkrete Auskunft darüber geben, ob ein bestimmter Leser in einer bestimmten Gegend Arbeit und hinreichenden Verdienst finden würde.

Der Umfang der Korrespondenzen läßt sich leider nicht ermessen, denn sie sind heute größtenteils verloren oder dann in privaten Händen. Im amtlichen Aktenmaterial finden sich gerade aus den Jahren zwischen 1820 und 1850 nicht einmal Fragmente davon. Um trotzdem einen Eindruck von den Eigenheiten der privaten Information zu vermitteln, mag es erlaubt sein, einige Ausschnitte aus zwei bedeutend späteren Briefen zu zitieren, deren sachlicher Inhalt sich allerdings nicht auf die Zeit vor der großen Auswanderungswelle bezieht.

Dem Informationsgehalt wie der sprachlichen Gestaltung nach dürfte der Brief, den Johann Ulrich Meyer von Scherz im Dezember 1882 an seinen Vetter schrieb, eher überdurchschnittlich sein:

«Es wundert Sie vielleicht, wie es mir in der neuen Welt geht, werde Ihnen wie ich versprochen mittheilen. Über das Meer bin ich gut gekommen, aber die Seekrankheit hat in mir so arg gehaust so daß ich glaubte, ich bekomme Amerika nicht zu sehen und wenn ich die Schinken die Sie mir gegeben und die geistigen Getränke nicht mitgenommen, welche mich gestärkt und geholfen, so glaubte ich wäre auf dem Schiffe schon eine Leiche geworden und die Fische hätten mich schon lange aufgefressen. Darum soll ein Jeder, der diese Reise vornimmt, soviel wie er kann geistige Getränke mitnehmen.

Wie Sie auch schon vernommen, daß ich zuerst beim Wiedmer Schmied seinem Bruder in Maples (?) gewesen, welcher mich sehr gut aufgenommen, war sieben Wochen bei ihm, dann Verreiste ich um meinen Bruder zu sehen nach Cleveland habe hier eine schöne Anstellung gefunden bei einer Herrschaft als Kutschner. Bin jetzt acht Monat an diesem Platz, verdiene per Monat auf deutsches Geld gerechnet fünf und siebenzig fr. Es gibt aber viele Kutschner hier, welche dreißig Thaler oder 150 fr. Lohn bekommen pr. Monat (auch wie ich nebst Kost und Wäsche) aber ich bin zufrieden mit fünfzehn Thaler als frischer Einwanderer. Ich kann Ihnen aber sagen, daß kein Spaß ist, in einer solchen großen Stadt herum zu fahren, wo tausende und tausende Fuhrwerk passiren daß man nicht zusammenfährt, auch bis man die vielen Straßen kennengelernt und wenn man die englische Sprache noch nicht kann, daß ist ein wenig mehr, als mit zwei oder drei Kühen Mist oder Dünger fahren. Sie werden sehen, daß der Lohn viel besser ist, als bei Euch. Die Auslagen für Kleider usw. aber auch. Nur wenn man sich die Haare ab dem Kopf schneiden läßt, kostets ein fr. 25 Rp. Ich befinde mich hier sehr Wohl und bin viel gesünder als in Deutschland, aber man sagt hier, alle Einwanderer die auf dem Schiffe

das Seefieber recht gehabt, seien in diesem Land viel gesünder. Jedes Mal wenn ich Heim an meinen Haushalt zurück denke möchte ich mich fast die Haare aus dem Kopf reißen und glaube jetzt noch, es sei für mich besser, daß ich den großen Schritt gemacht.»⁷⁸

Eine bedeutend mangelhaftere Schulbildung hatte die Frau des Carl Reimann von Wölflinswil genossen, die 1880 aus Nebraska an ihre Verwandten schrieb; die Familie hatte sich ohne Aufenthalt zu einer Niederlassung von katholischen Deutschen und Schweizern begeben; nach einer recht drastischen Beschreibung der Reise schildert die Frau ihren Empfang durch die Siedler und ihre erste Unterkunft.

«Die Nachbar haben uns auf einige Zeit mit Lebensmitteln auf einige Zeit versehen für unseren nötigen Unterhalt. Wir sind in ein warm Haus untergebracht bei ein ledigen Bursche welcher 80 Akker zu sein Eigenthum hat, den die Weibspersonen sind in Reberaska (!) sehr rahr. Ich möchte wünschen daß so iunge Mädchen hier kernen, sie könnten das Glück machen wo ihnen in der Schweiz nie theil wird, aber es ist eine harte schwierige Reis bis zu uns. Gerade der Farmer wo wir in seinem Hause sind verlangte ein häusliches Mädchen. Magdalen (Kind der Verfasserin) zeigte das Bild von sein Gotte, er faßte sie genau ins Auge, er fragte nach ihrem Betragen und Sitte, wir erklärten es ihm. Er wünscht sie hieher, wenn sie kommen will bis nach Neuork, kann sie auf dieses Schreiben gehen, dann wird er sie von dorten bis hieher gehen lassen. Wenn sie kommen kann oder will, soll sie mit euem Schreiben wo ihr hoffentlich senden werdet es melden, was sie vorhat. Ihr könnt es ihr zu wissen thun, es ist schön eben hier, bloß daß die Häuser nicht so eingerichtet sind wie bei euch. Aber jetzt können wir noch kein eigen Heimat für uns antreten, denn wir müssen zuerst alle verdienen, bis wir eins kaufen können. ...

Wenn jemand Lust hat zu kommen in die kleine Gemeinde, wo wir sind, der komme bald, denn das Land wird besträut mit Katholschen. Zeit eingen Jahren wird das Land viel theurer, wenn es befolkert wird, in drei Jahren kann einer sein Vermögen verdoppeln. Wenn einer aus unserer Gemeinde kommt, der soll auf ein frazesisches Schiff gehen, sie haben ein besser Kost u. die Better sind schon darauf, wo wir in Havre für Streusäck 40 fr. legen mußten, u. wenn wir keine Better gehabt hätten, so hatten wir noch 20 fr. legen müssen, und wenn jemand kommt, so soll er gar kein Geld auswechseln bis nach Neuork zum Neumann, der wird erschrecklich hintergangen und betrogen. Kein soll sich weiter verakkordieren als nach Neuork, der Neumann in Neuork löst allen Pilet unergeltlich (?) bis nach Reberaska.»⁷⁹

⁷⁸ Brief in Privatbesitz von Herrn Meyer-Becker, Scherz. Beachtenswert aber keineswegs ungewöhnlich ist, daß der Verfasser von seiner Heimat als «Deutschland» spricht. Auch in andern Briefen und in der Literatur stellt man fest, daß sehr viele schweizerische Auswanderer die bei den Amerikanern übliche Identifikation von Deutschen und Schweizern sehr rasch übernahmen.

⁷⁹ StAAG, IA Nr. 5, 1880, Faszikel 57. Im Original fehlt jede Interpunktion; auch einige andere orthographische Korrekturen waren für die bessere Verständlichkeit notwendig, doch wurde der Satzbau unverändert gelassen.

Daß geradezu mit einem Heiratsantrag zur Auswanderung aufgefordert wurde, mag immerhin eine Ausnahme gewesen sein. Der Hinweis auf das Vorwiegen der Katholiken ist dagegen ein Beispiel für die Art von Information, die gewöhnlich in den gedruckten Führern nicht zu finden war, die aber für den einzelnen sehr wichtig sein konnte.

Zusammenfassend dürfen wir feststellen, daß sich die Informationsmöglichkeiten seit der ersten Auswanderungswelle enorm verbessert hatten, was den meisten Auswanderern nur von Nutzen sein konnte. Die besseren Ratgeber konnten wohl manchen Unerfahrenen vor allem auf der Reise vor den schlimmsten Fehlern bewahren und ihm eine gewisse Sicherheit geben.

Die zahlreichen Klagen, daß schönfärberische Schriften zu unüberlegten Auswanderungen verführten, mögen gelegentlich ihre Berechtigung gehabt haben; sehr oft waren sie aber auch Ausdruck einer grundsätzlich auswanderungsfeindlichen Haltung, die praktisch jede Auswanderung als leichtsinnig verurteilte und weder triftige sachliche Gründe noch echte Erfolgsaussichten wahrhaben wollte.

Daß die vermehrte Information gewisse Hemmungen abbaute und damit zur Zunahme der Auswanderung beitrug, ist allerdings nicht zu bezweifeln; ebensowenig, daß manche tendenziöse Broschüren wirklich falsche Vorstellungen und Hoffnungen erweckten. Abfällige Pauschalurteile über die gesamte Auswanderungsliteratur werden dadurch jedoch keineswegs gerechtfertigt.

4. Die Diskussion um Auswanderung und Auswanderungsförderung; die Kolonienprojekte

Die Einstellung breiter Volksschichten zur Auswanderung drückt sich am deutlichsten in der Auswanderungsziffer selbst aus. Wenn wir im folgenden die Behandlung der Auswanderungsfrage in der volkstümlichen sozialpolitischen Literatur und in der Presse an einigen Beispielen prüfen, so erfassen wir damit vor allem das Urteil einer gebildeten Minderheit. Man kann sich fragen, ob diese theoretischen Erwägungen einer Gruppe, die sich an der Auswanderung kaum selbst beteiligte, für deren Charakter und Umfang überhaupt von Belang war; gerade für die Entwicklung der aargauischen Auswanderung hat aber die Haltung der Be-

hörden eine wichtige Rolle gespielt, und sie muß im Zusammenhang mit der allgemeinen Diskussion gesehen werden.

Eine Parteinahme allerdings scheint vorläufig nicht empfehlenswert, läßt sich doch die Stichhaltigkeit der Argumente pro und contra ohne Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse schwer ermessen. Es sei deshalb gestattet, nach der Darstellung der Auswanderungswelle auf die Frage der Beurteilung insbesondere der Auswanderungsförderung zurückzukommen, obwohl dies einige Wiederholungen unvermeidlich macht.

Die Beurteilung der Auswanderung konnte unter zwei grundsätzlich verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen: entweder im Hinblick auf das Schicksal der Auswanderer selber, oder auf die Folgen des Bevölkerungsverlustes für Wirtschaft und Gesellschaft des Ausgangslandes.

Fast durch das ganze 18. Jahrhundert hindurch und noch zu Beginn des 19. war die Auswanderung unter beiden Gesichtspunkten fast allgemein abgelehnt worden. Bei der ungenügenden Information über die neue Welt mußte sie allerdings dem Vorsichtigen als ein beträchtliches Risiko erscheinen; was über die Gefahren der Seereise, die – weit übertriebenen – Nachteile des Redemptioner-Systems und die Lebensbedingungen in den Grenzgebieten bekannt war, schien eine eher pessimistische Haltung zu rechtfertigen.

Weit wichtiger war jedoch, daß die Auswanderung auch als Unglück für den Staat betrachtet wurde. Die Bevölkerung galt unter allen Umständen als Reichtum einer Nation, ihre Verminderung war ein nach Möglichkeit zu vermeidender Verlust. Ein Recht des einzelnen auf Bewegungsfreiheit stand diesem Interesse des Staates gegenüber nicht zur Diskussion. Die logische Konsequenz dieser Haltung waren Auswanderungsverbote und abschreckende Maßnahmen, wie sie im Ancien Régime fast überall zur Anwendung kamen⁸⁰.

Der Wandel der Staatsauffassung ließ eine solche Politik im 19. Jahrhundert wenigstens im Aargau nicht mehr zu; das Recht zur freien Auswanderung wurde hier nicht bestritten⁸¹. Es ist überdies anzunehmen, daß in der schweren Krise der 1810er Jahre ein Bevölkerungsabgang nicht mehr als Unglück erschien, manche Gemeinden hielten ihn offenbar

⁸⁰ Beispiele dafür siehe z. B. bei LERCH, *Die bernische Auswanderung nach Amerika im 18. Jahrhundert*, ferner bei KARL ZBINDEN, *Die schweizerische koloniasatorische Auswanderung von 1767/69 nach der Sierra Morena in Spanien*.

⁸¹ Grundsätzliche Richtlinien der Regierung siehe oben S. 44 f.

bereits für wünschenswert. In den Werbeverböten und anderen Einschränkungen mag man vielleicht noch Reste der alten Abwehrhaltung erkennen, vor allem waren es aber doch die katastrophalen Verhältnisse im Transportwesen, die eine grundsätzlich positive Beurteilung der Auswanderung nicht zuließen und den Staat schließlich zu restriktiven Maßnahmen im Interesse der Auswanderer selbst zwangen⁸².

Auswanderung galt zwar nicht mehr als «staatsfeindlicher Akt», sie erschien aber immer noch als gewagtes, ja unsinniges Unternehmen, zu dem sich nur Verzweifelte und Leichtgläubige verleiten ließen.

Die folgenden Jahrzehnte widerlegten diese Ansicht. Die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten – dank besserer Information nun auch in der Schweiz leicht zu verfolgen –, vor allem aber die Berichte erfolgreicher Landsleute, wie zum Beispiel der Familie Köppli, ließen keinen Zweifel an den großen Möglichkeiten, die Amerika tatsächlich bot, während technische und organisatorische Verbesserungen die Gefahren der Reise verminderten. Bei der Betrachtung der Auswanderungsliteratur haben wir gesehen, daß die Chancen immer noch recht unterschiedlich beurteilt wurden; unter gewissen Voraussetzungen galt die Auswanderung aber doch fast allgemein als vernünftiges und erfolgversprechendes Unternehmen.

Unter diesen Umständen erschien eine mäßige aber stetige Auswanderungsbewegung begreiflich und unvermeidlich. Nicht selten wurde sie gerechtfertigt und sogar etwas idealisiert durch Hinweise auf die alt-eidgenössische Tradition der «Wanderlust» oder auf den säkularen Ausbreitungsprozeß der abendländischen Zivilisation, in den die Kolonisation der Griechen wie die Amerikawanderung der Schweizer einzuordnen sei⁸³.

Von solcher Betrachtungsweise war es nur ein kleiner Schritt zu der Forderung, der Staat habe das Mögliche dazu beizutragen, damit vernünftige Auswanderungen nicht an den Ränken gewinnsüchtiger Geschäftemacher scheiterten. In einfachen Schutzmaßnahmen des Staates wurde keine ungebührliche Begünstigung der Auswanderung mehr ge-

⁸² Wie schon erwähnt, sind auch die Konfiskationen von Briefen u.ä. vielleicht als Zeichen übermäßiger Skepsis, jedoch kaum als grundsätzliche Eingriffe in die Freizügigkeit zu werten. Siehe oben S. 37. Anmerkung 56.

⁸³ Bericht der Justizdirektion über die bevorstehende Konferenz mehrerer Stände über die Auswanderungsfrage, 22.7.1852, StAAG, IA Nr.5, 1854, Faszikel 119 a. Siehe auch Augustin Kellers Votum im Verfassungsrat, unten S. 160.

sehen, und das Prinzip war kaum bestritten, daß eidgenössische oder kantonale Behörden gegen die Übelstände im Transportwesen einzuschreiten hätten. Wieweit die staatliche Intervention gehen dürfe und müsse, darüber bestand allerdings gar keine Einigkeit; wir werden uns bei der Behandlung des Agenturwesens mit den vorgeschlagenen und ergriffenen Maßnahmen zu beschäftigen haben.

Für die quantitative Entwicklung der Auswanderung weit wichtiger, allerdings auch weit umstrittener, war die eigentliche materielle Förderung der Massenemigration durch den Staat und die Gemeinden. Auch sie konnte nach humanitären Kriterien beurteilt werden; die zentrale Frage war dann, ob man Angehörigen der sozialen Unterschichten mit der Bezahlung der Auswanderungskosten eine wirkliche Wohltat oder nur einen Bärenienst erweise.

Empörte Kritiker sahen in den «Abschiebungen» eine brutale Ausstoßung lästiger und hilfloser Glieder der Gesellschaft und verglichen sie unvorteilhaft mit den Militärkapitulationen:

«Wir fragen, was ist das für eine neue Werbkunst, die sich mit hilflosen Weibern, willenslosen Kindern und Säuglingen befaßt? ... Welche Werbung ist sittlicher und rühmlicher oder welche ist abscheulicher, diejenige lustiger Gesellen für den Krieg oder diejenige unschuldiger Hülflöser für das Elend?»⁸⁴

Allerdings kamen Vergleiche auch im gegensätzlichen Sinne vor:

«Hätten die Regierungen, statt Militärkapitulationen abzuschließen, im Laufe der letzten 50 Jahre Ansiedlungen in Amerika zu gründen gesucht, so hätte man jetzt blühende Kolonien, welche dem Mutterlande, statt Schande und Verderben und dem Racheruf der Völker, Ehre und Wohlfahrt bringen, dem Überfluß der Bevölkerung eine sichere Aufnahme und der bedrängten Industrie reichen Absatz darbieten würden.»⁸⁵

Auch wer wahllose Armenabschiebungen ablehnte, konnte doch glauben, daß schuldlos verarmten, an sich aber tüchtigen und arbeitsamen Familien oder arbeitslosen jungen Leuten mit der Auswanderung eine bessere Zukunft eröffnet werde, und nicht selten war die Ansicht, daß sie auch bei moralischer Schwäche das rechte Heilmittel sei.

«Diese, die Arbeitsfähigen, finden mittelst der Auswanderung gerade was sie bedürfen, wenn auch nicht immer suchen, nämlich Arbeit vollauf als unerläßliche Be-

⁸⁴ *Schweizerbote*, Nr. 38, 13. 2. 1855.

⁸⁵ Bericht der Justizdirektion, a. a. O.

dingungen des Lebens, und wenn sie dieser sich unterziehen, auch ein sicheres und in der Regel weit besseres Fortkommen als in der Heimath. Für Arbeitsscheue ist das Leben in Amerika die beste und wohlthätigste, für Gemeinden und Staat aber zugleich die wohlfeilste Zwangsarbeitsanstalt, wenn auch damit kein äußerer Zwang, einer Deportation oder Verbannung ähnlich, verbunden werden darf.»⁸⁶

Es ist klar, daß die Beurteilung der Auswanderungsförderung vom humanitären Standpunkt sehr verschieden ausfallen mußte, je nach der beobachteten oder vermuteten Praxis. Das Schicksal der Auswanderer hing eben doch weitgehend von ihren eigenen Fähigkeiten ab, und Skeptiker bezweifelten, daß nur qualifizierte Kandidaten unterstützt würden⁸⁷. Es bestand in der Tat die Gefahr, daß bei der Gewährung von Beiträgen nur die Interessen der Zurückbleibenden in Betracht gezogen wurden.

Auch in der theoretischen Erörterung der Auswanderungsförderung stehen meist deren volkswirtschaftliche Auswirkungen im Vordergrund. Es ist bezeichnend, daß wir Überlegungen dazu nicht nur in speziellen Schriften über dieses Thema finden, sondern auch in vielen allgemeinen Werken über das Problem des Pauperismus oder die Lage der Arbeiterschaft. Die Frage, wie der fortschreitenden Verarmung breiter Schichten Einhalt zu gebieten sei, gehörte zu den brennendsten der Zeit, und als eine der radikalsten Lösungen wurde die staatlich organisierte Massenauswanderung immer wieder erwogen.

Entscheidend für ihre Beurteilung war die Einstellung zum Begriff der Übervölkerung. Wo diese als objektiv feststellbarer Zustand und als wesentliche Ursache der Armut galt, wurde gewöhnlich auch die planmäßige Verminderung der Bevölkerung konsequenterweise als Mittel zur Abhilfe gefordert.

An dieser zentralen Frage schieden sich die Geister schon bei einer der frühesten öffentlichen Diskussionen über die Auswanderungsförderung, im Rahmen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, die für ihre Jahresversammlung von 1829 Äußerungen erbeten hatte zu dem Thema: «Ist es wünschenswerth, zur Verminderung der Armuth in der Schweiz, daß für die Errichtung von Colonien in fremden Ländern gesorgt werde, und welches möchten hierzu die zweckmäßigsten Mittel

⁸⁶ Die Auswanderungsfrage. Bericht des Aargauischen Regierungsrathes. Dem Großen Rathe erstattet den 17. Mai 1854, S. 7.

⁸⁷ Siehe dazu auch die Diskussion im Verfassungsrat, unten S. 158 ff.

sey n ?»⁸⁸ Die Debatte, sowohl in den eingesandten schriftlichen Arbeiten, wie an der Versammlung selbst, ging vor allem um die grundsätzliche Frage, ob Armut überhaupt durch Entfernung der Armen zu bekämpfen sei. Unter 10 Einsendern von Beiträgen hielten 5 eine Übervölkerung wenigstens in dem Sinne für gegeben, als zur Zeit die Erwerbsmöglichkeiten nicht mehr im Verhältnis zur Bevölkerung stünden und damit deren Verringerung wünschenswert, ja notwendig geworden sei. Nur zwei Einsender lehnten die Bekämpfung der Armut durch Auswanderungsförderung der hohen Kosten wegen gänzlich ab; die übrigen drei sahen darin kein Mittel zur endgültigen Lösung des Pauperismusproblems, wohl aber ein Palliativ, um in akuten Notzeiten eine vorübergehende Entlastung zu erreichen. In der Versammlung selbst wurde wieder die Frage der Übervölkerung diskutiert, bis auf die Nuance, ob dieser Ausdruck erst gerechtfertigt sei bei Unterschreitung des physischen Existenzminimums oder schon bei einem geringeren Grade der Verarmung. Genauere Betrachtung zeigt, daß die beiden Parteien sich insofern fast einig waren, als sie ein Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Bevölkerung als Ursache der Not betrachteten; sie wichen jedoch darin voneinander ab, welche der beiden Größen sie für leichter korrigierbar hielten.

Den Verfechtern der Übervölkerungsthese und Befürwortern der Auswanderung erschienen die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Produktionskapazität der Gesellschaft und vielleicht auch die Einkommensverteilung als gegebene, wenigstens kurzfristig nicht zu beeinflussende Größen, denen sich die Bevölkerung anzupassen habe. Ihre Gegner betrachteten die Bevölkerung als gegeben und zu akzeptieren; die Armennot war nach ihrer Meinung nur durch Förderung der Wirtschaft zu bekämpfen, durch Einführung neuer Industrien und Urbarisierung ungenutzten Landes einerseits, bessere Schulung und Berufsausbildung, also Hebung der Produktivität, andererseits.

Die letztere Alternative führt bereits nahe an die ebenfalls häufig vertretene Ansicht, daß die Armut nicht ein Problem der ökonomischen

⁸⁸ C. BRUNNER, Bericht über die Bearbeitung der Frage: Ist es wünschenswert, zur Verminderung der Armuth in der Schweiz, daß für die Errichtung von Colonien in fremden Ländern gesorgt werde, und welches möchten hierzu die zweckmäßigsten Mittel seyn? *Neue Verhandlungen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft*, Zürich 1829. Siehe dazu auch Natsch, S. 82 f. Dort auch Angaben über andere Diskussionen im Rahmen der Gesellschaft.

Struktur, sondern der Moral sei. Tatsächlich fehle es nicht an Verdienstmöglichkeiten, sondern nur am Willen und an der Energie, diese zu nützen und zugleich den Konsum auf das Nötige zu beschränken. Auch aus dieser Anschauung, daß Luxuskonsum und Trägheit die Wurzeln der Armut seien, ergab sich in der Regel – jedoch nicht immer – die Ablehnung der Auswanderungsförderung.

Einige kleine Beispiele mögen zeigen, wie im einzelnen für und gegen die Unterstützung der Auswanderung argumentiert wurde.

Die Hoffnungen der optimistischen Auswanderungsfreunde faßte eines der besten Referate folgendermaßen zusammen:

«Die Einen erblicken in der Auswanderung für die Heimat nur günstige Folgen; sie sagen, der Übervölkerung werde gesteuert, durch den regelmäßigen und bedeutenden Abfluß der Arbeiter steige das Begehren nach Arbeit, der Lohn werde auch für die Zurückbleibenden erhöht, der Pauperismus vermindert.»⁸⁹

Dem wurde vor allem entgegengehalten, daß Industrie und Gewerbe aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit kaum viel höhere Löhne zahlen könnten, daß außerdem jeder Lohnanstieg und auch jede Verbilligung des Bodens einerseits zu früheren Heiraten und rascherer Vermehrung, andererseits zu verstärktem Zustrom fremder Arbeitskräfte führe, was die Auswanderung binnen kurzem kompensiere⁹⁰.

Gleichzeitig wurde allerdings von anderer Seite geltend gemacht, daß der Entzug von Arbeitskräften der Wirtschaft gefährlich werden könne:

«... es geht noch manche frische, tüchtige Arbeitskraft mit; diese aber wird von unserer Industrie, die eine so heiße Konkurrenz zu bestehen hat und sich nur durch verhältnismäßig niedrige Arbeitslöhne aufrecht erhalten kann, schwer vermißt werden.»⁹¹

Mit Recht konnte man schließlich darauf hinweisen, daß gerade die Industrie von der Auswanderung relativ wenig betroffen wurde:

⁸⁹ J.L. SPYRI, Die schweizerische Auswanderung, in *Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit IV*, Zürich 1865, S. 311.

⁹⁰ EDUARD SULZER, *Ein Beitrag zur Lösung einer der wichtigsten Fragen unserer Zeit*, Zürich 1852, S. 51. Vortrag der (bernischen) Direktion des Innern an den Regierungsrath zu Handen des Großen Rathes über die Angelegenheit der Auswanderung vom 15. 10. und 6. 11. 1848, Bern, S. 24/25.

⁹¹ HULDREICH SEIFERT, *Die Verarmung, ihre Ursachen und Heilmittel*, St. Gallen/Bern 1855, S. 73.

«Faßt man diese Klasse der Auswanderer oder derjenigen in's Auge, welche die größte Neigung hiezu zeigen, so findet man gewöhnlich kleine verschuldete Landwirthe, dann Handwerker und erst in dritter Linie eigentliche Fabrikarbeiter, Weber, Spinner usf.»⁹²

Der Einwand, mit der Auswanderungsförderung würden die falschen Leute entfernt, ist sehr oft zu hören, er war aber nicht immer gleich gemeint. Der Berner Direktor des Innern, Schneider, fürchtete eine «Verschlechterung» der Bevölkerung:

«... die zurückgebliebene Hauptmasse würde einerseits an Kapitalien und arbeitskräftigen Menschen ärmer, an Bedürftigen verhältnismäßig reicher werden, indem hauptsächlich Erwachsene aus dem Mittelstand, dagegen weniger Kinder und ganz Arme auswandern.»⁹³

Der Polizeidirektor Künzi teilte diese Auffassung, daß gerade Taugenichtse, Vaganten und Unterstützte nicht auswanderten, sondern nur Leute mit etwas Kapital und Willen zur Arbeit⁹⁴.

Von einem Gegner der Auswanderung stammt aber auch die folgende Äußerung:

«Eines darf als gewiß vorausgesetzt werden, daß, einzelne Exzentrizitäten ausgenommen, Leute nicht auswandern werden, die im Vaterlande mit Rücksicht auf ihr Vermögen oder sonstigen Erwerb ein gutes oder doch hinreichendes Auskommen finden.»⁹⁵

Ein Einsender im *Schweizerboten* fand gar, mit den Auswanderungshilfen habe man

«... alle Kräfte und Hilfsmittel verschwendet an Zehntausende, die dem Staate nie was genützt haben und nie nützen werden. ... Die Taugenichtse sind Alles werth, die Tauglichen und Würdigen des Landes dagegen Nichts!»⁹⁶

Mit der Unterstützung der Auswanderung fördere man in Wahrheit den Müßiggang:

«Seit die Überschiffung der Armen Mode geworden ist, hat der Leichtsinns der Armen sicher eher zu- als abgenommen; auch bei ihnen wird es allgemach Mode, «das Amerika-gehen» als den letzten und zudem noch den besten Trost zu betrachten, da heißt es:

⁹² Sulzer, a. a. O., S. 48.

⁹³ Vortrag der Direktion des Innern, a. a. O., S. 23.

⁹⁴ Zitiert bei Gruner, S. 49.

⁹⁵ Sulzer, a. a. O., S. 52.

⁹⁶ *Schweizerbote*, Nr. 41, 17. 2. 1854.

laßt uns leben, wie's uns beliebt und so lang es gehen mag, man schickt uns dann nach Amerika, und je toller wir's treiben, desto eher geschieht's.»⁹⁷

Um die Jahrhundertmitte wurden die Gegner an Zahl und an Lautstärke wohl von den Befürwortern einer staatlich geleiteten und unterstützten Auswanderung übertroffen. Diese waren überzeugt, daß wenigstens die Auswanderer selbst ihre Lage um vieles verbessern würden und hielten in diesem Sinne eine Unterstützung für menschlich vertretbar, wenn nicht sogar geboten. Daß massenhafte Auswanderung die Armenfrage endgültig lösen werde, glaubten nur wenige⁹⁸; die meisten Befürworter betrachteten sie vielmehr als ein Mittel zur Erleichterung in Ausnahmesituationen. So schrieb 1852 der Berner Direktor des Innern, Fischer:

«Übrigens aber können wir hier nicht genug hervorheben, daß wir die Vorzüge oder Nachtheile der Auswanderung in ihrer Allgemeinheit und als Prinzipienfrage gar nicht ins Auge zu fassen gedenken. Nein, wir betrachten dieselbe einfach vom Gesichtspunkte der Opportunität und momentanen Nothwendigkeit aus, denn wir befinden uns in außergewöhnlichen Übergangszuständen; es handelt sich um die besonderen, auf diese Ausnahmszustände passenden Mittel, um Wiederherstellung eines vielfach gestörten Gleichgewichtes, um die Vermittlung von Gegensätzen, auf welche weder ein gewöhnlicher Maßstab, noch eine gewöhnliche Berechnung passen.»⁹⁹

Schon Fischers Vorgänger, der die eigentliche Übervölkerungsthese und damit den Nutzen einer dauernden forcierten Auswanderung in einem wohlfundierten Referat energisch bestritten hatte, zählte eine Reihe von Fällen auf, in denen die Auswanderungsförderung zu verantworten sei:

- a. wo ein volksthümlich betriebenes Hausgewerbe, ein oder mehrere Industriezweige durch die übermäßige Konkurrenz auswärtiger Großfabriken und Maschinen, oder
- b. wo durch ein Naturereignis sonstige fruchtbare Gegenden auf immer oder längere Zeit auf einmal zerstört wurden und die Bewohner ins tiefste Elend gerathen;
- c. wo die Armuth, das Elend und die Demoralisation durch Generationen vom Vater auf Sohn erblich geworden und ungeachtet den größten Anstrengungen der Gemeinden und des Staats, durch die zu Gebote stehenden Mittel dem Übel nicht gesteuert werden kann, und endlich
- d. in allen denjenigen Fällen, wo in Folge größerer Geld- und Gewerbekrisen, der Verdienst der arbeitenden Klasse mehr oder weniger anhaltend leidet und ihre Existenz bloß gestellt ist.»¹⁰⁰

⁹⁷ a. a. O.

⁹⁸ Ein Beispiel für diesen Optimismus siehe unten S. 148.

⁹⁹ Vortrag der (bernischen) Direktion des Innern, usw., vom 10. 7. 1851, S. 3.

¹⁰⁰ Vortrag der Direktion des Innern 1848, S. 24.

Die Auswanderungsförderung ist denn in der Tat auch ein Phänomen der Krisenzeit geblieben. In den Notjahren um die Jahrhundertmitte kümmerten sich die Gemeinden wenig um prinzipielle Erwägungen; maßgebend für sie war die einfache Rechnung, die der Reigoldswiler Pfarrer Johann Rudolf Linder 1854 vor der Gemeinnützigen Gesellschaft am Beispiel des Kantons Luzern demonstrierte:

«Die Ausgaben für Unterstützungen von Seite des Staats und der Gemeinden – ungerechnet die Leistungen der Privatwohlthätigkeit – belaufen sich auf die Summe von 576560 Fr. a. W., was auf die Person circa 40 Fr. n. W. ausmacht, oder ein Kapital repräsentiert von 1000 Fr. Eine Auswanderungssteuer von 2–300 Fr. würde aber hinreichen und die übrigen 7–800 Fr. des Kapitals blieben zurück.»¹⁰¹

Nach dieser Rechnung lohnte es sich, eine Auswanderung zu finanzieren, wenn der Betrag, den ein Armer zur Bestreitung der Reisekosten brauchte, kleiner war als der Kapitalwert der von ihm voraussichtlich beanspruchten jährlichen Unterstützungen.

Es wird an vielen Beispielen zu belegen sein, wie in den Gemeinden tatsächlich Auswanderungskosten und Armenunterstützungen gegeneinander abgewogen wurden.

Ein Thema für sich bilden die zahlreichen, wenn auch nur selten realisierten Projekte zur gemeinsamen Ansiedlung ganzer Gesellschaften. Die meisten davon sahen den Ankauf eines größeren Landtraktes zur Gründung einer geschlossenen Niederlassung vor¹⁰². In manchen Fällen wurde kein philanthropischer Zweck erstrebt, sondern es sollte einfach das Risiko der individuellen Auswanderung durch den Zusammenschluß unter fähiger Leitung vermindert und eine günstige Umgebung für den Neuling geschaffen werden. Bei Unternehmen dieser Art, etwa dem Berner Verein von 1819, der Gesellschaft von Dietsch oder der später gegründeten Kolonie Bernstadt in Kentucky, mußten die Teilnehmer über einige Mittel verfügen, um ihren Beitrag an Landkauf und Administrationskosten leisten zu können¹⁰³. Die Organisationsform variierte

¹⁰¹ JOHANN RUDOLF LINDER, Referat über die Auswanderungsfrage, *Verhandlungen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft 1854*.

¹⁰² Zu Beginn des Jahrhunderts hatte noch die Hoffnung bestanden, zu solchen Zwecken Kongreßland geschenkt zu erhalten. Ein Grundsatzentscheid des Kongresses hatte jedoch die Gründung geschlossener nationaler Kolonien abgelehnt und die rasche Verteilung und Assimilation der Einwanderer für wünschbar erklärt. Vgl. MARCUS L. HANSEN, *Der Einwanderer in der Geschichte Amerikas*, Stuttgart 1948, S. 104 ff.

vom Kommunismus Dietschs oder der französischen Ikarier bis zu ganz lockeren Verbänden für die gemeinsame Reise¹⁰⁴.

Spektakulärer waren die Projekte, welche mit Hilfe privater Investoren und Gönner oder auch des Staates größeren Gruppen von Armen die Übersiedlung und Niederlassung ermöglichen sollten. Die vielleicht einzige, jedenfalls aber bedeutendste Koloniegründung dieser Art war die von New Glarus durch den sogenannten glarnerischen Auswanderungsverein. Bemerkenswert daran war vor allem, daß der genannte Verein nicht eine Gesellschaft Privater, sondern ein Zusammenschluß mehrerer Gemeinden zur Versorgung ihrer Armen war. Der Verlauf dieser Auswanderung und die Entwicklung der Ansiedlung sind schon mehrfach dargestellt worden, so daß eine Wiederholung sich erübrigt¹⁰⁵.

Auffallend ist, daß man offenbar nirgends, auch nicht im Aargau, daran dachte, das Glarner Beispiel nachzuahmen. Anscheinend wurde das Unternehmen von den Zeitgenossen wenigstens anfänglich als völliger Fehlschlag betrachtet, vielleicht, weil während der ersten schwierigen Jahre keine Rückzahlungen an die Gemeinden gelangten, wahrscheinlich aber vor allem, weil New Glarus tatsächlich nicht wie erwartet für alle später auswandernden Glarner zu einer sicheren Zuflucht wurde. Immerhin war es ungerechtfertigt, wenn die aargauische Regierung von «Versuchen» sprach, «wie sie namentlich Glarus zu seinem und der Seinigen Schaden gemacht...»¹⁰⁶

Mehr Beachtung als diese doch recht erfolgreiche Gründung fand ein nie realisiertes Projekt, das um dieselbe Zeit in Genf entstand. Initiant

¹⁰³ Zum Berner Verein und zu Dietsch siehe Kapitel 3. Zu Bernstadt vgl. OTTO BRUNNER, *Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten Nord-Amerikas, amerikanische landwirtschaftliche Verhältnisse und ein neues Ansiedlungsprojekt*, Bern 1881; ferner PAUL SCHENK, *Die Kolonie Bernstadt in Laurel Co., Kentucky, am Beginne ihres sechsten Lebensjahres*, Frankfort, Ky., 1886.

¹⁰⁴ Über die Ikarier siehe oben S. 96, Anmerkung 48.

¹⁰⁵ Siehe vor allem DIETER BRUNNSCHWEILER, *New Glarus (Wisconsin): Gründung, Entwicklung und heutiger Zustand einer Schweizerkolonie im amerikanischen Mittelwesten*, Diss. Zürich 1954; LEO SCHELBERT (ed.), *New Glarus 1845–1970, The Making of a Swiss American Town*, Glarus 1970; *Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus* 63 (1970).

¹⁰⁶ Bericht des Regierungsrates, a. a. O., S. 11; es gab daneben allerdings auch positivere Stimmen, so zitierte der *Schweizerbote*, Nr. 14, 13. 1. 1852, einen Brief, in dem es heißt: «Wir haben zwar kein Geld, aber auch keine Schulden und keine Arme und Lebensmittel im Überfluß. Wir wünschen uns nicht heim, so lieb uns die Heimath ist.»

war ein gewisser G. C. S. Morhard, der in den vierziger Jahren eine ganze Reihe von sozialpolitischen Schriften und mehrere Pläne für die Übersiedlung von Armen nach Amerika veröffentlichte, u. a. auch einen ins Deutsche übersetzten *«Agentur-Plan für die Aufnahme, Leitung und Unterbringung der Europäischen Proletarier in Nordamerika»*.¹⁰⁷ Der Plan braucht uns hier im einzelnen nicht zu beschäftigen, doch zeigen einige Stellen daraus, daß Morhard trotz anscheinend kühl geschäftlicher Anlage seiner Projekte tatsächlich eher zu den Schwärmern zu rechnen war. So erhob er kühn den Anspruch, die soziale Frage in Europa in kurzer Zeit lösen zu können, wenn man ihm die nötigen Mittel zur Ausführung seiner Pläne gebe, während andernfalls eine gewaltige Revolution die gesamten Besitzverhältnisse umstürzen werde. Weit entfernt von der amerikanischen Wirklichkeit blieben solche Passagen, wie die über die Wahl des richtigen Niederlassungsortes. Da wurde dem robusten Charakter der rauhe Nordwesten empfohlen, den *«poetischen und empfindsamen Naturen»* aber der warme Süden.

«Die Wälder und die Gebirge Virginians und der benachbarten Staaten können also heute einen Zufluchtsort diesen auserlesenen und glücklicherweise noch zahlreichen Naturen darbieten, die von dem Gedanken und von der Poesie leben, und des gemeinen und abschreckenden Materialismus in Europa und anderswo überdrüssig sind. Am Abhänge der Alleghanischen und Apalachischen Gebirge können, unter dem weisen Schutz der amerikanischen Gesetze, diejenigen ihr Zelt errichten, welche mit Lamartine und J. J. Rousseau von ihren jungen Jahren an sich eine Hütte, ein kleines Feld im Schatten des Waldes, die Poesie und die Freiheit der Einöde mit einer Freundin und mit Gott geträumt haben.»¹⁰⁸

Es wundert nicht, daß Morhard mit solchen Vorstellungen bei den angesprochenen *«Kapitalisten»*, die sein Unternehmen hätten finanzieren müssen, auf wenig Vertrauen stieß. Trotzdem gelang es ihm, 1847 einen Verein zu gründen, der sich *«Allgemeine Gesellschaft gegenseitiger Unterstützung für Auswanderung und Kolonisation»* nannte, und der zur Ausarbeitung der Statuten ein *«Provisorisches Comité»* mit zum Teil recht prominenten Mitgliedern aufstellte¹⁰⁹.

¹⁰⁷ Genf 1846. Eine frühere Broschüre ist besprochen bei Natsch, S. 96 ff.

¹⁰⁸ *Agentur-Plan*, a. a. O., S. 10.

¹⁰⁹ Es gehörten ihm u. a. an: Albert F. J. Galeer, maßgebliches Gründungsmitglied des Grütlivereins; Ch. T. J. Fauconnet, Botaniker und Chefarzt des Genfer Spitals, Mitglied des Verfassungsrates und des Großen Rates; Marc André Olivet, Mitglied des Conseil Administratif und späterer Ordinarius für Psychologie usw.

Auf die 44 Paragraphen umfassenden Statuten können wir hier nicht näher eintreten. Als Zweck der Gesellschaft wurde erklärt:

«... die Auswanderung und Kolonisation, vorzüglich in Amerika, zu organisieren und Theilnehmern die nöthigen Mittel zur Auswanderung darzubieten.»

Von den Mitgliedern wurde die Leistung eines Monatsbeitrags von einem Franken während 15 Jahren, also ein Gesamtbeitrag von 180 Franken gefordert. Es steht zu vermuten, daß schon die Zeitgenossen dem Mißverständnis verfielen, daß mit diesem Beitrag der Teilnehmer die Übersiedlung nach Amerika bezahle¹¹⁰. Dem war keineswegs so, vielmehr erwarb er sich damit nur das Recht, von den durch die Leitung zu organisierenden günstigen Reisegelegenheiten zu profitieren und in Amerika von den dortigen Vertretern des Vereins «untergebracht» zu werden, d. h. entweder einen Arbeitsplatz vermittelt zu erhalten oder in eine noch zu gründende geschlossene Kolonie eintreten zu dürfen. Die im zweiten Teil des Zweckparagraphen erwähnte Darbietung der nötigen Mittel war offensichtlich nur als Gewährung von Vorschüssen in Ausnahmefällen gedacht; in § 30 hieß es:

«Nach Abzug der Verwaltungskosten wird das Einkommen der Gesellschaft für die Bezahlung der Reise derjenigen Mitglieder, die die nöthigen Mittel dazu nicht haben, so wie zur Erleichterung ihrer Ansiedlung verwendet.»

Die Empfänger solcher Vorschüsse hatten sowohl vor der Abreise, wie auch gleich nach der Ankunft in Amerika ihre Schuldverpflichtung rechtskräftig zu anerkennen und die erhaltene Summe so bald wie möglich zurückzuzahlen. Es ist offensichtlich, daß der Verein als rein genossenschaftliche Organisation keinen großen Anreiz bieten konnte. Die Mehrheit seiner Mitglieder hätte in der Lage sein müssen, sowohl den Vereinsbeitrag, wie auch die Übersiedlungskosten zu bezahlen; erst nach Eingang vieler Beiträge hätte dann vielleicht eine Minderheit von Unbemittelten Vorschüsse erhalten können. Der ganze Plan gründete auf der Hoffnung, daß aus öffentlichen Geldern von Anfang an ein genügender Kapitalstock zur Verfügung gestellt werde, um auch größeren Zahlen von Armen die baldige Auswanderung zu ermöglichen.

¹¹⁰ Natsch, S. 97 f., erwähnt, daß sogar Gemeinden ihre Armen mit einer Einschreibgebühr von 3 Franken loszuwerden hofften. Allerdings ist die Frage der Transportfinanzierung auch in seiner Darstellung nicht ganz geklärt.

Ein Jahr nach seiner Gründung veröffentlichte das provisorische Comité ein Memorandum über seine bisherige Arbeit¹¹¹.

Bei allen grundsätzlichen Einwänden muß man zugestehen, daß der Ausschuß nicht überstürzt, sondern recht vorsichtig und verständig zu Werk gegangen war. Er hatte zunächst in Amerika Auskünfte über die häufigsten Schwierigkeiten der neuen Ansiedler eingezogen, die einen recht zuverlässigen Eindruck machen. Sein vorläufiges Kolonieprojekt mutet allerdings recht abenteuerlich an, doch waren sich die Verantwortlichen selber klar darüber, daß noch eine gründliche Prüfung notwendig sei. Die Besonderheit des Plans bestand darin, daß ein möglichst enger Zusammenhalt der Kolonie durch die Ansiedlung in einer möglichst abgelegenen Gegend, «in Mitte wilder Völkerschaften» erzielt werden sollte. Vorgesehen war ein Gebiet im westlichen Teil des heutigen Staates Nebraska, das durch seine Lage am vielbenützten «Oregon Trail» günstig erschien. Dahinter stand zwar die richtige Einsicht, daß die größte Gefahr für jede gemeinsame Ansiedlung das rasche Auseinanderlaufen der Teilnehmer war; die aargauische Armenkommission sah aber sicher klarer, wenn sie in ihrem Gutachten feststellte, daß die Sicherung gegen die Indianer und die Aufrechterhaltung der Verbindungen mit dem Osten eine junge Kolonie viel zu stark belasten würden¹¹².

Die Mitglieder des Comité's mußten selbst bald einsehen, daß ihr Projekt keine Aussicht auf Verwirklichung hatte, da außer der schaffhausischen Regierung wohl keine Behörde Neigung zur Unterstützung zeigte¹¹³.

Bemerkenswert und kennzeichnend für die Stimmung der Zeit ist aber, daß die Pläne des Genfer Comité's in der ganzen Schweiz und gerade in den unteren Schichten des Volkes mit lebhaftem Interesse verfolgt wurden¹¹⁴. Aus dem Aargau besitzen wir mehrere Zeugnisse für dieses starke Interesse. Mitte Mai 1848 erhielt das Bezirksamt Zurzach einen anonymen Brief des Inhalts, daß ein Fabrikarbeiter von Waldshut und ein Webergeselle von Tiengen sich als Agenten der Genfer Gesellschaft ausgäben

¹¹¹ *Mémoire du Comité provisoire de l'Association générale de Secours mutuel pour l'Emigration et la Colonisation organisée*, Genf 1848.

¹¹² Bericht vom 30. 1. 1849, StAAG, IA Nr. 5, Faszikel 119 a.

¹¹³ Die Schaffhauser Regierung trat in einem Schreiben an den eidgenössischen Vorort vom 31. 7. 1848, das auch den Mitständen zur Kenntnis gebracht wurde, sehr dringlich für eine Förderung der Auswanderung ein und berief sich dabei ausdrücklich auf das Genfer Projekt, StABS, Auswanderung A, 1848–1853.

¹¹⁴ Natsch, a. a. O.

und von andern Arbeitern betrügerischerweise Beiträge entgegennähmen. Am kommenden Sonntag wollten die beiden nun bei dem Auswanderungsspediteur Deppeler in Tegerfelden eine große Versammlung abhalten, dabei allen Interessenten eine Anzahlung von 3 Franken abnehmen und damit verschwinden¹¹⁵. Der Bezirksamtmann ordnete seinen Schreiber und einen Landjäger ab, um notfalls betrügerische Machenschaften zu verhindern. Die Versammlung fand denn auch tatsächlich statt; sie erhielt bedeutenden Zulauf von Pilgern aus der badischen Nachbarschaft, die eine bei Tegerfelden gelegene Wallfahrtskapelle aufgesucht hatten. Es konnte jedoch keine Rede davon sein, daß die 200 bis 300 Anwesenden betrogen werden sollten. Der Leiter, Schneidermeister Feltheim von Tiengen, gab sich keineswegs als Agent der Genfer Gesellschaft aus, sondern war seinerseits einfach an deren Plan interessiert und suchte weitere Anwärter. Nach Verlesung der Statuten der Gesellschaft wählte die Versammlung drei Abgeordnete, die genauere Auskünfte einholen sollten, unter anderen den als Beobachter entsandten Amtsschreiber, der die Wahl allerdings ablehnte. Damit die Abgeordneten nach Genf fahren konnten, steuerten die Anwesenden je 3 Batzen an die Reisekosten bei¹¹⁶.

Erst nachträglich kam die ganze Angelegenheit der Regierung zu Ohren, und zwar durch die Klagen von Vätern aus dem badischen Grenzgebiet, die behaupteten, daß Deppeler ihre Söhne zur Auswanderung anwerbe. Eine bereits angekündigte weitere Versammlung wurde sofort verboten, auf den beruhigenden Bericht des Bezirksamts hin jedoch die Bewilligung für später versprochen. Trotz dem Verbot, vielleicht auch in Unkenntnis desselben, versammelte sich am vorgesehenen Tage wieder eine beträchtliche Schar, die sich aber in aller Ruhe auflöste, als der Amtmann den Erlaß der Regierung verkündete.

Ärger erregte dagegen die Anwesenheit einiger Aufseher der Spinnereien Bébié, Solivo und Kunz, die ihre Zufriedenheit über das Verbot nicht verhehlten. Die zahlreich vertretenen Arbeiter aus diesen Betrieben meinten darauf, sie merkten wohl, daß ihre Herren da geriegelt hätten; sie ließen sich aber nicht binden und würden trotzdem ihren Verdienst in einem andern Land suchen¹¹⁷. Unter den Arbeitern bestand offenbar

¹¹⁵ Brief vom 17. 5., StAAG, IA Nr. 5, 1848, Faszikel 25.

¹¹⁶ Bericht des Bezirksamtes an die Direktion des Innern vom 1. 6. 1848, a. a. O.

¹¹⁷ Bericht des Bezirksamtes vom 5. 6., IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

der gelegentlich in der Auswanderungsdiskussion geäußerte Verdacht, daß Industrielle aus ihrem Interesse an einer zahlreichen und billigen Arbeiterschaft Auswanderungen zu hintertreiben suchten. Genauere Belege für diese Annahme haben wir allerdings in unserem Falle nicht.

Auf das Gesuch des Gemeindeammanns von Windisch, eines der Abgeordneten, wurde dann eine Informationsversammlung in dieser Gemeinde bewilligt. Die Abordnung bezirksamtlicher Beobachter war zunächst vorgesehen, doch verzichtete man selbst darauf, als der Ammann mitteilte, bei der Versammlung werde nur angekündigt, daß das Genfer Projekt keinen soliden Hintergrund habe und keine Gelegenheit zur Auswanderung eröffne; die Anwesenheit von Beamten hätte unter diesen Umständen nur unnötiges Aufsehen erregt¹¹⁸. Trotz diesem Mißerfolg wurde das Genfer Projekt noch nicht vergessen. Noch im Februar 1849 richteten 76 im badischen Brombach angesessene Aargauer Fabrikarbeiter einen Brief an die Regierung ihres Heimatkantons, in dem sie um Unterstützung zur Teilnahme an der Kolonisation eines Herrn «Mohrhart» in Genf ersuchten. Das Schreiben zeugt zwar mit einer Unzahl von orthographischen und grammatischen Fehlern für die mangelhafte Schulbildung des Verfassers, besticht aber zugleich durch einen recht eindringlichen Stil und läßt durch Zitate, Literaturhinweise und theoretisch-ökonomische Argumentationen auf eine für einen Arbeiter außerordentliche Belesenheit schließen¹¹⁹.

Wir haben keinerlei Beweise dafür, daß die propagandistische Wirkung des Genfer Planes oder ähnlicher Projekte unmittelbar Auswanderungen veranlaßt hätten. Angesichts des manifesten regen Interesses darf aber doch vermutet werden, daß nicht wenige den Gedanken an die Auswanderung nicht mehr aufgaben und auch ohne Hilfe einer Gesellschaft zu seiner Verwirklichung schritten. Es ist auch nicht auszuschließen, daß die Bereitschaft mancher Gemeinden zur Gewährung von Auswanderungsunterstützungen durch die Diskussion solch optimistischer Pläne in der Öffentlichkeit gehoben wurde.

¹¹⁸ Korrespondenz mit Ammann Keller, IA Nr. 5, 1848, Faszikel 32.

¹¹⁹ Brief vom 8. 2. 1849, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a. Der Verfasser ist aus dem Text nicht erkenntlich; vielleicht handelt es sich um den mitunterzeichneten Jakob Widmer von Oftringen. In Brombach bestand seit 1838 eine Baumwollfabrik, weitere befanden sich in den umliegenden Ortschaften. Die Aargauer dürften in einem oder mehreren dieser Betriebe beschäftigt gewesen sein.

5. Die Haltung der Kantonsbehörden

Man mag fragen, wieweit es berechtigt sei, die Haltung staatlicher Stellen überhaupt zu den Voraussetzungen der Auswanderung zu zählen. Sehr oft erfolgten ja Stellungnahmen und Interventionen der Behörden erst als Reaktion auf eine spontane Auswanderungsbewegung; die verschiedenen Verordnungen während der Welle 1816/17 sind dafür typische Beispiele. Auch später waren es oft erst besondere Mißstände, die eine nähere Beschäftigung mit dem Auswanderungswesen forderten. Wenn wir aber vorgreifend feststellen, daß für den Umfang der aargauischen Auswanderung die Unterstützungstätigkeit der Gemeinden von maßgeblicher Bedeutung war, so erscheint auch die Politik der Regierung nicht mehr als reine Reaktion. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die kommunale Auswanderungsförderung nie so große Ausmaße erreicht hätte, wären die Gemeinden nicht im voraus der Billigung, ja der Unterstützung der übergeordneten Instanzen sicher gewesen. Allerdings muß betont werden, daß in dieser Frage weniger denn je ein einfacher Rückschluß auf die Verhältnisse in andern Kantonen gestattet ist. Kaum irgendwo hat sich die Regierung so intensiv mit der Auswanderungsfrage befaßt, oder ihr so positiv gegenübergestanden¹²⁰.

Nach der großen Welle von 1817 und nach der bemerkenswerten, in ihren Resultaten aber eher enttäuschenden Teilnahme an dem großen Brasilienprojekt hatte die Auswanderungsfrage lange Zeit stark an Aktualität verloren, so daß sich eine eindeutige Stellungnahme der Behörden erübrigte. Wie bereits gezeigt wurde, hat die Regierung der Restauration aber keine Neigung gezeigt, zu den grundsätzlichen Auswanderungsverboten des Ancien Régime zurückzukehren.

Zu Beginn der dreißiger Jahre wurde vorübergehend die Auswanderungsfreiheit etwas beschränkt, was jedoch nicht als Ansatz zu einer prinzipiell restriktiven Politik der neuen regierenden Kreise zu deuten ist. Grund für die Einschränkungen waren zuerst die Wirren im Kanton, die ein Auswanderungsverbot für Milizpflichtige veranlaßten, dann die Mahnungen französischer Amtsstellen wegen des übermäßigen Andrangs in den Hafenstädten.

Auch aus den frühen vierziger Jahren kennen wir nur einige Ermahnungen gegen die leichtsinnige Auswanderung, besonders im Zusammen-

¹²⁰ Zur Haltung der andern Kantone vgl. Natsch.

hang mit der Algerienkolonisation. Eine Beteiligung am Projekt von Dietsch lehnte die Regierung allerdings ab; vielleicht hat der ideologische Hintergrund des Unternehmens zu dieser Haltung beigetragen, es bestanden aber auch grundsätzliche Bedenken gegen die Gründung geschlossener Kolonien.

Die rasche Zunahme der Auswanderung und vor allem die wachsende Unterstützungstätigkeit der Gemeinden forderten dann auch von den kantonalen Behörden eine intensivere Beschäftigung mit der Auswanderungsfrage. Von 1845 an haben der Gesamtregierungsrat und verschiedene Departemente, wie auch die Kommissionen des Großen Rates ihre Haltung in mehreren Berichten erläutert.

Der Übersicht halber sollen zunächst die grundsätzlichen Äußerungen der verschiedenen Instanzen und dann erst die tatsächlich ergriffenen praktischen Maßnahmen behandelt werden.

So wenig wie in früheren Jahrzehnten dachten die aargauischen Behörden nach 1845 daran, der Auswanderung ernsthafte Hindernisse in den Weg zu legen; vielmehr ging es jederzeit um die Frage, ob der spontanen Auswanderung einfach ihr Lauf zu lassen sei oder ob der Staat schützend, vielleicht gar fördernd eingreifen habe. Im Rechenschaftsbericht pro 1845 wies die Direktion des Innern erstmals auf die positiven Aspekte der Auswanderung hin; ihre Unterstützung sei als Mittel gegen die Übervölkerung wenigstens der Erwägung wert; ohne Aufsicht und Hilfe des Staates könnten zudem allzuvielen Auswanderer verarmt heimkehren¹²¹.

Im November 1848 befaßte sich die Armenkommission in einem ausführlichen Bericht über die Ursachen der Geldnot mit der Auswanderungsfrage¹²². Wie in den theoretischen Diskussionen stand auch hier die Frage nach der Übervölkerung im Mittelpunkt. Im Sinne eines Mißverhältnisses zwischen Bevölkerung und Erwerbsquellen schien diese dem Berichtersteller gegeben. Er stellte für die letzten zehn Jahre (1837–1847) einen Bevölkerungszuwachs von fast 10% fest, während nach seinem Ermessen das Einkommen aus der Industrie in derselben Zeit sich eher um 10% verringert hatte. Eine gewisse Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge hielt er für wahrscheinlich, schätzte sie aber

¹²¹ RRR 1845.

¹²² Bericht der Armenkommission über die Ursachen der Geldnot, 8.11.1848, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

nicht proportional zum Bevölkerungswachstum ein. Eine weitere Hebung der landwirtschaftlichen Produktion um etwa ein Drittel schien ihm zwar möglich, jedoch nur über eine längere Zeitspanne. Einer planmäßigen Förderung der Industrie und des Gewerbes durch bessere Ausbildung, Einführung neuer Produktionszweige usw. schienen dagegen auf die Dauer durch die unberechenbaren Kräfte des Marktes enge Grenzen gesetzt. Letztlich rechnete die Kommission damit, daß Verbesserungen in der Landwirtschaft allenfalls den Rückgang der Industrie ausgleichen würden. Angesichts dieser drohenden Stagnation erschien die Auswanderung allerdings als wünschenswert, und zwar bis zum Umfang von rund 1600 Personen jährlich, was den aus Geburtenüberschuß, Ein- und Rückwanderung resultierenden Bevölkerungszuwachs ausgeglichen hätte.

Trotzdem kam die Armenkommission nicht zum Schluß, daß eine Auswanderung in diesem Maße aus privaten oder öffentlichen Mitteln zu finanzieren sei, vielmehr erschien ihr der damit einhergehende Kapitalabfluß untragbar. Nach ihrer Meinung wäre die Förderung der Auswanderung nur vertretbar gewesen, wenn man mit einem wenigstens teilweisen Rückfluß der aufgewandten Mittel, am einfachsten in Form der Heimkehr vermöglicher Auswanderer, hätte rechnen können. Sie fand jedoch, beim gegenwärtigen Ausbildungsstand der aargauischen Landwirte und Handwerker dürfe man nicht hoffen, daß diese in Amerika zu Wohlstand gelangen würden. Deshalb sei es klüger, die vorhandenen Mittel zur Verbesserung der Schulen und vor allem der beruflichen Fortbildung zu verwenden. Damit gebe man jungen Leuten die Möglichkeit, sich das Reisegeld selber zu verdienen. Nur für einzelne tüchtige aber schuldlos verarmte Familien seien eigentliche Auswanderungsbeihilfen angebracht. Die Gründung einer eigentlichen Armenkolonie wurde als zu schwierig abgelehnt, dagegen die Erleichterung der Reise durch Schutz und Rat gefordert, möglichst durch eidgenössische Agenturen an den wichtigsten Stationen.

Ein Vergleich mit früheren Äußerungen der Armenkommission zeigt, daß sie bereits in diesem Bericht weit weniger als früher Verschwendungssucht und moralischen Zerfall für die Zunahme der Armenzahlen verantwortlich machte¹²³; immerhin erschien ihr nach wie vor die ungenügende Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, begründet in schlechter

¹²³ Vgl. etwa mit Äußerungen über die Armennot in den RRR 1843 und 1846.

Ausbildung, als Wurzel der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Entsprechend trat auch die Auswanderung als Hilfsmittel in den Hintergrund gegenüber den Bemühungen um bessere Bildung.

Knapp anderthalb Jahre später, am Anfang der großen Auswanderungswelle im April 1851, forderte der Große Rat einen Bericht über die Auswanderungsfrage, und der Regierungsrat beauftragte wiederum die Armenkommission mit der Ausarbeitung eines Entwurfes¹²⁴.

Auch diesmal wurde zunächst auf die geistigen und moralischen Ursachen der herrschenden Not hingewiesen, so auf die große Zahl leichtsinniger Eheschließungen und die nach wie vor ungenügenden Arbeitsmethoden der Landwirte. Aber schon die Verhältnisse in der Industrie – stationäre Löhne in der Strohflechtereier, Arbeitslosigkeit unter den Baumwollwebern – erschienen als unverschuldete Folgen der Marktlage, und für die Zukunft wurde erst recht eine zwangsläufig ungünstige Entwicklung vorausgesagt:

«Wie ist hier zu helfen? – Werden Landbau und Industrie einen solchen Aufschwung nehmen, daß unser Volk dabei wohlhabender und glücklicher wird? Hiezu sind keine Aussichten vorhanden. Wir geben zwar die Möglichkeit zu, daß die Fabrikation mehr Ausdehnung erhalten könne, und daß die Landwirthschaft durch geeignete Bildungsanstalten einen bedeutenden Aufschwung nehmen könnte, allein dieser müßte sich vorzüglich darauf beschränken, unserm Landbauer zu zeigen, wie er einer andern großen Gefahr möglichst schnell entgegen könne. Die vielen Eisenbahnen nämlich, welche der Gränze unseres Vaterlandes zugeführt werden, bringen uns wohlfeile Früchte und sind einmal die österreichischen Bahnen fertig, so kommen die ungarischen und russischen Früchte bei Rorschach und Konstanz in die Schweiz, statt nach dem weiten Umweg über Marseille bei Basel. Das Viertel Kernen kann alsdann um 12 bzw. in die Schweiz geliefert werden, und der Ungar und Russe bestehen dabei doch besser als gegenwärtig.

Wie wird aber dann unser Ackerbauer bestehen können? Es steht im Ackerbau eine große und folgenschwere Revolution bevor, und die Folgen bestehen nicht nur darin, daß die Landpreise sich durch ganz Europa angleichen, bei uns sich also vermindern müssen, sondern daß in unserm Lande bei Vermehrung des Futterbaues und Verminderung des Kornbaues auch die Landarbeit sich wesentlich vermindert, und daß viele jetzt noch beschäftigte Hände müßig werden müssen.»

Unter diesen Umständen hielt die Kommission den Drang zur Auswanderung für begreiflich und gerechtfertigt.

«Die Minderbemittelten und Armen haben nur in jenem Welttheile noch eine Zukunft, und wenn sie auch nicht glücklich und behaglich sich fühlen, weil sie nicht mehr

¹²⁴ Bericht der Armenkommission über die Auswanderungsfrage vom 15.4.1851, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119a.

in ganz fremde Verhältnisse sich hineinleben können, so werden ihre Kinder, die ganz in die englisch-nordamerikanische Nation hineinwachsen, dereinst zu Wohlstand gelangen, während sie hier auf die Brodsamen der Bauern, Fabrikarbeiter und Kapitalisten angewiesen sind.»

Man darf behaupten, daß sich in diesen Äußerungen eine neue Einsicht in die strukturellen Ursachen der Massenarmut ankündigt, wie sie noch wenige Jahre zuvor weitgehend gefehlt hatte. Aus der Darstellung der inzwischen von der Armenkommission selbständig entwickelten Unterstützungspraxis ergibt sich, daß trotz diesen Ansichten die Auswanderung zur Linderung der Armennot zwar erleichtert und geschützt, jedoch nicht massiv gefördert wurde.

Die Staatsrechnungskommission des Großen Rates, die den Bericht zu prüfen hatte, mochte die Auswanderung nicht als eigentliche Notwendigkeit gelten lassen; sie wies darauf hin, daß nach wie vor viele Fremde als Dienstboten, Handwerker und Arbeiter im Kanton Arbeit fänden und meinte, daß mancher Arme sich noch durchbringen könnte, wenn er nur auf unnötigen Kleiderluxus, Wirtshausbesuch, Tabak und dergleichen verzichten wollte. Immerhin fand auch dieses Gremium, daß die Auswanderung der Armen durchaus im Interesse des Staates liege, und die Regierung durfte ihre Unterstützungsmaßnahmen im bisherigen Rahmen weiterführen¹²⁵.

Hatte sich gewöhnlich nur die Armenkommission oder die Direktion des Innern mit der Auswanderungsfrage befaßt, so erhielt im Sommer 1852 ausnahmsweise auch die Justizdirektion Gelegenheit zu einer Stellungnahme, da sie mit der Organisation einer Konferenz mehrerer Kantone über die Regulierung des Agenturwesens betraut war¹²⁶.

Es ist nicht uninteressant, in welchem Maße der Justizdirektor, Regierungsrat Suter, staatspolitische Aspekte des Auswanderungsproblems in den Vordergrund stellte. Die Besiedlung Amerikas erschien ihm gewissermaßen als eine Verteilung des neuen Kontinents unter die Völker Europas, und er fand es undenkbar, daß nicht auch die schweizerischen Behörden ihre an dem Wettlauf teilnehmenden Landsleute unterstützen sollten. Die Pflicht des Staates, seine Bürger auch jenseits der Grenzen

¹²⁵ Bericht der Staatsrechnungskommission an den Tit. Großen Rath, das Auswanderungswesen betreffend, vom 13. 9. 1851 und Beschluß des Großen Rates vom 16. 9., IA Nr. 5, 1851, Faszikel 56.

¹²⁶ Bericht der Justizdirektion über die bevorstehende Konferenz mehrerer Stände, vom 22. 7. 1852, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

zu schützen, fordere Maßnahmen zum Wohle der Auswanderer. Auch die Entlastung der Heimat durch die Auswanderung wird vom politischen Gesichtspunkt gesehen:

«Da jeder Mensch seine angeborne Heimath nur ungern verläßt, so beweist diese massenhafte Auswanderung, daß wir an Übervölkerung leiden, oder die Mittel des Erwerbs so schwer und unsicher sind, daß sie keine Gewähr für eine freie und sichere Existenz mehr bieten. Ein solcher Zustand ist aber für die sozialen und politischen Verhältnisse eines Landes von vielseitigen Gefahren begleitet, indem diejenigen, welche eine kümmerliche Gegenwart und eine trostlose Zukunft haben, in den Gemeinden und im Staate immer leicht zu Agitationen und Störungen hinstreben, oder sich dazu brauchen lassen. Lebt nun in einem Volke noch so viel Rechtssinn, Einsicht und Energie, daß ein Theil die süsse Gewohnheit der Heimath freiwillig opfert und sich allen Gefahren der Auswanderung freiwillig unterzieht, so soll man dieses mehr wie ein Glück begrüßen, als mit bedenklichen Augen ansehen. So lebt der alte Staat ruhig fort und seine selbst mangelhaften Institutionen erhalten sich ohne wesentlichen Schaden oder werden ohne Erschütterung verbessert, während sonst die freiesten und besten Geseze nie Bestand erhalten und stetem sinnlosem Parteikampf unterworfen sind.

So hat die Weisheit der alten Völker gehandelt und so haben sich das Mutterland und die Filialen gesund und glücklich entfaltet.»

Auch diese Äußerung, wie fast alle aus dem Kreise der Regierung und Verwaltung, lautet eindeutig zugunsten einer mindestens regulierenden Intervention der kantonalen Behörden.

Daß dieser Grundsatz immerhin nicht unbestritten war, zeigte sich bei der Vorbereitung der neuen Verfassung im Jahre 1851. In seiner dritten Sitzung vom 11. Dezember beriet der Verfassungsrat den Artikel 25 des Entwurfs, der sich mit dem Armenwesen befaßte. Nach der allgemeinen Bestimmung über die Organisation des Armenwesens, «Das Armenwesen steht unter der Oberaufsicht des Staates und der Fürsorge des Staates und der Gemeinden», wurde bereits im zweiten Absatz auch die Auswanderung erwähnt: «Diese Fürsorge erstreckt sich, außer der Verpflegung hilfloser Erwachsener, auf eine zweckmäßige Erziehung armer Kinder, eine angemessene Organisation des Auswanderungswesens und die Einführung von Ersparniskassen».¹²⁷ Die etwas vage Bestimmung grenzte der Berichterstatter der vorbereitenden Kommission, Seminardirektor Augustin Keller, in seinem einleitenden Votum gegen die Thesen der extremeren Auswanderungsfreunde ab:

¹²⁷ Verhandlungen des aus den Wahlen vom 3. Weinmonat 1851 hervorgegangenen Verfassungsrathes des Kantons Aargau, Aarau o. J., Sitzung vom 11. 12. 1851.

«Die Kommission anerkennt zwar in der Auswanderung durchaus kein radikales Heilmittel gegen die Verarmung; immerhin aber doch einen nothwendigen Abzugskanal, wodurch sich die Gesellschaft einer gewissen, unter Umständen gefährlichen Klasse von Armen entledigen kann, und, weil ihr sonst kein anderes Mittel geboten ist, auch entledigen muß. Damit aber dieses Mittel die in ihm liegende Inhumanität verliere, muß es, besonders im Hinblick auf die unmündige Jugend, von Staats wegen regulirt und der höheren Fürsorge des Staates unterstellt werden.»

Die Mehrheit der Versammlung hatte offenbar gegen eine solche Formulierung wenig einzuwenden; entschiedenen Widerstand leistete nur Dr. Erismann von Gallenkirch, ebenfalls Mitglied der Kommission, der die Auswanderungsförderung sowohl für unnötig, wie auch für unmenschlich hielt.

«Ich glaube, wenn man behauptet, die gegenwärtige Übervölkerung des Aargaus sei der Art, daß eine Unterstützung der Auswanderung durch den Staat gerechtfertigt sei, so sei dieses nicht richtig. Die Quellen der Verarmung liegen anderswo, als in der Übervölkerung, und ist das so, dann hat der Staat die Auswanderung nicht zu organisiren.»

Erismanns Abneigung richtete sich allerdings nicht gegen jede Art der Auswanderung:

«Es gibt Leute, die arbeitsfähig, nicht arbeitsscheu sind, Leute, denen bei allem Streben, sich ein besseres Los zu verschaffen, die Gelegenheit dazu abgeht. Wenn in bezug auf solche die Auswanderung organisirt werden soll, hier würde sie ihre schönen Früchte tragen. Allein diese Vorschrift steht im Paragraphen, wo vom eigentlichen Armenwesen die Rede ist, und es will mir scheinen, man verstehe die Sache, wie sie bis jetzt bei einer Reihe von Gemeinden und bei der Regierung in praxi zur Ausübung kam.»

Er verwies dazu auf das Beispiel einer Familie, die vor kurzem von Lenzburg nach Amerika gereist sei; der Vater, ein «schlechter Kerl», werde mit Sicherheit Frau und Kinder im Stich lassen, die dann ins Unglück gerieten.

Gegen diese Interpretation des Artikels wandte sich aus dem Räte u. a. Dr. Frei von Gontenschwil, der ihr seine eigene Auffassung entgegenstellte:

«Ich verstehe darunter nicht ein Zwangsmittel, durch welches der Staat, wie zur Zeit der älteren Völkerwanderung, der Cimbern und Teutonen, seine ärmeren Bürger gleichsam zwingen kann, aus seinem übervölkerten Territorium, das seine Bewohner nicht mehr ernähren kann, auszuziehen. Eine solche Aristokratie der Bemittelten möchte ich nie eingeführt wissen. Sondern ich verstehe nur das darunter, daß der Staat denjenigen, welche auswandern *wollen*, unter die Arme greife, daß er sich in der Weise an ihrem Unternehmen betheilige, daß er auch jenseits des Meeres Leute damit beauf-

trägt, sich um das Schicksal seiner Angehörigen zu bekümmern, ihnen beim Ankauf der Ländereien etc. an die Hand zu gehen etc.»

Eine im Grunde ähnliche Haltung drückte das Ratsmitglied Hodel weit bündiger aus, indem es sogar eine Organisation der Auswanderung von Bundes wegen befürwortete:

«Wir wollen in dem unbevölkerten Amerika eine neue Schweiz bilden, allein nur für diejenigen, welche arbeiten wollen. Die Andern wollen wir schon hier verhungern lassen.»

Erismann beharrte dagegen darauf, daß die Wirklichkeit der Auswanderungsförderung anders aussehe:

«Sie werden einverstanden sein, daß man die Sachen so nehmen muß, wie sie sind, nicht wie sie sein sollen. Namentlich wer auf dem Lande herumreist, wird wissen, daß die Sache folgender Maßen hergeht. Ein Gemeinderath der Jemanden fortbringen will, schreibt einem Spediteur; dieser kommt her und unterhandelt mit dem Gemeinderath, so daß der Betreffende, auf welchen es abgesehen ist, eigentlich verhandelt wird. Dann wird ihm eröffnet: es wäre doch besser für dich, wenn du nach Amerika gingest, wo du es besser haben kannst als hier; wir wollen dir dazu verhelfen. So kommt die Auswanderung zu Stande. Ich bin daher immer noch der Ansicht, daß es der aargauischen Verfassung übel anstehn wird, eine solche Bestimmung zu besitzen.»

Auf die hartnäckige Opposition antwortete Augustin Keller zunächst mit einem eher pathetischen Appell an die Weltgeschichte:

«Es ist eigentlich auffallend, wie man diese Frage hier in Zweifel ziehen kann: ob das Auswanderungswesen ein Abzugskanal (denn als solchen betrachtet es die Kommission) für die ärmere Bevölkerung sei oder nicht; ich sage, man muß sich wundern, wie hier eine solche Frage gestellt werden kann; warum? Deß wegen, weil zu den verschiedensten Zeiten, in den ältesten Zeiten, wie gerade in neuerer Zeit zu diesem Mittel gegriffen wurde. Das Leben hat diesen Abzugskanal geschaffen. Schon die Athener benützten denselben, auch die Spartaner, die Römer, die alten Deutschen, die in großen Zügen nach England wanderten (ich berufe mich auf die Angelsachsen), wenn sie in der Heimath nicht mehr wohl waren. Das ist eine Thatsache gegenüber der Weltgeschichte, die man heute im aargauischen Verfassungsrathe durchaus nicht niederdeklamieren kann.»

Allerdings waren auch die praktischen Erwägungen des Referenten nicht von der Hand zu weisen:

«Man sagt, die Auswanderung sei inhuman, die Organisation derselben durch den Staat könne nicht zugegeben werden im Hinblick auf Weib und Kind des liederlichen Auswanderers. Ganz recht! Wird aber die Sache dadurch human, daß sie von Staatswegen nicht an die Hand genommen wird? Wird dadurch das Loos von Weib und Kind des liederlichen Auswanderers verbessert? Nein! sondern sie sehen mit ruhenden Händen im Schooße diesem Unheile, dieser Barbarei zu; Sie helfen dem Übelstande nicht

ab. Wenn hie und da ein Auswanderer Weib und Kind dem Elende entgegenführt, woher dies? Weil sie nicht die Mühe geben, von Staatswegen das Auswanderungswesen zu organisiren. Das ist der Zweck der Kommission, daß dieses Unheil, diese Barbarei verhindert werde; diese Bedeutung hat die Organisation des Auswanderungswesens.»

In der Abstimmung blieb der Entwurf der Kommission siegreich, die Eingriffe der aargauischen Behörden hatten damit künftig eine verfassungsmäßige Grundlage.

Auffallend ist, wie die Gegner in der Debatte, die sich offenbar durch eine grundsätzlich andere Auffassung von der Armennot, ihren Ursachen und den möglichen Gegenmitteln unterschieden, die humanitäre Seite des Auswanderungsproblems betonten. Gewiß stellte Erismann mit berechtigter Skepsis den idealen Vorstellungen der Befürworter einer organisierten Auswanderung seine Beobachtungen in der Praxis entgegen, andererseits wog aber doch die Argumentation schwerer, daß nur von der Intervention des Staates eine Behebung der Mißstände zu erwarten sei. Wenn man nicht die kommunale Auswanderungsförderung oder sogar die Auswanderung überhaupt verbieten wollte – wozu sicher jede rechtliche Grundlage gefehlt hätte –, dann konnte staatliche Abstinenz in der Tat nur Duldung der herrschenden Übelstände bedeuten. Man darf annehmen, daß es den Befürwortern des Artikels 25 wie auch der Regierung und den meisten Amtsstellen um diese Zeit tatsächlich in erster Linie um den Schutz der nicht zu verhindernden spontanen Auswanderung ging; erst die Zunahme der Armennot in den nächsten zwei Jahren verhalf dann der Meinung zum Durchbruch, daß die Massenauswanderung auch im Interesse des Landes dringend zu wünschen sei.

Im Höhepunkt der Auswanderungswelle, im Frühjahr 1854, äußerte der Direktor des Innern, Regierungsrat Schimpf, diese Überzeugung unmißverständlich:

«Habe ich hier die Auswanderung mit der Lebensmittelnoth und den daherigen Vorkehren in Verbindung gebracht, so geschah dies darum, weil ich die Auswanderung zu einem Hauptmittel zähle, der dermaligen Noth theilweise zu steuern, und zwar dieses schon darum, weil uns die Ergebnisse der künftigen Erndte noch nicht bekannt und bei einem allfälligen Fehlschlagen derselben, was Gott verhüten möge, alle übrigen Anstalten sich als bloße und zwar noch theure Palliativmittel herausstellen würden. Die Vorräthe sind erschöpft; gesunde Saatkartoffeln sind nur spärlich vorhanden, der Maisbau wird immer noch scheel angesehen, und deßwegen wird selbst bei einer ziemlich günstigen Erndte auch im kommenden Winter bei ziemlich hohen Getreidepreisen der Ruf nach Unterstützung wieder laut werden, und zwar umso wahrscheinlicher, als Kriegereignisse leicht unsere Industrie bedrohen und Manchen brodlos machen könnten, der bis dahin noch mit seiner Hände Arbeit für sich und die Seinigen sich die

nöthige Nahrung verschaffen konnte. Manche Gemeinde dürfte es zu bedauern haben, daß sie, statt einen hungernden Armen mit etwa Fr. 200 ihrer Fürsorge enthoben und einer besseren Zukunft übergeben zu haben, innert Jahresfrist für denselben *bereits* dieselbe Summe für Nahrungsmittel verwendete und den Armen gleichwohl noch für eine lange Zukunft ohne Erwerb und lohnende Arbeit zur Last behalten hat. Will man nach allen Richtungen möglichst zu helfen suchen, so muß neben der Sorge für Beschaffung der Lebensmittel, auch der Auswanderung unter die Arme gegriffen und soweit thunlich, schon der Zukunft wegen, der Einfuhr von Saatkartoffeln Vorschub und Unterstützung geleistet werden.»¹²⁸

Weil der Finanzbedarf für Auswanderungsunterstützungen in diesem Frühling sehr schnell den budgetierten Betrag überstieg, ließ sich der Große Rat im Mai erneut über die Auswanderungsfrage orientieren. Der ausführliche, von der Direktion des Innern entworfene Bericht, der nachträglich auch im Druck erschien und den übrigen Kantonen zugestellt wurde, ist die gründlichste Stellungnahme der Regierung zu diesem ganzen Problemkreis¹²⁹.

Neben einer knappen Darstellung der bisher ergriffenen Maßnahmen und der damit gemachten Erfahrungen sowie den Anträgen für die künftige Politik enthält auch dieser Bericht einige grundsätzliche Überlegungen zur Notwendigkeit der Auswanderungsförderung. Im wesentlichen bleiben die Argumente dieselben wie in den frühern Gutachten; ganz entschieden wird für die Begünstigung der Auswanderung eingetreten. Sie wird schon in der Einleitung bezeichnet als

«... ein solches Mittel, das in verdienstarmen Zeiten und bei der überhaupt vorhandenen Übervölkerung und dem daherigen Mißverhältnisse zwischen Produktion und Konsumation geeignet sei, die Unterstützungspflicht der Gemeinden zu erleichtern, dem Mutterlande einen Abfluß entbehrlicher Kräfte zu gewähren und den auswandernden Bürgern zugleich eine bessere Zukunft und lohnendere Früchte ihrer Arbeit in der neuen Welt zu verschaffen.»¹³⁰

Selbstverständlich sollte die Auswanderung von Arbeitsunfähigen, die sich unter keinen Bedingungen selber erhalten könnten verhindert werden. Für alle übrigen aber sei die Auswanderung nur vorteilhaft. Die Regierung hielt es zwar für möglich, daß neben wirklicher Not auch andere Motive, etwa die wachsende Unzufriedenheit «unter dem Ein-

¹²⁸ Bericht der Direktion des Innern vom 6. 3. 1854 über die Lebensmittelnoth und Vorkehren dagegen, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 67.

¹²⁹ Bericht des Regierungsrates 1854, a. a. O.

¹³⁰ a. a. O., S. 3.

fluß gewisser sozialer Glückseligkeitslehren», sowie die Werbung der Agenturen und Auswanderungsgesellschaften für das ungeheure Maß der Welle verantwortlich seien; sie war aber doch überzeugt, daß die Auswanderung bei einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse von selbst wieder auf ein normales Maß zurückgehen werde. In der gegenwärtigen Lage hielt sie gewisse schützende Maßnahmen für selbstverständlich und auch die Auswanderungsförderung für durchaus vertretbar.

Der finanzielle Aufwand erschien ihr, gemessen an den einzusparenden Armenunterstützungen, nicht übertrieben, besonders für den Staat, der nur kleine Beiträge leistete. In den stärker belasteten Gemeinden wollten die kantonalen Behörden darüber wachen, daß keine Kapitalien angegriffen und die Amortisation allfälliger Schulden durch einen vernünftigen Plan gesichert würde.

Die Gründung eigentlicher «Armenkolonien» wurde nach wie vor kategorisch abgelehnt, u. a. unter Hinweis auf das Glarner Unternehmen, das man offenbar als mißlungen betrachtete¹³¹.

Der Rest des Berichtes befaßte sich mit der Fortführung der bisherigen Hilfsmaßnahmen, dem Agenturwesen und der Haltung der Bundesbehörden. Die vom Großen Rat genehmigten Anträge gingen dahin, die bisherige gemäßigte Unterstützungspraxis fortzusetzen, die Bundesbehörden zu einer einheitlichen Regelung des Agenturwesens aufzufordern und, falls dies erfolglos bleiben sollte, eine solche auf dem Wege des Konkordates anzustreben¹³².

Aufgrund der geprüften Berichte kann man sagen, daß die Haltung der aargauischen Behörden in den fünfziger Jahren durch drei Grundzüge bestimmt war:

- Die individuellen Freiheitsrechte, jetzt auch in der Bundesverfassung verankert, ließen eine eigentliche Behinderung der Auswanderung nicht zu; die Freizügigkeit war gewährleistet.
- Über dieses Prinzip hinaus führte das Bewußtsein, daß auch der Auswanderer Anspruch auf den Schutz des Heimatstaates haben sollte. Daraus ergaben sich die Maßnahmen zum Schutze der Reisenden, vor allem die Kontrolle des Agenturwesens.

¹³¹ Siehe oben S. 147.

¹³² Beschluß des Großen Rates vom 27. 5. 1854.

- Das tragende Motiv für die finanzielle Förderung der Auswanderung schließlich war die Überzeugung, damit die wirtschaftliche Notlage der Zurückbleibenden erleichtern zu können.

Die verschiedenen Postulate kennzeichnen zugleich drei Phasen in der Entwicklung der aargauischen Auswanderungspolitik, von denen die erste die Zeit bis etwa 1845, die zweite die späteren vierziger Jahre und die dritte die Jahre der Auswanderungswelle umspannte.

Welche praktischen Maßnahmen ergaben sich nun aus dieser grundsätzlichen Haltung der Behörden?

Eine erste, für die Auswanderer bedeutungslose, für uns aber sehr erfreuliche Konsequenz des stärkeren Interesses war die sorgfältigere statistische Erfassung. Seit 1841 wurde versucht, durch die Berichte der Amtmänner und die Paßkontrollen des Polizeidepartements genaue Angaben zu erhalten; diese gingen aber nicht sehr regelmäßig ein und zeigten starke Abweichungen. Für den Bericht der Armenkommission vom April 1851 wurde bei allen Gemeinden eine Erhebung über die Auswanderung der letzten zehn Jahre durchgeführt, doch waren die Resultate wieder alles andere als verlässlich. Von da an aber gelang es, die Ablieferung jährlicher Tabellen bei den Gemeinden durchzusetzen, so daß wir für die nächsten drei Jahrzehnte recht zuverlässige Daten besitzen. In keinem andern Kanton wurde die Auswanderungsstatistik mit ähnlicher Sorgfalt geführt¹³³.

Im übrigen ist zu unterscheiden zwischen den Maßnahmen, die dem Schutz und der Erleichterung der spontanen Auswanderung dienten, und solchen, die eigentlich fördernd wirkten.

An erster Stelle standen die Bemühungen um die Kontrolle des Agenturwesens und die Vorstöße, welche die aargauischen Behörden unternahmen, um eine eidgenössische Reglementierung dieses Geschäftszweiges zu erreichen. Diesem Thema wird ein besonderer Abschnitt gelten.

Bereits erwähnt wurde die Publikation und Verteilung einer Informationsbroschüre; eine vielleicht nicht sonderlich gewichtige, aber immerhin ungewöhnliche Maßnahme.

Denselben Zweck, nämlich Schutz vor Ausnützung und Betrügereien, verfolgte die Kontrolle der privaten und staatlichen Kolonisationsunter-

¹³³ Näheres zur Statistik siehe unten S. 220 ff.

nehmen. Wenn solche von konzessionierten Agenten vertreten wurden, schritt die Regierung in der Regel gegen ihre Werbung nicht ein; sie fand sich aber nie mehr bereit, einem Kolonisations- oder Auswanderungsverein besondere Hilfe zu gewähren.

Eine gewisse Aufsicht erforderte ferner die Unterstützungstätigkeit der Gemeinden. In einigen Fällen verhinderte die Regierung die Abschiebung von Arbeitsunfähigen, Asozialen oder Kriminellen, häufiger allerdings konnte sie nur noch nachträglich den fehlbaren Gemeinderäten eine Rüge erteilen; übrigens verhielten sich die kantonalen Behörden in dieser Hinsicht selbst nicht immer einwandfrei¹³⁴.

Für den Schutz der Auswanderer jenseits der Grenzen war die Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten und Organisationen im Ausland unerlässlich. Eine der ersten Maßnahmen war die besondere Empfehlung der Aargauer Auswanderer an den Konsul in Le Havre, der zeitweise sogar die Vermittlung von Schiffsplätzen übernahm¹³⁵.

Auf amerikanischer Seite wandte sich die Direktion des Innern an die Schweizer Konsulate und an die Schweizerische Hilfsgesellschaft in New York. Die Konsuln zeigten sich zunächst für die Anliegen der Auswanderer wenig zugänglich; während der großen Auswanderungswelle übernahmen sie dann die Vermittlung von Geldsendungen für die Ankömmlinge, doch bemühten sie sich wohl nie in dem Maße um ihre ärmeren Landsleute wie ihr Kollege in Le Havre¹³⁶.

Auch die Hilfsgesellschaft konnte den hochgesteckten Wünschen der aargauischen Regierung nicht entsprechen¹³⁷. Diese erstrebte die Einrichtung einer eigentlichen Empfangsorganisation, zu finanzieren durch einen kleinen Beitrag für jeden Auswanderer aus den beteiligten Kantonen. Besondere Angestellte hätten die Ankömmlinge gleich nach ihrer Ausschiffung in Empfang nehmen sollen, um den zur Weiterreise entschlossenen die billigsten Fahrgelegenheiten zu vermitteln, eventuell in New York bleibenden Arbeit und Unterkunft zu verschaffen und alle in den verschiedensten Fragen zu beraten. Die meisten Mitglieder der

¹³⁴ Siehe unten S. 269 ff.

¹³⁵ Siehe unten S. 199 ff.

¹³⁶ Über die Unzugänglichkeit der Konsuln in den USA berichtete die Armenkommission am 19.2.1850, gestützt auf Äußerungen Wanners. IA Nr. 5, 1850, Faszikel 11 und 72.

¹³⁷ Aufschluß über die Verhandlungen mit der Hilfsgesellschaft gibt die Korrespondenz mit deren Präsidenten Guerber von Januar bis September 1852, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

Hilfsgesellschaft waren für so umfassende Pläne nicht zu gewinnen. Sie schienen einmal überhaupt den Rahmen einer Vereinstätigkeit zu sprengen; außerdem glaubte man, eine groß aufgezugene Beratungsorganisation bedürfe amtlicher Autorität und könne deshalb nur als Abteilung eines Konsulats eingerichtet werden. Bedenken bestanden wohl auch gegen die Sicherheit der Finanzierung. Nach den aargauischen Schätzungen hätte allerdings ein Beitrag von etwa zwei Franken pro Auswanderer genügen können, um eine ziemlich aufwendige Organisation zu unterhalten, aber immerhin erschien eine staatliche Garantie für die Kosten unerlässlich. Trotz längerer Korrespondenz kam es nicht zu einer Einigung mit der Gesellschaft, vermutlich auch, weil der Rückhalt bei anderen interessierten Kantonen fehlte. Erreicht wurde nur wenig: ein New Yorker Transportunternehmer, der in gutem Rufe stand, und von dem auch die Hilfsgesellschaft nichts Nachteiliges melden konnte, genoß ein inoffizielles Privileg für die Beförderung der aargauischen Auswanderer ins Innere des Landes. Er erhielt von der Armenkommission ausgestellte Empfehlungskarten, mit denen er sich bei Neuankömmlingen ausweisen konnte; diese ihrerseits bekamen vor der Abreise Orientierungsprospekte, auf denen die Adressen dieses Spediteurs sowie der schweizerischen und deutschen Gesellschaften, des Konsulates und der New Yorker Commissioners of Emigration angegeben waren. Da die Auswanderer das Recht hatten, nach der Ankunft noch zwei Tage auf dem Schiff zu wohnen, konnte sie der Spediteur direkt dort abholen, so daß sie den Gefahren der Stadt weitgehend ausweichen konnten.

Es ist allerdings fraglich, ob dieses improvisierte System wirklich gut funktioniert hat; mit der Anstellung besonderer Konsulatsgehilfen für die Auswanderung 1854 und erst recht mit der Einrichtung des Auswandererdepots von Castle Garden 1855 verlor es ohnehin an Bedeutung.

Eher schützende als fördernde Maßnahme war auch noch die Auszahlung kleiner Beiträge an arme Auswanderer. Begonnen hatte man damit etwa 1848. Zunächst erhielten nur Familien, später auch einzelne kleine Beisteuern, und allmählich entstand eine feste Praxis, nach der den meisten armen Auswanderern eine Staatsunterstützung zustand¹³⁸.

¹³⁸ In einem Bericht vom 17.4.1849 beantragte die Armenkommission die Gewährung von Unterstützungen auch an einzelne (StAAG, a.a.O.), bei Erstattung des Berichts vom April 1851 war bereits die endgültige Praxis in Übung.

Diese sogenannten Kopfgelder betrugten 20 bis 30 Franken pro Person und wurden nur dann ausgerichtet, wenn der Bewerber entweder schon armengenössig war oder es zu werden drohte, und wenn die Gemeinde seine Reise bezahlte. Anfänglich hatte man die Beiträge den Empfängern bei der Einschiffung ausgehändigt, später wurden sie dem Schweizer Konsulat in New York oder New Orleans überwiesen, zusammen mit einem gleich hohen Betrag, den die Gemeinde der Staatskasse abzuliefern hatte. Der Sinn dieses Vorgehens war der, daß der Auswanderer keine Gelegenheit haben sollte, sein letztes Geld auf der Reise durchzubringen, sondern auf jeden Fall nach der Ankunft über etwa 50 Franken verfügte. Damit konnte er bei einiger Sparsamkeit immerhin bis in die westlichen Staaten gelangen, wo meist Arbeit und Verdienst zu finden waren. Der geringe Betrag konnte an sich kaum zur Auswanderung anreizen, war aber doch eine gewisse Versicherung gegen unfreiwillige Aufenthalte in den stets überfüllten Hafenstädten. Die Maßnahme fand denn auch den Beifall vieler Sachverständiger. Gelegentlich übernahm der Kanton über das Kopfgeld hinaus auch einen Teil der Reisekosten. Dies geschah etwa, wenn arme Gemeinden durch die Spedition einzelner Familien bedeutend entlastet werden konnten. Vor allem gingen die außerordentlichen Beiträge aber an ehemalige Landsassen und Heimatlose. Diese waren seit 1847 zwar in Gemeinden eingebürgert, um jedoch den Widerstand der Bürger zu vermindern, hatte der Kanton für sie die Fürsorgepflicht behalten¹³⁹. Ihre Auswanderung bedeutete damit eine Erleichterung der kantonalen Armenkasse, doch trugen viele Gemeinden gern einen Teil der Reisekosten bei, um die unerwünschten Bürger gleich wieder loszuwerden.

Die Kopfgelder und außerordentlichen Unterstützungen erreichten in den stärksten Auswanderungsjahren beträchtliche Summen, 1854 überstiegen sie 71 000 Franken¹⁴⁰.

¹³⁹ Paragraph 4 des Gesetzes vom 1. 9. 1847 über «Einbürgerung der ewigen Einsassen, Landsassen und Heimathlosen» lautete: «Die Einbürgerung in die Gemeinden geschieht unentgeltlich. Kann jedoch die Erziehung eingebürgerter Kinder weder von Eltern noch aus Vermögen solcher Kinder bestritten werden, oder tritt bei eingebürgerten Personen überhaupt die Nothwendigkeit der Armenunterstützung ein, so übernimmt die daherige Fürsorge auf Kosten des Staates die Armenkommission des Kantons, wenn möglich im Einverständnis mit der zuständigen Gemeindebehörde.» *Gesetzessammlung für den eidgenössischen Kanton Aargau*, Neue revidierte Ausgabe, Brugg 1882, S. 354.

¹⁴⁰ Siehe Tabelle 6.

Abgesehen von den Einzelbeiträgen gewährte der Kanton auch Darlehen an arme Gemeinden; einigen wurde so die Spedition größerer Gruppen ermöglicht, die sonst ihre Finanzkraft überstiegen hätte.

Gesamthaft darf man feststellen, daß die aargauischen Kantonsbehörden trotz ihrer positiven Einstellung sich meist darauf beschränkten, die ohnehin stattfindende Auswanderung so weit wie möglich zu schützen und zu erleichtern. Die eigentliche Förderung der Auswanderung ging von den Gemeinden aus; sie ist aber in ihrer vollen Bedeutung erst nach einem Überblick über den Verlauf der ganzen Bewegung zu würdigen, weshalb es sich empfiehlt, ihre Behandlung bis dahin aufzuschieben.

6. Die Reise nach Nordamerika

Seit der ersten großen Auswanderungswelle von 1816/17 hatten sich die Verhältnisse im Transportwesen wesentlich verändert; teils infolge technischer und organisatorischer Neuerungen, teils durch Maßnahmen der Behörden, die gerade durch die Mißstände während der frühen Massenauswanderungen veranlaßt worden waren. Im folgenden soll der ungefähre Verlauf der Reise eines Auswanderers nach den Vereinigten Staaten um die Jahrhundertmitte geschildert werden.

In allen Auswanderungsführern wurde empfohlen, im Frühling abzureisen, damit der Sommer noch für die ersten Ansiedlungsarbeiten genutzt werden könne; wer die Route über New Orleans wählte, sollte möglichst vor den heißen Monaten dort eintreffen, um die jährlichen Epidemien zu vermeiden.

Die Vorbereitungen für die Reise waren nicht allzu umständlich. Begüterte verkauften meist ihren Besitz, um allfällige Schulden bereinigen zu können und die Mittel zur Ansiedlung bereit zu haben. Manche allerdings zogen es vor, nur für die ersten Bedürfnisse Geld mitzunehmen und den Rest ihres Vermögens in den Händen eines Abwesenheitspflegers zurückzulassen¹⁴¹. Dieses Vorgehen schloß die Gefahr zu großer Verluste durch Diebstahl oder Unglücksfälle aus, zudem bewahrte es vor der

¹⁴¹ Siehe dazu die zahlreichen Pflugschaftsanzeigen im Amtsblatt, zum Teil allerdings wohl nicht liquidierbares Vermögen betreffend.

Notwendigkeit, unter Zeitdruck zu ungünstigen Preisen zu verkaufen. Geld wurde gewöhnlich in Wechseln auf große Handelshäuser mitgenommen oder durch die Staatskanzlei an die Schweizer Konsulate in den amerikanischen Hafenstädten überwiesen¹⁴².

Für die Mehrheit der Auswanderer stellten sich Probleme dieser Art gar nicht, weil ihre Mittel kaum zur Anschaffung der einfachsten persönlichen Ausrüstung hinreichten. Vielfach mußten die Gemeinden auch dabei noch einspringen. Die Reise mit leichtem Gepäck wurde allerdings auch von den meisten Ratgebern ausdrücklich empfohlen. Den Proviant für die Überfahrt kaufte man entweder in der Hafenstadt ein oder ließ ihn vom Agenten direkt aufs Schiff liefern. Manche Führer warnten sogar davor, noch neue Kleider anzuschaffen, weil der europäische Schnitt in Amerika nur das «Greenhorn» verrate; andere allerdings rieten dazu, sich wenigstens mit Wäsche und Schuhen reichlich einzudecken, da diese in Amerika teuer seien¹⁴³. Einig waren sich fast alle darin, daß es unsinnig sei, Werkzeuge, Ackergeräte oder gar Möbel, Wagen und ähnliches mitzuführen, denn die Zuschläge für schweres Gepäck konnten die Reise enorm verteuern¹⁴⁴. Alle Habseligkeiten wurden in einige stabile, mit Eisen beschlagene Kisten verpackt, die der rauen Behandlung beim Verlad standhalten und allenfalls im Zwischendeck als Sitzgelegenheiten dienen konnten.

Neben der Beschaffung der Ausrüstung mußte die Reise organisiert werden. Dies war allerdings seit Beginn des Jahrhunderts bedeutend einfacher geworden. Schon in den dreißiger Jahren waren Ansätze eines gewerbsmäßigen Agenturwesens entstanden, das dann in den vierzigern

¹⁴² Für die Aargauer, auch für die Staatskanzlei, übernahm die Firma Feer & Co. die Vermittlung von Wechseln auf ihre Geschäftspartner Syz, Irminger & Co. in Philadelphia und New York, ohne eine Provision zu berechnen. Bericht der Armenkommission 15. 4. 1851, a. a. O.

¹⁴³ Erstere Ansicht z. B. in *Beachtenswerthe Notizen und Erfahrungen von einem Schweizerischen Ankömmlinge aus Amerika*, Zürich 1852; oder in *Briefe aus den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika* von EDUARD JÖRG, Leipzig 1853. Die letztere vertreten dagegen J. J. HOHL, *Meine Reise nach Amerika*, usw., Basel 1849, der Ratgeber der Deutschen Gesellschaft in New York, a. a. O. und das *Handbüchlein für Auswanderer nach Nordamerika*, a. a. O.

¹⁴⁴ Nach einem Inserat von Zwilchenbart, *National-Zeitung* Nr. 29, 3. 2. 1849, waren auf den Postkutschen 60 Pfund Gepäck frei; Mehrgewicht kostete 7 Kreuzer je Pfund. Schweres Gepäck gelangte mit einer Eilfuhr innert 13 Tagen nach Le Havre, der Transport kostete dann 13 F. per Zentner.

und fünfzigern zu voller Blüte gelangte¹⁴⁵. Wer sich nicht zutraute, dank seiner eigenen Geschäftstüchtigkeit bei Fuhrleuten und Postillions, Wirten, Lebensmittelhändlern und Schiffsmaklern besonders günstige Bedingungen auszuhandeln, der konnte die ganze Organisation der Reise einem der professionellen «Spediteure» überlassen. Die Vorbereitung bestand dann nur noch im Abschluß eines Akkords, entweder direkt mit einem der bekannten Unternehmer, oder durch die Vermittlung eines Unteragenten, deren es, bis in kleine Dörfer hinaus, sehr viele gab. In dem Vertrag verpflichtete sich der Agent zur Durchführung des Transports auf festgelegter Route nach einem der Einschiffungshäfen und von dort nach Amerika. Inbegriffen war meist die Verpflegung auf See nach genauen Spezifikationen, häufig auch Unterkunft und Kost auf der Landreise und in der Hafenstadt. Bestritt der Auswanderer seinen Unterhalt bis zur Einschiffung selber, so stand ihm bei Verschiebung der Abfahrt eine Entschädigung in bar oder Kost und Logis auf Kosten des Agenten zu. Ferner wurde bestimmt, welche Bedarfsartikel der Auswanderer selbst aufs Schiff mitzubringen hatte, wieviel Gepäck er ohne Mehrkosten mitnehmen durfte usw. Das Datum für die Besammlung in der Schweiz und für die Einschiffung wurde festgesetzt und war für beide Parteien verbindlich¹⁴⁶.

Danach blieb dem Auswanderer nur noch übrig, sich auf den vereinbarten Termin reisefertig zu machen. Größere Gruppen wurden häufig im Heimatort abgeholt, einzelne mußten sich am Sammelplatz einfinden – für die Aargauer war dies bis 1854 meist Tegerfelden oder Sisseln, später gewöhnlich Basel. Von dort erfolgte die Reise zum Seehafen in geschlossenen Gruppen, unter der Leitung des Agenten oder eines seiner Angestellten.

Le Havre war um die Jahrhundertmitte die wichtigste Hafenstadt für schweizerische Auswanderer. Dafür lassen sich verschiedene Gründe anführen. Amsterdam, das zu Beginn des Jahrhunderts die führende Rolle gespielt hatte, war durch die vielen Schwierigkeiten 1817 in Mißkredit geraten; zudem hatten die niederländischen Behörden zeitweise

¹⁴⁵ Zu Funktion und Entwicklung des Agenturwesens siehe unten S. 183 ff. Eine Mehrheit der Handbücher riet allerdings von der Vermittlung der Agenten ab oder empfahl sie nur für arme Auswanderer mit großen Familien.

¹⁴⁶ Reiseverträge sind in den Auswanderungsakten recht zahlreich erhalten. Eine kleine Kollektion von Formularen verschiedener Agenten findet sich auch auf der Universitätsbibliothek Basel unter VB F 100.

die Einreise so erschwert, daß der Weg über andere Länder gesucht wurde. Unter den norddeutschen Hafenstädten genoß zwar Bremen durch die fürsorglichen Maßnahmen seiner Behörden einen sehr guten Ruf, es war aber für die Schweizer zu weit entfernt, und die Passage dauerte von dort aus länger, weil Nordsee und Kanal zu durchfahren waren¹⁴⁷. In England bot vor allem Liverpool zahlreiche und billige Fahrgelegenheiten, doch war der Wechsel der Schiffe allzu unbequem, und zudem waren die dort vorherrschenden Iren als Reisegefährten weithin verschrien¹⁴⁸.

Antwerpen schließlich erlangte zeitweise einige Bedeutung – es diente als wichtigster Ausweichhafen, wenn die Reise durch Frankreich durch politische Unruhen erschwert wurde –, sein besonderer Vorteil, die leichte Erreichbarkeit auf der billigen Rheinroute, verlor jedoch mit dem Bau der Eisenbahnen an Zugkraft.

Le Havre lag für die Schweiz relativ nahe und war schon früh mit regelmäßigen Postkursen und dann mit Eisenbahnen erreichbar. Schließlich dürfte maßgebend gewesen sein, daß Le Havre als wichtiger Baumwollimporthafen immer besonders viele Schiffe anzubieten hatte, die Rückfracht suchten, darunter auch viele amerikanische, die als die schnellsten und bequemsten galten¹⁴⁹.

Die Reise nach Le Havre konnte auf verschiedenen Wegen erfolgen¹⁵⁰. Am billigsten war die Fahrt auf dem Rhein bis Rotterdam und dann auf Küstenschiffen zur Seinemündung. Dieser Weg wurde auch bis in die fünfziger Jahre hinein häufig benutzt, die Reise dauerte aber selbst nach Einführung des Eisenbahntransports bis Mannheim und von Dampfbooten auf der restlichen Strecke immer noch gegen fünf Tage, also

¹⁴⁷ Zu den Maßnahmen der Behörden in Bremen siehe: *Bericht über die Wirksamkeit des Nachweisungs-Büreau für Auswanderer in Bremen*, Bremen ab 1851.

¹⁴⁸ Nach JOHANN HÄNGGI, *Der schweizerische Auswanderer nach Amerika*, Solothurn 1852, S.10 f., lautete der Wahlspruch der Iren: «Bete, stehle und verfolge den Deutschen, wo du nur immer kannst.» Eine ähnliche Warnung findet sich auch im *Handbüchlein*, a. a. O., S. 41.

¹⁴⁹ Einen ausführlichen Vergleich zwischen den verschiedenen Häfen, in dem ebenfalls die Vorzüge von Le Havre hervorgehoben werden, gibt *Jakob Naumanns Reise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika*, usw., herausgegeben von Professor FRIEDRICH BÜLAU, Leipzig 1850, S. 30 ff.

¹⁵⁰ Die verschiedenen Routen und die Reisedauer sind dargestellt nach verschiedenen Handbüchern sowie Annoncen der Agenten im *Schweizerboten*, der *National-Zeitung* und im *Bund*, 1850 ff.

relativ lange. Etwas abgekürzt wurde sie, wenn nur bis Köln der Rheinweg benützt wurde, von dort aber die Eisenbahnverbindung über Lille und Paris. Am wichtigsten war aber doch wohl der Landweg über Mülhausen und Paris; die beiden wichtigsten Aargauer Agenten hatten ihr Geschäft in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre als Fuhrleute auf dieser Strecke begonnen. Bis in die vierziger Jahre wurden die Transporte auf großen Pferdewagen geführt, die manchmal 40 bis 50 Personen samt ihrem Gepäck trugen. Die Reise dauerte etwa 3 Wochen, und um zu sparen wurden die Passagiere unterwegs in Ställen und Speichern untergebracht.

Einen gewaltigen Fortschritt brachte die Einführung regelmäßiger Eilpostkurse ab Mülhausen und die Verlängerung der Elsässer Eisenbahn bis Basel im Jahr 1844. Von 1845 an offerierten auch die Aargauer Agenten Akkorde für diese Route, die in zwei Tagen und drei Nächten zum Hafen führte; im Herbst dieses Jahres verkaufte der Spediteur Rufli 28 seiner Pferde, weil er die eigenen Wagen fast nur noch zum Transport des schweren Gepäcks benützte¹⁵¹. Die Fahrpreise der Diligencen waren zwar bedeutend höher, aber da sie die Strecke nach Le Havre viel schneller zurücklegten, konnten die Differenzen an den Unterhaltskosten eingespart werden¹⁵².

Für die Durchreise zum Seehafen waren gewöhnlich wenig amtliche Formalitäten nötig. Da die meisten Auswanderer nur spärliche Habseligkeiten mit sich führten, konnten die Zollkontrollen praktisch wegfallen. Die Seestaaten legten einzig Wert darauf, daß die einreisenden Auswanderer auch sicher die Atlantikpassage antreten konnten und nicht in den Hafenstädten hängenblieben. Deshalb waren zu gewissen Zeiten bei starkem Andrang die Einreisebedingungen verschärft worden. So hatte 1832 die französische Regierung die Zollbeamten angewiesen, nur Auswanderer mit genügenden Reisemitteln einzulassen, und einzelne Grenzstationen gingen so weit, den Nachweis von 900 Franken an Bar-

¹⁵¹ *Schweizerbote*, Nr. 139. 20. 11. 1845.

¹⁵² Schon im Reisebericht der Familien Köppli und Suppiger von 1833 war diese Route empfohlen worden, offenbar ohne großen Erfolg; Suppiger, a. a. O., S. 40 f., Auswanderer, die sich besonders sparsam wähten, nahmen auch später die größten Umwege in Kauf, wenn die Fahrpreise etwas billiger waren; so beförderte Zwilchenbart 1869 sogar Passagiere, u. a. mehrere Aargauer, via Rotterdam und London (!) nach Le Havre. Klage ans Auswanderungskommissariat Le Havre vom 12. 4. 1869, Bundesarchiv 2200 Le Havre, Nr. 154.

geld zu verlangen; erst auf Reklamationen hin befahl die Regierung, diese Summe auf 300 Franken zu ermäßigen¹⁵³.

Als 1849 erneut viele Auswanderer in Le Havre saßen, ordnete der Präfekt des Departements Haut-Rhin sogar eine völlige Einreisesperre für Auswanderer jeglicher Herkunft an. Offenbar auf Proteste der Basler Behörden hin wurden dann allerdings Ausnahmen für die Besitzer von mindestens 860 Franken gemacht, und der Administration der Messageries Nationales gelang es, beim Ministerium des Innern eine noch mildere Regelung zu erwirken: die Durchreise sollte allen Auswanderern gestattet sein, welche eine Quittung für die bezahlten Reisekosten bis Le Havre und einen Vertrag für die Überfahrt nach Amerika vorlegen konnten¹⁵⁴. Später wurde es dann eine regelmäßige Praxis, entweder den Nachweis von genügend Reisegeld oder die Vorlegung eines festen Reisevertrags zur Bedingung für die Einreise zu machen. Tatsächlich entsprach wohl die Garantieleistung durch einen zuverlässigen Agenten mindestens so gut den Absichten der Behörde, wie der Nachweis von baren Mitteln, die der Passagier immerhin noch vor der Ankunft im Hafen verlieren konnte.

Im Passagiergesetz von 1855 wurde der Reisevertrag sogar als Paß anerkannt und ersetzte alle weiteren Ausweisschriften, sofern er ein Signalement des Reisenden enthielt und vom französischen Konsulat visitiert war¹⁵⁵.

Nach der Ankunft in Le Havre konnte günstigstenfalls sofort das Schiff bestiegen werden; meist verstrichen aber noch einige Tage bis zur Abfahrt. Der selbständige und bemittelte Reisende konnte in einem der respektableren Gasthäuser Unterkunft suchen; Schweizer Wirte versäumten nicht, ihre Etablissements auch in den heimatlichen Zeitungen anzupreisen. Wer mit einem Agenten akkordiert hatte, mußte mit einer

¹⁵³ US-Vizekonsul Ryhiner an die Basler Regierung, 10.9.1833, StABS, Auswanderung A, 1819–1847.

¹⁵⁴ Schreiben der Préfecture du Haut-Rhin in Colmar an die Basler Regierung, 21.3., 28.3. und 31.3.1849, StABS, a.a.O. Im letzten dieser Schreiben heißt es: «M. le Ministre ... vient de décider que les emigrants transportés par les voitures de cette administration seront admis sous sa responsabilité après valable déclaration de la part de ses agents.»

¹⁵⁵ *Handbüchlein*, a.a.O., S.99 f. Wie der Polizeidirektor von Basel am 20.1.1854 dem Bundesrat berichtete, waren auch zu dieser Zeit schon gelegentlich Reiseverträge als einzige Ausweisschrift akzeptiert worden, StABS, Auswanderung A, 1854–1863.

der vielen Auswandererherbergen vorliebnehmen, die nicht alle im Rufe größter Reinlichkeit und Bequemlichkeit standen.

Nun wurde der letzte Bedarf für die Seereise eingekauft: Blechgeschirr und Bestecke, vielleicht auch Kochtöpfe, Strohsäcke, Kissen und Decken für das Lager auf dem Schiff, Behälter für die zu beziehenden Lebensmittel, etwas zusätzlicher Proviant¹⁵⁶.

Mit allfälligen Klagen über die Leistungen der Agenten wandte man sich an den schweizerischen Konsul, der auch sonst Ratschläge erteilte und auf das Ergehen der Auswanderer ein Auge hatte¹⁵⁷.

Wenn auch der Agent für den Lebensunterhalt sorgte, gab es doch noch reichlich Gelegenheit, durch Leichtsinn und Gutgläubigkeit Geld zu verlieren. Schon unter den Spediteuren gab es neben den rechtschaffenen auch andere, die über den vereinbarten Tarif hinaus möglichst viele Aufschläge verrechneten. Dazu kamen betrügerische Wirte, gerissene Händler für Reisebedarf, Lebensmittellieferanten, die im letzten Moment vor der Abfahrt verdorbene Ware aufs Schiff brachten usw. Als in Amerika gegen das Unwesen der betrügerischen Verkäufer von Eisenbahnbilleten, Landtiteln u.ä. wirksam eingeschritten wurde, verlegten manche der betroffenen Gauner ihr Wirkungsfeld in die europäischen Häfen.

Die Seestaaten bemühten sich allerdings in zunehmendem Maße, die Auswanderer vor allzu schamloser Ausbeutung zu schützen. Vorgegangen war in dieser Hinsicht Bremen, das schon früh ein amtliches Beratungsbüro geschaffen hatte¹⁵⁸; in fast allen Hafenstädten wurden mit der Zeit besondere Beamte eingesetzt, um die Geschäftstätigkeit der Agenten und Makler zu überwachen.

Besonders ausführliche Vorschriften galten überall dem Bau und der Ausstattung der Schiffe, die für den Auswanderertransport benützt wurden. Auch in dieser Hinsicht waren die Verhältnisse seit 1817 einiges besser geworden, wie allein schon aus der Größe der Fahrzeuge hervor-

¹⁵⁶ Als Bereicherung der eintönigen Schiffskost wurden vor allem Käse, Dörrobst u. ä. empfohlen. In manchen Handbüchern finden sich umfangreiche gelehrte Abhandlungen über die Möglichkeiten, Milch, Eier und andere verderbliche Nahrungsmittel für die Reise zu konservieren.

¹⁵⁷ Wenigstens von Le Havre kann dies gesagt werden; in den andern Hafenstädten gab es noch keine Konsulate.

¹⁵⁸ Siehe Bericht des Nachweisungs-Büreaus, a. a. O., oder auch eine Broschüre der Agentur Beck & Herzog von 1851, StABS, Auswanderung A, 1848–1853.

geht. Waren damals meist Segler von weniger als 500 Bruttoregister-tonnen verwendet worden, so waren es nun gewöhnlich solche von 1000 Bruttoregister-tonnen oder auch bedeutend mehr.

Bequeme und schnelle Dampfer befuhren zwar um 1850 bereits den Atlantik, für die Auswanderer kamen sie jedoch der hohen Fahrpreise wegen noch kaum in Frage, kostete doch die Überfahrt ab Le Havre noch 1854 260 Franken, 1849 sogar noch etwa 300 Franken¹⁵⁹. Kaum billiger waren die Kajütenplätze mit guter Verpflegung auf den Seglern, und selbst die bescheidenere zweite Klasse, in der wenigstens jeder Passagier seine eigene Bettstelle erhielt, war mit 220 bis 250 Franken noch zu teuer. Demgegenüber kam bei Zwischendeckspassage um diese Zeit der gesamte Transport von der Schweiz aus samt Kost und Unterkunft auf der Landreise und im Hafen nur auf etwa 120 bis 180 Franken zu stehen, je nach Andrang und nach Qualität der Versorgung. Die Überfahrt allein, ohne Verpflegung direkt beim Schiffsmakler gebucht, kostete meist etwa 70 bis 90 Franken¹⁶⁰. So reisten natürlich trotz aller Unbequemlichkeit die meisten Auswanderer im Zwischendeck. Immerhin hatten inzwischen alle Seestaaten Reglemente erlassen, die wenigstens dessen minimale Höhe und die pro Person erforderliche Bodenfläche vorschrieben¹⁶¹. Die Maße lagen zwischen 1,53 und 1,83 Meter in der Höhe und einer Fläche von 1 bis 1 $\frac{3}{4}$ Quadratmetern, wobei allerdings die Fläche des Bettes inbegriffen war. Die Lagerstätten mußten in der Regel etwa 1,80 auf 0,5 Meter messen; in den üblichen mehrplätzig-igen Bettstellen durften nach einigen Gesetzen nur Ehepaare oder sonst Mitglieder der gleichen Familie untergebracht werden.

Wenn die Bestimmungen auch ein allzu brutales Zusammenpferchen der Leute verhinderten, war der Platz in den Zwischendecks doch weiterhin äußerst knapp bemessen; zudem ist es höchst fraglich, ob die Vorschriften sehr strikte eingehalten wurden.

Geregelt wurden auch die sanitarischen Einrichtungen und vor allem die Verpflegung. Es war durchaus üblich, daß jeder einzelne und jede Familie die nötigen Lebensmittel selbst aufs Schiff brachte; manche Handbücher empfahlen sogar ausdrücklich die Selbstverpflegung gegen-

¹⁵⁹ *National-Zeitung*, Nr. 238, 2.10.1849; *Schweizerbote*, Nr. 216, 11.9.1854.

¹⁶⁰ Brief von Wanner, 5.4.1850, StABS, a. a. O., sowie Annoncen, passim.

¹⁶¹ Karrer, S. 237 ff., Abschnitt über die Gesetzgebung des Auslands.

über der schlechten Versorgung durch gewinnsüchtige Agenten¹⁶². Art und Menge des mitzubringenden Proviantes waren jedoch vorgeschrieben, und später mußten die Vorräte vom Unternehmer gesamthaft geliefert werden, um eine gleichmäßige Qualität zu gewährleisten. Die Menge richtete sich nach dem Reiseziel, es mußte jeweils für eine bestimmte Mindestdauer vorgesorgt werden. Grundnahrungsmittel waren Kartoffeln, Schiffszwieback und Salzfleisch oder Schinken; dazu kamen in kleineren Mengen Reis, Mehl, Gerste, Hülsenfrüchte, eventuell etwas Kaffee, Tee u. ä., sowie Essig zur Erfrischung und zur Luftreinigung¹⁶³. Die Zubereitung der Speisen blieb auf den meisten Schiffen den Passagieren überlassen, die sich in die Benützung der meist viel zu kleinen Küche auf Deck teilen mußten.

Wie unter diesen Bedingungen die Reise überstanden wurde, hing weitgehend von der Witterung ab. Schon die Dauer der Reisen schwankte immer noch gewaltig. Als sehr rasch galt nach wie vor eine Überfahrt von Le Havre nach New York in 20 bis 30 Tagen; häufig dauerte sie 40 bis 50 Tage, gelegentlich auch mehr. Nach den französischen Verpflegungsvorschriften war der Proviant auf der Nordatlantikroute für 55 Tage zu berechnen, von Bremen aus sogar für 13 Wochen. Auch die Bequemlichkeit war wesentlich vom Wetter abhängig; war es gut, so konnte sich wenigstens ein Teil der Passagiere immer an Deck aufhalten (die Handbücher rieten alle dazu, manche gaben den besonderen Wink, man solle sich eine freie Stelle suchen und sich dort durch Springen ermüden¹⁶⁴), die Luken zum Zwischendeck waren geöffnet, die Betten konnten regelmäßig gelüftet werden.

Bei schlechtem Wetter aber wurden die Verhältnisse im Zwischendeck fast unerträglich. Die Enge und die schlechte Belüftung waren an sich schlimm genug, dazu kamen die Folgen der Seekrankheit und der Mangel

¹⁶² Diese Ansicht vertreten z. B. Hänggi, a. a. O., S. 16, oder auch Adolf Dengler, a. a. O., S. 15. Von der Selbstbeköstigung riet dagegen das *Handbüchlein*, S. 38, ab. Nach dieser Quelle war die Besorgung der Lebensmittel durch jeden einzelnen Auswanderer in Bremen schon nicht mehr gestattet. Auch Naumann, a. a. O., S. 52, erwähnt, daß 1850 schon ein Koch auf den Bremer Schiffen die Verpflegung für alle zubereitet habe.

¹⁶³ Ein Reisevertrag Ruffis für die Fahrt nach New York sah für jede Person von mehr als 10 Jahren folgende Lebensmittel vor: 5 Pfund frisches Brot, 35 Pfund Zwieback, 4 Pfund Butter, 15 Pfund geräuchertes Fleisch, 5 Pfund Mehl, 5 Pfund Reis, 2 Pfund Salz, 2 Liter Essig, 1 Hektoliter Kartoffeln.

¹⁶⁴ Siehe z. B. *Notizen*, a. a. O., S. 10.

an Süßwasser zu Reinigungszwecken. Bei Sturm wurden gar die Luken geschlossen und den Passagieren der Aufenthalt an Deck verboten, gelegentlich blieben sie tagelang in dem dumpfigen, nur von ein bis zwei Öllampen erhellten Raum eingeschlossen. Unter diesen Umständen forderten Cholera oder Typhus immer noch gelegentlich zahlreiche Opfer; die von den Gegnern der Auswanderung verbreiteten Ziffern der Sterblichkeit auf Schiffen waren allerdings meist übertrieben.

Schlimmer als die gesundheitlichen Gefahren des Zwischendecks erschien manchen Zeitgenossen die moralische Atmosphäre. Die Reglemente bestimmten zwar alle eine gewisse Trennung der Geschlechter, zum mindesten in der Weise, daß alleinstehende Frauen und Männer an den Enden des Raumes, Familien dazwischen logieren mußten, oder daß für die alleinstehenden eines Geschlechtes ein gesonderter Raum zu schaffen war. Die Wirksamkeit dieser Vorschriften erscheint nach den meisten Reiseberichten eher zweifelhaft.

Schwierig war es auch, ernsthafte Streitigkeiten unter den Fahrgästen zu verhindern. Die Verteilung der Lebensmittel, die Benützung der Küche, die Zuweisung von Arbeiten usw. gaben immer Anlaß zu Reibereien; wie erwähnt, wurde vor der Englandroute sogar besonders wegen der Streitlust der Iren gewarnt.

Trotz allem: auch wenn uns heute die Strapazen und Unannehmlichkeiten einer Atlantikpassage um die Mitte des 19. Jahrhunderts fast überwältigend erscheinen; es waren eben doch meist nur Unannehmlichkeiten und Strapazen, aber keine Gefahren für Leib und Leben. Gerade die sachlicheren Ratgeber betonten denn auch, daß nicht die Überfahrt die gefährlichste Etappe der Auswanderung sei.

Entscheidend für viele waren dagegen die ersten Tage, ja die ersten Stunden nach der Ankunft. Kein Erlebnisbericht, kein Handbuch versäumt es, vor all den Anfechtungen zu warnen, die den reisemüden Auswanderer an Land erwarteten. Am größten war die Gefahr natürlich in New York, das bei weitem den größten Teil der Auswanderer anzog, weil von hier die günstigsten Routen nach dem Westen ausgingen.

In vielen Schilderungen ist uns die Szene der Ankunft überliefert¹⁶⁵.

Schon beim ersten Anblick des Landes hatte auf dem Schiffe ein reges Treiben begonnen, alles wurde gereinigt, die Habseligkeiten zusammen-

¹⁶⁵ Zum Folgenden alle erwähnten Reiseberichte, insbesondere auch die schwarzmalerschen wie JEREMIAS MEYER, *Notizen*, usw.

gepackt. Am letzten Abend ließ der Kapitän vielleicht eine etwas größere Lebensmittelration verteilen, und das Ende der Reise wurde gefeiert. Nach der letzten Nacht flogen schon bei der Einfahrt in den Hafen die verbrauchten Strohsäcke über Bord; manche ließen die abgenützte Reisekleidung gleich folgen, um die neue Welt im Sonntagsstaat zu betreten. Noch vor dem Anlegen kamen Beamte der Sanitäts- und Hafenzollpolizei an Bord, um die Zulässigkeit der Befrachtung und den Gesundheitszustand der Passagiere zu kontrollieren. Bestand der Verdacht einer Epidemie, so ging das ganze Schiff in Quarantäne; einzelne Kranke wurden in die Hospitäler verbracht, zu deren Unterhalt jeder Einwanderer mit einer Taxe beizutragen hatte.

Die Zollformalitäten waren sehr summarisch, brachte doch kaum jemand mehr als einige persönliche Effekten mit. Legte dann das Schiff endlich im Hafen von New York an, so entfaltete sich eine Szene, die jeden Ankömmling überraschte und verwirrte. Ein ganzes Heer von geschäftstüchtigen Agenten und Maklern, sogenannten «runners», bemächtigte sich der Fremden. In erster Linie waren es die Angestellten der zahllosen Einwanderergaststätten, die Kundschaft suchten, dazu kamen die Vertreter von Eisenbahn- und Dampfbootlinien, von Grundstückhändlern usw. Kaum wußte der Neuling, wie ihm geschah, so war sein Gepäck schon auf einen Karren geladen, dem er wohl oder übel zu seiner Herberge folgte. Dort wurden ihm «zu günstigen Preisen» Unterkunft und Kost angeboten; nur allzuoft erwies sich dann die Qualität als äußerst bescheiden, während die Rechnung alle Erwartungen übertraf. War ein fester Tarif ausgemacht worden, so konnte der Wirt vielleicht mit einer unerhörten Gebühr für «Aufbewahrung des Gepäcks» seinen Gewinn verbessern. Besonders berüchtigt waren gewisse deutsche und schweizerische Wirte, die gerade als Landsleute das Vertrauen der Unerfahrenen leicht gewannen und schamlos mißbrauchten. Im schlimmsten Falle wurde der Geprellte nach einigen Tagen völlig ausgeplündert auf die Straße gesetzt; mit den örtlichen Gesetzen nicht vertraut, konnte er sich gegen Überforderungen kaum wehren und mußte schließlich froh sein, wenn sein Gepäck nicht als «Pfand» zurückbehalten wurde.

Wer mit dem Wirtshaus Glück hatte, fand immer noch genug Gelegenheit, betrogen zu werden. Suchte er eine Gelegenheit zur Weiterreise ins Innere des Landes, ohne die offiziellen Büros der Transportunternehmen zu kennen, so bekam er etwa ein Eisenbahnbillett nach St. Louis oder Milwaukee, das schon in Albany, beim Umsteigen auf eine andere Linie,

nicht mehr anerkannt wurde, oder er kaufte eine teure Bahnkarte, um dann festzustellen, daß sie nur für den weit billigeren und langsameren Transport auf einem Kanalboot galt. Am übelsten erging es den Arglosen, die sich auf eines der «günstigen» Landangebote einließen. Aus allen erdenklichen Gründen wurden «ausgewählte Liegenschaften» «weit unter dem wirklichen Wert» gehandelt. Tätigte jemand einen solchen «Gelegenheitskauf», so fand er später, daß ein fruchtbares Gut mitten in einem Sumpf lag, daß, wie es bitter heißt, der größte Teil seiner hundert acres senkrecht stand, oder daß der Boden durch rücksichtslosen Raubbau ausgelaugt war. Auch in diesem Geschäft spielten allzu gründlich «assimilierte» Europäer eine besonders schmachvolle Rolle.

Das häßliche Bild vom geldgierigen, skrupellosen, zu jedem Betrug fähigen Amerikaner, wie es manche enttäuschte Heimkehrer zeichneten, war meist eine Verallgemeinerung bitterer Erfahrungen mit dem Gesindel von New York.

New Orleans, der zweite wichtige Landeplatz, scheint das Runner-Unwesen nicht im gleichen Maße gekannt zu haben. Dafür war hier das Klima dem Neuling sehr gefährlich; fast jedes Jahr gingen Meldungen von Gelbfieberepidemien an der Golfküste auch durch die Schweizer Zeitungen, und das Konsulat von New Orleans sandte regelmäßig Listen von Schweizern, die in den dortigen Spitälern verstorben waren. Alle Reiseführer rieten dazu, die Ankunft in New Orleans auf das Frühjahr oder den Spätherbst fallen zu lassen und dann vor der heißen Jahreszeit nach Norden zu reisen, was dank den zahlreichen und wohlfeilen Dampfbootverbindungen meist auch möglich war.

Es ist nun allerdings zu sagen, daß die Auswanderer schon früh den Gefahren der Hafenstädte nicht mehr völlig hilflos preisgegeben waren. Zunächst private, später auch staatliche Institutionen versuchten, ihnen Schutz und Beistand zu gewähren¹⁶⁶. Bereits im 18. Jahrhundert hatten sich in New York Ausländervereine unter den am stärksten vertretenen Nationen gebildet. Es entstanden damals Gesellschaften der Iren, Engländer, Schotten und Deutschen; 1806 folgte eine französische Gesellschaft, die auch Schweizer aufnahm. Von 1832 an bestand eine eigene Schweizerische Hilfsgesellschaft, die etwa 1845 auch administrativ von der französischen unabhängig wurde. Die meisten dieser Vereine dienten

¹⁶⁶ Vgl. ROBERT ERNST, *Immigrant Life in New York City, 1825–1863*, Diss. Columbia University, New York 1949.

kulturellen und gesellschaftlichen Zwecken, doch zeichnete sich gerade der deutsche dadurch aus, daß er sich rege um neu eingewanderte Landsleute bemühte. Bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts galt sein Kampf den häufigen Mißständen, die das Redemptioner-System mit sich brachte; als dieses außer Gebrauch kam, wandte er sich dem Schutz vor Betrügereien zu. Zunächst konnte er dabei nichts unternehmen, als die Auswanderer möglichst schon in Europa auf sein Büro aufmerksam zu machen und durch fachmännischen Rat vor den schlimmsten Fehlern zu bewahren. Wichtigstes Ziel war es, die Ankömmlinge möglichst rasch auf die richtige Bahnlinie zur Weiterreise ins Innere zu bringen. Die unverschämtesten der Runners gingen allerdings soweit, sich selbst als Agenten der deutschen Gesellschaft auszugeben und Unvorsichtige zu einem falschen Büro zu führen.

Von amtlicher Seite kam zunächst wenig Unterstützung im Kampf gegen die Betrügereien. Die Stadtbehörden von New York, denen lange Zeit die Kontrolle der Einwanderung anheimgestellt war, dachten nur an die Absicherung der Stadt gegen Unannehmlichkeiten. Anfänglich mußte jeder Kapitän nach der Landung die Personalien aller Fahrgäste angeben und mit seiner Unterschrift die Verpflichtung übernehmen, für jeden Passagier, der innert zwei Jahren nach der Ankunft der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fiel, mit Entschädigungen bis zu 300 Dollar gutzustehen. Bald fanden sich Makler, die bereit waren, für eine Pauschalsumme diese Haftpflicht zu übernehmen, gelegentlich nahmen auch die Stadtbehörden selber Prämien von 1 bis 10 Dollar pro Kopf an. Zu besonderen Mißständen führte die Praxis mancher Makler, private Armenhäuser und Spitäler einzurichten, wo sie Hilfsbedürftige billiger als in den städtischen Anstalten unterbringen konnten. Neben der Haftpflichtprämie war für jeden Auswanderer im Zwischendeck eine Gebühr von 50 Cents für den Unterhalt des Quarantänehospital auf Staten Island zu entrichten. All diese Maßnahmen waren wenig geeignet, den Auswanderern wesentlich zu helfen, zudem wurden sie erst noch dauernd umgangen, indem ganze Schiffsladungen außerhalb der Stadtgrenzen an Land gesetzt wurden und dann unkontrolliert auf dem Landweg Manhattan erreichten.

Es war vor allem dem Einfluß der ausländischen Gesellschaften zu danken, daß 1847 gegen den Widerstand der städtischen Behörden die Überwachung der Einwanderung dem Staate New York übertragen wurde. Die Bedeutung der Vereine zeigt sich auch darin, daß in dem nun

gebildeten «Board of Commissioners of Emigration» neben sechs vom Gouverneur ernannten Mitgliedern und den Bürgermeistern von New York und Brooklyn auch die Präsidenten der deutschen und der irischen Gesellschaft sassen. Sanitäre Verhältnisse und Einhaltung der Befrachtungsvorschriften auf den Schiffen sollten nun genauer kontrolliert werden. Anstelle der Haftpflichtbürgschaft trat eine pauschale Taxe von 1 Dollar pro Kopf (sie erhöhte sich bis 1867 auf 2 ½ Dollar), womit die Makler ausgeschaltet wurden. Die Kommission erfüllte ihre Aufgabe allerdings nicht immer befriedigend; da ihre Mitglieder nicht spezielle Beamte, sondern aktive Politiker waren, vernachlässigten sie oft ihre Pflichten. Vor allem dauerte das Runner-Unwesen weiterhin an. Zwar wurde für die Agenten von Transport- und Landgesellschaften, die im Hafen wirkten, die Konzessionspflicht eingeführt, doch war nach gewissen Berichten diese Lizenz für eine Gebühr von 20 Dollar im Jahr ohne jede Qualifikation erhältlich¹⁶⁷. Die einzige erfolgversprechende Methode, die Anlage eines festen und abgesperrten Landplatzes für Einwanderer, kam erst mit der Einrichtung des Depots von Castle Garden 1855 zur Anwendung. Castle Garden, ein kreisförmiges Gebäude nahe der Südspitze von Manhattan, hatte ursprünglich einen Teil der Stadtbefestigung gebildet und dann Zirkusaufführungen und ähnlichen Lustbarkeiten gedient. Im Juni 1855 wurde es in den Dienst der Einwanderer gestellt und erst 1892 durch das Depot auf Ellis Island abgelöst. Die Eröffnung dieser Institution bedeutete einen gewaltigen Fortschritt und fand auch in der Schweiz große Beachtung. Ihr Reglement wurde im Bundesblatt abgedruckt, und im Oktober veröffentlichte auch der *Schweizerbote* eine Beschreibung der neuen Anstalt¹⁶⁸.

Jeder Kapitän, der Emigranten beförderte, mußte bei Castle Garden anlegen; unter Androhung empfindlicher Bußen war ihm verboten, vor der Ausschiffung der Passagiere irgend jemand an Bord zu lassen. Unmittelbar nach der Landung wurden die Passagiere zunächst einer gründlicheren ärztlichen Untersuchung unterzogen. Ihr Zweck war es vor allem, aus Europa abgeschobene Krüppel, Geisteskranke und -schwache, gebrechliche Alte und Kinder ohne Ernährer, aber auch alleinstehende schwangere Frauen und andere Unterstützungsbedürftige rechtzeitig auszuschneiden und bei nächster Gelegenheit nach Europa

¹⁶⁷ *Notizen*, a. a. O., S. 38.

¹⁶⁸ *Bundesblatt*, Nr. 43, II, 1855; *Schweizerbote*, Nr. 236, 3. 10. 1855.

zurückzuspedieren. Dann wurden die Personalien der Ankömmlinge registriert, das mitgebrachte Vermögen und eventuelle Beziehungen zu bereits in den USA ansässigen Freunden und Verwandten festgestellt¹⁶⁹. Auf diese Formalitäten folgte das obligatorische Bad und bei Bedarf ein wohlfeiler Imbiß. Nun kam das wichtigste Geschäft: die Organisation der Weiterreise. Wer in New York bleiben wollte, verließ das Depot, nachdem er vor den Gefahren der Stadt gewarnt worden war. Wer ins Innere des Landes trachtete, gab sein Reiseziel einem Beamten an, der ihn über die günstigste Route beriet und das entsprechende Billett ausstellte. Dann konnte der Auswanderer sein inzwischen ausgeladenes Gepäck dem Waagemeister übergeben, der es für den Transport etikettierte und die nötigen Quittungen aushändigte. Hatte der Ankömmling Billett und Fracht an der Kasse bezahlt, so durfte er sich weiterhin im Depot aufhalten oder in der Stadt Proviant einkaufen und sich umsehen. Kochgelegenheiten und Aufenthaltsräume standen zur Verfügung. Meist noch am gleichen Tag wurden die Passagiere per Dampfboot zu den Abfahrtsorten der gewählten Schiffs- und Bahnlinien gebracht und konnten ihre Reise sogleich fortsetzen. Wer sich die Ansiedlungen des Westens zum Ziel gesetzt hatte – und das war der größere Teil der Deutschen und Schweizer –, konnte die berüchtigte Hafenstadt hinter sich lassen, ohne auch nur mit den Runners in Berührung zu kommen.

Wie schon erwähnt, versuchten gewisse Makler ihr Geschäft zu retten, indem sie Billetts für die Reise ins Innere schon in den europäischen Häfen oder auch durch die Agenten im Binnenland verkaufen ließen. Die amerikanischen Behörden warnten die schweizerischen vor diesen Versuchen und empfahlen, den Verkauf der sogenannten Inland-Tickets rundweg zu verbieten. Die meisten Kantone folgten diesem Rat, doch gerade Basel, unter dessen Jurisdiktion die meisten Agenten standen, weigerte sich, ein Verbot zu erlassen. Der Polizeidirektor Bischoff hielt in einem Gutachten vom November 1857 daran fest, daß die Inlandbillette in gewissen Fällen, besonders bei Speditionen durch die Gemeinden, wesentliche Vorteile böten. Außerdem glaubte er, daß die vielgepriesene Institution von Castle Garden keineswegs uneigennütigen

¹⁶⁹ Nach der Darstellung im *Schweizerboten* sollte das Register der Berufe und der Geldmittel «eine gewaltige Waffe gegen die Knownothings» werden, «indem es nachweist, wie viel Geld, Arbeitskraft und Intelligenz ins Land kommt durch die Emigration».

Zwecken diene, sondern nur den Behörden Gebühren und einzelnen Transportfirmen ein Monopol verschaffen solle¹⁷⁰.

Die große Zahl der andern Meinungen und auch die spätere Haltung der Bundesbehörden lassen annehmen, daß die Haltung des Basler Magistrates in diesem Falle schlecht fundiert war.

Die Einrichtung von Castle Garden war zweifellos ein wichtiger Schritt, um die Auswanderung auch für Unerfahrene sicher zu machen und möglichst viele Siedler mit ungeschmälernten Mitteln in den Westen zu bringen.

Wohin und auf welchen Wegen die weitere Reise verlief, ist Gegenstand eines späteren Kapitels.

7. Das Agenturwesen

Im letzten Kapitel wurde bereits angedeutet, was wir unter einer Auswanderungsagentur verstehen: eine Art Reisebüro, das die Beförderung des Auswanderers von seinem Heimatort bis zu einem überseeischen Hafen, in selteneren Fällen auch bis ins Innere des Landes, für einen Pauschalpreis organisierte.

Entstehung und Tätigkeit dieser Büros werden hier dargestellt, soweit sie sich auf Grund des Basler und Aargauer Aktenmaterials erfassen ließen; ergänzende Angaben stammen aus einigen Presseorganen. Für eine umfassendere Darstellung des Transportwesens müßten zahlreiche weitere Quellen, vor allem auch die Konsulatsarchive, gründlicher berücksichtigt werden, als es hier geschehen konnte. Was anhand des beschränkten Materials zu ermitteln war, dürfte aber – bei mannigfachen Abweichungen im Detail – grundsätzlich auch für die übrigen Gebiete wenigstens der deutschen Schweiz Geltung haben, lagen doch die bedeutendsten Unternehmen der Agenturbranche im Bereiche unserer Untersuchung.

Demgegenüber mußte sich die Darstellung der staatlichen Maßnahmen zur Regulierung des Agenturwesens ganz auf den Bereich des Aargaus beschränken. Es erschien deshalb ratsam, diesem Thema einen

¹⁷⁰ Gutachten Bischoff vom 6. 11. 1857, StABS, Auswanderung A, 1854–1863. Gerüchte über Mißstände in Castle Garden tauchten verschiedentlich auf, sie wurden aber wohl zu Recht als Machenschaften interessierter Kreise zurückgewiesen.

eigenen Abschnitt zu widmen, obwohl dies gelegentliche Wiederholungen bedingt, da sonst eine klare Trennung zwischen allgemeinen und spezifisch aargauischen Verhältnissen nicht möglich gewesen wäre

Entwicklung und Funktion

Es ist wenig wahrscheinlich, daß eigentliche Auswanderungsagenturen schon zur Zeit der frühesten Auswanderungswelle bestanden. Zwar spielten damals die Rheinschiffer für die Förderung der Auswanderung eine gewisse Rolle¹⁷¹, doch übernahmen sie kaum schon alle Aufgaben der späteren Agenten. Mit Sicherheit läßt sich das Aufkommen von Agenturen für die dreißiger Jahre nachweisen. Einerseits stellten die Passagiermakler der Seestädte Vertreter im Binnenland an, um ihre Kunden möglichst früh zu erfassen, andererseits begannen schweizerische Fuhrleute, die zuerst nur den Landtransport bis zum Hafen besorgt hatten, in Zusammenarbeit mit einem Makler auch gleich die Passage zu vermitteln¹⁷².

Die ersten Schweizer Unternehmer begannen etwa um 1832/33 mit dem Agenturgeschäft. Der Badener Fuhrhalter Bartholomäus Birchmeyer, der 1832 Fahrten nach Le Havre mit seinem zwanzigplätzigem Wagen «Wilhelm Tell» ausschrieb, überließ wohl die Organisation der Atlantikpassage noch seinen Kunden, wie wahrscheinlich auch der Tegerfelder Heinrich Deppeler, der 1833 zwei Transporte nach Le Havre führte¹⁷³.

Andererseits ist es ungewiß, ob die Firma Birmann und Söhne in Basel, die 1833 als Vertreterin der Niederländischen Schiffsreederei in Amsterdam die Vermittlung von Schiffsplätzen übernahm, auch den Transport nach Holland besorgte¹⁷⁴.

Im April 1834 aber kündigte ein Artikel im *Schweizerboten* die Entstehung einer eigentlichen Auswanderungsagentur an. Zwar habe sich die staatliche gelenkte Kolonisation als zu schwierig erwiesen, die Organisation der ganzen Reise durch einen sachkundigen Unternehmer sei aber sehr wünschenswert. Ein solcher habe sich nun gefunden in Hein-

¹⁷¹ Siehe oben S. 38.

¹⁷² So auch die Darstellung des Konsuls in Le Havre, siehe S. 185.

¹⁷³ *Schweizerbote*, Nr. 35, 31. 8. 1832.

¹⁷⁴ a. a. O., Nr. 52, 26. 12. 1832.

rich Deppeler von Tegerfelden, der Verträge für die Beförderung nach Le Havre und über den Ozean abschließe. Die ganze Fahrt ab Tegerfelden samt Verpflegung komme für den Erwachsenen mit 60 Pfund Gepäck auf 250 Franken zu stehen¹⁷⁵.

Wenig später schrieb auch der Fuhrhalter und Wirt Joseph Ruffi in Sisseln Fahrten nach Le Havre mit «akkordmäßiger Bestellung» aus, bei denen vermutlich die Atlantikpassage inbegriffen war¹⁷⁶.

1834 organisierte Deppeler schon acht oder neun Transporte, ein Zeichen dafür, daß die Auswanderer die Führung durch einen einheimischen Unternehmer schätzten¹⁷⁷.

In den folgenden Jahren nahm mit der Auswanderung die Zahl der Transporte ab, und wahrscheinlich entstanden in dieser Zeit auch keine neuen Agenturen¹⁷⁸. Erst die Mitte der vierziger Jahre sah mit der Zunahme der Auswanderung auch eine regere Tätigkeit der Spediteure. Vermutlich blieben die beiden Aargauer für einige Zeit fast ohne Konkurrenz. Der Konsul in Le Havre stellte 1846 in einem Schreiben an den Vorort fest:

«Die Kontrakte für die Auswanderung werden in der Schweiz auf zwei Weisen abgeschlossen; entweder mit den Agenten der Paketboote, die von Havre nach New York segeln, – in Deutschland und in der Schweiz durch Hrn. Washington Finlay repräsentiert – oder mit Fuhrleuten, welche den Transport der Auswanderer aus der Schweiz nach dem Havre übernehmen, von denen der eine Rueffli, der andere Deppeler heißt,»¹⁷⁹

Einen eigentlichen Aufschwung nahm das Agenturwesen von 1848 bis 1851. In dieser Zeit entstanden die Firmen von Zwilchenbart, Steinmann-Drevet und Beck & Herzog in Basel, um nur die für die Zukunft wichtigsten zu nennen¹⁸⁰. Daneben gab es kleinere Geschäfte in Basel, aber auch in Bern, Solothurn, Zürich, Schaffhausen usw. Neben ihnen agierten Vertreter besonderer Ansiedlungs- und Kolonisationsprojekte, die nicht nur Anteile an neuen Niederlassungen, sondern auch gleich die

¹⁷⁵ a. a. O., Nr. 16, 17. 4. 1834.

¹⁷⁶ a. a. O., Nr. 25, 19. 6. 1834.

¹⁷⁷ Deppeler kündigte seine Transporte, fortlaufend numeriert, regelmäßig im *Schweizerboten* an.

¹⁷⁸ In den Jahren 1839 und 1840 finden sich z. B. im *Schweizerboten* überhaupt keine Annoncen von Agenten.

¹⁷⁹ Konsulat Le Havre an Vorort, 29. 4. 1846, den Ständen mitgeteilt durch Kreis schreiben vom 6. 5. 1846, StABS, Auswanderung A, 1819–1847.

¹⁸⁰ Nach Anzeigen in der *National-Zeitung*, 1848–1851, passim.

Reise dorthin vermittelten. So warb der Basler Dr. Eckenstein für die französische Kolonie Castroville in Texas, das Zürcher Haus Paravicini für die deutsche Ansiedlung Dona Francisca in Südbrasilien und später für die Halbpachtkolonien in São Paulo¹⁸¹.

Schließlich kam es auch vor, daß Schweizer, die nach längerem Aufenthalt in Übersee der Heimat einen Besuch abgestattet hatten, auf der Rückreise von ihrer Reiseerfahrung profitierten, indem sie gegen Entgelt einigen Landsleuten als Führer dienten¹⁸².

Schon in diesen Jahren traten aber einige wenige Agenten als wirklich bedeutend hervor. Von den aargauischen Pionieren rückte gegen Ende der vierziger Jahre Deppeler in den Hintergrund¹⁸³, dagegen war Ruffi wohl während Jahren der bedeutendste Auswanderungsagent der Schweiz; nicht nur im Aargau, sondern auch im Kanton Bern und anderwärts wurde ihm die Beförderung großer, von den Gemeinden finanzierter Armenschübe anvertraut. 1852 unterhielt er allein im Kanton Bern vier Unteragenturen, und im Laufe dieses Jahres eröffnete er ein weiteres Büro in der Bundeshauptstadt selbst; in Aarau wies eine große Tafel am Haus des Notars Zumstein darauf hin, «wo der Agent und bevollmächtigte Minister des berühmten Auswanderungsspediteurs Ruffi zu finden sei».¹⁸⁴

Ruffis Erfolg beruhte sicher zum guten Teil auf einer seriösen Geschäftsführung; selbst der Havreer Konsul Wanner, der lange Zeit das Agenturwesen nach Kräften bekämpfte, gestand 1848 zu:

«Nur Hr. Ruffi von Sisseln scheint eine ehrenhafte Ausnahme zu machen. Klagen über den Transport bis hierher sind äußerst selten, und hier, werden seine Leute auf seine Kosten bis zum Tag der Abfahrt unterhalten. – Ich habe seit langer Zeit über keine Forderung für Entschädigung wegen Verspätung der Abfahrth, gegen Ruffi zu urtheilen gehabt.»¹⁸⁵

Die wichtigsten unter den Basler Agenten waren Steinmann-Drevet und Andreas Zwilchenbart; der erstere unterhielt eine eigene Befrachtungsfirma in Antwerpen, der letztere war nach seinen eigenen An-

¹⁸¹ Annoncen Eckensteins z. B. *Schweizerbote*, Nr. 81, 8. 7. 1845; Annoncen Paravicinis u. a. *Bund*, Nr. 135, 16. 5. 1848; *National-Zeitung*, Nr. 118, 19. 5. 1848.

¹⁸² Z. B. *Schweizerbote*, Nr. 7, 13. 2. 1834, Nr. 143, 28. 11. 1839.

¹⁸³ Einige Störungen in seinem Geschäftsbetrieb hatten wahrscheinlich seinem Ruf geschadet, möglicherweise hatte er auch Verluste erlitten. Siehe dazu S. 198.

¹⁸⁴ Schreiben von Fürsprech Haberstick vom 15. 9. 1857, StAAG, IA Nr. 5, Ruffi.

¹⁸⁵ Schreiben Wanners vom 11. 6. 1848, StAAG, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

zeigen selber fünf Jahre in Amerika gewesen und amtierte zeitweise auch als Vizekonsul der Vereinigten Staaten¹⁸⁶. Im Oktober 1848 eröffnet, überlebte die Firma als einzige dieser Zeit bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein; die Nachfolgefirma Im Obersteg figuriert heute noch unter den Basler Auswanderungsagenturen.

Aus den zahlreichen Annoncen und Reiseberichten, wie auch aus den Akten der Gemeinden, wissen wir ziemlich genau Bescheid über die Leistungen der Agenturen.

Die erste Kontaktaufnahme mit dem Auswanderungskandidaten erfolgte gewöhnlich durch einen lokalen Unteragenten, wie sie die Hauptagenturen in großer Zahl beschäftigten. In einem Reisevertrag wurden die gegenseitigen Verpflichtungen festgelegt. Größere Gruppen wurden gelegentlich am Heimatort abgeholt, einzelne mußten sich am Wohnort des Agenten oder einem festgesetzten Sammelplatz einfinden; von dort übernahm der Agent den Transport. Anfangs hatten sich die Auswanderer um die Verpflegung auf der Landreise und während des Aufenthaltes im Hafen meist selber zu kümmern, doch garantierte der Agent für die Mehrkosten, die aus einem längeren Aufenthalt entstehen konnten. In den Niederlanden war schon 1837 durch die Regierung verordnet worden, daß die Reeder bei Verzögerungen für den Unterhalt der Wartenden aufzukommen hätten¹⁸⁷. Eine andere Lösung propagierte das Haus Rice, Courville & Cie. in Le Havre, das die prompte Spedition seiner Kunden durch eine bei den Behörden hinterlegte Kautions sicherstellte. Bei einem Aufenthalt von mehr als acht Tagen über den vereinbarten Termin hinaus waren die Behörden ermächtigt, die Leute mit den Geldern der Kautions auf beliebigen Fahrzeugen, selbst auf den teureren Postschiffen zu befördern¹⁸⁸.

Den Proviant für die Seereise kaufte gewöhnlich ebenfalls der Agent ein, sofern ihn nicht der Schiffsmakler selbst lieferte. Oft wurden auch andere Gebrauchsgegenstände, wie Koch- und Eßgeschirr oder Bettzeug für die Passagiere, besorgt, jedenfalls standen aber größere Gruppen un-

¹⁸⁶ Eröffnungsanzeige *Schweizerbote*, Nr. 119, 3. 10. 1848.

¹⁸⁷ Niederländisches Generalkonsulat an die Staatskanzlei Basel-Stadt, 24. 2. 1845, Mitteilung des Dekrets vom 28. 12. 1837. Schon seit 1828 hatte die Bestimmung bestanden, daß mindestens zwei niederländische Handelshäuser für die Aufenthaltskosten einreisender Auswanderer zu bürgen hatten, StABS, a. a. O.

¹⁸⁸ *Schweizerbote*, Nr. 22, 18. 3. 1837.

ter der Führung des Agenten selbst oder eines erfahrenen Angestellten, der ihnen mit Rat und Tat beistehen konnte.

Die meisten größeren Agenturen standen in fester Verbindung mit einem bestimmten Passagiermakler, der ihnen auf vereinbarte Termine die nötige Anzahl Schiffsplätze freihielt.

Diese Makler sind nicht zu verwechseln mit den Schiffseignern, die sich mit dem Auswanderertransport meist nicht befaßten. Die Auswanderungsfirmen, wie Joseph Lemaître & Cie., Washington Finlay, Barbe & Morisse u. a., vermittelten entweder gegen Provision die Plätze auf fertig eingerichteten Schiffen, oder sie mieteten ganze Schiffsräume und stellten sie selbst für den Passagiertransport aus¹⁸⁹. Besonders beliebt waren die sogenannten Post- oder Paketbootlinien, deren schnelle und für den Personentransport besser eingerichtete Fahrzeuge nach einigermaßen festem Fahrplan drei- bis viermal monatlich ausliefen.

Zweifellos bedeutete die Vermittlung der Agenten für unerfahrene Auswanderer eine wesentliche Erleichterung. Allerdings stieß ihre Tätigkeit von Anfang an nicht nur auf Beifall, sondern auch auf scharfe Kritik.

Die prinzipiellen Gegner der Auswanderung bekämpften ihre Werbung ohnehin, aber auch unter den Befürwortern waren die Meinungen geteilt, wie sich schon aus den Reiseberichten und Handbüchern erkennen läßt. Im allgemeinen wurde darin vor den professionellen Vermittlern eher gewarnt und den Reisenden empfohlen, sich selbst im Hafen nach einer günstigen und bequemen Passagegelegenheit umzusehen¹⁹⁰. Immerhin gestanden einige Autoren zu, daß es für unerfahrene Leute mit wenig Mitteln und großer Familie ratsam sei, die Organisation der Reise einem Fachmann zu überlassen¹⁹¹.

Doch selbst wo der Nutzen der Agenturen grundsätzlich unbestritten blieb, wurden doch heftige Einwände gegen ihre Geschäftspraktiken erhoben und vor allem ihre Preise als übersetzt bezeichnet.

Besonders schwerwiegende Anklagen gegen die Agenten brachte der eidgenössische Kommissär Dr. Johann Jakob Roth vor, der 1848 von der Tagsatzung dem Konsulat in Le Havre zur Betreuung der durchreisen-

¹⁸⁹ Konsul Wanner an die Armenkommission, 14. 12. 1848, BAr, 2200 Le Havre, Nr. 706, Kopienbuch.

¹⁹⁰ Z. B. bei Hohl, a. a. O., S. 37; Naumann, a. a. O., S. 39 ff.

¹⁹¹ Etwa *Notizen*, a. a. O., S. 5; *Handbüchlein*, a. a. O., S. 25.

den Schweizer zugeordnet worden war. Schon seine erste öffentliche Verlautbarung, eine «Anweisung für Auswanderer», mit der er die Eröffnung seines Büros in der Schweizer Presse bekanntgab, enthielt scharfe Angriffe¹⁹². Roth nannte die evidenten Vorzüge, die Havre zum bedeutendsten Auswanderungshafen gemacht hatten, und bedauerte dann, daß dies leider auch eine große Zahl von Agenten auf den Plan gerufen habe,

«welche alle auf Kosten der Auswanderer zu leben suchen, und welche sich so sehr vermehrt haben, daß die Konkurrenz, die sie sich gegenseitig machen, sie zu allen nur erdenklichen Mitteln gebracht hat, um die Auswanderer auszusaugen.»

Er nannte ihre Tätigkeit eine verwerfliche Industrie und gab als erstes den Rat:

«Hütet euch vor allen Agenten, einheimischen wie fremden, geht weder in der Schweiz noch unterwegs Verträge zur Überschiffung ein, sondern kommt frei von allen Verpflichtungen nach Havre.»

Die Sünden der Agenten wurden allerdings in keiner Weise spezifiziert, die Anschuldigungen blieben vage.

Begreiflicherweise fühlten sich die Agenten durch diese Attacke herausgefordert und suchten sich zu verteidigen.

In der *National-Zeitung* erschien schon am 8. November eine Erwiderung, zwar ohne Nennung des Autors, aber sicher von den Basler Agenten veranlaßt; Zwilchenbart rechtfertigte sich einen Monat später in der *Berner Zeitung* gegen Vorwürfe, die offenbar ihm persönlich gegolten hatten¹⁹³.

Der Einsender in der *National-Zeitung* ging grundsätzlich auf Roths Beurteilung des Agenturwesens ein. Er billigte dem Beamten durchaus ehrbare Absichten zu und bestätigte auch seine Einschätzung Le Havres als besten Einschiffungsplatz. Dagegen bestritt er, daß die direkte Reise nach dem Hafen, ohne Überfahrtsvertrag, wichtige Vorteile bringen könne. Vielmehr genieße der mit einem Vertrag Reisende schon von Anfang an den Vorzug einer Gepäckversicherung und könne auch bei jeder Verzögerung für jeden Tag Aufenthalt eine Entschädigung von 1½ bis 2 Franken beanspruchen. Dagegen sei der freie Reisende nicht versichert und müsse jeden Aufenthalt aus der eigenen Tasche bestreiten.

¹⁹² *Schweizerbote*, Nr. 137, 14. 11. 1848.

¹⁹³ *National-Zeitung*, Nr. 263, 8. 11. 1848; *Berner Zeitung* Nr. 294, 8. 2. 1848.

«Besitzt Hr. Dr. Roth wirklich praktische Erfahrungen im Auswanderungsfache, so spreche er sich hierüber klar aus, ob solche höchst wichtige Garantien, welche der Auswanderer durch den Abschluß eines Schiffsvertrages mit einem heimischen Agenten sich erwirkt, mit einem etwaigen Preisunterschiede, welchen der Auswanderer bei seiner Ankunft im Seehafen vielleicht erfahren könnte, aufgewogen werden kann, und könnte Herr Dr. Roth selbst dieses widerlegen: so möchten wir ihn doch auch ersuchen, uns zu sagen, welche Gewißheit er überhaupt bezüglich der Feststellung der Schiffspreise geben kann? Da es doch eine unumstößliche Thatsache ist, daß die Schiffspreise, zunächst was Havre betrifft, sich sehr oft, ja fast mit jedem Tage ändern, und sich hauptsächlich nach der Zahl der daselbst einlaufenden Fahrzeuge und nach jener der dort ankommenden Auswanderer regeln. Fehlt es an Schiffen und es treffen viele Auswanderer auf Gerathewohl in den Seehafen ein, so ist die natürliche Folge davon, daß der Auswanderer sehr oft das Doppelte des Fahrpreises zu bezahlen hat, welchen er vor seiner Abreise von der Heimat dem dortigen Agenten bezahlt haben würde.»

In einem Bericht an den Bundesrat vom März 1849 bekräftigte Roth sein hartes Urteil¹⁹⁴. Er behauptete, daß die Passagepreise der Agenten durchschnittlich 20 Franken über denen der Reeder lägen; die Versorgung in Le Havre, besonders bei längern Aufenthalten, sei so schlecht, daß die meisten Auswanderer es vorzögen, doch auf eigene Kosten in anderen Gasthäusern zu verweilen; was schließlich die Entschädigung bei verspäteter Abfahrt angehe, so hätten sich die Reedereien Aufenthalte wegen «Wind und Wetter» vorbehalten, und der unerfahrene Binnenländer wisse nie, wann er sich mit Erfolg auf seinen Anspruch berufen könne¹⁹⁵.

Der Kommissär war überzeugt, daß die Agenten und Wirte mit allen Mitteln versuchten, die Auswanderer von ihm fernzuhalten, ja daß selbst seine persönliche Sicherheit durch den Haß der Agenten gefährdet sei. Man wird sich füglich fragen dürfen, ob der sicher wohlmeinende Beamte seine Bedeutung nicht etwas überschätzte. Er glaubte zum Beispiel auch, die Spediteure leiteten ihre Kunden nun über das ungünstigere Antwerpen, weil er in Le Havre die ärgsten Betrügereien verhindere; einige der bedeutenderen Agenten hatten aber schon vor dem Amtsantritt Roths diese Route benützt, und zwar einfach deshalb, weil im Revolutionsjahr 1848 die reibungslose Beförderung durch Frankreich nicht immer gewährleistet schien¹⁹⁶.

¹⁹⁴ *Bundesblatt*, 1849, I, Nr. 4, 10. 3.

¹⁹⁵ Die erhaltenen Vertragsformulare bestätigen diesen Vorwurf nicht; falls die Makler oder die Reeder tatsächlich solche Vorbehalte machten, mußten sie wohl auf Kosten der Agenten gehen.

¹⁹⁶ Ankündigung Ruffis, *Schweizerbote*, Nr. 64, 7. 5. 1848.

Überhaupt ist nicht zu verkennen, daß die Argumente der Agenten einiges für sich hatten. Für den unbemittelten Auswanderer war es tatsächlich höchst wichtig, vor Antritt der Reise die Kosten möglichst genau zu kennen; auch die schlechteste Versorgung war für ihn noch besser als unerwartete Mehrausgaben; ein relativ hoher aber fester Preis war besser als ein unberechenbarer und wurde mehr als aufgewogen durch die Sicherheit vor einem ruinösen Aufenthalt in der teuren Hafenstadt. So boten auch dem einzelnen Auswanderer gerade in den Zeiten starken Andrangs die Dienste der Agenten erhebliche Vorteile.

Die aargauische Armenkommission stellte ihnen denn auch ein recht gutes Zeugnis aus, wenn sie 1851 berichtete, die früher beanspruchte Vermittlung des Konsuls und der von ihm empfohlenen Firma Danzas und Lévêque habe sich letztlich als teurer und doch nicht besser als die Dienste der Agenten erwiesen. Hält man sich einmal an die konkreten und belegten Klagen über Gaunereien der Agenten, so gewinnt man den Eindruck, daß zwar einige kleinere Firmen ohne geregelte Beziehungen zu den Maklern ihre Verträge öfters brachen. Diese zweifelhaften Büros blieben auch meist nicht lange im Geschäft. Die großen Agenturen aber, die sich länger hielten, haben ihre Kunden im allgemeinen wohl ziemlich reell bedient.

Entscheidend für die anhaltende Blüte des Agenturwesens war aber sicher die Tatsache, daß es für die behördlich finanzierte Massenauswanderung so gut wie unentbehrlich war¹⁹⁷. Die Gemeinden, die auf dem Höhepunkt der Auswanderungswelle wohl die Mehrheit der Verträge abschlossen, waren auch besser in der Lage, sich gegen Unredlichkeiten abzusichern, schon weil man sie als große Kunden nicht vergrämen durfte. Nicht selten ging es bei den Armenspeditionen um Verträge über Tausende oder Zehntausende von Franken, in der damaligen Zeit recht ansehnliche Umsätze. Die Agenten bemühten sich denn auch sehr um diese Großaufträge, und die Gemeinden waren sich ihres Wertes als Kunden durchaus bewußt. Wenn irgendwo die Gemeindeversammlung die «Spedition» einer größeren Gruppe beschlossen hatte, verlangte der Gemeinderat entweder von mehreren Firmen Voranschläge über die Kosten der Beförderung und genaue Spezifikationen ihrer Leistungen,

¹⁹⁷ Die Speditionsversuche von Zeiningen hatten schon gezeigt, daß bei einfacher Aushändigung des Reisegelds die Abgeschobenen nicht selten einfach heimkehrten. Siehe dazu auch unten S. 204 f.

oder er forderte sie auf, ihre Offerten in einer persönlichen Besprechung vorzulegen. Gewöhnlich geschah dies dann in Form einer eigentlichen Mindersteigerung: die Konkurrenten wurden auf denselben Termin eingeladen, damit sie sich gegenseitig im Preis drücken sollten. Die Taxen waren allerdings nicht allzu flexibel, da die Agenten ihrerseits von den Ansätzen der Makler abhängig waren, aber bei größeren Speditionen fiel ein Preisunterschied von etwa 10 Franken pro Kopf doch ins Gewicht. Nicht immer wurde der Unternehmer nur nach dem günstigsten Preis gewählt, so erteilte die Gemeindeversammlung von Wittnau 1851 dem Gemeinderat ausdrücklich die Genehmigung, bei Preisdifferenzen von nur 2 bis 3 Franken dem vertrauenswürdigeren Agenten den Zuschlag zu geben. Auch in Brittnau erhielt Steinmann-Drevet 1855 nicht nur deshalb einen Auftrag, weil er nach längerem Markten den günstigeren Preis offeriert hatte, als die Vertreter von Zwilchenbart und Beck & Herzog, sondern auch, weil er

«... einen günstigen moralischen Eindruck hinterlassen, was bei den übrigen Bewerbern in Bezug auf Geschäftstüchtigkeit nicht so der Fall sei.»¹⁹⁸

Daß das Verfahren der Mindersteigerung sehr zuungunsten der Auswanderer ausfallen konnte, stellte Zwilchenbart selbst in seiner Antwort auf eine Einladung der Gemeinde Frick fest:

«... ich werde nicht nach dorten kommen, da ich gegen ihre Methode bin, die Leute zu versteigern; die armen Teufel von Auswanderern leiden immer darunter indem ein Agent dem Anderen die Preise herabdrückt und oft auf eine unreelle Weise werden diese Ausfälle durch Entziehung der Lebensmittel wieder gedeckt.»¹⁹⁹

Man erhält allerdings den Eindruck, daß manche Gemeinderäte bei der Vergabe der Aufträge nur auf eine möglichste Schonung ihrer Kassen bedacht waren. Die durchwegs angewandte Vorsichtsmaßnahme, die Kontraktsumme erst nach Empfang der Einschiffungszeugnisse auszu zahlen, garantierte immerhin den vollen Einsatz der Agenten für eine rasche Durchführung der Spedition; Klagen über längere Aufenthalte sind denn auch um diese Zeit schon recht selten.

Wie das Beispiel der Mindersteigerungen zeigt, war der Wettbewerb zwischen den Agenturen recht scharf. Da er kaum als Preiskampf aus-

¹⁹⁸ GAr Wittnau, GVP, 19.1.1851.

GAr Brittnau, GRP, 27.2.1855.

¹⁹⁹ GAr Frick, Auswanderungsrechnung 1854.

getragen werden konnte, ging es vor allem darum, die Interessenten möglichst früh zu erfassen und zu binden und außerdem die Konkurrenz in ein schlechtes Licht zu stellen. Nicht selten wurden mit Zeitungsinserten wahre Diffamierungskampagnen ausgefochten. So eröffnete 1846 der Passagiermakler Washington Finlay einen Angriff auf Ruffli, indem er das Publikum «warnte», dieser sei nicht berechtigt, Verträge für die Postschiffe abzuschließen²⁰⁰.

Ruffli erwiderte darauf, sein Konkurrent erwähne nicht, daß es neben den sogenannten Postschiffen noch reichlich andere Fahrzeuge gebe; er, Ruffli, interessiere sich gar nicht für die Paketboote, da die Kauffahrer bequemer seien. Dafür begleite er seine Transporte selber nach Le Havre und Sorge bis zur Einschiffung für ihr Wohl, während Washington Finlay in Mainz sitze und seine Kunden vernachlässige²⁰¹. Der Streit wurde noch in mehreren Annoncen fortgesetzt, er war durchaus nicht der einzige dieser Art.

Ein Mittel des Wettbewerbs waren auch die Zufriedenheitszeugnisse, die sich alle Agenten von ihren Kunden bei der Einschiffung ausstellen ließen. Von Kennern der Verhältnisse wurde ihr Wert gering eingeschätzt, kamen sie doch oft auf seltsame Weise zustande. Manchmal wurden die Unterschriften einfach auf die Erklärung hin gegeben, es handle sich um ein amtliches Dokument, das den Behörden eingereicht werden müsse. In andern Fällen soll den Auswanderern gar bei der Ausgabe der Verpflegung ihre Fleischration nur gegen die Unterschrift auf dem Zufriedenheitszeugnis verabreicht worden sein. Ebenso wurde aber auch davor gewarnt, Beschwerden über schlechte Behandlung durch einen Agenten allzuviel Beachtung zu schenken; solche Briefe wurden zum Teil im Auftrag der Konkurrenz gegen Bezahlung geschrieben und veröffentlicht.

Nur wenige Firmen behaupteten sich über längere Zeit in dem harten Auswanderungsgeschäft. Selbst der berühmte Ruffli überstand nicht einmal die frühen fünfziger Jahre²⁰². Notar Stephani in Aarau und der Gemeindeammann von Tegerfelden, Hauenstein, führten zeitweise ebenfalls selbständige Agenturgeschäfte, vom Februar 1860 an war dann wahrscheinlich Wirth-Herzog in Aarau, ein ehemaliger Vertreter von

²⁰⁰ *Schweizerbote*, Nr. 96, 11. 8. 1846 ff.

²⁰¹ a. a. O., Nr. 98, 15. 8. 1846.

²⁰² Siehe unten S. 209.

Beck & Herzog und von Hauenstein, der einzige einheimische Agent im Aargau. Die Firma behauptete sich bis in die achtziger Jahre und unterhielt Vertretungen in mehreren anderen Kantonen.

Die Hauptrolle spielten jedoch von den fünfziger Jahren an die Basler Agenten. Von den bisher erwähnten wurde allerdings nur das Geschäft von Zwilchenbart bis ins 20. Jahrhundert weitergeführt; Beck & Herzog sowie Steinmann-Drevet gaben nach dem Abklingen der großen Auswanderungswelle 1857 auf.

In den sechziger Jahren wurde aber eine Reihe neuer Firmen gegründet, von denen Philipp Rommel und Otto Stoer auch nach 1880 noch bestanden; noch jünger waren die zeitweise ebenfalls bedeutenden Häuser Schneebeli, Kaiser und Goldsmith sowie je eine Agentur in Genf, Biel und Bodio²⁰³.

Über den gesamten Umfang des Agenturwesens sagen diese Namen allerdings wenig aus. Viel aufschlußreicher wäre die Zahl der Unteragenten, die als Vertreter der Hauptfirmen noch in abgelegenen Dörfern tätig waren.

Leider besitzen wir über sie bis 1881 nur sehr spärliche Angaben. Immerhin läßt sich die Entwicklung der Aargauer Firma Wirth-Herzog einigermaßen verfolgen²⁰⁴. Diese war wie erwähnt 1860 selbständig geworden, sie führte damals nur je ein Büro in Aarau und in Baden. Der geringen Auswanderung wegen brachten auch die nächsten zwei Jahre keine Expansion; 1863 aber wurden Unteragenturen in Muri, Strengelbach, Brugg und Zezwil eingerichtet. Weitere Niederlassungen folgten: 1864 Veltheim, 1865 Schöftland, 1866 Zurzach und Laufenburg, 1867 Oberfrick, 1869 Turgi, 1879 Klingnau und Moosleerau, 1880 schließlich Gipf und Boniswil. 1882, bei der Aufnahme der ersten eidgenössischen Liste, bestanden neben dem Stammhaus in Aarau Zweigstellen in Baden, Brugg, Bremgarten, Boniswil, Gipf-Oberfrick, Laufenburg, Reinach, Rheinfelden, Zezwil und Zurzach, ferner weitere 30 Vertretungen in den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Schwyz, Glarus, Solothurn, Basel-Stadt, Schaffhausen, St.Gallen und Tessin.

Die Angaben über die Präsenz anderer Firmen im Aargau sind vor 1880 nicht zuverlässig, da sicher bei weitem nicht alle Unteragenturen

²⁰³ An- und Abmeldungen StABS, Auswanderung A, passim. Ab 1881 regelmäßige gedruckte Verzeichnisse der eidgenössisch patentierten Auswanderungsagenturen.

²⁰⁴ StAAG, Akten der Direktion des Innern, Auswanderungswesen.

amtlich erfaßt wurden. Erst als die Bundesbehörden die Aufsicht über das Agenturwesen übernahmen, und die Spediteure eine eidgenössische Konzession erwerben mußten, wurde ein Überblick über den gesamten Umfang der Branche möglich. Die seit 1881 erscheinenden Listen erlauben Rückschlüsse auf frühere Jahre jedoch höchstens, was die relative Dichte, nicht aber, was die absolute Zahl der Unteragenten in den einzelnen Kantonen betrifft, denn einerseits enthielt das neue Bundesgesetz einige Bedingungen, die von manchen der bisherigen Unteragenten nicht erfüllt wurden, andererseits fiel die Neuregelung aber gerade in eine Zeit ungewöhnlich starker Auswanderung, so daß die Agenturtätigkeit sicher auch überdurchschnittlich rege war²⁰⁵. Die Zahl der Unteragenten im Aargau lag 1882 bis 1888 immer über 30, sie erreichte ihren Höhepunkt mit 50 in den Jahren 1883 und 1884. Mit dieser Zahl lag der Aargau unter den Kantonen an zweiter Stelle, in einigem Abstand hinter Bern. Die starken Schwankungen rührten daher, daß die auswärtigen Firmen offenbar ganz nach dem momentanen Geschäftsgang Vertreter anstellten und wieder entließen.

Dagegen behielt das einheimische Haus Wirth-Herzog recht konstant seine 10 bis 13 Filialen. Diese Unteragenten befaßten sich keineswegs hauptamtlich mit dem Auswanderungsgeschäft; wie gering der Umsatz der meisten sein mußte, zeigt sich etwa darin, daß selbst im Jahre 1883, bei der höchsten Auswanderungsziffer seit 1854, nur rund 25 Auswanderer auf einen Agenten kamen, drei Jahre später aber nicht einmal mehr neun! Häufig waren die Unteragenten Lehrer, Schreiber oder ähnliche Personen mit einiger Übung in schriftlichen Geschäften, ebenso dürften sich viele Wirte darunter befunden haben. Es war ja die wichtigste Aufgabe des Unteragenten, von jeder geplanten oder beschlossenen, ja von jeder nur erwogenen Auswanderung möglichst früh zu hören und die potentiellen Kunden für seinen Auftraggeber zu gewinnen. Deshalb war es für die großen Firmen wichtig, möglichst viele solche Vermittler in ihren Diensten zu haben.

Mit der Verbesserung des Postverkehrs und der Eisenbahnverbindungen verloren die Unteragenten wahrscheinlich an Bedeutung. Anscheinend erkundigten sich immer mehr Auswanderer nur noch provisorisch nach den Bedingungen der Agenturen, um dann erst auf der Durchreise in Basel auf dem Hauptbüro den definitiven Reisevertrag zu schlie-

²⁰⁵ Zahlen siehe Verzeichnisse, a. a. O., Zusammenfassung bei Karrer, S. 134 f.

ßen. Damit verlegte sich auch der Kampf um die Kundschaft noch bis in die Bahnhöfe und selbst in die Straßen Basels. Obwohl viele der ankommenden Auswanderer eigentlich bereits ihren Spediteur gewählt hatten, verbanden sich die Agenten mit Gepäckträgern, Kutschern und Wirten, die ihnen gegen Provision die Leute zuführen und sie vor den andern Firmen warnen sollten.

Zwilchenbart unterhielt beim Badischen Bahnhof eine Wechselstube mit dem Zweck, deutsche Auswanderer gleich schon beim Geldwechsel abzufangen und an das Hauptgeschäft im Großbasel zu weisen. Es kam sogar vor, daß Ortsunkundige, die sich nach dem Büro einer bestimmten Agentur erkundigten, statt dessen zur Konkurrenz gebracht wurden und erst nach der Unterzeichnung des Vertrages die Täuschung bemerkten²⁰⁶. Allgemein hatte das Agenturwesen noch lange den Geruch eines nicht sonderlich seriösen Geschäftszweiges, doch kamen Klagen über ungenügende Erfüllung der Reiseverträge nach den fünfziger Jahren nicht mehr sehr häufig vor.

Wenn die Auswanderungsspediteure vielleicht in Werbung und Konkurrenz etwas aggressiver waren als andere Geschäftsleute, so konnten sie doch nicht mehr als die rücksichtslosen Ausbeuter hilfloser Auswanderer gelten, als die sie früher dargestellt worden waren. Vielmehr ist nicht zu übersehen, daß ihre Leistungen viele der früheren Risiken beseitigten und die Übersiedlung wesentlich erleichterten.

In diesem Sinne kann man allerdings auch sagen, daß die Existenz der Agenturen die Auswanderung förderte, ja gewisse Formen der Massenauswanderung überhaupt erst ermöglichte. Ihre Bedeutung als eigentliche «Verursacher» der Auswanderung ist aber zweifellos von vielen Zeitgenossen überschätzt worden. So ging auch Nationalrat Karrer wohl noch zu weit, wenn er die verschiedene Dichte der Unteragenturen als Ursache der regionalen Unterschiede der Auswanderungshäufigkeit sehen wollte²⁰⁷. Seine Statistiken wiesen allerdings eine gewisse Korrelation zwischen Agentenzahl und Auswanderungsziffer nach, doch läßt sich gerade am Beispiel des Aargau zeigen, inwieweit seine Interpretation der Zahlen doch zweifelhaft ist. Einmal paßte der Kanton, der bei weit überdurchschnittlicher Agentenzahl eine mit 4,4% nur wenig über dem schweizerischen Mittel liegende Auswanderung aufwies, an sich nicht

²⁰⁶ Streitigkeiten der Agenten wegen Abwerbung usw. siehe StABS, a. a. O., passim.

²⁰⁷ Karrer, S. 154.

besonders gut in das Schema. Noch auffallender ist aber, daß die quantitative Entwicklung des Agenturwesens eindeutig derjenigen der Auswanderung nachhinkte, wie die folgende Tabelle zeigt²⁰⁸:

	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888
Unteragenturen	38	38	50	50	47	40	33
Auswanderer	1158	1273	641	424	353	425	424

Gewiß dürfen auch diese Zahlen nicht überinterpretiert werden, sie legen aber doch den Schluß nahe, daß eine stärkere Auswanderungsneigung zur Anstellung neuer Unteragenten führte und nicht umgekehrt. Wenn die Unteragenten auch sicher Werbung betrieben, so war es doch eher eine Konkurrenzwerbung zur Erhöhung des Marktanteils, als eine Branchenwerbung zur Erweiterung des gesamten «Umsatzes».

Wenn unsere Beurteilung des Agenturwesens im ganzen vielleicht positiver ausfällt, als die der Zeitgenossen, so ist doch nicht zu vergessen daß wesentliche Mißstände erst durch die Intervention des Staates beseitigt worden waren. Diesen behördlichen Maßnahmen müssen wir uns nun noch zuwenden.

Staatliche Maßnahmen zur Kontrolle des Agenturwesens

In einer kurzen Periode stärkerer Auswanderung entstanden, fanden die Auswanderungsagenturen in der ruhigen Zeit nach 1834 bei den Behörden kaum Beachtung.

Obwohl die wichtigsten Agenturen im Aargau ansässig waren, brachte die Bündner Regierung als erste die Frage des Transportwesens an der Tagsatzung zur Sprache; den Anlaß gab der Konsulatsbericht vom 29. April 1846 über die Schwierigkeiten einiger Agenturen²⁰⁹.

Der sehr weitgehende Bündner Vorschlag, nicht nur die ganze Organisation des Transportwesens, sondern auch die Beratung der Ankömmlinge in den USA und selbst die Vermittlung von Siedlungsland eidgenössischen Beamten zu übertragen, fand allerdings auf einer Konferenz mehrerer Stände keine Gnade; es zeigte sich aber doch, daß eine Rege-

²⁰⁸ Agentenverzeichnisse bis 1888.

²⁰⁹ Den Ständen mitgeteilt durch Schreiben des Vororts vom 6.5.1846, StABS, Auswanderung A, 1819–1847.

lung des Auswanderungswesens auf Bundesebene durchaus ihre Anhänger hatte, obwohl der schwache Bund gar nicht über die nötigen Organe dazu verfügte²¹⁰.

Daß in den folgenden Jahren die Zustände im Agenturwesen mehr Aufmerksamkeit fanden, lag einerseits gewiß an der zunehmenden Auswanderung, zum Teil aber auch daran, daß von 1847 an mit Friedrich Wanner in Le Havre ein Konsul amtierte, der sich jederzeit der Auswanderer besonders annahm²¹¹.

Sein erster Bericht vom Juni 1847 betraf die Stockung im Geschäftsbetrieb des Tegerfelders Deppeler, der 139 schweizerische Auswanderer von Le Havre nicht mehr weiterspeditierte. Wanner erklärte im Zusammenhang damit eine staatliche Überwachung des ganzen Agenturwesens für wünschenswert²¹². Seine Klagen veranlaßten die aargauische Regierung, sich – wohl zum ersten Mal – mit den Zuständen im Transportwesen zu befassen.

Deppeler führte zu seiner Verteidigung an, er habe wegen plötzlich gestiegener Passagepreise seine Kunden nicht sofort auf Schiffe plazieren können und zuerst eine Geldsendung aus der Schweiz abwarten müssen. Er habe jedoch die Leute während ihres siebenwöchigen Aufenthaltes gepflegt und bis zur Einschiffung persönlich betreut. Die spärlichen Hinweise in den amtlichen Akten geben keinen Anlaß, an dieser Darstellung zu zweifeln²¹³.

Das Polizeidepartement, das die Angelegenheit zu begutachten hatte, fand denn auch eine staatliche Einmischung in das Agenturwesen nicht opportun. Die Forderung von Garantien hätte nach seiner Meinung nur den reichsten Spediteuren ein Monopol verschafft, die Reise verteuert und damit die am ehesten erwünschte Auswanderung der ärmeren Klassen erschwert²¹⁴.

²¹⁰ Protokoll der Konferenz mit Vertretern der Kantone Zürich, Bern, Glarus, Basel-Stadt, Schaffhausen, Appenzell A-R., Graubünden, Tessin, Waadt und Neuenburg vom 8. 9. 1846, StABS, a. a. O.

²¹¹ Friedrich Wanner von Nidau versah das Amt eines Konsuls in Le Havre von 1847 bis 1866.

²¹² Schreiben vom 7. 6. 1847 an den Vorort und vom 15. 6. an die aargauische Regierung, StAAG, IA Nr. 5, 1847 Faszikel 40.

²¹³ Auch das Bezirksamt Zurzach bescheinigte Deppeler eine seriöse Geschäftsführung; StAAG, a. a. O.

²¹⁴ Bericht des Polizeidepartements vom 1. 3. 1848, StAAG, IA Nr. 5, 1854 Faszikel 119 a.

Die Armenkommission, die sich um diese Zeit mit dem Auswanderungswesen zu befassen begann, war aber offenbar doch von Wanners Warnungen beeindruckt, der dem ganzen Agenturgeschäft höchst ablehnend gegenüberstand.

Als in zunehmendem Maße arme Auswanderer auch Beiträge aus dem kantonalen Armenfonds erbaten und erhielten, suchte die Kommission nach Möglichkeiten, solche Unterstützte von den Agenten fernzuhalten. Etwa vom Frühjahr 1848 an trat sie zu diesem Zwecke in Verbindung mit Wanner, und bis im Sommer 1850 wurde regelmäßig die Vermittlung des Konsuls für die Beförderung staatlich protegierter Auswanderer beansprucht²¹⁵. Beteiligt an diesen Aktionen war auch die Speditionsfirma Danzas & Lévêque in St. Louis und Basel; sie übernahm die Passagiere in Basel, erledigte für sie die Zollformalitäten und beschaffte ihnen Plätze auf den französischen Postwagen. Die Mittel für die Bezahlung der Überfahrt und der Ansiedlung wurden ebenfalls von Danzas & Lévêque an den Konsul in Le Havre übermittelt. Dieser besorgte möglichst günstige Plätze auf einem Schiff; den Rest des Geldes überwies er entweder an ein Geschäftshaus in New York oder zahlte ihn den Auswanderern nach der Einschiffung aus.

Diese Alternative zum Dienst der Agenturen wurde den Auswanderern allerdings nur unverbindlich offeriert. Da die Armenkommission keinerlei offiziellen Auftrag zur Regulierung des Auswanderungswesens hatte, fühlte sie sich nicht berechtigt, irgendwelche Vorschriften zu erlassen; weiterhin erhielten Auswanderer auch dann Staatsbeiträge, wenn sie selbst oder die Gemeindebehörden bereits mit einer Agentur akkordiert hatten. Nur wenn die Armenkommission selbst die Vermittlung der Reise übernahm, tat sie es in Zusammenarbeit mit Wanner.

1848 beschloß die Tagsatzung – wohl als Folge des Bündner Vorstoßes von 1846 – in Le Havre ein eigenständiges eidgenössisches Kommissariat zur Betreuung der Auswanderung einzurichten, und im Oktober übernahm Dr. Johann Jakob Roth von Hottingen dieses Amt. Die Armenkommission wandte sich jedoch mit ihren Anliegen weiterhin direkt an den Konsul, und sie tat klug daran, denn da Roth durch seinen Übereifer sowohl die Agenten erbitterte wie auch mit Wanner in Streit geriet, wurde sein Büro bereits im April 1849 wieder aufgehoben²¹⁶.

²¹⁵ Die Armenkommission setzt in einem Schreiben vom 1.10.1850 an Wanner den Beginn der Beziehungen auf diesen Zeitpunkt an. BAr, 2200 Le Havre, Nr.158.

²¹⁶ Bundesblatt 1848/49, I, Nr. 20, 25. 4.

Roths Berichte hatten immerhin bestätigt, daß die Auswanderer willkürlichen Schikanen der Agenten recht hilflos ausgeliefert waren. Wenn die aargauische Regierung trotzdem zunächst von einer Intervention absah, so vor allem aus der Überzeugung, daß nur eine eidgenössische Regelung wirklich nützen könne. Diese Meinung wurde auch von andern Kantonsregierungen geteilt, und in der Tat war nicht zu übersehen, daß eine regional begrenzte Überwachung die Agenten höchstens zur Umsiedlung in «freundlichere» Gegenden bewegen konnte.

Grundsätzlich gab es zwei Möglichkeiten, den Mißständen beizukommen: der Bund konnte durch Schaffung eidgenössischer Agenturen die Rolle des Vermittlers selber übernehmen oder aber die Tätigkeit der privaten Firmen durch die Gesetzgebung regeln. Es erscheint rückblickend fast selbstverständlich, daß man, wenn auch auf Bundesebene erst viel später, schließlich den zweiten Weg wählte. Zunächst aber wurde der Bundesrat von vielen Seiten zur Errichtung eigener Auswanderungsbüros aufgefordert²¹⁷; 1849 gingen Petitionen der bernischen Regierung, des schweizerischen Auswanderungsvereins (mit Unterstützung der Gemeinnützigen Gesellschaft) sowie verschiedener prominenter Privater ein, die eine Lösung in diesem Sinne befürworteten. Bundesrat Franscini als Leiter des Departements des Innern stand solchen Plänen ablehnend gegenüber, trotzdem setzten aber die eidgenössischen Räte einen Betrag von 5000 Franken für die Regelung des Auswanderungswesens ins Budget pro 1850. Ein Teil dieser Summe wurde für die Besoldung eines speziellen Konsulatsangestellten in Le Havre verwendet, ein weiterer für die Unterstützung der Schweizerischen Hilfsgesellschaft in New York. Außerdem war geplant, in Basel eine geeignete Persönlichkeit nebenamtlich mit der Beratung der Auswanderer zu beauftragen. Die Basler Regierung nannte auf Anfrage auch einen Kandidaten für diese Stelle²¹⁸, doch wurde auf ein negatives Gutachten von Nationalrat Achilles Bischoff der Plan aufgegeben. Der Basler Wirtschaftsfachmann hielt nur die Schaffung einer eigentlichen eidgenössischen Agentur und eines Auswanderungskommissariats in Le Havre für einigermaßen erfolgversprechend, und dazu reichten die vorhandenen Mittel nicht aus.

²¹⁷ Soweit keine anderen Quellen genannt werden, folgen wir hier der Darstellung von Natsch, S.162 ff.

²¹⁸ Der Vorschlag des Justizkollegiums vom 25.5.1850 lautete auf Gottfried Hübscher, Dienstbotenrichter, StABS, Auswanderung A, 1848–1853.

Dank einer Erhöhung des Auswanderungskredits standen dann im folgenden Frühjahr wenigstens 2000 bis 2400 Franken zur Verfügung, und es wurde die Einrichtung eines Auswanderungsbüros mit vollamtlichem Leiter ins Auge gefaßt. Wieder schlug die Basler Regierung einen geeigneten Mann vor, aber im Februar teilte der Bundesrat plötzlich seine Abkehr von dem Projekt mit:

«Unterdessen ist der Bundesrat aus verschiedenen Gründen von seiner früheren Absicht, in Basel oder dessen nächster Umgebung ein Auswanderungsbüreau zu errichten, zurückgekommen, so daß das unterzeichnete Departement einstweilen nicht im Falle ist, von den darüber eingezogenen Erkundigungen weitem Gebrauch zu machen.»²¹⁹

Dieser negative Entscheid fiel zusammen mit dem Anlaufen der eigentlichen Auswanderungswelle im Aargau, während die alte Zusammenarbeit mit Wanner nicht mehr fortgesetzt wurde. Im Herbst 1850 war es zu Spannungen gekommen, an denen wahrscheinlich eine gewisse Empfindlichkeit des Konsuls die Hauptschuld trug.

Der aargauische Regierungsrat hatte sich im September 1850 beim Bundesrat erkundigt, welche Instruktionen die eidgenössischen Konsuln bezüglich der Betreuung der Auswanderer hätten und welche Leistungen ihnen von den Kantonen zugemutet werden könnten²²⁰. Veranlaßt wurde die Frage vor allem durch die Weigerung der Konsulate in den USA, sich der Auswanderer anzunehmen und zum Beispiel Geldsendungen an sie zu vermitteln. Daneben hatte die Regierung allerdings auch erwähnt, daß Wanner den Auswanderern vor ihrer Abreise unnötige Pässe verkaufe und für die Überweisung von Geldern nach den USA Provisionen verlange. Der Regierung ging es darum, die Notwendigkeit eindeutiger Instruktionen für die Konsuln und einer besseren Information der Kantone hervorzuheben; von Wanner und auch vom Bundesrat wurde die Anfrage jedoch als Beschwerde aufgefaßt und ohne eigentliche Antwort zurückgewiesen.

Wanner überschüttete zudem die Armenkommission auch nach einer beschwichtigenden Klarstellung mit erbitterten Vorwürfen²²¹. Insbesondere beschuldigte er sie, sich mit den Agenten «eingelassen» und

²¹⁹ Vorgeschlagen war diesmal Bernhard Wölfflin, ehemaliger Konsul in Mexico und Venedig, StABS, a. a. O.

²²⁰ Anfragen und bundesrätliche Antwort vom 23.9., StAAG, IA Nr.5, 1850, Faszikel 72.

²²¹ Schreiben der Armenkommission an Wanner vom 1.10. und 29.10.1850, BAr, a. a. O.

deren Betrügereien begünstigt zu haben. Er berief sich auf die Tatsache, daß auch die Kunden der Agenten Staatsbeiträge erhielten und daß der Sekretär der Armenkommission, Härri, sogar selbst als Vermittler von Zwilchenbart agiere. Die Kommission verteidigte sich mit der bereits erwähnten Begründung, daß sie keine Kompetenz habe, den Auswanderern irgendwelche Vorschriften über die Organisation ihrer Reise zu machen; auch Härri habe man nur darauf hinweisen können, daß seine in der Freizeit getätigten Agenturgeschäfte bei seiner Stellung nicht gerade schicklich seien; verbieten könne man sie ihm nicht. In drei Einzelfällen habe die Kommission allerdings die Dienste Rufflis beanspruchen müssen, weil man nur so einem Entweichen der betreffenden Spedierten habe vorbeugen können; im übrigen könne von einer Begünstigung der Agenten keine Rede sein. Neben dieser Verteidigung ließ die Armenkommission aber auch in etwas deutlicherem Ton ihre eigene Unzufriedenheit anklingen. Sie wies darauf hin, daß sie nur auf den Rat des Konsuls weiterhin die Vermittlung des Posttransportes durch Danzas & Lévêque besorgen lasse, obwohl ein Agent denselben Dienst zehn Prozent billiger übernehmen wolle. Ferner müsse sie zur richtigen Information der Auswanderer genau wissen, welche Spesen Wanner für die Übermittlung von Geldern beanspruche. Schließlich sehe sie nicht ein, warum er den Auswanderern noch Pässe verabfolge, wenn sie nach allen andern Informanten nur Heimatscheine benötigten und die ganze Reise durch Frankreich bereits hinter sich hätten.

Offenbar hatte Wanner auf nicht unberechtigte Erkundigungen der Armenkommission etwas überempfindlich reagiert, und seine Vorwürfe erscheinen übertrieben vehement, wenn man sieht, daß er selber sich wenig später zur direkten Zusammenarbeit mit Beck & Herzog bereitfand und später offenbar seine Meinung über das Agenturwesen überhaupt änderte²²².

²²² Im Sommer 1851 übernahm Wanner die Vermittlung von Schiffsplätzen für das Basler Geschäftshaus Beck & Herzog, das zeitweise über keine feste Verbindung mit einem Passagiermakler verfügte (BAr 2200 Le Havre, Nr.162). Aus den Korrespondenzen ergibt sich, daß Beck & Herzog eine allfällige eidgenössische Agentur zu übernehmen hofften und deshalb sogar mit einigen Bundesräten direkt verhandelten (Schreiben vom 19.4.). Bundesrat Munzinger hätte danach sogar empfohlen, zunächst eine inoffizielle Zusammenarbeit zwischen der Firma und dem Havreer Konsulat zu praktizieren, um damit die Vorzüge einer eidgenössischen Agentur zu beweisen. Bemerkenswert ist, daß Wanner drei Jahre später der Gemeinde Reinach

Aufschlußreich ist die Korrespondenz insofern, als sie zeigt, daß die Hilfe der Agenturen für gewisse «Speditionen» fast unerläßlich war, und daß sie zudem allen Klagen zum Trotz nicht überwältigend teurer zu stehen kam als die Vermittlung des Konsuls. In einem späteren Bericht stellte die Armenkommission sogar fest, die Beförderung durch Danzas & Lévêque und Wanner habe sich nur als teurer, nicht aber als besser erwiesen als die durch die Agenten²²³.

Immerhin hatte Wanner – dessen große Verdienste um die Auswanderer im übrigen nicht bestritten sind – seinen Geschäftsverkehr mit den aargauischen Behörden zu einem für diese recht ungünstigen Zeitpunkt abgebrochen.

Um so weniger konnte sich die aargauische Regierung im Frühjahr 1851 mit dem bundesrätlichen Rückzug zufriedengeben. In ihrem im April erstatteten Bericht über die Auswanderungsfrage erklärte die Armenkommission eidgenössische Agenturen für dringend nötig, und ihrem Antrag gemäß wurde der Bundesrat wieder auf dieses Bedürfnis hingewiesen²²⁴. Die Landesregierung reagierte sehr kühl; in einem Schreiben vom 22. Juli lehnte sie das Ansuchen glatt ab. Sie wies nicht nur auf sachliche Schwierigkeiten hin, sondern äußerte auch die Befürchtung, eine solche Maßnahme würde als offizielle Ermunterung zur Auswanderung aufgefaßt. Ferner scheine es

«... in mehr als einer Beziehung zweifelhaft, ob es zu rechtfertigen wäre, wenn bedeutendere Geldmittel der Eidgenossenschaft für diejenigen verwendet würden, welche dieselbe verlassen, derselben ihre Kräfte entziehen und sich ein neues Vaterland gründen wollen.»²²⁵

auf deren Anfrage empfahl, eher mit Ruffi als mit Beck & Herzog zu akkordieren; siehe unten S. 245, Anmerkung 68. Überhaupt gestand Wanner um diese Zeit zu, daß es vorteilhafter sei, bereits in der Schweiz den Überfahrtsvertrag zu schließen: «Hunderte durch einen Agenten zugeführte, geben den Speditoren weniger Mühe, als Einzelne, die von ihrem Konsul oder von Bekannten begleitet oder geleitet, erst hier ihre Überfahrt bedingen. – Es ist in einem Worte Thatsache, daß Auswanderer, denen es gelingt, die Agenten zu umgehen, hier sich höhere Preise gefallen lassen müssen, als sie hätten erwarten sollen – was offenbar von der Macht der Unternehmer und von ihrem Einverständnis untereinander zeugt.» *Schweizerbote*, Nr. 168, 17. 7. 1854.

²²³ Bericht über die Auswanderungsfrage vom 15. 4. 1851, StAAG, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

²²⁴ a. a. O.

²²⁵ Schreiben des Bundesrates vom 22. 7. 1851, StAAG, a. a. O.

Daneben bleibe es den Kantonen unbenommen, auf dem Konkordatswege ihre Ziele zu erreichen.

Einen ersten Vorstoß in dieser Richtung unternahm Bern, das auf eine ähnliche Anfrage ebenfalls abschlägig beschieden worden war. Die dortige Regierung wandte sich im Oktober an die aargauische mit dem Vorschlag, eine gemeinsame Regelung des Agenturwesens zu versuchen²²⁶. Eine Konferenz von Vertretern der beiden Stände im Februar 1852 kam allerdings zum Schluß, daß die Errichtung staatlicher Agenturen in Konkurrenz zu den bestehenden privaten keinen Erfolg verspreche²²⁷. Zweckmäßiger sei es, den Agenten bestimmte Leistungen vorzuschreiben und sie für eventuelle Betrügereien und Schikanen haftbar zu machen. Um die Auswanderer auch vor den ärgsten Prellereien in den amerikanischen Häfen zu schützen, müsse man dafür sorgen, daß ihnen die nötigen Mittel zur Weiterreise ins Landesinnere zur Verfügung stünden, außerdem seien die schweizerischen Hilfsgesellschaften gegen angemessene Entschädigung für die Betreuung der Neuankömmlinge zu gewinnen. Der Entwurf einer Übereinkunft sah schließlich von allgemeinverbindlichen Vorschriften ganz ab und beschränkte sich auf den Versuch, die Agenten zu freiwilligen Garantieleistungen zu veranlassen; vermutlich fürchtete man wieder, mit strengen Maßnahmen die Firmen nur aus dem Bereich der eigenen Kontrolle zu treiben. So lautete denn Artikel 1 des Entwurfs nur:

«Unternehmer, welche mit der Spedition von Auswanderern nach Nordamerika sich beschäftigen und Vertrauen verdienen, werden den Auswanderungslustigen als Agenten empfohlen und unter genaue Aufsicht genommen.»²²⁸

Artikel 3 ergänzte:

«Es werden Verträge mit betreffenden Agenten abgeschlossen, worin diesen die auferlegten Verpflichtungen genau vorgeschrieben sind.»

Man hoffte also, die Agenten würden gewisse Einschränkungen auf sich nehmen, um dafür als staatlich empfohlene Firmen eine größere Kundschaft zu erhalten. Der Entwurf sagte nichts darüber aus, ob den anerkannten Agenten mehr als die üblichen Leistungen zugemutet werden

²²⁶ Schreiben des Berner Regierungsrates vom 22.10.1851, a. a. O.

²²⁷ Bericht über die Konferenz von Regierungsrat Siegfried und Alt-Regierungsrat Lindenmann vom 26.2.1852, a. a. O.

²²⁸ Gedruckter Text des Entwurfs, StABS, a. a. O.

sollten, von großer Bedeutung war aber, daß allfällige Streitigkeiten über die Einhaltung der Reiseverträge nicht mehr auf dem langwierigen, für Auswanderer kaum zu riskierenden Rechtsweg vor den Gerichten der Seestaaten ausgetragen und auch nicht von dem mit keinen tatsächlichen Machtbefugnissen ausgestatteten Konsul geschlichtet werden sollten. Vielmehr sollte die Rechtsprechung in solchen Fällen einem im Kanton ansässigen Schiedsgericht obliegen, das nicht an die gewöhnliche Prozeßordnung gebunden war, unwiderrufflich entscheiden und für Entrichtung allfälliger Entschädigungen auf eine von den Agenten zu stellende Kautionsleistung zurückgreifen konnte.

Der Vertragsabschluß mit ausgewählten Agenten war nun allerdings keine Neuerung. Bereits im Herbst des Vorjahres hatte nämlich die aargauische Armenkommission dem Spediteur Ruffi eine Konzession erteilt, welche weitgehend dem oben beschriebenen Schema entsprach²²⁹. Sie erlegte ihm keine weitergehenden Pflichten auf als die allgemein üblichen Reiseverträge, deren Erfüllung sollte aber durch Kautionsleistung und Unterwerfung unter ein Schiedsgericht garantiert werden.

Die Vereinbarung mit Bern hatte vermutlich auf aargauischen Antrag diese Idee übernommen. Ein weiterer Artikel, der die Betreuung der Ankömmlinge in Amerika betraf, folgte den bereits angedeuteten Linien:

«Um den Ausgewanderten zum ersten Aufenthalt in Amerika, vorzüglich aber zur Reise in's Innere behülflich zu sein, werden einer erwachsenen Person mindestens 5 Dollars und einer Familie allerwenigstens 10 Dollars auf den Kopf, sei es aus eigenem Vermögen, sei es aus Unterstützungen von Seite der Gemeinden oder des Staats oder beiden zugleich, in New-York oder New-Orleans oder bei andern nordamerikanischen Konsulaten ausbezahlt. Überdies werden gemeinnützige Vereine gewonnen, um theils mit Rath und Anleitung zur Weiterreise, theils mit Anweisung von Arbeit den Ausgewanderten zu dienen.»

Was den ersten Punkt betrifft, die Überweisung eines Kopfgeldes an den amerikanischen Landungsplatz, so bedeutete er wiederum nur die Bestätigung einer im Aargau bereits geübten Praxis. Eine Neuerung aber war das zweite Vorhaben; die letztlich gescheiterten Versuche zu seiner Verwirklichung wurden ebenfalls schon geschildert²³⁰.

Die Übereinkunft mit Bern ist anscheinend überhaupt nie in Kraft getreten. Zwar erteilte ihr der aargauische Große Rat am 25. Mai 1852 seine Zustimmung; in Bern aber wurde sie offenbar dem Parlament gar

²²⁹ StAAG, IA Nr. 5, 1851, Faszikel 36.

²³⁰ Siehe oben S. 165 ff.

nie zur Beratung vorgelegt, da man sich zum Erlaß eines eigentlichen Agenturgesetzes entschloß²³¹.

Das System der Konzessionsverträge wurde jedoch im Aargau beibehalten und zeitigte zweifellos einige Erfolge, jedenfalls bewarben sich die meisten wichtigen Agenten binnen kurzem um Patente; als erster, wenige Monate nach Ruffi, der Notar Stephani in Aarau, der die Firma Steinmann-Drevet vertrat. Eindeutig vorteilhaft, ja notwendig wurden die Konzessionen mit der Bestimmung, daß alle vom Staat finanziell unterstützten Auswanderer – dies waren 1854 etwa drei Viertel! – nur noch mit patentierten Agenturen reisen dürften²³².

Bis 1854 erwarben auch die Firmen Zwilchenbart, Beck & Herzog sowie Paravicini die aargauische Konzession²³³.

Trotzdem erschien das Vertragssystem den Behörden bald unbefriedigend. Im Mai 1852 schon äußerte die Armenkommission die Ansicht, daß doch wieder auf eine eidgenössische Intervention hinzuwirken sei, da die Mißstände durch ein Konkordat nicht wirksam bekämpft werden könnten²³⁴.

So wurde am 1. Juni erneut ein ausführliches Schreiben an den Bundesrat erlassen, um eine Revision seiner Haltung zu erwirken. Gleichzeitig wurde der Text der Eingabe und derjenige der Übereinkunft mit Bern den andern Kantonsregierungen mitgeteilt und diese um ihre Unterstützung ersucht²³⁵.

Die Notwendigkeit neuer Vorkehrungen wurde damit begründet, daß gegen die überhandnehmenden Betrügereien der Agenten und vor allem der «runners» in New York die Konsulate und Hilfsgesellschaften mit ihren beschränkten Mitteln nichts ausrichten könnten. Wenigstens in Le Havre, New York und New Orleans seien eidgenössische Agenturen unerläßlich. Die Befürchtung, der Bund leiste mit solchen Schutzmaßnahmen der Auswanderung Vorschub, wurde zurückgewiesen; die Auswanderung nehme auch ohne irgendwelche Sicherung ständig zu.

²³¹ Protokoll des Großen Rates 25.5.1852 (Auszug bei IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a). Zu Bern siehe Natsch, S. 164.

²³² Ein dahingehender offizieller Beschluß ist nicht zu belegen. Ein erstes Gesuch Stephanis um Einführung einer solchen Regelung wurde abgelehnt (Gesuch vom 20. 1. 1852, IA Nr. 5, 1852 I, Faszikel 8), sie scheint sich aber wenig später durchgesetzt zu haben.

²³³ Bericht des Regierungsrates 17.5.1854, S. 4.

²³⁴ Gutachten der Armenkommission, 26. 5. 1852, StAAG, IA, Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

²³⁵ Alle drei Schreiben gedruckt, StABS, a. a. O.

«Es handelt sich lediglich um die Frage, ob die bereits in der Auswanderung Be-griffenen hilf- und rathlos ihrem Schicksal überlassen bleiben, oder ob ihnen zum Ge-lingen und Fortkommen in ihrem Vorhaben die schützende Hand gereicht werden soll.»

Es stünden zudem nicht nur die ökonomischen Interessen der Ausge-wanderten auf dem Spiel, sondern auch die des Vaterlandes, denn bei un-genügendem Schutz der Auswanderung seien nicht nur die großen Opfer der Gemeinden und Kantone für ihre Förderung vergebens, sondern von der Rückkehr verarmter Auswanderer noch neue Lasten zu befürchten.

Während der Bundesrat auf den neuen Vorstoß zunächst nicht rea-gierte, fanden sich dreizehn der angerufenen Kantonsregierungen we-nigstens bereit, eine Konferenz über die Auswanderungsfrage zu be-schicken²³⁶. Die Gespräche vom 10. August zeigten allerdings, daß sogar einige von diesen kaum an einer eidgenössischen Regelung interessiert waren, da sie erst eine geringfügige Auswanderung zu verzeichnen hatten²³⁷. Auf die Vorbereitung eines Konkordates verzichtete die Kon-ferenz, um die Bemühungen um eine Bundesregelung nicht zu beeinträchtigen. Die Teilnehmer sollten jedoch ihre Regierungen aufgrund des Protokolls veranlassen, den aargauischen Vorstoß mit parallelen Eingaben zu unterstützen. Die Äußerungen der verschiedenen Vertreter deuten darauf hin, daß außer Bern wahrscheinlich kein anderer Kanton in ähnlichem Sinne wie der Aargau die Auswanderung finanziell unter-stützte; schon dies dürfte das geringe Interesse teilweise erklären.

So blieb der Erfolg auch aus, als sich nach längerem Zögern der Bun-desrat zu einer eigenen Initiative entschloß. Im Januar ersuchte er die Bundesversammlung um einen Nachtragskredit von 18000 Franken für die Anstellung besonderer Hilfskräfte bei den Konsulaten von New Orleans und New York sowie die Errichtung eines Büros in Basel. In den Räten wurde die grundsätzliche Wünschbarkeit eidgenössischer Maß-nahmen kaum bestritten, doch kam es nicht zu einer Einigung über die Höhe des Kredits²³⁸. Dieser Mißerfolg brachte nun den Bundesrat end-

²³⁶ Bericht der Justizdirektion vom 22. 7. 1852, StAAG, a. a. O.

²³⁷ Protokoll der Konferenz, StABS, a. a. O.

²³⁸ Nach Natsch, S.166, hatte der Ständerat die Einführung eines eigentlichen Ge-setzes über das Auswanderungswesen verlangt. Offenbar war aber die grundsätz-liche Opposition gegen eine Bundesintervention doch recht scharf, schrieb doch Bundesrat Druey an Konsul Wanner: «Les discours sont si mal rendus dans les journaux qu'il n'est pas possible de se faire une idée de ce qui a été dit et de la force avec laquelle ces choses ont été opposées.» Brief vom 7. 2. 1853, BAr. 2200 Le Havre, Nr. 154.

gültig davon ab, neue Kompetenzen in der Auswanderungsfrage anzustreben. Als die aargauische Regierung im Frühling 1854 angesichts der erst jetzt ihren Höhepunkt erreichenden Auswanderung erneut an die immer noch ausbleibenden Bundesmaßnahmen erinnerte, wies man darauf hin, daß die Konsulate in Le Havre, New York und New Orleans inzwischen besondere Gehilfen beschäftigen könnten; weiter wolle aber das Parlament offenbar nicht gehen²³⁹.

Noch einmal versuchte der Aargau, auf einer allgemeinen Konferenz die Unterstützung anderer Kantone zu gewinnen, er mußte sich aber schließlich damit zufriedengeben, daß der Auswanderungskredit von der Bundesversammlung gegen den Widerstand der Ostschweizer Kantone etwas erhöht wurde. Die wiederholten Vorstöße hatten wohl den Erfolg gehabt, daß die Konsulate der wichtigsten Hafenstädte für die Betreuung der Auswanderer etwas reichlichere Mittel erhielten; das Hauptanliegen der Interessierten, die vielgetadelten und doch unentbehrlichen privaten Agenturen durch staatliche Einrichtungen zu ersetzen, konnte aber bei den wenig an der Auswanderung beteiligten Kantonen nie das nötige Verständnis finden. Die Forderung nach einem Bundesgesetz zur Kontrolle der privaten Agenturen tauchte anscheinend nicht auf, obwohl doch später gerade dieser Weg zu einer besseren Beaufsichtigung des Transportwesens gewählt wurde.

Fürs erste sahen sich die Kantone auf ihre eigenen Mittel verwiesen. Erstaunlicherweise zeigte gerade der Aargau in seinen gesetzgeberischen Maßnahmen eher Zurückhaltung. Während in Bern, Basel und andern Kantonen Gesetze geschaffen wurden, die allen Agenten den Erwerb einer Konzession und die Leistung gewisser Garantien vorschrieben, blieb es im Aargau bei der lockeren Regelung, daß nur für die Beförderung staatlich unterstützter Auswanderer eine Konzession nötig war. Immerhin brachte auch dieses bescheidene Mittel schon recht gute Erfolge. Wir finden zwar immer wieder allgemeine Klagen über die Gewinnsucht der Agenten, aber nur wenige konkrete Belege für tatsächliche böswillige Betrügereien, und gerade während der großen Auswanderungswelle scheint das Speditionswesen erstaunlich gut funktioniert zu haben. Eine Ausnahme bildete der Konkurs Ruffis im Frühjahr 1854, der allerdings auch nicht eine Folge unehrenhafter Geschäftspraktiken war²⁴⁰.

²³⁹ Schreiben des Bundesrats vom 20. 3., StAAG, a. a. O.

²⁴⁰ Alle Akten dazu unter IA Nr. 5, Ruffi. Kurze Zusammenfassung im Bericht des Regierungsrates von 1854.

Der bedeutendste Aargauer Agent wurde das Opfer des unerhörten Andrangs und einer etwas riskanten Kreditwirtschaft. Anscheinend hatte er eine große Zahl von Kunden angenommen, die wenig vorauszahlten. Durch die außerordentliche Nachfrage stiegen die Passagepreise massiv, Rufli konnte wahrscheinlich nicht alle Akkordierten aus seinen flüssigen Mitteln auf Schiffen plazieren und mußte sie zum Teil längere Zeit warten lassen. Als dann die Wirte in Le Havre ihm plötzlich den Kredit versagten, mußte er seine Zahlungen einstellen. Zu diesem Zeitpunkt saß noch eine größere Anzahl seiner Kunden in Le Havre, viele waren auf dem Wege dorthin oder warteten gar noch zu Hause auf die Festsetzung des Abreisetermins. Die Regierung veranlaßte Konsul Wanner, die bereits im Hafen befindlichen Auswanderer auf Staatskosten zu befördern, die zu Hause Wartenden konnten nicht mehr abreisen²⁴¹. Die von den Gemeinden ausgestellten Gutscheine waren an sich erst nach Beibringung eines Einschiffungszeugnisses einlösbar. Rufli hatte sie aber zum Teil bereits an andere Gläubiger weitergegeben, und als diese Bestätigungen für die – allerdings auf Staatskosten erfolgte – Einschiffung der betreffenden Auswanderer vorlegten, schützten die Gerichte ihre Ansprüche. So mußten trotz allen Vorsichtsmaßnahmen manche Speditionsrechnungen doppelt bezahlt werden. Diese Verluste und die durch Verzögerungen und erhöhte Preise entstandenen Mehrkosten wurden vermutlich nicht einmal durch die Kautions von 10 000 Franken gedeckt, die Rufli hinterlegt hatte²⁴². Als allerdings andere Kantonsregierungen für ihre Bürger unter den Kunden Ruflis auch noch die Kautions beanspruchen wollten, wies man sie mit der Bemerkung ab, es liege nicht an

²⁴¹ Über eine größere Gruppe siehe unten S. 244 ff.

²⁴² Die Behandlung des Falles bei Natsch, S. 138, beruht auf unvollständigen Informationen. Zunächst trifft es nicht zu, daß Rufli ein Monopol auf die Beförderung der aargauischen Auswanderer besessen habe, gab es doch neben ihm vier weitere Inhaber von Konzessionen. Die Feststellung, daß bei Ruflis Konkurs «viele aargauische Auswanderer um Hab und Gut kamen, während die Berner, die gleichzeitig reisten, teilweise aus der Kautions entschädigt werden konnten, die Rufli in Bern hatte hinterlegen müssen», geht an der Tatsache vorbei, daß Rufli im Aargau sogar 10 000 Franken Kautions gegenüber 5000 in Bern geleistet hatte. Die Kautions reichte jedenfalls aus, um die bereits in Le Havre wartenden Auswanderer zu spedieren, dagegen konnten wohl einige Private und Gemeinden, die unvorsichtigerweise größere Anzahlungen geleistet hatten, nicht voll entschädigt werden, wie übrigens auch in Bern.

den aargauischen Behörden, wenn keine Regelung auf Bundesebene alle gleichermaßen schütze²⁴³.

Obwohl nun die Kautionsleistung auf 20 000 Franken erhöht wurde, erwarben noch im gleichen Jahr neue Vertreter von Beck & Herzog, Paravicini und Zwilchenbart Konzessionen, im folgenden auch die bisher nicht vertretene Firma Gebrüder Oswald in Basel.

Von 1857 an ging jedoch die Zahl der konzessionierten Agenturen zurück. Mit der Abnahme der Auswanderung lösten Stephani, Steinmann-Drevet, Paravicini und Beck & Herzog ihre Verträge, Zwilchenbart wurde wegen Verstößen gegen die Bestimmungen gekündigt²⁴⁴. Für einige Zeit war Wirth-Herzog der einzige Inhaber eines Patentbesitzes, er konnte sich aber auch später neben den Basler Konkurrenten behaupten. Die Aufgabe der meisten Konzessionen nach 1857 ist nicht nur mit dem starken Rückgang der gesamten Auswanderung zu erklären, sondern auch mit der Eigentümlichkeit der aargauischen Regelung, daß nur die Beförderung staatlich unterstützter Auswanderer den Patentinhabern vorbehalten blieb. Der Anteil dieser Auswandererkategorie ging nach 1855 noch stärker zurück als die gesamte Auswanderungsziffer, und so konnte die Mehrheit der Auswanderer auch von Agenturen übernommen werden, die nicht die Last der Kautionsleistung auf sich genommen hatten und zudem weniger streng an die in den Verträgen festgelegten Richtlinien gebunden waren. Insbesondere betraf dies die Vorschrift, daß die Auswanderer im Besitz gültiger Reisepässe sein mußten. Die aargauischen Behörden vertraten zwar die Ansicht, daß diese Vorschrift auch für die von nichtpatentierten Spediteuren beförderten Auswanderer gelte und daß auch diese gebüßt werden könnten, wenn sie nicht auf Befolgung achteten²⁴⁵. Praktisch war es aber nicht möglich, auswärtige Agenten zu belangen, wenn die Gesetzgebung in deren Wohnort keine ähnliche Bestimmung enthielt. Dies war nun gerade in Basel der Fall, wo auf die Einführung des Paßzwangs deshalb verzichtet wurde, weil

²⁴³ Antworten auf die Anfragen von Luzern vom 6. 4., St. Gallen vom 11. 4., Graubünden vom 2. 5. und Schaffhausen vom 3. 5., StAAG, a. a. O.

²⁴⁴ Kündigungen der Verträge StAAG, IA Nr. 5, 1857 ff.

²⁴⁵ Der seit 1857 (Beschuß des Regierungsrates vom 30. 7.) bestehende Paßzwang für aargauische Auswanderer konnte höchstens mit der Erleichterung der Kontrolle für die aargauischen Behörden begründet werden. In den Vereinigten Staaten waren seit jeher keine Papiere zur Einreise nötig gewesen, für die Durchreise durch Frankreich genühten die Reiseverträge, siehe oben S. 173 f.

man damit die Auswanderer den französischen Agenten in den Grenzorten in die Hände zu treiben fürchtete²⁴⁶.

Die Basler Agenten profitierten geschickt von den Differenzen der Gesetzgebung. Sie ließen sich von inoffiziellen Vermittlern die Auswanderer zuweisen, die ihre Reise selber bezahlten und aus irgendeinem Grunde der Paßvorschrift entgehen wollten. Daneben beschäftigten sie oft noch einen Agenten, der auf eigenen Namen eine Konzession besaß und auch Unterstützte übernehmen konnte, in Wirklichkeit die Ausführung der Spedition aber seinem auswärtigen Auftraggeber überließ.

Es wundert nicht, daß die einheimischen konzessionierten Agenten über ihre Benachteiligung klagten und schärfere Maßnahmen gegen die Konkurrenten forderten. Die Behörden äußerten gelegentlich auch Verständnis für ihre Beschwerden, konnten sich aber nicht zu wirksamem Einschreiten entschließen.

Noch 1873 hielt die Direktion des Innern daran fest, daß ein Vorrecht der Konzessionäre nur für die Beförderung staatlich Unterstützter gelte, erhielt aber vom Regierungsrat den Auftrag, bessere Vorkehrungen zum Schutze der Patentinhaber zu erwägen²⁴⁷. Als sie aber 1879/80 vorschlug, wenigstens das Annoncieren in aargauischen Zeitungen den Unkonzessionierten zu verbieten, konnte sich die Gesamtregierung nicht mehr zu einer eindeutigen Haltung entschließen. Immerhin sollten wenigstens Patentinhaber nicht mehr offen als Agenten der Basler Firmen auftreten dürfen²⁴⁸. – Obwohl gerade in diesen Jahren die Mängel der alten Regelung offenbar immer stärker empfunden wurden, dachte man begreiflicherweise nicht mehr an die Einführung eines eigentlichen Gesetzes, seit die revidierte Bundesverfassung die Kontrolle des Agenturwesens der Eidgenossenschaft übertragen hatte²⁴⁹.

²⁴⁶ Am 29.8. bzw. 8.9.1864 hatten die Polizei-Direktion und das Niederlassungs-Collegium in Basel die Einführung des Paßzwangs beantragt; auf die Vorstellungen der Agenten hin begnügte sich aber der Rat mit einer Meldepflicht. Beschluß vom 30.9., StABS, Auswanderung A, 1864–1869.

²⁴⁷ Klage von Wirth-Fischer, 18.4.1873, Beschluß der Regierung, 21.5., IA Nr.5, 1872–1874, Faszikel 52.

²⁴⁸ StAAG, IA Nr.5, 1880, Faszikel 10, 25, 38, 60. Aus den in diesen Akten enthaltenen Beschwerden der Agenten und den Kommentaren der Direktion des Innern werden die Unzulänglichkeiten am besten ersichtlich.

²⁴⁹ Artikel 34: Der Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen und von Privatunternehmungen im Gebiete des Versicherungswesens unterliegt der Aufsicht und Gesetzgebung des Bundes.

Es wurde denn auch als Erleichterung empfunden, als 1881 endlich das längst erwartete Bundesgesetz über den Betrieb der Auswanderungsagenturen in Kraft trat und der Rechtsungleichheit ein Ende machte²⁵⁰. Es dürfte sich erübrigen, auf das Bundesgesetz und seine späteren Revisionen näher einzutreten; sie sind schon mehrfach gewürdigt worden²⁵¹. Auch unterschied sich das eidgenössische nicht allzu wesentlich von den bereits bestehenden kantonalen Gesetzen oder der aargauischen Konzessionspraxis.

Beurteilt man die gesetzgeberischen Maßnahmen vom Gesichtspunkt der Auswanderer, so kann man wohl sagen, daß die kantonalen Erlasse der fünfziger Jahre die entscheidendsten Fortschritte gebracht hatten. Schon von da an waren die Reiseverträge im allgemeinen recht zuverlässig erfüllt worden, und berechtigte Klagen über eigentliche Betrügereien der Agenten sind recht selten.

Wenn trotzdem vor und nach dem Erlaß des Bundesgesetzes immer wieder Agenten verwarnt oder gebüßt wurden oder gar ihre Konzessionen verloren, so weniger wegen schlechter Behandlung der Auswanderer, als wegen Verletzung der Kontrollbestimmungen. Die häufigste Agentensünde war die Beförderung von Leuten ohne genügende Ausweisschriften. Bis 1881 konnte dies häufig mit der Verschiedenheit der kantonalen Gesetze entschuldigt werden, aber auch später wurden immer wieder Auswanderer befördert, die nicht im Besitz des vorgeschriebenen Heimatscheines waren.

Nicht selten wurden auch Kunden angenommen, die nach den Gesetzen gar nicht hätten auswandern dürfen: geistig und körperlich Gebrechliche, Dirnen, polizeilich Verfolgte und vor allem Minderjährige ohne Einwilligung der Eltern. Der Agent wurde auch haftbar gemacht, wenn ein Auswanderer seine militärischen Effekten vor der Abreise nicht pflichtgemäß abgeliefert hatte. Ein häufiges Vergehen war schließlich die

²⁵⁰ Immerhin verzichtete die aargauische Regierung nicht gleich auf ihre Sonderwünsche; so wurde der Paßzwang erst auf wiederholte Mahnungen der Bundesbehörden abgeschafft. Siehe Mahnung des Schweizerischen Handels- und Landwirtschaftsdepartements vom 18.7.1881 sowie Beschluß zur Beibehaltung gegen die Anträge der Direktion des Innern und der Polizei- und Militärdirektion, IA Nr.5, 1881, Faszikel 50.

²⁵¹ Siehe u. a. Karrer, S. 116 ff.; WALTER HÜRLIMANN, *Die schweizerische Auswanderung und ihre Gesetzgebung*, Diss. Zürich 1918, SYLVIA LEHMANN, *Grundzüge der schweizerischen Auswanderungspolitik*, Diss. Bern 1949.

Anstellung von Vermittlern und Werbern, die nicht als offizielle Untergagenten an der Konzession teilhatten, vor allem die schon erwähnte Einschaltung von Dienstmännern, Wirten usw.²⁵²

Alle diese Verstöße gegen die Bestimmungen waren natürlich für die Behörden ärgerlich, den Auswanderern selbst aber brachten sie wenig Schaden. Auch unsere Kenntnis von der Geschichte der staatlichen Kontrollmaßnahmen rechtfertigt also die Annahme nicht, daß die Agenten eigentliche Ausbeuter der armen Auswanderer gewesen seien.

8. Der Verlauf der Auswanderungswelle

Von der ersten Auswanderungswelle unterscheidet sich jene der Jahrhundertmitte schon auf den ersten Blick durch ihre zeitliche Ausdehnung. Die Bewegung der Jahre 1816/17 hatte sich im wesentlichen auf wenige Monate beschränkt; abgesehen von den kleineren Gruppen im Sommer und Herbst 1816 hatten sich die Auswanderervereine etwa gleichzeitig gebildet und kurz hintereinander die Reise angetreten. Wir konnten deshalb jene Welle gewissermaßen als *eine* große Gruppenauswanderung in ihrem Ablauf Schritt für Schritt verfolgen und gleichzeitig die Zusammensetzung der Vereine, ihre Herkunft und ihr Schicksal untersuchen.

Nach 1850 dagegen sah während fast fünf Jahren jeder Monat, jede Woche den Aufbruch einzelner Auswanderer, mehrerer Familien oder großer Armenschübe von hundert und mehr Personen. Es wäre unmöglich und auch sinnlos, jede dieser kleinen und großen Gruppen von der Vorbereitung ihres Unternehmens bis zu seiner Durchführung zu beobachten, ihre Herkunft und Zusammensetzung getrennt zu untersuchen¹. Vielmehr wird es unsere Hauptaufgabe sein, statistische Daten und Zeugnisse für zahlreiche Einzelfälle aus mehreren Jahren zusammenzu-

²⁵² Zahlreiche Belege für Bestrafungen von Agenten bei StABS, Auswanderung A, 1881 ff., ferner bei Karrer, S. 139 ff.

¹ Es wäre zweifellos eine lohnende Aufgabe, die Auswanderung einer kleineren oder größeren Gruppe von den individuellen Voraussetzungen über den Entschluß zur Reise, ihre Vorbereitung und die Reise selbst bis zur Ankunft und Niederlassung in Amerika zu verfolgen. Im Rahmen unserer Arbeit war eine «case study» dieser Art leider nicht möglich.

ziehen und daraus auf die wichtigsten gemeinsamen Besonderheiten zu schließen, welche die Massenauswanderung dieser Jahre charakterisierten.

Um immerhin einen Überblick über den Verlauf der Bewegung zu gewinnen, wie er sich dem unbeteiligten Beobachter darbot, soll zunächst die quantitative Entwicklung der Auswanderung von den Vorläufern bis zum Ende der Welle kurz skizziert werden.

Die Vorläufer der Welle, 1845–1850

Nachdem die Auswanderung zwischen 1837 und 1840 einen Tiefpunkt erreicht hatte, kann man die Jahre bis 1850 gewissermaßen als «Anlaufzeit» der großen Welle betrachten. Die absoluten Zahlen – nach 1845 etwa zwischen 200 und 400 Personen im Jahr – lagen wieder bedeutend höher, und schon zeigten sich Charakteristiken, die für die ganze folgende Welle bezeichnend sein sollten: die Auswanderer rekrutierten sich vorwiegend aus den vermögenslosen Schichten der Bevölkerung, viele von ihnen erhielten das Reisegeld von ihrer Gemeinde, und auch der Staat leistete erste Beiträge. Die amtlichen Quellen für diese Jahre sind leider recht spärlich, und vor allem fehlt uns noch eine wirklich zuverlässige Statistik; man wird aber selten fehlgehen, wenn man die höchsten der überlieferten Zahlen als vollständigste und glaubwürdigste Werte betrachtet². Offensichtlich war das Interesse der kantonalen Behörden an der Auswanderungsfrage noch relativ gering, wobei auch wieder daran zu erinnern ist, in welchem Maße die politischen Ereignisse die Aufmerksamkeit fesselten.

In der Bevölkerung allerdings ließen die ungünstige Wirtschaftslage und die guten Nachrichten aus Amerika die Auswanderungsneigung rasch wachsen, wie schon das erwähnte Interesse an Kolonieplänen zeigt³. War das Genfer Projekt noch ohne praktische Folgen geblieben, so erzielte die Werbung für die texanische Ansiedlung Castroville, die in der Schweiz durch Dr. Eckenstein in Basel vertreten wurde, konkrete Erfolge. Das verlockende Angebot – Familien wurden 320, ledigen Männern 160 Acre Land in einer gesunden Gegend versprochen, dazu sollte die Reise ab Basel mit voller Verpflegung nur auf 153 Franken zu

² Näheres zu den Quellen der Statistik siehe unten S. 220 f.

³ Siehe oben S. 147 ff.

stehen kommen – bewog in Zofingen 1846 drei Familien und zwei einzelne (insgesamt 17 Personen) zur Auswanderung. Gegen den Antrag des Gemeinderats beschloß die Ortsbürgerversammlung, ansehnliche Beiträge zu leisten, und auch die Gesellschaften zu Ackerleuten und zu Metzgern spendeten etwas an die Reisekosten⁴.

Vermutlich schloß sich später eine weitere Zofinger Familie an, und vielleicht erhielten die Texasreisenden auch aus andern Teilen des Kantons Zuzug.

Unabhängig von Kolonieplänen nahm die Zahl der individuellen Auswanderungen beträchtlich zu. Immer mehr Gemeinden fanden sich zur Unterstützung bereit, wenn auch ihre Beiträge in den meisten Fällen noch an einzelne oder kleine Gruppen und nur auf ausdrückliche Bitten gewährt wurden. Das rasche Ansteigen der Armenlasten infolge der Lebensmittelteuerung ließ immer mehr Behörden ihre Hoffnung auf radikale Maßnahmen setzen; der Gemeinderat von Oberentfelden drückte sicher eine weit verbreitete Ansicht aus, wenn er 1849 einem Unterstützungsantrage vor der Gemeindeversammlung folgende allgemeine Reflexionen beifügte:

«Bei diesem Anlaß können wir nicht verhehlen, wenn sich die Gemeinde einige Erleichterung, besonders im Armenwesen verschaffen will, so muß sie kein Opfer scheuen, und radical zu Werke gehen, wir meinen sie muß vorab aufbieten, daß solche Familien, welche augenscheinlich der Gemeinde lästig sind, entfernt werden. Würden wir auf solche Weise 6 oder mehr dergleichen Familien nach Amerika spediren, wie bald hätten wir, das dafür hergegebene Holz wieder erspart und die Gemeinde müßte in Zukunft nicht mehr so viel Armensteuern entrichten müssen.»⁵

Trotzdem sind größere geschlossene Armenspeditionen in diesen Jahren noch nicht nachzuweisen. Zwar entrichtete die Stadt Zofingen 1846 Beiträge an 30 Erwachsene und 20 Kinder, 1848 an 30 Erwachsene und 15 Kinder, doch handelte es sich immer noch um die Erfüllung individueller Bitten⁶. In den Jahren 1847 und 1848 wurden nach dem Bericht des Regierungsrats von den Gemeinden insgesamt 25 000 Franken an Auswanderungsbeihilfen gezahlt, eine recht bescheidene Summe gegen die

⁴ Stadtarchiv Zofingen, GRP, 6.12.1845, 27.1.1846 ff.; Liste der Auswanderer vom 3.3.1846; Protokoll der Ortsbürgerversammlung, 9.12.1845.

⁵ GAR Oberentfelden, Gemeindeversammlungsprotokoll, 13.7.1849.

⁶ Statistik 1841–1851, StAAG, Akten der Armenkommission, Stadtarchiv Zofingen, a. a. O.

130 000 Franken, welche die Auswanderer nach dem gleichen Bericht an eigenem Vermögen mitnahmen⁷.

Nach 1848 ging die Auswanderung sogar wieder etwas zurück, 1850 betrug sie weniger als 300 Personen.

Der Höhepunkt der Welle, 1851–1855

Nachdem die guten Ernten von 1848/49 das Elend von 1847 etwas hatten vergessen lassen, bedeutete die neue Mißernte von 1850 einen schweren Rückschlag und zerstörte die Hoffnungen auf eine rasche Besserung der wirtschaftlichen Lage.

Trotzdem bleibt es erstaunlich, in welcher Zahl nun plötzlich einzelne und Gemeinden in der Auswanderung die Rettung vor der drohenden Verarmung suchten. In einem Jahr verließen mindestens 1319 Aargauer ihre Heimat⁸, mehr als $6\frac{0}{100}$ der Wohnbevölkerung des Kantons. In den am stärksten beteiligten Bezirken Baden, Brugg, Laufenburg und Zofingen betrug der Bevölkerungsverlust 1% oder mehr.

Bis Mitte April hatte die Armenkommission bereits rund 12 000 Franken an arme Auswanderer verabreicht, die Beiträge der Gemeinden beliefen sich auf das Achtfache⁹.

Für die explosive Entwicklung war ausschlaggebend, daß die Gemeinden die allgemein wachsende Auswanderungsneigung zur Entlastung ihres Armenwesens nützten und förderten. Erstmals wurden Armentransporte großen Maßstabs mit hundert und mehr Teilnehmern von Gemeindebehörden geplant und durchgeführt. Das größte Unternehmen dieser Art fand in Reitnau im Bezirk Zofingen statt, wo nicht weniger als 128 Arme sich zur gemeinsamen Auswanderung entschlossen; nicht viel kleinere Gruppen kamen aus Schneisingen und Brittnau¹⁰.

In vielen weiteren Gemeinden gewährte man einzelnen Bittstellern auf ihr Ansuchen hin Beiträge, und schließlich unternahmen auch zahlreiche ausreichend bemittelte Leute ohne Hilfe die Reise. So zogen von Küttigen 31 Erwachsene und 18 Kinder fort, von denen wahrscheinlich nur

⁷ RRR 1847/48.

⁸ Nach einem Schreiben des Bundesrats vom 1.6.1852 (siehe oben, Anmerkung 235) wären es sogar mehr als 1500 gewesen. Spätere Statistiken nennen aber alle wieder die kleinere Zahl. Genaue Zahlen siehe Tabelle 4.

⁹ Bericht der Armenkommission vom 15.4.1851.

¹⁰ Näheres über die größeren Schübe siehe unten S. 233 ff.

drei eine Unterstützung beanspruchten. Die übrigen nahmen eigenes Vermögen von fast 26 000 Franken mit und ließen weitere 10 000 Franken für spätere Verwendung zurück. Immerhin war diese Gruppe eine Ausnahme, die Mehrheit der Auswanderer hatte bereits Unterstützungen bezogen.

1852 ging die Auswanderung etwas zurück, sie blieb aber mit 1180 Personen immer noch weit über dem Durchschnitt. Wie schon im Vorjahr kamen die größten Kontingente aus den Landwirtschaftsbezirken; die größten Einzelgruppen stellten Würenlingen mit 107 Personen, Kaisten mit 110 und Zuzgen mit 51. Bescheiden blieb die Auswanderung im Freiamt und in den Industriebezirken; auch Zofingen stellte keine großen Schübe mehr.

Anders als in früheren Jahren schwächte sich die Auswanderung nach den Frühlingsmonaten nicht wesentlich ab, sondern dauerte fast unvermindert durch den Sommer hindurch bis in den Spätherbst an. Schon daraus ließ sich schließen, daß die Welle noch nicht ihr Ende erreicht hatte¹¹.

1853 wurde mit 1395 Personen oder fast 7⁰/₀₀ der Bevölkerung ein neuer Höchstwert erreicht. Nun waren auch industrialisierte Gegenden intensiver beteiligt; Aarau und Lenzburg verloren schon fast ein Prozent ihrer Bevölkerung.

Wieder waren es zum Teil benachbarte Gemeinden, die gleichzeitig starke Auswanderung verzeichneten. Im Bezirk Laufenburg kam keine größere Gruppe aus den höhergelegenen Tälern, dagegen 144 Personen aus Eiken, Kaisten, Laufenburg und Sulz, aus letzterer Gemeinde allein 25 Erwachsene und 37 Kinder. Dem Beispiel von Würenlingen und Schneisingen folgte Döttingen mit einem Schub von 90 Personen, Würenlingen selber spedierte nochmals 59, Schneisingen, Endingen und Lengnau kleinere Gruppen. In den Industriegegenden stellten Rupperswil mit 28 Erwachsenen und 42 Kindern sowie Oberentfelden mit 26 Erwachsenen und 27 Kindern die größten Kontingente.

Auch 1853 zeigte sich kein Abflachen der Welle, vielmehr war schon vor Jahresende erkennbar, daß ihr Höhepunkt erst bevorstand; aus dem Mettauertal allein wurde zum Beispiel auf den kommenden Januar die Abreise von etwa 400 Personen angekündigt¹².

¹¹ Vermutlich reisten auch immer mehr Auswanderer über New Orleans, wo aus klimatischen Gründen eine Ankunft im Winter empfohlen wurde.

¹² *Schweizerbote*, Nr. 307, 27.12.1853.

Die Auswanderung war denn 1854 auch stärker als je zuvor oder danach. 2963 Bürger, fast 1 ½ % der gesamten Bevölkerung, verließen den Kanton, um nach Amerika zu ziehen.

Noch weit erstaunlicher waren die Prozentsätze in einzelnen Regionen und Gemeinden. Der Bezirk Laufenburg, ohnehin der am wenigsten dicht besiedelte, stellte mit 797 Personen, mehr als 5% seiner Bevölkerung, das weitaus größte Kontingent. Von den rund 300 Einwohnern des Dorfes Oberhofen zogen mehr als ein Fünftel, nämlich 64, nach Amerika. Die vier benachbarten Gemeinden Etzgen, Mettau, Oberhofen und Wil zählten zusammen 236 Auswanderer, die Dörfer Frick, Gipf, Wittnau und Wölflinswil deren 247. Auch das Surbtal und Würenlingen waren wieder mit über 130 Personen beteiligt.

Mehr denn je ergriff die Bewegung aber den ganzen Kanton und die meisten Gemeinden. Die 417 Auswanderer des Bezirks Brugg zum Beispiel kamen aus 21 verschiedenen Ortschaften, die größte einzelne Gruppe – aus Bözen – zählte nur 41 Personen.

Selbst das Freiamt meldete – allerdings bescheidene – Rekordziffern; Muri mit 84, Bremgarten mit 64 Personen. Dagegen war die Welle in Baden und Zurzach bereits im Rückgang begriffen.

Insgesamt verzeichnete genau die Hälfte der aargauischen Gemeinden – 124 von 248 – Auswanderungen, aus 52 davon kamen 20 oder mehr Personen. Außerordentlich rege war die Unterstützungstätigkeit der Gemeinden; nur 13 von den 124 leisteten gar keine Beiträge, in 46 aber betrug der durchschnittliche Zuschuß mehr als 100 Franken pro Kopf. Besonders die massive Auswanderung aus dem Fricktal wurde zum guten Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Mehr als in den vorangegangenen Jahren konzentrierte sich die Auswanderung 1854 auf das Frühjahr; ein Teil der großen Schübe aus dem Fricktal fand schon im Januar statt. Im Sommer war der Höhepunkt der Welle überschritten, und sie ging nun rasch ihrem Ende entgegen.

Das Ende der Auswanderungswelle

Die Feststellung, daß die Auswanderungswelle nach den Frühjahrsmonaten 1854 rasch verebbte, gilt für alle Teile des Aargaus, außer für den Bezirk Zofingen, wo sich einige benachbarte Gemeinden noch spät zur Durchführung großer Armenschübe entschlossen. Noch Ende 1854 reisten 121 Personen aus Strengelbach ab, anfangs 1855 folgten 43 aus

Oftringen und 65 aus Brittnau; ein Viertel der Auswanderer dieses Jahres stammten aber aus der Gemeinde Niederwil – heute Rothrist –, die mit einem Aufwand von über 60 000 Franken 305 Personen nach New Orleans spedierte. Es lag nur an diesen Ausnahmeereignissen, daß die Auswanderung auch noch 1855 mit 1114 Personen ungewöhnlich stark blieb, denn in allen andern Bezirken war der Rückgang frappant. Er betrug nirgends weniger als 50% gegenüber dem Vorjahr und war am auffallendsten in Laufenburg, wo noch ganze 42 Personen auswanderten. Transporte von mehr als 40 Personen gab es außer den oben erwähnten keine mehr, und die Gemeindebeiträge wurden nicht nur seltener, sondern auch kleiner; häufig wurden nur noch Zuschüsse von 20 bis 50 Franken gewährt, um den Auswanderern den Bezug der Staatsunterstützung zu ermöglichen.

Anscheinend hatten sich nach der Flut von 1854 sowohl die «Auswanderungslust» wie die Unterstützungsbereitschaft der Gemeinden erschöpft; die besseren Ernten des Jahres 1854 und die Hoffnung auf ein Fallen der Lebensmittelpreise trugen das ihre zur Abnahme bei.

Vor allem ist deren Plötzlichkeit jedoch auf die Tatsache zurückzuführen, daß im Herbst 1854 äußerst ungünstige Nachrichten aus den Vereinigten Staaten eintrafen. Die Zeitungen berichteten vom Ausbruch einer schweren Wirtschaftskrise und warnten vor allem Mittellose dringend vor der Auswanderung zu einem so ungünstigen Zeitpunkt¹³.

Zeitweise waren die Meldungen so besorgniserregend, daß die Regierung die Einstellung aller Staatsbeiträge an arme Auswanderer erwog. Von dieser Maßnahme wurde allerdings abgesehen, als die Direktion des Innern darauf hinwies, daß die meist aus New York stammenden Meldungen wenig über die Verhältnisse im Innern der USA aussagten und daß die aargauischen Auswanderer ja gerade durch die Kopfgelder die Möglichkeit hätten, nach den günstigeren westlichen Staaten zu reisen¹⁴.

Als die Berichte aus den USA etwas optimistischer wurden, stieg die Auswanderung sofort wieder an, aber Ende 1857 verschärfte sich die Depression, und im November sistierte die Regierung die Auszahlung von Staatsunterstützungen¹⁵. Die Krise ließ die Auswanderung nicht

¹³ a. a. O., Nr. 235, 3. 10. 1853, ff.

¹⁴ StAAG, IA Nr. 5, 1855/56, Faszikel 6.

¹⁵ Regierungsratsbeschluß vom 18. 11., IA Nr. 5, 1857/58, Faszikel 51.

nur auf einen «normalen», sondern auf den tiefsten Stand seit den frühen vierziger Jahren sinken; erst von 1860 an war wieder eine leichte Zunahme zu verzeichnen.

Ebenfalls als eine Folge der nordamerikanischen Konjunkturerwicklung ist zu betrachten, daß die Südamerikaauswanderung in diesen Jahren ihre größte Bedeutung erlangte. Schon 1854 war eine beträchtliche Anzahl von Aargauern nach Brasilien gezogen, vor allem in die sogenannten Halbpachtkolonien des Großgrundbesitzers Vergueiro. Seit dessen Agent Paravicini eine aargauische Konzession besaß, erhielten auch seine Kunden Staatsbeiträge, und es wurde für die Gemeinden interessant, ihre Armen nach Brasilien zu befördern, besonders da die Rückzahlung von Vorschüssen versprochen wurde. 1855 ging bereits etwa ein Sechstel der Auswanderer nach Südamerika, und 1856 war es erstmals mehr als die Hälfte. Dann hörte man aber von argen Mißständen auf den brasilianischen Kolonien, und die Auswanderung dorthin hörte fast auf. Die Südamerikaauswanderung ist aber in mancherlei Hinsicht ein Problemkreis für sich, und es ist wohl gerechtfertigt, sie in einem eigenen Kapitel im Zusammenhang zu behandeln.

9. Charakteristiken und Hintergründe der Massenauswanderung

Das statistische Material

Früher wohl als in den meisten andern Kantonen bemühten sich die Behörden im Aargau, die Auswanderung zahlenmäßig zu erfassen. So steht für die Erforschung der Auswanderungswelle der Jahrhundertmitte ein verhältnismäßig umfangreiches Zahlenmaterial zur Verfügung, das immerhin einige wertvolle Aufschlüsse über die geographische Herkunft, die Familien-, Berufs- und Vermögensverhältnisse der Auswanderer vermittelt. Diese Informationen sollen im folgenden systematisch zusammengestellt werden, wobei zum Vergleich auch die Daten der folgenden Periode schwacher Auswanderung beigezogen werden¹⁶.

¹⁶ In gewissem Sinne gehört natürlich die große Welle selber zu den Voraussetzungen, welche die Bewegung der späteren Jahre prägten. Zur Herausarbeitung neuer Charakteristiken wäre ein Vergleich mit der Zeit vor 1845 wertvoller, doch fehlt dafür das statistische Material.

Zunächst sind jedoch einige Bemerkungen zur Herkunft und Qualität des statistischen Materials nötig.

Erste Bemühungen in den vierziger Jahren, von den Bezirksämtern im Rahmen der jährlichen Berichte genaue Angaben über die Auswanderung zu erhalten, hatten nur aus wenigen Bezirken brauchbare Daten eingebracht. Ebenso ungenau mußten die Zählungen des Polizeidepartements anhand der ausgestellten Pässe bleiben, da manche Auswanderer als Reiseziel nur das Land des Einschiffungshafens, meist Frankreich, angaben¹⁷. Die 1851 aufgenommene nachträgliche Statistik über die Auswanderung der letzten zehn Jahre schließlich war zweifellos alles andere als vollständig¹⁸. Offensichtlich begnügten sich manche Gemeindebehörden damit, nur die in ihren Akten vermerkten Auswanderungen mitzuteilen; dies waren aber meist nur die finanziell unterstützten.

Von 1852 an gelang es dann, von Gemeinden und Bezirken regelmäßige Berichte zu erhalten¹⁹. Die Angaben über die Auswanderung eines Jahres waren jeweils von den Gemeinderäten an die Bezirksämter einzureichen, wo zusammenfassende Listen erstellt wurden. Diese Erhebungsmethode war vermutlich beim damaligen Stand der Verwaltung die bestmögliche; es ist aber immerhin damit zu rechnen, daß nicht alle Gemeindebehörden gleich gewissenhaft arbeiteten.

Bis etwa 1860 wurden in den Formularen der Gemeinden alle Auswanderer mit Namen, Alter und Beruf eingetragen; leider besitzen wir aber für viele dieser Jahre, unter anderem die wichtigen 1851 und 1854, nur die zusammenfassenden Listen der Bezirksämter, die keine persönlichen Details enthalten. In späteren Jahren wurde schon von den Gemeinden nur die Gesamtzahl der Auswanderer, eingeteilt in ledige Erwachsene, verheiratete Erwachsene und Kinder, das Reiseziel (nur der Kontinent), mitgenommenes und zurückgelassenes Vermögen sowie eventuelle Unterstützungen von Gemeinde und Staat mitgeteilt.

Was die absoluten Zahlen der Auswanderer betrifft, so dürfen die Statistiken wohl als ziemlich zuverlässig gelten. Dagegen sind die nähe-

¹⁷ Vereinzelt gute Bezirksstatistiken bei Akten der Direktion des Innern, Auswanderungswesen.

¹⁸ Gedruckt im RRR pro 1851, handschriftliches Material bei Akten der Armenkommission, Auswanderungsstatistik.

¹⁹ Eingeordnet in folgenden Beständen: Akten der Armenkommission, Auswanderungsstatistik 1841/51, 1852/53, 1854/63; Akten der Direktion des Innern, Auswanderungswesen.

ren Angaben über die persönlichen Verhältnisse oft lückenhaft oder wenig vertrauenswürdig; eine spitzfindige Auswertung erscheint jedenfalls angesichts der vielen Fehlerquellen von Anfang an nicht tunlich. So sind schon die wiederholt benützten Prozentzahlen durchaus mit Vorsicht zu betrachten; bei Vergleichen über längere Perioden oder zwischen verschiedenen Regionen sollten nur wirklich signifikante Größenunterschiede berücksichtigt werden.

Wenn aber im einzelnen auch immer wieder auf Mängel und Unklarheiten der Statistik hinzuweisen ist, so muß doch ihre im ganzen ausgezeichnete Qualität anerkannt werden. Als 1867 die Bundesbehörden, einer Motion von Nationalrat Wilhelm Joos folgend, Angaben über die Auswanderung einzuziehen begannen, konnte der Aargau mit Abstand die besten Daten vorlegen, während aus den meisten Kantonen gar keine oder völlig ungenügende Auskünfte zu bekommen waren²⁰.

Die regionale Herkunft der Auswanderer

Über die Beteiligung der verschiedenen Bezirke an der Auswanderung gibt Tabelle 4 Auskunft. Die Zusammenfassung auch über längere Perioden (Tabelle 5) erschien sinnvoll, um trotz zeitlicher Verschiebungen einen vergleichenden Überblick zu ermöglichen. Daß die Auswanderungsziffern auch in Relation zur Bevölkerungszahl der betreffenden Gebiete zu setzen sind, bedarf keiner Begründung²¹.

Man kann sich mit Recht fragen, ob die Einteilung nach politischen Bezirken sinnvoll sei, da doch vor allem der Zusammenhang zwischen Auswanderung und wirtschaftlicher Struktur interessiert. Viele Daten über die Auswanderung selber oder über damit zusammenhängende Tatsachen stehen uns aber nur nach Bezirken aufgegliedert zur Verfügung, so daß eine Zuordnung nach andern Gesichtspunkten Schwierigkeiten bereitet hätte.

Wir gehen im folgenden von der oben (vgl. S. 101) begründeten Annahme aus, daß die Bezirke Aarau, Bremgarten, Kulm, Lenzburg und Zofingen als relativ stark industrialisiert gelten können, daß in Baden, Muri und Brugg die Industrie eine geringere, aber immerhin nicht zu

²⁰ *Bundesblatt*, 1867, II, Nr. 38.

²¹ Natürlich konnten dafür nur die in Abständen von zehn Jahren ermittelten offiziellen Bevölkerungsziffern benützt werden, nicht aber jährlich nachgeführte Zahlen.

vernachlässigende Rolle spielte, während Laufenburg, Rheinfelden und Zurzach nach wie vor praktisch rein agrarische Regionen waren. Nach dieser Gliederung ergeben sich folgende Anteile an der gesamten Auswanderung:

Anteil an der Auswanderung

	1851–1855		1851–1860		1861–1870		1871–1880	
	absolut	in %						
Laufenburg								
Rheinfelden, Zurzach	2559	31,9	2944	30,9	932	24,0	771	25,6
Baden, Brugg								
Muri	2095	26,1	2492	26,2	919	23,6	601	20,0
Aarau, Bremgarten								
Kulm, Lenzburg								
Zofingen	3365	42,0	4077	42,9	2038	52,4	1637	54,4

Dagegen betragen die Anteile an der Bevölkerung:

Anteil an der Bevölkerung

	1850		1870	
	absolut	in %	absolut	in %
Laufenburg				
Rheinfelden, Zurzach	42 632	21,3	39 690	20,0
Baden, Brugg, Muri	54 304	27,2	54 813	27,6
Aarau, Bremgarten, Kulm				
Lenzburg, Zofingen	102 916	51,5	104 215	52,4

Obwohl uns genauere Daten für die Zeit zwischen 1817 und 1840 fehlen, scheint es doch, daß ein Überwiegen der Auswanderung aus den landwirtschaftlichen Gebieten vor der Jahrhundertmitte die Regel war, wenn es sich dann auch in der großen Welle besonders akzentuierte. Vor einer extensiven Interpretation dieser Zahlenverhältnisse muß allein schon die Tatsache warnen, daß wir innerhalb der Gruppen beträchtliche Gegensätze finden, so zwischen Brugg und Muri oder zwischen Zofingen und Bremgarten.

Faßt man die Auswanderungsziffern über längere Perioden zusammen, so zeigt sich eine auffallend ähnliche Verteilung wie bei der ersten

Welle von 1817. Nach wie vor wurde das Freiamt von der Bewegung kaum erfaßt. Recht bedeutend war die Auswanderung aus dem Bezirk Baden und den ehemals bernischen Industriegebieten, deren Anteil zudem im Steigen begriffen war. Deutlich an der Spitze aber standen erneut die vier Jurabezirke Brugg, Laufenburg, Rheinfelden und Zurzach. Ihr Anteil an der Kantonsbevölkerung betrug 1850 nur 30,2%, trotzdem stellten sie in den folgenden Jahren (1851–1855) nicht weniger als 44,4% der Auswanderer. Bis auf vereinzelte Jahre, in denen Zofingen im Verhältnis zur Bevölkerung die stärkste Auswanderung verzeichnete, stand in dieser Hinsicht immer einer der Jurabezirke obenan.

Familienverhältnisse

Detaillierte Angaben über die Größe und Zusammensetzung der Auswandererfamilien besitzen wir leider nicht genug, um breitere Vergleiche anzustellen, dagegen führt ein sehr großer Teil der Statistiken ledige und verheiratete Erwachsene und Kinder getrennt auf. Interessant scheinen vor allem die relativen Anteile der Alleinstehenden und der Familien, die aber nicht sauber zu ermitteln sind. Um einen Annäherungswert zu erhalten, sollen die in der Statistik verzeichneten ledigen Erwachsenen betrachtet werden, obwohl damit zum vornherein ein beträchtlicher Fehler in Kauf genommen wird, da viele von ihnen ebenfalls im Familienverband reisten²².

Ein Vergleich der Zahlen für die Jahre 1852 bis 1879 ergibt sehr eindeutige Resultate²³:

	Ledige Erwachsene	Verheiratete Erwachsene	Kinder	Total
1852–1855	1925	1522	2660	6107
1856–1860	817	235	407	1459
1861–1865	1030	309	403	1742
1866–1870	1156	385	519	2060
1871–1875	676	318	443	1437
1876–1879	399	181	197	777

²² Gewöhnlich wurden Jugendliche über 16 Jahre als Erwachsene gezählt, also oft mehrere Kinder großer Familien.

²³ Für das Jahr 1851 sind keine aufgedichteten Angaben erhältlich; 1880 wurde ausgelassen, weil dieses Jahr bereits im Zeichen einer neuen Auswanderungswelle steht.

Wir stellen also fest, daß während der großen Auswanderungswelle nicht einmal ein Drittel der Auswanderer ledige Erwachsene waren, während ihr Anteil in den folgenden Jahren auf mehr als die Hälfte anstieg. Man kann sich natürlich fragen, ob diese Entwicklung, unabhängig von der Stärke der Auswanderung, spezifisch für die zweite Hälfte des Jahrhunderts sei; die wenigen Daten aus der Zeit vor 1850 machen dies aber unwahrscheinlich. Wir besitzen aus den Jahren 1846 bis 1850 21 Jahresstatistiken einzelner Bezirke, in denen die Einteilung gegeben ist. Dabei beträgt nur in einem Fall der Anteil der ledigen Erwachsenen weniger als ein Drittel, in je zehn Fällen aber ein Drittel bis die Hälfte bzw. mehr als die Hälfte. Auch in dieser Zeit scheinen also die Familien weit weniger zu überwiegen, als auf dem Höhepunkt der Auswanderungswelle.

Wir können somit folgendes feststellen: aus der Gruppe der ledigen Erwachsenen rekrutiert sich der Großteil der geringen bis mäßigen Auswanderung zwischen 1856 und 1879, während der eigentlichen Welle aber dominieren eindeutig die verheirateten Erwachsenen und die Kinder, also auch die Familien gegenüber den Alleinstehenden.

Berufsstruktur

Sehr lückenhaft sind wir leider über die Berufe der Auswanderer informiert. Zwar finden sich zahlreiche verstreute Angaben, doch scheint es aus verschiedenen Gründen nicht ratsam, eine reine Addition dieser Einzeldaten zur Grundlage einer allgemeinen Beurteilung zu machen²⁴. Für die folgende Auswertung wurden deshalb nur Jahresstatistiken ganzer Bezirke benützt, bei denen für mehr als die Hälfte der Auswanderer eine Berufsangabe erhältlich war.

In 33 Jahresübersichten einzelner Bezirke ist dies der Fall. Aus der Zeit der stärksten Auswanderung stammen allerdings nur 9 Listen von 1852, alle übrigen Daten beziehen sich auf die Jahre 1847 bis 1850. Sie verteilen sich zudem ungleich auf die Bezirke, so daß regionale Unter-

²⁴ Es scheint vor allem nicht ausgeschlossen, daß in einzelnen Amtsbezirken nur gelernte Berufe, vor allem die in der Handwerksordnung gesetzlich geregelten, angegeben wurden, während die große Gruppe der ungelerten Landarbeiter und Tagelöhner, vielleicht sogar die eigentlichen Landwirte, unbezeichnet blieben. Eine Zählung aller verstreuten Angaben ergäbe vermutlich ein völlig einseitiges Resultat zugunsten dieser gelernten Berufe.

schiede das Resultat beeinflussen können; immerhin sind die Anteile der industrialisierten und der agrarischen Regionen etwa proportional zu denen an der gesamten Auswanderung. Wir erhalten folgende Zahlen:

Einzelnen aufgeführten Männer ²⁵ :		638
Davon beschäftigt in:		
Landwirtschaft (Landwirte und Tagelöhner)	222	
Handwerk	288	
Industrie (Heim- und Fabrikarbeiter)	41	
Andere (Handel, Verkehr, Dienstleistungen usw.)	37	
Ohne Bezeichnung	50	638

Auffallen dürften vor allem der sehr hohe Anteil der Handwerker sowie der sehr niedrige der Industriearbeiter, der keineswegs proportional zu dem der Industriebezirke ist. Leider wissen wir nicht, wie die Klassierung der Heimarbeiter mit landwirtschaftlichem Neben- oder gar Haupterwerb erfolgte. Es ist nicht auszuschließen, daß als Spinner, Weber usw. nur aufgeführt wurde, wer seinen Lebensunterhalt fast ausschließlich durch industrielle Tätigkeit erwarb. Unter den Landwirten könnten sich entsprechend viele befinden, die auf ein Subsidiäreinkommen aus Heimarbeit angewiesen waren. Andererseits ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der größte Teil der ländlichen Handwerker auch noch Landwirtschaft betrieb.

Vermögensverhältnisse

Aus den finanziellen Verhältnissen lassen sich wohl die direktesten Rückschlüsse auf die soziale Stellung der Auswanderer ziehen. Glücklicherweise sind wir darüber nicht allzu schlecht unterrichtet. Da der Kapitalabfluß zu den meistdiskutierten Nachteilen der Auswanderung gehörte, enthielten die Formulare der Auswanderungsstatistik auch Rubriken, in denen mitgenommenes und zurückgelassenes Vermögen aufzuführen waren, ebenso allfällige Unterstützungen von Staat und Gemeinden. Allerdings sind auch hier einige Fehlerquellen und Mängel der Statistik nicht zu übersehen. Bedauerlich ist vor allem, daß detaillierte Angaben über das Vermögen einzelner Personen und Familien nur für etwa zehn Jahre erhältlich sind. Gerade in den wichtigen Jahren

²⁵ Frauen und Mädchen wurden nicht berücksichtigt, weil für sie offensichtlich Berufsangaben noch viel sporadischer gegeben wurden.

1851, 1853 und 1854 wie in vielen anderen, wird jeweils nur die von allen Auswanderern einer Gemeinde gesamthaft mitgenommene Summe angegeben. Wo das gemeinsame Vermögen sehr klein ist, läßt sich wohl auf die Armut der ganzen Gruppe schließen, dagegen ist bei größeren Summen nicht festzustellen, ob sie mehreren mittelmäßig Begüterten oder einem einzelnen Reichen gehörten. Kleinere Vermögen dürften öfters aus Nachlässigkeit oder Unkenntnis nicht aufgeführt worden sein, weshalb aus dem Fehlen einer Angabe nicht ohne weiteres auf völlige Mittellosigkeit zu schließen ist. Verschiedentlich kommt es auch vor, daß in den Formularen eine bezogene Unterstützung zugleich als mitgenommenes Vermögen verbucht ist; immerhin läßt sich dies meist feststellen, und die aus diesem Irrtum entstandenen Fehler sollten nicht groß sein.

Stützen wir uns zunächst nur auf die gesicherten Detailangaben, so erhalten wir schon ein sehr eindeutiges Ergebnis:

Zahl der Vermögensangaben für einzelne Personen oder Familien:	~ 1000
Davon über 10 000 Franken:	6
5000–10 000 Franken:	21
2000–5000 Franken:	81
Alle übrigen unter 2000 Franken.	

Bei den kleineren Vermögen handelt es sich zum überwiegenden Teil nur um einige hundert Franken, also kaum mehr als die Reisekosten.

Die Sammelangaben für ganze Gemeindekongingente lassen darauf schließen, daß auch bei genauerer Erfassung der Anteil der bedeutenden Vermögen nicht größer wäre.

Sind schon unter den nachgewiesenen Besitzern eigener Mittel die wenigsten als wohlhabend zu bezeichnen, so läßt sich bei einer weit größeren Anzahl aus der Angabe bezogener Unterstützungen auf weitgehende oder völlige Mittellosigkeit schließen.

Für zwei Jahre besitzen wir dazu ausführliche Listen: 1852 wurden etwas mehr, 1855 etwas weniger als drei Viertel der namentlich aufgeführten Auswanderer aus öffentlichen Geldern unterstützt. Damit stimmt überein eine Mitteilung der Direktion des Innern, wonach auf dem Höhepunkt der Auswanderungswelle etwa drei Viertel der Auswanderer irgendwelche Beiträge bezogen hätten²⁶. Es kann als sicher gel-

²⁶ Auskunft auf eine Anfrage von Graubünden, 12.6.1854, StAAG, IA Nr.5, 1854, Faszikel 78.

ten, daß die Gemeinden höchst selten noch Unterstützung leisteten, wenn ein Auswanderungskandidat noch imstande war, die Reise selber zu bezahlen.

In den Jahren stärkster Auswanderung konnte somit nur ein geradezu verschwindend kleiner Teil der Auswanderer als einigermaßen begütert bezeichnet werden; die überwiegende Mehrheit konnte die Kosten der Übersiedlung nicht selber bestreiten. Offensichtlich war der Anteil der Unterstützten in den Jahren geringer Auswanderung etwas kleiner, er betrug sowohl 1847, also vor der großen Welle, wie auch in den Jahren danach nur etwa die Hälfte der einzeln faßbaren Personen und Familien.

Recht aufschlußreich, jedoch mit Vorsicht zu interpretieren sind die jährlichen zusammenfassenden Angaben über mitgeführtes und zurückgelassenes Vermögen sowie Unterstützungen, die in Tabelle 6 wiedergegeben sind. Sie bestätigen die durchschnittlich bescheidene finanzielle Ausstattung der Auswanderer und die große Bedeutung der kommunalen Unterstützungen. Zwar überstiegen die letzteren nur in zwei Jahren (1852 und 1854) das mitgenommene Vermögen, doch ist zu bedenken, daß bei diesem einige wenige außerordentliche Fälle die Summen und Durchschnitte stark beeinflußten. So entfielen 1855 von 139430 Franken Vermögen mehr als die Hälfte, nämlich 79939 Franken, auf die 32 Familien und einzelnen, die 1000 Franken oder mehr mitführten. Es waren 133 Auswanderer, also rund 12% des Jahrestotals, die gut 58% des Vermögens besaßen²⁷. Die Zahlen gestatten den Schluß, daß auch nach 1855 viele Auswanderer fast mittellos, die meisten jedenfalls nicht wohlhabend waren. Ebenso bestätigen sie, daß während der eigentlichen Welle das Überwiegen der «Armen» besonders deutlich war.

Dies sind im wesentlichen die Daten, die sich aus den eigentlichen Statistiken ergeben. Es ist offensichtlich, daß dieses Zahlenmaterial

²⁷ Das Jahr 1855 dient als Beispiel, weil nur für dieses aus allen Bezirken Vermögensangaben für einzelne Familien und Personen erhalten sind.

Bei den Unterstützungen ergibt sich natürlich eine ähnliche, wenn auch geringere Verfälschung der Durchschnitte aus der Tatsache, daß nicht alle Auswanderer einen Beitrag erhielten. Nimmt man als Faustregel, daß während der eigentlichen Welle zwei Drittel bis drei Viertel der Auswanderer unterstützt wurden, sonst vielleicht die Hälfte, so lag der Durchschnitt der tatsächlich ausgerichteten Zuschüsse um 30–50 bzw. um 100% über den genannten Ziffern.

allein noch kein befriedigendes Bild der großen Auswanderungswelle vermittelt. Wenn wir aber zu seiner Ergänzung die verschiedenen Äußerungen von Zeitgenossen und die zahlreichen Zeugnisse von Einzelfällen beiziehen, erkennen wir doch recht deutlich die Charakteristiken dieser Welle.

Das Bild der Auswanderer

In der Literatur wird oft – mit Stolz oder mit Bedauern – festgestellt, daß die Auswanderer aus unserem Land gewöhnlich nicht den untersten sozialen Schichten angehört hätten; nicht eigentliche Not, sondern eher ein gewisser Mangel an wirtschaftlichem Spielraum habe viele tüchtige und bemittelte Schweizer nach Amerika getrieben²⁸. Beispiele dieses Auswanderertyps sind in der Tat nicht schwer zu finden: die Familie Dufour, Gründer von Vevay in Indiana; Kaspar Köppli und seine Gefährten; die Gründer von Bernstadt oder Grütli²⁹.

Neben diesem idealen Bild finden wir aber ebenso häufig das gegensätzliche, das die Mehrheit vor allem der von den Gemeinden unterstützten Auswanderer als eine Masse von verelendeten, moralisch heruntergekommenen und hilflosen Armen darstellt, die von illusorischen Hoffnungen gezogen und von rücksichtslosen Gemeindevorstehern getrieben einem traurigen Schicksal entgegengingen³⁰.

Unsere regional begrenzte Studie kann nicht die allgemeine Gültigkeit einer dieser Darstellungen beweisen oder widerlegen, sie kann nur zu prüfen versuchen, wieweit sie auf die aargauische Auswanderung des behandelten Zeitraums zutreffen.

Vermutlich waren auch im Aargau die Auswanderungen bemittelter und angesehener Bauern- und Handwerkerfamilien nicht gerade selten;

²⁸ Vgl. z. B. EDUARD FUETER, *Die Schweiz seit 1848*, Zürich 1928, S. 152: «Unter den Auswanderern befanden sich doppelt so viele Landwirte als Angehörige anderer Berufsarten und die meisten waren Leute mit einigem Besitz.»

Siehe ferner das von Gruner übernommene Urteil des Berner Polizeidirektors Kuenzi, oben S. 144.

²⁹ Nach JACOB EGGEN, *Aufzeichnungen aus Highlands Gründungszeit*, usw., Highland 1888, erklärte dort ein Schweizer den Amerikanern, die sich über die reichliche Ausstattung neuer Ankömmlinge wunderten, es gebe in der Schweiz wohl Arme; die hier Angesiedelten seien aber gekommen, weil «die Schweiz zu wenig Ellbogenweite habe.»

³⁰ Siehe vor allem Karrer, S. 17 f., ferner HANS SCHNEIDER, *Geschichte des Schweizerischen Bundesstaates 1848–1918*, Zürich 1931, S. 796 ff.

das Bild der eigentlichen Massenauswanderung prägten aber zwei ganz andere Klassen: die alleinstehenden jungen Leute und die verarmten Familien.

Die Statistiken zeigen, daß das Verhältnis der beiden Gruppen nicht konstant war; ist das Überwiegen der ledigen Erwachsenen die Regel in den «normalen» Jahren mit mäßiger bis schwacher Auswanderung, so kennzeichnet ein hoher Anteil der Familien die eigentliche Auswanderungswelle.

Kaum verwunderlich erscheint die regelmäßige Abwanderung einer gewissen Zahl von unabhängigen und arbeitskräftigen jungen Leuten; sie dauerte auch bei relativ günstigen Verhältnissen in der Heimat an und ging nur bei Krisenmeldungen aus Amerika rasch zurück.

Die unbestreitbaren Aufstiegsmöglichkeiten, die Amerika bot, bildeten einen ständigen, durchaus realen Anreiz, und in diesem Sinne bestand ein ökonomischer Hintergrund auch für die Auswanderung aus sogenannter «Wanderlust», die gelegentlich zu einer lokalen Tradition wurde.

Die Gemeinde Küttigen etwa, bekannt für den Fleiß und die Tüchtigkeit ihrer Bürger, zahlte von 1846 bis 1880 nur 6000 Franken an Auswanderungsbeihilfen, trotzdem zogen während dieser Zeit über 300 Personen nach Amerika, mehr als zwei Drittel davon Erwachsene, die zusammen über 120 000 Franken an eigenem Vermögen mitnahmen. In Tegerfelden waren die Auswanderer im Durchschnitt etwas ärmer, aber die Gemeinde trug an die Auswanderung von insgesamt 175 Personen, worunter mehr als 130 ledige Erwachsene, nicht einmal 2000 Franken bei³¹. Zahlenmäßig fielen diese Grüppchen wenig ins Gewicht; auch der Gemeinderat von Küttigen stellte auf eine Anfrage fest, daß die allgemeine Zunahme der Auswanderung auf Mißwachs und Industriestockungen zurückzuführen sei, wenn auch aus seiner Gemeinde meist erwerbsfähige junge Leute, gewöhnlich nur aus Mutwillen, auswanderten³².

Auch für die Mehrheit der alleinstehenden Auswanderer dürfte die Ungunst der heimatlichen Verhältnisse eine wichtige Motivation ge-

³¹ Siehe Statistiken, a. a. O. Man vergleiche das mitgenommene Vermögen mit den kantonalen Durchschnitts, Tabelle 6.

³² Antwort des Gemeinderates vom 9. 8. 1883 auf eine Umfrage des Schweizerischen Handels- und Landwirtschaftsdepartementes, Akten der Direktion des Innern, Auswanderungswesen, 1881–1888.

wesen sein; vor allem die geringe Hoffnung, auch nur eine Familie unterhalten zu können, geschweige denn, zu Wohlstand zu gelangen. Jugendliche Armengenössige, Uneheliche, Kinder von eingebürgerten Landsassen oder Heimatlosen litten ohnehin unter einer eigentlichen Diskrimination³³, aber auch mancher Kleinbauernsohn konnte nur noch ein Erbe von wenigen Jucharten erwarten; mancher Heimarbeiter sah den Verdienst ständig schwinden, ohne in der langsam expandierenden Fabrikindustrie schon Arbeit zu finden; mancher Handwerker fand nach der Heimkehr von der Wanderschaft kaum Arbeit als Geselle, geschweige denn eine selbständige Existenz.

Gerade bei den Handwerksburschen kam dazu, daß ihre Bindung an die Heimat bereits gelockert war; manche kehrten denn auch von der Wanderschaft gar nicht mehr heim, sondern entschlossen sich während eines Aufenthalts in oder bei einem Seehafen, den Sprung in die neue Welt zu wagen³⁴. Daß viele der Alleinstehenden aus echter wirtschaftlicher Bedrängnis fortzogen, zeigt schon die große Zahl derer, die nicht einmal die Übersiedlung bezahlen konnten. Wenn ledige seltener unterstützt wurden als Familien, so deshalb, weil ein einzelner sich das Reise-geld doch noch eher selber ersparen konnte und deshalb oft von der Gemeinde gar keine Hilfe erwarten durfte.

Solange Not und Teuerung ausblieben, wanderten nur wenige größere Familien aus, und selbst von diesen setzten die meisten erst dann ihre letzte Hoffnung in die Auswanderung, wenn ihre eigenen Mittel dazu schon nicht mehr ausreichten. Nur selten entschloß sich ein Familienvater mit hinreichendem Verdienst oder gar mit ansehnlichem Vermögen zu einem so unsicheren Unternehmen.

Die zahlreichen Familien, die der Auswanderungswelle ihr Gepräge gaben, waren denn auch zum überwiegenden Teil arm. Reiche Auswanderer gab es in diesen Jahren kaum; auch die Minderheit mit einem Vermögen von einigen tausend Franken konnte nur zum Mittelstande ge-

³³ Noch bis 1847 hatte z. B. die Gemeinde gegen eine Verheiratung eines Mannes Einspruch erheben können, wenn er je in seiner Kindheit Unterstützungen bezogen und noch nicht zurückbezahlt hatte. Später galt das Einspruchsrecht bei Bezug von Unterstützungen nach erlangter Volljährigkeit.

³⁴ Ein Beispiel möge genügen: Samuel Suter, Mechaniker von Gränichen, war auf seiner Wanderschaft schon 1847 bis nach Warschau gelangt und schiffte sich dann 1850 in Le Havre ein. Vgl. MAX BYLAND, *Alt-Gränichen*, Bilder aus der Dorfgeschichte, Gränichen 1965.

rechnet werden³⁵, die große Mehrheit war fast oder ganz mittellos und auf die Hilfe der Gemeinden und des Staates angewiesen.

Dazu ist nun allerdings mit allem Nachdruck anzumerken, daß unsere Statistiken und auch viele verbale Quellen nur die finanzielle Lage der Auswanderer im Zeitpunkt ihrer Abreise festhalten. Vieles deutet darauf hin, daß die meisten der armen Familien nicht etwa dauernd der Unterstützung bedurft hatten, sondern daß Krisen und Teuerung erst in jüngster Zeit zu ihrer Verarmung geführt hatten. Die Tatsache, daß sowohl zeitgenössische Beobachter wie spätere Darsteller häufig den grundlegenden Unterschied zwischen eigentlichen «Pauperes» und Opfern der Krise außer acht lassen, hat viel zum düsteren Bild von der Armenausrwanderung beigetragen. Wir werden auf diese Frage im Zusammenhang mit der Beurteilung der Auswanderungsförderung zurückkommen müssen.

Aus der Armut der Auswanderer ergibt sich immerhin, daß für das Verständnis der großen Welle die Erforschung individueller Auswanderungsmotive nicht genügt, denn der Entschluß des Armen zur Auswanderung hing oft genug weniger von seinem eigenen Willen als von der Unterstützungsbereitschaft der Gemeinde ab.

Die entscheidenden Voraussetzungen für die Massenauswanderung sind deshalb in der wirtschaftlichen Lage der dörflichen Gemeinschaften und in der Beurteilung dieser Lage durch Bürger und Behörden zu suchen.

Auch der öffentlichen Diskussion der Auswanderungsfrage muß einiges Gewicht beigemessen werden. So abstrakt und theoretisch die Traktate über Armennot und Auswanderung uns häufig scheinen mögen; im Hinblick auf die aargauischen Verhältnisse müssen wir zugestehen, daß hier erst die Auswanderungsförderung als sozialpolitische Maßnahme, als Mittel der «Armenpflege», die Massenauswanderung ermöglicht hat.

Andererseits ist allerdings offensichtlich, daß die Praxis der Auswanderungsförderung mit den großen Projekten der Kolonisationstheoretiker

³⁵ Bronner schrieb 1844 über den Vermögensstand der Aargauer: «Nur einigen der großen Fabrikanten schreibt man ein Vermögen von 100 000 Franken und mehr zu. Ein Hausvater, der 60 000 Franken besitzt, wird zu den Reichen gezählt.»

Nicht einer der von der Statistik erfaßten Auswanderer besaß auch nur ein Drittel dieser Summe! Immerhin spricht der Bezirksamtmann von Rheinfelden einmal vom «glücklichen Mittelstand mit Vermögen von 2000 Franken und mehr», StAAG, IA Nr. 14, Amtsberichte, 1832.

wenig gemein hatte. Den Armenschüben lag gewöhnlich die einfache Rechnung zugrunde, die Pfarrer Linder in seiner Schrift aufgestellt hatte: Verzinsung und Amortisation des Kapitals, das eine arme Familie zur Bestreitung der Reisekosten brauchte, konnten billiger zu stehen kommen als jährliche Beiträge an ihren Lebensunterhalt³⁶.

Leider bleibt es uns meist versagt, die Entstehung der großen Auswanderungspläne im einzelnen zu verfolgen. Wer den Gedanken zur Diskussion stellte, wie er sich durchsetzte, welche Einwände dagegen erhoben wurden, all dies spiegelt sich nur sehr unvollkommen in den amtlichen Akten. Auch Auswanderungspolitik wurde sicher zum guten Teil am Wirtshaustisch gemacht, und selbst von den entscheidenden Gemeindeversammlungen vermitteln uns die trockenen Protokolle oft nur ein lückenhaftes Bild.

Trotzdem erfassen wir wohl am besten den Charakter und die Hintergründe der Auswanderungswelle, wenn wir die Geschichte der wichtigeren Armenschübe etwas näher betrachten.

Die Armenschübe

Zunächst ist festzuhalten, daß die Organisation eigentlicher Armenschübe zwar die spektakulärste und vielleicht für die Welle 1851–1855 auch bezeichnendste Form der Auswanderungsförderung, keineswegs aber die einzige oder auch nur die verbreitetste war. Sehr viel häufiger war die Praxis, von Fall zu Fall bedürftigen Familien oder auch einzelnen Beiträge zu gewähren; auch sie konnte bei großzügiger und anhaltender Übung eine recht bedeutende Auswanderung im Gange halten. Die Gemeinde Oberentfelden zum Beispiel verzeichnete in den 10 Jahren von 1850 bis 1859 gegen 200 Auswanderungen, weil sie praktisch immer, wenn eine arme, die Gemeindekasse belastende Familie sich zur Auswanderung bereitfand, die Kosten übernahm. Gelegentlich wurde dem Entschluß durch Überredung oder Druck etwas nachgeholfen; in einem Falle erwarb sich sogar ein Niedergelassener das Bürgerrecht der Gemeinde, indem er einer armen Familie die Auswanderung bezahlte³⁷.

Von Zofingen reisten schon vor Beginn der Auswanderungswelle auffallend große Gruppen auf Kosten der Stadt nach Amerika, auch hier

³⁶ Siehe oben S. 146.

³⁷ GAr Oberentfelden, GVP, 23.2.1854.

wurde die Unterstützung von Fall zu Fall bewilligt³⁸. Oft besorgte die Gemeinde bereits die Organisation des Transports; sie ließ sich von einer Agentur Offerte stellen und schloß für die Unterstützten einen Reisevertrag, jedoch wurde gewöhnlich für jede einzelne Familie oder allenfalls für kleinere Gruppen gemeinsam akkordiert, und die Leute reisten auch meist getrennt.

Charakteristisch für die Jahre nach 1850 wird dann die gemeinsame «Spedition» größerer Verbände, wobei die Initiative öfters nicht von den Auswanderern selbst, sondern von den Behörden oder andern Bürgern ausging.

Ein frühes Beispiel gab 1850 die Gemeinde Wittnau im oberen Fricktal. Nachdem bereits im Februar die Gemeindeversammlung einen Beitrag an die Reisekosten eines unbemittelten Jugendlichen bewilligt hatte, beschloß der Gemeinderat am 10. Juni, 24 ausgewählte Bürger aufzubieten,

«... um sich zu besprechen, ob es nicht vortheilhaft für die Gemeinde & einige betreffende arme Bürger wäre, die sich ihr Auskommen hier nicht finden sondern der Gemeinde zur Last fallen, wenn ihnen auf ihr Verlangen die Transportkosten nach Amerika von Seite der Gemeinde vergütet würden.»³⁹

Die Versammlung beschloß dann, alle Armen, denen die Gemeinde den Hauszins bezahlte, anzufragen, ob sie nicht auswandern wollten; die Behörde würde versuchen, von den Bürgern die Bezahlung der Reise zu erwirken. Fünf Familienväter und ein Alleinstehender erklärten sich einverstanden, und es wurde der Gemeinde beantragt, für sie eine Auslage von 2200 Franken zu bewilligen. Die Gemeindevorsteher gestanden zu,

«Es sei freilich für die Gemeinde hart der Kosten wegen, allein, wenn man die jährlichen Unterstützungen rechne, & noch darzu daß sich diese Leute vermehren & zu gar nichts kommen, so sei denselben doch für sie & ihre Nachkommen ein besseres Los eröffnet.»⁴⁰

Die Gemeinde ließ sich überzeugen; ein Bürger beantragte sogar, die noch nicht beteiligten Armen zwischen Auswanderung und Einsperrung

³⁸ GAR Zofingen, GRP, 1845 ff., passim.

³⁹ GAR Wittnau, GRP, 10.6.1850. Das Vorgehen illustriert übrigens vorzüglich den Einfluß eines relativ kleinen Kreises angesehener Männer; mit der Zustimmung dieser ausgewählten Bürger war die Genehmigung eines Antrags durch die Gemeindeversammlung so gut wie gesichert.

⁴⁰ a. a. O., GVP, 23.6.1850.

in ein Armenhaus wählen zu lassen. Dieser Antrag drang nicht durch, aber immerhin meldeten sich einige Tage später noch weitere Interessenten, so daß die Gemeinde schließlich 3400 Franken an Auswanderungskosten aufzuwenden hatte.

Im folgenden Jahr, 1851, kam es erstmals zu einer größeren Zahl von Armenschüben. Wiederum gaben zum Teil Einzelfälle den Anstoß.

In Scherz ersuchte ein verkostgeldeter Knabe den Gemeinderat, ihm entweder eine Schusterlehre oder die Fahrt nach Amerika zu bezahlen. Die mit der Sache betraute «Kommission für Heiratssachen» fand die Beihilfe zur Auswanderung vorteilhafter und nannte gleich noch weitere mögliche Kandidaten. Die Gemeindeversammlung verschloß sich ihrer Argumentation nicht:

«In Betracht, daß diese und andere Familien die Armenguts- und Gemeinskasse sehr in Anspruch nehmen, sie in einigen Jahren sich bedenklich vermehren und dem Wald durch die Auswanderung einige Holzgaben erspart würden, so wird mit großer Mehrheit beschlossen, arme Familien bei solchem Unternehmen zu unterstützen, ...»⁴¹

Die Beispiele wirkten anspornend: am 14. Mai stellte der Gemeinderat von Frick fest:

«Nachdem bei der letzten Gemeindeversammlung der Wunsch ausgesprochen worden, es möchten unsere Armen, gleich jenen von andern Gemeinden ebenfalls nach Amerika auswandern, wofür ihnen geholfen werde, haben sich einstweilen gemeldet: (es folgte eine Liste von Kandidaten).»⁴²

Sechs Familien und eine alleinstehende Frau, insgesamt 42 Personen, traten schließlich die Reise an⁴³. Allerdings wurde darauf geachtet, daß die Belastung für die Kasse nicht zu groß werde. Einmal hatten die Bürger den Gemeinderat angewiesen,

«Einzelnen Personen, welche sich hier schon ihr Brot verdienen können, sei nach Umständen keine Unterstützung zu verabfolgen.»

⁴¹ GAr Scherz, GVP, 4. 3. und 23. 3. 1851; GRP 11. 3. 1851.

Die Kommission für Heiratssachen war vermutlich zuständig für die Beurteilung von Gesuchen um Eheerlaubnis (siehe Anmerkung 33) und um Bezahlung des Weibereinzugsgeldes für auswärts sich verheiratende arme Mädchen. Eine gewisse Parallele bestand tatsächlich zwischen der Auswanderungsangelegenheit und solchen Geschäften, da es auch bei diesen um die Entscheidung zwischen einer einmaligen Auslage und dauernder Unterstützung ging.

⁴² GAr Frick, GRP, 14. 5. 1851.

⁴³ a. a. O., Rechnung über die Auswanderungskosten armer Familien der Gemeinde Frick nach Amerika im Jahr 1851.

Außerdem mußten sich die Auswanderer schriftlich verpflichten,

«wenn sie je wieder zu einem Erbe oder Vermögen gelangen sollten, den Betrag der Gemeinde wieder zurückzuerstatten.»⁴⁴

Frick ließ sich seinen Armentransport bereits über 6000 Franken kosten, drei Jahre später gab es für einen zweiten das Doppelte aus⁴⁵.

Aber auch 1851 kamen schon Schübe beträchtlich größeren Formats vor. In Brittnau wurde ein Darlehen von 12 000 Franken aufgenommen, um für 42 Erwachsene und 49 Kinder die Überfahrt zu bezahlen; auch hier erfolgte die ganze Organisation bis zur Besorgung der Reisekleider durch die Behörden⁴⁶. Die Reise, vom Agenten Ruffli geleitet, verlief allerdings nicht ganz reibungslos, denn bei der Ankunft in Antwerpen war kein Schiff zur Abfahrt nach Amerika zu finden, und die ganze Schar mußte über London umgeleitet werden. Es scheint aber, daß Ruffli alle Nachteile der Verzögerung auf sich nahm und die Auswanderer trotzdem mit dem Verlauf der Reise recht zufrieden waren⁴⁷. Nach späteren Berichten fanden sie sich auch in Amerika gut zurecht und be-reuten ihr Unternehmen nicht.

Die Gemeinde Schneisingen im Bezirk Zurzach stattete insgesamt 53 Erwachsene und 48 Kinder aus, die allerdings wahrscheinlich nicht alle gemeinsam reisten. Auch hier war die Bereitschaft zu solch ungewöhnlichen Unternehmen neueren Datums, obwohl schon früher einzelne Unterstützungen verabreicht worden waren.

Noch 1848 hatte die Gemeindeversammlung für vier Geschwister einen Beitrag von je 16 Franken genehmigt, diesen Beschluß aber anderthalb Monate später wieder rückgängig gemacht,

«da vile solche Auswanderer vorhanden seien, & die Gemeinde nicht allen eine solche Beisteuer leisten könne.»⁴⁸

Schon 1849 hatte dann eine Familie ein höheres Reisegeld bekommen, und auch im Januar 1851 genehmigte die Gemeinde einen Beitrag von

⁴⁴ a. a. O., GVP, 25.5. bzw. 31.8.1851. Ähnliche Bedingungen stellten die meisten Gemeinden; sie wurden gewöhnlich nur dann wirksam, wenn dem Ausgewanderten von einem Verwandten in der Schweiz ein Erbe zufiel, von dem dann die Gemeinde direkt ihren Anteil abziehen konnte.

⁴⁵ a. a. O., Rechnung über die Auswanderungskosten usw. im Jahr 1854.

⁴⁶ GAR Brittnau, GRP, 17.4.1851.

⁴⁷ *National-Zeitung*, Nr. 165, 14.7.1851.

⁴⁸ GAR Schneisingen, GVP, 28.2.1848.

höchstens 300 Franken an die Auswanderung eines Familienvaters, der seine Familie nicht mehr ernähren konnte und zudem schon im Zuchthaus gewesen war⁴⁹. Die Initiative zu einer Großspedition ging dann von der Armenpflege aus. Sie berichtete im Februar der Gemeindeversammlung, daß insgesamt 11 Familien mit 78 Personen auszuwandern wünschten und um das nötige Reisegeld bäten. Von den 11 Familien besitze eine einzige noch etwas Vermögen; 7 seien in den letzten Jahren vergeldstagt worden und 3 dem Falliment nahe. Als Rechtfertigung für einen größeren finanziellen Aufwand wurden an zweiter Stelle auch hier die üblichen Einsparungen angeführt:

«Wenn dann ferner: die Jährliche Bürgernutzung, welche denselben von dem Gemeindewald gegeben werden muß, so wie die jährliche Unterstützungen aus dem Armengut an Hauszins, Lebensunterhalt, Lehrgeld usw. in Rechnung gebracht würde, so würde es nicht am unrechten Orte sein denselben zur Abreise zu verhelfen.»

Noch wirksamer war aber wohl der Hinweis,

«Daß im Fall diese Auswanderung vor sich ginge, die hiesige Schulpflichtige Kinderzahl sich auf höchstens 90 Reduzieren wird, so daß dann ein neuer Schulhausbau für mehrere Jahre vermieden werden könnte & eben so einen zweiten Lehrer nicht ange stellt werden müßte.»⁵⁰

Zwei Jahre später erwirkte die Armenpflege mit dem gleichen Argument noch einmal die Spedition von 19 Personen⁵¹.

Der größte Armenschub des Jahres wurde von der Gemeinde Reitnau im Bezirk Zofingen veranstaltet; er umfaßte nicht weniger als 126 Personen. Offenbar war auch hier die Initiative von den Armen selbst ausgegangen; es hieß jedenfalls, die Idee sei zuerst im Spittel diskutiert worden und habe bei den armen Familien großen Anklang gefunden⁵².

Auch der Gemeinderat stellte die Finanzierung der Auswanderung als einen Wunsch der Armen dar:

«Der Gemeinderath zeigt der Versammlung an, daß sich bei ihm circa 18 arme Familien zur Auswanderung nach den vereinigten Staaten Nordamerikas gemeldet, u. ihn um Hülfe und Unterstützung mit den zur Übersiedlung dorthin benötigten Geldmitteln ersucht haben, wobei er bemerkt, daß man in Hinsicht auf die, die Gemeinde gegenwärtig so hart drückenden Armenausgaben im Hinblick auf die in Zukunft sich stei-

⁴⁹ a. a. O., GVP, 10. 3. und 9. 4. 1849, 14. 1. 1851.

⁵⁰ a. a. O., GVP, 18. 2. 1851.

⁵¹ a. a. O., Armenpflegeprotokoll, 3. 2. 1853.

⁵² Bericht über eine Versammlung zur Besprechung von Fragen der Armenpflege in Schöftland am 13. 3. 1851, StAAG, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119a.

gernden daherigen Lasten diesem Ansuchen für jetzt die gebührende Aufmerksamkeit schenken, und, wenn immer thunlich, in dieses Gesuch eintreten sollte, indem die Andiehandnahme und Ausführung dieser Angelegenheit, sowohl der Gemeinde in Betreff der hiedurch sich vermindernden Armenlasten von Nutzen, als auch den betreffenden Auswanderungslustigen zum geistlichen und sittlichen Wohl gereichen, und sie ihre bisher gedrückte Lage, wenn guter Wille sie auch nur in geringem Grade bei ihrem Unternehmen leite, jenseits verbessern und ökonomisch sich zu erheben im Stande sein würden.»⁵³

Nachdem eine neunköpfige Kommission unbeschränkte Vollmacht zur Ausführung des Projektes erhalten hatte, meldeten sich noch weitere Kandidaten, so daß die Gesamtzahl auf 126 stieg. Da die Auswanderer wünschten, sich in Illinois niederzulassen, dachte die Behörde zunächst daran, sie der sogenannten «Schoppischen Auswanderungsgesellschaft» in Bern anzuschließen; als sich dieses Unternehmen als zu wenig seriös erwies, wurde mit Stephani, dem Vertreter der Agentur Steinmann-Drevet, die Spedition bis New Orleans vereinbart⁵⁴. Dort sollten die Auswanderer pro Kopf 20 Franken ausbezahlt erhalten und durch einen Angestellten der deutschen Gesellschaft nach St.Louis weitergeleitet werden, wo sie nochmals ein Kopfgeld von 20 Franken für die Bestreitung der ersten Niederlassungskosten erwartete. Trotz dem großen Aufwand von nahezu 19000 Franken und der sorgfältigen Vorbereitung lief das Unternehmen nicht glücklich ab, da eine große Anzahl der Reisenden auf dem Mississippi der Cholera und dem Fieber zum Opfer fiel⁵⁵.

1852 ging, wie die gesamte Auswanderung, auch die Zahl der Armenschübe etwas zurück; die größten kamen aus Kaisten und Würenlingen mit 110 bzw. 107 Personen. Nach dem Protokoll des Gemeinderates von Würenlingen hatte sich dieser noch kaum mit dem Gedanken an eine Spedition befaßt, als eine größere Zahl von Bürgern Gesuche einreichte⁵⁶. Die Bitten wurden der Gemeindeversammlung vorgelegt, welche ihre Gewährung und die Deckung der Kosten durch ein Darlehen beschloß.

Offerten gingen von den Agenten Steinmann-Drevet und Ruffi ein, der letztere forderte für die erwachsene Person 5 Franken weniger als

⁵³ Bittschrift der Armenpflege an die Kantons-Armenkommission vom 22. 2. 1851, GAR Reitnau, Missiven.

⁵⁴ Das Schoppische Unternehmen wird in der genannten Bittschrift erwähnt; siehe dazu auch Natsch, S. 99, Anmerkung 269.

⁵⁵ Genaueres dazu siehe unten S. 282.

⁵⁶ GAR Würenlingen, GRP, 26. 2. 1852.

der Basler Agent und erhielt deshalb den Zuschlag; Ende März spedierte er 61 Erwachsene und 46 Kinder über Le Havre nach New York⁵⁷.

In Kaisten kam der Gedanke an einen großen Schub noch beiläufiger auf. Zunächst hatte sich nur eine einzelne Familie um eine Beisteuer beworben und war vom Schullehrer in der üblichen Weise unterstützt worden:

«Er stehe in den Ansichten, daß man dieser Familie zur Auswanderung verhilflich sein sollen, in dem Sinn um dann wieder eine Last beseitiget zu haben, weil man schon Voraus sieht & wirklich der Zeitpunkt vorhanden, das derselbe der Gemeinde zur Last liegt, und in kurzen Jahren seine Unterstützung höher steigt als die Auswanderungskosten belaufen.»⁵⁸

In der folgenden Beratung zeigte sich aber ein Finanzierungsproblem: die Aufnahme eines Darlehens sei wegen der Schwierigkeit der Abzahlung nicht wünschbar, die Erhebung einer besonderen Steuer nicht zulässig, und für den Verkauf von Holz aus den Gemeindewaldungen würde die kantonale Forstkommision einer einzigen Familie wegen keine Bewilligung erteilen. Aus diesem Grunde stellte der Gemeinderat eine Liste von über 100 Personen auf, die auch für eine Auswanderung in Frage kamen und meinte, wenn sich davon etwa 60 bis 70 zur Reise bereitfänden, könnte man die nötigen Mittel durch einen Holzverkauf beschaffen. Tatsächlich war dann das Interesse noch größer als erwartet, es wurden nicht weniger als 58 Erwachsene und 52 Kinder spedierte. Allerdings hatte man diesem Interesse wohl auch etwas nachgeholfen; in einem Protokolleintrag vom 3.10. ist jedenfalls nicht wie üblich von «Auswanderungslustigen», sondern von den «zur Auswanderung angehaltenen» die Rede⁵⁹.

⁵⁷ a.a.O., 28./29.2., 6.3. und 23.3.1852. Weitere Details bei FRIDOLIN MEIER, *Geschichte von Würenlingen*, Würenlingen 1968, S.173 ff. Allerdings wird dort versehentlich der Transport von 1852 doppelt gezählt und einmal auf das Jahr 1851, einmal auf 1852 angesetzt.

⁵⁸ GAr Kaisten, GRP, 9.8.1852.

⁵⁹ a.a.O., GVP, 3.10.1852. Vielleicht wurde nicht gerade Zwang, jedenfalls aber einige Überredungskunst angewandt, In der Auswanderungsrechnung (a.a.O., Akten-sammlung) findet sich folgender interessanter Posten: «Zu Frick im Adler für die zwei Familien als Josef & Peter Klein in Beisein des Gemeindraths & Hrn. Amtsstatthalter Schmid in Frick um gütliche Beredung zur Auswanderung nach Amerika, welche gütliche Ermahnung nichts gefruchtet hat, Zehrungskosten bezahlt, 13,86 Franken.»

Sowohl ein Peter wie ein Josef Klein figurieren allerdings auf späteren Auswandererlisten; man fand offenbar über die gütliche Beredung hinaus wirksamere Mittel.

Die Spedition übernahm wieder Ruffi; den Wirt zum Adler in Kaisten, der sich erbötig machte, die Spedition durch die Firma Steinmann-Drevet billiger zu besorgen, unterbot er mit einem Spezialrabatt⁶⁰. Trotzdem hatte die Gemeinde über 22 000 Franken aufzuwenden, nicht nur für die Transportkosten, sondern auch für die Ausrüstung aller Beteiligten mit neuen Kleidern.

Die Gesellschaft scheint die Reise gut hinter sich gebracht zu haben; bis New York hatte sie sich sogar durch ein auf dem Segler «Uncas» geborenes Kind vermehrt⁶¹.

Das Jahr 1853 brachte wieder eine Zunahme der Armenspeditionen, allerdings erreichte keine Gruppe mehr eine Größe von über 100 Personen. Der größte einzelne Schub kam aus Döttingen und umfaßte 38 Erwachsene und 52 Kinder.

Die Behörden und die Armen selbst hatten hier schon seit längerer Zeit an eine Massenauswanderung gedacht, dagegen war wohl in der Bürgerschaft die Bereitschaft zu großen Aufwendungen weniger gesichert. Im Frühjahr 1852 hatte die Gemeindeversammlung eine Kommission eingesetzt, die prüfen sollte, ob die Angemeldeten wirklich aus wirtschaftlichen Gründen auswandern müßten, und ob die Gemeinde sich den Aufwand leisten könne⁶². Obwohl anscheinend eine größere Spedition damals bereits ernstlich erwogen wurde – die Agentur Beck & Herzog reichte bereits ungefragt eine Offerte ein⁶³ – erhielt schließlich nur eine Frau von 68 Jahren einen größeren Beitrag, um mit ihren zwei Töchtern auszuwandern, offenbar wegen des anstößigen Verhaltens der letztern⁶⁴. Immerhin wurde bereits die Regierung um die Genehmigung ersucht, einen Teil des Gemeindelandes an die Bürger zu verpachten, in der Absicht, aus den Erträgen eine eventuelle Auswanderungsschuld zu verzinsen.

Es waren vor allem die armen Bürger selber, die beharrlich darauf drängten, man möge ihnen die Auswanderung ermöglichen; dabei beriefen sie sich auf das Beispiel der Nachbargemeinden:

⁶⁰ a. a. O., GVP, 18.10.1852.

⁶¹ a. a. O., Aktensammlung, Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben; wegen im Jahr 1852 nach Nordamerika ausgewanderten Individuen aus der Gemeinde Kaisten.

⁶² GAr Döttingen, GVP, 4.4.1852.

⁶³ a. a. O., Auswanderungsrechnungen, Schreiben vom 27.3.1852.

⁶⁴ a. a. O., 20.6.1852.

«Wir gemeinen und armen Bürger von Döttingen ersuchen den Herrn Gemeind Rath und Gemeind um eine Aussteuerung nach Amerika zu reisen, wie es die Nachbars Gemeinden auch thun.»⁶⁵

Aber erst im August 1853 kam die Auswanderungsfrage wieder zur Sprache, und auch dann wurde zuerst noch einmal eine Kommission eingesetzt. Sie legte schon nach 10 Tagen in einem Bericht dar, daß die für die vorgesehene Spedition von 90 Personen nötigen Auslagen von über 16000 Franken bereits in 14 Jahren ohne besondere Opfer der Bürger zu amortisieren seien⁶⁶. Bemerkenswert ist, daß die Behörde offenbar im letzten Moment für nötig hielt, nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Wünschbarkeit, ja Notwendigkeit der Auswanderung ausführlich zu begründen.

Dies sollte geschehen durch eine Einleitung zu dem die Finanzfrage behandelnden Bericht; ihr Verfasser ist nicht bekannt, doch schien sie dem Gemeindeammann so überzeugend, daß er sie noch am Abend vor der entscheidenden Gemeindeversammlung ins reine schreiben ließ⁶⁷. Anders als im Hauptteil des Berichtes wird hier ganz die humanitäre Seite des Unternehmens betont und in bemerkenswerter Weise auch den Auswanderungskandidaten ein gutes Zeugnis ausgestellt:

«Es bedarf wohl keines Beweises, daß es unter gegenwärtigen Verhältnissen auch bei den redlichsten Anstrengungen, bei dem größten Fleiße und Arbeitsamkeit denjenigen Bürgern, welche nicht schon durch Erbschaft in einem Besitze sind, fast unmöglich ist, auch nur den nothwendigsten Lebensunterhalt sich zu gewinnen. Die Gemeinde & die ganze Umgegend ist so übervölkert, die Grundstücke sind in einem solchen hohen Preise, & das Gerathen der Lebensmittel ist so selten, daß einer, wenn er auch nur eine kleine Familie hat, nothwendig von einer Schuldenlast erdrückt wird, wenn er auch nur einigen Grundbesitz sich erkaufen will oder muß. Andere Quellen, sich redlich zu ernähren, sind aber eben in unserer Gegend keine offen. Es fehlt Gänzlich, wie jedem bekannt ist, an aller Industrie. Einer also, welcher kein Handwerk erlernt hat, und keinen Grundbesitz hat, ist also lediglich auf das sogenannte Tagelöhnern beschränkt. Das ist aber, wie jeder weiß, auch meistens nur noch auf die Sommertage beschränkt, & auch unmöglich bei größter Sparsamkeit auch nur die kleinste Familie redlich zu ernähren. Es ist also schlechterdings unmöglich, einem Familienvater, der auch nur einige Kinder hat, sich bei gegenwärtiger Arbeitslosigkeit durchzubringen, & noch viel weniger sich etwas zu erwerben, um seinen Kindern, oder sich selbst für die alten Tage

⁶⁵ a. a. O., ohne Datum, unterzeichnet von 13 Familienvätern und einzelnen, insgesamt 45 Personen vertretend.

⁶⁶ a. a. O., GVP, Einsetzung der Kommission 6. 8., Bericht 17. 8. 1853.

⁶⁷ Entwurf mit Anweisung zur Reinschrift a. a. O., Auswanderungsrechnungen. Nach der Sprache des Dokumentes darf man als Verfasser den Dorfpfarrer vermuten.

etwas zu ersparen. Die umliegenden Gemeinden, wie Schneisingen und Würenlingen sahen das schon längst ein, & halfen daher ihren Mitbürgern zu einem besseren Fortkommen jenseits des Meeres. Die Berichte, die von dort hergekommen sind lauten meistens so günstig, daß man wohl einsieht daß dort demjenigen, welcher Fleiß und Arbeitsamkeit mitbringt, dort ein gutes Auskommen eröffnet ist, & daß er dort zu einer solchen Existenz kommen kann, wie es ihm hier nicht möglich ist, wenn er Tag & Nacht arbeiten könnte. Und ich komme noch

2. an einen andern Punkt, nemlich an die Pflicht, welche namentlich den Vermöglichen obliegt, auch ihren ärmeren Mitbürgern zu ihrem Fortkommen behülflich zu sein.

Ich glaube auch hier, daß es nicht nothwendig sei, diese Pflichten lange erörtern zu müssen. Jeder weiß, daß unsere Gesetze einmal so sind, daß die Gemeinden zunächst gehalten sind einer dem andern zu helfen, & daß eine Gemeinde nur in dem Maße glücklich ist, wenn alle einzelnen Bürger derselben glücklich sind, und wenn ein Glied der Gemeinde leidet, auch die übrigen sich nicht wohl befinden können.

Gesetzt aber auch, diese Pflicht läge nicht schon von Staates wegen ob, so würde sie doch schon obliegen durch die Religion, zu der wir uns bekennen, die einander zu helfen befillt, und die uns zunächst zu einer Familie macht.»

Der Appell verfehlte seine Wirkung nicht, der Auswanderungsplan der Behörde wurde mit 110 gegen nur 9 Stimmen angenommen. Steinmann-Drevet erhielt den Auftrag für die Beförderung von insgesamt 90 Personen. Das ganze Unternehmen, samt der nötigen Ausrüstung der Armen und den verschiedenen Spesen, kam die Gemeinde auf mehr als 18000 Franken zu stehen.

1854 kam natürlich die größte Zahl von Armengruppen wieder aus dem Bezirk Laufenburg, der ja überhaupt in diesem Jahr eine beispiellose Auswanderung erlebte. Auffallend ist weniger die Größe der einzelnen Gruppen als die Tatsache, daß selbst aus kleinsten Dörfern noch relativ beträchtliche Transporte abgingen. Wil spedierte 101 Personen bei einer Bevölkerung von rund 740, Mettau 51 von knapp 400, Oberhofen 64 von rund 300 Einwohnern. Auch das größere Frick stattete nochmals einen Armenschub von 96 Personen aus. Ferner spedierten Eiken, Gipf, Herznach, Sulz, Wittnau und Wölflinswil Gruppen von 40 oder mehr Menschen.

Allerdings waren manche Auswanderer immerhin noch imstande, die Reise wenigstens teilweise selber zu finanzieren; so blieben die Unterstützungssummen in Eiken, Gipf, Herznach, Oberhofen und Sulz verhältnismäßig bescheiden. Dagegen wandte Wil über 18000 Franken auf, Mettau und Frick immerhin noch über 10000 Franken.

Auch in anderen Bezirken kam es zu Massentransporten. Im Bezirk Kulm zahlte Reinach über 15000 Franken an die Reise von 67 Perso-

nen⁶⁸. Oberkulm sandte als erste Gemeinde eine namhafte Gruppe – etwa 28 Personen – nach Brasilien. Über 10000 Franken gaben auch Hunzenschwil und Lenzburg für die Entfernung ihrer Armen aus.

Am besten von allen Armenschüben des Jahres 1854 ist uns aber einer überliefert, der gar nie zur Ausführung kam. Es handelt sich um die nur vorbereitete Auswanderung von 55 Personen aus Fisibach im Bezirk Zurzach.

Zum erstenmal vernehmen wir von diesem Projekt durch eine Bittschrift, die der Gemeinderat am 19. Januar an die Regierung richtete; darin wird die traurige Lage der Gemeinde eindringlich geschildert⁶⁹. Von 41 Bürgerfamilien waren nur noch 12 steuerfähig, 18 weitere konnten sich knapp selber erhalten; 13 Familien aber waren bereits fallit, 8 weitere immerhin unterstützungsbedürftig. Neben diesen 21 Familien fielen zwei vermögenslose Witwen und 15 Waisenkinder der Armenkasse zur Last; 9 Gebrechliche mußten abwechslungsweise von den besser gestellten Familien gepflegt werden. Nach den Schätzungen des Gemeinderates hätte die Rechnung der Schul- und Armenlasten im laufenden Jahre ein Defizit von fast 3500 Franken ergeben müssen, zu tragen von den 12 noch steuerfähigen Familien. Unter diesen Umständen hatte die Gemeinde beschlossen, von den mehr als 100 Armen etwa 60 bis 70 nach Amerika auswandern zu lassen, und sie erbat sich zu diesem Zwecke ein Darlehen sowie eine außerordentliche Staatsbesteuer. Zugleich wurde die Befürchtung geäußert, daß ohne eine solche Maßnahme binnen kurzem auch die restlichen Vermöglichen noch ausziehen würden.

Der Eindruck des Schreibens wurde allerdings korrigiert – wahrscheinlich etwas zu stark – durch den begleitenden Kommentar des Amtsstatt-

⁶⁸ Näheres bei PETER STEINER, *Reinach*, Geschichte eines Aargauer Dorfes, Reinach 1964, S. 269 ff. Wir besitzen in diesem Falle auch ein gutes Zeugnis dafür, daß beim Abschluß des Akkordes auf das Wohl der Auswanderer geachtet wurde. Am 7. 2. 1854 fragte J. J. Gautschi als Mitglied der Auswanderungskommission Konsul Wanner in Le Havre an, ob er als Spediteur eher Rufli oder die Firma Beck & Herzog empfehlen würde, «... car nous tenons principalement à cœur, que nos gens soient bien traités, et à cet égard l'opinion publique chez nous est tellement partagée, que nous ne savons pas pour le quel nous décider.» BAr 2200 Le Havre, Nr. 154. Wanner empfahl unglücklicherweise Rufli, so daß die Gemeinde in dessen Konkurs verwickelt wurde; die Spedition wurde mit einem andern Unternehmer trotzdem durchgeführt.

⁶⁹ StAAG, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 27.

halters⁷⁰. Dieser stellte trocken fest, daß eine solche Entwicklung in Fisibach habe erwartet werden müssen. Die Einwohner seien zum großen Teil «ein loses Völklein», und auch die Behörden gingen nicht mit der nötigen Energie gegen Trunk- und Spielsucht vor. Unter den Lasten der Gemeinde sei bezeichnenderweise der Unterhalt der vielen unehelichen Kinder besonders drückend. Die meisten der Armen in Fisibach riefen wohl nur deshalb so dringend nach Arbeit, weil es gerade jetzt mit Sicherheit keine gebe.

Nach dieser Darstellung könnte die Gemeinde als Beispiel dafür gelten, was man damals als Pauperismus bezeichnete: die Verarmung bis zu dem Punkt, wo Abhängigkeit und Arbeitslosigkeit zur Gewohnheit wurden. Es wäre allerdings unvorsichtig, wollte man ganz auf die Kritik des Statthalters abstellen. Gerade das Bezirksamt Zurzach gab wiederholte Zeugnisse dafür, daß es prinzipiell sachliche Auswanderungsgründe nicht anerkannte und in standhaftem Festhalten an einer Fleiß- und Sparsamkeitsideologie auch konkrete Hinweise auf echte wirtschaftliche Probleme mühelos übersehen konnte⁷¹.

Jedenfalls handelte es sich in Fisibach um einen der Fälle, in denen selbst Skeptiker geneigt waren, die Auswanderung als letztes Hilfsmittel gutzuheißen. Die Regierung erklärte sich denn auch bereit, ein Darlehen von 12000 Franken zu gewähren und den üblichen Staatsbeitrag auf 40 Franken pro Kopf zu erhöhen⁷².

Ein Reisevertrag mit Rufli wurde abgeschlossen und das Abfahrtsdatum festgesetzt. Noch vor diesem Termin aber ging Rufli in Konkurs, und die Armen von Fisibach konnten die Reise nicht einmal antreten.

Diesem Umstand verdanken wir den einzigen Bericht über das Zustandekommen eines Armenschubes aus der Sicht der Betroffenen. Die verhinderten Auswanderer richteten nämlich eine Petition an die Regierung, diese möge die Gemeindebehörden anhalten, die Wartenden ordentlich zu versorgen und die Auswanderung keinesfalls bis zum Herbst aufschieben oder gar ganz aufgeben⁷³. Dieser Bitte ging ein ausführlicher Bericht über die Vorgeschichte des Unternehmens voraus. Danach war der Gedanke an eine große Armenspedition aufgekommen, als der örtliche Badwirt eine Unteragentur für Rufli übernommen hatte.

⁷⁰ a. a. O., Gutachten des Amtsstatthalters vom 24. 1. 1854.

⁷¹ Siehe dazu auch unten S, 325 f.

⁷² Beschlüsse des Regierungsrates vom 6. 2. und 16. 3. 1854, a. a. O.

⁷³ Bittschrift vom 19. 4. 1854, StAAG, IA Nr. 5, Rufli.

Der Plan setzte sich in der Behörde und in der Ortsbürgerversammlung durch, und die Ausführung wurde einer besonderen Kommission übertragen. Diese, so führte die Petition aus, habe dann die zur Auswanderung bestimmten Personen «näher bezeichnet». Abwesende Familienväter und einige ledige, in Diensten stehende Frauen seien heimberufen worden, den letzteren habe man mit dem Entzug jeder Unterstützung gedroht, falls sie sich nicht anschließen wollten⁷⁴. Andere Kandidaten habe man durch märchenhafte Erzählungen zur Zustimmung gebracht. Tatsächlich hätten «nur einige wenige aus eigenem freiem Antrieb sich entschlossen».

Die Habe der Auswanderer, auch Werkzeuge und ähnliche unentbehrliche Dinge, sei ohne ihre Mitsprache durch die Kommission versteigert worden. Was den Reisevertrag betreffe, so hätte mit wenig höheren Kosten aber bedeutend sicherer mit Zwischenbart akkordiert werden können, doch habe man dem ansässigen Agenten Ruffis den Vorzug gegeben⁷⁵.

Man wird die Schärfe der Vorwürfe zum Teil der Enttäuschung über das Mißlingen des Plans zuschreiben müssen, doch ist immerhin offensichtlich, daß bei der Organisation des Unternehmens den Interessen und Wünschen der Auswanderer nicht immer Rechnung getragen wurde. Nun beschwerten sich die Leute darüber, daß sie während der Wartefrist nur ein klägliches Taggeld von 20 bis 40 Rappen pro Kopf und etwas Maismehl erhielten. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sei ihnen verwehrt, denn zu selbständiger Arbeit fehlten ihnen die Werkzeuge, zum Antritt einer Dienststelle aber die Ausweisschriften, die von den Behörden nicht herausgegeben würden. Auch dazu merkte später der Amtsstatthalter an, daß die Auswanderer für die Erleichterung ihrer Lage selber gar nichts täten, obwohl manche durchaus Arbeit und Brot finden könnten.

Das Projekt wurde schließlich ganz fallengelassen, weil durch den gewaltigen Andrang in diesem Sommer die Passagepreise zu hoch stiegen. Die Sitzengebliebenen wurden zum Teil provisorisch auf dem Schloß Schwarzwasserstelz untergebracht und erhielten die nötigsten Lebens-

⁷⁴ Bei ledigen Frauen mochte diese Drohung besonders wirksam sein, waren sie doch bei eventuellen Heiratsabsichten gezwungen, die Gemeinde um Bezahlung des Einzugsgeldes zu bitten!

⁷⁵ Vgl. dazu immerhin Anmerkung 68.

mittel wie auch etwas Gemeindeland und Saatgut für den Anbau von Kartoffeln⁷⁶.

Die größte Auswanderergruppe des Jahres 1854 kam aus Strengelbach im Bezirk Zofingen, wo gegen Ende des Jahres 66 Erwachsene und 55 Kinder von der Gemeinde das Reisegeld erhielten, eine Summe von fast 19000 Franken. Die Auswanderer, die in zwei Abteilungen von 75 bzw. 46 Personen reisten, führten immerhin noch gut 8000 Franken an eigenem Vermögen mit, waren also zum Teil nicht völlig mittellos. Für viele aber hatte die Gemeinde selbst die Kleider beschaffen müssen⁷⁷.

Dieses Unternehmen leitete die letzte Reihe von Schüben aus dem Bezirk Zofingen ein, während in den andern Bezirken die Auswanderungswelle schon zu Ende war. Vermutlich kamen die Speditionen aus den Nachbargemeinden Brittnau, Oftringen und Niederwil unter dem Eindruck des Beispiels von Strengelbach zustande.

Die Transporte aus Oftringen und Brittnau waren mit 53 bzw. 65 Personen vergleichsweise bescheiden, Niederwil aber schlug mit seinem Armenschub von 305 Personen alle Rekorde.

Glücklicherweise sind gerade die beiden letzten Unternehmen aktenmäßig gut belegt, so daß sie hier etwas genauer betrachtet werden können.

Es ist möglich, daß der Gemeinderat von Brittnau eine besonders ausführliche Begründung seines Vorhabens vor der Gemeinde deshalb für nötig hielt, weil bereits 1851 eine Schar von 91 Armen nach Amerika geschickt worden war. Der Gedanke an eine Wiederholung war aufgekommen, als die Nachbargemeinden ihre Transporte vorbereiteten und zudem einige Arme in Brittnau selber um Hilfe zur Reise baten. Es war der Gemeinderat, der sich zuerst mit der Idee befaßte und im Januar 1855 seine Projekte der Gemeindeversammlung vorlegte⁷⁸.

Drei Argumente wurden für den Plan angeführt: die kaum mehr tragbare Zunahme der Armenlasten, die Aussicht auf eine günstige Wirkung sowohl für die Gemeinde wie für die Auswanderer und schließlich das Vorhandensein der nötigen Mittel zur Finanzierung einer Großauswande-

⁷⁶ Schreiben des Bezirksamts Zurzach vom 26.9. und 2.10.1854, StAAG, IA Nr.5, 1854, Faszikel 100.

⁷⁷ Vgl. HEINRICH FEHR, *Geschichte der Gemeinde Strengelbach*, Strengelbach 1960, S.53 ff.

⁷⁸ GAr Brittnau, GVP, 25.1.1855, sowie Bericht und Rechnung über die Kassa-Verwaltung betreffend die Auswanderung und den Holzverkauf vom Jahr 1855.

zung. Am eindrucklichsten war zweifellos der Bericht über die Lage der Armenpflege. Bis 1844 hatte für die Versorgung der Armen jährlich nur eine halbe Steuer bezogen werden müssen; dann aber waren die Lasten rasch gewachsen⁷⁹. In den letzten drei Jahren waren jeweils vier ganze Steuern nötig gewesen, und für das begonnene Jahr erschienen nach dem Voranschlag der Behörde sechs kaum ausreichend. Gleichzeitig zeugte der Rückgang des Ertrages einer einfachen Steuer von 1420 auf 990 Franken für die Abnahme der steuerfähigen Vermögen in der Gemeinde. Von der Entfernung einer größeren Zahl von Armen erhoffte man sich in mehrfacher Hinsicht eine Besserung:

«Durch die Auswanderung hinwieder kann nun aber nicht nur die Armenzahl in wohlthuender Weise vermindert, sondern auch die infolge der unerträglichen Bürde bei Manchem verursachte Entmuthigung in neue *Ermuthigung* verwandelt und möglich gemacht werden, über die Übrigen, Zurückbleibenden eine schärfere Aufsicht halten und dem krebstartigen Zunehmen der verderbenbringenden Entsittlichung in dieser Schichte der Bevölkerung wirksamer entgegenarbeiten zu können.»

Nicht selbstverständlich ist, daß auch der Standpunkt der Betroffenen berücksichtigt wurde:

«Der Umstand, daß die Leute nach vernünftiger Berechnung in kein größeres Elend versezst, sondern gegentheils gerade Gelegenheit bekommen werden, sich eine bessere Existenz zu begründen, insofern sie hiezu Willen haben. Denn wenn auch in jüngster Zeit sehr böse Berichte aus Amerika herübergekommen sind, so trifft es nun doch eine Jahreszeit, wo die Leute, welche Alle arbeitsfähig, gewiß Arbeit und damit auch Brod genug werden finden können. Auch sei der Umstand nichts weniger als entmuthigend, daß von allen Brittnauern, so 1851 ausgewandert sind, nicht Einer schlimme Nachrichten geschickt, sondern gegentheils jeder sich glücklich gerühmt habe, daß er den Schritt gethan.»

Holzverkäufe aus dem Gemeindewald, zu amortisieren durch kleine Verzichte auf Bürgerholzgaben, sollten eine leichte Finanzierung des Unternehmens ermöglichen.

Die Gemeinde stimmte dem wohlbegründeten Projekt fast ohne Opposition zu, die Organisation wurde dem Gemeinderat anheimgestellt. Die Behördemitglieder teilten sich in die verschiedenen Aufgaben, war doch

⁷⁹ Armensteuern wurden von den Gemeinden nur erhoben, wenn die Kapitalerträge des Armengutes und gewisse laufende Einnahmen wie Bussen, Hundetaxen u. ä. nicht ausreichten. Berechnungsgrundlage war die «einfache Steuer», ein bestimmter Prozentsatz des Vermögens in Grundbesitz. Je nach Bedarf wurden im Laufe eines Jahres eine oder auch mehrere Steuern erhoben.

nicht nur die Reise selber vorzubereiten, sondern für viele Auswanderer noch Bekleidung und andere Ausrüstung anzuschaffen. Jeder der Gemeinderäte überwachte Bestellung und Anfertigung bestimmter Artikel, selbst der Pfarrvikar leistete seinen Beitrag, indem er die Beschaffung der Frauenhauben an die Hand nahm. Ein Teil der Kleidungsstücke konnte von den Mädchen der Handarbeitsschule besonders wohlfeil angefertigt werden⁸⁰.

Für den Abschluß eines Reisevertrags wurden auf den 27. Februar die Vertreter verschiedener Agenturen vor den Gemeinderat bestellt. Für Beck & Herzog erschienen die Unteragenten Hauenstein von Tegerfelden und Weber von Zofingen, für Zwilchenbart Notar Gloor von Aarau, während sich Steinmann-Drevet selber nach Brittnau bemühte. Seine Reise lohnte sich, denn er erhielt den Auftrag, und zwar nicht nur, weil er nach einigem Markten die günstigste Offerte gestellt hatte, sondern auch,

«... weil er einen günstigen moralischen Eindruck zurückgelassen, was bei den übrigen Bewerbern in Bezug auf Geschäftstüchtigkeit nicht so der Fall sei.»⁸¹

Als besonderen Vorteil erachtete es die Behörde, daß sich Steinmann-Drevet verpflichtete, die Auswanderer nicht nur über Antwerpen nach New York, sondern bis nach Rochester am Ontariosee zu bringen,

«... zumal bei den gegenwärtigen schlimmen sozialen Zuständen Nordamerikas und namentlich der Gegend um New York von der höchsten Wichtigkeit sei, daß es nicht vom Zufall oder von der wandelbaren Willkür der Leute abhängt, ob sie sofort ins Innere gelangen oder am Hafentort stecken bleiben. Denn im letzteren Fall wäre zu riskieren, daß sie im günstigsten Falle ein bitteres Elend treffen würde, vielleicht sogar, daß sie wegen ungenügender Subsistenzmittel nicht einmal ausgeschifft werden dürften, ... »⁸²

Die Wahl des Unternehmers erwies sich als glücklich, der Schlußbericht bestätigte:

«Herr Steinmann-Drevet als Spediteur der Auswanderer hat sich seiner Verpflichtungen brav entledigt. Es gebührt ihm von daher Lob.»⁸³

Für den Transport von Basel bis New York waren für Erwachsene 180 Franken zu zahlen, für die Reise nach Rochester weitere 21.20

⁸⁰ Bericht und Rechnung a. a. O.

⁸¹ a. a. O., GRP 27.2.1855.

⁸² a. a. O.

⁸³ a. a. O., Bericht und Rechnung, danach auch alles Folgende.

Franken. Für Kinder galt wie üblich ein ermäßigter Tarif. Die erste Gruppe von 39 Personen reiste am 25. März, begleitet von zwei Gemeindevorständen, auf zwei großen Leiterwagen von Brittnau ab, nachdem die Auswanderer noch ein letztes Frühstück und «zu freundlichem Abschied» ein Taschengeld erhalten hatten. Eine zweite Abteilung brach erst am 6. April auf, kam aber trotzdem zuerst, am 14. Mai, in New York an, da das Fahrzeug der ersten Gruppe unterwegs mit dem Admiralschiff der englischen Ostseeflotte kollidiert war und zur Reparatur Portsmouth hatte anlaufen müssen.

Der Schlußbericht weist aus, daß die Gemeinde für das gesamte Unternehmen 16 760.11 Franken aufzuwenden hatte.

Noch bedeutend großartiger war die etwa gleichzeitig stattfindende Auswanderung aus Niederwil.

Auch hier gab das enorme Ansteigen der Armenlasten den Anstoß. Die Statistiken des Armenhauses und die Berichte der Armenhauskommission zeigen uns die traurige Entwicklung mit aller Deutlichkeit. Die Kommission war 1852 eingesetzt worden, um die Frage zu prüfen, ob die Versorgung der Armen nicht mit der Aufhebung des Armenhauses und privater Verkostgeldung leichter und billiger erfolgen könne. Die Übersicht über die Entwicklung der Armenkosten zeigt uns, wie drastisch sich die Aufgaben der Armenpflege durch einige schlechte Jahre vermehren konnten⁸⁴. Noch 1841 hatte das Armenhaus nur 68 Insassen gezählt. In den folgenden Jahren war die Zahl gestiegen, sie bewegte sich bis 1846 zwischen 78 und 96. Im Gefolge der Mißernten und durch die Industriekrise war sie dann aber im Teuerungsjahr 1847 auf 196 emporgeschnellt! 1852 nun waren immer noch 110 Bürger aller Altersklassen im Armenhaus, wovon nur 5 als eigentlich zum Erwerb ihres Unterhalts fähig bezeichnet wurden. Der Voranschlag der Kommission ergab, daß die Versorgung der Armen bei Auflösung des Armenhauses noch teurer zu stehen gekommen wäre, als die jetzt nach Abzug des Einkommens aus der Arbeit der Leute etwa nötigen 40 Franken pro Kopf. Es wurde somit beschlossen, das Armenhaus in Betrieb zu halten und weiterhin den jährlichen Zuschuß von 4000 Franken zu leisten.

In den nächsten Jahren verschlimmerte sich die Situation drastisch. Schon im März 1854 mußte ein Darlehen von 3000 Franken aufgenom-

⁸⁴ GA Rothrist, GVP, 10.12.1852, Bericht der Armenhauskommission an die Bürgerversammlung.

men werden, um die laufenden Kosten der Anstalt zu decken⁸⁵. Der Vorschlag aber, den die Armengutsverwaltung im Januar 1855 präsentierte, zeigte eine hoffnungslose Situation⁸⁶. Die erwarteten Einnahmen lagen zwar mit 4893 Franken höher als je zuvor, die Ausgaben hätten aber mit fast 26000 Franken jedes tragbare Maß überschritten. Selbst bei Verzicht auf jede Abzahlung alter Schulden hätte das Defizit noch über 14000 Franken betragen, gegenüber etwa 4000 Franken drei Jahre zuvor! Da eine einfache Steuer von den Ansässigen 1200 Franken, von den ortsabwesenden Bürgern etwa 250 Franken einbrachte, hätten allein für die Armenkasse 10 Steuern erhoben werden müssen, für die Schule und die übrigen Aufgaben der Gemeinde waren weitere 5 erforderlich. Diesem Finanzbedarf von 15 einfachen Steuern stand die Tatsache gegenüber, daß im Vorjahr nicht einmal 8½% Steuern hatten eingetrieben werden können. Der Versuch einer Eintreibung hätte nur noch weitere Bürger ruiniert.

So beantragte der Gemeinderat, als einzige Alternative, die Verringerung der Armenzahl durch eine Großauswanderung, zu finanzieren durch ein Darlehen. Erste Vorbereitungen waren bereits getroffen: einem Aufruf waren 91 Erwachsene mit 64 Kindern gefolgt, im ganzen also 155 Freiwillige. Dies hatte jedoch den Behörden nicht genügt:

«Sodann wurden die Armenrechnungen und Unterstützungskontrollen zur Hand genommen, und von den Unterstützten, welche sich zur Auswanderung nicht gemeldet hatten, diejenigen Familien und einzelnen Personen ausgezogen, welche Arbeitsfähig sind und ihr Auskommen finden sollten.»

So waren weitere 147 Kandidaten eruiert worden. Es ist in diesem Falle offenkundig, daß der Entschluß zur Auswanderung nicht dem freien Willen der Beteiligten überlassen blieb, sondern daß die Behörde die Teilnehmer an dem Schub einfach bestimmte.

Die Kosten der Spedition wurden auf etwa 50500 Franken veranschlagt; man hoffte, sie durch Einsparungen im Armenwesen leicht amortisieren zu können. Der drängenden Zeit wegen wurde jedoch die genaue Planung der Abzahlung auf später verschoben.

Die Vorschläge des Gemeinderates fanden die Zustimmung der Versammlung, und der Behörde wurde eine Sonderkommission von 12 Bürgern zur Seite gestellt. Zwei Unterkommissionen bildeten sich, welche den Abschluß des Reisevertrages und die Beschaffung der nötigen Aus-

⁸⁵ a. a. O., 23. 3. 1854.

⁸⁶ a. a. O., 12. 1. 1855.

rüstung übernehmen sollten⁸⁷. Auf den 1. Februar wurden die Agenten zur Einreichung ihrer Offerten eingeladen. Zwilchenbart verzichtete, Steinmann-Drevet erschien mit seinem Partner Stephani, Beck & Herzog waren durch ihren Berner Agenten Hofer vertreten. Steinmann-Drevet forderte für den Transport ab Rothrist über Le Havre nach New Orleans 200 Franken für die erwachsene Person, Hofer sogar 202 Franken. Dies überstieg nun allerdings die Erwartungen der Kommission beträchtlich. Nach langem Feilschen reduzierte Steinmann-Drevet seinen Preis auf 195 Franken, wollte dafür aber nur 150 Personen übernehmen. Nach Rückfrage bei seiner Firma gewährte Hofer schließlich dieselben Bedingungen für die ganze Gesellschaft und sicherte sich damit den Auftrag⁸⁸. Am 23. Februar, einem Freitag, wurden 305 Auswanderer in Rothrist versammelt und erhielten die letzten Instruktionen für die Reise. Am folgenden Dienstag wurden sie von den Agenten abgeholt⁸⁹.

Als die Schar in Le Havre eingeschifft werden sollte, erhob zur allgemeinen Bestürzung der dortige amerikanische Konsul plötzlich Einspruch. Sein Kollege in der Schweiz, Konsul Goundie in Zürich, hatte ihn, gestützt auf Presseberichte, gewarnt, es werde eine Abschiebung völlig mittelloser Armer vorbereitet. Der Agent alarmierte die aargauische Regierung, die ihrerseits den Bundesrat und Konsul Wanner um Intervention ersuchte. Als der amerikanische Konsul erfuhr, daß jeder der Auswanderer bei der Landung in New Orleans 50 Franken ausbezahlt erhalten sollte und daß die Weiterreise der Leute zu Verwandten und Bekannten in Illinois, Missouri und Ohio bereits organisiert war, legte er der Einschiffung keine Hindernisse mehr in den Weg⁹⁰. Am 16. März verließen die Niederwiler auf dem Schiff «Globe» den Hafen. Die Reise verlief gut, nur der ledige Jakob Klöti starb während der Überfahrt⁹¹. Am 1. Mai traf das Schiff in New Orleans ein, wo die Auswanderer

⁸⁷ a. a. O., 15. 1. 1855.

⁸⁸ a. a. O., 1. 2. 1855.

⁸⁹ a. a. O., Bericht des Gemeinderates an die Gemeindeversammlung vom 2. 5. 1855.

⁹⁰ Vgl. HEINZ K. MEIER, *The United States and Switzerland in the 19th Century*, Den Haag 1963.

Es dürfte kaum zutreffen, daß die Auswanderer mehrere Wochen aufgehalten wurden; vermutlich intervenierten die schweizerischen Behörden sofort und wurde der Einspruch des Konsuls schon nach einem Tag zurückgezogen.

⁹¹ Ankunfts meldung für Schiff Globe, National Archives, Washington, Record Group No. 36, Port of New Orleans. Kopie bei Aktensammlung GAR Rothrist.

aber nach einer Meldung im *Schweizerboten* gar nicht an Land gingen. Da man Schikanen der fremdenfeindlichen Know-Nothing-Partei befürchtete, ließ ein ortsansässiger Helfer die Leute durch ein gechartertes Dampfboot direkt vom Schiff übernehmen und nach St. Louis bringen⁹².

Wie schon bei der Spedition aus Brittnau erhält man auch hier einen sehr überzeugenden Eindruck von der Leistungsfähigkeit der Auswanderungsagenturen, die so umfängliche Transporte fast reibungslos abwickelten. Auch in Niederwil bestätigte die Auswanderungskommission in ihrem Schlußbericht an die Gemeindeversammlung, daß Logis und Verpflegung auf der Reise bis Le Havre wie auch der Proviant für die Seereise über Erwarten gut und alle Beteiligten mit der Versorgung sehr zufrieden gewesen seien⁹³. Die Kosten allerdings überstiegen die Schätzungen der Behörde; die Reise allein kam auf über 52 000 Franken zu stehen, und mit den Ausrüstungskosten beliefen sich die ganzen Aufwendungen schließlich auf 61 635.27 Franken.

Mit diesem in der ganzen Schweiz wohl einzigartigen Unternehmen mag die Reihe unserer Beispiele schließen. Wir haben darin vor allem die spektakuläreren und aufwendigeren Speditionen dargestellt, deren Zahl immerhin beschränkt blieb. Man kann aber ruhig sagen, daß sowohl die Motive wie die Methoden der Durchführung bei zahlreichen kleineren Schüben durchaus ähnlich waren.

Die Bedeutung der kommunalen Auswanderungsförderung für die Entstehung der großen Welle ist kaum zu überschätzen; in ihrem Höhepunkt war diese in der Tat vor allem eine mit öffentlichen Mitteln finanzierte massenhafte Auswanderung der Armen.

Damit soll nun aber keineswegs das oben angedeutete düstere Bild der Armenauswanderung bestätigt werden. Vielmehr zeigen unsere Quellen gerade, daß dieses wesentlicher Korrekturen bedarf.

So ist zunächst zu betonen, daß auch die unterstützten Armen mehrheitlich aus freiem Willen auswanderten. Zwar ist in einzelnen Fällen offensichtlich, daß Behörden die Armen zur Auswanderung überredeten, drängten, vielleicht sogar mit Drohungen zwangen⁹⁴. Diese Fälle sind aber immerhin selten, und sie werden an Zahl bei weitem übertroffen

⁹² *Schweizerbote*, Nr. 143, 16. 6. 1855.

⁹³ GAr Rothrist, Bericht des Gemeinderats vom 2. 5. 1855.

⁹⁴ Verwiesen sei auf die Belege für Kaisten, Fisibach und Niederwil.

von jenen Armentransporten, die auf ausdrücklichen Wunsch der Beteiligten organisiert wurden⁹⁵. Unterstützte Auswanderung mit unfreiwilliger Auswanderung gleichzusetzen ist somit keineswegs statthaft.

Zu korrigieren ist sodann vor allem die Vorstellung, es seien meist hilflose, physisch und moralisch heruntergekommene «Gewohnheitsarme» abgeschoben worden. Schon gelegentliche Äußerungen der Behörden über die Arbeitsfähigkeit der Unterstützten sowie die Hinweise auf erfolgreiche Auswanderungen können nicht einfach als reine Apologetik zurückgewiesen werden⁹⁶. Aber auch grundsätzliche Überlegungen lassen ein allzu pessimistisches Urteil unhaltbar erscheinen. Wie wir wissen, nahm die Zahl der Unterstützungsbedürftigen und damit die finanzielle Bürde des Armenwesens vor und während der Auswanderungswelle beängstigend zu, und es war diese Zunahme, welche den Anlaß zur Auswanderungsförderung gab. Es handelte sich somit bei einem beträchtlichen Teil der Spedierten sozusagen um «neue» Arme, um Leute also, die sich wenigstens bis 1845, sehr oft noch länger, selber durchgebracht hatten. Die häufige Erwähnung von «Vergeldstagten» unter den Auswanderern weist darauf hin, daß viele von ihnen sogar vor kurzem noch ein bescheidenes Vermögen besessen und es erst durch die Mißernten, die Teuerung, die Industriekrise verloren hatten.

Unter dem Druck der schleichenden Strukturkrisen immer näher an den Rand der Verarmung gedrängt, waren diese Handwerker, Kleinbauern, Heimarbeiter durch die Notjahre vollends ruiniert worden.

Daß die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage Tatkraft und Arbeitswillen mancher Verarmten gelähmt hatte, ist nicht zu bezweifeln. Es wäre aber allzu harmlos, die zeitgenössischen Klagen über die Hilflosigkeit und Entsittlichung, die moralische Degeneration der Armen rundweg als objektive Feststellung zu akzeptieren. Nicht selten steckt hinter solchen empörten oder mitleidigen Urteilen ein guter Rest jener tradi-

⁹⁵ Siehe z.B. Reitnau, Schneisingen, Würenlingen, Döttingen. Auch Karrer, der im übrigen sehr pessimistisch urteilt, gesteht dies zu (S.18): «... aber es bestanden nun einmal gerade die auswanderungslustigen armen Leute hartnäckig auf dem Auswanderungsprojekt, dessen Ausführung, wie sie meinten, ‚Einige nur darum verhindern wollen, weil sie ihnen das Glück einer bessern Existenz nicht gönnen mögen.‘ Dieses Projekt war ja für sie ein herzerfrischendes Phantom geworden in der trostlosen Sandwüste der Armuth, das auch den Ärmsten, wenn es ihm einmal erschienen ist, mit neuer Hoffnung und mit – leider grundlosem – Selbstvertrauen erfüllt.»

⁹⁶ Siehe dazu vor allem Döttingen, Brittnau.

tionellen Haltung, die nur den arbeitsunfähigen «würdigen» Armen und den Arbeitsscheuen kannte, die aber das Problem strukturbedingter Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung oder Unterbezahlung nicht sah und nicht sehen wollte.

Für Vertreter dieser Anschauung war es undenkbar, daß ein Mensch, der in der Schweiz verarmt war, für ein Leben in Amerika tüchtig genug sein sollte. So hört man denn auch immer wieder im Zusammenhang mit Nachrichten von erfolgreichen Auswanderern: wäre er zu Hause gleich fleißig und sparsam gewesen, so hätte er es auch zu etwas gebracht. Tatsächlich kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß ein Teil der armen Auswanderer ohne eigene Schuld den besonderen Schwierigkeiten der letzten Jahre erlegen war und nun unter den günstigeren Bedingungen in Amerika eine neue Existenz aufzubauen hoffte. Die Behörden und Mitbürger, die ihnen die Verwirklichung ihrer Pläne ermöglichten, taten dies zum Teil in der ehrlichen Überzeugung, ihnen damit am sichersten wieder aus der Armut herauszuhelfen.

Dies schließt nicht aus, daß manche Gemeinden tatsächlich gerade die untüchtigeren und leichtsinnigeren Armen nach Amerika schickten, weil sie sich davon den größten Nutzen versprachen. Solche Beispiele haben mit den erwähnten Vorurteilen zusammen die Armenauswanderungen in Verruf gebracht. Trotz weitgehender Übereinstimmung der grundsätzlichen Probleme mußte eben nicht immer die gleiche Einstellung zur Armenfrage hinter der Auswanderungsförderung stehen.

Dies erinnert uns daran, daß diese ja ohnehin keineswegs unumstritten und keine selbstverständlich aus der wirtschaftlichen Lage sich ergebende Maßnahme war. Zwar wurden fast alle Armenschübe damit gerechtfertigt, daß der Druck der Armenlasten, das Überhandnehmen des Pauperismus, die Auswanderung fordere, ja erzwingen. Eine genauere Prüfung der Fakten zeigt aber, daß die Armennot zwar eine notwendige Voraussetzung, nicht aber eine hinreichende Ursache der Massenauswanderung war. Insbesondere weisen uns die auffallend großen regionalen Unterschiede auf diese Tatsache hin.

Gründe der regionalen Unterschiede

Wenn die Auswanderung oder mindestens die massenhafte, öffentlich geförderte Auswanderung als unmittelbare Folge einer ökonomischen Notlage gelten soll, so müßte eigentlich den enormen Unterschieden der

Auswanderungshäufigkeit und der kommunalen Unterstützungstätigkeit in verschiedenen Regionen eine ähnlich deutliche Verschiedenheit der ökonomischen Bedingungen entsprechen.

Nun hält es allerdings schwer, den Grad der Armennot in verschiedenen Teilen eines Kantons präzise und in vergleichbaren Maßen zu ermitteln. Selbst die recht lückenlos überlieferten Armenstatistiken ergeben kein zuverlässiges Bild, da ihre Daten nicht nur vom Grad der Armut, sondern fast ebenso sehr von der Hilfsbereitschaft der Behörden und Bürger abhängen⁹⁷. Einen ungefähren Eindruck von der Situation im Armenwesen können die Zahlen immerhin vermitteln, zeigen sie doch wenigstens, in welchem Maße die Begüterten durch Soziallasten beansprucht waren.

Die Daten, wie sie in den Tabellen 7 bis 11 zusammengestellt sind, zeigen nun keineswegs eine Proportionalität der Auswanderung zur Armut. Auch die Belege über außerordentliche Hilfeleistungen des Staates lassen darauf schließen, daß die an der Auswanderung überdurchschnittlich beteiligten Gebiete nicht unbedingt die ärmsten des Kantons waren⁹⁸.

Ähnliches läßt sich im engeren Rahmen der Bezirke feststellen; so zählte etwa das Bezirksamt Laufenburg von den 11 Gemeinden, die größere Armenschübe organisiert hatten, nur 3 zu den eigentlich armen, während 5 geradezu als reich galten⁹⁹. Gewiß mußten arme Gemeinden zum Teil gerade ihrer beschränkten Mittel wegen notgedrungen auf die Förderung der Auswanderung verzichten; die Gemeinden des Ruedertals etwa besaßen sicher weder flüßige Mittel noch Kredit, um ihre Armen nach Amerika zu schicken¹⁰⁰. Die Zurückhaltung ganzer Bezirke ist aber damit nicht zu erklären.

⁹⁷ So beurteilte die Armenkommission schon in ihrem Bericht pro 1826 die Bezirke mit den niedrigsten Aufwendungen für das Armenwesen nicht etwa als die am wenigsten von der Armut geplagten, sondern als die, welche für die Armen am wenigsten taten, StAAG IA Nr. 14, RRR, 1826.

⁹⁸ Siehe auch oben S. 117 ff.

⁹⁹ Als größere Schübe wurden solche von 40 und mehr Personen gewertet. Akten der Armenkommission, Armen- und Lebensmittelnoth 1853–1855. Kommentar des Bezirksamts Laufenburg zur Verteilung der verbilligten Lebensmittel, 21. 2. 1855.

¹⁰⁰ Die Gemeinden des Fricktals besaßen fast alle in ihrem Waldreichtum eine Vermögensreserve, die für solche einmalige Aufwendungen beansprucht werden konnte, auch wenn die laufenden Einkünfte gering waren. Siehe dazu etwa die Finanzierung des Schubes aus Kaisten!

Nun wäre es allerdings falsch, für die Erhellung des Zusammenhangs zwischen Armennot und Auswanderung nur die Situation einiger Jahre zu betrachten. Die massenhafte Verarmung erschien ja nicht nur als vorübergehende Folge einiger Mißjahre oder einer Industriekrise, sondern als kontinuierlicher langfristiger Prozeß, der sich in den Notjahren besonders beschleunigte. Wohl wurden Armenschübe mit der Höhe der augenblicklichen Lasten begründet, entscheidend war aber die Annahme, daß sich die Lage in naher Zukunft nicht wesentlich bessern werde. Dies ergibt sich aus Äußerungen der Gemeinde- wie der Kantonsbehörden, und schon die Finanzierungspläne implizieren diesen Pessimismus: wenn Auswanderungs- und Unterstützungskosten gegeneinander abgewogen wurden, so rechnete man offenbar nicht mit einer baldigen Verringerung der letzteren. Man darf also vermuten, daß mindestens so sehr wie die akute Not auch eine zutiefst pessimistische Beurteilung der Zukunft die Bereitschaft zur Auswanderung wie zur Auswanderungsförderung entstehen ließ.

Auf den einzelnen angewandt, mag diese These die unterschiedliche Beteiligung verschiedener Berufsgruppen verständlich machen. Industriearbeiter und besonders Fabrikarbeiter konnten bei günstiger Konjunktur und Rückgang der Lebensmittelpreise bald wieder ihren Lebensunterhalt verdienen. Der Kleinbauer oder ländliche Handwerksmeister aber, der seinen bescheidenen Besitz in den Notjahren verloren hatte, durfte kaum hoffen, das nötige Kapital zum Wiederaufbau seiner selbständigen Existenz zu ersparen, wenn mit Lohnarbeit kaum eine Familie zu unterhalten war.

Um so verlockender mußte für diese Berufsklassen die Situation in Amerika sein, wo anerkanntermaßen Landarbeiter und Handwerker gesucht und ihre Löhne hoch waren; wo sich der Tüchtige bald die Mittel zur selbständigen Niederlassung erwerben konnte.

Die im ganzen geringere Beteiligung der Industriebezirke dürfte sich teilweise aus diesen Verhältnissen erklären; auch Baden und Muri haben doch bedeutend von der rapiden Expansion der Strohindustrie profitiert, die gerade in die schlimmsten Notjahre fiel und eine etwas optimistischere Einschätzung der künftigen Verdienstmöglichkeiten zu erlauben schien¹⁰¹.

¹⁰¹ Lauchenauer, S. 89 f., nimmt eine Beziehung der Auswanderung zur Parzellierung des Grundbesitzes einerseits, zur ergänzenden Industrie andererseits an. Es ergibt

Daß die immerhin nicht eklatanten Strukturunterschiede, die sich zudem in der aktuellen Lage wenig auswirkten, für die ganze Diskrepanz zwischen der Massenauswanderung aus den Jurabezirken und der völligen Zurückhaltung des hinteren Freiamts verantwortlich sein sollen, ist allerdings nicht glaubhaft. Letztlich werden wir doch schließen müssen, daß die quantitativ faßbaren sozio-ökonomischen Faktoren gerade die größten regionalen Unterschiede nicht erklären. Auf eine im ganzen recht ähnliche Situation reagierten offenbar einzelne und Gemeinden im Fricktal ganz anders als im Freiamt.

Im Fricktal, aber auch im Bezirk Brugg, in geringerem Maße in Zurzach, hat vermutlich die Erinnerung an die starke Auswanderung von 1816/17 und die kleine Welle der dreißiger Jahre, vielleicht auch von dort herrührende engere Verbindungen zu Landsleuten in Amerika, die Entscheidung für diesen Ausweg aus der herrschenden Not erleichtert.

Im Freiamt fehlte eine solche Tradition gänzlich, und die vorherrschende konservative Mentalität dürfte nach wie vor schon die individuelle Neigung zur Auswanderung gedämpft haben.

Wichtiger war jedoch die grundsätzliche Ablehnung einer aufwendigen Sozialpolitik. Ob schuldlos Verarmten eine echte Chance gegeben oder nur die Gemeinde von lästigen Elementen befreit werden sollte: in jedem Falle erforderte die Organisation eines Armenschubes eine beachtliche Bereitschaft zur Anwendung ungewohnter, radikaler und auch kostspieliger Maßnahmen. Diese Bereitschaft war im konservativen Freiamt

sich dabei folgendes Bild: (Bezirke/Jucharten zu 36 Aren pro Besitzer, Industrie stark, mittel oder gering)

Aarau	4,99 s	Kulm	6,92 s	Rheinfelden	9,31 g
Baden	11,21 m	Laufenburg	8,48 g	Zofingen	10,22 s
Bremgarten	7,05 s	Lenzburg	6,67 s	Zurzach	9,86 g
Brugg	6,26 m	Muri	13,8 m		

Ganz befriedigen kann die Erklärung nicht; man vergleiche etwa Zurzach und Zofingen, Baden und Muri!

Die Bedeutung der Strohflechtereikonjunktur ist schwer abzuschätzen; immerhin wurde ihretwegen noch 1851 die Situation in den Bezirken Lenzburg, Muri, Kulm, Zofingen und sogar Zurzach als nicht besorgniserregend bezeichnet. Berichte der Amtsstatthalter 1847 ff., Akten der Armenkommission.

nicht gegeben, und die kommunale Auswanderungsförderung erlangte dort nie größere Bedeutung¹⁰².

Natürlich bleibt es im Grunde unbefriedigend, wenn die auffallenden Ungleichheiten mit der einfachen Feststellung von Unterschieden der Mentalität, der Einstellung zur Sozialpolitik «erklärt» werden. Der Entstehung dieser Unterschiede nachzugehen, ihre historischen Hintergründe zu erforschen, würde aber den thematischen wie den chronologischen Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen.

Die Beurteilung der Auswanderungsförderung

Mit der Feststellung, daß die Auswanderung keineswegs eine zwangsläufige Folge der ökonomischen Verhältnisse war, sondern daß es durchaus von der Denkweise der Betroffenen abhing, ob sie in der Emigration und ihrer Förderung ein Mittel gegen die Nöte der Zeit sahen, stellt sich natürlich die Frage, wer denn nun «richtig» gehandelt habe. Man mag die Legitimität solcher nachträglicher Werturteile bezweifeln; in der Diskussion pro und contra Auswanderungsförderung haben aber nicht nur Zeitgenossen, sondern auch Historiker immer wieder so engagiert Stellung bezogen, daß eine neue Studie zum Thema die Frage nicht stillschweigend vermeiden darf. Um eine theoretisch-ökonomische Abhandlung kann es hier allerdings nicht gehen, vielmehr sollen die Argumente der Auswanderungsgegner sowie die ihnen zugrunde liegenden Annahmen mit der Praxis der Auswanderungsförderung konfrontiert und daran auf ihre Stichhaltigkeit geprüft werden.

Auffallend ist, wie gegensätzlich häufig die Auswanderung als privates Unternehmen einerseits, ihre Unterstützung durch Staat und Gemeinden andererseits beurteilt werden. Erscheint die erstere vielen Betrachtern als natürliche Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse, manchen sogar

¹⁰² Eine gewisse Zurückhaltung gegenüber neuartigen Maßnahmen der Armenpflege ist in diesen Gegenden auch sonst zu konstatieren; so scheint die Zahl der Armenhäuser (mit denen man übrigens nicht sonderlich gute Erfahrungen machte) in den Bezirken Bremgarten und Muri immer klein geblieben zu sein; siehe Verzeichnis im RRR 1840. Als 1854 die Direktion des Innern bei den Bezirken über Vorschläge zur Bekämpfung der Armennot Umfrage hielt, meinte das Bezirksamt Muri, mit großer Unterstützung würden die Armen nur lässig; die Verteilung eventueller außerordentlicher Unterstützungen überlasse man ohnehin am besten privaten Vereinen. Bericht der Direktion des Innern über die Armennot, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 67.

als erfreuliche Äußerung der Vitalität und Tatkraft, so wird die letztere fast durchwegs verurteilt. Sie gilt bestenfalls als gutgemeinter aber verfehlter Versuch, die Armenfrage zu lösen; oft als billiges Ausweichen vor notwendigen sozialen Reformen, oft gar als unmenschliche Deportation lästiger Mitbürger. Auch in der vorliegenden Studie finden sich zweifellos Anhaltspunkte, die solche negative Urteile stützen, trotzdem scheint im ganzen eine differenziertere Wertung angebracht.

Unter zwei Gesichtspunkten wird die Auswanderungsförderung immer wieder kritisiert: als Unmenschlichkeit gegenüber den Betroffenen und als sozialpolitische Fehlleistung.

In allen ablehnenden und selbst in manchen mehr oder weniger verständnisvollen Kommentaren findet sich, versteckt oder ausdrücklich, die Annahme, daß staatlich oder kommunal unterstützte Auswanderer fast immer ins Unglück geraten seien¹⁰³. Sehr oft hängt diese selbstverständliche Überzeugung zusammen mit dem bereits besprochenen, kaum haltbaren Vorurteil, alle unterstützungsbedürftigen Auswanderer seien entweder leichtsinnig und untüchtig oder doch wenigstens der Arbeit entwöhnt, energie- und hilflos gewesen.

Ein konkreterer Vorwurf lautet, den Auswanderern sei jeweils nur die Fahrt bis zum nächsten amerikanischen Seehafen bezahlt worden, dort hätten sie ohne alle Mittel verkommen müssen¹⁰⁴.

Dazu ist zu sagen, daß zwar in Zeiten der Krise und Arbeitslosigkeit mancher Ankömmling ohne finanzielle Reserven in den Slums oder im Armenspital enden mochte, daß aber für gewöhnlich ein einigermaßen tüchtiger Arbeiter und erst recht ein qualifizierter Handwerker auch in New York oder dessen näherer Umgebung sein Auskommen finden konnte. Was die Aargauer im besonderen betrifft, so genügten in der Regel die überwiesenen Kopfgelder, so bescheiden sie auch waren, um die kritische erste Zeit zu überwinden oder in eine günstige Landesgegend zu reisen¹⁰⁵.

Neben den in der Literatur immer wieder zitierten Berichten über das Elend der mittellosen Auswanderer sollten einige günstigere Berichte nicht übersehen werden, die sich ebenfalls ausdrücklich auf Arme beziehen. Erinnert sei an die Äußerungen der Gemeinderäte von Brittnau

¹⁰³ So bei Karrer, aber auch noch bei Natsch, S. 108 ff.

¹⁰⁴ Natsch, a. a. O.

¹⁰⁵ Siehe oben S. 167. Daß die Kopfgelder nicht völlig ungenügend waren, zeigt immerhin die Haltung des amerikanischen Konsuls in Le Havre im Falle der Niederwiler.

und Döttingen; ein weiterer Hinweis stammt vom Präsidenten der Armenkommission, Lindenmann, der sich 1851 auf eine Auskunft von Dr. Köppli berief; danach

«... befinden sich viele Aargauer im südlichen Theile des Staates Illinois auf dem Wege zum Wohlstand, und doch sind sie seiner Zeit mit weniger Mitteln dort angelangt, als die Aargauer nun seit einem Jahre in der Regel angekommen sind.»¹⁰⁶

Jedenfalls konnten sich einzelne und Gemeinden mit Recht darauf berufen, daß mancher Auswanderer tatsächlich seine Lage verbessert habe.

Es ist deshalb nicht angebracht, den Gemeinden philanthropische Motive rundweg abzusprechen. Über den Strapazen und Gefahren der Auswanderung sollte man nicht vergessen, aus welcher Lage sie den Armen befreite. Wenn man die Schilderungen der Verhältnisse in den Armenhäusern liest, die Berichte von den kaum auszurottenden Verkostgeldungen armer Kinder durch Mindersteigerung, von der Verpflegung Gebrechlicher im Kehrgang, der Lebensweise der Armen überhaupt, so versteht man, daß manche, und sicher nicht immer die untüchtigsten, die Risiken der Auswanderung gerne eingingen¹⁰⁷.

Zugleich klingt die Empörung über die Unmenschlichkeit der Auswanderungsförderung fast heuchlerisch, wenn man bedenkt, welche Alternativen ihre Gegner anzubieten hatten. Daß tatsächlich manche Auswanderer gescheitert sind, daß manche das Leben im fremden Lande noch härter fanden als zu Hause, ist wahrscheinlich. Trotzdem sahen viele Arme in der Auswanderung nicht ein Unglück, sondern ihre letzte Hoffnung, und vielen Gemeinden kann man zugute halten, daß sie ehrlich überzeugt waren, mit den Reiseunterstützungen die bestmögliche Hilfe zu leisten; daß sie nicht nur aus Eigennutz, sondern auch aus echter Hilfsbereitschaft ihren Armen den Weg nach Amerika eröffneten.

Dies schließt nicht aus, daß die Auswanderungsförderung oft in erster Linie, oft mehr nebenbei auch zur bequemen Lösung unangenehmer Aufgaben diene. So erübrigte sich die schwierige Integration eines eingebürgerten Heimatlosen oder Landsassen mit seiner «Spedition», so ersparte sich Schneisingen mit seinem Armenschub einen Schulhausbau,

¹⁰⁶ Bericht über die Konferenz mehrerer Stände vom 26.2.1852, StAAG, IA Nr.5, 1854, Faszikel 119a.

¹⁰⁷ Siehe z.B. die alljährlichen Äußerungen zum Armenwesen in den RRR, vor allem seit 1843.

so zögerte vielleicht manche Gemeinde eine nötige Reform ihres Armenwesens hinaus.

All dies rechtfertigt noch nicht die Annahme, die Auswanderungsförderung sei in den meisten Fällen geradezu ein Verbrechen an den Betroffenen gewesen.

Komplexere Fragen wirft der Vorwurf auf, die Unterstützung der Auswanderung sei, ehrbare Absichten einmal vorausgesetzt, doch zur Linderung der Armennot eine völlig untaugliche Maßnahme gewesen.

Einzelne konkrete Einwände in diesem Sinne sind ihrerseits wenig logisch.

So wurde etwa geltend gemacht, es wanderten ja doch nicht die verarmten Unterschichten aus, sondern gerade die tüchtigeren Leute mit etwas Kapital und Willen zur Arbeit¹⁰⁸. Diese Annahme trifft schon für die spontante Auswanderung nur bedingt zu, und gerade mit der Gewährung von Unterstützungen wurde ja auch eine Selektion möglich, wie sie im Aargau bewußt vorgenommen wurde¹⁰⁹.

Gelegentlich angeführt wurde das malthusianische Argument, eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch Verknappung des Angebots an Arbeitskräften resultiere nur in einer Erhöhung der Geburtenziffer, die rasch den alten Zustand wieder herstelle¹¹⁰. Diese Meinung konnte beim damaligen Stand der Theorie vertreten werden, ist aber heute kaum mehr haltbar.

Wichtiger ist die grundsätzliche Kritik an der Haltung der Auswanderungsfreunde. Die von manchen derselben verfochtene These, die Schweiz sei absolut und endgültig übervölkert, und nur die Stabilisierung oder Reduktion der Einwohnerzahl durch forcierte Auswanderung könne eine weitere Verarmung verhindern, ist durch die Geschichte widerlegt. Für das ganze Land wie für den Kanton Aargau hat sich erwiesen, daß wirtschaftliche Expansion in Form stärkerer Industrialisierung das Armutsproblem lösen konnte.

Für die Beurteilung der Auswanderungsförderung im einzelnen Falle ist diese generelle Feststellung jedoch irrelevant, dazu müssen vielmehr

¹⁰⁸ Siehe oben S. 144.

¹⁰⁹ Die Abhängigkeit von Armenunterstützungen war bekanntlich Voraussetzung für den Empfang von Staatsbeiträgen.

¹¹⁰ Vortrag der (bernischen) Direktion des Innern, 1848, zustimmend zitiert von Natsch, a. a. O.

die örtlichen Verhältnisse betrachtet werden. Wenn etwa ein Gemeinderat in einer rein agrarischen Gegend um 1850 zum Schluß kam, seine Gemeinde sei in dem Sinne übervölkert, daß die bestehenden Verdienstmöglichkeiten auf absehbare Zeit nicht für die ganze Bevölkerung ausreichen würden, so konnte dieses Urteil durchaus zutreffen.

In einer solchen Lage gab es zwei mögliche Lösungen: eine Vermehrung der Verdienstmöglichkeiten, vornehmlich durch Industrialisierung, oder ein Bevölkerungsabfluß.

Die Industrialisierung erfolgte in manchen Gegenden rasch, in andern erst beträchtlich später, in andern gar nie. In keinem Falle aber konnte sie von einer Behörde angeordnet werden; eine Gemeinde besaß im 19. Jahrhundert kaum die bescheidensten Mittel zu ihrer Förderung.

Die Alternative zur Industrialisierung war die Auswanderung. Alle Regionen, wo jene ausblieb, haben seit 1850 an Bevölkerung eingebüßt; in anderen Gegenden setzte nach vorübergehendem Bevölkerungsrückgang das Wachstum wieder ein, als später neue Industrien entstanden¹¹¹.

Die vielfach unumgängliche Auswanderung erscheint nun allerdings bei globaler Betrachtung zum großen Teil als Binnenwanderung von Agrar- oder Heimindustrieregionen in die Zentren der aufstrebenden Fabrikindustrie. Es ist aber falsch, einen grundsätzlichen Unterschied zwischen dieser Landflucht und der überseeischen Auswanderung zu machen: beide waren nichts anderes als Bevölkerungsverschiebungen aus wirtschaftlich stagnierenden Gebieten in solche mit starkem Wachstum. Dagegen wird man einwenden, daß die Binnenwanderung immerhin weit weniger riskant, schmerzlich und kostspielig gewesen sei, als die Übersiedlung nach Amerika, vor allem aber, daß sie keinen Aufwand öffentlicher Mittel erfordert habe. Dem ist nur der eine Vorzug der überseeischen Auswanderung entgegenzuhalten, daß sie bereits um 1850 und nicht erst im letzten Viertel des Jahrhunderts möglich und erfolgversprechend war¹¹².

Auch wer es durchaus für möglich hielt, daß in 30 oder 40 Jahren alle Armen eines Dorfes in einer wenige Stunden entfernten Fabrik Arbeit und Brot finden würden, mochte es vorziehen, ihnen sogleich eine neue

¹¹¹ Siehe Tabelle 1.

¹¹² Zur Entwicklung der industriellen Verdienstmöglichkeiten in den folgenden Jahrzehnten siehe unten S. 314 ff.

Existenz in Amerika zu verschaffen. Gegen die Logik der Situation verstieß diese Entscheidung jedenfalls nicht.

Damit verbleibt die Frage, ob die Auswanderungsförderung in der Art und dem Ausmaß, wie sie praktisch geübt wurde, tatsächlich zur Lösung der sozialen Frage oder wenigstens zur Linderung der eigentlichen Armennot beigetragen hat.

Leider ist es fast unmöglich, dies mit einiger Sicherheit abzuklären. Die Entwicklung der Armenlasten im ganzen Kanton oder auch nur in einzelnen Bezirken sagt darüber nichts aus, denn selbst im Aargau war die Zahl der zur Auswanderung Unterstützten, gemessen an der Bevölkerung und am Anteil der Bedürftigen, noch sehr gering. Zudem änderten sich die Armenzahlen in den fünfziger Jahren so rasch und so stark, daß es schwierig wäre, einen Zusammenhang mit der Auswanderung nachzuweisen. Die Aufnahme und Auswertung einer detaillierten Armenstatistik, die echte Vergleiche zwischen Gemeinden mit starker und solchen mit schwacher Armenauswanderung ermöglichen könnte, war im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich¹¹³.

Zudem fragt es sich, ob die Wirkung anderer Faktoren, welche die Situation der Unterschicht in einer Gemeinde bestimmten, von möglichen Folgen der Auswanderung sauber zu trennen wären.

So können wir die Wirksamkeit der Auswanderungsförderung nur nach den Äußerungen der Zeitgenossen beurteilen, obwohl das Material dafür spärlich und nur mit Vorsicht zu benützen ist. Wohl in den meisten Fällen sind die Berichte über günstige oder nachteilige Folgen von Armenexpeditionen gefärbt vom Vorurteil des Kommentators; Gegnern wie Befürwortern gegenüber ist einiges Mißtrauen am Platz. Die Tatsache, daß manche Gemeinden mehrere Armenschübe veranstalteten, und daß auch die Kantonsregierung diese noch 1854 für wünschenswert hielt, läßt auf einige gute Erfahrungen schließen¹¹⁴.

Der Bezirksamtmann von Zofingen bezeugt für die beiden Gemeinden Reitnau und Oftringen, daß dort die Armenlasten durch die Auswande-

¹¹³ Es ist außerdem wieder daran zu erinnern, daß die Zahl der Unterstützten, die Höhe der Armenlasten usw. manchmal mehr über die Hilfsbereitschaft der Gemeinden aussagen als über die Bedürftigkeit der Armen. Zudem konnte private Wohltätigkeit, die sich nicht in den Statistiken niederschlug, Bedeutendes leisten.

¹¹⁴ Zwei größere Schübe veranstalteten z. B. Brittnau, Frick und Wittnau. Zur Haltung der Regierung siehe Bericht der Direktion des Innern über die Lebensmittelnot, oben S. 162.

rungen abgenommen hätten, dagegen schreibt er dem großen Schub aus Niederwil nur geringe Wirkung zu¹¹⁵.

Einige Andeutungen finden sich auch in einem Bericht des Bezirksamts Laufenburg über die Lage der Gemeinden¹¹⁶.

Darin heißt es von Oberhofen:

«Diese Gemeinde ist in den letzten Jahren wegen vielen Geldstagen sehr zurückgekommen, hat viele Arme zur Auswanderung nach Amerika ausgesteuert, und doch noch viele zu unterstützen, wozu Steuern erhoben werden müssen.»

Ähnliches vernehmen wir von Wyl:

«Hat zwar viele Arme nach Amerika geschickt, aber doch noch viele zu unterstützen, ...»

Günstiger waren die Resultate offenbar in Sulz:

«Hat die meisten Armen zur Auswanderung nach Amerika ausgesteuert, und bei ihrem schönen Gemeindegut und vielen wohlhabenden Bürgern kann die noch habenden wohl unterstützen.»

Dasselbe gilt für Kaisten:

«Diese Gemeinde hat eine große Anzahl Arme nach Amerika spediert und vermag nun die noch habenden bei ihrem bedeutenden Gemeindegut und vielen wohlhabenden Bürgern wohl zu unterstützen.»

Diese Äußerungen bestätigen die naheliegende Vermutung, daß verhältnismäßig reiche Gemeinden, die einen großen Teil ihrer Armen ohne langfristige Verschuldung aussteuern konnten, wohl am meisten von Armenschüben profitierten. Wo zum Beispiel durch Holzverkäufe die Kosten leicht gedeckt werden konnten, brachte eine bescheidene Reduktion der laufenden Ausgaben und der dafür nötigen Steuern bereits eine fühlbare Entlastung der Bürger¹¹⁷. Wo aber langfristige Darlehen zur Finanzierung der Schübe aufgenommen werden mußten, da empfand man die Verzinsung und Amortisation wohl um so drückender, je mehr

¹¹⁵ StAAG, IA Nr. 16, Amtsberichte, 1854 und 1856. Der 1854 festgestellte Rückgang der Armenlasten in Reitnau war allerdings nur vorübergehend, wie die Armenrechnungen im Gemeindearchiv zeigen.

¹¹⁶ Zitate nach Kommentar des Bezirksamts Laufenburg vom 21.2.1855 zur Verteilung der Lebensmittel an die Gemeinden, Akten der Armenkommission, Armen- und Lebensmittelnoth 1853–1855.

¹¹⁷ Wo die Gemeindegewaldungen besonders reich waren, konnten unter Umständen schon mit den eingesparten Bürgerholzgaben der Ausgewanderten die Auswanderungskosten verzinst und amortisiert werden.

die Armenlasten im allgemeinen zurückgingen. Allerdings ist es nicht gelungen, ausdrückliche Klagen über nachteilige Folgen von Armenexpeditionen zu finden.

Soviel läßt sich vielleicht sagen, daß sowohl glänzende Erfolge, wie auch katastrophale Mißerfolge ein stärkeres Echo hätten auslösen müssen, als wir es nachweisen können. Hätten viele Gemeinden mit Armenschüben ihre Unterstützungsprobleme gelöst, so wären weit mehr andere ihrem Beispiel gefolgt; hätte sich die Auswanderungsförderung nachteilig ausgewirkt, so wäre bestimmt die Regierung eingeschritten. Vermutlich wurden also weder die schönsten Hoffnungen der Befürworter, noch die schlimmsten Befürchtungen der Gegner in vollem Umfang bestätigt.

Die Auswanderungsförderung hat das Armenproblem nicht gelöst, dazu war schon ihr Umfang viel zu gering. Daß mit anderer Verwendung der eingesetzten Mittel durch die Gemeinden, mit besserer Erziehung der armen Kinder, zusätzlicher Berufsausbildung mancher Erwachsener, behördlich gelenkter Einführung neuer Gewerbe oder Heimindustrien usw. langfristig mehr erreicht worden wäre, ist nicht auszuschließen, aber immerhin unbewiesen.

Wir haben in unseren Ausführungen vielleicht etwas pointiert den Standpunkt der Auswanderungsfreunde verteidigt. Damit sollte nicht die Auswanderungsförderung als Ausfluß höchster sozialpolitischer Weisheit gefeiert werden; vielmehr ging es darum, die bisher fast ausschließlich vertretene Ansicht zu berichtigen, es habe sich dabei immer nur um eine Äußerung offener Brutalität, sozialer Verantwortungslosigkeit oder wirtschaftspolitischen Dilettantismus gehandelt.

Dies sollte nicht vergessen werden, wenn im folgenden noch von der unerfreulichsten Erscheinung der Auswanderungsgeschichte die Rede sein wird: von den eigentlichen Abschiebungen.

Die Abschiebungen

Über Jahrzehnte hinweg wurden die sonst freundlichen Beziehungen zwischen den Regierungen der Eidgenossenschaft und der Vereinigten Staaten getrübt durch wiederholte Kontroversen über die sogenannten Abschiebungen. Schon im Mai 1849 hatte der amerikanische Konsul in Basel, George H. Goundie, an seine Regierung geschrieben:

“ I am becoming daily more & more convinced of the necessity of Congress passing an ‘immigration law’. The open & public way in which the German & Swiss Governments send their Convicts, thieves, idlers & paupers to the UStates is an outrage upon common decency, & has a tendency of lowering the character of an American abroad. It is nothing uncommon if you see an outcast of society in the street, he is called a candidate for America – or even an ‘American’.”¹¹⁸

Auch von den seit 1853 in Bern residierenden diplomatischen Vertretern der USA wurde wiederholt der Vorwurf erhoben, die schweizerischen Kantone und Gemeinden machten sich kein Gewissen daraus, den Vereinigten Staaten ihre unerwünschten Bürger zuzuschieben.

Im folgenden soll die Haltung der aargauischen Gemeinde- und Kantonsbehörden in dieser heiklen Frage geprüft werden, doch erlaubt natürlich die Kenntnis der Verhältnisse in einem Kanton kein abschließendes Urteil über die allgemeine Berechtigung der erhobenen Vorwürfe.

Von Abschiebungen im engeren Wortsinne kann eigentlich überall dort die Rede sein, wo Auswanderer zu ihrem Unternehmen durch mehr oder weniger harten Druck gezwungen oder doch gedrängt wurden. Vermutlich waren an vielen Armenschüben auch Leute beteiligt, die in diesem Sinne abgeschoben wurden, wenn sie auch sicher nicht die Mehrheit bildeten¹¹⁹.

Wir werden jedoch den Begriff so verwenden müssen, wie er von den Amerikanern in ihren Klagen verstanden wurde. Ihnen lag wenig an den Motiven der Auswanderer, viel mehr aber an ihrer Fähigkeit, sich in Amerika mit nützlicher Arbeit durchzubringen.

Schon relativ früh, vermutlich aufgrund der Erfahrungen von 1816/17, hatten die amerikanischen Behörden Einreisebeschränkungen erlassen. Diese richteten sich zum Teil gegen die Einwanderung völlig mittelloser Personen; so hatten schon 1833 die schweizerischen Auswanderer ihre Pässe beim amerikanischen Konsuln visieren lassen, damit dieser die Auswanderung der «paupers» verhindern konnte¹²⁰. Später allerdings betonten die amerikanischen Vertreter in der Schweiz mehrfach, man wolle nicht alle Armen, sondern nur die Erwerbsunfähigen fernhalten, nur solche fielen unter den Begriff «paupers»¹²¹. Diesen gegenüber waren die

¹¹⁸ Heinz K. Meier, a. a. O., S. 107 f.

¹¹⁹ Siehe wiederum die Beispiele von Fisibach, Kaisten, Niederwil.

¹²⁰ Note von Vizekonsul Ryhiner vom 22. 2. 1833, den Ständen mitgeteilt durch Kreis schreiben des Vororts Zürich vom 25. 2., StABS, Auswanderung A, 1819–1847.

¹²¹ Siehe z. B. die Antwort des Gesandten Horace Rublee auf energische Beschwerden der aargauischen Regierung, StAAG, IA Nr. 5, 1869–1871, Faszikel 81.

Bestimmungen eindeutig: Personen, die ihres Alters oder körperlicher oder geistiger Gebrechen wegen nicht imstande waren, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, durften in den amerikanischen Häfen nicht ausgeschifft werden.

Die zum Empfang der Einwanderer getroffenen Vorkehrungen hatten immer auch den Sinn, solche hilflose Ankömmlinge schon bei Betreten des Landes abzufangen und sogleich wieder nach Europa zurückzubefördern. Ausnahmewilligungen konnten allenfalls erteilt werden, wenn die Betreffenden mit Verwandten reisten oder von solchen erwartet wurden, wenn somit für ihren Unterhalt gesorgt war.

Mehr Anlaß zu Konflikten als diese unbestreitbar gerechtfertigten Vorsichtsmaßregeln gaben die Bestimmungen gegen die Einwanderung schlecht beleumdeter Personen. So gut wie Erwerbsunfähige sollten auch Kriminelle, Dirnen, Vaganten usw. ferngehalten werden. Dies war allerdings bedeutend schwieriger, weil der Charakter der Neuankömmlinge nicht in einer kurzen Antrittsuntersuchung abgeklärt werden konnte. Es mußte weitgehend Sache der amerikanischen Vertreter in Europa sein, die Auswanderung solcher Personen entweder schon im voraus zu verhindern oder wenigstens die Hafenbehörden rechtzeitig vor ihrer Ankunft zu warnen. Vor allem waren die Amerikaner aber darauf bedacht, durch anhaltende energische Mahnungen und Proteste schon die schweizerischen Behörden zu einer entsprechenden Kontrolle zu bewegen. Selbstverständlich kamen diese dem berechtigten Wunsche nach, soweit es um den Erlaß offizieller Vorschriften und Verlautbarungen ging. Auch die aargauische Regierung versäumte nicht, den untergeordneten Amtsstellen die amerikanischen Einreisebedingungen mitzuteilen und sie zu einer entsprechenden Kontrolle der Auswanderer aufzufordern¹²².

Die Frage ist jedoch, wieweit die tatsächliche Praxis, insbesondere bei der Gewährung von Unterstützungen, der offiziellen Haltung entsprach.

Was die Spedition völlig Mittelloser betraf, so hatten sich die aargauischen Behörden in der Tat nichts vorzuwerfen, da für jeden armen Auswanderer eine Summe von 40 bis 50 Franken an das Konsulat des Destinationshafens angewiesen wurde. Wie das Einlenken des amerikanischen Konsuls im Falle der Niederwiler zeigt, erachteten auch die Amerikaner diesen Betrag für genügend zur Bestreitung des ersten Unterhalts.

¹²² Vgl. etwa eine Publikation im Amtsblatt vom 29.8.1854.

Gegenüber den Abschiebungen arbeitsunfähiger Personen nahmen die Kantonsbehörden ebenfalls eine einwandfreie Haltung ein. Es ist mir kein Fall bekannt, in dem sie die Spedition eines körperlich oder geistig Behinderten begünstigt oder auch nur wissentlich geduldet hätten. Bei der Bewerbung um das staatliche Kopfgeld war über den Gesundheitszustand und die Arbeitsfähigkeit des Anwärters Auskunft zu geben, spätestens seit Juli 1853 unter Beilegung eines ärztlichen Zeugnisses¹²³.

Auch bei der großen Mehrheit der Gemeinden darf der Wille vorausgesetzt werden, keine Hilflosen den Gefahren der Auswanderung auszusetzen. Einige Ausnahmen, besonders in Grenzfällen, dürften allerdings vorgekommen sein. So bedauerte 1854 der Bezirksamtmann von Laufenburg, daß die Maßstäbe der Ärzte bei der Beurteilung der geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit der Auswanderer nicht strenger seien¹²⁴. Einige wenige Male kam es auch zu Klagen und sogar zu Rückschiebungen. Auf eine Mahnung des Bundesrates im Februar des Jahres 1853, daß sich die Zahl der Rücktransporte auf Kosten schweizerischer Hilfsgesellschaften mehre, mußte die Regierung eine teilweise Berechtigung der Klagen anerkennen.

«Wenn auch der Wille vieler inhumaner Gemeindebehörden im Aargau unverkennbar zu Tag tritt, solche arbeitsunfähige Arme, die ihnen zur Last sind, selbst auf die Gefahr hin, daß sie dem unabwendbaren Elend in die Arme geworfen werden, zur Auswanderung zu überreden, ja sie nicht selten durch Entziehung oder Verkümmern der nöthigsten Unterstützungen zu zwingen, so ist doch bis anher dieses unmenschliche Bestreben in den meisten Fällen an dem festen widerstrebenden Willen der betreffenden selbst, theilweise auch an der Intervention der zum Schutze angerufenen Oberbehörde gescheitert und die Rückkehr armer Aargauer eine sehr seltene geblieben, so daß für einmal eingreifende Maßregeln wohl nicht für notwendig erachtet werden können.»¹²⁵

Rückkehrer seien bis jetzt nur drei zu verzeichnen; der eine davon, ein entlassener Zuchthaussträfling, habe seine Arbeitsunfähigkeit nur vorgetäuscht; der zweite, ein älterer Mann, sei von einem tüchtigen Sohn begleitet, dann aber im Stiche gelassen worden. Im dritten Falle schließlich habe der Gemeinderat die Behinderung des Mannes durch seine extreme Kurzsichtigkeit allerdings unterschätzt, immerhin sei auch er freiwillig gereist und nicht wirklich abgeschoben worden.

¹²³ Beschluß des Regierungsrats vom 6. 7. 1853, IA Nr. 5, 1853, Faszikel 67.

¹²⁴ StAAG, IA Nr. 16, Amtsberichte, 1854.

¹²⁵ StAAG IA Nr. 5, 1853, Faszikel 67.

Ebenfalls einigermaßen erfolgreich wurde 1870 der von den New Yorker Auswanderungskommissären erhobene Vorwurf abgewehrt, der Aargau befördere besonders viele Arme und Geistesschwache¹²⁶. Von sechs erwähnten Einzelfällen wurde allerdings einer stillschweigend übergangen, für die übrigen aber die Berechtigung der Klagen bestritten. Zwar leugnete die Regierung auch jetzt nicht die Neigung einiger Gemeinden zur Übertretung der Vorschriften, wies aber auf die sichernden Maßnahmen hin, so auf die Forderung des ärztlichen Zeugnisses und vor allem das Verbot für alle konzessionierten Agenten, solche zweifelhafte Expeditionen zu übernehmen. Der amerikanische Gesandte Rublee zeigte sich von dieser Antwort weitgehend befriedigt und erklärte die Vorkehrungen für genügend, sofern sie strikte genug angewandt würden.

Heimliche Abschiebungen Gebrechlicher waren vielleicht etwas häufiger, als in offiziellen Stellungnahmen zugegeben wurde; die Regierung gab sich aber doch Mühe, sie zu verhindern. Am ehesten berechtigt waren zweifellos die Beschwerden über die Abschiebung übel beleumdeter Individuen. Wohl wurden auch die diesbezüglichen amerikanischen Vorschriften amtlich bekanntgegeben und die Gewährung von Staatsbeiträgen offiziell auch von der moralischen Qualifikation des Bewerbers abhängig gemacht; die angelegten Maßstäbe waren aber noch weit flexibler als bei der Beurteilung des Gesundheitszustandes¹²⁷. So bereitet es denn keine Mühe, eine ganze Reihe von Fällen nachzuweisen, in denen Vaganten und Bettler, Trinker, Dirnen oder Mädchen mit losem Lebenswandel, kleine Diebe und selbst eigentliche Kriminelle mit oder ohne eigenen Willen nach Amerika geschickt wurden.

Kannten viele Gemeinden keine Hemmungen, ihre «Asozialen» der «Schwesterrepublik» aufzuhalsen, so war auch die Haltung der kantonalen Behörden in dieser Hinsicht bestenfalls zwiespältig. Gelegentlich finden wir allerdings, daß fehlbaren Gemeinderäten eine Rüge erteilt wurde, so etwa demjenigen von Reinach, als er einen 16jährigen Dieb statt in eine Besserungsanstalt nach Amerika beförderte¹²⁸. Einer der peinlicheren Zwischenfälle dieser Art war es, als 1881 die amerikanische Gesandtschaft sich beim Bundesrat beschwerte, daß die Gemeinde Bött-

¹²⁶ a. a. O., 1869–1871, Faszikel 81.

¹²⁷ Auf dem Formular für die Bewerbung um Staatsbeiträge mußte auch über den Leumund des Anwärters Auskunft gegeben werden. 1866 erinnerte die Direktion des Innern noch einmal speziell an diese Bestimmung. RRR 1866.

¹²⁸ StAAG, IA Nr. 5, 1872–1874, Faszikel 87.

stein zwei minderjährige Prostituierte zur Auswanderung gezwungen habe¹²⁹. Der Tatbestand konnte kaum bestritten werden, da der Gemeinderat selbst bestätigte, die Mädchen seien ihres schändlichen Lebens wegen speditiert worden. Die Regierung erteilte denn auch den Vorstehern einen Verweis und büßte den fehlbaren Agenten, erklärte aber im übrigen, da die Dirnen sofort zurückgeschickt worden seien, sei die Gemeinde mit den vergeblich bezahlten Speditionskosten genug bestraft. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in diesem Falle ohne den amerikanischen Protest niemand eingeschritten wäre, denn nicht selten leistete die Regierung ähnlichen Unternehmen sogar Vorschub. Als die Gemeinde Biberstein um einen Beitrag ersuchte zur Spedition der Anna Häuptli, die als «körperlich und moralisch von Grund auf verdorben» beschrieben wurde, auch bereits wegen Unsittlichkeit, Diebstahls und nächtlichen Umherschweifens vorbestraft war, beschloß die Regierung die Übernahme der halben Reisekosten, und zwar ausdrücklich «in Betracht daß die Häuptli eine unverbesserliche Dirne ist, die Gemeinde und den Staat sehr große Auslagen gekostet hat.»¹³⁰ Auch für die Beförderung der 17 und 19 Jahre alten Schwestern Haberstich aus Oberentfelden nach Argentinien wurden je 60 Franken bewilligt,

«Mit Rücksicht auf die große Summe der erhobenen Steuer und der großen Zahl der Armen von Ober-Entfelden, insbesondere aber wegen der Verdorbenheit der beiden Auswanderinnen ... »¹³¹

Die besten Belege für die wenig skrupulöse Haltung der Regierung finden sich in den zahlreichen Beschlüssen über die Entrichtung außerordentlicher Staatsbeiträge. Am häufigsten wurden solche Zuschüsse gewährt für die Beförderung eingebürgerter Landsassen und Heimatlosen, die im Armutsfalle von der kantonalen Armenkasse hätten unterstützt werden müssen. Manche von ihnen hatten nur der alten Vorurteile wegen Mühe, sich in eine Gemeinde einzuordnen und auf regulärem Wege ihr Brot zu verdienen¹³²; nicht selten aber wurden Gesuche von Gemeindebehörden eingereicht, die besonders auf den schlechten Leu-

¹²⁹ a. a. O., 1881, Faszikel 25.

¹³⁰ Bericht der Direktion des Innern vom 26. 10. 1853. a. a. O., 1853, Faszikel 92.

¹³¹ a. a. O., 1855/56, Faszikel 89.

¹³² So ersuchte der fahrende Kessler Wilhelm Krämer, eingebürgert in Niederwil, Bezirk Bremgarten, um Unterstützung zur Auswanderung, da er in seiner Heimatgemeinde immer nur verhöhnt und wieder vertrieben werde, a. a. O., 1853, Faszikel 6.

mund der Bewerber hinwies. Auffallend ist, wie oft dann gerade diese Qualifikation für die Gewährung eines Beitrags den Ausschlag gab. Da erhielt ein 38jähriger Schuster 160 Franken, weil er ein Taugenichts war, der den Staat schon dreimal mehr kostete als den Zins von 160 Franken¹³³; ein Beitrag ging an einen 50jährigen Witwer mit drei Kindern, der sich mit Dirnen herumtrieb und als Wunderdoktor und Zauberer bekannt war¹³⁴; 1857 erhielten zwei Knaben aus dem Bezirk Zofingen je 100 Franken an die Reisekosten, weil der eine, erst kürzlich aus der Pestalozzianstalt entlassen, nun wieder als fahrender Sänger umherzog, der andere auf dem besten Wege schien, ein Verbrecher zu werden¹³⁵.

Auch wirkliche Kriminelle wurden abgeschoben; auffallend oft waren die Empfänger besonderer Beiträge vorbestraft; so etwa ein Bürger von Oberkulm, der zwischen 1837 und 1852 nicht weniger als 6½ Jahre Kettenstrafe und ½ Jahr Zuchthaus abgesessen hatte¹³⁶. Die Gemeinde Oberentfelden kam 1853 um etwas erhöhte Beiträge ein für die Spedition von 35 Personen; sie rechtfertigte ihr Gesuch mit einem Hinweis, bei den Auswanderern handle es sich vorwiegend um Familienväter, die ihren geringen Verdienst noch vertränten, dazu «einige hoffnungsvolle Zuchthausaspiranten» sowie zwei Knaben, die wegen Diebstahls bereits eingesperrt seien. Die Abschiebung des einen derselben hatten schon vorher der Amtsstatthalter und der Sekretär der Armenkommission, also zwei kantonale Beamte, angeregt¹³⁷!

Auf Ermahnungen von seiten der Bundesbehörden erwiderte die Regierung, daß Verbrecher weder zum Zwecke der Auswanderung begnadigt noch nach Verbüßung der Strafe zur Auswanderung gezwungen würden; allenfalls erhielten Vorbestrafte einen Reisebeitrag, wie alle andern auch¹³⁸. Grundsätzlich war in der Tat die Spedition noch unbestrafter Verbrecher nicht gutgeheißen worden, obwohl im Zusammenhang mit einem konkreten Einzelfall Oberrichter Schmied von Othmarsingen 1851 im Großen Rat den Antrag gestellt hatte:

¹³³ Gesuch der Gemeinde Egliswil, April 1853, a. a. O., Faszikel 32.

¹³⁴ Dito Besenbüren, August 1853, a. a. O., Faszikel 62.

¹³⁵ Dito Vordemwald, Februar 1857, a. a. O., 1857/58, Faszikel 4.

¹³⁶ a. a. O., 1854, Faszikel 20.

¹³⁷ a. a. O., 1853, Faszikel 95.

¹³⁸ Antwort des Regierungsrates auf bundesrätliches Kreisschreiben vom 19.2.1855, a. a. O., 1855/56, Faszikel 17.

«Der Kleine Rath sei einzuladen, in ähnlichen Fällen und wo die Umwandlung von Kriminalstrafen in Auswanderung sich zweckmäßig erzeige und die betreffenden Sträf-linge damit einverstanden seien, dem Großen Rathe die geeigneten Anträge vorzulegen.»¹³⁹

Auf Antrag der Regierung wurde dieser Vorschlag abgelehnt, aber immerhin ist ein Fall belegt, in dem der Regierungsrat einen außerordentlichen Beitrag bewilligte für die Spedition eines Mannes, der als «Gewohnheitsdieb» und «einer der ersten Gauner des Landes» bezeichnet wurde und vom Großen Rat «zum Zwecke der Auswanderung und auf den Zeitpunkt dieser» begnadigt wurde¹⁴⁰.

In andern Fällen ist nachzuweisen, daß mit Wissen und Billigung der Regierung durch Vagantentum oder unsittlichen Lebenswandel notori- sche Personen vor die Alternative gestellt wurden, entweder auszu- wandern oder verwahrt zu werden¹⁴¹.

Alle diese Fälle sind anhand des kantonalen Aktenmaterials nachzu- weisen. Eine einigermaßen eingehende Prüfung auch nur weniger Ge- meindearchive läßt erkennen, daß noch häufiger Abschiebungen unlieb- samer Bürger ohne Wissen der kantonalen Behörden erfolgten. Immer- hin bleibt es erstaunlich, wieviele Gemeinden trotz den offiziellen Mah- nungen sich nicht scheuten, gerade für diese Auswanderungen offen die Unterstützung des Staates anzufordern.

Sind nun diese Feststellungen so zu deuten, daß die amerikanischen Vorwürfe wirklich in ihrer ganzen Schärfe berechtigt waren, daß tat- sächlich der Abschaum der Bevölkerung, Verbrecher, Arbeitsscheue, Alkoholiker und Dirnen nach Amerika verfrachtet wurden? Eine solche Beurteilung ginge zweifellos zu weit. Wie gesagt ließen sich vielleicht einige Dutzend wirklich verwerfliche Abschiebungen anhand der Akten nachweisen. Selbst wenn wir eine sehr hohe Dunkelziffer annehmen und

¹³⁹ Verhandlungen des Großen Rathes des Kantons Aargau, Jahrgang 1851, Aarau 1852; Sitzung vom 27. 2.

¹⁴⁰ StAAG, IA Nr. 5, 1859/60, Faszikel 63.

¹⁴¹ Anlässlich eines Gesuchs der Gemeinde Staretschwil um einen Beitrag zur Spedition der Familie Bösch äußerte sich das Bezirksamt Baden zu einer Tochter dieser Fa- milie folgendermaßen: «(Elisabeth Bösch) streicht gegenwärtig auf dem gewohnten Vagantenleben herum und wurde täglich auf dem Transport gewärtigt. Nach Äuße- rungen der Schwester sei Elisabeth nicht für die Auswanderung geneigt, da ihr das sittenlose Leben dahier besser convenirt. Wie dieselbe auf dem Schub anlangt, werde ich sie dem Bezirks-Gericht verzeigen und sie hat dann die Auswahl zwischen Aarburg oder Auswanderung.» a. a. O., 1855/56, Faszikel 107.

die Zahl der nicht nachweisbaren Fälle auf ein Mehrfaches schätzen, bleibt sie, gemessen an der gesamten Auswanderung, doch noch sehr klein. Unter den Familien und einzelnen, welche in den Jahren geringer Auswanderung Unterstützungen bezogen, mag sich ein ordentlicher Anteil «unerwünschter Elemente» befunden haben. Dagegen scheint es, daß die Teilnehmer der großen Armenschübe zur Hauptsache weder arbeitsunfähig noch besonders übel beleumdet waren.

Dazu kommt eine weitere Einschränkung: gerade bei der Lektüre der zahlreichen Unterstützungsgesuche gewinnt man den Eindruck, nicht wenige der «Asozialen» hätten nur aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Notlage heraus gegen Gesetz und Sitten verstoßen. Insbesondere gilt dies für viele der jugendlichen Diebe, der Vaganten und sogenannten Arbeitsscheuen. Gerade für jüngere Leute, die ohne eigene Schuld schon eine Außenseiterstellung einnahmen, sei es durch uneheliche Geburt, durch die Armut der Eltern oder den weiterwirkenden Makel der bürgerlichen Minderberechtigung, der mit der formellen Gleichstellung nicht ohne weiteres verschwand – gerade für sie war die Gefahr groß, in einer Zeit allgemeiner wirtschaftlicher Not in Apathie zu verfallen oder die Regeln einer Gesellschaft zu verletzen, die sie nicht als vollgültige Glieder akzeptieren wollte. Es ist nicht auszuschließen, daß manche dieser Gelegenheitsdiebe und Vaganten ganz andere Fähigkeiten entwickelten, wenn sie eine reelle Möglichkeit zu wirtschaftlichem Aufstieg erhielten.

Die Abschiebungen in dem von den Amerikanern gerügten Sinne waren sicher nicht so selten, wie die Behörden in ihren offiziellen Stellungnahmen wahrhaben wollten. Andererseits scheinen aber die erhobenen Vorwürfe mindestens für den Aargau übertrieben. Abschiebungen fanden statt, sie waren nicht einmal selten, aber der durchschnittliche Auswanderer war weder zur Reise gezwungen worden noch konnte er als körperlich, geistig oder charakterlich «minderwertig» qualifiziert werden, es sei denn eben aufgrund seiner Armut allein.

10. Die Auswanderer der Jahrhundertmitte in Amerika

Wir haben bisher feststellen können, daß unsere Quellen in fast jeder Hinsicht über die Welle der Jahrhundertmitte bessere Auskunft geben, als über die Bewegungen früherer Jahrzehnte, sowohl was die Voraus-

setzungen und die Wege der Auswanderung wie auch, was ihren Umfang und ihre Motive betrifft. Leider gilt dies nicht in gleichem Maße für das Schicksal der Auswanderer in Amerika, über das wir nach wie vor nur recht lückenhaft orientiert sind. Die relativ ungünstige Quellenlage rührt natürlich daher, daß amtliche Stellen, auch bei bedeutend gewachsenem Interesse für das Auswanderungswesen, sich mit dem Schicksal ihrer Mitbürger nur solange befaßten, bis diese den europäischen Kontinent verlassen hatten. Es blieb immer eine Ausnahme, wenn staatliche oder kommunale Instanzen vom Ergehen eines Auswanderers nach seiner Niederlassung in Übersee noch Nachrichten erhielten. Dies bedeutet natürlich nicht, daß die Auswanderer ihre Verbindung zur Heimat völlig abgebrochen hätten, ihre Kontakte beschränkten sich aber in der Regel auf ihnen nahestehende Privatpersonen. Immerhin mag an dieser Stelle bemerkt werden, daß ein beachtlicher Teil der Auswanderer in der Tat die Brücken restlos abbrach. Wir hören etwa im Zusammenhang mit den Armenschüben gelegentlich davon, daß von ganzen großen Gruppen nie mehr eine Nachricht in die Heimat gelangte, und von vielen einzelnen Auswanderern ist bezeugt, daß sie ihre Verwandten und Freunde in der Heimat völlig im ungewissen ließen¹⁴².

Manchmal mochten bei gutem Willen sachliche Umstände die Aufrechterhaltung des Kontaktes verhindern, so die mangelnde Schreibfertigkeit mancher Auswanderer oder die Unzuverlässigkeit der Postverbindungen. Manche Neuankömmlinge änderten anfänglich öfters ihren Wohnort, die Briefe aus der Heimat erreichten sie dann nie, und die einseitige Verbindung brach ab.

Nicht selten hatte das Schweigen der Auswanderer aber auch tiefere Gründe. Bekannt war, daß manche aus Stolz nicht über Enttäuschung und Mißerfolge berichten mochten¹⁴³, manche gestanden in ihrem ersten, nach Jahren geschriebenen Brief, sie hätten sich erst jetzt gemeldet, da sie nun endlich Gutes berichten könnten.

¹⁴² Nach Reitnau zum Beispiel wurde anscheinend nie auch nur das Todesdatum eines der Auswanderer gemeldet. Von den weiter unten erwähnten Nachforschungen nach dem Verbleib von Ausgewanderten sind sehr viele erfolglos geblieben.

¹⁴³ Pastor Joseph Meyer in Malcom, Ia., meldete den Selbstmord eines Jakob Ammann aus dem Aargau und zitierte eine Äußerung des Toten: «Gutes konnte ich meinen Verwandten von mir nicht schreiben, deshalb schrieb ich lieber gar nicht», StAAG, I Nr. 3, 1882/83, Faszikel 44.

Schließlich ist nicht zu vergessen, daß manche der Auswanderer eigentliche Außenseiter waren, die kaum herzliche Beziehungen an die zurückgebliebenen Mitbürger banden.

Trotzdem war zweifellos der Nachrichtenfluß von Amerika in die Heimat recht kräftig, er verlief aber, wie gesagt, in privaten Kanälen. Von amtlicher Seite wurde kaum nach dem Reiseziel der Auswanderer gefragt¹⁴⁴.

Aktenkundig wurden die Verzichtleistungen von in den USA niedergelassenen Aargauern auf das heimische Bürgerrecht, Todesmeldungen von seiten der schweizerischen Konsulate in den USA, schließlich die Nachforschungen, die von Privaten oder Gemeindebehörden durch die Vermittlung der eidgenössischen Auslandsvertretungen nach verschollenen Auswanderern angestellt wurden¹⁴⁵. Meist erfahren wir aus diesen Belegen den Heimatort der betreffenden Auswanderer und ihren Aufenthaltsort in Amerika, häufig das Datum der Auswanderung, nicht selten auch einige nähere Angaben über die Lebensverhältnisse zu Hause und in der neuen Heimat.

Die durch diese Quellen erfaßbaren Auswanderer stellen keineswegs eine repräsentative Auswahl dar, vielmehr heben sie sich durch gemeinsame Besonderheiten eher von der Masse ab. Dies gilt besonders im Fall der Austritte aus dem Bürgerrecht. An sich bestand kaum ein Grund, warum ein in den Vereinigten Staaten naturalisierter Schweizer sein altes Heimatrecht aufgeben sollte, bedingte doch ein offizieller Verzicht den amtlichen Nachweis des amerikanischen Bürgerrechts und damit umständliche Schreibereien. Lohnend war dies nur, wenn ein Auswanderter in der Heimat noch Vermögen besaß, das er nicht abziehen konnte, solange er Schweizer Bürger war. Dies war dann der Fall, wenn der Betreffende vor seiner Abreise unter Vormundschaft gestanden hatte und ihm nur die nötigen Mittel zur Bestreitung der Reise- und Niederlassungskosten ausgehändigt worden waren.

In solchen Fällen konnten die Vormundschaftsbehörden die Herausgabe des weiteren Vermögens verweigern, solange die Möglichkeit be-

¹⁴⁴ Anfänglich enthielten die Formulare für die Gemeindestatistiken eine Kolumne für das Auswanderungsziel, und gelegentlich wurde darin der genaue Bestimmungsort angegeben, sofern er überhaupt bekannt war. Spätere Formulare verlangten dann schon im Vordruck nur noch Auskunft über den Kontinent, nach dem sich der Auswanderer wandte.

¹⁴⁵ Gesammelt in StAAG, I Nr. 3.

stand, daß der Besitzer heimkehren und aufgrund seines Bürgerrechts Unterstützung beanspruchen könnte. Bevormundete mit Vermögen in der Heimat bildeten aber natürlich nur eine Minderheitsgruppe unter den Auswanderern.

Amtliche Totscheine für Verstorbene wurden ebenfalls bei weitem nicht immer vermittelt; gewöhnlich begnügten sich Verwandte mit privaten Mitteilungen über den Tod eines Ausgewanderten. Hatte der Verstorbene aber in der Heimat noch Vermögen besessen oder ein Anrecht auf künftige Erbschaften gehabt, so bedurften die Erbberechtigten einer amtlichen Bestätigung seines Todes.

Das staatliche Material über die Schicksale der Auswanderer ist also einerseits zu spärlich, andererseits zu speziell, um allgemeingültige Rückschlüsse zu gestatten. Allenfalls läßt es die wichtigsten Zielgebiete ungefähr erkennen.

Ein ungefähres Bild der Möglichkeiten, die sich dem Neuling in Amerika boten, ergibt sich allerdings schon aus der reichen Auswanderungsliteratur. Es mag nützlich sein, diesen allgemeinen Hintergrund kurz zu skizzieren, bevor wir uns den spärlichen Angaben über die Aargauer zuwenden.

In einem früheren Abschnitt wurde der Weg des durchschnittlichen Auswanderers bis zu den ersten Stunden nach seiner Ankunft in New York nachgezeichnet. Über die Gefahren, die ihn hier erwarteten und vor denen alle Ratgeber und Führer besonders warnten, soll nicht mehr gesprochen werden. Eine grundsätzliche Entscheidung hatte der Ankömmling jedenfalls zu treffen, ob er sich nämlich sogleich weiter nach Westen begeben oder vorerst in der Hafenstadt sein Auskommen suchen wollte. Obwohl die Weiterreise allgemein empfohlen wurde, hatte die sofortige Niederlassung auch ihre Reize. Sie ersparte weitere Auslagen für die Reise, ließ den Neuling rasch Kontakt finden mit Landsleuten und bot die immerhin für manchen verlockenden Möglichkeiten der Großstadt. Auf baldige geschäftliche oder gewerbliche Selbständigkeit konnte der unbemittelte Ankömmling allerdings nicht hoffen, sondern er mußte handwerkliche oder industrielle Lohnarbeit annehmen.

Tüchtige Leute setzten sich auch hier durch, die Gefahr, bei dem häufigen Überangebot an Arbeitskräften allmählich ins Elend zu geraten, war aber immerhin beachtlich. Jedenfalls waren die Lebensbedingungen für Einwanderer mit beschränkten Mitteln besonders in New York wenig

erfreulich. In New Orleans mochten die sozialen Verhältnisse besser sein, jedoch wurde das gefährliche Klima vielen zum Verhängnis.

So waren die Einwanderer besser beraten, wenn sie die Mehrauslage für die Weiterreise ins Landesinnere auf sich nahmen, selbst wenn sie vielleicht nur bis in den Westen des Staates New York, nach Pennsylvania oder Ohio gelangten. Von New York aus führten zwei Haupttrouten nach Westen. Die eine, ältere, ging über Philadelphia und die Alleghenys nach West-Pennsylvania, sie blieb der wichtigste Weg nach Pittsburgh, einem Zentrum der deutschen, aber auch der schweizerischen Ansiedlung. Für die Reise nach Ohio und dem Mittelwesten wurde bedeutend wichtiger die Nordroute über den Erie-See. Sie führte das Tal des Hudson hinauf nach Albany, auf dem Erie-Kanal nach Buffalo, von dort über den See nach Sandusky oder Cleveland. Gewöhnlich wurde die Reise dann wieder auf Kanälen fortgesetzt, über Columbus und den Scioto River zum Ohio, auf diesem über Cincinnati und Louisville zum Mississippi und nach St. Louis.

Die nordwestlichen Staaten wie Michigan, Minnesota und Wisconsin konnten auch auf dem Weg über die großen Seen erreicht werden. In den fünfziger Jahren setzte sich die Eisenbahn als Transportmittel durch; die Fahrt war zwar teurer als auf den Kanalbooten, der Unterhalt auf der kürzeren Reise aber bedeutend billiger. Die meisten Auswandererführer setzten die Kosten für den Weg von New York bis nach St. Louis auf etwa 10 bis 17 Dollar an. Bedeutend billiger war die Fahrt auf dem Mississippi von New Orleans aufwärts. Ein Deckplatz auf dem Dampfboot kostete nur etwa 3 bis 4 Dollar, und zeitweise war auch die Überfahrt nach New Orleans nicht teurer als nach New York¹⁴⁶. Die Nachteile der südlichen Route lagen in der Unzuträglichkeit des Golfklimas, das für Mitteleuropäer nur in den Wintermonaten ungefährlich war, so-

¹⁴⁶ Je nach Jahreszeit und nach der Anzahl der bereitliegenden Schiffe war die eine oder die andere Route billiger. So bot Zwilchenbart im Laufe des Jahres 1849 Akkorde ab Basel, Verpflegung inbegriffen, zu folgenden Preisen:

	New York	New Orleans
31. 3.	167.–	156.–
21. 4.	162.–	147.–
16. 6.	135.–	
17. 8.	135.–	140.–
21. 9.	130.–	130.–

National-Zeitung, jeweils unter angegebenem Datum.

wie in den Risiken der Dampfbootfahrt auf dem Mississippi, war doch nicht nur der Fluß bekannt für seine Tücken, sondern auch die Schiffer für ihre Tollkühnheit beim Veranstellen von Rennen mit vollbesetzten Passagierdampfern.

In den westlichen Staaten angekommen, brauchte ein arbeitswilliger und kräftiger Einwanderer kaum mehr Verdienstlosigkeit zu befürchten. Landwirtschaftliche Lohnarbeiter wurden fast immer gesucht und konnten bei einiger Geschicklichkeit gut verdienen. Wohl noch gefragter waren Handwerker, welche die Artikel des täglichen Gebrauchs herstellen und reparieren konnten. Auch hielt es für Schweizer und Deutsche in der Regel nicht schwer, eine Nachbarschaft zu finden, in der sie sich fürs erste mit ihrer Muttersprache verständigen konnten. So wurde der Mittlere Westen um die Jahrhundertmitte allgemein als geeignetstes Ziel für Auswanderer angepriesen und zog wohl auch die größten Kontingente an¹⁴⁷.

Unser Material über die aargauischen Auswanderer gibt keinen Anlaß, dem allgemeinen Bild wesentliche Ergänzungen beizufügen. Umfassende statistische Angaben, die z. B. Abweichungen in der geographischen Verteilung zuverlässig feststellen ließen, besitzen wir nicht, und auch die persönlichen Mitteilungen, die einen unmittelbaren Eindruck vom Erleben des Durchschnittsauswanderers geben könnten, sind sehr spärlich. Es scheint, daß auch die aargauischen Auswanderer im wesentlichen den Wegen der anderen Schweizer und der Deutschen folgten und sich in den gleichen Gebieten niederließen.

Beträchtliche Gruppen kamen nicht über die Hafenstädte hinaus, trotz den mannigfachen Warnungen und trotz den Vorkehrungen der Regierung, die es jedem Auswanderer ermöglichen sollten, die günstigen Gebiete im Landesinneren aufzusuchen. Zwar ist es wenig aufschlußreich, wenn in sehr vielen Fällen New York oder New Orleans schon vor der Abreise als Ziel genannt wurde, denn sehr viele Auswanderer wußten wohl nur den Ausschiffungshafen zu nennen. Auch unter den Meldungen von fest niedergelassenen Aargauern stammt aber doch ein guter Teil aus New York und nicht allzu wenige aus New Orleans. Gerade im letzteren Falle ist beachtenswert, wie auch in einer Gegend, die sich weder durch ihr Klima noch durch ihr soziales System zur Niederlassung

¹⁴⁷ Neben den zeitgenössischen Handbüchern siehe auch Hansen, a. a. O.

empfahl, von dem großen Strom der Durchreisenden einiges hängenblieb.

So erklärte es sich auch leicht, daß verschiedene wichtige Stationen auf dem Weg nach Westen Kerne der bleibenden Ansiedlung wurden. So haben wir etwa mehrfache Meldungen aus Utica, Rochester und Buffalo, wichtigen Halteplätzen am Erie-Kanal. Besonders in Rochester scheint sich eine recht zahlreiche Aargauerkolonie gebildet zu haben, woraus sich vielleicht erklärt, daß etwa der Brittnauer Armenschub sogar direkt in die Stadt am Ontario-See geleitet wurde¹⁴⁸.

Weiter westlich, in Ohio, begann dann bereits eines der wichtigsten Siedlungsgebiete der Schweizer überhaupt. Die Konzentrationen fanden sich auch hier wahrscheinlich entlang der Route, die vom Erie-See zum Ohio und nach den westlichen Staaten führte. Mehrfach erwähnt werden Cleveland und Sandusky, Massillon, Columbus, Portsmouth und vor allem Cincinnati. Eine weitere Hauptstation am Ohio war Louisville, wo sich ebenfalls recht viele Schweizer niederließen.

Die ältere Route zum Ohio, von Philadelphia durch Pennsylvania, hatte wohl an Bedeutung verloren, doch erhielten die um Pittsburgh angesiedelten Aargauer auch weiterhin Zuzug. Die Vorzüge dieser schon seit langem erschlossenen und bereits dicht besiedelten Regionen waren offenkundig, ähnelten doch hier die Lebensbedingungen am ehesten den europäischen. Wie gesagt ging aber um die Jahrhundertmitte weitaus die größte Anziehungskraft von den jüngeren Staaten des Mittleren Westens aus. Die Aargauer ließen sich offenbar vorzugsweise in Illinois und Missouri nieder, in der weiteren Umgebung von St. Louis; auch dies entsprechend der allgemeinen Vorliebe der Schweizer. Dagegen scheinen sie in Wisconsin eher etwas unterdurchschnittlich vertreten. Wie die andern Schweizer wählten sie auch die andern nördlichen Staaten wie Michigan, Minnesota und Iowa etwas seltener.

Die besondere Konzentration um St. Louis rührte natürlich zum Teil davon her, daß in dieser Stadt die wichtigsten Zufahrtslinien endeten; große Anziehungskraft übten aber auch die in dieser Gegend entstandenen bekannten deutschen und schweizerischen Niederlassungen aus, wie Highland, Hermann, Vandalia usw. Besonders Highland wurde sehr oft als Ziel von Auswanderungen genannt, und Nachrichten von dort nieder-

¹⁴⁸ Siehe oben S. 248. Leider läßt sich nicht ermitteln, ob die Wahl gerade dieses Ziels aufgrund von Beziehungen zu bereits Angesiedelten erfolgte.

gelassenen Aargauern sind recht zahlreich¹⁴⁹. Die Gründung Köpflis war von allen Schweizerkolonien die populärste, wir hören aber auch von Aargauern in Vevay und Tell City in Indiana, in New Glarus und Sauk City in Wisconsin. Wie wichtig die Mittelweststaaten als Ziel waren, zeigt die starke Zunahme der Passagen nach New Orleans in den fünfziger Jahren. In den Listen der für aargauische Auswanderer ausgestellten Kreditscheine sind die beiden Haupthäfen in folgendem Verhältnis vertreten¹⁵⁰:

	New York	New Orleans
1851	918	36
1853	742	172
1854	1040	777

Zweifellos hat sich nicht erst in diesen Jahren eine größere Zahl von Aargauern nach dem Westen gewandt; vorher wie nachher erreichten viele den Mississippi von New York aus. Daß aber New Orleans so stark frequentiert wurde, ist ein zusätzlicher Beweis für die Beliebtheit der westlichen Staaten. Aus den im allgemeinen von der europäischen Einwanderung weniger berührten Gebieten, aus Neuengland, den Südstaaten und von der Pazifikküste, erhalten wir auch von Aargauern nur vereinzelte Nachrichten. Ein relativ häufiges Ziel war dagegen Texas, wo sich ja schon früher die ersten Aargauer niedergelassen hatten. Es scheint gerade in diesem Falle, daß durch einen stetigen Nachrichtenfluß die Auswanderung aus bestimmten aargauischen Gemeinden regelmäßig in die gleiche Gegend der USA geleitet werden konnte, haben sich doch vor allem Schinznacher immer wieder nach Texas gewandt¹⁵¹. Weniger eindeutig, aber immerhin zu vermuten, sind ähnliche Beziehungen zwischen anderen Regionen. Wenn etwa in der Gegend von Pittsburgh anscheinend recht viele Siedler aus dem Bezirk Rheinfelden stammten, so lag dies vielleicht daran, daß dieser Bezirk an den früheren Auswande-

¹⁴⁹ Aus einzelnen Ortschaften wurden fast regelmäßig Auswanderungen dorthin gemeldet, so aus Oberflachs in den Jahren 1848, 1849, 1851 und 1852.

¹⁵⁰ Auswanderungsstatistik 1854–1863, a. a. O., Liste der Kreditscheine.

¹⁵¹ 1867 war zum Beispiel ein M. Amsler County Commissioner von Austin Co., Texas, und unterzeichnete als solcher ein Leumundszeugnis für einen Carl Amsler, der beschuldigt worden war, Auswanderer unter betrügerischen Vorspiegelungen anzuwerben. Akten der Direktion des Innern, Auswanderungswesen.

rungswellen, die sich vor allem nach Pennsylvania gerichtet hatten, besonders stark beteiligt gewesen war¹⁵².

Im Überblick bleibt festzustellen, daß sich über die geographische Verteilung der Aargauer in den USA nichts sagen läßt, was über die Ansiedlungen der Schweizer nicht allgemein schon bekannt wäre.

Dasselbe gilt in noch höherem Maße für die wirtschaftliche und soziale Situation der Einwanderer. Das spärliche Material ist gerade in dieser Hinsicht sehr wenig ergiebig und genügt keinesfalls als Basis allgemeiner Urteile. Soviel können wir allerdings aus unserer Kenntnis der materiellen Verhältnisse der Auswanderer ableiten, daß die selbständige Ansiedlung auf eigenem Land zunächst für die wenigsten in Frage kam. Auch bei Ankauf von billigem, ungerodetem Land in einer abgelegenen Gegend waren einige Mittel für die Anschaffung der wichtigsten Werkzeuge und Einrichtungsgegenstände nötig, außerdem war die Rodung einer neuen Farm für unerfahrene Neulinge keine einfache Arbeit. Wer gar «verbessertes» Land oder einen eingerichteten Hof kaufen wollte, brauchte ansehnliches Kapital; weit mehr jedenfalls, als die meisten aargauischen Auswanderer besaßen. Es kommt denn auch relativ selten vor, daß ein vor kurzem Ausgewanderter sich bereits als Gutsbesitzer oder Farmer vorstellt. Dies heißt keineswegs, daß die Auswanderer sich in den wenigen größeren Städten hätten niederlassen müssen. Sehr viele fanden ihr Auskommen bei landwirtschaftlicher Lohnarbeit, in der Hoffnung, die Mittel für den Erwerb einer eigenen Farm zu ersparen, und auch für tüchtige Handwerker war die Aussicht auf baldige Selbständigkeit in ländlicher oder kleinstädtischer Umgebung größer.

Über den wirtschaftlichen Erfolg der großen Masse der Auswanderer läßt sich anhand unseres Materials nichts Sicheres sagen. Zwar finden wir recht viele Nachrichten über das traurige Schicksal von Auswanderern, die schon nach relativ kurzem Aufenthalt im Armenspital starben, doch ergibt sich diese Auswahl aus der Natur der Quellen. Immerhin scheint es, daß für manchen die Umstellung auf das fremde Klima zum größten Problem wurde und auch nach der Ausschiffung forderten ungenügende sanitärische Verhältnisse oder ungewohnte Krankheitserreger zahlreiche Opfer.

¹⁵² Eine Nachforschung nach einem Bürger von Möhlin weist mehrere Landsleute in Pittsburgh nach; I Nr. 3, 1864, Faszikel 45. Später werden auch mehrere Möhliner Bürger in Birmingham und Allegheny erwähnt; a. a. O., 1865. Faszikel 15.

Berüchtigt war der Fall des Armenschubes von Reitnau, von dem nahezu die Hälfte St. Louis nicht erreichte. Nach der glaubwürdigsten Quelle hatte eines der Schiffe, auf welche man die Gesellschaft verteilt hatte, Le Havre mit einiger Verspätung verlassen, so daß die Ankunft in New Orleans bereits in die heißen Sommertage fiel. Nicht weniger als 40 Personen starben auf dem Fluß am Fieber oder an der Cholera, weitere 20 mußten noch in St. Louis ins Spital gebracht werden¹⁵³.

Gerade im Zusammenhang mit diesem Unglück erhalten wir aber auch ein beachtenswertes Zeugnis für die Aufnahme, welche Einwanderer in den westlichen Staaten fanden. 1852 stellte der Präsident der Armenkommission fest, für Kinder liederlicher Eltern sei es gar nicht so schlimm, wenn diese die Reise nicht überlebten, denn in Amerika finde man reichlich gute Pflegeplätze. Manche der Waisen der Reitnauer seien in St. Louis so rasch untergekommen, daß sie nicht einmal das der Familie überwiesene Kopfgeld hätten aufzehren müssen¹⁵⁴.

Es ist unbedingt zu betonen, daß die relativ große Zahl ungünstiger Nachrichten über das Schicksal einzelner nicht das allgemeine Bild der Erfolgsaussichten der Auswanderer bestimmen darf. Gerade die Konsulate, von denen ein guter Teil der zu amtlicher Kenntnis gelangten Meldungen stammt und auf deren Berichte sich die überwiegend pessimistischen Beurteilungen in der Literatur stützen, kamen natürlich vorwiegend mit gescheiterten, hilfsbedürftigen Auswanderern in Kontakt.

Die Mehrheit der Auswanderer dürfte sich nach einiger Eingewöhnung recht leidlich durchgebracht haben, was allerdings wieder nicht immer die hochgespannten Erwartungen erfüllte. Mancher fand es denn auch nötig, den Verwandten seine Lage etwas rosiger zu schildern, als sie tatsächlich war; gelegentlich kam es dann zu argen Enttäuschungen, wenn eine erwartete große Erbschaft aus Amerika ausblieb¹⁵⁵.

¹⁵³ *Aargauer Zeitung*, Nr. 93, 4. 8. 1851.

¹⁵⁴ Bericht von der Konferenz über die Auswanderungsfrage, 26. 2. 1852, IA Nr. 5, 1854, Faszikel 119 a.

¹⁵⁵ So erkundigte sich der Gemeinderat von Kölliken 1859 nach einem Johann Matter, der 1853 ausgewandert war und Vermögen hinterlassen haben sollte (Anfrage vom 7. 3. 1859). Nach Auskunft des Konsuls in New Orleans vom 1. 6. war Matter aber immer arm geblieben. I Nr. 3, 1859, Faszikel 42. Der 1861 ausgewanderte Fidel Lützel Schwab von Magden arbeitete bis zu seinem Tode als Knecht und Hilfsarbeiter in Pennsylvania; seine Verwandten glaubten jedoch, daß er Land in Kansas besessen habe. I Nr. 3, 1870, Faszikel 64.

Überraschend eindeutig war das Resultat einer Umfrage über das Ergehen der Ausgewanderten, welche die Armenkommission mit der Aufnahme der Auswanderungsstatistik von 1851 verband. Allerdings wußten die Gemeindebehörden sehr oft überhaupt nichts zu berichten; mehr als 50 Fällen, in denen es den Betreffenden leidlich bis sehr gut ging, standen aber nur 5 ausgesprochen ungünstige Meldungen gegenüber¹⁵⁶. Neben dem Stolz der Auswanderer mögen die Bedenken der Behörden das Resultat etwas verzerrt haben, die nur ungern von ihnen geförderte Auswanderungen als Mißerfolge deklarierten.

Ausgesprochen erfolgreiche Auswanderer und sogar Erbschaften aus Amerika sind immerhin in den Akten belegt. So hinterließ Kaspar Heinrich Muntwiler von Fislispach bei seinem Tode 1874 in San Francisco nicht weniger als 8126 Dollar, und obwohl eine langjährige Angestellte einen Teil der Hinterlassenschaft beanspruchte, erhielten seine in dürftigen Verhältnissen lebenden Geschwister einen Wechsel über 18 720 Franken, der sie wohl aller Sorgen enthob¹⁵⁷.

Hervorragende Prominenz findet sich unter den Aargauer Auswanderern der großen Welle kaum, und da sich unsere Untersuchung vor allem mit der Auswanderung als Massenbewegung befaßt, dürfte sich ein Eingehen auf weitere Einzelfälle erübrigen¹⁵⁸.

Wie zu erwarten war, kann das in der Schweiz zugängliche Material über die Schicksale der meisten Auswanderer keine neuen Erkenntnisse vermitteln. Künftige Untersuchungen zu diesem Thema werden sich vor allem auf amerikanische Quellen zu stützen haben und werden entsprechend in ihrer Abgrenzung und ihren Gesichtspunkten anderen Kriterien folgen.

¹⁵⁶ Akten der Armenkommission, Auswanderungsstatistik.

¹⁵⁷ I Nr. 3, 1876, Faszikel 10.

¹⁵⁸ Bei der Einseitigkeit der Quellen würde aus einer Aufreihung von einzelnen Beispielen ohnehin ein verzerrtes Bild entstehen.

Die Auswanderung nach Südamerika

Die Statistiken zeigen, daß gegen die Mitte der fünfziger Jahre Südamerika als Ziel der aargauischen Auswanderung erstmals seit 1819 wieder einige Bedeutung erlangte. Die zeitweilig beträchtliche Stärke der Südamerikaauswanderung – sie übertraf 1856 ja sogar die nach Nordamerika – und ihr eigentümlicher Charakter rechtfertigen es, ihr ein besonderes Kapitel zu widmen. Dabei soll nicht nur die um die Jahrhundertmitte allein bedeutende Auswanderung nach den atlantischen Staaten beleuchtet werden, sondern vorwegnehmend auch die erst in den achtziger Jahren aufkommende Auswanderung nach Chile.

Zunächst stellt sich die Frage, warum denn Südamerika bis nach der Jahrhundertmitte kaum eine nennenswerte Anzahl schweizerischer Auswanderer angezogen hatte. Die Gründe liegen offensichtlich in den unstabilen politischen Verhältnissen und der langsamen wirtschaftlichen Entwicklung des Halbkontinents. Brasilien war vermutlich durch den Mißerfolg der Gründung von Nova Friburgo so sehr in Verruf gekommen, daß schweizerische Kolonisten für dieses Land während langer Zeit nicht mehr zu finden waren. Auch die mäßigen Erfolge einiger deutscher Ansiedlungen in den zwanziger Jahren waren nicht dazu angetan, den Ruf des Landes zu verbessern. Die La-Plata-Staaten hatten überhaupt noch nie schweizerische Auswanderer anzuziehen vermocht. Zwar war in den zwanziger Jahren, noch unter der Präsidentschaft Rivadavias, ein Versuch unternommen worden, mitteleuropäische Kolonisten für Argentinien zu gewinnen, und eine spezielle Einwanderungskommission war mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet worden. Erst 1829 war aber in der Schweiz selber ein Abgesandter namens Picolet d'Hermillon aufgetaucht, der 350 Schweizer Bauern und Handwerker hätte anwerben sollen¹. Das vorgesehene Kolonisationssystem ähnelte etwas dem früher in Nordamerika üblichen «indentured

¹ Gesuch um Werbeerlaubnis vom 7.2.1829 und Reglement für die Auswanderung nach Buenos Aires, StABS, Auswanderung A, 1819–1847.

service»; die Übersiedlungskosten der Auswanderer, zunächst vom Staat vorgeschossen, wären von privaten Arbeitgebern übernommen worden, die sich durch Abzüge vom Arbeitslohn der bei ihnen verdingten Leute hätten schadlos halten sollen. Nach Ableistung der vereinbarten Dienstzeit hätte dann dem Einwanderer die Möglichkeit offenstanden, sich als selbständiger Landwirt oder Gewerbetreibender zu etablieren. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß Picolet d'Hermillon tatsächlich irgendwelche Kolonisten angeworben hätte. Vermutlich stand dem sowohl eine ablehnende Haltung der Behörden, wie auch eine starke Skepsis unter den potentiellen Interessenten entgegen. Außerdem ist anzunehmen, daß der Werbeauftrag bald aufgehoben wurde, denn unter der im gleichen Jahr errichteten Diktatur Rosas' ging Argentinien zu einer eher fremdenfeindlichen Politik über.

Es ist der bezeichnende Unterschied zu der spontanen Auswanderung nach Nordamerika, daß alle südamerikanischen Länder nur dann zu einigermaßen wichtigen Zielen wurden, wenn ihre Regierungen oder private Unternehmer Maßnahmen zur Förderung der Kolonisation ergriffen. Wenn es nie zu spontaner Massenauswanderung nach Südamerika kam, so lag dies nicht nur an den objektiv feststellbaren Nachteilen dieser Länder gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern zu einem guten Teil auch daran, daß man über sie sehr wenig wußte.

Immerhin war natürlich die weitverbreitete Vorstellung, daß Südamerika durch sein Klima, seine Bevölkerung, seine politischen Institutionen dem Schweizer viel fremder sei als die nordamerikanische «Schwesterrepublik», nicht unbegründet, für Protestanten war zudem der im allgemeinen wenig duldsame Katholizismus der ehemals spanischen und portugiesischen Gebiete ein schwerwiegendes Hindernis. Schließlich sollte auch die prosaische Tatsache nicht vergessen werden, daß die Reise nach Rio de Janeiro, Santos oder Buenos Aires ganz erheblich kostspieliger war als nach New York oder New Orleans. 1848 offerierte der Makler Joseph Lemaître Fahrten ab Basel nach New York mit voller Verpflegung zur See für 160 Franken; die Reise nach Rio de Janeiro kostete bei der gleichen Firma 350 Franken².

Es ist begreiflich, daß für die Intensivierung der Südamerikaauswanderung nicht nur eine Stabilisierung der politischen Lage und bessere Information nötig war, sondern auch staatliche oder private Hilfe, die

² *Schweizerbote*, Nr. 42, 6. 4. 1848.

dem Auswanderer einen Teil der Übersiedlungskosten abnahm und ihm für die Anfangszeit die Unterstützung und Gesellschaft von Landsleuten zusicherte. Diese Bedingungen wurden in Brasilien und Argentinien um die Jahrhundertmitte geschaffen.

Brasilien

In Brasilien hatte in den vierziger Jahren eine intensivere Kolonisationstätigkeit deutscher Siedler begonnen, nicht zuletzt durch die Initiative des hohen Staatsbeamten und Provinzgouverneurs Luiz Pedreira do Coutto Ferraz. Wichtigste Kristallisationspunkte der deutschen Ansiedlung wurden zwei Kolonien in der Südprovinz Santa Catharina: Blumenau und Dona Francisca³. Blumenau, später die bedeutendste deutsche Niederlassung in Brasilien, litt allerdings anfänglich unter Rekrutierungsschwierigkeiten, da es über keine Werbeorganisation in Europa verfügte. Aus diesem Grunde blieb es auch in der Schweiz offenbar weitgehend unbekannt. Dona Francisca dagegen wurde von einer Gesellschaft mit Sitz in Europa verwaltet, dem «Kolonisationsverein von 1849» in Hamburg. Dieser Verein nun war auch in der Schweiz vertreten durch den Auswanderungsagenten Paravicini in Zürich. Vom Mai 1851 an finden wir seine Annoncen in der Schweizer Presse, doch befanden sich um diese Zeit nach seinen Angaben bereits 200 Schweizer auf Dona Francisca⁴.

Im Aargau ist erstmals 1852 die Auswanderung zweier Brüder aus Kirchleerau nach Dona Francisca belegt⁵, und auch in den folgenden Jahren war die deutsche Kolonie gelegentlich das Ziel aargauischer Auswanderer.

Wirkliche Bedeutung erlangte die Brasilienauswanderung aber erst, als durch intensive Werbung und verlockende Angebote an die Gemeinden die Siedlungen in der Provinz São Paulo bekannt wurden, die als Vergueiro-Kolonien eine traurige Berühmtheit erlangten.

Offenbar in Zusammenarbeit mit schweizerischen Kaufleuten in Rio de Janeiro, besonders mit dem Konsul Perret-Gentil, hatte das São

³ Vgl. SIEGFRIED ENDRESS, *Blumenau, Werden und Wesen einer deutschbrasilianischen Landschaft*, Oehringen 1938.

⁴ *National-Zeitung*, Nr. 118, 19. 5. 1851; *Bund*, Nr. 135, 16. 5. 1851.

⁵ Statistik 1852, Akten der Armenkommission, a. a. O.

Paulinische Handelshaus Vergueiro & Co. einen Plan entwickelt zur Gründung einer Reihe von Landwirtschaftskolonien und zur Anwerbung der nötigen Siedler in der Schweiz und andern europäischen Ländern.

Die leidige Geschichte dieser Kolonien ist schon verschiedentlich geschildert worden, so daß wir uns hier mit einer kurzen Skizze der wichtigsten Tatsachen begnügen können⁶. Wesentlichstes Merkmal des ganzen Unternehmens war das sogenannte Halbpachtsystem. Die Kolonisten sollten alle für den Anbau von Kaffee eingesetzt werden, und der Ertrag dieses Hauptprodukts sollte zur Hälfte ihnen, zur Hälfte den Koloniebesitzern zufallen. Einen Teil der Reisekosten schossen die Unternehmer vor, den Heimatgemeinden versprach man sichere Rückzahlung, falls sie für den Rest aufkämen. Das Verlockendste an dem Angebot war, daß die Kolonisten für Reise, Niederlassung und Unterhaltskosten während der ersten Zeit überhaupt nichts zu bezahlen hatten, und auch die Gemeinden nur ein Darlehen für einige Jahre leisten sollten. Für die Schuld gegenüber den Unternehmern wurde keine Abzahlungsfrist festgesetzt, doch hatte sie der Kolonist aus seinem Anteil am Ertrag zu verzinsen. Die Gemeinde sollte ihren Beitrag innert fünf Jahren zurückerhalten, indem die Unternehmer vom zweiten Jahr an den Siedlern jährlich ein Viertel der schuldigen Summe abziehen und der Gemeinde überweisen wollten. Außer den Kaffeepflanzungen, deren Ertrag zu teilen war, wurde den Kolonisten noch Pflanzland zum Anbau von Lebensmitteln für ihren eigenen Unterhalt versprochen. Nach Abzahlung ihrer Schulden stand es ihnen frei, die Halbpachtkolonien zu verlassen und mit ersparten Mitteln sich selbständig zu machen⁷.

Das Angebot schien verlockend und verfehlte seine Wirkung nicht. In den Jahren 1854 bis 1856 schloß eine beträchtliche Zahl von Schweizern Halbpachtverträge, wobei in den meisten Fällen die Gemeinden die erforderlichen Anzahlungen an die Reisekosten leisteten. Schon 1856 trafen aber Nachrichten ein, daß die Lage der Kolonisten alles andere als erfreulich sei⁸, und in der Folgezeit entwickelte sich um die Kolonien ein eigentlicher Skandal, der sogar die Intervention der Bundesbehörden nötig machte.

⁶ Siehe dazu Karrer, S. 60 ff., Natsch, S. 171 ff.

⁷ Vertrag abgedruckt bei THOMAS DAVATZ, *Die Behandlung der Kolonisten in der Provinz St. Paulo in Brasilien und deren Erhebung gegen ihre Bedrücker*, Chur 1858.

⁸ Im *Schweizerboten* waren erste skeptische Kommentare schon 1855 erschienen, jedoch noch ohne konkrete Belege, Nr. 256, 26. 10., Nr. 279, 22. 11.

Auf der größten Siedlung, Ybicaba, kam es zu einem kleinen Aufstand, dessen Führer, der Bündner Lehrer Thomas Davatz, danach in die Heimat zurückkehrte und in einer scharfen Klageschrift das Haus Vergueiro der verschiedensten Vertragsbrüche und Betrügereien beschuldigte⁹.

Mit den folgenden Demarchen der schweizerischen Behörden, die in einem recht scharfen Notenwechsel mit der brasilianischen Regierung und der Abordnung eines außerordentlichen Gesandten durch den Bundesrat gipfelten, können wir uns hier nicht näher befassen¹⁰. Das Resultat der geführten Untersuchungen war, daß in der Tat ein großer Teil der Kolonisten nach einigen Jahren weit davon entfernt war, aus Schulden und Abhängigkeit herauszukommen, und daß nicht wenige sogar in eine immer schlimmere Lage gerieten. Der Mißerfolg ergab sich zum Teil aus dem System an sich, denn für einen unerfahrenen Neuling, der sich zuerst an das Klima und die veränderten Lebensbedingungen gewöhnen mußte, war es einfach sehr schwierig, nach wenigen Jahren erkleckliche Überschüsse für die Abzahlung seiner Schulden zu erwirtschaften. Einen Teil der Schuld trugen die Unternehmer, die zum Teil die Verträge möglichst zuungunsten der Siedler auslegten, wenn nicht gar verletzten, ferner die brasilianischen Behörden, die den Ausländern kaum genügenden Rechtsschutz gewährten, aber nicht zuletzt auch die schweizerischen Gemeinden, die denkbar ungeeignete Kolonisten ausgewählt hatten.

Welches war nun der Anteil der Aargauer an dem mißglückten Unternehmen? Die relativ geringe Höhe der zu leistenden Vorschüsse und vor allem die Hoffnung auf Rückzahlung hatte in den Jahren 1854 bis 1856 auch eine ganze Reihe von aargauischen Gemeinden veranlaßt, Armenschübe nach Brasilien zu schicken. Größere Gruppen stellten 1854 Oberkulm mit 28, Unterkulm mit 20 und Teufenthal mit 26 Personen; 1855 Gebenstorf mit 29 oder 32, Oberentfelden mit 16 oder 19 und Unter-

⁹ Davatz, a. a. O. Darin eine Klageschrift der Kolonisten von Ybicaba gegen das Haus Vergueiro.

¹⁰ Vgl. vor allem die Berichte des Gesandten J. J. v. Tschudi, *Bundesblatt*, 1860, II, Nr. 61; 1861, I, Nr. 7, II, Nr. 43; ferner: *Aktenstücke brasilischer Seite, betreffend die Kolonisation des Kaiserreichs*, Leipzig 1858, CHRISTIAN HEUSSER, *Die Schweizer auf den Kolonien in St. Paulo in Brasilien*, Zürich 1857.

kulm mit 17; 1856 schließlich Lupfig mit 13 und Seon mit 16 Personen¹¹. Dazu kamen mehrere kleine Gruppen und einzelne aus andern Gemeinden. Es ist nicht sicher festzustellen, wieviele der über 400 Brasilienauswanderer der Jahre 1854–1857 nach den Halbpachtkolonien zogen, es könnten nahe an 360 gewesen sein. Noch 1860 zählte der bundesrätliche Sondergesandte, Johann Jakob von Tschudi, 22 Aargauer Familien auf den Vergueiro-Kolonien, davon 9 allein auf der als vorbildlich geltenden Siedlung São Lourenço¹².

Sicher ist, daß auch von den beteiligten aargauischen Gemeinden keine ihre Vorschüsse zurückerhalten hat. Einige verzichteten schon im Februar 1858, andere drei Jahre später auf jede Rückzahlung, um das Schicksal der Kolonisten zu erleichtern. 1862 traten die übrigen ihre Forderungen an den Bundesrat ab, der sie durch von Tschudi auf dem Rechtsweg geltend machen wollte. Als 1866 die schlechte Geschäftslage Vergueiros die Aussichten weiter verminderte, gaben auch die letzten ihre Ansprüche auf¹³.

Das Schicksal der einzelnen Kolonisten ist weniger gewiß. Ohne Zweifel waren auch unter den Aargauern zahlreiche Elemente, die sich nach ihrer charakterlichen Veranlagung und ihrer bisherigen Lebensweise denkbar schlecht für die schwere Kolonisationsarbeit eigneten. Von Tschudi erwähnt als besonders übles Beispiel den halb schwachsinnigen Daniel Thut von Oberentfelden und einen arbeitsunfähigen Epileptiker von Sarmenstorf¹⁴. Der Verdacht liegt nahe, daß manchen Gemeinden für die Abschiebung solcher Unerwünschter Brasilien besonders geeignet schien; einmal, weil sie dort an ihren Landsleuten einen gewissen Rückhalt hatten, vor allem aber, weil die Gefahr einer Rückschiebung kleiner war, als in den besser kontrollierten nordamerikanischen Häfen.

Auch qualifizierte Kolonisten hatten an den Rückzahlungen schwer zu tragen, obwohl ihnen der Verzicht der Gemeinden auf ihre Vorschüsse einige Erleichterung brachte; manchen wurde das System der Solidarhaftung zum Verhängnis, indem sie die Schulden verstorbener Verwandter oder auch nur Verschwägerter zu übernehmen hatten. Mehrere

¹¹ Statistik der aargauischen Brasilienauswanderung, Februar 1858, StAAG, IA Nr. 5, Brasilien 1857.

¹² v. Tschudi, erster Bericht a. a. O.; ferner Brief v. Tschudis an die aargauische Regierung, 1. 10. 1860, StAAG, a. a. O.

¹³ StAAG, a. a. O., 25. 2. 1858, 12. 5. 1862, 4. 8. 1866.

¹⁴ Brief v. Tschudis, StAAG, a. a. O.

Aargauer mußten wegen ihrer Beteiligung an den Unruhen auf Ybicaba die Kolonie verlassen; sie fanden Aufnahme in einer Ansiedlung am Mucury in der Provinz Espiritu Santo; nach anderen Berichten über diese dürften sie aber damit ihre Lage kaum verbessert haben¹⁵.

Im übrigen hing es weitgehend von der Führung der einzelnen Siedlungen ab, ob sich die Kolonisten nach den anfänglichen Schwierigkeiten aus ihrer Abhängigkeit herausarbeiten konnten. Wie erwähnt befand sich immerhin ein großer Teil der Aargauer auf São Lourenço, wo nach dem Bericht von Tschudis die Verhältnisse relativ gut waren.

Nicht alle aargauischen Brasilienauswanderer hatten sich nach den Halbpachtkolonien gewandt. Auch Dona Francisca fand weiterhin Interessenten, und anscheinend versprach auch die dortige Verwaltung zeitweise den Gemeinden Rückzahlung von Reisegeldern¹⁶. Sechs Aargauer Familien fand Tschudi in Rio Novo, einer Privatkolonie in der Provinz Espiritu Santo, für die ebenfalls Paravicini Werbung und Beförderung übernommen hatte. Aus seiner Offerte an die Gemeinde Möhlin ist ersichtlich, daß für diese Kolonisten nur noch 80 Franken pro erwachsene Person an die Überfahrtskosten zu entrichten waren. Auf die zuerst versprochenen Rückzahlungen machte der Agent allerdings schon kurz nach der Abreise der Leute keine Hoffnungen mehr¹⁷.

Nach von Tschudis Urteil wurde auch diese Kolonie nicht sonderlich gut verwaltet; außerdem war das Klima für Europäer recht ungünstig: es hatte bis 1860 unter den rund 45 Aargauern schon 10 Todesopfer gefordert. Immerhin besaßen drei der Familien ansehnliche Pflanzungen und hatten außer ihrer geschwächten Gesundheit keinen Grund zu Klagen¹⁸.

Leider fehlen uns nach 1857 genauere Angaben über die Reiseziele der Südamerikauswanderer; der Skandal um die Vergueiro Kolonien hatte

¹⁵ Vgl. ROBERT C.-B. AVÉ-LALLEMANT, *Am Mucury*, Eine Waldgeschichte aus Brasilien, Hamburg 1859. Darin wird eine Gruppe von Schweizern von den Vergueiro-Kolonien erwähnt, von deren 31 Mitgliedern bereits 15 gestorben waren. Die übrigen hofften sich durchzubringen, obwohl zum Beispiel die Verpflegung noch weit schlechter sei, als bei Vergueiro.

¹⁶ GAR Möhlin, Auswanderungsakten, Offerte Paravicinis vom 6.9.1856 und Rückzahlungsvertrag vom 2.10.

¹⁷ a. a. O., Brief Paravicinis vom 11.10.

¹⁸ v. Tschudi, zweiter Bericht, a. a. O.

aber Brasilien wieder für längere Zeit in Verruf gebracht. 1873 wurde auch in der Schweiz für die in der Provinz Bahia entstandenen Kolonien Moniz und Theodoro geworben, trotz öffentlichen Warnungen des Bundesrates offenbar nicht ganz ohne Erfolg. Jedenfalls wurde im Dezember dieses Jahres die Witwe Franziska Binkert aus Koblenz durch die Hilfsgesellschaft in Bahia völlig verarmt von Moniz nach Hause geschickt¹⁹.

Unter den wenigen Auswanderungen, deren Ziel genauer bezeichnet ist, finden wir im übrigen nur noch eine nach São Paulo im Jahre 1883. Der größte Teil der ohnehin abnehmenden Südamerikaauswanderung scheint sich nach 1856 nach Argentinien gewandt zu haben.

Argentinien und Uruguay

Während in Brasilien auch vor 1850 immer wieder Versuche unternommen worden waren, Siedlungen von Mitteleuropäern anzulegen, hatte in Argentinien unter der Diktatur Rosas' die Kolonisationstätigkeit völlig aufgehört. Erst Rosas' Sturz 1852 eröffnete eine neue Phase der Erschließung des Landesinnern, wobei gerade Schweizer Kolonisten eine eigentliche Pionierrolle zufallen sollte. Die Initiative ging allerdings von Argentinien aus.

Im Juni 1853 schloß ein gewisser Aaron Castellanos mit der Regierung des Staates Santa Fé einen Vertrag über die Gründung von Landwirtschaftskolonien²⁰. Vorgesehen war die Ansiedlung von 1000 ackerbau-treibenden Familien in 5 Kolonien, die im Abstand von zwei Jahren entstehen sollten. Jeder Familie sollte ein Grundstück von 33 $\frac{1}{3}$ Hektar zugeteilt werden, das nach fünf Jahren Urbarisierung und regelmäßiger Bebauung in ihren Besitz übergehen würde. Auf Vorschuß, abzahlbar innert zwei Jahren, wollte die Regierung den Siedlern Häuschen, Proviant bis zur ersten Ernte, Sämereien und Vieh zur Verfügung stellen. Als Standort der Kolonie war das Gebiet rechts des Parana, zu beiden Seiten des Rio Salado vorgesehen, die Wahl der genaueren Plätze sollte dem Unternehmer überlassen bleiben.

¹⁹ Warnung des Bundesrates, 24.1.1873, StAAG, IA Nr. 5, 1873, Faszikel 44. Ankündigung der Heimschaffung, a. a. O., Faszikel 66.

²⁰ Vgl. vor allem: JUAN SCHOBINGER, *Inmigracion y Colonizacion Suizas en la Republica Argentina en el Siglo XIX*, Buenos Aires 1957; KARL ZBINDEN, *Die schweizerische Auswanderung nach Argentinien, Uruguay, Chile und Paraguay*, Diss. Bern, Affoltern am Albis, 1931.

Offenbar hegte der Argentinier Castellanos von den Qualitäten der romanischen Völker keine sehr gute Meinung, ging er doch von Anfang an darauf aus, mitteleuropäische Kolonisten zu erhalten. Als Hauptvertreter in Europa setzte er den Auswanderungsagenten Vanderest in Dünkirchen ein, daneben sollten die Häuser Textor in Frankfurt und Beck & Herzog in Basel für sein Unternehmen werben.

1855 erschien in Basel in deutscher Übersetzung *Kurze Betrachtungen über den Rio de la Plata* von Castellanos und eine weitere Werbebrochure unter dem Titel: *Die Argentinische Republik und die Colonien des Herrn Castellanos in der Provinz Santa Fé*.²¹ Darin wurde das Land natürlich in den schönsten Farben geschildert und die Nachteile der übrigen Auswanderungsziele hervorgehoben. Insbesondere wurde auch behauptet, die Vereinigten Staaten brauchten nunmehr keine Auswanderer mehr und würden eine mehr und mehr abweisende Haltung einnehmen.

Die publizierten Vertragsbedingungen für die Siedler entsprachen im wesentlichen den in der Regierungskonzession festgelegten Richtlinien. Castellanos gewährte für jede Familie von fünf Köpfen einen Vorschuß von 765 Franken an die Reisekosten, der zu verzinsen und innert zwei Jahren zurückzuzahlen war. Für die Vorschüsse der Regierung an Gebäuden, Proviant, Saatgut und Vieh sollten ebenfalls nach zwei Jahren, bei schlechten Ernten ein Jahr später, 1000 Franken bezahlt werden. Selber mitzubringen hatten die Siedler hinreichende Kleidung, Hausgerät und selbst die für den Ackerbau notwendigen Werkzeuge. Der Pachtzins wurde auf einen Drittel der Erträge des Ackerbaus angesetzt, von den Erzeugnissen der Viehzucht mußte nichts abgeliefert werden.

Dem kritischen Leser konnten diese Bedingungen nicht gerade überwältigend günstig erscheinen, wenn auch die Hoffnung auf den Besitz eines ansehnlichen Gutes nach nur 5 Jahren recht verlockend war. Es mußte doch fraglich bleiben, ob die Abtragung der beträchtlichen Schulden in so kurzer Frist möglich sein würde²².

Die Anwerbung der ersten 200 Familien ging denn auch nicht ganz so rasch und reibungslos vonstatten, wie man gehofft hatte. Der Grund

²¹ Die Publikation war natürlich von Beck & Herzog veranlaßt worden.

²² Verführerisch mußten allerdings die von Castellanos genannten Löhne wirken: 3 bis 5 Franken täglich für Landarbeiter, 5 bis 10 Franken für Handwerker (a. a. O., S. 76). Für die Kolonisten waren aber solche vermutlich städtische Ansätze bedeutungslos.

dafür dürfte vor allem in der allgemeinen Abnahme der Auswanderung am Ende der großen Welle gelegen haben²³. Eine eigentliche Warnschrift gegen das argentinische Unternehmen wurde vom Herausgeber der Auswanderungszeitschrift *Der Colonist* veröffentlicht; Beck & Herzog wiesen sie mit sachlichen Argumenten und dem Hinweis zurück, daß der *Colonist* eben nicht ein neutrales Informationsblatt, sondern ein Propagandaorgan des Agenten Paravicini und damit des Hauses Vergueiro sei²⁴.

Jedenfalls gelang es, bis Ende Jahr die gewünschte Anzahl von Siedlern anzuwerben. Die erste nach Argentinien reisende Gruppe bestand sogar aus Leuten, die von Castellanos nicht mehr hatten angenommen werden können, und die nun einfach aufs Geratewohl die Fahrt wagten. Die zehn Familien, aus dem Kanton Freiburg stammend, verdingten sich in Buenos Aires bei einer Gruppe privater Grundbesitzer zur Anlegung einer Ackerbaukolonie; ihre Ansiedlung in Baradero (Provinz Buenos Aires) wurde die erste Schweizerkolonie in Argentinien. Die kleine Niederlassung, die in den folgenden Jahren noch geringen Zuzug erhielt, spezialisierte sich auf den Anbau der bisher wenig verbreiteten Kartoffeln und fand dafür einen sehr günstigen Markt. Trotz dauerndem Mangel an kultivierbarem Land gelangte sie so zu schöner Blüte; obwohl für die argentinische Wirtschaftsgeschichte nicht so wichtig wie spätere Kolonien, konnte sie durchaus als Erfolg gelten²⁵.

Die Ansiedlung der Kolonisten von Castellanos verlief daneben viel weniger reibungslos. Während sich der Initiant in Europa aufgehalten hatte, war in Santa Fé wieder eine eher fremdenfeindliche Stimmung zum Durchbruch gekommen. Als Castellanos zurückkam, waren die

²³ Die von Zbinden, S.31, aber auch von Schobinger, S.49, vertretene Ansicht, daß schlechte Nachrichten aus Brasilien auch gegen das argentinische Projekt eine ungünstige Stimmung geschaffen hätten, scheint mit dem zeitlichen Ablauf der Ereignisse nicht ganz vereinbar. Im Herbst 1855, als etwa der *Schweizerbote* die ersten vorsichtigen Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Vergueiro-Unternehmens äußerte, war die erste Kolonistengruppe für Argentinien bereits reisefertig.

²⁴ *Die Auswanderung nach Santa Fé im argentinischen Staatenbunde*, Eine kurze aber getreue Darstellung der Verhältnisse dieses Landes und der Aussichten, welche der schweizerischen Ansiedler dort warten, Lichtensteig 1855, *Die Argentinische Republik und die Colonie von Herrn Castellanos in der Provinz Santa Fé*, Erwiderung auf die von der Expedition des «Colonisten» in Lichtensteig veröffentlichten Entstellungen derselben, Basel 1855.

²⁵ Schobinger, S. 52 ff.

versprochenen Vorbereitungsarbeiten noch nicht begonnen, sogar der endgültige Platz wurde erst bestimmt, als die Nachricht von der Einschiffung der Kolonisten eintraf. Die schließlich gewählte Lage war bedeutend weniger günstig als die ursprünglich vorgesehene; die Kolonie lag nun weiter nach Westen vorgeschoben, wo sie eine eigentliche Außenbastion gegen die Pampasindianer bilden mußte, zudem war sie von der Stadt und damit vom Absatzmarkt für ihre Produkte durch den Fluß getrennt.

Die erste Auswanderergruppe von 147 Personen hatte Dünkirchen am 9. November 1855 verlassen; die Überfahrt nach Buenos Aires dauerte fast 2½ Monate, und erst gegen Ende Januar trafen die Leute in Santa Fé ein. Dort mußten sie zuerst etwa zwei Wochen in einer Art Kaserne untergebracht werden, weil die Kolonie noch nicht für ihre Aufnahme bereit war. In der ersten Februarhälfte betraten die ersten Schweizer das Gelände der künftigen Siedlung «Esperanza». In den nächsten Wochen folgten weitere Transporte; bis etwa Mitte Juni waren rund 1400 Personen auf der Kolonie.

Bereits bei der ersten Gruppe hatten sich auch einige Aargauer befunden. Der Berner Sommer-Geiser, der im Auftrag der Regierung auf dem vierten Schiff mitreiste und über die Organisation und die Erfolgsaussichten des Unternehmens berichtete, zählte allein unter seinen 214 Mitpassagieren nicht weniger als 67 Aargauer²⁶. Die Statistiken zeigen, daß schon 1855 37 Personen und 1856 weitere 85 aus dem Aargau nach Esperanza zogen.

Nach den Wünschen Castellanos' hätten sich an seinem Unternehmen nur bewährte Ackerbauern mit etwas Vermögen beteiligen sollen; die geforderten Ausweise über die nötigen Qualifikationen wurden aber von den zuständigen Behörden oft sehr leicht erteilt, und das Gros der Siedler rekrutierte sich auch hier aus armen und wenig qualifizierten Leuten.

Von den beteiligten Aargauern erhielt der größere Teil neben den Vorschüssen der Unternehmer auch noch Beiträge der Gemeinden und des Staates. Größere Gruppen kamen 1855 aus Birmenstorf mit 16 Personen, 1856 aus Gränichen mit 4 Familien mit zusammen 12 Erwachsenen und 18 Kindern sowie aus Hornußen mit 7 Erwachsenen und 5 Kindern.

²⁶ SOMMER-GEISER, *Bericht über die Reise nach Santa Fé*, usw., Bern 1857.

Eine Liste der Aargauer auf Esperanza von 1857 nennt 96 Erwachsene und 42 Kinder; mit einem Anteil der noch nicht arbeitsfähigen von weniger als einem Drittel hätte diese Altersstruktur eine recht günstige Voraussetzung sein müssen²⁷.

Einige der kleineren Familien hatten sich zusammengeschlossen, um gemeinsam eine Parzelle zu bewirtschaften. Nach dem Bericht hatten die Aargauer im ersten Jahr von 1757½ Jucharten zugeteilten Landes 227 gerodet und angebaut; der Erlös der ersten Ernte hätte für ihre 19 Parzellen durchschnittlich 1560 Franken betragen²⁸.

Daß die Aufgabe der Siedler keineswegs leicht war, deutet sich schon in den Briefen an, die von den Agenten gesammelt und veröffentlicht wurden²⁹. Natürlich lauten diese ausgewählten Berichte, die ja der Reklame dienen sollten, vorwiegend positiv. So hieß es in einem Schreiben von Daniel Hubeli von Effingen:

«Alles erhalten die Colonisten, wie es ihnen in ihrem Contract vorgeschrieben ist. Ja noch viel mehr, ein jeder Coloniebesitzer hat statt 2 Ochsen zum Pflügen 4 bekommen. Lebensmittel erhaltet jeder, so viel er braucht, Rindfleisch für eine Woche 30 bis 35 Pfund, dies erhaltet man Alles auf Kredit und zwar ohne Zins.»

Und weiter unten heißt es:

«Ich ermahne sie alle diejenigen, welche diesen Brief lesen, sich ohne Rücksicht auf irgend einem Gegenstand zu achten, der ihnen lieb und theuer wäre, zu verlassen, wie sie die Reisekosten zusammenbringen, aufzubrechen und hieher auszuwandern auf die zukünftige Colonie. Ich versichere es ihnen, Jedem, der arbeiten will, lacht hier eine Zukunft entgegen, die nicht besser sein könnte.»³⁰

Einige Schwierigkeiten lassen sich aber doch ahnen, aus Meldungen etwa, daß man 50 Fuß tief nach Wasser graben müsse, daß Bauholz sehr knapp sei und daß nachfolgende Siedler möglichst viele Geräte, Werkzeuge und sogar Sämereien mitbringen möchten.

²⁷ Annonce des Agenten Wirth-Herzog in *Schweizerbote*, Nr. 149, 24. 6. 1857.

²⁸ Am erfolgreichsten waren die Familien Dominik Zehnder und Abraham Meyer von Birmenstorf, die gemeinsam 29½ Jucharten Land bebaut und für die Ernte 3700 Franken gelöst hatten. Die Familie Karl Nußbaum von Obermumpf hatte mit den abgeschobenen Schwestern Haberstich von Oberentfelden (vgl. S. 269) auf 3¼ Jucharten einen Ertrag von 460 Franken erzielt.

²⁹ *Brief-Auszüge aus Santa Fé von Ansiedlern der Colonie Esperanza gegründet im Jahr 1856 von Beck & Herzog in Basel*. Benützt wurde das 4. Heft, Basel 1858.

³⁰ a. a. O., S. 21 ff.

In der Tat waren die ersten Jahre auf Esperanza äußerst mühsam. Die meisten Kolonisten besaßen wenig Erfahrung in landwirtschaftlicher Tätigkeit, und selbst erfahrene Bauern hatten mit den völlig andern Bedingungen zu kämpfen. An Geräten, Werkzeugen und Zugvieh bestand Mangel; die gelieferten Rinder waren halbwild und liefen den unbeholfenen Besitzern gleich wieder davon. Die Behörden von Santa Fé nahmen vorübergehend wieder eine eher unfreundliche Haltung ein, so daß die Regierung der Föderation eingreifen mußte.

Da mit einem geschäftlichen Erfolg bald einmal nicht mehr gerechnet werden konnte und die Verzinsung der von Castellanos geleisteten Vorschüsse den wirtschaftlichen Fortschritt hinderte, übernahm schließlich der Staat das ganze Unternehmen und erließ den Kolonisten die Pachtzinsen. Besonders deprimierend wirkte, daß nach einer guten ersten Ernte die Erträge der folgenden Jahre durch drei aufeinanderfolgende Heuschreckenplagen schwer beeinträchtigt wurden.

Nicht nur die materiellen Nöte dürften die ersten Jahre erschwert haben; das Dasein eines Pioniers in der weiten Pampas mußte den Schweizer auch seelisch hart ankommen. Die wenigen Skizzen in den Broschüren über Esperanza geben schon einen Eindruck von der Trostlosigkeit der Landschaft. Die Siedlung war so angelegt, daß jeweils vier Häuschen in den Ecken aneinergrenzender Konzessionen nahe beisammen lagen; die Distanz bis zur nächsten Gruppe war dann schon recht beträchtlich. So standen die kleinen, aus Adobeziegeln erbauten Hütten reichlich verloren in der riesigen baumlosen Ebene.

Wer die grüne Landschaft des schweizerischen Mittellandes und die dörfliche Gemeinschaft gewohnt war, konnte sich hier nicht rasch heimisch fühlen.

Trotzdem war die Gründung von Esperanza letztlich kein Mißerfolg; die Kolonie gelangte zu ansehnlicher wirtschaftlicher Blüte und wurde zum Kristallisationspunkt einer ganzen Reihe von weiteren Ansiedlungen. Bei der Erschließung des argentinischen Westens und der Einführung des Getreidebaus spielten diese schweizerischen Ackerbaukolonien eine maßgebliche Rolle, obwohl die ersten Siedler überall eine harte Lehrzeit zu bestehen hatten³¹.

Der aargauische Anteil an den nächsten Gründungen war gering. Auf San José in Entre Rios, 1857 gegründet, befand sich vielleicht eine

³¹ Siehe die Beurteilung bei Schobinger, S. 181 ff.

Aargauer Familie³²; San Geronimo Norte, bei Esperanza gelegen, war ausschließlich von Oberwallisern bewohnt. Höchstens einige wenige Aargauer zählte die von dem Basler Geschäftshaus Beck & Herzog gegründete Kolonie San Carlos, die zwar als Kapitalanlage die Hoffnungen der Aktionäre nicht erfüllte, durch ihre Organisation aber in mancher Hinsicht als vorbildlich galt³³.

Auf der Privatkolonie Nueva Helvecia in Uruguay dagegen, die 1861 auf Ländereien des Basler Bankhauses Sigrist & Fender entstanden war, befanden sich 1863 unter 600 Einwohnern auch 50 Aargauer³⁴. Leider lassen sich Identität und Herkunft nur für drei Familien ermitteln, die offenbar zu den erfolgreichereren Kolonisten gehörten. Der schweizerische Konsul in Montevideo erwähnte in einem Bericht von 1865, daß bei vielen natürlichen Vorzügen der Kolonie die Qualität der Siedler im allgemeinen ungenügend sei; unter den tüchtigern, die sich gut durchsetzten, seien unter andern auch die Familien Schaffner und Matter aus dem Aargau³⁵. Die erstere, der Witwer Jakob Schaffner mit neun Kindern, war 1863 von Effingen ausgewandert. Die Kosten für die Reise bis Montevideo, 2500 Franken, hatte Schaffner selbst bezahlen können, für die Weiterreise gewährte ihm die Gemeinde eine Unterstützung von 200 Franken. Sein gesamtes mitgenommenes Vermögen wird in der Statistik mit 4000 Franken angegeben, es blieben ihm also wohl auch nach der Ankunft einige Mittel für die Bestreitung der Ansiedlungskosten³⁶.

Auch Johann Matter, der 1862 mit seiner Frau und drei Kindern von Zofingen nach Uruguay gezogen war, konnte nicht als arm gelten, hatte er doch ein Vermögen von 3000 Franken mitgenommen. Matter zählte offenbar bald zu den angeseheneren Einwohnern der Kolonie; zusammen mit einem Bürger von Sursee und einem Franz Blum von Wyl im Bezirk Laufenburg verfaßte er im Februar 1867 einen Bericht über deren Zustand, der sogar im *Bundesblatt* veröffentlicht wurde. Der genannte Blum war ziemlich sicher 1863 ausgewandert, mit Frau und fünf

³² 1857 war die 13köpfige Familie Häfliger von Oberentfelden mit Ziel Santa Fé ausgewandert; ihr Name figuriert nicht unter denen der Siedler von Esperanza, wohl aber auf einer Liste von San José, Schobinger, S. 103.

³³ a. a. O., S. 115 ff.

³⁴ Zbinden, S. 124.

³⁵ Bericht des schweizerischen Konsuls in Montevideo über die Kolonie Neu-Helvetia, Rosario oriental, Uruguay, *Bundesblatt*, 1865, I, Nr. 12.

³⁶ StAAG, IA Nr. 5, 1863/64, Faszikel 29; Statistik, a. a. O.

Kindern sowie einem Vermögen von 6388 Franken. Es ist in diesem Falle also offensichtlich, daß die nachweisbar erfolgreichen Auswanderer auch in der Heimat nicht arm gewesen waren; es handelte sich hier wohl um die ideale Kategorie von Auswanderern, die es verstanden, mit ihrer Tüchtigkeit und einem kleinen Anfangskapital die Möglichkeiten des neuen Landes zu nutzen³⁷.

Vermutlich gehörten auch die übrigen Aargauer auf Nueva Helvecia zur Elite. Die Kolonie litt anfänglich nicht nur unter den üblichen natürlichen Schwierigkeiten, sondern auch unter der zu largen Verwaltung durch die Gründerfirma; erst nach deren Konkurs erhielt sie weitgehende Autonomie und nahm einen erfreulichen Aufschwung. Obwohl viele der weniger tüchtigen Siedler in den ersten Jahren ihre Parzellen verlassen hatten, behaupteten die Aargauer ihren Bevölkerungsanteil; 1889 waren es 119 von einer totalen Bevölkerung von 1254³⁸. In späteren Jahren galt die Siedlung als eine der besten Schweizerkolonien in Südamerika.

Einer der häufigsten Nachteile der frühen Kolonien war, daß sie nur beschränkte Landreserven besaßen und rundum von privaten Ländereien umgeben waren, so daß sie nicht unbeschränkt expandieren konnten. Manche der erfahrenen Siedler suchten sich deshalb neue Plätze, wenn sie ihre ersten Güter günstig verkaufen konnten. So entstand vor allem von Esperanza und San Carlos aus eine ganze Reihe von weiteren Gründungen, mehrere davon durch die Initiative des ersten Verwalters von San Carlos, Vollenweider, und der von ihm gegründeten *Compania Suiza de Colonizacion Santa Fé*.

Der Arzt Theophil Romang von Trubschachen leitete ebenfalls mehrere neue Ansiedlungen, darunter auch eine nach ihm benannte im Norden der Provinz Santa Fé, im Grenzgebiet gegen die Indianer des Gran Chaco. Unter einer kleinen Gruppe von weiteren befestigten Dörfern, die in der Gegend von Romang entstanden, befand sich Las Toscas, die Gründung eines Bürgers von Gränichen³⁹. Kaspar Kaufmann war 1856

³⁷ Bericht von 3 Kolonisten von Neu-Helvetia, datiert vom 14.2.1867, *Bundesblatt*, 1868, III, Nr.45. Es ist immerhin zu bedenken, daß auch Leute dieser Vermögensklasse durch eine Krise schnell ruiniert werden konnten und dann als «Arme» in die Statistik eingingen.

³⁸ Zbinden, S.126.

³⁹ Schobinger, S.157; MAX BYLAND, *Alt-Gränichen*, Bilder aus der Dorfgeschichte, Gränichen 1965, S.155.

im Alter von 14 Jahren mit Eltern und Geschwistern unter den ersten Ansiedlern von Esperanza gewesen; von Indianern entführt, hatte er ein Jahr lang unter diesen gelebt, bis ihm die Flucht gelungen war. Mit seinen Mitbürgern Samuel Sager und Stirnemann zusammen leitete er mehrere Expeditionen gegen die Indios, bis er 1884 ermordet wurde. Nach Schobingers Ansicht bildeten gerade diese Niederlassungen gute Beispiele dafür, daß auch Schweizer zu eigentlichen Pionieraufgaben durchaus geeignet waren⁴⁰.

Eine dritte Gruppe von Kolonien entstand etwas weiter im Süden, entlang der Eisenbahnlinie von Rosario nach Cordoba. Ein Engländer im Dienste der Eisenbahngesellschaft, William Perkins, ging 1869 nach Bern, um für den der Firma überlassenen Landstreifen beidseits der Strecke schweizerische Siedler anzuwerben⁴¹. Der vom schweizerischen Auswanderungsverein zur Berichterstattung abgeordnete Friedrich Jäggi-Gyger äußerte sich zwar grundsätzlich eher skeptisch gegenüber allen Kolonienplänen für Argentinien, trotzdem hatte aber die Werbung beträchtlichen Erfolg⁴². Vor allem in den drei nahe bei Rosario gelegenen Siedlungen Roldan-Bernstadt, Carcarana und San Geronimo Sud stellten die Schweizer einen großen Anteil der Bevölkerung⁴³.

Obwohl hier die Berner dominierten, begegnen wir noch einmal einem bedeutenden Aargauer Kontingent. 1884 schickte ein gewisser Fritz Kunz von Brittnau aus San Geronimo Reisegeld an seine Verwandten in der Heimat⁴⁴. 1885 erwähnte der dortige Gemeinderat in einer Verteidigung gegen den Vorwurf der Abschiebung sogar eine «Brittnauer Colonie» in Argentinien⁴⁵. Man wird annehmen dürfen, daß diese nicht näher bezeichnete Kolonie entweder San Geronimo Sud oder eine der benachbarten Siedlungen war. Auch liegt der Schluß nahe, daß die ungewöhnlich hohe Zahl von 23 Südamerikaauswanderern, welche die

⁴⁰ Schobinger, a. a. O.

⁴¹ Schobinger, S. 153 ff. Perkins hatte schon früher eine ausführliche Studie über die Kolonien in Santa Fé veröffentlicht, die auch ins Deutsche übersetzt wurde: *The Colonies of Santa Fé, Their origin, progress and present condition, with general observations on emigration to the Argentine Republic*, Santa Fé 1864.

⁴² FR. JÄGGI-GYGER, *Der Freund der Auswanderer*, Argentinische Zustände, Bern 1875.

⁴³ Schobinger, a. a. O.; Zbinden, S. 50 f.

⁴⁴ Brief vom 5. 5. 1884, Akten der Direktion des Innern, Auswanderungswesen 1881–1888.

⁴⁵ a. a. O., Briefwechsel des Gemeinderats mit dem Amtsrevisor in Zofingen vom Februar 1885.

Statistik 1873 für Brittnau angibt, eben den Kern dieser «Brittnauer Colonie» bezeichnet.

Nach dem Urteil von Jäggi-Gyger, dem keinesfalls Schönfärberei vorzuwerfen ist, durften die Eisenbahnkolonien durch die Güte des Landes und auch der Verwaltung als besonders hoffnungsvoll gelten. Hemmend wirkte nach seinem Bericht die mangelhafte politische Administration der Gegend und vor allem die zum Teil miserable Auswahl der Siedler. Besonders Roldan-Bernstadt sei durch die schweizerischen Behörden und den Auswanderungsverein mit völlig ungeeigneten Armen besiedelt worden. Dagegen sei San Geronimo Sud mit besserem Boden und viel besseren Siedlern in einem weit erfreulicheren Zustand. Jedenfalls zweifelte der Berichterstatter nicht an der gesicherten Zukunft der Kolonien, besonders wenn die schlechteren Elemente einmal ausgeschieden seien⁴⁶.

Die Zahl der Ackerbaukolonien, besonders in der Provinz Santa Fé, vermehrte sich nach dem Erlaß eines die Einwanderung begünstigenden Gesetzes im Jahre 1876 rasch. Recht häufig kamen die ersten Siedler aus den bereits bestehenden Kolonien, wo ihnen der Raum zu eng geworden war. Aber auch der Zustrom aus der Schweiz erreichte mit 9500 Personen in den Jahren 1883 bis 1889 einen Höhepunkt. Leider ist es nicht möglich, auch nur annäherungsweise zu bestimmen, welchen Anteil die aargauischen Auswanderer an diesem Strom hatten. Aufgrund der spärlichen Akten über Südamerikaauswanderung läßt sich einzig sagen, daß Argentinien nach 1856 auch für die Aargauer das wichtigste Auswanderungsziel auf dem südamerikanischen Halbkontinent war.

Für einige Jahre allerdings erreichte Chile wohl noch größere Bedeutung.

Chile

Unser Material gibt keinerlei Aufschlüsse darüber, ob an den spärlichen Auswanderungen nach Chile in den fünfziger und siebziger Jahren schon Aargauer beteiligt waren; auch finden wir keinerlei Hinweise auf die damals schon einsetzende Propaganda chilenischer Behörden. Aktueller wurde die Chile-Kolonisation erst, als in den frühen achtziger Jahren gleichzeitig mit dem Anschwellen einer neuen Auswanderungswelle die Regierung ihre Anstrengungen zur Gewinnung europäischer

⁴⁶ Jäggi-Gyger, a. a. O.

Siedler verstärkte. Ihr europäischer Generalagent, Francisco de B. Echeverria, übertrug der Basler Auswanderungsagentur Philipp Rommel & Co. die Werbung in der Schweiz⁴⁷.

Die eidgenössischen Behörden sahen keinen Grund, gegen diese Werbung einzuschreiten, da die Konsulatsberichte aus Chile sehr günstig lauteten und die offerierten Bedingungen verlockend waren. Auf die hohen Reisekosten wurde ein Vorschuß gewährt; das Land erhielten die Siedler kostenlos, und zwar 40 Hektar je Familie, mit einer Zulage von 18 ha für jedes Kind von mehr als 18 Jahren. Zugvieh und Baumaterial sollten gestellt werden, samt einem Kostgeld von monatlich 75 Franken pro Kopf für das erste Jahr. Die Rückzahlung der Vorschüsse war vom dritten Jahr an über eine Spanne von acht Jahren vorgesehen. Zunächst hatte der Kolonist nur die Reisekosten bis Bordeaux selber zu tragen, außerdem mußte er innert 4 Jahren ein Haus errichten und 4 ha Boden urbanisieren, wenn sein Besitzanspruch nicht verfallen sollte⁴⁸.

Rommels Werbekampagne, auf dem Höhepunkt einer Auswanderungswelle einsetzend, war äußerst erfolgreich. Innert weniger Monate konnte er über 1300 Schweizer verpflichten, die vom Oktober bis Dezember 1883 die Schweiz verließen⁴⁹.

Anfang Dezember erhielt der Bundesrat ein warnendes Schreiben des Konsuls in Valparaiso, daß eine zu rasche Besiedlung der Kolonien nur schädlich sein könne; man möge die übermäßige Auswanderung etwas dämpfen. Darauf wurde Rommel angewiesen, die Speditionen bis auf weiteres einzustellen⁵⁰.

Vom Oktober 1884 an wurden sie wieder aufgenommen, jedoch nicht mehr in gleichem Ausmaß. Über die Beteiligung der Aargauer haben wir leider nur recht lückenhafte Angaben; sicher ist aber, daß aus den Bezirken Zurzach und Baden ziemlich viele Auswanderungen nach Chile stattfanden⁵¹. In Döttingen hatte der Gemeindeammann erfahren, daß

⁴⁷ Zbinden, S.157 ff. Die Namensschreibung «Echerria» bei Zbinden stimmt mit den geprüften Quellen nicht überein.

⁴⁸ Propagandamaterial bei einem Schreiben des Bezirksamts Zurzach vom 4.11.1883, StAAG, IA Nr.5, 1883. Ferner *Volksfreund*, Nr.188, 11.8.1883.

⁴⁹ Zbinden, S.158.

⁵⁰ a. a. O., ferner StABS, Auswanderung A, 1881–1884, 11.12.

⁵¹ Zwar kam die Mehrheit der aargauischen Auswanderer in diesen Jahren aus den Industriebezirken (siehe unten S. 319 und 323 f.), doch fand die Chile-Kolonisation natürlich in den katholischen Kantonsteilen mehr Interesse.

für die Auswanderung nach Chile vorteilhafte Bedingungen geboten würden; er schlug zunächst dem Gemeinderat vor, einige Familien, die schon seit einiger Zeit die Auswanderung gewünscht hätten, auf diese Gelegenheit aufmerksam zu machen⁵².

Am 27. September gelangte man mit dem Gedanken vor die Gemeindeversammlung:

«Da die Reisekosten nur von hier aus bis Bordeaux bezahlt werden müssen und verhältnismäßig gering sind, glaubt der Gemeinderath, es sollte diese günstige Gelegenheit benutzt und die Auswanderung befördert werden.»⁵³

Am 23. Oktober reisten 24 Erwachsene und 40 Kinder von Döttingen ab, am 4. Dezember weitere 3 Familien mit 16 Personen⁵⁴. In Würenlingen beschloß die Gemeindeversammlung am 28. Oktober die Ausrichtung von 4235 Franken an Reisegeldern für 5 Familien und eine Einzelperson, insgesamt 11 Erwachsene und 27 Kinder. Am 3. November wurden weitere 310 Franken für 3 Alleinstehende bewilligt⁵⁵.

Das Bezirksamt Zurzach meldete außerdem am 18. Oktober die Spedition je einer Familie aus Unterendingen und aus Tegerfelden, am 4. Dezember berichtete es, daß die Abschiebungen von Armen nach Chile zunähmen⁵⁶.

Über das spätere Schicksal der Kolonisten wissen wir wenig. 1888 veröffentlichte der Waadtländer Pfarrer François Grin einen Bericht, der unter dem Titel *Unsere Landsleute in Chile* auch deutsch publiziert wurde⁵⁷. Der Geistliche hatte eine ganze Reihe von schweizerischen Ansiedlungen besucht, immerhin aber kaum alle. Unter den von ihm mit Namen erwähnten Familien befinden sich 10 aus dem Aargau stammende, davon 2 aus Döttingen, 1 aus Mellikon, 1 vermutlich aus Würenlingen. Die Angaben über ihre Lebensbedingungen sind spärlich; 2 Familien werden als arm bezeichnet, eine als zufrieden, während ein gewisser Zehnder aus Döttingen ein sehr großes Gut besaß und sich vorgenommen hatte, so reich zu werden wie der Ammann seines Heimatdorfes⁵⁸.

⁵² GAr Döttingen, GRP, 21.9.1883.

⁵³ a. a. O., GVP, 27.9.1883.

⁵⁴ a. a. O., Auswanderungsrechnungen.

⁵⁵ GAr Würenlingen, GVP 28.10. und 3.11.1883, ferner FRIDOLIN MEIER, *Geschichte von Würenlingen*, S.176, ff.

⁵⁶ StAAG, IA Nr. 5, 1883.

⁵⁷ Lausanne 1888.

Gesamthft beurteilte Grin die Aussichten der Kolonien nicht schlecht, und er stellte fest, daß jeweils etwa das dritte Jahr den Umschwung zu einer entscheidenden Besserung der wirtschaftlichen Lage bringe. Objektive Schwierigkeiten entstanden nach seiner Meinung vor allem aus der Nachlässigkeit der Verwaltung und auch der Rechtspflege, die sich bei einer eher feindlichen Haltung der Bevölkerung sehr nachteilig auswirke⁵⁹. Daneben schrieb er aber die vorkommenden Mißerfolge vor allem der Unfähigkeit und Charakterlosigkeit vieler Kolonisten zu; besonders erschrocken zeigte er sich über die Verbreitung der Trunksucht.

Daß die Berichte aus Chile nicht alle negativ lauten konnten, läßt sich schon daraus entnehmen, daß auch im Jahre 1885 einige weitere Gesuche um Unterstützungen zur Auswanderung dorthin eingingen⁶⁰.

Man darf annehmen, daß der relativ hohe Anteil der Südamerikaauswanderung in diesem Jahr (105 von insgesamt 424) noch immer der Anziehungskraft des chilenischen Angebots zuzuschreiben war. In den folgenden Jahren ging dann die Auswanderung nach dem südlichen Halbkontinent beträchtlich zurück, und spätere Angaben lassen darauf schließen, daß nur Argentinien noch größere Kontingente anzog⁶¹.

⁵⁸ a. a. O., S. 158.

⁵⁹ Die zahlreichen Morde an Schweizer Kolonisten ließen sogar den Bundesrat ein Verbot der Chile-Auswanderung erwägen. Siehe Zbinden, S. 162.

⁶⁰ Gesuche aus Muri, Untersiggenthal, Reinach, Mettau, Gössikon; StAAG Akten der Direktion des Innern, Auswanderungswesen 1881–1888.

⁶¹ Der Anteil der Südamerikaauswanderung betrug zum Beispiel:

1908: 27 von 146 Ausgewanderten (Ausländer inbegriffen)

1909: 36 von 191 (davon 30 nach Argentinien)

1910: 23 von 166 (davon 21 nach Argentinien)

1911: 32 von 121 (alle nach Argentinien)

1912: 45 von 204

1913: 48 von 239

Vgl. RRR.

Die letzte Auswanderungswelle, 1880–1885

Unser letztes Hauptkapitel wird mit einigen ergänzenden Bemerkungen über die Jahre 1860–1880 beginnen müssen, nachdem die wesentlichsten Daten für diese Zeit bereits im Zusammenhang mit der Auswanderungswelle der Jahrhundertmitte behandelt wurden. Dann werden wir uns vor allem mit der letzten eigentlichen Massenauswanderung des 19. Jahrhunderts befassen müssen; noch einmal wirkten in der ersten Hälfte der achtziger Jahre amerikanische Hochkonjunktur und heimische Krise so zusammen, daß während dreier Jahre jeweils mehr als tausend Aargauer nach Übersee zogen.

Nach einem knappen Abriß des Verlaufs der Bewegung sollen, ebenfalls in kurzen Zügen, die Verbesserungen der Information, die wesentlichsten Wandlungen im Transportwesen und in der Haltung der Behörden Erwähnung finden. Ein Blick auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen führt uns dann zu einer näheren Untersuchung ihrer Charakteristiken, die sich in diesem Falle weniger auf Statistiken als auf verbale Quellen stützen muß. Anhand dieses Materials wird zu zeigen sein, inwiefern die letzte Auswanderungswelle, bei allen Gemeinsamkeiten mit den früheren, doch ihre Besonderheiten aufweist und auch in einem qualitativen Sinne das Ende der Epoche der eigentlichen Massenauswanderung anzeigt.

Die Bewegung der sechziger und siebziger Jahre

Im Vergleich zur großen Welle erschien die Auswanderung der folgenden Jahrzehnte schwach und relativ gleichmäßig. Dieser Eindruck ist nun etwas zu korrigieren, denn in Wirklichkeit können wir auch zwischen 1860 und 1880 beträchtliche Schwankungen der Auswanderungsziffern feststellen; das größte Jahreskontingent beträgt immerhin das Siebenfache des kleinsten.

Betrachten wir die Zahlen etwas genauer, so erkennen wir eine auffallend deutliche Beziehung zum Verlauf der wirtschaftlichen Entwick-

lung in den Vereinigten Staaten. Die These, daß vor allem die mit der Konjunkturlage sich verändernde Anziehungskraft Amerikas das Maß der Auswanderung bestimmt habe, findet hier eine gewisse Bestätigung. Erste Meldungen von der Arbeitslosigkeit im Osten der USA hatten das Ende der großen Welle 1855 beschleunigt, die Depression, die 1857 einsetzte, ließ die Auswanderung auf den tiefsten Punkt seit den frühen vierziger Jahren zurückgehen. 1860 stieg die Ziffer etwas an, blieb dann aber während der ersten zwei Jahre des Sezessionskrieges stationär. In den folgenden drei Kriegsjahren allerdings erreichte die Auswanderung den höchsten Stand zwischen den eigentlichen Wellen, was auf den ersten Blick überraschen mag. Ein Grund dafür war wohl die bei wachsendem Material- und Mannschaftsbedarf der Armeen steigende Nachfrage nach Arbeitskräften und der damit verbundene Lohnanstieg. Außerdem ist aber die Zahl junger Leute nicht zu unterschätzen, die mit der Absicht nach Amerika gingen, in die Unionsarmee einzutreten, weniger aus ideellen Gründen, als verlockt durch die Handgelder und die ansehnliche Besoldung der Truppen.

Über die Rolle der Aargauer im Sezessionskrieg gibt unser Material nicht viel Aufschluß; daß sie recht zahlreich daran teilnahmen, ist aber immerhin belegt. Die vom Generalkonsulat in Washington veröffentlichten Listen der Schweizer im Dienste der Unionstruppen verzeichnen insgesamt 121 Aargauer und sind dabei sicher nicht vollständig¹.

Von einer beträchtlichen Anzahl Gefallener gelangten Todscheine, Soldrückstände und zum Teil auch Hinterbliebenenpensionen in die Heimat².

55 der Aargauer dienten in den New Yorker Regimentern, was natürlich keineswegs bedeutet, daß sie schon vorher in New York oder dessen Umgebung gelebt hätten. Vielmehr handelte es sich zweifellos zum guten Teil um Neuankömmlinge, die sich kurz nach der Ankunft hatten anwerben lassen.

Einige Aargauer kamen zu militärischen Ehren, so J.A.Mösch aus Frick, der rasch zum Regimentskommandanten aufstieg und am 6. Mai 1864 fiel³. Johann Rudolf Fellmann von Staffelbach wurde für seine Tapferkeit zum Hauptmann befördert und verlor bei Gettysburgh ein Bein⁴.

¹ *Bundesblatt*, 1862, III, Nr. 46, sowie 1863, II, Nr. 23.

² Akten der Direktion des Innern, Auswanderungswesen.

³ Steinach, S. 43.

⁴ a. a. O., S. 117 f.

Von den Aargauern in der Armee der Konföderierten ist uns nichts bekannt.

Die leichte Nachkriegsdepression von 1866/67 verursachte nur einen mäßigen Rückgang der Auswanderung, die sich in den nächsten Jahren stabilisierte. Die Krise jedoch, die 1873 begann und sich in den folgenden Jahren stetig verschärfte, wirkte in gleichem Maße bremsend wie früher die Depression von 1837. Erst die 1878 beginnende Erholung gab das Signal für eine erfreute Zunahme der Auswanderung.

Im ganzen bestätigt der Verlauf der Kurve die Vermutung, daß die in diesen Jahren vorherrschenden alleinstehenden Auswanderer eher von den Verhältnissen in den USA angezogen, als von einer Notlage in der Heimat vertrieben wurden. Zugleich wird aber auch deutlich, daß die Anziehungskraft Amerikas allein nicht genügte, um eine eigentliche Auswanderungswelle in Gang zu bringen. Solange die Wirtschaftslage in der Schweiz einigermaßen günstig war, erreichte die Auswanderungsziffer keine außerordentliche Höhe.

Die regionalen Unterschiede wurden in dieser Zeit etwas geringer, denn in den Bezirken, wo die kommunal geförderte Auswanderung großer Familien eine wichtige Rolle gespielt hatte, wirkte sich deren überproportionaler Rückgang stärker aus als dort, wo die Einzelauswanderung ohnehin immer die Regel geblieben war.

Für die nach wie vor bestehenden Unterschiede gelten zum Teil die oben angeführten Erklärungen weiter; zudem leuchtet es ein, daß in Gegenden mit starker Auswanderungstradition die Zahl der von Freunden und Verwandten Nachgezogenen bedeutend größer sein mußte. Jedenfalls wäre es sinnlos, für die relativ kleinen regionalen Unterschiede neue strukturelle Erklärungen suchen zu wollen.

Weit schärfer akzentuieren sich diese Unterschiede dann wieder in der letzten eigentlichen Auswanderungswelle, die 1880 begann.

Der Verlauf der Welle von 1880 bis 1884

Wie die Massenauswanderung der Jahrhundertmitte ist auch die der achtziger Jahre keine spezifisch aargauische, sondern eine gesamtschweizerische Erscheinung; wir müssen vergleichsweise sogar feststellen, daß der Anteil des Aargaus an der gesamten schweizerischen Auswanderung von rund 20% auf weniger als 10% gesunken ist.

In ihrem gesamten Umfang blieb die neue Welle hinter der letzten beträchtlich zurück, da ein Höhepunkt wie 1854 fehlte⁵.

Brüsk genug, wenn auch nicht gleich plötzlich wie 1851, erfolgte der Einsatz der Bewegung. Während im Jahr 1879 die Auswanderung noch in mittlerer Stärke blieb, stieg sie 1880 auf das Doppelte, 1881 auf das Dreifache. Dann flachte sich die Entwicklung ab, 1883 wurde der Höhepunkt erreicht, und der Rückgang erfolgte in gleicher Art wie der Anstieg: 1884 sank die Auswanderung auf die Hälfte, 1885 auf ein Drittel des Höchstwertes.

Die gesamte Auswanderung der 5 Jahre 1880 bis 1884 belief sich auf 4881 Personen, was 2,46% der Bevölkerung entsprach; sie lag damit immer noch weit über dem schweizerischen Durchschnitt von 1,87%.

Die Information über die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten

Seit der Jahrhundertmitte hatte sich die wirtschaftliche Situation in Nordamerika insofern gründlich gewandelt, als auch dort die Industrialisierung inzwischen mächtig fortgeschritten war. In unserem Zusammenhang ist diese Tatsache allerdings relativ unbedeutend, da die Mehrheit der schweizerischen Auswanderer nicht Arbeit in den Fabriken, sondern eine selbständige Existenz in Landwirtschaft oder Handwerk suchte⁶. Dafür waren die Bedingungen nach wie vor verlockend. Noch war der Prozeß der Erschließung des Westens nicht beendet, die wesentlichen Präriestaaten boten immer noch Land im Überfluß. Mit der Homestead Act von 1862 war die Möglichkeit gegeben, sich auch mit sehr geringen eigenen Mitteln auf eigenem Boden anzusiedeln. Auch in der Landwirtschaft und im ländlichen Gewerbe blieb deshalb die Arbeit der knappe Produktionsfaktor, der relativ gut entlohnt wurde.

Den Regierungen der westlichen Staaten lag sehr daran, ihre Gebiete rasch zu besiedeln, und sie gaben sich alle Mühe, deren Vorzüge bekannt zu machen. Agenten der staatlichen Land-Offices kamen zum Teil bis nach Europa, um schon die potentiellen Auswanderer von der Unübertrefflichkeit ihrer Heimatstaaten zu überzeugen. Noch wichtiger war die

⁵ Zahlen siehe Tabelle 4.

⁶ Siehe unten S. 327. Vgl. dazu auch LEO SCHELBERT, *Die Wanderungen der Schweizer, Ein historischer Überblick, Saeculum 18* (1967), wo belegt wird, daß von den schweizerischen Amerikauswanderern ein ungewöhnlich hoher Anteil sich in ländlichen Gegenden niederließ.

Werbetätigkeit der Eisenbahngesellschaften, die durch rasche Erschließung den Wert der ihnen abgetretenen Ländereien zu heben suchten. Auch sie begnügten sich nicht damit, Einheimische und neu angekommene Ausländer zu werben, sondern suchten die künftigen Amerikaner schon vor ihrer Abreise aus Europa zu erfassen⁷. Mit beträchtlichem Aufwand wurden Broschüren für die speziellen Interessen der deutschen und schweizerischen Auswanderer herausgegeben, versehen natürlich mit den Empfehlungen von Landsleuten. So wurde etwa ein bebildeter und mit Kartenbeilagen versehener Prospekt von nicht weniger als 57 Seiten Stärke verbreitet unter dem Titel:

«Schweizerische Colonisation in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Billiges Land in großer Auswahl. Gesundes Klima und gutes Wasser. Eine sehr passende Gegend. Was die Burlington und Missouri-River-Eisenbahngesellschaft in Nebraska dem Schweizervolke anbietet.»

Gewidmet war das Heft «Dem Central-Comitee des Schweizerischen Grütli-Vereins sowie dem Schweizervolke überhaupt».⁸ Wie die Burlington & Missouri gab auch die Union Pacific Eisenbahn etwa eine Million Dollar für die Werbung aus⁹.

Mehr denn je bemühten sich also amtliche und private Institutionen um die Verbreitung günstiger Meldungen über die Verhältnisse im amerikanischen Westen. Natürlich vermittelten solche Publikationen keine objektive Information, da sie die Interessen bestimmter Regionen und Wirtschaftskreise vertraten und nicht etwa die der Auswanderer.

Aber auch die Auswanderungsliteratur von nicht interessierter Seite hatte seit der Jahrhundertmitte an Qualität gewonnen. Als einziges Beispiel sei hier *Der Führer nach Amerika* von Adolf Ott erwähnt, der 1882 in Basel erschien.

⁷ Vgl. Jones, S. 187 ff. In Basel wurde 1882 ein gewisser Kossuth Kent Kennan angezeigt, weil er unbefugt Auswanderungsgeschäfte betreibe. Im Verhör erklärte der Beklagte, er habe allerdings Inserate in Zeitungen gesetzt: «Ich bin nämlich von der staatlichen Einwanderungsbehörde von Wisconsin als Commissär für Europa bestellt worden und gebe in dieser Eigenschaft Auswanderungslustigen Rath und Auskunft, vertheile Karten und Broschüren.» Protokoll vom 21.3.1882, StABS, Auswanderung A, 1881–84.

⁸ StAAG, IA Nr. 5, 1880, Faszikel 57. Siehe ferner die früheren Schriften über Wisconsin, Minnesota usw., S. 131 f.

⁹ Billington, S. 708. Nicht genau zu erfassen ist die Wirkung, welche die Missionare der Mormonen mit ihrer Werbung erzielten. 1884 wird in den Basler Akten die Durchreise von etwa 90 Mormonen erwähnt, die «meist aus der Schweiz, z. B. aus Aargau

Das Handbuch unterscheidet sich von seinen Vorgängern nicht durch eine grundsätzlich neue Anlage, wohl aber durch seine früher nie erreichte Gründlichkeit.

Schon die Vorbereitung der Reise und das richtige Verhalten unterwegs werden Schritt für Schritt bis ins Detail instruiert, und zwar nicht nur für die Fahrt bis zum Seehafen und die Atlantikpassage, sondern auch für die Weiterreise nach den verschiedenen Staaten. Auf allgemeine Mitteilungen über die Lebenshaltungskosten und das Lohnniveau in verschiedenen Teilen des Landes und die besten Erwerbsmöglichkeiten für Auswanderer folgt ein Gang durch sämtliche Staaten, jeweils mit Angaben über Größe, Bevölkerung, Topographie, Klima und Wirtschaft. Wichtige Städte werden etwas näher geschildert und selbst empfehlenswerte Gasthäuser genannt. Besondere Erwähnung finden die verschiedenen Niederlassungen von Schweizern, die mit beachtlicher Vollständigkeit aufgezählt sind.

In ähnlicher Weise, wenn auch etwas weniger ausführlich, werden die südamerikanischen Staaten besprochen, wobei das Hauptgewicht auf den bestehenden Schweizerkolonien liegt.

Ein Auswanderungsführer wie der von Ott vermittelte wohl ziemlich alle Kenntnisse, die überhaupt in einem volkstümlichen Handbuch mitzuteilen waren. Der Stand der Information hatte sich mit solchen Werken seit 1850 noch einmal nicht unwesentlich verbessert.

Größere Bedeutung denn je kam den privaten Nachrichten von Landsleuten zu, stand doch seit der großen Auswanderungswelle in fast jedem Dorf irgend jemand in Verbindung mit Verwandten oder Freunden in Amerika. Der Briefverkehr, dessen Intensität sich allerdings kaum abschätzen läßt, und von dem uns heute nur geringe Reste zugänglich sind, hat sicher vor allem die Wahl der Auswanderungsziele maßgeblich bestimmt. Deshalb haben die engeren Verbindungen mit den schon länger besiedelten Gebieten die Richtung der Auswandererströme wohl stärker beeinflußt, als alle Propaganda der jungen Staaten.

(Umgebung von Zofingen)» stammten. StABS, a. a. O., Rapport vom 17. 5. 1884. Mit Schreiben vom 22. 4. 1886 teilte das Schweizerische Handels- und Landwirtschaftsdepartement der aargauischen Regierung eine durch den Konsul in San Francisco vermittelte Warnung vor den Mormonen mit und erwähnte, daß die Auswanderung nach Utah aus dem Aargau besonders stark sei. Die Direktion des Innern publizierte darauf eine öffentliche Warnung; weiteres ist aus den Akten nicht zu ersehen. StAAG, IA Nr. 5, 1886.

Das Transportwesen

Die Reise hatte seit 1850 weiter an Schrecken verloren, und ihre Organisation konnte unter dem Schutz des Bundesgesetzes bedenkenloser denn je den Agenturen überlassen werden. Deren Leistungen sind bereits eingehend geschildert worden, so daß wir hier nicht mehr darauf zurückkommen müssen.

Bedeutend verbessert hatten sich die Reisebedingungen durch die technische Entwicklung. Schon seit den sechziger Jahren hatten auch Auswanderer in zunehmendem Maße Dampfschiffe benützt, und 1880 fuhr wohl kaum noch jemand auf Seglern. Damit war die Einhaltung eines festen Fahrplans möglich geworden, und die leidigen Aufenthalte im Hafen fielen praktisch weg. Die Reise wurde nicht nur kürzer – sie dauerte noch rund 10 bis 15 Tage –, sondern auch bedeutend bequemer, denn die geräumigen Dampfer konnten ganz anderen Komfort bieten, als die alten Frachtsegler. Als Beispiele mag ein Schiff dienen, das 1883 von der Antwerpener Red-Star-Linie in Dienst gestellt wurde und für das sofort mehrere Schweizer Agenten Plätze vermittelten¹⁰.

Es konnte bei einer Größe von 5500 Bruttoregistertonnen 608 Passagiere im Hauptdeck aufnehmen, dazu bei starkem Andrang weitere 600 im Zwischendeck. Die Decks waren unterteilt in Schlafabteile für je 24 Personen; zur Einnahme der Mahlzeiten gab es besondere Räume mit Tischen und Bänken. Frauen und Männern standen getrennte Waschräume zur Verfügung, und den Höhepunkt des Luxus bildete die elektrische Beleuchtung. Trotz diesen enormen Verbesserungen war die Fahrt kaum teurer geworden; auch bei Benützung der modernsten Schiffe kostete die Reise von Basel bis New York mit allen Nebenkosten nur 150 Franken. Gewiß wurde noch gelegentlich über die Überfüllung der Schiffe oder schlechte Verpflegung geklagt, im Vergleich zu den früheren Zuständen war die Reise aber nur noch eine geringe Strapaze.

Die Haltung der Behörden

Beobachtet man die Maßnahmen der aargauischen Regierung in der Auswanderungsfrage über die Jahrzehnte hinweg, so kann man feststellen, daß trotz einer deutlichen Tendenz zu größerer Zurückhaltung nach der großen Welle die bis 1855 ausgearbeiteten Grundsätze nicht

¹⁰ *Volksfreund*, Basel, Nr. 301, 21.12.1883.

mehr wesentlich geändert wurden. Daß ihre positive Haltung nicht einer Überschätzung der Auswanderung als Allheilmittel entsprungen war, bewies die Regierung, indem sie das Abklingen der großen Welle keineswegs zu verzögern suchte, sondern vielmehr nach dem Eintreffen besorgniserregender Nachrichten aus Amerika selbst restriktive Maßnahmen ergriff. Damit bestätigte sie das Prinzip, daß staatliche Eingriffe im Auswanderungswesen in erster Linie dem Schutze der Auswanderer zu gelten hätten. Andererseits kann man nicht sagen, die Behörden hätten sich nach dem Ende der Notjahre, als die Auswanderung für die Zurückbleibenden nicht mehr sonderlich wünschenswert erschien, nicht mehr darum bekümmert. Die Kontrolle des Agenturwesens wurde selbstverständlich im gleichen Rahmen weitergeführt, wenn sie auch durch den Rückgang der unterstützten Auswanderung etwas an Wirksamkeit verlor. Aber auch die Entrichtung von Beiträgen an arme Auswanderer wurde fortgesetzt und nur gelegentlich eingestellt, wenn die Aussichten der amerikanischen Wirtschaftslage wegen besonders ungünstig schienen. Weiterhin hatte nur Anspruch auf eine Staatsunterstützung, wer bereits armengenössig war oder es demnächst zu werden drohte und wer die Reise auf Kosten der Gemeinde machte. Ausnahmsweise wurden nach wie vor außerordentliche Beiträge ausgerichtet, vor allem, wenn die Entfernung des Empfängers besonders wünschenswert erschien. Man gewinnt den Eindruck, daß diese Praxis in den Jahren geringer Auswanderung eher etwas anrühiger wurde, handelte es sich doch bei den außerordentlich Unterstützten jetzt wirklich oft um Leute, die mangels Qualifikation oder Arbeitslust trotz besseren Erwerbsverhältnissen sich nicht durchbringen konnten oder durch einen ungeordneten Lebenswandel auffielen.

Mit der allgemeinen Abnahme der unterstützten Auswanderungen gingen auch die Staatsbeiträge zurück. Betrug sie um 1860 noch etwas über 10 Franken pro Kopf, so sanken sie bis 1870 auf etwa 5 Franken; zu Ende der siebziger Jahre entfiel auf jeden Auswanderer kaum mehr 1 Franken¹¹. Dieser Durchschnitt gibt natürlich ein falsches Bild, blieb der Normalbeitrag doch weiterhin um die 20 Franken pro Kopf; es ergibt sich daraus, daß um 1860 noch etwa jeder zweite, um 1870 vielleicht noch jeder vierte, gegen 1880 aber höchstens noch jeder zwanzigste Auswanderer einen Staatsbeitrag erhielt.

¹¹ Regelmäßige Statistiken in den RRR, siehe Tabelle 6.

Auch so erschien die staatliche Unterstützungspraxis noch manchen unnötig oder gar schädlich. Im Herbst 1872 wandte sich die Landwirtschaftliche Gesellschaft mit einem Schreiben an die Regierung, in dem sie die weitere «Förderung» der Auswanderung angesichts des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften als untunlich bezeichnete und um deren Sistierung ersuchte¹². Die Direktion des Innern wies sie allerdings darauf hin, daß die geringen Kopfgelder in keiner Weise Auswanderungen veranlassen könnten, sondern nur dort hälften, wo diese ohnehin stattfänden. Ein besonderer Budgetkredit für die Auswanderungsbeihilfen bestehe ohnehin nicht mehr und könne deshalb auch nicht gestrichen werden¹³.

Bezeichnend für die Veränderung der Stimmung ist die Tatsache, daß bei der Verfassungsrevision von 1862 der Passus über die Organisation praktisch stillschweigend fallengelassen wurde. Der Berichterstatter der Kommission wies darauf hin, daß man den Satz gestrichen habe, «... indem man es nicht mehr für zweckmäßig fand, eine solche Bestimmung in die Verfassung aufzunehmen».¹⁴

Es scheint, daß überhaupt nur dank der Geringfügigkeit der Auslagen keine stärkere Opposition gegen die Beihilfen laut wurde. 1874 stellte die Direktion des Innern fest:

«Es ist auch gegenüber den anhaltenden Nothzeiten in den fünfziger Jahren der heutige Standpunkt der Behörde im Auswanderungswesen ein ganz anderer geworden; & schwerlich würde der Große Rath, der seit einigen Jahren wiederholt nahe daran war, den Posten zur Unterstützung von armen Auswanderern aus dem Budget zu streichen, heute in Sachen zum gleichen Beschluß gelangen ... (wie 1851)».¹⁵

Unbefriedigend erschien nach wie vor die Regulierung des Agenturwesens, und das Bundesgesetz von 1880 wurde wohl mit einiger Erleichterung begrüßt. Man gewinnt den Eindruck, daß die aargauischen Behörden die Beschäftigung mit dem Auswanderungswesen sehr bereitwillig den Beamten des Bundes überließen. So wurde etwa gleich nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes die Erhebung einer eigenen Sta-

¹² StAAG, IA Nr. 5, 1872–1874. Faszikel 53, Schreiben vom 23. 9.

¹³ Antwort der Direktion des Innern vom 18. 4. 1873, StAAG, a. a. O.

¹⁴ Verhandlungen des Großen Rathes des Kantons Aargau, Juni 1862, Aarau 1862. Sitzung vom 25. 6. 1862.

¹⁵ Antwort an den Bundesrat auf eine Umfrage über Agenturgesetze, 23. 6. 1874, IA Nr. 5, 1875/76, Faszikel 14.

tistik aufgegeben, obwohl diese an Genauigkeit von den jährlichen Mitteilungen des eidgenössischen statistischen Amtes keineswegs erreicht wurde¹⁶.

Die neue Auswanderungswelle brachte zwar noch einmal eine Steigerung der Staatsausgaben für das Auswanderungswesen mit sich, doch blieben sie selbst im Jahre 1883 mit knapp 2600 Franken relativ gering. Im Durchschnitt erreichten die Beiträge nicht einmal 2 ½ Franken pro Kopf, vermutlich profitierte also auch jetzt nur etwa ein Zehntel der Auswanderer davon.

Nach der letzten Welle versiegten die staatlichen Auswanderungshilfen rasch; 1890 wurden noch 84 Franken aufgewendet, bei einer Auswanderung von 394 Personen; danach finden sich in den Abrechnungen des Kantonsarmenfonds keine Beiträge an arme Auswanderer mehr aufgeführt¹⁷.

Im ganzen läßt sich in der Haltung der aargauischen Behörden eine Tendenz zu größerer Gleichgültigkeit gegenüber der Auswanderung feststellen. Die überaus positive, begünstigende Einstellung endete mit der eigentlichen Armennot, zugleich verminderten die Fortschritte im Transportwesen die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe.

In den achtziger Jahren wurde die Auswanderung nicht mehr als ein nötiges und schätzbares Mittel gegen die Not der Zeit gepriesen, doch erregte ihre Zunahme auch keine besondere Besorgnis. Man fand sie offenbar unter den gegebenen Umständen weder erstaunlich noch gar schädlich, betrachtete sie aber im übrigen als eine private Angelegenheit der Auswanderer und allenfalls der Gemeinden.

Was die Rolle der letzteren betrifft, so wird sie wieder erst bei genauerer Kenntnis der Herkunft und der Eigenschaften der Auswanderer zu beurteilen sein.

Vor allem wird die Frage interessieren, ob die neue Welle wieder durch ein Vorherrschen der kommunal geförderten Gruppenauswanderungen gekennzeichnet war, nachdem in den Jahren zwischen 1860 und 1880 die Gemeinden ihre Unterstützungstätigkeit stark reduziert und auf die gelegentliche Finanzierung von Einzelauswanderungen beschränkt hatten.

¹⁶ Siehe unten S. 317.

¹⁷ Abrechnungen in den RRR.

Wirtschaftliche Voraussetzungen

Im Grunde hatte sich seit den Notjahren der Jahrhundertmitte die soziale Lage nie in dem Sinne normalisiert, daß die Armenfrage nebensächlich geworden wäre. Die Zahl der Unterstützten hatte zwar nach 1855 stark abgenommen, die Gemeinden mußten aber weiterhin bedeutende Summen für das Armenwesen ausgeben¹⁸.

Die großen wirtschaftlichen Umschichtungen, die in den siebziger Jahren begannen, führten zwar schließlich zur Beseitigung des Pauperismus, stellten aber breite Bevölkerungsschichten zunächst vor neue Probleme.

Die Natur dieser Wandlungen ist zu bekannt, als daß wir hier ausführlich darauf einzugehen brauchten.

Seit der Einführung moderner Transportmittel konnte der schweizerische Ackerbau mit den billigen Importen aus den osteuropäischen und überseeischen Getreidegebieten nicht mehr konkurrieren. Die Landwirte mußten sich vermehrt der Viehzucht und Milchwirtschaft zuwenden, die ihrerseits zunehmend auf den Markt, vor allem auf den Exportmarkt, ausgerichtet wurden.

In der Industrie brachte die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts einen weiteren entscheidenden Rückgang der Heimarbeit und den Aufstieg völlig neuer Branchen, insbesondere der Maschinenindustrie. Für den Aargau war vor allem die Mechanisierung der Buntweberei und – in geringerem Maße – auch der Hutgeflechtsindustrie von Bedeutung.

Am leichtesten fiel die Umstellung wohl den größeren Bauern mit eigenen Höfen und den eigentlichen Industriearbeitern. Die ersteren konnten mit einigem Geschick den Übergang auf die Milchwirtschaft innert nützlicher Frist vollziehen, zudem blieb der aargauische Getreidebau dank den günstigen Bedingungen relativ lange konkurrenzfähig. Heimarbeiter und Handwerker, die sich den neuen Anforderungen der Fabrikarbeit anzupassen vermochten, konnten ihr Auskommen in der Industrie finden, mußte diese doch ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften noch durch Zuzug aus dem Ausland decken. Kritisch war die Lage für die zahlreichen kleinen Grundbesitzer, die mit selbständiger landwirtschaftlicher Tätigkeit eine kleine Familie für einige Zeit knapp

¹⁸ Siehe Tabelle 9.

durchfüttern konnten, auf die Dauer jedoch auf Subsidiäreinkommen aus Lohnarbeit angewiesen waren.

In den rein agrarischen Gebieten brachte die Umstellung auf die weniger arbeitsintensive Milchwirtschaft einen weiteren entscheidenden Rückgang des Bedarfs an landwirtschaftlicher Lohnarbeit. Die Eisenbahnbauten gewährten nur lokal und vorübergehend guten Verdienst; auf die Dauer wurden die vielen Zwerggüter unhaltbar, und ohne Industrialisierung war ein beträchtlicher Bevölkerungsabfluß unvermeidlich. Im Aargau war diese Situation am deutlichsten in den Bezirken Zurzach, Laufenburg und Muri gegeben, wo die Bevölkerung von 1850 bis 1900 um rund 20 % bzw. 13 und 12 % abnahm¹⁹.

Wo die Verlagsindustrie heimisch war, hatte sich schon lange eine dichtere Bevölkerung bei stärkerer Parzellierung des Grundbesitzes halten können. Mit der zunehmenden Mechanisierung und Konzentration der Produktion war aber auch die Kombination von Landwirtschaft und Heimarbeit zum Tode verurteilt. Um 1850 setzte der Umstellungsprozeß auch in der Buntweberei ein, wobei vermutlich nicht nur der Bedarf an Heimarbeitern, sondern auch deren Entlohnung beeinträchtigt wurde.

Allerdings entstanden in manchen Gegenden schon zur gleichen Zeit Fabriken, welche die freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen konnten. Nach den von der aargauischen Regierung aufgestellten Industriestatistiken ging aber von 1860 bis 1880 in der Textilindustrie sogar die Zahl der Fabrikarbeiter zurück, und die neugeschaffenen Arbeitsplätze in anderen Branchen konnten wenig mehr als diesen Verlust ersetzen; die Statistik von 1857 verzeichnete total 11508, die von 1882 12348 Arbeiter in Fabrikbetrieben. Gleichzeitig nahm aber die Zahl der Heimarbeiter stark ab: 1857 waren in allen Branchen 40365 gezählt worden, 1882 nur noch 8560²⁰.

Zwar ist anzunehmen, daß die enormen Differenzen zum Teil der Verfeinerung der Erhebungsmethoden zuzuschreiben sind, und daß viele der Ausgeschiedenen nur einen kleinen Teil ihres Einkommens aus der heimindustriellen Beschäftigung gezogen hatten. Trotzdem scheint es so gut wie unmöglich, daß die Fabriken in dieser Zeit bereits vollwertigen Ersatz für die in der Heimindustrie verlorengegangenen Erwerbsmöglichkeiten gewährten.

¹⁹ Siehe Tabelle 1.

²⁰ Vgl. *150 Jahre Aargau*, S. 438 ff.

Zusätzliche Probleme ergaben sich aus den Standortverschiebungen: die Fabriken konnten, vor allem mangels genügender Wasserkräfte, nicht immer in den Kerngebieten der Heimindustrie errichtet werden; andererseits war den Arbeitern die Umsiedlung unter Aufgabe ihres bescheidenen Grundbesitzes nur bei einer bedeutenden Einkommensverbesserung möglich. Auf die Dauer zwang aber auch in heimindustriellen Gebieten die zunehmende Verarmung zur Abwanderung. Am deutlichsten zeigt sich dies im Bezirk Kulm, dessen Bevölkerung bis 1900 immerhin um gut 8% zurückging.

Die Abwanderung erfolgte allerdings größtenteils in Form einer Binnenwanderung innerhalb der Schweiz oder des Kantons, oft sogar innerhalb des Bezirks. So erlaubte die Entstehung neuer Fabrikzentren in Aarau, Lenzburg, Zofingen und auch Rheinfelden eine schwache, in Baden sogar eine massive Bevölkerungszunahme²¹. Aus den rein agrarischen Regionen war aber der Abfluß so stark, daß im ganzen Kanton ein Rückgang der Einwohnerzahl resultierte. Hatten noch 1850 nur 8,6% der in der Schweiz ansässigen Aargauer Bürger außerhalb ihres Heimatkantons gewohnt, so waren es 1880 schon 20,7%²². Der Aargau, als ein immer noch vorwiegend agrarischer Kanton, verlor durch den Prozeß der Landflucht an Einwohnern. Obwohl quantitativ weniger bedeutend und in ihrem Ausmaß durch exogene Faktoren mitbestimmt, ist auch die überseeische Auswanderung als ein Teil dieser Landflucht zu betrachten.

Dies gilt nun allerdings für die Auswanderungsbewegung der ganzen zweiten Jahrhunderthälfte, und ihr Anschwellen zu einer eigentlichen Welle muß auf die Verschärfung der Landwirtschaftskrise im Laufe der siebziger Jahre, vor allem aber auf mehrere Mißernten in den Jahren 1878 und 1879 sowie 1882 und 1883 zurückgeführt werden. Diese trafen nicht nur kleine Landwirte sondern auch Handwerker und Heimarbeiter, die auf eine gewisse Selbstversorgung mit Lebensmitteln angewiesen waren.

Die Wirkungen der Fehljahre lassen sich an den Armenstatistiken deutlich ablesen. Zwar kam es keineswegs zu einer Armennot wie in den fünfziger Jahren, die Zahl der Unterstützungsbedürftigen stieg aber

²¹ Die Tabellen zeigen allerdings, daß auch hier das Wachstum zum Teil erst nach 1880 kräftiger einsetzte.

²² Gruner, S. 24 f.

doch gegenüber dem vorangegangenen Jahrzehnt um gut 10% an, die Höhe der aufgewendeten Summen gar um rund 30%²³.

Wie die früheren Auswanderungswellen war auch diese letzte also wesentlich bedingt durch eine akute Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Schweiz.

Statistisches Material

Leider besitzen wir für die uns näherliegende letzte Auswanderungswelle weniger statistisches Material als für die der Jahrhundertmitte.

Das Bundesgesetz von 1880 über den Betrieb der Auswanderungsagenturen sah die Führung einer eidgenössischen Statistik aufgrund von Angaben der Agenten vor, vermutlich, weil es immer Schwierigkeiten bereitet hatte, von den Kantonen die nötigen Berichte zu erhalten²⁴. Da die Bundesbehörden die Resultate ihrer Erhebungen jährlich den Kantonen mitteilten, verzichtete die aargauische Regierung vom Inkrafttreten der neuen Regelung an auf eine eigene Statistik. Der eidgenössischen Zählung lag nun zwar ein recht umfassendes Material zugrunde, mußten doch die Agenturen regelmäßig Zählkarten einreichen, auf denen Name, Zivilstand, Heimatort, letzter Wohnort, Beruf, Geburtsjahr und Reiseziel jeder beförderten Person einzutragen waren. Diese Listen sind jedoch nicht erhalten, und die im Bundesblatt veröffentlichten Zusammenstellungen sind zwar für die Erfassung der gesamtschweizerischen Verhältnisse wertvoll, geben aber keinen Aufschluß über die für eine regional begrenzte Arbeit wichtigen Details²⁵.

Schon regionale Unterschiede sind nicht mehr mit Sicherheit zu erfassen. Für 1881 besitzen wir nach Bezirken aufgegliederte Ziffern nur bis Ende Mai; für 1882 eine offensichtlich unvollständige Liste nach Gemeinden, für die folgenden vier Jahre nur globale Angaben für den ganzen Kanton²⁶. Aufgrund dieser Daten und einiger ergänzender Quel-

²³ Siehe Tabelle 7–9.

²⁴ Vgl. Kreisschreiben des Bundesrates vom 21.8.1867, IA Nr.5, 1867/68, ebenso Kreisschreiben vom 31.1.1879, a. a. O., 1879, Faszikel 7.

²⁵ Am 30.11.1881 schlug das Eidgenössische Departement des Innern ein Meldeformular vor, das die genannten Angaben forderte. BAr BIGA, Auswanderungswesen, 2/2087.

²⁶ Die Liste der Gemeinden pro 1882 wurde vom Schweizerischen Handels- und Landwirtschaftsdepartement anlässlich der später zu behandelnden Umfrage mitgeteilt. Sie verzeichnet aber total nur 933 Auswanderer, während die später publizierte Statistik 1158 nennt. StAAG, IA Nr.5, 1884.

len scheint ziemlich sicher, daß die größten Auswandererkontingente aus Zofingen, die kleinsten aus Muri kamen. Laufenburg, früher immer führend, scheint nur eine der kleineren Gruppen gestellt zu haben, dagegen war der Anteil der ehemals bernischen Mittellandsbezirke größer als früher. Für 1883 ist eine ziemlich starke Auswanderung aus Zurzach anzunehmen, da dort die Chile-Kolonien am meisten Interessenten fanden und wahrscheinlich auch die Judengemeinden Lengnau und Oberendingen relativ große Kontingente stellten²⁷.

Die gemeinsame Auswanderung größerer Gruppen war offenbar eher selten; dafür stellten 1882 nicht weniger als 156 Gemeinden, mehr als jemals in den Jahren 1851 bis 1855, wenigstens vereinzelt Auswanderer²⁸.

Auch die eidgenössische Statistik war nach ledigen und verheirateten Erwachsenen sowie Kindern aufgegliedert. Zwar ergab sich für die gesamte Welle ein leichtes Überwiegen der Verehelichten und der Kinder, jedoch nur durch das Verhältnis von 1883 (548 Ledige von 1273 Auswanderern); in allen andern Jahren betrug der Anteil der Ledigen mindestens die Hälfte.

Im übrigen lassen uns die Statistiken weitgehend im Stich; weder die Beschäftigung noch die Altersstruktur, noch die finanziellen Verhältnisse der Auswanderer lassen sich daraus ersehen²⁹.

Zum Glück hat aber die Frage nach den Hintergründen der Auswanderung auch die Zeitgenossen schon bewegt, so daß uns neben den nackten Zahlen auch ihre Urteile überliefert sind.

²⁷ Diese Annahme stützt sich einzig auf die folgende Notiz im *Volksfreund*, Nr. 141, 16.6.1880: «Innert nicht gar langer Zeit sind aus den Ortschaften Lengnau und Endingen nahezu 200 Judenfamilien ausgewandert. Der Hauptgrund dieser Erscheinung liegt darin, daß diese beiden Ortschaften vom Verkehr ziemlich abgeschnitten sind. Durch den Wegzug der Hablicheren vermehrten sich darin die Steuern für die Zurückgebliebenen von Jahr zu Jahr, so daß noch Weitere zum Wanderstab griffen.» Es kann allerdings nicht mit Sicherheit angenommen werden, daß hier überseeische Auswanderung gemeint ist, obwohl es dem Sprachgebrauch und dem Kontext der Zeit entsprechen würde.

²⁸ Statistik nach Gemeinden, siehe Anmerkung 26.

²⁹ Berufsangaben wurden zwar in die eidgenössische Statistik aufgenommen, jedoch nur zusammenfassend für die ganze Schweiz.

Die Umfrage über die Ursachen der Auswanderung

Im Auftrag des Nationalrats gelangte der Bundesrat im Sommer 1883 mit einer Umfrage an die Kantonsregierungen³⁰. Diese sollten ihre Meinungen äußern über die Ursachen der Auswanderung, über die Frage, ob diese unter den herrschenden Umständen zu einer objektiven Notwendigkeit geworden sei und über eventuelle weitere staatliche Maßnahmen.

Die aargauische Regierung ließ diese Fragen durch die Bezirksämter an die Behörden der Gemeinden weiterleiten, die eine Auswanderung über dem eidgenössischen Durchschnitt von 4⁰/₀₀ verzeichnet hatten³¹. Die Auskünfte über die uns zunächst interessierenden ersten zwei Fragen wurden im April 1884 in einer Antwort an den Bundesrat folgendermaßen zusammengefaßt:

«Der Anlaß zur Auswanderung liegt hauptsächlich

- a) Entweder in ökonomischer Nothlage, oder
- b) in moralischem Rückgang, oder
- c) in einer optimistischen Auffassung der Verhältnisse überseeischer Länder Seitens der Auswanderer.

Das Gros der Auswanderung kommt aus den industriellen Orten, wo infolge der Zollverhältnisse die Industrie rückwärts geht oder aus andern Gründen Stockungen im Verkehr sich geltend machen. Der Verdienst wird seltener und geringer und hört wohl auch ganz auf.

Dieser Einfluß macht sich zuerst bei armen Familien mit großer Kinderzahl, dann aber auch bei moralisch gesunkenen Individuen, insbesondere bei Trinkern, Wirtshausgängern & Arbeitsscheuen geltend. Der Mangel an Existenzmitteln treibt diese Leute aus dem Lande.

Aus dem Handwerksstand und der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist der Abfluß etwas geringer und sind die Motive der Auswanderung meistens in der Hoffnung auf bessere Gestaltung des Lebens nach der Auswanderung zu suchen. Es läßt sich indessen nicht verkennen, daß das Darniederliegen des Handwerks, bedingt durch

³⁰ Die Umfrage war veranlaßt worden durch das folgende Postulat des Nationalrats vom 26. April 1882: «Der Bundesrath wolle: 1) Die Auswanderungsfrage in der Richtung untersuchen, ob die Erwerbsverhältnisse in unserem Vaterlande derart sind, daß die Auswanderung nothwendig geworden, oder daß dieselbe doch wenigstens im Interesse der Auswanderer und im Interesse des Landes zu begünstigen ist; 2) je nach dem Ergebnisse dieser Untersuchung Bericht und legislative Anträge vorlegen; 3) jedenfalls Anträge über Maßregeln zum Schutze der Auswandernden einbringen.» Karrer S. 210.

³¹ Nicht alle Bezirksämter hielten sich an diese Instruktion. Im Bezirk Lenzburg z. B. wurden offenbar alle Gemeinden befragt, die überhaupt Auswanderer gestellt hatten.

mangelhafte Ausbildung und durch die Zunahme der Großindustrie sowie der auf der Landwirtschaft lastende Druck (Fehljahre, Hagel, Frost, Mangel an Betriebskapital) auf viele Auswanderer bestimmend eingewirkt haben. Mancher Familienvater, welcher sich mit seiner Familie noch befriedigend durchbringen könnte, wandert aus um mit Hilfe seiner Kinder eine bessere Existenz sich zu verschaffen und seinen Nachkommen eine bessere Zukunft zu sichern. Kommt dann zu der gedrückten Stimmung und dem Mangel an Vertrauen auf Besserung die Anpreisung des überseeischen Lebens durch ausgewanderte Verwandte, denen es in der neuen Heimat gut geht, oder durch Auswanderungsagenten hinzu, so reift bald der Entschluß zur That.

Es ist erklärlich, daß auch der ökonomische Konkurs und seine moralischen und gesetzlichen Folgen der Auswanderung ein gewisses Kontingent zuführen.»³²

Zur Frage nach der objektiven Notwendigkeit der Auswanderung bezog die Regierung nicht eindeutig Stellung; sie begnügte sich damit, die Meinung der untergeordneten Behörden wiederzugeben. Einen Ausbau der Bundesgesetzgebung über das Auswanderungswesen hielt sie nicht für nötig, dagegen schien ihr eine bessere statistische Erfassung der Auswanderung und ihrer ökonomischen Hintergründe wünschenswert.

Man könnte sich mit dieser Beurteilung der Lage zufriedengeben, zeigte nicht die Erfahrung, daß zeitgenössische Interpretationen von Umfragen oder Statistiken oft genug von den Vorurteilen und sozialpolitischen Anschauungen der Autoren stark gefärbt sind. So empfiehlt es sich, wenn immer möglich ihre Schlußfolgerungen anhand des zugrunde liegenden Materials zu überprüfen.

Im gegebenen Fall sind wir dazu glücklicherweise in der Lage, da die eingesandten Berichte der Gemeinde- und Bezirksbehörden ebenfalls erhalten sind³³.

Die drei genannten Gründe der Auswanderung werden in der Tat immer wieder aufgeführt. Die meisten Berichte betonen die Bedeutung der ökonomischen Notlage, wofür einige besonders prägnante Beispiele zeugen mögen. Nach Ansicht des Gemeinderats von Erlinsbach war die Auswanderung zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden, weil

«a. Der Schuldenbauer vermöge der ungünstigen Zins- und Steuerverhältnisse seinen ökonomischen Ruin als nothwendige Folge voraussehen muß, der durch die vielen Mißjahre wesentlich begünstiget resp. beschleuniget wird;

b. Die Kleingewerbetreibenden durch den Großbetrieb und das Großkapital einem Abgrund nahegebracht sind, welcher sie in kurzer Zeit gänzlich verschlingen wird.»³⁴

³² Antwort an das Schweizerische Handels- und Landwirtschaftsdepartement vom 4. 4. 1884, StAAG, IA Nr. 5, 1884.

³³ Akten der Direktion des Innern, Auswanderungswesen 1881–1888.

Der Gemeinderat von Niederwil, Bezirk Bremgarten, drückte sich noch drastischer aus:

«Die Ursachen, welche die mehr Zahl hiesiger Bürger zum Auswandern bewogen hat, ist einzig und allein dem Umstande zuzuschreiben, weil dieselben trotz allem Fleiße & Sparsamkeit einsahen daß es doch dem Krepfgang zu geht, da der Erwerb, hauptsächlich die Landwirthschaft seit vielen Jahren nur Mißjahre aufweist, so daß es kaum möglich ist die nöthigen Ausgaben zu bestreiten.»³⁵

Der Gemeinderat von Auenstein wies ebenfalls auf die Verdienstlosigkeit der letzten Jahre hin,

«woraus die jüngere Generation schließt, daß gegenwärtig hier auch der arbeitsame Mann nicht weit bringen kann was sie hauptsächlich zur Auswanderung bewegt.»³⁶

Sehr entschieden äußerte sich auch das Bezirksamt Lenzburg:

«Wer Gelegenheit hat, namentlich auf dem Lande, zu beobachten, wie ganze Familien oft 2–3 Monate lang ohne Arbeit bereit stehen müssen, ihrem Brodherren wieder einige Tagelöhne abzugewinnen, um beim ersten Stocken wieder heimgeschickt zu werden, – und Andere, namentlich Landarbeiter, sich damit begnügen müssen, in den Hauptarbeiten wie Erndte usw. einige magere Tagelöhne zu erhalten, der kann unmöglich sagen, daß die Erwerbsverhältnisse in unserem Lande für das Gros der Bevölkerung genügen.»³⁷

Manche Amtsstellen allerdings bestritten, daß die Wirtschaftslage zur Auswanderung zwingt und sahen diese als eine Folge moralischen Niedergangs an. Ausführlich wurde diese Meinung vom Bezirksamt Aarau vertreten:

«So schlimm, daß die Auswanderung absolut notwendig, ist es aber denn doch nicht geworden; jeder Arbeiter findet bei gutem Willen und wenn bei ihm die Genußsucht nicht so überhand genommen, daß die Ausgaben mit den Einnahmen nicht mehr harmonieren, sein Auskommen, und wenn einer hier seine Kräfte derart anspannt, wie er es in Amerika tun muß und tut, so ist ihm bei Sparsamkeit immer noch möglich etwas zurückzulegen, wenn auch nicht so viel wie in Amerika, weil dort die Lohnverhältnisse eben andere sind. Mit der Abnahme des Verdienstes scheinen aber die Bedürfnisse sich gar nicht vermindert zu haben & haben diejenigen, bei denen es nicht ausreicht zum Schnaps die Zuflucht genommen. Ein großer Teil der Auswanderer gehört unter diese Kategorie; daneben hat es aber allerdings auch solche, die auswandern, um mit den Ersparnissen rascher vorwärts zu kommen.»³⁸

³⁴ a. a. O., Schreiben vom 10. 8. 1883.

³⁵ a. a. O., 4. 9. 1883.

³⁶ a. a. O., 8. 8. 1883. Bemerkenswert ist der Beleg dafür, daß auch jüngere und strebsame Leute der ungünstigen wirtschaftlichen Lage wegen auswanderten.

³⁷ a. a. O., 24. 9. 1883.

³⁸ a. a. O., August 1883.

Man wird solchen Äußerungen nicht allzu großes Gewicht beimessen, erscheint es doch neben der Darstellung aus Lenzburg schon geradezu frivol, wenn hier das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben leichthin als Folge der Genußsucht, die Anpassung der Bedürfnisse an die gesunkenen Löhne als rein moralisches Problem betrachtet wird. Bedeutet dieses Urteil zweifellos eine Verharmlosung der wirtschaftlichen Situation, so wird doch nicht bestritten, daß die Aussichten in Amerika besser seien, und diese Tatsache erscheint wenigstens andeutungsweise als einigermaßen respektabler Auswanderungsgrund.

In diesen Zusammenhang gehört auch die häufig erwähnte werbende Wirkung günstiger Berichte von ausgewanderten Freunden und Verwandten. So schreibt das Bezirksamt Baden:

«Die letztjährige Auswanderung aus hierseitigem Bezirk bestand übrigens größtentheils aus sehr familienreichen aber verarmten landwirtschaftlichen Familien, die mit Hilfe früher ausgewanderter & nun gut situirten Verwandten in Amerika besonders Texas die Reise ermöglichten & glauben dort mit dem Heranwachsen ihrer Familien-Arbeitskräfte ihr Glück eher zu finden.»³⁹

Die Erwähnung «landwirtschaftlicher Familien» führt uns zur Frage nach der Beschäftigung der Auswanderer. Die Angaben der Regierung sind in dieser Hinsicht besonders schwierig zu überprüfen, da unser Material keine Quantifizierung erlaubt. Zwar zeigt die fragmentarische Statistik einwandfrei, daß tatsächlich die Mehrheit der Auswanderer aus den stärker industrialisierten Bezirken stammte, jedoch gibt es einige Hinweise darauf, daß in deren Kontingenten nicht unbedingt die eigentlichen Industriearbeiter vorherrschen mußten.

So behauptete das Bezirksamt Kulm:

«Mit nur wenigen Ausnahmen gehören die Auswanderer aus hiesigem Bezirke der landwirtschaftlichen Bevölkerung an.»⁴⁰

Der Gemeinderat von Fahrwangen im Bezirk Lenzburg stellte fest:

«Hauptsächlich rühren diese Auswanderungen daher, daß die Ausgewanderten früher Liegenschaften zu außerordentlichen Preisen erkaufte hatten, deren Kaufpreis zu dessen Erträgen nicht stichhaltig waren. Dieses Verhältnis war dann Ursache, daß sie

³⁹ a. a. O., 29. 9. 1883. Leider besitzen wir nur wenige solche Beweise dafür, daß früher Ausgewanderte den Verwandten die Reise finanzierten. Nach Jones, S. 186 f., hatten um 1890 ein Viertel bis ein Drittel, um 1900 sogar 40–65% der Ankömmlinge in New York die Passage bezahlt erhalten.

⁴⁰ a. a. O., 12. 10. 1883.

ihrem ökonomischen Ruin entgegen gingen und dann ihnen, um einem Geldstage zu entfliehen, der einzige Ausweg offenstand, die Liegenschaften zu verkaufen und mit der fruchtbaren Kaufrestanz einen größeren Güterconflux (sic!) in Amerika erkaufen zu können.»⁴¹

Aus Seon heißt es:

«Während in früheren Jahren die Auswanderer meist dem Handwerkerstande angehörten, die glaubten, jenseits des Oceans schnell reich zu werden, so sind in letzter Zeit fast ausschließlich ärmere Landarbeiter ausgewandert, deren Auswanderungskosten von der Gemeinde bestritten wurden und von denen wir glaubten, daß die Auswanderung in ihrem eigenen Interesse liege.»⁴²

In Brittnau werden Kleinbauern und Heimarbeiter gemeinsam genannt:

«Nach den von uns gemachten Erfahrungen resümieren wir dahin, daß speziell in hiesiger Gemeinde dem ökonomisch gesunkenen «Mittelstande» d.h. den Kleinbauern (Schuldenbäuerlein) und den vor Eintreten der Krisis über die Baumwollen und Halbwoollen Industrie ganz gut situirt gewesenen Weber, nur durch außerordentliche Mittel einigermaßen geholfen werden kann, dem Erstern durch billigeres Geld, den Letztern durch Einführen einer andern Industrie. Diese Aushülfe wird aber voraussichtlich nicht in Bälde eintreten, es bleibt deshalb den Betroffenen nichts anderes übrig, als die Auswanderung.»⁴³

Schon oben wurde die Äußerung aus Erlinsbach zitiert, die ebenfalls auf Auswanderung von Bauern und Handwerkern hinweist. Andere Zeugnisse bestätigen allerdings, daß die Lage der Industrie die Auswanderung stark förderte. So wurde aus Menziken gemeldet:

«In früheren Jahren war in hiesiger Gegend die Baumwollenindustrie vorherrschend wodurch die Gemeinden des oberen Wynenthals zu einigem Wohlstand gelangt sind. Diese Industrie ist aber in jüngster Zeit in Folge der für uns ungünstigen Zollverhältnisse gegenüber dem Ausland fast ganz verschwunden & ist es dem Verschwinden dieser Erwerbsquelle vorab zuzuschreiben, daß hier die Auswanderung mehr und mehr zugenommen hat.»⁴⁴

Eindeutig ist das Urteil des Gemeinderats von Zofingen:

«Der Grund, warum in den letzten Jahren so viele Einwohner hiesiger Gemeinde ausgewandert sind, liegt nach den übereinstimmenden Angaben der Auswanderer selbst

⁴¹ a. a. O., 3.9.1883. Vermutlich handelte es sich eher um Kleinbauern, die durch dringend nötige Zukäufe in Schulden gekommen waren, als um größere Landwirte, die sich aus Leichtsinne übernommen hatten.

⁴² a. a. O., 14.9.1883.

⁴³ a. a. O., 15.9. Brittnau gehörte zu den wenigen Gemeinden, die noch ziemlich regelmäßig Auswanderungsbeiträge ausrichteten.

⁴⁴ a. a. O., 11.8.1883.

und nach hierseitigem Dafürhalten darin, daß – infolge des durch ungünstige Zollverhältnisse bewirkten –, Rückgangs der hauptsächlich hiesigen Industrien die ausgewanderten Personen trotz aller Arbeitslust und Arbeitstüchtigkeit ihr gehöriges Auskommen nicht mehr gefunden haben ... »⁴⁵

Die Äußerung des Gemeinderats von Menziken scheint zu der des Kulmer Bezirksamts in einem gewissen Widerspruch zu stehen. Gerade darin kann man aber auch eine Bestätigung sehen für die Vermutung, die wirtschaftliche Lage habe vor allem kleine Grundbesitzer mit Subsidiäreinkommen aus Lohnarbeit zur Auswanderung getrieben. Sie gehörten insofern zur «landwirtschaftlichen Bevölkerung», als sie sich vornehmlich vom Ertrag des eigenen oder gepachteten Landes ernährten; andererseits konnten sie aber auch ohne die Bareinnahmen aus Heimarbeit nicht auskommen und sahen sich beim Niedergang der Handweberei vom Ruin bedroht. Auch die anderen Zeugnisse sprechen nicht gegen die Annahme, daß diese Heimarbeiter in den Kontingenten der Industriebezirke eine wichtige Rolle spielten, während die Fabrikarbeiter eher schwach vertreten waren. Da aus den rein agrarischen Gebieten nur Handwerker und Landwirte kamen, dürften diese Gruppen gesamthaft immer noch leicht überwogen haben.

Die Behauptung der Regierung, daß vor allem kinderreiche Familien unter den zur Auswanderung treibenden Bedingungen litten, läßt sich in dieser Form nicht gut bestreiten. Die Schlußfolgerung, solche Familien hätten das Gros der Auswanderung ausgemacht, ist aber mit den Statistiken nicht recht vereinbar.

Eine Feststellung läßt sich ohne Bedenken treffen, daß nämlich nach wie vor die Mehrheit der Auswanderer finanziell sehr dürftig ausgestattet war. Nirgends finden wir einen Hinweis darauf, daß vor allem Leute mit einigem Vermögen ausgewandert seien; dagegen ist in zahlreichen Fällen zu belegen, daß Auswanderer zu ihrem Unternehmen die Hilfe der Gemeinde und des Staates brauchten. In der Regel wurden Unterstützungen an einzelne Personen oder Familien verabreicht; eigentliche Armenschübe sind nicht mehr nachzuweisen. Einzig die Chile-Kolonisten bildeten größere Gruppen, deren Auswanderung vorwiegend von den Gemeinden finanziert wurde; der Zusammenschluß ergab sich hier aber aus der Natur des Unternehmens und die überwiegende Beteiligung von Armen aus den besonderen Vorteilen des Angebots, das eben auch ihnen die selbständige Ansiedlung erlaubte.

⁴⁵ a. a. O., 17.8.1883.

Wir wissen nicht, wieviele Auswanderer der achtziger Jahre insgesamt noch Unterstützungen erhielten; zweifellos waren es verhältnismäßig weniger als in den fünfziger Jahren⁴⁶. Mit einiger Vorsicht aufzunehmen sind die recht zahlreichen Äußerungen über die persönlichen Qualifikationen der Auswanderer, die gewöhnlich im Zusammenhang stehen mit der Frage nach der Notwendigkeit der Auswanderung. Wer diese für gegeben hielt, legte Wert auf die Feststellung, daß auch tüchtige und fleißige Leute die Heimat verließen. Der Bezirksamtmann von Kulm etwa betonte:

«Fast ausnahmslos sind es außerordentlich sparsame und genügsame Leute, die nach einigem Vertrautwerden mit den amerikanischen Verhältnissen sich dort eine ordentliche Existenz gründen, und durch Rath und That ihre Leidensgenossen in der Heimath ebenfalls zur Auswanderung aufmuntern und bestimmen.»⁴⁷

Wer dagegen nicht wahr haben wollte, daß die wirtschaftliche Lage triftigen Grund zur Auswanderung gebe, der neigte dazu, diese als Fluchtweg der Außenseiter und Versager zu beurteilen. Wir haben diese Haltung schon beim Bezirksamt Aarau kennengelernt; auch der Amtmann von Zurzach wollte aber in der Auswanderung nur einen Irrweg sehen:

«Aus diesen Berichten ist zu entnehmen, daß Personen, welche bei Fleiß und Sparsamkeit auch hier ihr Auskommen gefunden hätten, aus Mangel an besagten Eigenschaften ihr Glück in Amerika zu suchen sich veranlaßt fanden. Hätten diese hier gearbeitet, wie sie ganz sicher in der neuen Heimath genöthigt werden, so würden selbe auch hier ihre Existenz behauptet haben.»⁴⁸

Bemerkenswert ist in diesem Falle, daß von den Berichten, auf die sich der Amtmann beruft, nur zwei sein Urteil wirklich stützen. Daneben finden sich aber im Material, das dem Beamten zur Verfügung stand, auch Äußerungen wie die folgende:

«... bei gegenwärtigen Mißjahren, verbunden mit bedeutender Verdienstlosigkeit ist es einem strebsamen aber mittellosen Bürger, hier nicht leicht möglich, auch nur

⁴⁶ Die Gemeindebeiträge sind nur bis 1879 in einer zusammenfassenden Statistik registriert (siehe Tabelle 6). Ihr abrupter Anstieg in diesem Jahr läßt allerdings vermuten, daß auch diese Welle durch eine überdurchschnittlich rege Unterstütztätigkeit der Gemeinden gekennzeichnet war.

⁴⁷ a. a. O., 12. 10. 1883.

⁴⁸ a. a. O., 1. 10. 1883.

einigermaßen einiges Vermögen zu erwerben, noch viel weniger aber, einer Familie eine sichere Existenz zu verschaffen.»⁴⁹

«... daß die Erwerbsverhältnisse in der Gemeinde Böttstein der Art sind, daß Personen, welche nicht hinreichendes Vermögen besitzen, ihr Auskommen auswärts suchen müssen.»

Das Beispiel zeigt, daß auch die Gegner der Auswanderung ihre Augen vor unbequemen Zeugnissen verschließen konnten.

Aus der Bejahung oder Verneinung triftiger wirtschaftlicher Auswanderungsgründe läßt sich nicht ohne weiteres auf die Einstellung zur staatlichen Auswanderungsförderung schließen, gerade wegen der unterschiedlichen Einschätzung der persönlichen Qualitäten.

Der Gemeinderat von Aarau zum Beispiel glaubte, daß vor allem Leichtsinnige und Liederliche in der Auswanderung ihr Heil suchten; ihre Förderung durch den Staat schien ihm aber gerade deswegen wünschenswert, denn:

«... Die minder tüchtigen Kräfte wandern aus, die bevorzugten bleiben zurück. Die Qualität der Bevölkerung wird verbessert.»

Der Gemeinderat von Erlinsbach dagegen fand die Auswanderung in der wirtschaftlichen Lage der einzelnen wohl begründet, für den Staat schien sie ihm aber wenig günstig,

«... denn es ist leider nur zu wahr, daß oft die besten Arbeitskräfte, welche hier je länger je mehr den sorgenvollen Kampf ums Dasein aufnehmen müssen, ihre Heimath verlassen, währenddem Faulenzer und Spitzbuben hier zurückbleiben.»

Die Widersprüchlichkeit der Meinungen mag uns davor warnen, unse-rerseits einen einheitlichen Typus des Auswanderers zu konstruieren. Wohl mußten wir versuchen, Gemeinsamkeiten zu entdecken, die Auswanderer als Angehörige einer bestimmten Bevölkerungsschicht zu identifizieren und damit die wirtschaftliche Lage dieser Schicht als Voraussetzung der Welle zu erkennen; keineswegs sind damit aber die Auswanderungsmotive restlos geklärt.

Zu den für ganze Gruppen geltenden sozio-ökonomischen Bedingungen kamen in jedem einzelnen Fall individuelle, durchaus unterschiedliche Beweggründe, die für die Wahl gerade dieses Auswegs entschieden.

⁴⁹ a. a. O., 31.8.1883. Daß die Auswanderer sich bei genügendem Fleiß auch zu Hause hätten erhalten können, behauptete nur die Behörde von Kaiserstuhl von 2 Personen und diejenige von Reckingen von einigen ledigen Jünglingen.

Wir haben in unserer Fragestellung diese persönlichen Faktoren weitgehend ausgeklammert und damit bewußt auf eine Untersuchung der Auswanderungsmotive im engeren Sinne verzichtet. Immerhin mag eine Bemerkung zur Wahl zwischen Binnenwanderung und überseeischer Auswanderung gestattet sein.

Auf den ersten Blick erscheint die letztere zweifellos als der schwierigere und riskantere Schritt, als ein viel radikalerer Bruch mit allem Gewohnten. In einer Hinsicht aber konnte sie gerade die Weiterführung des bisherigen Lebensstils ermöglichen. Der verarmte Kleinbauer oder Handwerker durfte hoffen, in Amerika in absehbarer Zeit die Kenntnisse und das Kapital zum Aufbau einer neuen selbständigen Existenz zu erwerben. Die geographisch viel geringfügigere Umsiedlung aus einer rein agrarischen oder heimindustriellen Region in die neuen Industriezentren war dagegen in der Regel verbunden mit dem Übergang zur Fabrikarbeit, also mit der endgültigen Aufgabe der beruflichen Unabhängigkeit.

Es ist nicht auszuschließen, daß dieser «Abstieg» in den Stand des vermögenslosen, abhängigen Lohnarbeiters manchem schwerer fiel als die Reise übers Meer.

In diesem Sinne konnten nicht nur vage Hoffnungen auf wirtschaftlichen Erfolg die Auswanderung veranlassen, sondern auch eine klare Präferenz für eine bestimmte soziale Stellung, die in der Heimat nicht mehr zu behaupten war.

Als Ganzes gesehen vermittelt die Auswanderungswelle der achtziger Jahre weniger den Eindruck einer eigentlichen Massenbewegung als die frühern. Die Panik der Notjahre 1816/17, die Pauperismusfurcht und die intensive Förderungstätigkeit der Gemeinden um die Jahrhundertmitte ließen in diesen Jahren die Auswanderung in ungewöhnlichem Maße als Ergebnis kollektiver Stimmungen und Entschlüsse erscheinen, in denen sich die Motivation des einzelnen verlor. Die Welle der achtziger Jahre dagegen resultierte wahrscheinlich viel eher aus einer Vielzahl von unabhängigen Einzelentschlüssen.

Verwunderlich ist dies nicht, denn durch die verbesserte Schulbildung, die höhere Qualität und leichtere Zugänglichkeit der veröffentlichten Informationen, die größere Dichte der privaten Nachrichten usw. war der einzelne nun weit besser in der Lage, eine sachliche, fundierte Entscheidung zu treffen.

Die letzte Auswanderungswelle, ihrem Umfang und ihren wirtschaftlichen Hintergründen nach noch durchaus vergleichbar mit den anderen Wanderungswellen des 19. Jahrhunderts, erscheint so in gewissem Sinne doch moderner als jene; sie weist schon vorwärts auf die Auswanderung unseres Jahrhunderts, die den Charakter der Massenbewegung gänzlich verloren hat.

Ausblick und Schlußbemerkungen

Die Auswanderungswelle von 1880 bis 1885 beschließt das Zeitalter der eigentlichen Massenauswanderung und damit den Bereich unserer Untersuchung.

Nach 1885 ging die Auswanderung stark zurück; von 1894 bis zum Weltkrieg betrug sie nie mehr als 250 Personen jährlich. Begründet war diese Abnahme zweifellos im Aufschwung der schweizerischen Industrie, der das Problem der strukturbedingten Unterbeschäftigung beseitigte. War im Aargau die Zahl der Fabrikarbeiter von 1857 bis 1882 nur um rund 16% gewachsen, so betrug die Zunahme von 1882 bis 1901 mehr als 61%, von 1882 bis 1911 sogar fast 129%.

Angesichts dieser Expansion wurde die Übervölkerungsfurcht gegenstandslos, von einer Notwendigkeit der Bevölkerungsreduktion konnte keine Rede mehr sein. Zur Lösung der bleibenden Aufgaben, zur Schaffung größerer sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, konnte die Auswanderung kaum beitragen; sie wurde wieder zu einer Privatsache des einzelnen, der sich in Amerika rascheren und größeren Erfolg versprach.

Damit verlassen wir auch das Gebiet, in dem unser auf die Massenauswanderung gerichteter Forschungsansatz Erfolg verspricht; die Auswanderung der folgenden Jahrzehnte müßte nach andern Gesichtspunkten untersucht werden.

Schon in dem behandelten Zeitraum bedeutete, wie wir noch einmal betonen müssen, die Konzentration auf die Massenauswanderung eine gefährliche Einengung des Blickfeldes. Dies zeigt sich besonders bei der Frage nach den Ursachen der Auswanderung.

Schon ein flüchtiger Blick auf die amerikanische Literatur zeigt, daß dort die Anziehungskraft des neuen Kontinents, der Sog des Vakuums großer «unbesiedelter» Räume, als eigentliche Ursache der ganzen atlantischen Wanderung betrachtet wird. Die Verwendung des Begriffs «immigration» entspricht nicht nur dem geographischen Standort, sondern trifft auch die Auffassung von den Motiven der Wandernden.

Danach hätten diese vor allem nach Amerika hinein, nicht aus Europa hinaus gewollt; sie wären «Amerikabegeisterte» eher denn «Europamüde» gewesen.

Wenn demgegenüber in unserer Arbeit Unzulänglichkeiten der wirtschaftlichen Struktur und vor allem akute Krisen als Voraussetzungen der Auswanderung in den Vordergrund traten, so bedeutet dies weder eine Verfälschung der Tatsachen noch eine Widerlegung der erwähnten Anschauung, sondern eine Einseitigkeit, die sich aus der Beschränkung auf die eigentlichen Auswanderungswellen ergab.

Zweifellos war die schweizerische Auswanderung des 19. Jahrhunderts – bei weitgehendem Fehlen religiöser oder politischer Gründe – in erster Linie bedingt durch einen Niveauunterschied des aktuellen oder zu erwartenden Lebensstandards gewisser Bevölkerungsschichten in der Schweiz und in Amerika. Ob und in welchem Maße dieser Niveauunterschied Auswanderungen verursachte, hing nicht nur von seiner Größe ab, sondern auch von andern Faktoren, so von den nichtmateriellen Bindungen an die engere Heimat, von der Bereitschaft der Behörden und Mitbürger, Abwanderungen zu billigen oder gar zu erleichtern, von den Gefahren, welche die Reise abschreckend machten.

Was die Größe des Unterschieds betrifft, so war sie natürlich abhängig von der wirtschaftlichen Lage sowohl in der Schweiz als auch in Amerika. In Zeiten, da die Lebensbedingungen in der Schweiz sich wenig veränderten, beobachten wir eine deutliche Parallelität von amerikanischer Konjunktur und Auswanderung; umgekehrt wirkten sich bei einigermaßen stabilen Verhältnissen in den Vereinigten Staaten schweizerische Konjunkturen und Krisen besonders kräftig aus.

Auffallend ist, daß Extremwerte der Auswanderung immer aus ungünstigen Bedingungen in einem der beteiligten Gebiete resultierten. Ungewöhnlich niedrige Auswanderungsziffern finden wir immer als Folge amerikanischer Wirtschaftskrisen, so nach 1819, 1837 oder 1857, was gelegentlich als Beweis für die größere Bedeutung der anziehenden Kräfte angeführt wird. Umgekehrt kann aber gezeigt werden, daß auch der kräftigste «boom» in Übersee noch keine Auswanderungswelle auslösen konnte. Nur wenn Mißernten oder Industriekrisen in der Heimat ungewöhnlich viele Menschen in eine Notlage brachten und zugleich in der näheren Umgebung keine Ausweichmöglichkeiten offenstanden, kam es zu eigentlichen Massenauswanderungen.

Diese Tatsache hat wohl dazu beigetragen, daß die Auswanderungswellen in der Schweizergeschichte bisher vorwiegend negativ, als nahezu panische Reaktion auf eine exzeptionelle Notlage dargestellt wurden. Wir haben zu zeigen versucht, daß auch die Massenauswanderung keineswegs immer unüberlegt, leichtfertig, eine blinde Flucht in noch größeres Elend sein mußte; erst recht gilt dies von der als Dauerphänomen zu beobachtenden Individualauswanderung.

Die Wandlungen der wirtschaftlichen Struktur stellten immer wieder Menschen vor die Tatsache, daß sie in der gewohnten Umgebung und mit der gewohnten Beschäftigung ihre Ambitionen nicht würden verwirklichen können, vielleicht sogar mit einem sozialen Abstieg zu rechnen hätten. Umstellung und Anpassung wurde von jedem gefordert: der Ackerbauer mußte Viehzüchter werden, der selbständige Handwerker abhängiger Lohnarbeiter, der Heimarbeiter hatte sich der Disziplin der Fabrik zu fügen. Jede dieser Umstellungen konnte für den einzelnen schmerzlich und schwierig sein, an jeder konnte der Schwache oder wenig Anpassungsfähige scheitern. Allzuvielen gab die unkontrollierte, mit brutaler Geschwindigkeit verlaufende Entwicklung kaum eine Chance, Not und Elend zu entgehen, während Mangel an Einsicht den Glücklicheren diese Not als selbstverschuldet oder unvermeidlich erscheinen ließ.

Die Auswanderung war eine unter mehreren Möglichkeiten, wieder einen Weg nach oben zu finden. Daß sie ihre besonderen Gefahren bot und nicht selten zu Mißerfolgen führte, ist nicht zu bestreiten; ebenso wenig aber, daß sie im Falle des Gelingens ungewöhnlich raschen Aufstieg erlaubte.

Seit Jahrhunderten waren Schweizer vorübergehend oder dauernd in die Fremde gezogen, wenn die Existenzgrundlage in der Heimat nicht mehr ausreichte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Tradition auch jetzt manchem den Aufbruch erleichterte.

Das materielle und immaterielle Elend breiter Bevölkerungsschichten, mit dem der rasche Übergang zum modernen Industriezeitalter erkaufte wurde, bildet den düsteren Hintergrund der Massenauswanderung. Diese selbst auf solchem Hintergrund als besonders dunklen Punkt, ja als eigentlichen Schandfleck zu betrachten, rechtfertigt sich jedoch nicht.

Ziel unserer Arbeit war es, die Voraussetzungen der Massenauswanderung, ihren Umfang und die Umstände, unter denen sie sich vollzog, für den Bereich eines Kantons abzuklären. In ihre Ursachen tiefer einzu-

dringen, wird Studien über kleinere Gebiete vorbehalten bleiben; ihre ganze Bedeutung für die schweizerische Sozialgeschichte wird sich erst anhand umfassender Gesamtdarstellungen ermessen lassen. Solche weiterführende Forschungen werden auch zeigen, welche der hier vorgelegten Resultate vielleicht voreilige Verallgemeinerungen, welche insignifikante Sonderfälle sind. Die Geschichte der schweizerischen Wanderungen wird jedenfalls noch lange ein lohnender Gegenstand der Forschung bleiben.

Tabellen

Tabelle I Bevölkerung nach Bezirken, 1803–1900

	1803	1836	1850	1860	1870	1880	1888	1900
Aarau	11 417	17 398	19 093	18 762	19 214	19 952	20 891	23 345
Baden	12 064	18 820	21 544	21 373	23 373	24 013	23 033	28 086
Bremgarten	11 262	16 175	18 025	18 558	18 731	18 100	17 572	18 729
Brugg	13 017	17 053	17 758	16 888	17 160	17 198	16 453	17 039
Kulm	14 499	20 398	21 687	20 326	20 798	19 827	19 418	19 940
Laufenburg	10 761	14 501	15 398	14 091	14 410	14 340	13 666	13 415
Lenzburg	12 461	16 368	17 562	17 512	18 482	18 706	17 384	18 269
Muri	10 769	13 863	15 002	14 849	14 280	14 299	13 753	13 411
Rheinfelden	8 466	10 154	11 271	11 107	11 385	11 222	11 485	12 683
Zofingen	15 528	24 461	26 549	26 177	26 990	27 359	27 167	28 705
Zürzach	10 243	14 130	15 963	14 565	13 895	13 341	12 485	12 876
Kanton	130 487	182 755	199 852	194 208	198 718	198 357	193 580	206 498

Quellen: Zahlen pro 1803 und 1836: Bronner, Band 1, S. 400 f. und 408 ff. Zahlen ab 1850: 150 Jahre Aargau.

Alle im Text und in den folgenden Tabellen genannten Zahlen, die in Beziehung zur Bevölkerung stehen, basieren auf den hier aufgeführten Ziffern.

Tabelle 2 Bevölkerungsdichte der Bezirke, 1803–1900

Einwohner je Quadratkilometer

	1803	1836	1850	1860	1870	1880	1888	1900
Aarau	109	167	183	180	183	191	200	223
Baden	79	120	141	141	153	154	153	184
Bremgarten	73	138	153	154	154	153	153	154
Brugg	67	114	115	114	114	114	114	114
Kulm	144	201	214	213	213	201	200	201
Laufenburg	70	95	95	95	95	94	94	94
Lenzburg	121	160	161	161	180	180	179	180
Muri	77	100	115	114	114	114	100	100
Rheinfelden	79	91	101	101	102	100	103	113
Zofingen	111	172	187	187	187	193	193	202
Zurzach	75	109	123	109	109	103	98	98
Kanton	93	130	142	138	142	142	138	147

Quellen: Siehe Tabelle I.

Eine Gegenüberstellung der obigen Zahlen und der Auswanderungsziffern zeigt, daß die Bevölkerungsdichte als solche, ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, keine Erklärung für die Stärke der Auswanderung bietet.

Tabelle 3 Bevölkerungszuwachs 1803–1850, nach Bezirken

	Zuwachs in Prozenten, total		Zuwachs in Prozenten Jahresdurchschnitt		
	1803–1836	1836–1850	1803–1850	1836–1850	
Aarau	52,4	9,7	67,3	1,28	0,66
Baden	51,4	11,7	78,6	1,33	0,97
Bremgarten	43,6	11,4	60,0	1,1	0,77
Brugg	31,0	4,1	36,5	0,82	0,29
Kulm	40,7	6,3	49,5	1,04	0,44
Laufenburg	31,9	6,2	43,1	0,91	0,43
Lenzburg	31,4	7,3	40,1	0,83	0,50
Muri	28,7	8,2	39,3	0,77	0,57
Rheinfelden	20,0	11,0	33,2	0,55	0,75
Zofingen	57,5	8,5	71,0	1,39	0,59
Zurzach	38,0	13,0	55,8	0,98	0,87
Kanton	40,0	9,3	53,1	1,03	0,64

Quellen siehe Tabelle 1.

Bemerkenswert ist zunächst die außerordentliche Stärke des Bevölkerungswachstums im ersten Drittel des Jahrhunderts, sodann der massive Rückgang der Wachstumsraten noch vor der Jahrhundertmitte und schließlich auch das Ausmaß der regionalen Unterschiede. Eine eindeutige Beziehung zur Auswanderung ist wiederum nicht festzustellen.

Tabelle 4 Auswanderung nach Bezirken, 1841–1900

	Aarau	Baden	Brem- garten	Brugg	Kulm	Laufen- burg	Lenz- burg	Muri	Rhein- felden	Zofingen	Zurzach	Kan- ton
1841	1						1		1		7	10
1842	10			11	23	8	24		31		10	121
1843	30	2		14	25	18	40	3	101	7	9	259
1844	33	12		13	8	8	15	1	36	2	21	149
1845	13	12		26	21	9	54		22	32	79	268
1846	2	4		28	4	11	28		10	53	20	160
1847	28	5		57	5	33	16		13	51	29	242
1848	44	40		131	14	24	39		22	59	62	435
1849	54	10	3	59	27	25	17	3	71	33	33	367
1850	75	4	4	31	12	62	19		38	13	4	262
1851	107	233	53	205	66	148	52	9	42	293	135	1319
1852	48	259	33	110	49	230	95	49	175	52	81	1180
1853	170	196	20	143	86	179	164	16	34	114	273	1395
1854	244	155	64	417	282	797	253	84	81	376	212	2963
1855	103	90	20	128	66	42	61	1	31	494	99	1114
1856	85	28	17	81	69	33	80	2	52	84	22	553
1857	43	52	6	53	13	17	60	25	21	41	63	394
1858	19	15	3	28	6	22	10	1	4	15	27	150
1859	31	3	2	27	22	21	15	10	3	9	11	144
1860	26	16	13	53	8	35	18	3	7	17	47	243
1861	22	23	2	66	6	14	29	2	15	25	29	233
1862	17	8	9	33	22	19	15	4	11	56	42	236
1863	65	52	7	65	54	19	21	5	14	29	36	367
1864	51	31	7	38	57	58	42	4	54	96	53	491
1865	107	48	13	49	98	53	38	13	29	65	36	549
1866	47	30	7	74	58	34	44	7	14	58	44	487
1867	60	36	34	41	12	42	71	21	27	87	42	473
1868	65	67	8	35	20	18	35	9	5	55	39	356
1869	49	45	13	35	83	31	24	8	8	67	67	427
1870	57	32	29	31	34	16	32	7	10	36	53	337

	Aarau	Baden	Brem- garten	Brugg	Kulm	Laufen burg	Lenz- burg	Muri	Rhein- felden	Zofingen	Zurzach	Kan- ton
1871	28	49	31	34	51	29	40	9	25	68	53	406
1872	63	46	18	85	37	9	23	13	16	58	49	417
1873	30	20	21	43	51	45	46	13	9	99	57	434
1874	?	?	?	?	22	?	20	6	?	22	10	142
1875	9	11	2	11	6	15	7	-	7	7	13	88
1876	-	3	5	14	9	21	2	9	3	8	8	81
1877	14	19	-	9	13	18	13	2	7	12	16	123
1878	37	21	6	36	11	27	31	3	5	30	7	214
1879	44	10	4	38	25	70	14	5	45	85	19	359
1880	91	44	47	43	112	54	58	5	81	207	53	795
1881												1014
1882												1158
1883												1273
1884												641
1885												424
1886												353
1887	52	42	25	33	32	42	51	9	17	84	38	425
1888	66	32	15	41	44	33	44	4	23	87	35	424
1889	62	28	30	49	46	30	29	14	13	124	29	454
1890	41	35	19	32	18	28	30	16	40	91	44	394
1891	57	18	18	33	39	12	27	8	20	70	44	346
1892												369
1893												310
1894												147
1895												220
1896												128
1897												125
1898												94
1899												103
1900												140

Tabelle 5 Auswanderung über längere Perioden, absolut und in Prozenten der Bevölkerung

	Aarau absolut %	Baden absolut %	Bremgarten absolut %	Brugg absolut %	Kulm absolut %	Laufenburg absolut %
1846-1850	203 1,1	63 0,3	7 -	306 1,7	62 0,3	155 1,0
1851-1855	672 3,5	933 4,3	190 1,1	1003 5,6	549 2,5	1396 9,1
1856-1860	204 1,1	114 0,5	41 0,2	242 1,4	118 0,6	128 0,9
1841-1850	290 1,5	89 0,4	7 -	370 2,1	139 0,6	198 1,3
1851-1860	876 4,6	1047 4,9	231 1,3	1245 7,0	667 3,1	1524 9,9
1861-1870	540 2,9	372 1,7	129 0,7	467 2,8	444 2,2	304 2,2
1871-1880	316 1,6	223 0,9	134 0,7	313 1,8	337 1,6	288 2,0
1841-1860	1166 6,1	1136 5,3	238 1,3	1615 9,1	806 3,7	1722 11,2
1861-1880	856 4,5	595 2,5	263 1,4	780 4,5	781 3,8	592 4,1

	Lenzburg absolut %	Muri absolut %	Rheinfelden absolut %	Zofingen absolut %	Zurzach absolut %	Kanton absolut %
1846-1850	119 0,7	3 -	154 1,4	209 0,8	148 0,9	1429 0,7
1851-1855	625 3,6	159 1,1	363 3,2	1329 5,0	800 5,0	8019 4,0
1856-1860	183 1,0	41 0,3	87 0,8	166 0,6	170 1,2	1494 0,8
1880-1885						4510 2,3
1841-1850	253 1,4	7 -	345 3,1	250 0,9	274 1,7	2273* 1,1
1851-1860	808 4,6	200 1,3	450 4,0	1495 5,6	970 6,1	9513 4,7
1861-1870	351 2,0	80 0,5	187 1,7	574 2,2	441 3,0	3889 2,0
1871-1880	254 1,4	65 0,5	198 1,7	596 2,2	285 2,1	3009 1,5
1881-1890						6560 3,3
1841-1860	1061 6,0	207 1,4	795 7,1	1745 6,6	1244 7,8	11728* 5,9
1861-1880	605 3,3	145 1,0	385 3,4	1170 4,3	726 5,2	7013 3,5
1881-1900						8402 4,3

Prozentuale Anteile: 1841-1860 jeweils von Bevölkerung 1850; 1861-1880 von Bevölkerung 1870. Sonst jeweils von Bevölkerung zu Beginn des Jahrzehnts.

* Wegen der ungenauen Statistiken in den Jahren vor 1850 entsprechen diese Angaben für den Gesamtkanton nicht den Summen der Angaben für die einzelnen Bezirke.

Tabelle 6 Vermögen der Auswanderer, Unterstützungen der Gemeinden und des Staates, 1841–1879

	Mitgenommenes Vermögen in Franken		Zurückgelassenes Vermögen in Franken		Unterstützungen der Gemeinden in Franken		Unterstützungen des Staates in Franken	
	Total	pro Kopf	Total	pro Kopf	Total	pro Kopf	Total	pro Kopf
1841	2 200	220			107	11		
1842	18 240	151	7 976	66	1 983	16		
1843	32 250	125	820	3	5 077	20		
1844	22 858	153	8 523	57	6 060	41		
1845	47 324	177	14 900	56	5 154	19		
1846	31 401	196	9 775	61	9 490	59		
1847	59 113	244	34 228	142	6 908	29		
1848	103 407	238	30 193	69	20 146	46	682	2
1849	78 377	214	32 684	89	9 331	25	1 775	5
1850	49 508	189	15 900	61	12 613	48	2 695	10
1851	143 856	109	41 219	31	122 129	93	20 718	16
1852	120 869	103	46 051	39	146 597	124	17 993	15
1853	174 633	126	109 961	79	147 513	106	27 669	20
1854	341 433	115	128 938	44	347 928	117	71 364	24
1855	139 431	125	83 807	75	122 772	110	18 355	16
1856	62 957	114	30 838	56	40 251	73	6 877	12
1857	63 470	161	39 439	100	28 544	72	4 250	11
1858	49 554	330	16 772	112	12 162	81	1 815	12
1859	22 636	157	28 435	197	10 379	72	1 828	13
1860	106 210	437	54 806	226	14 435	59	1 610	7
1861	61 392	263	70 264	302	13 704	59	2 602	11
1862	39 383	167	67 440	286	21 097	81	2 786	12
1863	91 963	251	102 102	278	26 744	73	3 035	9
1864	108 789	222	83 767	171	29 364	60	3 551	7
1865	85 483	156	67 343	123	32 863	60	2 025	4

	Mitgenommene Vermögen in Franken		Zurückgelassenes Vermögen in Franken		Unterstützungen der Gemeinden in Franken		Unterstützungen des Staates in Franken	
	Total	pro Kopf	Total	pro Kopf	Total	pro Kopf	Total	pro Kopf
1866	83 797	172	79 481	163	26 339	54	2 287	5
1867	98 487	206	78 319	166	24 727	52	2 880	6
1868	83 146	234	26 133	73	18 273	51	1 985	5
1869	106 857	250	59 213	139	25 308	59	2 921	7
1870	138 048	410	60 681	180	17 266	52	1 485	4
1871	140 674	346	46 380	114	19 973	49	1 880	5
1872	85 236	204	102 736	246	15 857	38	2 580	6
1873	115 150	265	128 406	296	18 564	43	1 745	4
1874	58 013	409	21 010	148	3 392	24	674	5
1875	22 233	253	20 714	255	2 026	23	235	3
1876	16 957	209	21 860	270	3 559	44	114	1
1877	30 277	246	51 671	420	3 664	30	91	1
1878	48 570	227	41 590	194	9 755	46	35	
1879	62 854	175	69 827	195	22 374	62	381	1
Summen und Durchschnitte über längere Perioden								
1841–1850	444 678	196	155 000	68	76 869	34	5 223	2
1851–1860	1 286 690	135	597 929	63	1 045 227	110	181 356	19
1861–1870	897 345	231	694 744	179	235 687	61	25 557	7
1871–1879	579 965	262	504 194	228	99 165	45	7 735	4
1851–1855	981 864	122	427 639	53	939 273	117	164 977	21

Quellen: Rechenschaftsberichte des Regierungsrates. Bis 1851 sind die Beträge in Franken alter Währung, nachher in Franken neuer Währung angegeben. Für die letzte Tabelle wurden die Angaben pro 1851 in Franken neuer Währung umgerechnet. Zuverlässig sind die Angaben über Unterstützungen des Staates, in etwas geringerem Maße die über Unterstützungen der Gemeinden. Die Vermögensangaben sind zweifellos unvollständig.

Zur Interpretation siehe Text S. 226 ff.

Tabelle 7 Zahl der von den Gemeinden Unterstützten

	Aarau	Baden	Brem- garten	Brugg	Kulm	Laufen- burg	Lenz- burg	Muri	Rhein- felden	Zofingen	Zurzach	Kan- ton
1836	806	1111	1141	2032	1347	896	807	1018	484	2378	847	12 867
1837	634	1111	1030	1877	1397	775	730	1015	499	2277	816	12 161
1838	723	1157	970	1867	1387	755	630	978	458	2138	643	11 906
1839	589	1092	981	1832	1339	750	642	981	442	1695	830	11 173
1841	303	772	743	1983	1452	716	744	839	496	2312	810	11 180
1842	960	963	862	1842	1096	727	743	860	406	2332	845	11 636
1844	1183	1348	1085	1869	1664	865	1134	1253	518	2314	1411	14 644
1845	1143	1168	927	1380	2335	786	973	1209	547	2251	1410	14 129
1846	1064	1370	874	1408	2611	911	1381	1147	602	2092	1393	14 853
1847	1972	2065	1396	2035	3683	1102	1965	1371	655	2690	1561	20 520
1848	1870	1641	1150	1672	2769	1148	1836	1158	708	2636	1787	18 375
1849	1665	1630	948	1492	2296	1182	1493	1194	644	2318	1319	16 181
1850	1600	1413	1111	1494	2114	1192	1669	1236	595	2712	1593	16 669
1851	1804	1791	1007	1560	2210	1006	1826	1251	494	2786	1818	17 553
1852	1852	1907	1002	1805	2421	1056	1666	1148	535	3126	1511	18 030
1853	1374	1680	1010	1607	3026	1224	1743	1201	618	3336	1571	18 390
1854	2171	1928	1475	1959	4567	1262	2394	1851	654	3971	2030	24 262
1855	1905	2012	1815	2135	4861	1139	2362	1990	724	4316	1758	25 017
1856	1707	1605	1100	1763	3858	1174	1824	1551	664	3168	1397	19 811
1857	1516	1639	1027	1193	3249	963	1688	1433	510	2844	1292	17 354
1858	1161	1476	897	1087	2816	798	1644	1204	480	2448	1087	15 098
1859	891	772	921	975	2535	734	1067	1057	395	2096	1013	12 456
1860	942	655	940	951	2381	644	1184	1129	385	1977	949	12 177

	Aarau	Baden	Brem- garten	Brugg	Kulm	Laufen- burg	Lenz- burg	Muri	Rhein- felden	Zofingen	Zurzach	Kan- ton
1861	925	728	974	1014	2609	657	1230	1221	362	2170	940	12 830
1862	997	738	873	988	2503	604	1195	910	393	2295	886	12 382
1863	905	665	832	970	2381	573	1211	873	368	2127	824	11 729
1864	882	620	690	951	2239	556	1120	881	324	2210	836	11 303
1865	919	638	796	948	2222	556	1175	827	371	2296	795	11 543
1866	832	602	717	918	2218	544	1186	832	315	2258	829	11 251
1867	979	688	793	947	2190	546	1244	745	371	2252	832	11 587
1868	984	626	819	977	2215	510	1287	845	375	2329	802	11 769
1869	993	688	798	939	2220	500	1261	819	327	2310	788	11 643
1870	985	703	790	936	2029	499	1188	808	359	2211	809	11 317
1875	911	597	752	715	1407	373	1127	606	306	1510	698	9 002
1879	1150	778	845	801	2000	495	1186	684	337	1759	869	10 904
1880	1071	778	891	923	1764	520	1291	783	323	1842	927	11 113
1881	900	726	903	954	1762	523	1249	741	331	1800	866	10 755
1882	1217	772	1111	1006	1873	529	1387	798	326	1832	969	11 820
1883	1118	751	1182	1039	1820	591	1388	836	344	1775	1050	11 894
1884	1099	758	1226	1016	1725	490	1257	861	360	1777	924	11 493
1885	1056	800	1242	982	1718	504	1329	843	361	1650	837	11 322

Quellen: Rechenschaftsberichte des Regierungsrates.

Die Tabelle soll mit den folgenden einen Eindruck von der relativen Dringlichkeit des Pauperismusproblems in verschiedenen Kantons teilen vermitteln. Zu Interpretation und Einschränkungen des Aussagewertes siehe Text S. 114 ff.

Tabelle 8 Von Gemeinden Unterstützte in Prozenten der Bevölkerung

	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton
1836	4,6	5,9	7,1	11,9	6,6	6,2	4,9	7,4	4,8	9,7	6,0	7,0
1837	3,6	5,9	6,4	11,0	6,8	5,3	4,5	7,3	4,9	9,3	5,8	6,7
1838	4,2	6,1	6,0	10,9	6,9	5,2	3,8	7,1	4,5	8,7	4,6	6,5
1839	3,4	5,8	6,1	10,7	6,6	5,2	3,9	7,1	4,4	6,9	5,9	6,1
1841	1,7	4,1	4,6	11,6	7,1	4,9	4,5	6,1	4,9	9,5	5,7	6,1
1842	5,5	5,1	5,3	10,8	5,4	5,0	4,5	6,2	4,0	9,5	6,0	6,4
1844	6,2	6,3	6,0	10,5	7,7	5,6	6,5	8,4	4,6	8,7	8,8	7,3
1845	6,0	5,4	5,2	7,8	10,8	5,1	5,5	8,1	4,9	8,5	8,8	7,1
1846	5,6	6,4	4,8	7,9	12,0	5,9	7,9	7,6	5,3	7,9	8,7	7,4
1847	10,3	9,6	7,7	11,5	17,0	7,2	11,2	9,1	5,8	10,1	9,8	10,3
1848	9,8	7,6	6,4	9,4	12,8	7,5	10,5	7,7	6,3	9,9	11,2	9,2
1849	8,7	7,6	5,3	8,4	10,6	7,7	8,5	8,0	5,7	8,7	8,2	8,1
1850	8,4	6,6	6,2	8,4	9,7	7,7	9,5	8,2	5,3	10,2	10,0	8,3
1851	9,4	8,3	5,6	8,8	10,2	6,5	10,4	8,3	4,4	10,5	11,4	8,8
1852	9,7	8,9	5,6	10,2	11,2	6,9	9,5	7,7	4,7	11,8	9,4	9,0
1853	7,2	7,8	5,6	9,0	14,0	7,9	9,9	8,0	5,5	12,6	9,8	9,2
1854	11,4	8,9	8,2	11,0	21,1	8,2	13,6	12,3	5,8	15,0	12,7	12,1
1855	10,0	9,3	10,1	12,0	22,4	7,4	13,5	13,3	6,4	16,3	11,0	12,5
1856	9,1	7,5	5,9	10,4	19,0	8,3	10,4	10,4	6,0	12,1	9,6	10,2
1857	8,1	7,7	5,5	7,1	16,0	6,8	9,6	9,6	4,6	10,9	8,9	8,9
1858	6,2	5,4	4,8	6,4	13,9	5,7	9,4	8,1	4,3	9,4	7,5	7,8
1859	4,7	4,2	5,0	5,8	12,5	5,2	6,1	7,1	3,6	8,0	7,0	6,4
1860	5,0	4,4	5,1	5,6	11,7	4,6	6,8	7,6	3,5	7,6	6,5	6,3

	Aarau	Baden	Brem- garten	Brugg	Kulm	Laufen- burg	Lenz- burg	Muri	Rhein- felden	Zofingen	Zurzach	Kan- ton
1861	4,9	3,4	5,2	6,0	12,8	4,7	7,0	8,2	3,3	8,3	6,5	6,6
1862	5,3	3,5	4,7	5,9	12,3	4,3	6,8	6,1	3,5	8,8	6,1	6,4
1863	4,8	3,1	4,5	5,7	11,7	4,1	6,9	5,9	3,3	8,1	6,7	6,0
1864	4,7	2,9	3,7	5,6	11,0	3,9	6,4	5,9	2,9	8,4	5,7	5,8
1865	4,9	3,0	4,3	5,6	10,9	3,9	6,7	5,6	3,3	8,8	5,5	5,9
1866	4,3	2,6	3,8	5,3	10,7	3,8	6,4	5,8	2,8	8,4	6,0	5,7
1867	5,1	2,9	4,2	5,5	10,5	3,8	6,7	5,2	3,3	8,3	6,0	5,8
1868	5,1	2,7	4,4	5,7	10,7	3,5	7,0	5,9	3,3	8,6	5,8	5,9
1869	5,2	2,9	4,3	5,5	10,7	3,5	6,8	5,7	2,9	8,6	5,7	5,9
1870	5,1	3,0	4,2	5,5	9,8	3,5	6,4	5,7	3,2	8,2	5,8	5,7
1875	4,7	2,6	4,0	4,2	6,8	2,6	6,1	4,2	2,7	5,6	5,0	4,5
1879	5,8	4,8	4,7	4,7	10,1	3,5	6,3	4,8	3,0	6,4	6,5	5,5
1880	5,4	4,5	4,9	5,4	8,9	3,5	6,9	5,5	2,9	6,7	6,9	5,6
1881	4,5	3,7	5,0	5,5	8,9	3,6	6,7	5,2	3,0	6,6	6,5	5,4
1882	6,1	5,1	6,1	5,8	9,4	3,7	7,4	5,6	2,9	6,7	7,3	6,0
1883	5,6	4,7	6,5	6,0	9,2	4,1	7,4	5,8	3,1	6,5	7,9	6,0
1884	5,5	4,6	6,8	5,9	8,7	3,4	6,7	6,0	3,2	6,5	6,9	5,8
1885	5,3	4,4	6,9	5,7	8,7	3,5	7,1	5,9	3,2	6,0	6,3	5,7

Die Prozentzahlen beziehen sich: 1836–1842 auf die Bevölkerung von 1836, 1844–1855 auf die Bevölkerung von 1850, 1856–1865 auf die Bevölkerung von 1860, usw.

In zeitgenössischen Berichten wird der Anteil der Armen meist in Prozenten der ortsbürgerlichen Bevölkerung ausgedrückt, die Zahlen liegen dann meist um 1–2% höher.

Tabelle 9 Armenunterstützungen der Gemeinden in Franken

	Aarau	Baden	Brem- garten	Brugg	Kulm	Laufen- burg	Lenz- burg	Muri	Rhein- felden	Zofingen	Zurzach	Kan- ton
1836	12 258	16 417	7 755	14 681	15 203	5 554	15 810	12 687	4 931	32 875	6 180	144 352
1837	11 271	14 795	9 256	17 773	17 203	4 882	16 426	13 052	5 398	30 935	7 100	148 093
1838	11 827	15 574	9 881	17 619	17 316	5 503	17 160	13 944	5 268	28 972	7 314	150 378
1839	10 560	16 699	9 671	17 325	16 140	5 036	18 270	15 337	5 758	28 485	6 889	150 171
1841	12 261	17 046	9 476	16 229	17 879	7 057	25 065	13 542	5 590	33 786	10 287	168 209
1842	27 333	21 207	11 960	17 221	19 332	9 600	22 604	14 657	6 306	32 326	13 242	195 788
1844	35 357	19 788	14 372	19 636	12 282	9 286	21 318	14 130	6 549	39 238	13 041	204 997
1845	43 475	24 099	15 180	18 960	25 396	11 350	25 366	16 253	7 943	38 723	16 307	243 052
1846	67 726	80 341	15 405	21 988	32 847	10 758	29 458	20 505	13 714	56 357	22 888	371 987
1847	80 555	54 823	26 551	27 718	47 082	17 598	40 296	29 244	17 409	62 760	33 538	437 574
1848	70 960	50 411	24 928	23 914	38 687	14 584	36 684	22 776	16 517	64 323	22 153	385 937
1849	70 886	45 636	18 653	23 310	37 866	14 288	31 454	22 312	17 874	48 410	17 294	347 983
1850	73 077	42 321	20 397	25 324	35 011	16 217	31 768	25 310	16 483	54 240	20 335	360 483
1851	50 950	54 472	25 994	26 144	47 214	20 966	35 046	27 950	11 734	81 327	21 832	403 629
1852	81 956	134 450 ?	31 588	40 801	64 340	23 913	47 886	36 452	18 886	81 622	33 496	595 391
1853	54 099	55 758	33 356	38 541	73 353	27 399	48 869	54 344	19 120	97 968	38 623	541 429
1854	67 376	68 532	46 390	50 739	96 360	34 521	65 410	67 281	21 598	113 810	46 568	678 587
1855	64 217	61 379	55 066	47 959	74 609	27 625	71 611	77 795	25 149	178 807	36 776	720 993
1856	54 252	53 209	42 652	42 007	68 712	28 289	59 312	61 874	20 936	102 128	35 388	568 658
1857	56 061	58 005	37 529	39 744	70 660	28 162	55 178	59 857	19 708	96 664	32 517	554 085
1858	46 998	50 142	38 349	36 936	62 491	25 195	56 250	44 109	17 865	88 366	29 879	496 581
1859	46 534	48 954	33 411	34 875	58 806	23 550	52 654	48 139	18 904	80 775	31 205	477 706
1860	54 054	47 361	39 900	38 727	56 136	21 613	52 920	45 805	17 536	83 337	28 832	486 222

	Aarau	Baden	Brem- garten	Brugg	Kulm	Laufen- burg	Lenz- burg	Muri	Rhein- felden	Zofingen	Zurzach	Kan- ton
1861	56 848	47 614	44 631	40 019	65 754	23 766	51 060	53 783	18 005	89 052	31 465	521 997
1862	57 206	47 766	42 424	41 181	65 777	21 792	54 051	48 650	20 098	88 620	31 856	519 422
1863	57 994	47 186	42 631	40 260	65 625	23 438	56 476	43 457	19 334	91 996	29 740	518 138
1864	55 796	43 125	35 454	38 371	65 550	22 057	50 872	42 840	17 110	94 758	31 595	497 529
1865	54 168	47 225	38 733	42 646	62 079	25 354	57 108	41 856	24 276	96 360	32 893	522 698
1866	57 714	51 528	38 758	40 731	62 158	22 373	54 961	44 468	17 197	100 985	32 895	523 770
1867	70 402	56 792	38 761	46 469	60 687	25 787	59 991	47 369	21 152	107 208	34 536	569 155
1868	71 709	55 577	42 427	50 244	66 952	26 495	65 034	48 659	20 843	114 946	32 906	595 792
1869	74 100	56 751	48 786	44 429	69 234	27 584	66 053	49 594	24 146	109 091	37 335	607 103
1870	69 125	57 598	48 030	42 721	62 108	23 930	62 388	46 221	21 324	103 555	33 443	570 444
1875	66 740	65 177	53 355	51 390	71 812	29 593	68 511	47 101	25 082	110 918	42 402	632 081
1879	93 723	81 121	63 528	69 343	82 402	41 035	85 591	60 750	32 339	142 719	50 803	803 354
1880	98 574	70 386	67 408	66 833	83 251	43 373	87 497	61 993	36 918	160 700	51 720	828 652
1881	87 800	73 836	65 467	71 937	92 596	44 342	83 548	64 233	41 265	147 949	51 067	824 041
1882	124 727	80 295	70 514	72 160	89 659	42 847	77 773	68 143	39 320	157 085	52 779	875 302
1883	110 816	65 876	80 928	71 118	98 007	44 888	88 231	70 811	39 259	141 857	52 877	864 667
1884	107 386	75 626	80 430	72 277	85 094	41 463	92 042	76 238	38 387	144 656	51 561	865 159
1885	105 729	77 688	86 571	71 891	90 941	43 620	94 297	77 973	40 643	145 278	51 390	886 020

Quellen: Rechenschaftsberichte des Regierungsrates.

Das langfristige Wachstum der Armenlasten dürfte eher eine Folge verbesserter Fürsorge und steigender Preise als zunehmender Not sein. Rückschlüsse auf die Wirtschaftslage erlauben vor allem die kurzfristigen Schwankungen. Siehe dazu auch Text S. 114 ff.

Tabelle 10 Von den Gemeinden erhobene Armensteuern, in Franken

	Aarau	Baden	Brem- garten	Brugg	Kulm	Laufen- burg	Lenz- burg	Muri	Rhein- felden	Zofingen	Zurzach	Kan- ton
1838	4 035	1 184	11 707	2 987	6 414	1 393	4 438	2 966	842	15 127	2 797	53 890
1844	11 710	1 275	5 038	4 003	8 483	1 182	7 474	7 937	1 843	19 564	6 343	74 852
1845	11 998	1 875	6 591	2 409	11 938	1 019	11 966	6 811	1 559	20 574	7 665	84 405
1846	18 406	1 530	4 495	4 626	19 105	4 091	13 475	9 075	2 095	33 628	9 106	119 633
1847	33 886	4 950	13 647	7 806	27 113	4 133	20 943	15 973	4 847	42 382	19 159	194 838
1848	17 206	2 088	14 172	5 865	21 585	2 272	19 393	13 528	4 980	42 039	5 435	148 556
1849	21 240	3 927	6 861	6 892	29 737	2 519	17 913	13 373	3 985	28 263	4 326	139 036
1850	20 390	3 831	7 759	7 837	23 081	2 697	16 631	17 321	4 858	31 729	8 430	144 562
1851	10 142	5 616	10 945	7 254	29 139	5 731	19 677	13 650	1 398	52 918	8 092	104 561
1852												
1853	17 838	5 927	9 731	5 933	50 556	4 429	24 075	20 591	2 402	37 059	14 995	193 537
1854	21 937	11 708	15 365	6 588	62 421	9 776	30 452	36 190	4 961	39 551	24 353	263 301
1855	19 560	9 843	25 937	11 989	84 697	5 271	31 809	33 300	6 154	57 338	18 960	304 858
1856	19 352	7 301	18 047	11 393	74 796	8 028	28 623	48 882	6 084	56 300	18 496	289 304
1857	20 028	9 202	14 228	8 211	79 038	14 485	28 836	35 087	6 647	50 958	16 867	283 592
1858	14 841	8 190	13 564	8 639	69 212	10 009	26 240	25 920	5 324	44 959	16 579	243 477
1859	10 361	7 150	15 866	7 991	53 953	8 198	24 213	25 477	5 299	39 974	18 555	216 837
1860	9 732	7 346	23 550	7 849	46 602	7 517	23 252	20 678	5 877	40 778	13 605	206 786
1861	11 969	8 366	27 424	6 674	57 834	11 195	21 169	26 290	4 604	39 640	14 588	229 753
1862	12 680	8 628	21 206	9 655	55 514	10 355	20 368	20 524	3 404	43 015	17 915	223 264
1863	10 460	4 190	17 978	13 724	53 640	10 368	21 102	26 691	3 060	45 704	17 460	224 376

	Aarau	Baden	Brem- garten	Brugg	Kulm	Laufen- burg	Lenz- burg	Muri	Rhein- felden	Zofingen	Zurzach	Kan- ton
1864	12 610	4 950	18 593	9 294	49 320	7 329	18 260	21 764	2 163	37 818	12 731	194 832
1865	10 199	4 399	18 255	14 593	46 550	6 666	19 440	18 799	7 892	38 612	15 760	201 164
1866	12 118	5 639	22 139	11 562	47 067	7 478	18 756	18 591	4 405	44 292	15 980	208 028
1867	9 397	7 018	15 398	10 477	45 264	6 116	16 166	17 943	8 935	44 477	14 472	195 660
1868	9 043	9 536	13 508	12 689	42 711	7 696	14 883	22 906	2 091	46 258	11 812	193 133
1869	9 360	6 863	16 944	9 624	44 599	7 118	17 875	26 965	3 914	40 546	15 210	199 016
1870	8 674	9 271	13 867	9 707	43 355	7 347	17 845	24 776	4 283	41 221	14 351	194 696
1875	7 887	12 938	19 270	12 957	48 207	12 065	17 492	23 415	11 792	33 016	18 639	207 680
1879	10 695	15 171	21 567	16 301	47 156	11 480	27 914	33 652	3 236	14 656	18 221	220 037
1880	4 412	18 164	27 735	17 363	44 096	11 228	29 469	28 257	1 170	15 039	21 080	218 014
1881	7 949	23 709	29 214	29 065	55 187	13 850	31 894	26 789	3 562	23 551	22 261	267 029
1882	12 227	22 863	26 818	23 369	55 120	12 856	32 485	27 241	3 504	24 776	22 881	264 140
1883	11 450	19 767	27 674	23 008	53 660	11 313	31 650	31 827	6 415	25 395	19 975	262 136
1884	9 073	22 518	35 925	27 035	49 847	11 827	27 958	30 993	4 589	25 990	21 625	267 380
1885	9 633	24 005	37 611	24 306	52 622	10 249	30 836	28 859	4 016	21 817	17 604	261 558

Quellen: Rechenschaftsberichte des Regierungsrates.

Bei allen Geldangaben ist in Rechnung zu stellen, daß die Ziffern bis 1851 in alten Franken, ab 1852 in Franken neuer Währung gegeben sind. Das Wertverhaltis beträgt rund 1,5:1.

Die Armensteuern entsprechen dem Teil der Ausgaben, der nicht durch die Kapitalerträge und die laufenden Einnahmen (Buen und ähnliches) des Armengutes gedeckt wurde. Für die Belastung der steuerfähigen Bürger durch das Armenwesen geben sie einen besseren Maßstab als die gesamten Ausgaben.

Tabelle 11 Armenstatistik 1852–1861

(Zahlen im zehnjährigen Durchschnitt)

	Ortsbürgerliche Bevölkerung	Arme, absolut	Arme, Prozent der ortsbürgerlichen Bevölkerung	Armen- ausgaben in Franken
Aarau	14 418	1428	9,9	85 894
Baden	18 607	1410	7,57	94 008
Bremgarten	17 973	1104	6,14	59 259
Brugg	19 904	1373	6,38	55 027
Kulm	21 036	3251	15,45	112 490
Laufenburg	14 792	965	6,52	39 244
Lenzburg	17 621	1681	9,53	74 934
Muri	16 330	1382	8,46	95 064
Rheinfelden	9 960	532	5,31	27 193
Zofingen	20 636	2936	14,22	130 506
Zurzach	15 168	1285	8,47	45 084
Kanton	186 445	17347	9,3	818 703

	Ortsbürgerliche Steuerfußsumme *	Armensteuern	Armensteuern in Prozenten der Steuerfußsumme *
Aarau	1 677 974	16 159	0,96
Baden	1 478 593	7 812	0,52
Bremgarten	2 193 955	19 383	0,88
Brugg	1 755 094	7 826	0,44
Kulm	2 138 929	61 803	2,88
Laufenburg	1 795 407	9 695	0,54
Lenzburg	1 866 968	25 861	1,38
Muri	715 273	28 083	3,92
Rheinfelden	1 220 295	9 666	0,79
Zofingen	2 029 945	43 802	2,15
Zurzach	2 053 037	16 989	0,82
Kanton	18 925 470	247 081	1,30

Quelle: Rechenschaftsbericht des Regierungsrates 1862, Beilage 8.

* Die Angaben beziehen sich nur auf die Gemeinden, die Armensteuern bezogen. Nach Ansicht der Zeitgenossen zeigten die obigen Daten wohl am deutlichsten die Lage im Armenwesen. Eine regionale Parallelität zur Auswanderung ist in keiner Hinsicht nachzuweisen.

*Tabelle 12 Preise wichtiger Lebensmittel auf dem Aarauer Markt,
1816/1817, in Rappen*

	Kernen Viertel	Hafer Viertel	Ruchbrot Pfund	Kuhfleisch Pfund	Schweinefleisch Pfund
6. 1. 1816	360	85	10	17½	25
6. 4. 1816	360	90	10	17½	25
29. 6. 1816	520	130	17½	17½	25
5. 10. 1816	570	160	17½	17½	25–27½
4. 1. 1817	620	140	20	15–20	25
1. 2. 1817	560	150	17½	15–20	25
1. 3. 1817	600	160	17½	15–20	30
29. 3. 1817	700	220	20	22½	30
12. 4. 1817	820	240	22½	22½	30
26. 4. 1817	950	260	27½	22½	30
3. 5. 1817	1000	260	30	22½	
17. 5. 1817		260	30	22½	
14. 6. 1817	1200	320	35	22½	
28. 6. 1817	1400	320	35	22½	
12. 7. 1817	1050	300		22½	
9. 8. 1817	860	300	30	22½	
16. 8. 1817	500	260	15	22½	

Ein Viertel Getreide entspricht ungefähr 22,5 Litern. Quellen: Intelligenzblatt, passim. Die Tabelle zeigt die Auswirkungen der Mißernte von 1816 auf die Lebensmittelpreise. Die Ansätze des Aarauer Marktes können nicht als Durchschnittswerte gelten; in abgelegeneren Kantonsteilen war die Teuerung vermutlich noch stärker. Vgl. dazu Text S. 25 f.

Quellen und Literatur

Handschriftliche Quellen

Bundesarchiv Bern (BAr):

BIGA Auswanderungswesen, 2/2087
2200 Le Havre (Konsulatsakten)

Staatsarchiv Aarau (StAAG):

Protokolle des Kleinen Rates bzw. Regierungsrates (zit. KLRP bzw. RRP)

IA Nr. 14 Bezirksbereisungsrapporte bzw. Amtsberichte der Bezirksamter (zit. Rapporte bzw. Amtsberichte) sowie Rechenschaftsberichte des Kleinen und Regierungsrates (RKR bzw. RRR), 1816–1840

IA Nr. 16 dito, ab 1841

IA Nr. 5 Bevölkerungsverhältnisse, Bürgerrechte, Naturalisationen, Auswanderungen

Staats- und Gemeindeunterstützungen, Heimatlose und Landsassen, Findelkinder, Auswanderungen, 1803–1902

Ferner Sonderbände:

Auswanderung nach Amerika 1817 (zit. IA Nr. 5, Amerika)

Auswanderung nach Brasilien 1819 (zit. IA Nr. 5, Brasilien 1819)

Auswanderung nach Brasilien 1857–1866 (zit. IA Nr. 5, Brasilien 1857)

Rufli, Auswanderungsagent in Sisseln, Speditionsangelegenheit 1854–1862 (zit. IA Nr. 5, Rufli)

I Nr. 3 Heimats- und Bürgerrechtsverhältnisse, Naturalisationen, Geburts- und Sterbefälle, 1852–1892

Akten der Armenkommission:

Auswanderungsstatistiken 1841–1851, 1852/53 sowie 1854–1863 (zit. Statistik)

Armen- und Lebensmittelnoth 1853–1855

Jahresberichte der Amtsstatthalter 1847–1851

Statistische Notizen über das Armenwesen bis 1852

Akten der Direktion des Innern:

Auswanderungswesen (3 Bände)

Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS):

Auswanderung A, 1801–1903

Auswanderung B, 1816–1920 (Statistik)

Gemeindearchive (GAR):

Protokolle der Gemeinderatssitzungen (zit. GRP) und der Gemeindeversammlungen (zit. GVP), zum Teil spezielle Auswanderungsakten und -rechnungen, Missiven u. ä. in den Gemeinden:

Brittnau, Döttingen, Frick, Gebenstorf, Kaisten, Kölliken, Küttigen, Lengnau, Magden, Möhlin, Oberentfelden, Reitnau, Rothrist, Schafisheim, Scherz, Schinznach, Schneisingen, Sulz, Wettingen, Wittnau, Würenlingen, Zeiningen, Zofingen

Gedruckte Quellen

Rechenschaftsberichte des Regierungsrates ab 1837 (RRR)

Hochobrigkeitlich privilegiertes aargauisches Intelligenzblatt, 1811–1833 (zit. Intelligenzblatt)

Aargauisches Kantonsblatt, 1834–1838 (zit. Kantonsblatt)

Amtsblatt des Kantons Aargau, 1839 ff. (zit. Amtsblatt)

Verhandlungen des Großen Rates des Kantons Aargau

Verhandlungen des aus den Wahlen vom 3. Weinmonat 1851 hervorgegangenen Verfassungsrathes des Kantons Aargau, Aarau o. J.

Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Zeitgenössische Literatur

Actenstücke Brasilischer Seite betreffend die Kolonisation des Kaiserreichs, Leipzig 1858.

ALEMANN J., *Neueste Mittheilungen über die Argentinische Republik*, Biel 1882.

Auswanderer, Die –, Eine sehr unterhaltende und belehrende Erzählung, welche berichtet, wie die Familie des Rudolf Meyer aus der Schweiz nach Amerika gezogen, usw., Zürich o. J.

Auswanderungsverein, Der glarnerische – und die Colonie Neu-Glarus, Hauptbericht des Auswanderungs-Comité, Glarus 1847.

AVÉ-LALLEMANT ROBERT C. B., *Am Mucury*, Eine Waldgeschichte aus Brasilien, Hamburg 1859.

BANDELIER AD. EUGEN, FRIEDRICH UND RUDOLF VON GRAFFENRIED und A. RIETMANN, *Brief aus Highland im Staate Illinois an die Freunde in der Heimath*, Bern 1850.

BECK-BERNARD CARL, *Die Argentinische Republik*, Ein Handbuch für Auswanderer und Colonisten, Bern 1872.

Bernstadt, Die Schweizer Colonie B. in Laurel Co., Ky., Nordamerika, Die Eindrücke und Resultate des ersten Jahres ihrer Existenz, Frankfort, Ky., 1882.

- BEYEL CHRISTIAN, *Über die Handels- und Gewerbs-Verhältnisse der Schweiz, usw.*, Zürich 1840
- *Commissionalbericht über die schweizerischen Verkehrs-Verhältnisse zu Handen der Zürcherischen Industriegesellschaft*, Zürich 1843.
- BOEHLER H., *Zwei Auswanderer-Familien nach Amerika*, Skizzen aus dem Leben, Schaffhausen 1870.
- BRIDEL LOUIS, *Le Pour et le Contre ou Avis à ceux qui se proposent de passer dans les Etats-Unis d'Amérique*, Paris/Basel 1803.
- Brief-Auszüge aus Santa-Fé von Ansiedlern der Colonie Esperanza*, 1. und 4. Heft, Basel 1856/58.
- Briefe aus der Colonie San Carlos bei Santa Fé*, 1. Heft, Basel 1859.
- Briefe von einem Basler Landmann an seine Freunde in der Schweiz*, Aarau/Basel 1806.
- BRONNER FRANZ XAVER, *Der Kanton Aargau, historisch, geographisch, statistisch geschildert*, 2 Bände (zit. Bronner), St.Gallen/Bern 1844.
- BRUNNER CARL, Bericht über die Bearbeitung der Frage: Ist es wünschenswerth, zur Verminderung der Armuth in der Schweiz, daß für die Errichtung von Colonien in fremden Ländern gesorgt werde, und welches möchten hierzu die zweckmäßigsten Mittel seyn, *Neue Verhandlungen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft*, Zürich 1829.
- BRUNNER JOHANN CASPAR, *Die Licht- und Schattenseiten der Industrie, mit besonderer Berücksichtigung unserer schweizerischen Verhältnisse*, Aarau 1869.
- BRUNNER OTTO, *Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten Nord-Amerikas, Amerikanische landwirtschaftliche Verhältnisse und ein neues Ansiedlungs-Projekt*, Bern 1881.
- BÜCHLER J. U., *Land- und Seereisen nach Nordamerika und Westindien ... in den Jahren 1816, 1817 und 1818*, Ebnet im Toggenburg 1824.
- BÜTTNER J. G., *Briefe aus und über Nordamerika oder Beiträge zu einer richtigen Kenntnis der Vereinigten Staaten und ihrer Bewohner*, Dresden/Leipzig 1847.
- CASTELLANOS AARON, *Kurze Betrachtungen über den Rio de la Plata*, Basel 1855.
- CLOS?, *Die Lage der schweizerischen Fabrikbevölkerung und Vorschläge zur Hebung derselben*, Von einem Arbeiter, Winterthur 1855.
- COOK R.S., *Die Behandlung der deutschen Einwanderer in New York und kurzer und bündiger Rath für Einwanderer*, Basel ca. 1851.
- DALWIG J.C., *Florida, als Auswanderungs-Kolonie für Deutschland und die Schweiz*, St.Gallen 1845.
- DENGLER ADOLF, *Soll ich auswandern? Nach gutem Rathe Anderer und eigener Erfahrung*, Zürich 1849.
- DAVATZ THOMAS, *Die Behandlung der Kolonisten in der Provinz St. Paulo in Brasilien und deren Erhebung gegen ihre Bedrücker*, Chur 1858.

- Deutsche Gesellschaft, *Wohlgemeinter Rath der Vorsteher der Deutschen Gesellschaft in New York an Deutsche, die nach den Vereinigten Staaten von Nord Amerika auszuwandern beabsichtigen*, New York 1833.
- DIETSCH ANDREAS, *Plan zur Gründung von Neu-Helvetia im Staate Missouri in Nordamerika*, Aarau 1844.
- *Tagebuch und Reisenotizen der Auswanderungs-Gesellschaft zur Gründung von Neu-Helvetia*, Aarau 1845.
- DUDEN GOTTFRIED, *Bericht über eine Reise nach den vereinigten Staaten Nordamerika's und einen mehrjährigen Aufenthalt am Missouri, usw.*, St. Gallen 1832.
- EDUARD J. J., *Reise aus dem Berner Oberland nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika*, Thun 1850.
- EGGEN JACOB, *Aufzeichnungen aus Highlands Gründungszeit zum Fünfzigjährigen Jubiläum 1887*, Highland 1888.
- ERNST GOTTLIEB, *Der Pauperismus oder die Armennoth*, Winterthur 1852.
- ERVENDBERG L. C., *Neueste Nachrichten aus Texas*, Frankfurt am Main 1846.
- ERZINGER H., *Die Auswanderung im Kanton Schaffhausen, ihre Ursachen und Gegenmittel*, Schaffhausen 1853.
- FÄSI JOHANN CONRAD, *Genaue und vollständige Staats- und Erdbeschreibung der ganzen Helvetischen Eidgenossenschaft, derselben gemeinen Herrschaften und zugewandten Orten*, Zürich 1765.
- FISCHLER WENDOLIN, *Beiträge zur Statistik des Viehstandes im Kanton Aargau*, Aarau 1863.
- FLEISCHMANN CHARLES L., *Der Nordamerikanische Landwirth, Ein Handbuch für Ansiedler in den Vereinigten Staaten*, Frankfurt am Main 1848.
- FRANSCINI STEFANO, *Statistik der Schweiz*, Aarau 1829.
- Fundamental-Statut des Vereins zu Errichtung einer Colonie in den Nordamerikanischen Freystaaten*, Bern 1819.
- GALL LUDWIG, *Meine Auswanderung nach den Vereinigten Staaten in Nordamerika, im Frühjahr 1819 und meine Rückkehr nach der Heimath im Winter 1820*, Trier 1822.
- GRAFFENRIED, siehe BANDELIER.
- GRIN FRANÇOIS, *Unsere Landsleute in Chile*, Lausanne 1888.
- GRUND FRANCIS P., *Die Americaner in ihren moralischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen*, Stuttgart/Tübingen 1837.
- HÄNGGI JOHANN, *Der schweizerische Auswanderer nach Amerika oder Meine Erfahrungen in jenem Lande*, Solothurn 1852.
- HALLER CARL LUDWIG VON, *Die wahren Ursachen und die einzig wirksamen Abhülfsmittel der allgemeinen Verarmung und Verdienstlosigkeit*, Schaffhausen 1850.
- Handbüchlein für Auswanderer nach Nordamerika*, 2. Auflage, Basel 1855.
- HARTMANN ALFRED, Dursli, der Auswanderer, in *Kiltabend-Geschichten*, Bern 1852.

- (HAUSER), *Beachtenswerte Notizen und Erfahrungen von einem schweizerischen Ankömmlinge aus Amerika*, Zürich 1852.
- HEUSSER J. CHRISTIAN, *Die Schweizer auf den Kolonien in St. Paulo in Brasilien*, Zürich 1857.
- *Drei Aufsätze betreffend die europäische Auswanderung nach den argentinischen Provinzen Buenos Aires, Santa Fé und Entrerios*, Zürich 1885.
- HOHL J. J., *Meine Reise nach Amerika oder Winke und Rathschläge zur Warnung und Belehrung für das auswanderungslustige Publikum, zumal aus der Schweiz*, Basel 1849.
- (HOTTINGER JOHANN JAKOB), *Die Auswanderung*, in *XXI. Neujahrsblatt der Zürcherischen Hilfsgesellschaft*, Zürich 1821.
- HUBER-SALADIN JOHN, *Emigrations Suisses et Question Générale*, Lausanne 1845.
- JÄGGI-GYGER FRIEDRICH, *Der Freund der Auswanderer*, Argentinische Zustände, Bern 1875.
- Jahres-Bericht der Deutschen Gesellschaft der Stadt New York*, New York 1855.
- (JÖRG EDUARD), *Briefe aus den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika*, Leipzig 1853.
- JOOS WILHELM, *Über Schutzaufsicht, Organisation und Leitung der schweizerischen Auswanderung*, Schaffhausen 1862.
- JOSS NIKLAUS, *Reise nach dem Staat Ohio in Nordamerika*, Bern 1832.
- KARRER LUDWIG, *Das schweizerische Auswanderungswesen und die Revision und Vollziehung des Bundesgesetzes betr. den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen*, Bern 1886 (zit. Karrer).
- KELLER JAKOB, *Die Erwerbsverhältnisse des jurassischen Berneraargaus in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts*, Aarau 1884.
- KIHLHOLZ BERNHARD, *Minnesota als eine Heimat für Einwanderer, in Hinsicht des Klimas, des Ackerbaus, der Industrie und der Schulen*, St. Paul, Minn., 1867.
- KÖPFLI KASPAR, *Die Licht & Schattenseiten von New Switzerland in Nordamerika*, Sursee 1833.
- KÖPFLI SALOMON, *Neu Schweizerland in den Jahren 1831 und 1841*, Luzern 1842.
- KOHL J. G., *Reisen in Canada und durch die Staaten von New York und Pennsylvania*, Stuttgart/Augsburg 1856.
- Konsuln, Schweizerische, *Über schweizerische Auswanderungen*, Berichte der schweizerischen Consular-Agenten in Europa, Nord-Afrika und beiden Amerika, Glarus 1845.
- LANGSDORF GEORG HEINRICH VON, *Bemerkungen über Brasilien*, Mit gewissenhafter Belehrung für auswandernde Deutsche, Heidelberg 1821.
- LEMP H., *Die Volksbuchhaltung für Schule und Haus*, Biel 1840.
- LINDER J. RUDOLF, *Referat über die Auswanderungsfrage vor der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft*, in *Verhandlungen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft*, 1854.

- LOCHER J. J., *Nach Australien! Briefe eines Ausgewanderten*, St. Gallen 1857.
- LUTZ MARKUS, *Über das Auswandern nach Amerika aus dem Kanton Basel*, Basel 1816.
- *Vollständige Beschreibung des Schweizerlandes Oder Geographisch-statistisches Hand-Lexicon über alle in gesammter Eidgenossenschaft befindlichen Kantone, Bezirke, Kreise, Ämter, usw.*, Aarau 1827 ff. (zit. Lutz, Lexicon).
- *Das Vorderösterreichische Frickthal in historisch-topographischer Hinsicht*, Basel 1801.
- MAYENFISCH?, *Das Wort des Vaterlandsfreundes über die gegenwärtige in der Schweiz herrschende Noth und Theurung*, Bern 1817.
- MEIER FRANZ und RUDOLPH, *Gruß aus Wisconsin's Urwäldern in Nord-America an ihre Mecklenburger Landsleute von F. und R. M. aus Malchin*, Malchin 1847.
- Mémoire du Comité Provisoire de la Société Suisse pour l'Emigration*, Genf 1848.
- MEYER JEREMIAS, *Reiseskizzen zur Warnung für Amerika-Lustige*, Bern/St. Gallen 1844.
- MICHAUX F. A., *Reise in das Innere der Nordamerikanischen Freistaaten, westwärts der Alleghany-Gebirge*, Weimar 1805.
- MORHARD G. C. F., *Agentur-Plan für die Aufnahme, Leitung und Unterbringung der Europäischen Proletarier in Nordamerika*, Genf 1846.
- MÜLLER HERMANN GERHARD, *Oregon und seine Zukunft*, Köln/Leipzig 1872.
- MÜLLER JOHANN, *Der Aargau, Seine politische, Rechts-, Kultur- und Sitten-Geschichte*, Zürich/Aarau 1870 (zit. Müller).
- NAUMANN JAKOB, *J. N.'s Reise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, usw.*, herausgegeben von FRIEDRICH BÜLAU, Leipzig 1850.
- OTT ADOLF, *Der Führer nach Amerika*, Basel 1882.
- PELZ EDUARD, *Einige Worte über die Verschiedenheit der Ansichten in Betreff der Auswanderung*, Leipzig 1871.
- PERKINS WILLIAM, *The Colonies of Santa Fé, Their origin, progress and present condition, with general observations on emigration to the Argentine Republic*, Rosario de Sta. Fé 1864.
- Project zur Gründung von Schweizer-Colonien in der Argentinischen Republik*, Basel o. J.
- RAUSCHENBUSCH AUGUST, *Beschreibung einer Seereise von Bremen nach New York und Reisebilder aus Nordamerika von demselben*, Altona 1847.
- RIETMANN A., siehe BANDELIER.
- ROSS GEORGE M. VON, *Der nordamerikanische Freistaat Texas, nach eigener Anschauung und nach den neuesten und besten Quellen für deutsche Auswanderer geschildert*, Rudolstadt 1851.
- SANDMEIER MELCHIOR, *Eine volkswirtschaftliche Frage: Ist es möglich, daß der Volkswohlstand in unserem Lande von Seite der Landwirtschaft wesentlich erhöht, auf längere Dauer erhalten, und dadurch der allgemein überhandnehmenden Armuth bedeutend Einhalt gethan werden kann?* Aarau 1851.

- SCHENK PAUL, *Die Kolonie Bernstadt in Laurel Co., Kentucky, am Beginn ihres sechsten Lebensjahres*, Frankfurt 1886.
- SCHINZ JOHANN HEINRICH, *Denkschrift für den Großen Rath, usw., des Kantons Zürich*, Zürich 1848.
- SCHULER FRIDOLIN, *Über die Ernährung der Fabrikbevölkerung und ihre Mängel*, Zürich 1883.
- SCHWEIZER JOHANNES, *Reisebeschreibung nach Nordamerika und durch die bedeutendsten Theile desselben*, Ebnat 1823.
- Schweizerische Colonisations-Gesellschaft Santa-Fé, Firma Beck & Herzog & Comp. in Basel, *Erster Jahresbericht der Geranten an die General-Versammlung der Actionäre*, Basel 1859.
- *Statuten*, Basel 1858.
- SEIFERT HULDREICH, *Die Verarmung, ihre Ursachen und Hilfsmittel*, St.Gallen/Bern 1855.
- Sendschreiben an alle Landsleute, welche nach Amerika auswandern wollen oder Ein gutgemeintes Wort über die Gefahr des Auswanderns nach den amerikanischen Staaten*, Glarus 1846.
- SOMMER-GEISER ? *Bericht über die Reise nach Santa Fé und über die dasigen Verhältnisse, rücksichtlich schweizerischer Auswanderung*, Bern 1857.
- *Lebens-Bilder aus dem Staate Uruguay in Süd-Amerika und seine Verhältnisse in agricoler, commerzieller und industrieller Beziehung für schweizerische Ansiedlungen*, Basel 1861.
- SPYRI JOHANN LUDWIG, *Die schweizerische Auswanderung*, in *Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit IV* (1865).
- *Der Pauperismus der Zeit mit vorzüglicher Berücksichtigung der östlichen Gegenden des Kantons Zürich*, Zürich 1848.
- STEINACH ADELRICH, *Geschichte und Leben der Schweizer Kolonien in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika*, New York 1889 (zit. Steinach).
- SULZER EDUARD, *Ein Beitrag zur Lösung einer der wichtigsten Fragen unserer Zeit*, Zürich 1852.
- SUPPIGER JOSEPH, *Reisebericht der Familien Köppli und Suppiger nach St.Louis am Mississippi und Gründung von New-Switzerland im Staate Illinois*, Sursee 1833.
- Vortrag der (bernischen) Direktion des Inneren an den Regierungsrat zu Handen des Großen Rates über die Angelegenheit der Auswanderung*, Bern 1848.
- Bern 1852.
- Winke, Wohlgemeinte – für schweizerische Auswanderer nach Nordamerika*, Glarus 1844.
- WIRTH M., *Die Lage der Fabrikarbeiter in einigen Kantonen der Schweiz*, in *Zeitschrift für schweizerische Statistik 2*, Bern 1866.
- WOLFF A. L., *Offener Brief an den Schweizerischen Auswanderungsverein*, Basel 1867.

WYSS RUDOLF, *Reise eines Schweizers nach dem rothen Flusse in Nord-Amerika, dortiger Aufenthalt und Rückkehr ins Vaterland*, Bern 1825.

ZEHNDER U., *Die Not der Verarmung oder der Pauperismus und die Mittel dagegen mit besonderer Rücksicht auf den Kanton Zürich*, Zürich 1848.

Zeitungen und Zeitschriften

Der aufrichtige und wohlerfahrene Schweizer-Bote, Aarau 1804–1858 (zit. Schweizerbote).

Der Erzähler, Eine politische Zeitschrift, St. Gallen 1816/17.

Aarauer Zeitung, Aarau 1816–1820.

Überlieferungen zur Geschichte unserer Zeit, Aarau 1817–1819.

Der Schweizerfreund, Bern 1816–1819.

Schweizerische National-Zeitung, Basel 1848–1851.

Berner-Zeitung, Bern 1848/49.

Der Bund, Bern 1851/52.

Schweizerischer Volksfreund, Basel 1880–1883.

Sekundärliteratur

ALLEMANN FRITZ R., Eine Schweizerkolonie in Brasilien, in *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* 71 (1935).

BICKEL WILHELM, *Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters*, Zürich 1947 (zit. Bickel).

BIDWELL PERCY W. UND JOHN I. FALCONER, *History of Agriculture in the Northern United States 1620–1860*, Washington 1925 (zit. Bidwell/Falconer).

BILLINGTON RAY ALLEN, *Westward Expansion, A History of the American Frontier*, 3^d ed., New York 1967 (zit. Billington).

BODMER WALTER, *Die Entwicklung der schweizerischen Textilwirtschaft im Rahmen der übrigen Industrien und Wirtschaftszweige*, Zürich 1960 (zit. Bodmer).

BOGART ERNEST L. UND DONALD LV. KEMMERER, *Economic History of the American People*, New York 1944 (zit. Bogart/Kemmerer).

BONER GEORG, *Geschichte der Gemeinde Untersiggenthal*, Untersiggenthal 1962.

BONER GEORG UND ROBERT OEHLER, *Rothrist, mein Dorf*, Rothrist/Aarau 1959.

BRAUN RUDOLF, *Industrialisierung und Volksleben*, Winterthur 1960.

– *Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet*, Erlenbach/Zürich 1965.

- BRUGGER HANS, *Die schweizerische Landwirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Frauenfeld 1956.
- *Geschichte der aargauischen Landwirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Brugg 1948.
- BRUNNSCHWEILER DIETER, *New Glarus (Wisconsin)*, Gründung, Entwicklung und heutiger Zustand einer Schweizerkolonie im amerikanischen Mittelwesten. Diss. Zürich 1954.
- BYLAND MAX, *Alt-Gränichen*, Bilder aus der Dorfgeschichte, Gränichen 1965.
- COCHRAN THOMAS C. UND WILLIAM MILLER, *The Age of Enterprise*, New York 1943.
- CORRODI WALTER, *Die schweizerische Hutgeflecht-Industrie*, Diss. Zürich 1924 (zit. Corrodi).
- CUNLIFFE MARCUS, *The Nation Takes Shape, 1789–1837*, Chicago/London 1959.
- DREIFUSS JOSEPH, *Bibliographie der schweizerischen Landeskunde*, Faszikel V 9g, Auswanderungswesen, Bern 1905.
- ERNST ROBERT, *Immigrant Life in New York City 1825–1863*, Diss. Columbia University, New York 1949.
- FAULKNER HAROLD UNDERWOOD, *American Economic History*, 5th ed., New York 1943 (zit. Faulkner).
- FAUST ALBERT BERNHARDT, *Guide to the materials for American History in Swiss and Austrian Archives*, Washington 1916.
- FETSCHERIN WERNER, *Beitrag zur Geschichte der Baumwollindustrie im alten Bern*, Diss. Bern 1924, Weinfelden 1924 (zit. Fetscherin).
- FRANC JULIEN, *Le Chef-d'Œuvre Colonial de la France en Algérie: La Colonisation de la Mitidja*, Thèse Paris 1928.
- FUETER EDUARD, *Die Schweiz seit 1948*, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Zürich 1928.
- GERTSCH ALBERT, *Premier Centenaire des relations officiels entre la Suisse et le Brésil*, Rio de Janeiro 1929.
- GLOVER JOHN G. UND WILLIAM B. CORNELL, (eds.), *The Development of American Industries, Their Economic Significance*, New York 1951.
- GRAF WALTER, Die Selbstverwaltung der fricktalischen Gemeinden im 18. Jahrhundert, in *Vom Jura zum Schwarzwald*, NF, 1964/65.
- GRUENINGEN JOHN PAUL VON, *The Swiss in the United States*, Madison 1940 (zit. Grueningen).
- GRUNER ERICH, *Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert*, Bern 1968 (zit. Gruner).
- HAAS LEONHARD, *Die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Nordamerika*, Ein geschichtlicher Rückblick, ZSG 20 (1940).
- HABERSTICH HERMANN, *Die Geschichte des Dorfes Oberentfelden*, Oberentfelden 1943.
- HALDER NOLD, Andreas Dietsch und seine Utopistenkolonie Neu-Helvetia in Missouri Separatabdruck aus *Aarauener Neujahrsblatt* 1960/61.

- *Geschichte des Kantons Aargau 1803–1953*, Band 1, Aarau 1953.
- HALLER ADOLF, *Chronik von Turgi*, Aarau 1934.
- HANDLIN OSCAR, *The Uprooted*, The Epic Story of the Great Migrations that Made the American People, Boston 1951.
- HANSEN MARCUS LEE, *Der Einwanderer in der Geschichte Amerikas*, Stuttgart 1948.
- *The Atlantic Migration 1607–1860*, Cambridge, Mass., 1940.
- HAUSER ALBERT, *Schweizerische Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Zürich/Stuttgart 1961.
- HILFIKER OTTO, *Krisen und Konjunkturen in der Schweiz zur Zeit der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts*, Diss. Bern, Langnau 1944.
- HOWALD OSCAR, *Die Dreifelderwirtschaft im Kanton Aargau*, Diss. ETH, Bern 1927 (zit. Howald).
- HÜRLIMANN WALTER, *Die schweizerische Auswanderung und ihre Gesetzgebung*, Diss. Zürich 1918.
- 150 Jahre Kanton Aargau im Lichte der Zahlen*, herausgegeben vom Regierungsrat des Kantons Aargau, Aarau 1953 (zit. 150 Jahre Aargau).
- JONES MALDWYN ALLEN, *American Immigration*, Chicago 1960 (zit. Jones).
- KIEFER FRIEDRICH, Die Helvetier in Brasilien, *Schweizer Rundschau* 52 (1952).
- LAUCHENAUER EDUARD, *Die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Aargau seit der Gründung der aargauischen Bank*, Aarau 1956 (zit. Lauchenauer).
- LEHMANN SYLVIA, *Grundzüge der schweizerischen Auswanderungspolitik*, Diss. Bern 1949.
- LERCH ERNST, Die bernische Auswanderung nach Amerika im 18. Jahrhundert, in *Blätter für bernische Geschichte, Kunst und Altertumskunde* 5, (1909).
- LINIGER HANS, *Schweizerische Auswanderung in Vergangenheit und Zukunft*, Luzern 194–.
- MEIER FRIDOLIN, *Geschichte von Würenlingen*, Würenlingen 1968.
- MEIER HEINZ K., *The United States and Switzerland in the 19th Century*, Den Haag 1963 (zit. Meier).
- MERZ WERNER, Die Armenverhältnisse in Schinznach vor 50 Jahren, in *Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit* 41 (1902).
- METRAUX GUY S., *Social and Cultural Aspects of Swiss Immigration into the United States in the Nineteenth Century*, Diss. Yale, MS, 1949.
- MEULI KARL, Scythica Vergiliana, Ethnologisches, Archäologisches und Mythologisches zu Vergils Georgica 3, 367 ff., in: *Schweizerisches Archiv für Volkskunde* 56 (1960).
- MEYNEN EMIL, *Bibliographie des Deutschtums der kolonialzeitlichen Einwanderung in Nordamerika, insbesondere der Pennsylvania-Deutschen und ihrer Nachkommen, 1683–1933*, Leipzig 1937.
- MÖNCKMEYER WILHELM, *Die deutsche überseeische Auswanderung*, Diss. Tübingen 1912.

- Möriken, *Gemeinde-Jahrbuch Möriken-Wildegg 1953/54*.
- MÖTTELI HANS, *Die schweizerische Auswanderung nach Nord-Amerika*, Diss. Zürich 1920 (zit. Mötteli).
- NAEF EMIL, *Das Armenwesen im Aargau und die Reformbestrebungen*, Aarau 1888.
- NATSCH RUDOLF ARNOLD, *Die Haltung eidgenössischer und kantonaler Behörden in der Auswanderungsfrage 1803–1874*, Diss. Bern, Zürich 1966 (zit. Natsch).
- PFISTER WILLY, *Rupperswil*, Die Geschichte eines Dorfes an der Aare, Bände 2 und 3, Rupperswil/Aarau 1966.
- REICHLIN FRANÇOIS, *Première Emigration Suisse au Brésil 1819–1920*, in *Nouvelles Etrennes Fribourgeoises* 12 (1878) bis 25 (1891).
- REY ADOLF, *Die Entwicklung der Industrie im Kanton Aargau*, Diss. Basel, Aarau 1937 (zit. Rey).
- ROHRER KARL, *Das gesetzliche Armenwesen im Kanton Aargau seit 1804 und die Reformbestrebungen für ein neues Armengesetz*, Diss. Zürich 1918 (zit. Rohrer).
- RUESCH WALTER, *Zofingen-Amerika Anno 1847, Auswanderung vor 100 Jahren*, in *Zofinger Neujahrsblatt 1958*.
- SCHELBERT LEO, (ed.), *New Glarus 1845–1970, The Making of a Swiss American Town*, Glarus 1970.
- *Die Wanderungen der Schweizer, Ein historischer Überblick*, in *Saeculum 18* (1967).
- SCHIB KARL, *Geschichte des Dorfes Möhlin*, Thayngen 1959.
- SCHOBINGER JUAN, *Inmigracion y Colonizacion Suizas en la Republica Argentina en el Siglo XIX*, Buenos Aires 1957 (zit. Schobinger).
- SCHULZ-BEHREND GEORGE, *Andreas Dietsch and Helvetia, Mo.*, in *The Swiss Record, Yearbook of the Swiss-American Historical Society* 2, Madison 1950.
- SIEGENTHALER JÜRIG, *Zum Lebensstandard schweizerischer Arbeiter im 19. Jahrhundert*, in *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 101 (1965).
- SIEGRIST JEAN-JACQUES, *Die Gemeinde Unterkulm und das Kirchspiel Kulm*, Aarau 1957.
- SMITH ABBOT E., *Colonists in Bondage, White Servitude and Convict Labor in America 1607–1776*, Chapel Hill 1947.
- STALDER PAUL, *Vorderösterreichisches Schicksal und Ende, Das Fricktal in den diplomatischen Verhandlungen von 1792–1803*, Rheinfelden 1932.
- STEINEMANN ERNST, *Die schaffhausische Auswanderung und ihre Ursachen*, in *ZSG* 14 (1934).
- STEINER PETER, *Reinach, Geschichte eines Aargauer Dorfes*, Reinach 1964.
- THISTLETHWAITE FRANK, *Migration from Europe Overseas in the Nineteenth and Twentieth Centuries*, in *XI^e Congrès International des Sciences Historiques, Rapports vol. V*, Stockholm 1960.
- VOWINCKEL RENATE, *Ursachen der Auswanderung; gezeigt an badischen Beispielen aus dem 18. und 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1939.

- WEBB WALTER PRESCOTT, *The Great Plains*, Boston 1931.
- WIRZ EDUARD, Zur Geschichte der Auswanderung aus dem Baselbiet zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in *Baselbieter Heimatbuch 1*, Liestal 1942.
- WULLSCHLEGER-SCHÄRER OSKAR, *Geschichte der Gemeinde Vordemwald*, Vordemwald 1968.
- ZBINDEN KARL, *Die schweizerische Auswanderung nach Argentinien, Uruguay, Chile und Paraguay*, Diss. Bern 1928, Affoltern am Albis 1931 (zit. Zbinden).
- Die schweizerische kolonisatorische Auswanderung von 1767/69 nach der Sierra Morena in Spanien, in *ZSG 26* (1946).
- ZIMMERMANN K., *Geschichtliches von Spreitenbach*, Spreitenbach 1930.

Orts- und Personenregister

- Aarau, Stadt 15, 18 f., 26, 34, 48, 50, 69, 91, 96, 105, 193 f., 248, 326
Aarau, Bezirk 23, 50, 52, 101 f., 109, 112, 118, 217, 222 f., 257, 316, 321, 325
Aarburg, Stadt 50
Aarburg, Festung 77–79
Abt Alois, Pfarrer in Schupfart 85
Albany, N. Y. 178, 277
Algerien 92–95
Algier 93, 133
Allegheny, Pa. 281
Ammann Jakob 274
Amsler Carl 280
Amsler, Familie aus Schinznach 90
Amsler Heinrich von Densbüren 43
Amsler M. in Texas 280
Amsterdam 15 f., 37 f., 46–49, 55, 59, 61, 65, 67, 170, 184
Antwerpen 67, 171, 186, 236, 248, 310
Argentinien 9, 269, 284–286, 291–300, 303
Auenstein 321

Bachmann, Festungsinspektor 77 f.
Baden, Stadt 69, 80, 194
Baden, Bezirk 14, 19, 26, 47 f., 50, 52 f., 80, 88 f., 101 f., 118, 216, 222 f., 224, 256 f., 301, 316, 322
Baden, Großherzogtum 55, 63, 105
Baltimore 69, 124
Baradero (Argentinien) 293
Basel, Stadt 18, 31, 38, 105, 111, 170, 172, 182, 194, 196, 199–201, 214, 248, 285, 292, 301, 310, 207–211
Basel, Landschaft 15 f., 31–37, 43, 47, 54,
Beck & Herzog, Auswanderungsagentur 185, 192 f., 202, 206, 210, 240, 248, 251, 292, 297
Bern, Stadt 15, 84 f., 111, 185, 266
Bern, Kanton 15, 78, 186, 194 f., 204–209
Besenbüren 271
Biberstein 270
Binkert, Franziska, von Koblenz 291
Birchmeyer Bartholomäus 184
Birmann & Söhne, Basel, 184
Birmenstorf 60, 82, 294 f.
Birmingham, Pa. 281
Birr 52
Birrhard 52
Birrwil 24
Bischoff, Polizeidirektor Basel-Stadt 182 f.
Bischoff Achilles 200
Bläuer Hans Jakob, von Linn 50, 56, 63
Blum Franz, von Wil 297
Blumenau (Brasilien) 286
Bösch, Familie 272
Böttstein 269 f., 326
Bözberg (Gemeinde) 20, 52
Bözen 218
Boniswil 194
Brasilien 9, 74–83, 220, 243, 284–291
Bremen 171, 174, 176
Bremgarten, Stadt 194
Bremgarten, Bezirk 19, 52 f., 101 f., 105, 117 f., 218, 222 f., 257 f.
Bremond 75 ff.
Brittnau 27, 192, 216, 219, 236, 246–249, 252, 279, 299, 323
Brugg, Stadt 113, 194
Brugg, Bezirk 19 f., 36, 48, 50, 52 f., 60, 101 f., 109, 111, 117 f., 216, 218, 222 f., 224, 257
Brugger Rudolf 48, 50, 56, 62
Brunswick (Braunschweig) Johann M. 91
Buenos Aires 285, 293 f.
Bürgin Augustin 50, 58, 63
Bürgin Joseph 43
Buffalo 277, 279
Businger Philipp von Eiken 82

Canta Gallo, (Brasilien) 74 ff.
Carcarana (Argentinien) 299
Castellanos Aaron 291–296
Castroville, Tex. 186, 214
Chile 284–303, 318, 324
Cincinnati 91, 126, 277, 279
Cleveland 120, 126, 135, 277, 279
Columbus, O. 277, 279

Danzas & Lévêque, Speditionsfirma 191, 199, 202 f.
Davatz Thomas 288
Dely Ibrahim (Algerien) 95
De Meuron Edouard, Konsul in Lissabon 65
Densbüren 43
Deppeler Heinrich, Auswanderungsspediteur 151, 184–186, 198
Dietsch Andreas 96–98, 146, 154
Döttingen 103, 217, 240–242, 301 f.
Dona Francisca (Brasilien) 186, 286, 290
Duden Gottfried 124 f.
Dünkirchen 292, 294

Echeverria Francisco de B., chilenischer Agent, 301
Eckenstein Dr., Auswanderungsagent 186, 214
Effingen 46, 52, 295
Eggen Jakob von Aarau 91
Egliswil 271
Eiken 82, 217, 242

- Erismann Abraham, Verfassungsrat 159–161
 Erlinsbach 95, 320, 323, 326
 Esperanza 294–299
 Espiritu Santo (Brasilien) 290
 Etzgen 218

 Fändrich, von Laufenburg 91
 Fäs Rudolf, 50, 60, 63
 Fahrwangen 322
 Feer & Co. 169
 Fellmann Johann Rudolf 305
 Finlay Washington, Auswanderungsagent 188, 193
 Fischinger Johann Baptist Ignaz, Amtmann v. Rheinfelden 50
 Fisibach 92, 243–245
 Fisispach 283
 Francini Stefano 200
 Frei – Schiffer in Basel 38
 Frey Samuel, Verfassungsrat 159
 Freiamt 14, 18 f., 217 f., 224, 257
 Freiburg, Kanton 74 f., 77, 293
 Frenchtown, Del. 69
 Frenkendorf BL 44
 Frick 50, 52, 192, 218, 235 f., 242, 305
 Fricktal 14 f., 18–20, 25, 53 f., 59, 105, 117, 218, 257

 Gachet Sébastien Nicolas 74 ff.
 Gallenkirch 52
 Gansingen 26 f.
 Gasser, Familie, von Zeiningen 50, 59, 63
 Gebenstorf 35, 288
 Genf 18, 147–152, 194
 Gipf-Oberfrick 50, 67 f., 194, 218, 242
 Glarus 34, 47, 147, 194
 Gloor, Notar in Aarau 248
 Gontenschwil 24
 Goundie George H., amerik. Konsul in Zürich und Basel, 251, 265 f.
 Gränichen 111, 294, 298 f.
 Graubünden 197, 210
 Grin Francois 302 f.
 Gysi Karl 49 f., 61

 Haberstich Anna und Susanna 270, 295
 Häfliger Bernhard u. Samuel 70
 Häfliger, Familie, 297
 Härri 202
 Häuptli Anna 270
 Hagenauer – von Aarau 91
 Halter, Spediteur 63
 Hasler Ferdinand Rudolf 15
 Hauenstein, 193 f., 248
 Hermann, Illinois 279
 Hermann, Familie aus Schinznach 90
 Hertach Katharina, 76
 Herznach 80, 242
 Herzog, Fabrikbesitzer 106
 Herzog Fridolin, 50
 Herzog von Effingen, Johann 19
 Highland, Illinois, 91, 279
 Hindenlang, 63
 Hodel Bernhard, Verfassungsrat 160
 Hofer, Unteragent 251
 Hornußen 43, 294
 Hubeli Daniel, 295
 Huber, Wasenmeister in Zofingen 37
 Hünerwadel Gottlieb Heinrich 19
 Hünigen 94
 Hunzenschwil 243
 Huser Heinrich 50, 63

 Illinois 29 f., 35, 70 ff., 91, 119, 130, 238, 251, 260, 279
 Indiana 29, 70, 229, 280
 Iowa 71, 91, 98, 119 f., 274, 279
 Itel Johann, von Rohrdorf 50, 62 f., 65 f.

 Jäggi-Gyger Friedrich 299 f.
 Joos Wilhelm 222

 Kaiser & Goldsmith, Agentur 194
 Kaiserstuhl 20
 Kaisten 217, 238–240, 264
 Kalifornien 91
 Kanada 85
 Kansas 282
 Karrer Ludwig, Nationalrat 196
 Kaufmann Kaspar 298
 Kentucky 30, 34, 71

 Kirchleerau 286
 Klein Joseph und Peter, 239
 Klingnau 20, 55, 194
 Klöti Jakob 251
 Knosp Rudolf Peter 85
 Koblenz AG 291
 Kölliken 46, 52, 58, 282
 Köppli Kaspar Dr. 128, 139, 229, 260, 280
 Krämer Wilhelm 270
 Küenzi J.L., 144
 Küttigen 95, 216, 230
 Kulm, Bezirk 17, 19, 23, 26, 28, 50, 52, 88, 101 f., 105, 109, 112, 117 f., 222 f., 242 f., 257, 316, 322 324 f.
 Kunz Fritz 299
 Kyburz Samuel 91

 Lancaster, Pa. 90
 Laufenburg, Stadt 194, 217
 Laufenburg, Bezirk 20, 22, 28, 43, 50, 52–54, 60, 68, 80, 88, 93, 101 f., 109, 118, 216–219, 223 f., 242, 255, 257, 264, 268, 297, 315, 318
 Le Havre 67, 86 f., 90, 97, 136, 165, 170–176, 184–191, 198–200, 206–209, 239, 251 f., 282
 Lengnau 52, 217, 318
 Lenzburg, Stadt 18, 159, 243
 Lenzburg, Bezirk 14, 17, 23, 26, 28, 50, 52 f., 58, 92, 101 f., 105, 112, 118, 217, 222 f., 257, 316, 321 f.
 Leutwil 24
 Linder Johann Rudolf 146, 233
 Linn 50, 52, 56
 Louisville, Ky. 30, 277, 279
 Lützelschwab Dismas von Magden 69
 Lützelschwab Fidel von Magden 282
 Lupfig 52, 289
 Lutz Markus 20, 35
 Luzern, Kanton 47, 146, 194, 210

 Madison, Wis. 133
 Märk Adrian 50, 61, 69, 71
 Märk Johann Jakob von Aarau 48–50, 61, 64, 69
 Märki Heinrich von Rüfenach 48–50, 56, 62 f., 65 f.
 Märki Jakob 50, 62 f., 65 f.

- Magden 46, 50, 52, 58, 69, 93–95
 Mandach 85
 Marseille 93 f., 133
 Maryland 71
 Massillon, O. 279
 Matter Johann von Kölliken 282
 Matter Johann von Zofingen 297
 Mellikon 302
 Menziken 24, 323 f.
 Mettau 218, 242
 Metzger Michael von Möhlin 50, 63
 Mexico 133
 Meyer Abraham von Birnenstorf 295
 Meyer Jeremias 125
 Meyer Johann Ulrich von Scherz 135
 Michigan 29, 119, 277, 279
 Milwaukee 178
 Minas Gerais (Brasilien) 83
 Minnesota 119, 132, 277, 279
 Missouri (Staat) 96 f., 119, 124, 251, 279
 Möhlin 20, 46, 50, 52, 93–95, 281, 290
 Möriken 95
 Mösch Fridolin 50, 63
 Mösch J. A. 305
 Moniz (Brasilien) 291
 Moosleerau 194
 Morhard G. C. S. 148 f.
 Mülhausen (Elsaß) 96, 172
 Müller Fridolin 50, 63
 Mumpf 46, 295
 Muntwiler Kaspar Heinrich 283
 Muri, Dorf 194
 Muri, Bezirk 19, 25, 48, 52 f., 77 f., 101 f., 117 f., 218, 222 f., 256–258, 315, 318
 Muyden 69

 Nebraska 136, 150, 308
 Neu England 280
 Neu Helvetia, Missouri 97 f.
 New Glarus 147, 280
 New Helvetia, Cal. 91
 New Lancaster, O. 31, 48
 New Lenzburg, Illinois, 72
 New Orleans 29, 120, 133, 167, 168, 179, 205–208, 219, 238, 251 f., 277 f., 280, 282, 285
 New York 70, 90 f., 97 f., 119 f., 125 f., 133, 136, 165–167, 176–183, 199, 205–207, 219, 239 f., 248, 259, 269, 276–278, 280, 285, 305, 310
 Niederlenz 19
 Niederwil (Bez. Bremgarten) 270, 321
 Niederwil (Bez. Zofingen) s. Rothrist
 Nobel & Holtzapffel, Schiffsmakler 62
 Nova Friburgo (Brasilien) 74–83, 284
 Nueva Helvecia (Uruguay) 297 f.
 Nußbaum Karl 295

 Oberendingen 217, 318
 Oberentfelden 70, 91, 97, 215, 217, 233, 270 f., 288 f., 295, 297
 Oberhof 94
 Oberhofen 218, 242, 264
 Oberkulm 50, 52, 243, 271, 288
 Oftringen 219, 246, 263 f.
 Ohio 15, 30, 32, 69, 71, 90 f., 119, 251, 277–279
 Olivier & D'Arnaud, Schiffsmakler 64
 Ormalingen BL 44
 Oswald, Gebrüder, Auswanderungsagentur 210
 Otto, Gebrüder, Basel 39

 Paravicini, Auswanderungsagent 186, 206, 210, 220, 286, 290, 293
 Pedreira do Coutto Ferraz Luiz 286
 Pennsylvania 34, 69, 71, 90, 119, 125, 277, 279, 281 f.
 Perkins William 299
 Perret-Gentil, Konsul in Rio de Janeiro 286
 Philadelphia 30, 70, 97, 277, 279 f.
 Planta, Jakob von, Konsul in Amsterdam 47, 49, 63, 65–67
 Portsmouth, O. 120, 279

 Reading, Pa. 90
 Reimann Carl von Wölflinswil 136
 Reimann Marx von Wölflinswil 50, 63
 Reinach 24, 194, 242, 269
 Reitnau 216, 237 f., 263 f., 274, 282
 Rheinfelden, Stadt 194
 Rheinfelden, Bezirk 15, 22 f., 26, 43, 46 f., 49 f., 52, 55–57, 60 f., 88 f., 93 f., 101 f., 118, 223 f., 257, 280, 316
 Rice, Courtville & Co., Schiffsmakler 187
 Rio de Janeiro 81–83, 133, 285
 Rio Novo (Brasilien) 290
 Rochester N. Y. 248, 279
 Rodolph, Familie von Aarau 91
 Rohrdorf 50
 Roldan-Bernstadt (Argentinien) 299 f.
 Romang (Argentinien) 298
 Rommel Philipp, Auswanderungsagentur 194, 301
 Rosario (Argentinien) 299
 Roth, Johann Jakob Dr., eidg. Auswanderungskommissar 188–190, 199 f.
 Rothrist (früher Niederwil) 219, 246, 249–252, 264
 Rotterdam 63, 65, 171
 Rublee Horace, US-Gesandter 269
 Ruedertal 117
 Rügger Jakob von Aarburg 50, 57, 63, 65, 70
 Rüfenach 50, 55
 Ruffli Joseph, Auswanderungsagent 172, 176, 185 f., 193, 202, 205, 208 f., 236, 238, 240, 244 f.
 Ruppertswil 95, 217

 Sager Samuel 298
 Saint Louis (USA) 72, 97, 120, 178, 238, 252, 277, 279, 282
 San Carlos (Argentinien) 297 f.
 Sandmeier Melchior 102 f.
 Sandusky, O. 277, 279
 San Francisco 283, 309
 San Geronimo Norte (Argentinien) 297
 San Geronimo Sud 299

- San José 296 f.
 Sankt Gallen 28, 194, 210
 Santa Catharina (Brasilien) 286
 Santa Fé (Argentinien) 291–300
 Santos 285
 São Lourenço (Brasilien) 289 f.
 São Paulo 186, 286, 291
 Sarmenstorf 289
 Sauk City, Wis. 280
 Schaffhausen 18, 150, 185, 194, 210
 Schaffner Jakob 297
 Schafisheim 35 f., 50, 52, 68
 Schenkenberg, Amt 20 f.
 Scherz 52, 135, 235
 Schilplin-Fischer Getreidehändler 112
 Schimpf Karl Ferdinand, Regierungsrat 161
 Schinznach 90, 280
 Schmid? und Samuel von Aarau 16, 70
 Schmied Friedrich J.J., Oberrichter 271
 Schneebeli, Auswanderungsagentur 194
 Schneebeli Xaver 80
 Schneider Johann Rudolf, 144
 Schneisingen 46, 216 f., 236 f., 242, 260
 Schöftland 194
 Schupfart 50, 85
 Schwyz, Kanton 194
 Seifert Huldreich 143
 Seon 289, 323
 Siegfried Gustav 96
 Siglistorf 46
 Sigrüst & Fender, Basel 297
 Sissach 44, 90
 Sisseln 170, 185
 Solivo, Spinnerei 151
 Solothurn 185, 194
 Sommer-Geiser 294
 South Carolina 16
 Spanien 14
 Spreitenbach 87 f.
 Spyri Johann Ludwig 143
 Staffelbach 305
 Stalden 52
 Staretschwil 272
 Steiner Bernhard 35 f., 50, 68
 Steinmann-Drevet, Auswanderungsagentur 185 f., 192, 194, 206, 210, 238, 240, 242, 248, 251
 Stephani, Unteragent 193, 206, 210, 238, 251
 Stirnemann 298
 Stoer Otto, Auswanderungsagent 194
 Strengelbach 194, 218, 246
 Sulz 21, 217, 242, 264
 Sulzer Eduard 143 f.
 Suppiger Joseph 125, 128
 Sursee 125, 297
 Suter Peter, Regierungsrat 157
 Suter Samuel 231
 Sutermeister Rudolf 96
 Sutter, General 91
 Syz, Irminger & Co. 169
 Tegerfelden 47, 55, 88, 151, 170, 184 f., 193, 230, 248, 302
 Tell City, Ind. 280
 Tennessee 70
 Tessin 93, 194
 Teufenthal 288
 Texas 70, 90, 96, 131, 214, 280
 Thalheim 43, 46
 Theodoro (Brasilien) 291
 Thurgau 28
 Thut Daniel von Oberentfelden 289
 Toscas, Las (Argentinien) 298
 v. Tschudi, Johann Jakob 289 f.
 Turgi 194
 Unterendingen 302
 Unterkulm 288 f.
 Untersiggingen 47
 Uruguay 297
 Utah 309
 Utica, N. Y. 279
 Vandalia 126, 279
 Veltheim 194
 Vereinigte Staaten passim, s. vor allem: 29–36, 68–73, 119–137, 177–183, 276–283, 305–309
 Vergueiro-Kolonien 220, 286–290, 293
 Vevay, Ind. 229, 280
 Vogelweid, Jungfer, Agentin 94
 Vordemwald 271
 Waldmeyer Heinrich 71
 Wallbach 46, 50, 67 f.
 Wanner Friedrich, Konsul in Le Havre 186, 198–203, 209, 251
 Weber, Unteragent 248
 Wegenstetten 50, 52, 67 f.
 Weitling Wilhelm 96, 98
 Wendelspieß Johann 50, 63
 Wetter Andreas 88
 Wil 218, 242, 264, 297
 Windisch 152
 Wirth-Herzog, Auswanderungsagentur 193–195, 210
 Wisconsin 29, 91, 119, 130, 132, 277, 279 f. 308
 Wittnau 82, 192, 218, 234 f., 242
 Wölflinswil 50, 52, 71, 136, 218, 242
 Würenlingen 47, 52, 217 f., 238 f., 242, 302
 Württemberg 31, 63
 Ybicaba (Brasilien) 288, 290
 Zehnder 302
 Zehnder Dominik 295
 Zehnder Heinrich 82 f.
 Zeiningen 46, 50, 59, 87 f., 95
 Zezwil 194
 Zofingen, Stadt 18, 37, 50, 58, 96, 215, 233 f., 248, 323
 Zofingen, Bezirk 17, 20, 23, 46, 49, 50, 52, 101 f., 105, 109, 112, 117 f., 216–218, 222 f., 224, 237, 246, 257, 263, 271, 297, 309, 316, 318
 Zürich 18, 107, 185, 194
 Zumstein, Unteragent 186
 Zurzach, Stadt 194
 Zurzach, Bezirk 19 f., 22, 28, 46 f., 52, 55, 86, 88, 101 f., 117 f., 150, 216, 223 f., 236, 244, 257, 301 f., 315, 318, 325
 Zuzgen 46, 217
 Zwilchenbart Andreas, Auswanderungsagent 185–187, 189, 192, 194, 206, 210, 245
 Zwißler & Co., Amsterdam 39, 48, 61